C 21734 D



11. Parteitag der KP Chinas S.55

Arbeiterkampf

Jg. 7 Nr. 112 5.9.77 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 2,–

Verhaftungsaktion gegen Russell-Initiative

Am 30. bzw. 31.8. wurden der Stuttgarter Anwalt Armin Newerla und dessen Mitarbeiter Hans Dellwo festgenommen. Gegen beide wurde kurz darauf wegen Verdachts der „verfassungsfeindlichen Befürwortung von Straftaten" (nach § 88a) und „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" Haftbefehl erlassen. Beide waren bereits einige Tage zuvor zusammen mit 5 weiteren Personen, die alle an einem Arbeitstreffen im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines Russell-Tribunals über die Repression in der BRD teilgenommen hatten, vorübergehend festgenommen und erst nach etlichen Mißhandlungen wieder freigelassen worden. Diese erste Festnahmeaktion muß als ungeheure Provokation und Kriminalisierungsversuch sämtlicher Kräfte verstanden werden, die sich für das Zustandekommen dieses Russell-Tribunals einsetzen. Der Staatsapparat hat damit in bisher offenster Weise demonstriert, mit welchen Mitteln der Repression er das Zustandekommen und die Arbeit des Tribunals zu be- und verhindern versuchen wird. Er hat damit zugleich einen weiteren eklatanten Beweis für die Berechtigung und die Dringlichkeit einer internationalen Anklage der Repression in der BRD durch ein Russell-Tribunal hinzugeliefert.

Fortsetzung auf Seite 2

Nazi-Bande in Hamburg aufgeflogen

In der Nacht zum 1. September wurden in Hamburg drei Jungfaschisten festgenommen. Sie gehören zu einer Bande von zehn bis fünfzehn Leuten, die für zahlreiche Nazi-Schmierereien und Zerstörungen in den letzten Wochen verantwortlich gemacht wird. Der gesamte Schaden soll rund 150.000 DM betragen. Die drei wurden von der Polizei auf frischer Tat ertappt:

Der 18jährige Schüler Tibor Sch. wurde in Hamburg-Langenhorn beim Sprühen der Parole „NSDAP 1939 – Kriegsbeginn – die SA kämpft weiter" (mit Hakenkreuz) in einem U-Bahntunnel erwischt. Er wurde wieder freigelassen (laut „NDR II", 1.9.77).

Der 22jährige ehemalige Bundeswehrleutnant Michael K. und der 20-jährige Lutz W. (Fotograf) wurden in der Innenstadt beim Einritzen von Hakenkreuzen in Fensterscheiben ertappt und blieben zunächst in Haft. In ihrem Auto – roter Opel, Kennzeichen „SU – KU 797" – wurden u.a. Nazi-Schriften und ein Schlagstock mit Tränengas-Sprühvorrichtung gefunden („Welt", 2.9. 77). Die anschließende Durchsu-

Fortsetzung auf Seite 3



Helme und anderes Material aus dem Schlupfwinkel der „Hansa"-Bande in Hamburg-Hamm.

von Hakenkreuzen in Fensterscheiben ertappt und blieben zunächst in Haft. In ihrem Auto – roter Opel, Kennzeichen „SU – KU 797" – wurden u.a. Nazi-Schriften und ein Schlagstock mit Tränengas-Sprühvorrichtung gefunden („Welt", 2.9. 77). Die anschließende Durchsu-
Fortsetzung auf Seite 3



Helme und anderes Material aus dem Schlupfwinkel der „Hansa"-Bande in Hamburg-Hamm.

AKW-Brunsbüttel: Von Stillstand zu Stillstand

AKW-Brunsbüttel: Von Stillstand zu Stillstand

Für das AKW Brunsbüttel scheint sich eine ähnliche Entwicklung abzuzeichnen, wie sie das AKW Würgassen schon seit 1972 mitmacht. Letzteres stand nämlich mehr still, als daß es Strom produzierte, und führte im wesentlichen dazu, daß die AEG aus der KWU unter erheblichen finanziellen Verlusten aussteigen mußte.

Am 8. Juli 1977 wurde das AKW Brunsbüttel angeblich „planmäßig" abgeschaltet. Zum einen sollten „routinemäßige Überprüfungen" durchgeführt werden, aber *„der Umfang der Arbeiten ist etwas erweitert worden, um auch die neuesten Erkenntnisse, die man beim Betrieb anderer Kernkraftwerke gewonnen hat, mitzuverwenden"* (Pressemitteilung der HEW, nach „Dithmarscher Landeszeitung" vom 16.7.77). Man mag es kaum glauben, nicht etwa bestehende Schwierigkeiten führen zu Mehrarbeiten (und damit zu Mehrkosten), sondern der großmütige Wunsch nach Perfektion ...

Gut vier Wochen lang wurde dann routineüberprüft und „die neuesten Erkenntnisse angewendet", bis man dann Mitte August das nun auf dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik stehende AKW wieder auf die Menschheit losließ. Doch die Freude dauerte nicht lange: am 25. August wurde es wieder abgeschaltet, *„weil eine defekte Dichtung an einer Hauptumwälzpumpe repariert werden mußte"* („Bild", 26.8.77). *„Radioaktive Stoffe sollen durch den Schaden nicht ausgetreten sein"* („Hamburger Abendblatt", 26.8.77). Erstaunlich, da doch eine Dichtung defekt war, also offensichtlich nicht mehr dichtete ...

Immerhin, am 29.8.77 wurden die Arbeiten beendet, und das AKW abermals hochgefahren. Doch diesmal währte die Freude der Betreiber noch kürzer; schon am 2. September mußte das AKW wieder abgeschaltet werden, wegen erneuten Schäden an der Hauptumwälzpumpe (laut Nachrichten vom 2.9.77, NDR II). So erfreut man auch immer wieder über das Abschalten von AKW's ist, ganz ungefährlich ist auch dies nicht: *„Allerdings trete, so die HEW-Pressestelle weiter, stets in gewissem Umfange und nur vorübergehend erhöhte Radioaktivität auf"* („Dithmarscher Landeszeitung", 16.7.77).

Immerhin mußten 200 auswärtige Spezialarbeiter die Reaktorteile entseuchen (a.a.O.). Die beste Möglichkeit dies zu verhindern, ist es offensichtlich, das AKW gar nicht erst in Betrieb zu nehmen!

AKW-Nein-Kommission



Kalkar: Breites Bündnis!

Unterstützerkonferenz erfolgreich abgeschlossen

Immer größere Teile der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung beschliessen ihre Unterstützung für die nationale Großkundgebung am 24. September in Kalkar, direkt am Bauplatz des „Schnellen Brüters". Die Unterstützung kommt sowohl von den großen Regional- und Landesverbänden der AKW-Gegner (am 3. September beschlossen z.B. die fünf Regionalverbände der BUU, nämlich Elbmarschen, Hamburg, Westküste, Ostküste und Oberelbe, einmütig die Unterstützung der Aktion und breite Mobilisierung dazu aus Norddeutschland, eine Unterstützung des Aufrufes beschlossen am 3. 9. auch 11 bayrische BIs), als auch den national organisierten Umweltschutz-Verbänden (z.B. BBU, Bund für Umwelt und Naturschutz, etc.), sowie politischen Organisationen, v.a. dem KB, dem SB, diversen „Sponti"-Strömungen und – mit regionaler Begrenzung auf NRW – auch der „KPD" und der Falken. DKP und KBW haben bisher noch keine abschließende Stellungnahme zur Kalkar-Großkundgebung abgegeben. In Norddeutschland hetzt der KBW gegen die Kalkar-Aktion als dem „Itzehoe des KB"... Erstmals rufen auch die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen (Wyhl) zu einer nationalen Großaktion auf. Aus insgesamt 10 westeuropäischen Ländern haben die großen Verbände der AKW-Gegner, sowie diverse linke Parteien und Gruppen (PSU/Frankreich, PR/Italien, PPR/Niederlande u. a.) ebenfalls ihre Unterstützung der Kalkar-Aktion zugesagt (vergl. Aufruf dazu), wobei zumindest in einigen Ländern – v.a. Holland, Frankreich und Dänemark – auch ernsthafte Mobilisierungsanstrengungen zugesagt bzw. teilweise schon eingeleitet worden sind. Die nach z.T. schwieriger Überwindung nicht unerheblicher Differenzen innerhalb der Bewegung jetzt erreichte Breite der Unterstützung – v.a. in politischer Hinsicht (Aktionseinheit von Kommunisten, Spontis, „Gewaltfreien" bis hin zu eher kleinbürgerlichen Umweltschutzverbänden unter Einschluß z.B. des BBU und WSL) – signalisiert den möglichen Beginn einer neuen Etappe im Anti-AKW-Kampf in der BRD, der – über alle politischen und ideologischen Differenzen hinweg – durch eine neue Qualität an Geschlossenheit der AKW-Gegner ebenso gekennzeichnet wäre, wie durch den Anfang vom Ende geglückter Spaltungsversuche seitens der AKW-Betreiber.

Am 27./28. August fand in Duisburg die „Nationale Unterstützer-Konferenz" statt, zu der der Planungs-Ausschuß der etwa 40 Bürgerinitiativen aus Nordrhein-Westfalen (NRW) geladen hatte. Getroffen hatte sich dann dort der politisch-organisatorische Kern der Anti-AKW-Initiativen, v.a. aus Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen), Hessen und NRW selbst. In zumeist optimaler Einmütigkeit haben die etwa 100 Delegierten und etwa 400 Kongreßbeobachter die politischen und organisatorischen Grundlagen für die Kalkar-Aktion beschlossen, die in entsprechenden Resolutionen formuliert, jetzt für die Mobilisierung eingesetzt werden können. Lediglich zum Punkt der letztendlichen Zusammensetzung der künftigen Demonstrations-Leitung konnte noch keine endgültige Einigung auf der Konferenz erzielt werden, weil bei diesem – vergleichsweise untergeordneten Streitpunkt – die Vertreter der „KPD" meinten, ihr Mütchen kühlen zu müssen und am zweiten Konferenztag einen kleineren politischen „Eklat" durch versuchten aber mißlungenen Abbruch der Konferenz in Szene zu setzen versuchten.

Zusammensetzung der Konferenz und wichtigste Beschlüsse

Etwa 140 Bürgerinitiativen und Komitees aus der BRD, sowie Vertreter des niederländischen „Landeslijk Energie Komitee" (LEK), Beobachter der französischen Malville-Komitees, der dänischen OOA, Vertreter des nordrhein-westfälischen WSL und ein Mitglied des BBU-Vorstandes nahmen an der Konferenz teil.

Eingeladen zu dieser Unterstützungskonferenz hatte der nordrhein-westfälische Planungsaussuß für die Kalkar-Aktion, um den Beteiligten seine Vorschläge zur Diskussion und Verabschiedung zu stellen und sich eine Unterstützung seiner Aktion durch andere Landesverbände zu sichern.

Fortsetzung auf Seite 10

am 24.9. alle nach Kalkar!

Verhaftungsaktion gegen Russell-Initiative

Fortsetzung von Seite 1

Die jetzt erfolgte Inhaftierung Newerlas und Dellwos steht dabei im Zeichen der beabsichtigten, völligen Liquidierung der politischen Verteidigung in sog. „Terroristen-Prozessen", und kennzeichnet das heute erreichte generelle Maß an Willkür in der Vorgehensweise des Staatsapparats, das den Erbschaftsanspruch des BRD-Staates auf das „Dritte Reich" in jeder Beziehung als wohlbegründet ausweist.

Bereits am 21.6. hatte die Bundesanwaltschaft Mordanzeige gegen Newerla (und den im gleichen Stuttgarter Büro tätigen Anwalt Arndt Müller) gestellt, weil sie den „selbstmörderischen Hungerstreik" der Gefangenen Verena Becker und Sabine Schmitz billigend in Kauf nehmen (s. AK 107, Titelseite).

Am 31.7. überfielen die Bundesanwaltschaft und das baden-württembergische Landeskriminalamt unter dem Kommando von Oberstaatsanwalt Zeis das Stuttgarter Anwaltsbüro, in dem vor seiner Auswanderung auch der Anwalt Klaus Croissant tätig war, und führten eine Razzia durch. Dabei wurden völlig grundlos die Schlösser durch neue ersetzt, so daß das BKA und das baden-württembergische LKA von da an im Besitz der Büroschlüssel waren.

In der Nacht zum 15.8. richtete eine Bombenexplosion im Stuttgarter Anwaltsbüro einen Sachschaden von ca. 100.000 DM an. Nur durch Zufall wurden die beiden im Büro befindlichen Mitarbeiter Arndt Müller und Volker Speitel nicht verletzt. In einer nachfolgenden Pressemitteilung wiesen die Anwälte Newerla und Müller darauf hin, daß *„das Büro Tag und Nacht observiert wird* (vom Staatsschutz – Anm. AK) *und jeder, der sich ihm nähert, oder sich entfernt, fotographiert wird".*

Sie knüpften daran den Verdacht, daß die Bombe von staatlichen Organen selbst gelegt (oder zumindest mit deren Wissen) gelegt worden sei. Infamerweise wurde vom BKA und den bürgerlichen Massenmedien der „Verdacht" verbreitet, für das Attentat sei „die RAF" verantwortlich – also ausgerechnet Leute aus dem Kreis derjenigen Gefangenen, um deren juristische und politische Verteidigung die beiden Anwälte sich kümmern!

Am 20.8. schließlich wurden Armin Newerla und Hans Dellwo zusammen mit 5 weiteren Personen erstmals festgenommen: Sie hatten in Frankfurt an einem Treffen von Russell-Initiativen teilgenommen, das sich zum Thema „Haftbedingungen politischer Gefangener" mit Vorbereitungsarbeiten für das geplante Russell-Tribunal über die Repression in der BRD befaßte. Als sie sich nach Ende des Treffens auf den Weg zu einer Kneipe in Frankfurt-Bornheim begaben, wurden sie von 3 – 4 Zivilbullenwagen verfolgt und vor Betreten der Kneipe von den herbeistürzenden Polizisten mit gezogenen Pistolen und teilweise unter Tritten festgenommen. Als einzige Begründung für diesen Überfall gaben die Bullen an: Personenkontrolle! Die Festgenommenen wurden aufs Revier verschleppt und am nächsten Morgen einer „erkennungsdienstlichen Behandlung" unterworfen. Wie das bei Anwalt Newerla ablief, schilderte dieser später auf einer Pressekonferenz: *„Der Einsatzleiter hat mich mit zwei Schlägen zu Boden gestreckt. Dann sind drei Bamte über mich hergefallen, haben mir die Arme so weit hinter dem Rücken verbogen, daß ich mich nicht mehr rühren konnte, und haben dann mein Gesicht auf den Boden gepreßt. Einer setzte sich auf meinen Rücken, und in dieser Haltung habe ich eine Stunde ausgeharrt. In dieser Zeit haben sie dann Fingerabdrücke abgenommen"* („SZ", 23.8.). Einem anderen Festgenommenen wurde lt. Zeugenbericht bei dieser „ED-Behandlung" eine Rippe gebrochen.

Während 4 der Festgenommenen aufgrund von 80 Exemplaren der Frankfurter Zeitung „MOB", die in ihrem Wagen „sichergestellt" wurden, ein Vergehen nach § 88a vorgeworfen wurde, versuchten der eigens angereiste Vertreter der Bundesanwaltschaft und die BKA-Bullen die anderen 3 Festgenommenen als Belastungszeugen zu ködern! Erst gegen Mitternacht des 21.8., als die Festgenommenen spätestens einem Haftrichter hätten vorgeführt werden müssen, wurden die meisten von ihnen wieder freigelassen – drei sogar erst kurze Zeit nach Ablauf dieses gesetzlich vorgeschriebenen Termins. An die Freilassung einiger der Festgenommenen schloß sich noch eine (ohne richterliche Anordnung durchgeführte) Durchsuchung ihrer Wohnung an, sowie die Ankündigung von weiteren Strafanzeigen, weil sie auf einer Pressekonferenz öffentlich die Mißhandlung durch die Bullen angeklagt hatten.

Rund eine Woche später wurden Newerla und Dellwo dann erneut festgenommen und Haftbefehl gegen sie erlassen. Vorbereitet wurde dies durch hetzerische Kommentare in der bürgerlichen Presse, die sich nach Nazi-Vorbild als „Volkes Stimme" ausgaben; allen voran natürlich Springers oberste Dreckschleuder „Bild" (23.8.): *„Der Anwalt wird festgenommen und wieder freigelassen. Der Bürger reibt sich die Augen und fragt fassungslos: Kann denn das sein? Es kann sein. Rechtlich ist die Freilassung sicherlich in Ordnung. Aber: Ist das Recht noch in Ordnung?"*

Einziges „Belastungsmaterial" gegen Newerla und Dellwo sind die „sichergestellten" Ausgaben der „MOB"-Zeitung. Darin, so behauptet die Bundesanwaltschaft, werde *„der Mord am früheren Generalbundesanwalt Siegfried Buback gebilligt und darüberhinaus, in einem anderen Artikel zu einem Anschlag gegen den heutigen Generalbundesanwalt Dr. Kurt Rebmann aufgefordert"* („FR", 22.8.).

In diesem Zusammenhang führten BKA-Beamte am 30.8. auch eine Razzia in den Redaktionsräumen des Frankfurter „informationsdienstes" (wo 3 Ausgaben des ID beschlagnahmt wurden, in denen angeblich ein auswärtiger Richter beleidigt wurde) und in den Produktionsräumen des Frankfurter „Druckladen" durch (dort ohne Durchsuchungsbefehl und mit dem Argument der „Gefahr im Verzug"), wo sie Buchhaltungsunterlagen und Offset-Filme beschlagnahmten – was allesamt nichts mit der Zeitung „MOB" zu tun hatte („FR", 1.9.). Dennoch wurde ein Genosse des „Druckladen" vorübergehend festgenommen.

Tatsächlich sind die Passagen aus der „MOB"-Zeitung, auf die die Staatsschützer ihre Beschuldigungen stützen, bis heute auch nirgendwo öffentlich bekanntgegeben worden. Gegenüber der Öffentlichkeit wird einfach dreist behauptet, die Zeitung würde zu einem Anschlag auf Rebmann aufrufen, ohne den geringsten Beweis dafür anzutreten. Seit der auf Fälschungen (durch unvollständiges und sinnentstellendes Zitieren) aufgebauten Pressekampagne gegen den sogenannten „Buback-Nachruf" des Göttinger „Mescalero", erfreut sich dies Verfahren offenbar wachsender Beliebtheit bei der „Belastung" und Verfolgung der Linken.

Auch der bürgerlichen Presse liegt dabei (wie der vollständige Nachdruck eines „MOB"-Artikels in der „FAZ" beweist) diese Zeitung vor, ohne daß bislang auch nur der Versuch gemacht wird, die Beschuldigungen durch „Beweise" zu erhärten (der in der „FAZ" nachgedruckte Artikel ist eine Kritik der Sponti-Bewegung, der kein einziges Wort im Sinne der Beschuldigungen enthält).

Wahrscheinlich werden die Staatsschützer ihre Vorwürfe schließlich mit folgenden Stellen „begründen":

- dem Zitat: *„Kommt Zeit, kommt RAF. In diesem Sinne wünschen wir Rebmann eine erfolgreiche (Erdum-)Laufbahn".*
- Das Bild Rebmanns, in das eine Zielscheibe hineinmontiert ist, versehen mit der Unterschrift: *„Dieses Gesicht sollte man sich merken".*

Aus diesen Passagen dürften sich jedoch kaum eine direkte Aufforderung zu einem Anschlag auf Rebmann herleiten lassen. Aber selbst wenn dies in der Absicht der Verfasser liegen würde: Rebmann & Co, die für ein „härteres Anfassen" der Hungerstreikenden getrommelt und damit deren möglichen Tod in Kauf genommen haben, dürften sich kaum wundern, daß es da Reaktionen gibt, die s i e in die „Erdumlaufbahn" wünschen.

Mit der Verhaftung Newerlas und Dellwos soll das Rückgrat der politischen Gefangenen gebrochen werden, als deren Verteidiger sie aufgetreten sind. Die politischen Verteidiger sind heute überhaupt noch die einzigen, die (allerdings schon in vielfach eingeschränktem Umfang) noch einigermaßen direkt kontrollieren können, was mit den politischen Gefangenen passiert. Ihre über schrittweise Rechtsbeschränkungen laufende völlige Ausschaltung bis hin zur eigenen Verhaftung, bedeutet daher auch, daß die politischen Gefangenen in den westdeutschen Gefängnissen planmäßig von einer KZ-ähnlichen Situation umgeben werden, in der nichts mehr über ihre Behandlung nach Außen dringt und die staatlichen Behörden sich unter Ausschluß der minimalsten Öffentlichkeit jede Schweinerei erlauben (und sie vertuschen) können.

Wir fordern:
Sofortige Freilassung von Armin Newerla und Hans Dellwo!
Kampf dem faschisierten Staatsapparat!

IKAH-Hamburg

Hungerstreik der politischen Gefangenen (vorläufig) abgebrochen

Die politischen Gefangenen in der Bundesrepublik, die in den vergangenen Wochen einen Hunger- und teilweise Druststreik durchführten, haben diesen Anfang September in kurzen Abständen nacheinander abgebrochen bzw. vorläufig abgebrochen. Die Gefangenen aus der »RAF« haben dazu folgende Erklärung abgegeben:

»Erklärung der Gefangenen aus der RAF: Im Laufe der Woche haben wir von einem Mitglied von Amnesty International erfahren, daß der Vermittlungsversuch, den das Internationale Exekutivkomitee unternommen hat, um humane, d.h. Haftbedingungen, die den Forderungen der Ärzte entsprechen, durchzusetzen, und den Hungerstreik zu beenden, abgebrochen wurde, weil ‚die Situation total verhärtet ist' und ‚in den Behörden von oben nach unten die Linie durchgesetzt wurde, nach den Anschlägen gegen die Bundesanwaltschaft und Ponto an den Gefangenen ein Exempel zu statuieren'. Das entspricht den Ankündigungen Rebmanns. Die Gefangenen haben daraufhin — um das Mordkalkül nicht zu erleichtern — am 26. Tag ihren Streik unterbrochen. Sie haben sich dazu entschlossen, nachdem sie damit offen zu Geiseln des Staatsschutzes erklärt worden sind — in Erwägung der Anstrengungen, die die Regierung unternommen hat, die Begründung der Klage gegen die Verletzung der Menschenrechte in der Bundesrepublik bei der Menschenrechtskommission in Straßburg durch Verhaftungen, Razzien und die Beschlagnahme an der Grenze zu verhindern.

Stammheim, den 2.9.77
Jan-Carl Raspe für die Gefangenen aus der RAF«

Die Begründungsschrift der in der obigen Erklärung angesprochenen Klage vor der Menschenrechtskommission in Straßburg sollte am 29.8. von zwei Mitarbeiterinnen des Anwaltsbüros Newerla/Müller im Auftrag dreier Rechtsanwälte aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden der Kommission überbracht werden. Am Grenzübergang Rheinau wurde diese Begründungsschrift von einem BGS-Kommando beschlagnahmt und die beiden Büro-Mitarbeiterinnen festgenommen. Zwar wurden diese noch am Abend wieder freigelassen und ihnen die Begründungsschrift auch wieder ausgehändigt — allerdings war währenddessen die Frist für deren Abgabe verstrichen.

Authentische Erklärungen der anderen politischen Gefangenen lagen uns bis Redaktionsschluß noch nicht vor.

Petra Krause »in Freiheit«

Am 17. August hatte die italienische Justiz es abgelehnt, die inhaftierte Anarchistin Petra Krause bis zu ihrer „Rücklieferung" an die Schweiz am 19.9. (wo ihr auch der Prozess gemacht werden soll) freizulassen (siehe AK 110 u. 111). Daraufhin war die bereits bei ihrer Auslieferung nach Italien stark abgemagerte und schwache Genossin sofort in den Hungerstreik getreten. Da Petra nach 28 Monaten strengster Isolationshaft in der Schweiz ohnehin mit ihren psychischen und physischen Kräften fast am Ende ist, hätte eine Fortsetzung der Haft und des Hungerstreiks ihren Tod bedeuten können. Die italienische Justiz hat deshalb doch noch einen „eleganten" Weg gefunden, um sich aus der Affäre zu ziehen: Am 24.8. wurde Petra aus der Haft entlassen, genau einen Abend vor der in Neapel angekündigten nationalen Solidaritätsdemonstration. Diese Haftentlassung ist jedoch begleitet von etlichen Schikanen und Beschränkungen:

Die „Freiheit" von Petra Krause, ist nicht nur bis zum 19.9. beschränkt (es sei denn, die Schweiz gibt einem Antrag auf zwei- bis dreimonatigen Prozeßaufschub statt), sondern Petra ist auch verpflichtet, das Stadtgebiet von Neapel nicht zu verlassen, sich wöchentlich bei der Polizei zu melden und sich zur Verfügung der Gerichtsbehörden zu halten. Trotz all dieser Einschränkungen hat der Generalstaatsanwalt von Neapel, Soprano, sofort Berufung gegen Petras Entlassung eingelegt.

„Sprecht nicht von mir, sondern von den vielen Genossen, die noch im Zuchthaus sitzen" ...

... waren die ersten Worte von Petra Krause auf einer Pressekonferenz am 25. August.

Unter dem Motto „Kampf der Repression" stand die Demonstration am 25. August in Neapel, die ursprünglich für Petras Freilassung angekündigt worden war. Bereits am Tag vor der Demonstration hatten sich einige hundert Menschen vor dem Gefängnis von Pozzuoli eingefunden und von 14 Uhr mittags bis 24 Uhr erst auf die Entscheidung und dann auf die Entlassung von Petra gewartet.

Die Demonstration am 25.8. wurde getragen von den linken Organisationen PDUP, Avanguardia Operaia, Lega dei Communisti, MLS, „il manifesto", Lotta Continua; Bewegung zur Befreiung der Frau (MLD), „Christen für den Sozialismus", Theaterkollektive „Die Kommune", UILM Neapel (sozialdemokratische Metallergewerkschaft), FLM Neapel (revisionistische Metallergewerkschaft), PSI-Sektion Neapel-Chiaia, anarchistische Gruppen, Radikale Partei u.a.m.

Der „Quotidiano dei lavoratori" (Tageszeitung von AO) schrieb nach der Demonstration: *„Die heutige Demonstration zeugte von einem gemeinsamen Bewußtsein aller Genossen über eine Tatsache: Die Schlacht ist nicht beendet. Nicht nur für die Genossin Petra, die noch zwei Prozesse vor sich hat und in Freiheit unter Polizeiaufsicht ist, sondern auch für alle anderen politischen Gefangenen, in Italien und in Europa, die gezwungen sind, unter unmenschlichen Bedingungen zu leben: isoliert, geschlagen. Die Justiz der Herrschenden hat zwei Gesichter: Das eine verständnisvoll und liebenswürdig für Kriminelle wie Kappler oder zahlreiche andere Faschisten, die so leicht ihre Freiheit erlangen; und ein anderes für die Roten, die Extremisten, die – unwichtig ob schuldig oder nicht – um jeden Preis bestraft werden"* („Qdl", 26.8.77).

Italienkommission

Jung-Nazis planen „Großveranstaltung" in Osnabrück

Für den Freitag, 16. September, und Samstag, 17. September, hat die NPD-Jugendorganisation JN („Junge Nationaldemokraten") „Großveranstaltungen" in Osnabrück auf der Grossen Straße angedroht. Das Aufrufflugblatt dazu läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: **„Millionen fordern: ROTFRONT VERRECKE"** heißt es zur Zeichnung eines Galgens. Weiter: *„Kein Luxus-Gefängnis für Buback- und Ponto-Mörder"* und *„Zerschlagt den Kommunismus! Schluß mit dem roten Mördergesindel!"* Eindeutig wird hier an die von der Springerpresse betriebene Hetze („Luxus-Gefängnis") angeknüpft und zugleich unverhohlener Mordterror angedroht. Polizei und Stadtverwaltung Osnabrücks scheinen nichts dagegen zu haben.

Zu den „Großveranstaltungen" soll JN-Bundesvorsitzender W. Krauss nach Osnabrück kommen. Offensichtlich soll am 17./18. in Osnabrück auch der „Bundeskongress" der JN stattfinden; ob der ursprüngliche Ort (die Gaststätte Hehmann im Arbeiterbezirk Schinkel) bestehen bleibt, war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt.

Schon kurz nachdem die ersten Gerüchte über diese geplante Provokation aufgetaucht waren, hatte es erste Aktionseinheitsgespräche gegeben, an denen neben zahlreichen unorganisierten Antifaschisten auch DKP, VVN und MSB ebenso wie der KBW und seine ‚Massenorganisationen' beteiligt waren.

Von ehrlicher Aktionseinheit wollten beide Teile jedoch offensichtlich nicht viel wissen. Die DKP wollte nur ihren Flugblattentwurf behandelt wissen, der KBW zeterte über den Reformismus der DKP und ergoß sich ansonsten in platten Volksreden. Als schließlich zumindest festgestellt wurde, daß die Mehrheit beabsichtigte, das Faschistentreffen durch Gegenaktionen, bei denen auch militantes Auftreten nicht ausgeschlossen sei, zu verhindern, gab die DKP kund, daß sie nicht mehr erscheinen werde. Beim nächsten Treffen gab ein Mitglied des „Antifaschistischen Arbeitskreises" (maßgeblich DKP-beeinflußt) bekannt, daß sie nicht mit Leuten gemeinsam handeln könnten, die das Grundgesetz bekämpfen, und da z.B. der KBW das tue, könne man hier nicht mehr mitarbeiten. Mittlerweile rufen die Kräfte um den „Antifaschistischen Arbeitskreis" zu einer eigenen Kundgebung am Samstagnachmittag vor dem Rathaus auf.

Die noch verbliebenen Gruppen und Personen konnten sich nach langen Theorie-Debatten aus unterschiedlichen Motiven auf ein gemeinsamses Mobilisierungsflugblatt gegen das Nazi-Treffen nicht einigen.

Am 3. September gab es dann einen ersten Vorgeschmack auf die geplanten Nazi-Provokationen, als die JN einen „Info"-Stand in der Innenstadt aufbaute. Schon kurz nachdem die etwa 10 Jung-Nazis mit dem Verteilen ihrer Flugblätter begonnen hatten, zogen Antifaschisten vor dem JN-Stand auf und legten ihn um. Leider wurde dies noch nicht ausdrücklich genug getan, sodaß die Nazis unter Polizeischutz ihren Stand wieder aufbauen konnten. Die Polizei „respektierte" es dann auch vollauf, daß die Nazi-Schläger mit Eisenstangen auf Antifaschisten einschlugen. Dabei schützten die Bullen mit Hunden den Stand vor dem Zorn der Antifaschisten, sodaß nur einige Eier und Tomaten ihr Ziel erreichten. Mehrere Handgemenge wurden von der Polizei genutzt, um Leute vorübergehend zur Personalienfeststellung festzunehmen.

Als schließlich die Faschisten entnervt, weil völlig eingekeilt, mit einem PKW ihren Stand abtransportieren wollten, kam ihnen wiederum die Polizei mit einem Ausfall zur Hilfe. Plötzlich schlugen sie ohne Ankündigung wie wild auf alles im Umkreis ein. Ob Demonstrant oder Unbeteiligter, es wurde unterschiedslos auf alles eingeprügelt. Mehrere Leute wurden wiederum in Bullenautos gezerrt, und einige mußten mit Bißverletzungen ins Krankenhaus gebracht werden.

Diese Vorfälle machten vielen Antifaschisten deutlich, wie notwendig einheitliches Mobilisieren und Handeln ist. So traf sich noch am nachmittag ein Kreis von ca. 20 Leuten. Ein Aufrufflugblatt wurde erarbeitet; dies wird dem nächsten Treffen der verschiedenen Gruppen zur Unterstützung vorgelegt. Spielt der KBW nicht mit, wird ohne ihn gehandelt. Demokratische und antifaschistische Initiativen und Organisationen in den Orten im weiteren Umkreis um Osnabrück werden zur Unterstützung antifaschistischer Aktionen am 16./17. und 18.9. angeschrieben.

Nach einem Bericht aus Osnabrück

Fortsetzung von Seite 1

chung in von der Bande angemieteten Räumen im Stadtteil Hamm förderte weitere Nazi-Literatur, Messer und Dolche, verschiedene „Wehrmachts"-Gegenstände („Hamburger Abendblatt", 2.9.) sowie Helme, SA-Dolche und Maschinengewehr-Munition („Hamburger Morgenpost", 2.9.) zutage. Wie in der „Tagesschau" (1.9.) zu sehen war, befand sich u.a. auch ein Stapel NPD-Plakate unter dem Material der Faschisten.

Die Dreizimmerwohnung diente unter dem Tarnnamen „Freizeitverein Hansa" als Treffpunkt der Bande. Besonders aktiv soll die Bande geworden sein, nachdem „zwei auswärtige Rechtsextremisten" hinzugestoßen waren („MoPo", s.o.). Nach den „Erkenntnissen" der Polizei handelt es sich bei der Gruppe um die 1975 gegründete „NSDAP/Gau Hamburg", die am 8. Mai 77 einen „SA Sturm Hamburg" gebildet hat („Hmb. Abendblatt", s.o.).

Der Festnahmeaktion gegen die „Hansa"-Bande, der nach offiziellen Angaben schon eine mehrwöchige „Beobachtung" durch die Polizei vorausgegangen sein soll, liegt offenbar die Tatsache zugrunde, daß es die Bande mit ihren massiven und hemmungslosen Nazi-Schmierereien allzu toll getrieben hatte. Das demokratische Image der Hansestadt konnte das nicht mehr vertragen.

Es ist freilich bezeichnend, daß in allen Presse-Veröffentlichungen ausschließlich von den Schmierereien die Rede ist, obwohl es die Polizei zweifellos besser weiß. Jeder aktive Hamburger Antifaschist entdeckte jedenfalls auf den ersten Blick auf den Presse-Fotos von Michael K. und Lutz W. (von Tibor Sch. wurde leider bisher kein Foto veröffentlicht) alte Bekannte: Beide Jung-Faschisten sind in den letzten Monaten bei verschiedenen Nazi-Provokationen und -Schlägereien in Erscheinung getreten. Der ARBEITERKAMPF ist in der Lage, dies mit Fotos zu dokumentieren:

- die beiden waren unter den Schlägern, die im Mai (nach der geplatzten Rudel-Veranstaltung der DVU) am Osdorfer Born über antifaschistische Demonstranten herfielen.
- Die beiden waren bei dem Nazi-Trupp, der im Juli vor der Podiumsdiskussion in den Markthallen („Sollen Nazi-Mörder begnadigt werden?") zu provozieren versuchte. In der Nacht vorher hatte die „Hansa"-Bande die Mauern der Markthallen mit antisemitischen Parolen beschmiert.
- Einen Tag später waren die beiden bei dem Trupp von Jung-Faschisten, die einem Aufruf der JN (NPD) und der „Wiking-Jugend" folgend vor der sowjetischen Botschaft protestieren wollten und die später mit Latten und Knüppeln gegen antifaschistische Demonstranten losstürmen wollten (aber diesmal eine kräftige Abreibung bekamen!).
- Lutz W. gehörte zu dem Nazi-Trupp, der am 20. August vor dem Hause Kapplers in Soltau aufmarschierte und gegen „Juden und Kommunisten" hetzte. –

Lutz W. wurde außerdem wiederholt an NPD-Ständen in Eimsbüttel beobachtet. Das Auto der Jungfaschisten wurde als das Gefährt der Organisatoren eines NPD-Standes in Eimsbüttel identifiziert.

Auf den Fotos, die wir in diesem AK veröffentlichen, sind noch weitere Jung-Faschisten zu sehen, die wahrscheinlich gleichfalls zur „Hansa"-Bande gehören. Es scheinen Doppelmitgliedschaften in JN und „Wikingjugend" zumindest bei einigen von ihnen zu bestehen.

Wir werden sehr aufmerksam verfolgen, wie diese Angelegenheit weiterhin von Polizei und Presse behandelt wird. Wir rufen auf, uns weitere sachdienliche Hinweise über die Bande zur Verfügung zu stellen.

Nazi-Bande in Hamburg aufgeflogen

Bilddokumentation





Bei der Festnahme: Michael K. (links) und Lutz W.



Lutz W. (ganz rechts) und Michael K. (dritter von rechts) vor der Podiumsdiskussion in den Markthallen am 22.Juli 77. Der Typ zwischen ihnen gehört ebenfalls zur Bande und war auch am Osdorfer Born dabei.





Bei der Festnahme: Michael K. (links) und Lutz W.



Nazi-Trupp am 20. August 77 in Soltau vor dem Wohnhaus von Kappler. Rechts außen wieder Lutz W.



Michael K. und Lutz W. (im Hintergrund) bei der Schlägerei an der Mundsburg am 23.Juli 77. Der Schläger in der Mitte war auch am Osdorfer Born dabei.



Lutz W. am 15.5.77 am Osdorfer Born (ganz rechts). Der Typ links neben ihm gehört auch mit zur Bande.



Michael K. in der NPD-Schlägertruppe am 15. Mai 77 am Osdorfer Born (1)

Nach Kapplers Flucht: Soltau — Mekka der Faschisten

Nach der Flucht Kapplers wurde Soltau zum Wallfahrtsort triumphierender Faschisten aus dem ganzen norddeutschen Raum.

Bereits am 20. August, nachdem am Vortag in Soltau eine Demonstration von mehreren Hundert Antifaschisten stattgefunden hatte, marschierten 6 uniformierte Jung-Faschisten, teilweise mit Kennzeichen der „Wiking-Jugend", vor dem Kapplerschen Wohnhaus auf. Unter ihnen Lutz W. aus Hamburg, der in der Nacht zum 1. September bei Nazi-Schmierereien in Hamburg festgenommen wurde. Er gehört einer Bande an, die sich als „Freizeitverein Hansa" tarnte.

Der Nazi-Trupp stellte vor dem Kapplerschen Wohnhaus ein Plakat mit folgendem Text aus: „*JUDEN UND KOMMUNISTEN fordern Auslieferung des todkranken Herbert Kappler. Ihre Mordkommandos sind unterwegs, um Kappler in die Luft zu sprengen. So sieht es mit dem Friedensgetue und Versöhnungsgetue dieser Heuchler aus. Sie sprechen von Weltgewissen und Humanität und meinen Haß und Rache nach alttestamentarischem Vorbild.*

Die Lizenzparteien sehen tatenlos zu, wie der Staat immer mehr in Anarchie versinkt. DEUTSCHE, WACHT AUF! Die Zeit ist gekommen, die wahren Schuldigen am Unglück unseres Volkes beim Namen zu nennen".

Der Trupp war nicht allein gekommen – zahlreiche weitere Faschisten standen noch in der Nähe postiert, wahrscheinlich in der frohen Erwartung, Gelegenheit zu Provokationen und Schlägereien zu bekommen. Ein roter Ford Taunus (Kennzeichen WL-AZ 472) fuhr mit einer aus dem Fenster hängenden Nazi-Fahne durch die Gegend; in einem grünen VW-Käfer (Kennzeichen SOL-CS 30) lauerten drei weitere Faschisten in schwarzen Lederjacken auf ihren Einsatz.

Für den Abend hatten die Nazis eine „Presse-Konferenz" mit dem Ex-Rechtsanwalt Roeder angesagt, zu der sie aber nicht erschienen.

Am 25. August hielten die Faschisten den Zeitpunkt für gekommen, um unter dem zynischen Motto „Frieden, Freiheit, Völkerverständigung" zu einer öffentlichen Veranstaltung im Soltauer Gasthaus „Zum Neuen Hause" einzuladen. 2 – 300 waren gekommen, größtenteils angereiste Faschisten aus dem norddeutschen Raum. Veranstalter war das rechtsradikale Blättchen „MUT" – eine Art nazistisches Diskussionsforum, das sich besonders bei der NPD-Jugendorganisation JN großer Beliebtheit erfreut. Als Redner traten auf:

- Bernhard C. Wintzek (34), Herausgeber von „MUT";
- Hans Hertel (70) aus Bremen, als „ständiger Mitarbeiter von „MUT" angekündigt;
- Udo Walendey (50) aus Vlotho, Funktionär der NPD, bekannt geworden durch pseudo-„historische Machwerke", mit denen die Nazi-Verbrechen, speziell der Mord am jüdischen Volk, geleugnet werden sollen;
- Bernd Dröse (21), als Jura-Student aus Bremen angekündigt.

Wintzek forderte in seiner Rede, es müsse „endlich Schluß sein" mit den „widerwärtigen NS-Prozessen". Alle noch einsitzenden Kriegsverbrecher müßten freigelassen werden, vor allem Rudolf HeSS, der ehemalige „Stellvertreter des Führers".

Udo Walendey hielt seinen bekannten Vortrag über „Kriegsschuldlüge", „Auschwitzlüge" usw. und forderte „die geistige Wiederaufrüstung unseres Volkes".

Dröse wetterte gegen die antifaschistische Demonstration vom Vortag und meinte, das sei „der Abgrund und Gipfel der Geschmacklosigkeit". Die Antifaschisten seien „kommunistische Banditen" und „geistige Vettern der Buback- und Ponto-Mörder".

Hertel schwärmte in seiner Rede vor allem für die „tapfere Frau Kappler". Er sei „stolz, daß es eine solche deutsche Frau gibt". Es wurde auch noch eine „Gedenkminute" für die Frau Kappler eingelegt!

Kurz vor der Veranstaltung waren in Soltau Nazi-Parolen wie „Solidarität mit Kappler – NPD" geschmiert worden. Der NPD-Kreisverband Soltau „distanzierte" sich davon, ohne die Tatsache bestreiten zu können, daß viele von dem nach Soltau strömenden Nazi-Gesindel tatsächlich Mitglieder der NPD oder der JN sind.

Die Faschisten werden im übrigen kräftig von der Lokalpresse, der „Böhme-Zeitung", untersützt. So brachte diese über die Nazi-Verantsltung vom 25. August einen sehr ausführlichen Bericht, zudem unter der Überschrift „Nach 32 Jahren muß endlich einmal Schluß sein". Die Schnacks der Nazis wurden breit zitiert.

Über die antifaschistische Demonstration vom 19. August hingegen hatte die „Böhme-Zeitung" nur eine Bilderseite mit gehässigen Bildunterschriften und der Überschrift „*Die Chaoten fielen am Freitag in Soltau ein*" gebracht. Bildunterschriften waren z. B.: „*Transparente statt Argumente*", „*Demonstrieren, aber ohne Gesicht*", „*Demonstrieren, aber Angst vor der Kamera*" und „*Weiß er, was er dort trägt?*" (Unter dem Bild eines Demonstranten mit einem Schild „Den Faschisten keinen Fußbreit"). – Auch in Soltau bestätigt sich, daß das Herz der Lokalpresse vielfach nicht bloß rechts, sondern rechtaußen schlägt!



TAUER KREISZEITUNG Nr. 198 — 113. Jahrgang

Davidsterne mit Hammer und Sichel

Unbekannte Täter beschmierten öffentliche Gebäude in Soltau

Soltau. ga Bisher unbekannte Täter haben in der Nacht zum Donnerstag die Wände mehrerer öffentlicher Gebäude in Soltau beschmiert. Mit einer Schablone malten sie blaue jüdische Davidsterne und in die Mitte Hammer und Sichel in Rot.

Neben dem Findling vor dem Heimathaus gegenüber dem Rathaus wurden die Landkreis-Gebäude in der Winsener und in der Harburger Straße, die Landwirtschaftsschule in der Bornemannstraße, das Feuerwehrgerätehaus in der Scheibenstraße und die Eingangstür der Berufs- und Berufsfachschulen in der Winsener Straße mit diesen „Werken verziert". Gestern vormittag wurden sie wieder entfernt.

Die Polizei hat ihre Ermittlungen aufgenommen. Fest steht auf jeden Fall der Straftatbestand der Sachbeschädigung. Ob die Schmierereien als politisches Delikt angesehen und verfolgt werden müssen, ist noch unklar. Die Beamten der Soltauer Kriminalpolizei, die den Vorfall bearbeiten, haben bisher keine Vermutungen auf den Täterkreis. Fest steht jedoch, daß es sich bei den „Malern" um Extremisten handeln dürfte. Polizeihauptkommissar Meyer von der Soltauer Schutzpolizei auf die Frage, wen er als Täter vermutet: „Das war ein Spinner."

Da schmunzel der „unbekannte Täter"!

Italien: Regierung und Geheimdienst mitverantwortlich für Kapplers Flucht

Die Flucht Kapplers hat in Italien das Mißtrauen in die Regierung und die Staatsorgane vertieft. Nach den anfänglichen verschiedensten Spekulationen über den Hergang der Flucht und die eventuellen Hintermänner, haben jetzt die Stellungnahmen der Regierung und des für die Bewachung Kapplers zuständigen Verteidigungsministers Lattanzio vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß den Verdacht vergrößert, daß die Flucht unter Mitwisserschaft des Geheimdienstes SID und verschiedener Politiker geplant und organisiert, zumindest aber von ihnen begrünstigt worden ist.

Vom ersten Tag an hatte Lattanzio in zahlreichen Fernseh- und Zeitungsinterviews seine »Unschuld« beteuert und setzte diese Taktik auch vor dem Ausschuß fort. Er selbst sei nur »verantwortlich für das Ministerium, nicht aber für den Apparat«. Verantwortlich seien im Fall Kappler in erster Linie die Carabinieri (CC), die die Bewachung Kapplers durchführten. Schuld gab Lattanzio vor dem Ausschuß auch dem Geheimdienst SID, der trotz bestimmter Informationen — vor schon einem halben Jahr — über eine geplante Flucht Kapplers keine entsprechenden Maßnahmen getroffen habe. Zugleich betonte Lattanzio, daß sämtliche DC-Regierungen über alle Jahre hinweg immer konsequent ihre Haltung gegen eine Freilassung Kapplers formuliert hätten und daß er selbst entsprechend dieser Richtlinie gehandelt habe.

Verbindungen zu den Faschisten?

Ein wichtiger, wenn auch etwas obskurer Mann, der Professor Biondi, hatte schon am Tage der Entführung für Unruhe gesorgt. Biondi behauptete, im Militärhospital Celio habe man schon eine Stunde vor der offiziellen Entdeckung von der Flucht Kapplers gewußt. Diesen Hinweis habe er von einem hohen Gewerkschafter erhalten, der dies jedoch ableugnet.

Biondi, Mitglied der PCI, wurde noch am selben Tag ausgeschlossen, mit der Begründung, er sei ein Provokateur und Lügner und habe versucht, ehrliche Gewerkschafter in eine schmutzige Affäre hineinzuziehen. Dieser Biondi, über den auch die Presse der revolutionären Linken schreibt, man könne sich kein genaues Bild über ihn machen, da er offensichtlich in Verbindung mit dem SID stehe und eine sehr »bewegte Vergangenheit« habe, wurde aber dennoch vom »Quotidiano dei Lavoratori« (Zeitung von Avanguardia Operaia) interviewt, da er sehr detaillierte Angaben über Hintermänner der Kappler-Flucht hatte, die sich teilweise bestätigt haben, teilweise nicht nachzuprüfen sind. Wichtigste Fakten hat die linke Presse jedoch als authentisch veröffentlicht:

Einige alte Faschisten aus dem Zweiten Weltkrieg wurden in der amerikanischen Haft gleich weiter als neue Agenten für den CIA ausgebildet. Unter ihnen der heutige Filmproduzent Pino Amadio und der Putschist Spiazzi, der später inhaftiert wurde und — kann das Zufall sein — auf dem selben Stockwerk im Zimmer gegenüber von Kappler seine Haft absaß. Spiazzis rechte Hand ist Stefano delle Chiae, Mitbegründer der faschistischen Avanguardia Nazionale (AN), der wegen mehrerer Bombenattentate gesucht wird.

Als zutreffend erwies sich auch Biondis Aussage, er habe schon Ende 1976 ein Gespräch mit dem Parlamentsvorsitzenden Ingrao (PCI) gehabt, in dem er auf mögliche Fluchtpläne Kapplers hingewiesen habe, und dies sei von Ingrao nicht weiter verfolgt worden. Tatsache ist, daß Biondi dieses Gespräch hatte; Tatsache ist auch, daß er häufig im Namen der PCI und des Partisanen-Verbandes ANPI aufgetreten ist, daß er früher auch mehrere Interviews im PCI-nahen »Paese Sera« gegeben hat. Die Abstempelung Biondis als »Provokateur« und »Verrückter« durch die PCI kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die PCI Kenntnis von Fluchtplänen Kapplers gehabt hat, diese aber keineswegs verfolgt und öffentlich gemacht hat.

Biondi wurde am 20.8. von einer Antiterror-Einheit abgeholt und vor den Staatsanwalt gebracht, um dort seine Aussagen aus den Interviews zu bestätigen. Über einen Tag wurde er verhört und hat seitdem ständig »Schatten« um sich.



■ Die italienische Polizei veröffentlichte im Fall Kappler am Samstag dieses Phantomfoto von zwei Männern, die Frau Kappler bei der Flucht ihres Mannes geholfen haben sollen. Die Männer sollen Deutsche sein.



Kappler, die Ardeatinischen Höhlen triefen noch von Blut

Eine andere Tatsache brachte eine Krankenschwester des Celio zu Tage. Seit über sechs Wochen, nämlich zuletzt am 11. Juni, hatte Kappler keinen Arztbesuch mehr gehabt. Sein Zustand war keineswegs so ernst, daß er »nur noch wenige Tage zu leben hatte«, wie die offizielle Version lautete. Es wird sogar bezweifelt, ob er wirklich, wie immer behauptet, Krebs hat.

Zusammenarbeit der Geheimdienste

Diese Fakten, die unmittelbar im aktuellen Zusammenhang mit der Flucht entdeckt wurden, werden noch deutlicher, wenn man den Fall Kappler von 1974 an zurückverfolgt. 1974 hatte es zwischen Staatschef Rumor und der westdeutschen Regierung ein Gespräch gegeben, wonach es zu einer Veränderung des Status' von Kappler gekommen ist. Anfang April 1976 ordnete der damalige Verteidigungsminister Forlani aufgrund des angeblich schlechten Gesundheitszustandes Kapplers eine Verlegung vom Gefängnis ins Hospital Celio an. Im Dezember 1976 versuchte dann ein Militärgericht, Kappler aus denselben Grund auf freien Fuß zu setzen, was aber am Protest der Bevölkerung scheiterte. Genau zur selben Zeit, am 25.12.76, teilte der CC-Befehlshaber der Region Lazium, Terrenziani, der Regierung mit, der SID habe erfahren, daß unter Mitwirkung der westdeutschen Geheimdienste eine Flucht Kapplers in Vorbereitung sei. Zu diesem Zeitpunkt wurde auch die Bewachung Kapplers von der »normalen« auf eine »Spezialbewachung« geändert, allerdings nicht wegen einer befürchteten Flucht Kapplers, sondern wegen des starken Protestes der Bevölkerung: Verschiedene Kräfte hatten mitgeteilt, sie selbst würden dafür sorgen, daß Kappler im Celio bleibt, wenn die Regierung dies nicht gewährleisten könnte. Die Warnung vor einer Flucht wurde im Februar noch einmal bestätigt. Aber schon im Januar hatte Terenziani wieder »Entwarnung« gegeben; auch darauf bezieht sich Lattanzio in seiner Erklärung vor dem Untersuchungsausschuß, wenn er sagt, der SID habe eine Entführung nicht ernsthaft in Erwägung gezogen. Nach dem Abklingen der Proteste wurde

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

schon am 7.1.77 die Bewachung Kapplers sichtbar stark reduziert. Es wurde wieder die »Normalbewachung« eingeführt. Am 22.5.77 erfolgte dann eine nochmalige Herabsetzung der Wachen, und ab 12.6.77 taten statt der ursprünglich 100 Carabinieri nur noch zwölf ihren Wachdienst im Celio, wovon nur noch drei auf dem Stock Kapplers anwesend waren. Eine Überprüfung des Wachdienstes von offizieller Seite fand zuletzt im April statt. Ein ehemaliger Wachhabender des Celio schreibt in einem anonymen Brief an »Lotta Continua«, daß schon vor den Auseinandersetzungen im Dezember 1976 von einer tatsächlichen Bewachung Kapplers keine Rede sein konnte. Es wurde nicht einmal ein »Spion« in die Zimmertür Kapplers angebracht, er hatte freien Ausgang im gesamten Celio und konnte sich ungestört mit den ebenfalls dort untergebrachten Faschisten Spiazzi und Pecorella unterhalten. Seine Besucher wurden nie kontrolliert und eine Aufsicht gab es praktisch nicht.

Vor dem Hintergrund der zweimaligen Warnung vor einer möglichen Entführung und den immer stärker abgebauten Sicherheitsvorkehrungen im Celio selbst muß auch der fragwürdige »Selbstmord« des Generals Anza gesehen werden:

Anza, der bis vor kurzem noch von militärischen Beratern als »fähige Führungspersönlichkeit« gepriesen wurde, wurde zwei Tage vor der Flucht Kapplers mit einem Herzdurchschuß tot aufgefunden. Offiziell heißt es, Anza habe sich »aus Liebeskummer« umgebracht. Seine Freundin habe bestätigt, daß ihr Verhältnis zu Ende gewesen sei. Diese geradezu lächerliche Behauptung glaubt jedoch kaum jemand. Der »Corriere della Sera« vom 18.8. schrieb: *»Der Tod des Generals ist mehr als mysteriös und gibt Anlaß zu schwerwiegenden Zweifeln!«*

Dafür spricht auch die Tatsache, daß Anza als jemand bekannt war, der für militärische Kreise erstaunlich offen seinen Standpunkt zu Kappler formulierte: Er sprach sich gegen eine Freilassung Kapplers aus. Darüber hinaus war Anza Mitglied der PSI (Sozialisten). Anza hatte längere Zeit im Verteidigungsministerium gearbeitet und eine schnelle Karriere gemacht. Er war der einzige Kandidat für die Nachfolge des Befehlshabers der Carabinieri, Mino. Umso verwunderlicher war es, daß er erst kürzlich durch Andreotti und den Verteidigungsminister von seinem künftigen Auftrag entbunden wurde zugunsten des Coll. Ferrara, der jetzt die Nachfolge Minos antreten soll. Tatsache ist, daß Anza als hoher Armee-General und Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums einen weitgehenden Einblick in Geheimsachen und Fragen des SID (Geheimdienst) hatte. Er muß also über Aktivitäten des SID Bescheid gewußt haben, an den der Fall Kappler — nach dem Scheitern des offiziellen Versuches der Befreiung Kapplers durch einen Spruch der Militärrichter im November — übergeben worden war.

Dies alles bestätigt die in Italien weithin verbreitete Meinung, die Flucht Kapplers sein »ein Geschenk« des italienischen Staates an die westdeutsche Regierung gewesen.

Indessen hält Frau Kappler immer noch in ihrer absurden Version fest, die Flucht »ganz allein« geplant und durchgeführt zu haben. Die Koffer-Story hat sie inzwischen selbst fallengelassen. Jetzt behauptet sie, sie habe ihren Mann (den armen Schwerkranken) mit einer Bergsteigerausrüstung (die sie zufällig im Kofferraum ihres Autos mit nach Italien genommen hatte) an der Wand des Celio 16 Meter tief abgeseilt. (Ein interessantes Gegenstück zu einer anderen historischen Persönlichkeit, die es vor einiger Zeit 15 Meter h o c h schaffte!) Man könnte meinen, Frau Kappler habe ihre Münchhausen-Geschichten — erst der Koffer, jetzt die Bergsteigerausrüstung — nur erfunden, um möglichst viel Geld aus der Sache herauszuschlagen. Vielleicht ist es aber doch kein Zufall, daß bereits vor Bekanntwerden der neuen Version italienische Regierungsstellen bis rauf zum Verteidigungsminister die Story mit dem Koffer offiziell als unglaubwürdig widerlegt hatten, da es genug Indizien gibt, daß die Flucht auf diese von Frau Kappler zuerst geschilderte Weise gar nicht klappen k o n n t e.

Man weiß inzwischen offiziell, daß Frau Kappler in den letzten Jahren große Summen vom »Roten Kreuz«, von der SS-Organisation HIAG »und anderen Kameradschaftskreisen« (Originalton Frau Kappler im Fernsehen), vom »Gaeta-Komitee« und sogar von Regierungsstellen bekommen hat.

Über die näheren Umstände der Flucht wird jetzt weiterhin nur spekuliert. »Bild am Sonntag« z.B. tippte auf »Odessa«, die berüchtigte Geheimorganisation früherer SS-Leute. Mag sein oder auch nicht. Jedenfalls fällt auf, daß Springerpresse und ihresgleichen gar nichts dabei finden würden, w e n n es so wäre!

Proteste der Antifaschisten und Manöver der Reformisten

Die Zweifel der Presse an der Darstellung Lattanzios zu dem Fluchthergang, die Abwälzung der »Schuldfrage« auf zwei »kleine« Carabinieris, die inzwischen im Knast sitzen, und die Kenntnis der Bevölkerung von der »Mafia«-Praxis der DC haben jedoch die Abwiegelung Andreotis, der DC und auch der PCI nicht akzeptiert. In zahlreichen Stellungnahmen in der Presse wird die schonungslose Aufdeckung der Vorfälle gefordert, wobei die »Akte Kappler«, also die Regierungsgespräche zu dieser Sache, sicherlich eine wichtige Rolle spielen. Darüber hinaus demonstrierten am 18.8. in Mailand 5.000 Antifaschisten gegen die Flucht. Am 20.8. versammelten sich 800 Genossen der »Neuen Linken« in Rom vor dem Celio. Am 23.8. demonstrierten 2.000 Antifaschisten der ANPI in Rom und gleichzeitig 800 Linke unter den Forderungen nach Aufklärung des Falles und Rechenschaftslegung der Regierung und des Geheimdienstes.

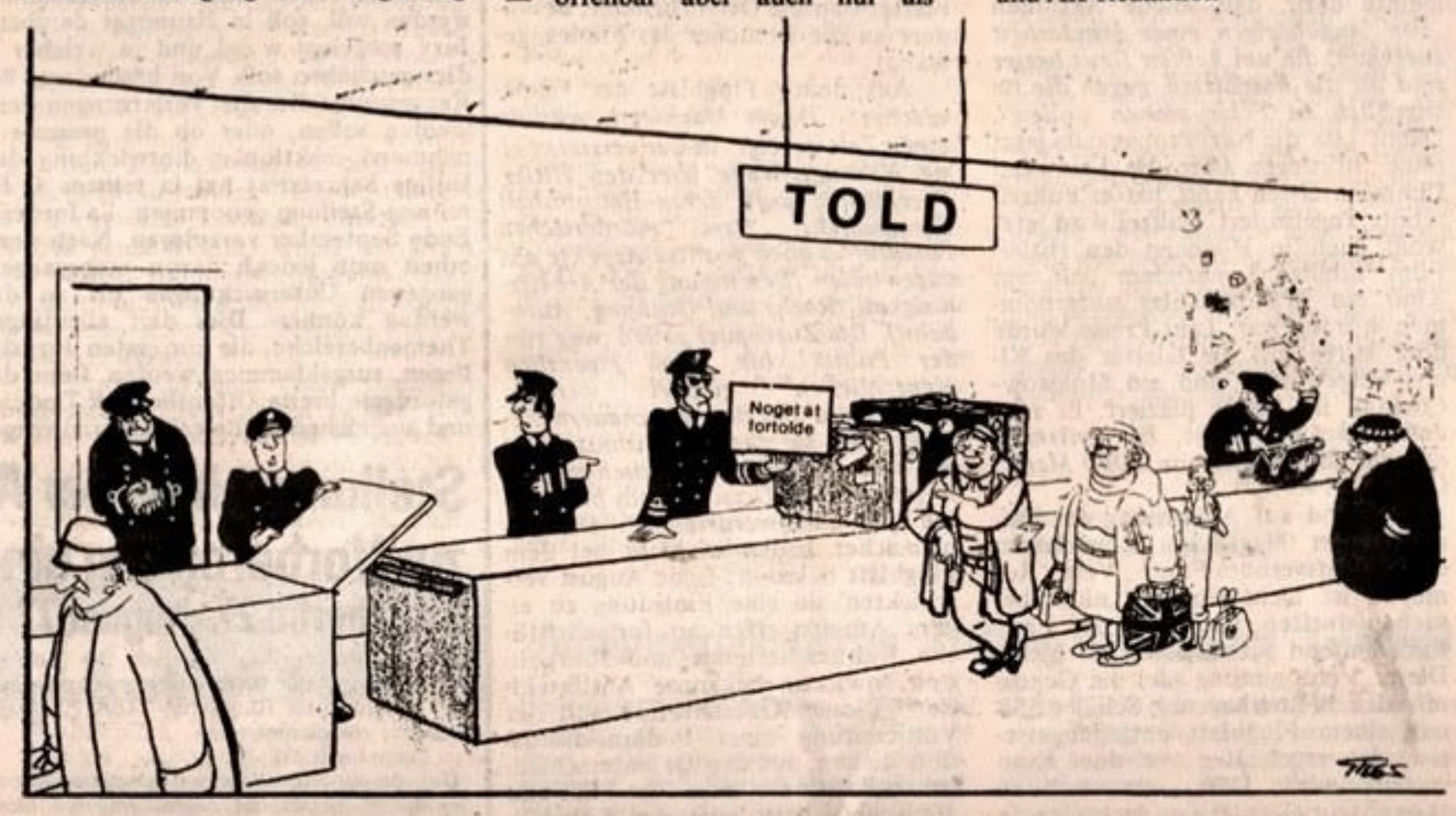
Insgesamt machen die Proteste aber, auch unter Berücksichtigung der Feriensituation, einen eher schwachen Eindruck. Wesentlich dürfte dafür auch die Haltung der bürgerlichen Parteien und der Presse sein. Letztere war schon sehr schnell bestrebt, bei aller unvermeidlichen Kritik an der eigenen Regierung und an der Rechtsentwicklung in der BRD, die Sache doch auch nicht zu weit zu treiben.

Von den Parteien hatten die Sozialisten (PSI), die Republikaner (PRI), die Radikalen (PR) und die Linke (Democrazia Proletaria, DP) zunächst den Rücktritt von Lattanzio gefordert. Die PRI nahm diese Forderung schnell zurück und erklärte sinngemäß, sie habe nur eine Art Schreckschuß geben wollen. Auch die PSI machte einen Rückzieher, mit der Begründung, es gehe nicht um Persönlichkeiten, sondern um die Aufdekkung der Tatsachen.

Noch schwerwiegender ist wieder einmal die Rolle der PCI, die auch die Haltung der Gewerkschaften und der ANPI maßgeblich beeinflußt. Die PCI hatte wie üblich zunächst lauthals gefordert, jetzt müsse »volles Licht« in die Angelegenheit gebracht werden, hatte sogar die Regierung beschuldigt — offenbar aber auch nur als »Schreckschuß«. Die PCI-Spitze verfolgt in allen Vorgängen dieser Art stets das doppelte Ziel, mit Hilfe der Massenempörung bestimmte »Reformen« des bürgerlichen Staatsapparates durchzusetzen (die meist mehr auf Effektivierung als auf Demokratisierung zielen!), zugleich aber kein Mißtrauen der Massen gegen die Institutionen des bürgerlichen Staates (den die PCI mehr verteidigt als irgendetwas sonst) zu dulden.

Ebenso spielen die strategischen Interessen des sogenannten »historischen Kompromiß« eine wesentliche Rolle. Es ist offensichtlich, daß der italienische Staat in dieser Sache Dreck am Stecken hat, besonders die regierende Christdemokratie (DC). Dies wirklich aufzudecken (und nicht bloß mit der Aufdeckung zu d r o h e n, um mit dieser Drohung taktische Geschäfte zu machen!), liegt nicht im Interesse der PCI-Spitze. Außerdem ist es eine Tatsache, daß Italien selbst zahlreiche faschistische Verbrechen nur milde oder gar nicht bestraft hat; viele von ihnen sind heute in der faschistischen MSI-DN oder auch in der DC aktiv. Auch daran soll nicht gerührt werden.

Italien-Kommission
und AK-Redaktion



„Etwas zu verzollen?" „Adolf Hitler im ersten, Martin Bormann im anderen!" („Information" vom 24.8.).

Nazi-Anschläge in Frankreich und Österreich

Innerhalb weniger Tage nach der Flucht Kapplers haben faschistische Gruppen in Frankreich drei Anschläge verübt. In der Nacht vom 17. zum 18.8. wurde eine Statue des Marschalls Leclerc, der gegen die „Wehrmacht" gekämpft hatte, in Paris durch eine Bombe umgestürzt. Zurückgelassen wurde ein Zettel, auf dem sich die „Gruppe Joachim Peiper" zu erkennen gab. SS-Oberst Peiper ist abgeblich im vorigen Jahr in seinem Haus in Frankreich verbrannt.

Der Anschlag vom 17.8. war bereits der achte, für den sich die „Gruppe Joachim Peiper" verantwortlich erklärte.

Am Wochenende vom 20./21.8 wurde das italienische Konsulat in Paris Opfer eines Bombenanschlags. Die Täter hinterließen Flugblätter mit der Aufschrift „Solidarität mit Kappler". Verantwortlich zeichnete eine „SS Frankreich".

Von unbekannten Tätern wurde außerdem das Denkmal des Widerstandkämpfers Jean Houlin in Beziers beschädigt; die dazugehörende Fahne und Fahnenstange wurden zerstört.

Offenbar ermutigt durch Kapplers Flucht und die herzliche Begrüßung in der bürgerlichen Presse beschmierten Faschisten in Wien am 21.8. mehrere jüdische Einrichtungen mit Parolen wie „Juden hinaus" und „Saujuden". Vorübergehend festgenommen wurden zwei Mitglieder der faschistischen Organisation „Aktion Neue Rechte" (ANR). Festgenommen wurden auch zwei deutsche Faschisten, Max Höfer und Gottfried Küssl.

Die ANR plant in der nächsten Zeit in Österreich 26 Demonstrationen zur Unterstützung Kapplers und für die Freilassung von Heß und Reder.



Anschlag der faschistischen „Gruppe Peiper" auf das Denkmal des Marschalls Leclerc in Paris

Kappler ist keine Ausnahme: Haufenweise Kriegsverbrecher in der BRD auf freiem Fuß

Daß Kriegsverbrecher, die im Ausland rechtskräftig verurteilt wurden, sich in der BRD auf freiem Fuß befinden, ist keine Seltenheit. Simon Wiesenthal vom Jüdischen Dokumentationszentrum in Wien spricht davon, daß sich tausende von Nazi-Mördern in der BRD auf freiem Fuß befinden. Die „UZ" vom 29.8.77 brachte eine Zusammenstellung, aus der wir hier einige Beispiele zitieren wollen:

- In München lebt Kapplers Vorgesetzter Karl Wolff, Chef der SS in Italien, verantwortlich für den Terror gegen das italienische Volk, zahlreiche Morde und Massendeportationen. Er war außerdem als Gehilfe Himmlers an der Verschleppung von 300.000 Juden aus dem Warschauer Ghetto in die Vernichtungslager beteiligt.
- Der Gestapo-Chef von Paris, Lischka, der in Frankreich zum Tode verurteilt worden ist, lebt als freier Mann in der BRD. Sein Name ging nur durch die Presse, als das Ehepaar Klarsfeld in einer spektakulären Aktion Lischka zu entführen suchte.
- Der Bürgermeister von Burgstadt in Bayern, Ernst Heinrichsohn (CSU), war während des Krieges als Polizeichef von Angers (Frankreich) maßgeblich an Juden-Morden beteiligt.
- SS-Offizier Theo Danecker ließ Tausende italienische Juden in die Vernichtungslager deportieren. In der BRD bleibt er unbehelligt.
- Wilhelm Harster, SS-Brigadeführer und Chef des NS-„Sicherheitsdienstes" in Italien, ist verantwortlich für die Deportation und Ermordung Zehntausender Italiener. Schon 1953 wurde er in der BRD freigelassen und lebt seither auf freiem Fuß.
- Weihbischof Mathias Defregger, München, war während des Krieges als Hauptmann der Nazi-Armee verantwortlich für die Ermordung von 17 „Geiseln" in Fileto di Cimardo (Italien).
- Karl Theodor Molinari war bis 1970 General der Bundeswehr. Während des Krieges war er maßgeblich beteiligt an der Ermordung von 106 Franzosen am 13.6.44 und führte eigenhändig Folterungen durch. In Frankreich wurde er zum Tode verurteilt!

Hess und Reder sollen jetzt die nächsten sein

Kaum war die Flucht Kapplers geglückt, verkündeten die Faschisten, kräftig angefeuert von der bürgerlichen Presse und Politikern aller bürgerlichen Parteien, ihr nächstes Ziel: Jetzt sollen auch HeSS (Berlin-Spandau) und Reder (Gaeta/Italien) befreit werden! Als Sprecher des sogenannten „Gaeta-Komitees" (auch Kappler saß in Gaeta in Haft) plauderte ein Heinz Kiesler aus Baden-Württemberg mit dem rechtsgerichteten italienischen Journalisten Cesare de Carlo („La Nazione"): Das „Komitee" bestehe seit vier Jahren und habe über 2.500 Mitglieder und Sympathisanten. Das „Komitee" plane als nächsten Schritt die Befreiung Reders. Auf die Frage, warum man nicht HeSS befreien wolle, antwortete Kiesler: *„Da sind zu viele politische Komplikationen"* („Böhme-Zeitung" Soltau vom 22.8. und „Guardian" vom 22.8.).

Mit HeSS beschäftigen sich dafür andere. So brachte die „Nationalzeitung" des NPD-Rechtsaußen Frey sofort nach Kapplers Flucht die Schlagzeile: *„Aufruf des Stuka-Helden nach der Kappler-Befreiung. Rudel: Gebt HeSS frei!"*. Die amerikanischen Stellen in Berlin sollten während ihrer Wachdienst-Periode in Spandau (das Kommando im Militärgefängnis Spandau, wo HeSS einsitzt, wechselt regelmäßig zwischen den vier Ex-Alliierten) HeSS einfach freilassen. *„Ein papierner Protest der Sowjets und ein kurzes Aufheulen ihrer Massenmedien werden die einzigen Reaktionen sein"*.

Für denselben Vorschlag hat sich auch schon Franz-Josef Strauß verwendet! Eine etwas verschämtere Variante fordert die Westalliierten auf, HeSS während ihrer Aufsichts-Periode allerlei „Vergünstigungen" zu gewähren. Denn man weiß ja spätestens seit der Flucht Kapplers: „Immerhin haben die italienischen Behörden jene Hafterleichterungen ... gewährt, die die Flucht Kapplers in die Bundesrepublik überhaupt erst möglich machten" („Tagesspiegel", Westberlin, 17.8.). Ebenso könnten die Westalliierten natürlich auch HeSS „entkommen" lassen.

Schwieriger könnte es mit Walter Reder werden, der in Gaeta in Italien jetzt hoffentlich besser bewacht wird. Reder, SS-Sturmbannführer im besetzten Italien, wird für das „Massaker von Marzobotto" verantwortlich gemacht. Um mit starken italienischen Partisanenverbänden („Stella Rossa", Roter Stern, mit etwa 2.000 Kämpfern) fertig zu werden, ließ Reder im Gebiet von Marzobotto Hunderte von Italienern abschlachten (man spricht heute von 1.800 Opfern), meist Zivilisten, die dann als getötete Partisanen deklariert wurden (also ähnlich wie die Methoden der USA in Vietnam!). Reder wurde im Oktober 1951 zu lebenslanger Haft verurteilt.

Erst kürzlich erklärte Reder der italienischen Zeitung „Republica": *„Ich habe nichts zu bereuen"*, – und: Er würde seine Taten wiederholen, wenn er erneut in eine solche Lage kommen sollte („extra-dienst", 26.8.77).

Da Reder Österreicher ist, setzen sich für ihn seit eh und je besonders die österreichische Regierung, die bürgerlichen Parteien dieses Landes usw. ein. Österreichs Kanzler Kreisky (selbst jüdischer Abstammung, aber wiederholt von israelischen Stellen wörtlich als „Antisemit" bezeichnet!) erklärte nach Kapplers Flucht, er selbst bemühe sich ja schon „seit Jahren" um eine Begnadigung Reders. *„So finde ich es durchaus berechtigt, daß sich die deutsche und die österreichische Regierung in sehr unauffälliger (?!) Weise in Italien um die Freilassung, die endliche Begnadigung nach über 30 Jahren bemüht haben. Und ich verstehe durchaus, daß man – ich sage das ganz offen – wenn das uns passiert wäre – sowenig ich die Methode als solche billige – sowenig könnten wir zum Beispiel an eine Rücklieferung Reders denken"* („Welt", 2.9.77).

Also, aufgepaßt in Italien!

Stopp der Hitler-Verherrlichung

Der Fest-Film **„Hitler - eine Karriere"** läuft und läuft und läuft. In den ersten drei Wochen der Laufzeit des Films haben ihn über 300 000 Menschen gesehen. Das Fest-Machwerk – ein klarer Versuch der Aufwertung Hitlers – geht Hand in Hand mit einer breiten „Diskussion" in den BRD-Medien über die Nazi-Zeit. In dieser „Diskussion" geht es, wie auch im Fest-Film, um die „nostalgische" Beschönigung des Nazismus, um die Verharmlosung der faschistischen Verbrechen (vgl. AK 111).

In mehreren Städten haben Demokraten und Antifaschisten sich Gedanken gemacht, wie man über den Film aufklären und ihn eventuell verhindern kann. Bekannt geworden sind bisher vor allem zwei spektakukäre Aktionen: Am 18.8. spazierten mehrere Antifaschisten in den Vorführraum des Hamburger Urania-Theaters, legten den sich leider uneinsichtig zeigenden Vorführer kurzfristig still und übergossen zwei Filmrollen mit Salzsäure. Unauffällig wie sie gekommen waren, verließen sie das Kino wieder.

Der Filmtheaterbesitzer Rolf Lux meinte dazu, daß solche Aktionen *„von Angehörigen einer Minderheit ausgehen, die um keinen Deut besser sind als die Faschisten, gegen die sie angeblich zu Felde ziehen wollen"*. Damit Lux die Nazi-Propaganda jetzt ohne Störungen über die Leinwand flimmern lassen kann, hat er Polizeischutz angefordert. Polizei wird jetzt wohl auch in München den Hitler-Film schützen, nachdem auf ein Kino ein Brandanschlag unternommen worden war. Laut Presse wurde dort Mitte Juli die Glastür des Kinos eingeworfen und ein Molotow-Cocktail im Foyer plaziert. Er zündete allerdings nicht. Es *„entstand nur ein Sachschade von 2000 Mark"* („Welt", 14.7.77).

Während auf Anordnung des Bremerhavener Magistrats Schulklassen den Berufsverbots-Film „Vera Romeyke ist nicht tragbar" nicht besuchen durften, werden in den Fest-Film laufend Schulklassen geschickt. Dieser Verdummung sind die Genossen des Bremerhavener Schüler-SSB mit einem Flugblatt entgegengetreten, das regelmäßig vor dem Kino verteilt wird. Dort, wie auch in Hamburg, wo vor den Kinos regelmäßig Flugblätter verteilt und AKs verkauft werden, gibt es täglich viele Diskussionen, vor allem mit fortschrittlichen und liberalen Leuten, die meinen, „man muß sich doch erstmal ein eigenes Urteil bilden".

In Darmstadt verteilten Antifaschisten vor dem Kino Flugblätter mit der Überschirft *„Der Schoß ist fruchtbar noch – aus dem es kroch"*. Mit Hinweis, daß der Film in einer Zeit der Berufsverbote, des Maulkorbparagraphen 88a/130a und des legalisierten Todesschuß' wieder für faschistische Ziele werben soll, riefen sie alle Demokraten und Antifaschisten auf, *„ihren Protest gegen diesen Beschönigungsversuch vor Ort auszudrücken"* (Flugblatt). Die lebhaften Diskussionen mit Kinobesuchern bestätigten, daß dies eine richtige Sache war.

Am 30.8. protestierten 30 Mitglieder des KBW vor einem Westberliner Kino gegen den Hitler-Film. Als sie sich weigerten, ihre Info-Tische abzubauen oder beschlagnahmen zu lassen, griffen 40 Bullen „unter Einsatz des Schlagstockes" an und prügelten die Antifaschisten zusammen („FR", 1.9.77).

In Hamburg haben sich die „Initiative fortschrittlicher Filmemacher" und die „Initiative fortschrittlicher Kulturschaffender" mit zwei Flugblättern an die Öffentlichkeit, besonders an die Besucher des Filmes, gewandt.

Aus dem Flugblatt der Filmemacher: *„Dieses Machwerk wird in einer Zeit gezeigt, in der verstärkt eine Nostalgie-Welle über den Hitler-Faschismus läuft, deren Hauptinhalt darinbesteht, dem mörderischen Faschismus auch positive Aspekte abzugewinnen (Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Recht und Ordnung, Autobahn). Die Zuschauer sollen ‚weg von der Politik' hin ‚zum eigentlich Menschlichen' geführt werden. Damit wird bei den Zuschauern bewirkt, daß sie den Faschismus nicht auf seine wirklichen politischen Hintergründe und Ursachen hin beleuchten und auch verurteilen"*. Die Filmemacher haben es nicht bei dem Flugblatt belassen: Ende August verschickten sie eine Einladung zu einem Arbeitstreffen an fortschrittliche Kulturschaffende und Journalisten sowie an bekannte Antifaschisten. Dieses Arbeitstreffen soll der Vorbereitung einer Podiumsdiskussion dienen, auf der die unterschiedlichen Positionen zum Fest-Film und der gegenwärtig laufenden Rehabilitations-Kampagne der Nazi-Verbrechen erörtert werden sollen. Das Arbeitstreffen soll am 8.9.77 im Hamburger Martin-Luther-King-Haus stattfinden.

Protestveranstaltung in Lüneburg

Kaum nachdem Kriegsverbrecher Kappler in der BRD war, verkündete Position zu Kappler in der Lüneburger Linken recht unpopulär ist,

Protestveranstaltung in Lüneburg

Kaum nachdem Kriegsverbrecher Kappler in der BRD war, verkündete die Lüneburger Staatsanwaltschaft, keine Fahndung nach ihm einzuleiten. Das war mit ein Grund, weshalb beschlossen wurde, hier eine Protestveranstaltung stattfinden zu lassen. Diese wurde von 40 – für Lüneburger Verhältnisse wenigen – Antifaschisten besucht, unter denen, wie die Diskussion zeigte, weitgehend Einigkeit herrschte über die Forderung: „Kappler zurück in den Knast!". – Im weiteren Verlauf drehte sich die Diskussion dann recht kontrovers um die Frage: „Droht ein neuer Faschismus?", wobei auch das Großmachtstreben der westdeutschen Imperialisten zur Sprache kam. Es wurde geplant, die faschistischen Aktivitäten in Lüneburg und Umgebung zum Anlaß zu nehmen, um einen Antifaschistischen Arbeitskreis zu bilden.

Bei der Mobilisierung zu der Veranstaltung erwies sich, daß unsere Position zu Kappler in der Lüneburger Linken recht unpopulär ist, weil viele noch der Story vom armen alten Mann aufsitzen. Das hatte zur Folge, daß keine Vertreter dieser Position auf der Veranstaltung waren. – Schade!

Genossen aus Lüneburg

Vielleicht noch anzumerken, wie VVN und SdAJ sich zu diesem Thema verhielten. Die SdAJ legte ihr Gründungstreffen zufällig (?) auf die selbe Uhrzeit, die VVN wollte durch Zusammenarbeit mit dem KB nicht in „schlechten Ruf" geraten und: „Die Neutronenbombe ist jetzt wichtiger!". Die VVN macht ihrem Namen wenig Ehre!

KB/Gruppe Lüneburg

Hann.Münden:
Faschisten zerstören AK-Stelltafel

Beim Altstadtfest in Hann. Münden lasen sich drei Typen unsere Stelltafel zur Flucht Kapplers durch, und begannen dann sehr provokativ mit uns über AKW's zu diskutieren. Dabei fielen u.a. Sätze wie: Gegen die Besetzer von Grohnde wären sie direkt mit Handgranaten vorgegangen. Später kamen die drei (unseres Wissens alle Bundeswehrsoldaten) wieder, zündeten in einem unbeobachteten Moment die beiden Wandzeitungen an und hinderten alle gewaltsam daran, die Flammen zu löschen. Anschließend hielten sie es auch noch für nötig, die Stellwand zu zertrampeln.

Offensichtlich durch steigenden Alkoholgenuß enthemmt, versuchten sie später noch einzelne AK-Verkäufer tätlich anzugreifen und ihnen die Zeitungen zu entreißen, „denn wir mögen keine Kommunisten!" Angesichts der vielen umstehenden Leute hielten sie sich dann aber doch zurück, obwohl gerade die Passivität der Leute angesichts solch massiver Angriffe auf die „Freiheit der Meinungsäußerung" ziemlich erschreckend war.

KB/Sympathisantengruppe
Hann. Münden

Russell-Tribunal III

Dritte Arbeitskonferenz zur Vorbereitung des Russell-Tribunals

Vereinbarungsgemäß hat der Arbeitsausschuß der „ Göttinger Arbeitskonferenz" vom 25./26.6.77 die 3. Arbeitskonferenz zur Vorbereitung des Tribunals für den 17. September nach Hannover einberufen. Im Hinblick auf die Mitte Oktober stattfindende konstituierende Sitzung der Jury des Tribunals, auf der über die Untersuchungsgegenstände des Tribunals diskutiert werden soll, soll in Hannover darüber beraten werden, welches Material der Jury vorgelegt w ird und in welcher Form und mit welchen Empfehlungen dies geschehen soll. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Frage, ob allein Repressionsfälle, die Verletzungen der Menschenrechte darstellen, behandelt werden sollen, oder ob die gesamte politische Unterdrückung und die zunehmend reaktionäre Entwicklung der BRD zur Debatte stehen. Das vorläufige Sekretariat hat in seinem 4. Rundbrief zur Frage der Materialaufbereitung Stellung genommen. Es fordert alle Unterstützer auf, das Material bis Ende September vorzulegen. Nach dem bisherigen Stand der Unterstützungsarbeit muß jedoch davon ausgegangen werden, daß ein Großteil der angegangenen Untersuchungen bis zu diesem Zeitpunkt nicht abgeschlossen werden können. Dies darf allerdings in keinem Falle dazu führen, daß Themenbereiche, die zur ersten Jurysitzung nicht oder nur unvollständig vorliegen, ausgeklammert werden. Denn das Tribunal wird nur dann die von allen geforderte breite Öffentlichkeit finden, wenn alle Bereiche präzise untersucht und ausreichendes Beweismaterial vorgelegt werden kann.

Stellungnahme der AG Frauen zur Vorbereitung eines Russell-Tribunals
Westberlin 27. August 77

Wir, die Frauen AG innerhalb der Vorbereitung zu einem Russell-Tribunal über die Repression in der BRD, fordern das Vorläufige Sekretariat auf, seine Presseerklärung in der „Frankfurter Rundschau" vom 23. August 77 zu der Verhaftung des Rechtsanwaltes Newerla zurückzunehmen.

Darin heißt es:

Das von der Russell-Peace-Foundation mit der Vorbereitung dieses Tribunals beauftragte vorläufige Sekretariat protestierte am Montag gegen die Vorgänge vom Wochenende, distanzierte sich jedoch auch in vorsichtiger Form von der Gruppe um Newerla. Die Vorgänge seien geeignet, das Ansehen der Russell-Peace Foundation herabzusetzen und alle diejenigen einzuschüchtern, die sich für die Durchführung des Tribunals einsetzen. Das vorläufige Sekretariat sei keiner politischen Organisation in der BRD, sondern allein der Russell–Peace Foundation gegenüber verantwortlich. In deren Namen verwahrt sich das Sekretariat gegen jeden Versuch irgendwelcher Gruppen, das Tribunal für sich zu vereinnahmen, und dagegen, das Tribunal als verlängerten Arm einzelner Gruppierungen in der BRD hinzustellen, hieß es in einer Stellungnahme".

Wir sind der Auffassung, daß bereits der Versuch der Kriminalisierung des Russell-Tribunals von der gesamten Unterstützer-Bewegung und gerade von dem vorläufigen Sekretariat schärfstens zurückgewiesen werden müßte. Mit dieser Distanzierung hat das Sekretariat seinen eigenen Grundsätzen widersprochen. Nämlich, anstatt die Angriffe der Polizei auf einen Teil der Unterstützerbewegung als Verletzung der Menschenrechte in der BRD anzuprangern und seine Solidarität mit diesen Gruppen zum Ausdruck zu bringen, hat das Sekretariat diesen Teil der Bewegung isoliert und seine Bereitschaft verleugnet, weiterhin mit allen Gruppen solidarisch zusammenzuarbeiten.

Für die Aufnahme der Gruppe Antifa in das Westberliner Unterstützungskomitee!

in der BRD hinzustellen, hieß es in einer Stellungnahme".

Wir sind der Auffassung, daß bereits der Versuch der Kriminalisierung des Russell-Tribunals von der gesamten Unterstützer-Bewegung und gerade von dem vorläufigen Sekretariat schärfstens zurückgewiesen werden müßte. Mit dieser Distanzierung hat das Sekretariat seinen eigenen Grundsätzen widersprochen. Nämlich, anstatt die Angriffe der Polizei auf einen Teil der Unterstützerbewegung als Verletzung der Menschenrechte in der BRD anzuprangern und seine Solidarität mit diesen Gruppen zum Ausdruck zu bringen, hat das Sekretariat diesen Teil der Bewegung isoliert und seine Bereitschaft verleugnet, weiterhin mit allen Gruppen solidarisch zusammenzuarbeiten.

Für die Aufnahme der Gruppe Antifa in das Westberliner Unterstützungskomitee!

Neues vom Kampf um »Überparteilichkeit«

In letzter Zeit verstärkte das „provisorische Sekretariat" der Russell-Stiftung erneut seine Anstrengungen, die „Überparteilichkeit" und „Neutralität" des Tribunals zu wahren. So mußte es erneut Versuche abwehren, *„das Ansehen der Russell-Stiftung herabzusetzen"* bzw. *„das Russell-Tribunal als 'verlängerten Arm' einzelner Gruppen hinzustellen"* (Presseerklärung des „Sekretariats" vom 22. 8.).

Hintergrund war die (erste) Festnahme des Stammheim-Verteidigers A. Newerla und 6 weiterer Genossen am 20.8. in Frankfurt gewesen, wo sie sich gemeinsam mit anderen Gruppen, die zu den Haftbedingungen politischer Gefangener arbeiten, getroffen hatten, um das Russell-Tribunal vorzubereiten. Gegen diese „Vorgänge" protestierte das „vorläufige Sekretariat" – d.h. sowohl gegen die Festnahme als auch gegen den angeblichen Versuch der Genossen, das unabhängige Russell-Tribunal für ihre Zwecke zu mißbrauchen. Dieser Versuch muß allerdings außerordentlich geschickt angelegt gewesen sein: Intensive Recherchen des AK ergaben lediglich, daß auf dem Treffen darüber diskutiert werden sollte, wie die Situation der politischen Gefangenen am besten vor das Russell-Tribunal gebracht werden könnte. Dazu kam es dann aufgrund der Festnahmen nicht mehr.

Offenbar verfügt das „vorläufige Sekretariat" jedoch – obwohl es dort nicht anwesend war – über bessere Informationen als wir? Jedenfalls führte der ganze Vorgang dazu, daß die bürgerliche Presse eine „Distanzierung" des „vorläufigen Sekretariats" von Newerla vermelden konnte. War das nötig?

Einen weiteren Angriff mußte das „Sekretariat" dieser Tage in Westberlin abwehren. Dort wurde von einer Gruppe, die ebenfalls zu den politischen Gefangenen arbeitet, *„mißbräuchlich"* die Bezeichnung *„Russell-Initiative"* verwandt. Das Sekretariat counterte sofort: *„Sie sind weder von der Stiftung noch von dem vorläufigen Sekretariat, das im Auftrage der Stiftung arbeitet, autorisiert, den Namen von Bertrand Russell für irgendwie geartete politische Aktivitäten zu nutzen."* Die „Täter" wurden brieflich aufgefordert, *„in schriftlicher Form zuzusichern"*, daß derartige Versündigungen künftig unterbleiben. Andernfalls *„wären rechtliche Schritte unvermeidlich"*.

Hier sind die Recherchen des AK freilich erfolgreicher gewesen und haben unglaubliches zutage gebracht: „Russell-Initiativen", „Russell-Vorbereitungsgruppen", „Russell-Unterstützungskomitees" usw. usf. gibt es mittlerweile in einer stattlichen Anzahl von Städten – und alle sind sie nicht autorisiert!!!

Hier muß das „vorläufige (!) Sekretariat" schleunigst etwas unternehmen, sonst entwickelt sich dieser Mißbrauch noch zur gewohnheitsrechtlichen Landplage!

Nieder mit der „mißbräuchlichen Benutzung" des Namens von Bertrand Russell! Vorwärts im Kampf für die „Überparteilichkeit"!

P.S.C. Farley hat im Namen der Russell-Peace-Foundation einen sehr solidarischen Brief an den westdeutschen Botschafter in England verfaßt, in dem gegen die Isolationshaft und das Verhalten der Behörden der BRD gegenüber den politischen Gefangenen scharf protestiert wird. Dies scheint sich wohltuend vom Verhalten des „vorläufigen Sekretariats" abzuheben.

Arbeitstreffen der AG Frauen

Am 27. August traf sich die AG Frauen zur Vorbereitung eines Russell-Tribunals (national) in West-Berlin. Zehn Gruppen hatten Delegierte zu diesem Treffen geschickt:

Weiberplenum West-Berlin, Frauen-AE Bremen, AG Frauen der Russell-Tribunal-Unterstützungsgruppe ARAG Hannover, AG Frauen KB Hamburg, Frauengruppe Wolfsburg, „Courage" Westberlin, AStA-Frauenreferat Göttingen, Initiative gegen Vernichtungshaft Hamburg, „Antifa" Westberlin (ebenfalls eine Gruppe zur Unterstützung der politischen Gefangenen), Internationales Komitee zur Verteidigung der politischen Gefangenen in Westeuropa.

Drei Gruppen hatten Beobachterinnen geschickt: Frauenzentrum Westberlin, Spartacusbund, Gruppe zur Vorbereitung der Sommeruni Westberlin.

Zuerst berichteten die Gruppen über die Auseinandersetzung um die Behandlung der Repression gegen Frauen in ihren örtlichen Unterstützergruppen. Festgestellt wurde, daß außer in West-Berlin die Auseinandersetzung kaum gelaufen ist.

Punkt zwei behandelte die Vorschläge der AG Frauen zur Vorbereitung eines Russell-Tribunals für die Jurv. Hier kam der Vorschlag von der Gruppe Antifa, Gudrun Ensslin als Jury-Mitglied vorzuschlagen. Dies wurde gegen eine Stimme angenommen (Das Bedenken der Gegenstimme war, daß es nicht ginge, Mitglieder für die Jury vorzuschlagen, die einerseits Opfer seien, andererseits Anklagende; außerdem müsse man sich um ein liberales Sekretariat bemühen; wenn dieser Vorschlag die Jurv. Hier kam der Vorschlag von der Gruppe Antifa, Gudrun Ensslin als Jury-Mitglied vorzuschlagen. Dies wurde gegen eine Stimme angenommen (Das Bedenken der Gegenstimme war, daß es nicht ginge, Mitglieder für die Jury vorzuschlagen, die einerseits Opfer seien, andererseits Anklagende; außerdem müsse man sich um ein liberales Sekretariat bemühen; wenn dieser Vorschlag in die Öffentlichkeit käme, würde dies das ganze Russell-Tribunal von vornherein in die linksradikale Ecke stellen).

Auf der letzten Sitzung des West-Berliner Unterstützungskomitees war der Antrag zur Aufnahme der Gruppe Antifa ins UK abgelehnt worden (8-8-3).

Wir diskutierten, daß wir es für eine Anmaßung des „Sekretariats" halten, Gruppen aus der Unterstützungsbewegung rauszukanten und stimmten mit zwei Enthaltungen für nebenstehende Erklärung ab.

Zugleich kritisierten wir jedoch das Verhalten der „Antifa" und der anderen „Knastgruppen" in Göttingen, wo sie die Arbeitskonferenz verlassen hatten. Sie argumentierten, daß sie nur aus Protest gegen das „Sekretariat" ausgezogen seien; sie würden das jetzt selbst als Fehler ansehen.

Als nächsten Punkt behandelten wir die Materialsammlung zum Tribunal. Vorgegangen wurde dabei nach der ersten „Plattform", die die AG Frauen auf der Arbeitskonferenz aufgestellt hatten. Als Zusatz zu der ursprünglichen Fassung bezüglich des § 218, die Fälle zu sammeln, „die ein Unterlaufen des revidierten § beinhalten", wurde folgender Satz hinzugefügt: „sowie sämtliche Verstöße gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren eigenen Körper".

Bis zum 15. September soll das Material in Berlin gesammelt werden (bei „Courage"); Anfang Oktober wollen wir dann dort ein Treffen machen, um gemeinsam zur Repression gegen Frauen in der BRD eine Broschüre zu erstellen.

Eine Teilnehmerin

AK/FU gibt neue Rästel auf

Westberlin. Beleidigt reagierte das Aktionskomitee gegen die Berufsverbote an der FU (AK/FU) auf den Beschluß des Westberliner Unterstützungskomitees (UK), zur Vorbereitungsgruppe des Tribunals u.a. eine „Arbeitsgruppe Gewerkschaftsrepression" einzurichten (siehe AK 111). Das AK/FU besitzt wesentlichen Einfluß im „vorläufigen Sekretariat" der Russel-Stiftung und hat sich in letzter Zeit in den Auseinandersetzungen um eine Einschränkung der Themenbereiche des Tribunals einen Namen gemacht ...

Auf den o.a. Beschluß des UK's hatten die ADSen (Hochschulorganisation) das gemeinsame Komitee verlassen - wie das Gesetz, in diesem Fall die SEW, es befiehlt. In den Augen des AK/FU war dieser beklagenswerte Vorgang ein „Ausschluß", den das UK gegen die ADSen vorgenommen habe. Damit werde das „Getto der Linken" noch vollkommener. Deshalb werde das AK/FU seine (selbstverständlich überparteilichen !) Hauptaktivitäten künftig außerhalb des UK durchführen, um mit den „Ausgeschlossenen" sowie mit bisher nicht erfaßten Gruppen zusammenzuarbeiten. Toi-toi-toi! Aber ist dieser Entschluß nicht ein bißchen unklug und vorschnell gefaßt? Zum einen erhalten durch diesen Schritt natürlich die diffamierenden Gerüchte, die von interessierter Seite ausgebreitet werden, neue Nahrung: Das ganze Tribunal sei ein „Manöver des Sozailimperialismus", um die BRD „als Hauptfeind hochzustilisieren" und vom „Sozialimperialismus abzulenken" - so die „KPD".

Zum anderen trägt dieser Schritt des AK/FU erheblich zur Verwirrung der eigenen Freunde und Sympathisanten bei. Das AK/FU hatte nämlich erst vor kurzem alle Zweifel über seine Haltung zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen mit der definitiven Feststellung aus dem Weg geräumt, es werde sich mit Entschiedenheit dafür einsetzen, daß diese vor dem Tribunal zur Sprache kommen. Alle Bereiche der Repression sollten gleichberechtigt behandelt bzw. untersucht werden - und diesem Ziel gilt ja schließlich die Einrichtung der „AG Gewerkschaftsrepression" im Westberliner UK. Selbst die ärgsten Verteidiger des AK/FU wissen daher nun keine Erklärung für diese jüngste Überreaktion, die nur dazu führen kann, das „vorläufige Sekretariat" in erneute Schwierigkeiten bei der Wahrnehmung seiner strikt „neutralen und überparteilichen Haltung" in der Unterstützungsbewegung zu stürzen.

Auch sonst scheint das AK/FU die Vorteile einer souveränen, loyalen und auf Zusammenarbeit bedachten Haltung, wie sie das Gelingen des Tribunals gebietet, mitunter zu übersehen. So stellte die Westberliner „Antifa-Gruppe", die sich mit der Situation politischer Gefangener beschäftigt, Antrag auf Wiederaufnahme in das UK. Die Genossen hatten gemeinsam mit anderen Gruppen um das Stuttgarter Croissant-Büro auf der Göttinger Arbeitskonferenz erklärt, ihre Teilnahme an der Russel-Unterstützungsbewegung zu beenden (auch so ein vorschneller Entschluß!) Inzwischen hätten sie diesen Schritt jedoch neu diskutiert und wollten wieder mitarbeiten. Das AK/FU zeigte sich jedoch nachtragend. Es sprach gegen diesen Antrag und erreichte, daß die Wiederaufnahme der „Antifas" bei Stimmengleichheit (8: 8:3!) abgelehnt wurde. Man kann nur hoffen, daß die gleichfalls sehr sensiblen Antifa-Genossen nicht ihrerseits wieder mit einer Überreaktion antworten, wodurch die Gräben nur noch weiter vertieft würden.

Antwort an die DäKP

Dänemark. Das Zentralorgan der dänischen revisionistischen Partei DäKP, „Land og Folk", hatte am 14.7. einen revi-typischen Hetzartikel gegen das Russel-Tribunal über die BRD publiziert. (siehe AK 110; wenig später allerdings hatten DäKP-Vertreter bei einer von Venstre Socialisterne veranstalteten Diskussion das Tribunal begrüßt - sich AK 111). Auf diesen Artikel (Verfasser: Börge Ebbesen) haben die Mitglieder des dänischen Russel-Komitees eine Antwort verfaßt, die erstaunlicherweise auch in „Land og Folk" abgedruckt wurde, was ja nicht gerade zur Praxis der Revisionisten gehört. Börge Ebbesen hatte die Forderung nach einem reinen Berufsverbote-Tribunal aufgestellt, weil die Behandlung anderer Fragen der Repression in der BRD den Berufsverbote-Opfern schaden würde. Wörtlich: *„Die Komitees gegen Berufsverbote können es nicht akzeptieren, daß Berufsverbote mit Baader-Meinhof, Frauenunterdrückung und der AKW-Gegnerschaft zusammen behandelt werden. Für die Berufsverboteopfer ist es viel zu gefährlich mit Baader-Meinhof in Verbindung gebracht zu werden. Eine Reihe von anderen Punkten sind geradezu dazu geeignet, eine Spaltung des Kampfes herbeizuführen. Z.B. hat man es darauf angelegt, den westdeutschen Gewerkschaften den Rücken zuzudrehen ..."* Das ganze Projekt wurde als Drahtzieherei von „maoistischen Grüppchen" diffamiert, die im Auftrage des westdeutschen Verfassungsschutz arbeiten würden.

Die Mitglieder des dänischen Russel-Komitees gehen in ihrer Antwort darauf ein, daß es verschiedene Arten von Repression in der BRD gibt, und es darauf ankommt, die Unterdrückung insgesamt zu analysieren. Dann heißt es: *„Der Artikel von Börge Ebbesen muß in dem Licht der Haltung der westdeutschen DKP gesehen werden. Die Argumentation ist in der Regel, daß das Tribunal die Arbeit in den Bürgerinitiativen gegen Berufsverbote kaputtmachen würde, und daß man sich nicht vor den Karren der Baader-Meinhof-Gruppe spannen lassen sollte. Letzendlich sind wir doch aber nicht nur für ein Tribunal im Interesse der Westdeutschen. Die BRD ist ja wohl voll dabei, ihre Ideen zu exportieren ... Deshalb müssen wir über die Entwicklung im Nachbarland berichten und diese bekämpfen, wo es nötig ist. Der Kampf gegen die Berufsverbote in Deutschland, der Kampf gegen Atomkraftwerke, der Kampf für ordentliche demokratische Verhältnisse in den Gefängnissen muß natürlich auch nach dem Tribunal weitergehen. Das Tribunal soll diese Arbeit unterstützen, nicht verhindern ... Wir glauben nicht, daß irgendjemand vor den Karren der Baader-Meinhof-Gruppe gespannt wird, weil die mörderische Behandlung von Mitgliedern dieser Gruppe in verschiedenen Gefängnissen ins Tribunal aufgenommen wird. Folketingsmitglied Bernhard Baunsgård wird ja wohl auch nicht vor den Karren der Kommunisten (Anm.: Kommunisten werden in Dänemark nur die Revisionisten genannt) gespannt, weil er Mitglied eines Komitees gegen Berufsverbote in der BRD ist?! Wir hoffen, daß die Diskussion sich jetzt auf das Wesentliche konzentriert, nämlich was in der BRD geschieht, und wie wir am Besten diese gefährliche Entwicklung bekämpfen können. Und nicht, was verschiedene kleine Gruppen aus dem Süden oder Börge Ebbesen wünschen!"*

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Berichtigung

Hannover. Von der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK), Gruppe Hannover, erhielten wir einen Brief, in dem wir gebeten werden, folgendes richtig zu stellen: *„Eine Unterstützung des ARAK-Hannover (örtliche Vorbereitungsgruppe, Anm. AK) durch die DFG/VK hat sowohl inhaltlich als auch personell nie stattgefunden. Dies wird auch in absehbarer Zeit so bleiben. Der ehem. DFG/VK-Vertreter hatte ausdrücklich nur Beobachterstatus."* Diese Richtigstellung bezieht sich auf unser „Anti-Repressions-Info Nr.3", in dem wir die DFG/VK als Mitglied des ARAK aufgeführt hatten. Im weiteren verweist die DFG/VK darauf, daß sie das geplante Tribunal mit Materialien unterstützen wird. Eine spätere Zusammenarbeit in Antirepressions-Fragen wird nicht ausgeschlossen.

Eine kritische Anmerkung sei uns allerdings zu dieser Richtigstellung erlaubt. Wir wissen nicht, weshalb die DFG/VK nur als Beobachter teilgenommen hat, dies geht auch nicht aus dem Brief hervor. Hier können nur Vermutungen angestellt werden. Wichtiger als die formale Richtigstellung, daß man nicht als Vertreter, sondern „nur" als Beobachter teilgenommen habe, erscheint uns, aus welchen inhaltlichen Gründen die DFG/VK sich in Hannover zurückgezogen hat, oder nicht offiziell teilnehmen will. Dies würde der gesamten Unterstützungsbewegung sicherlich mehr sagen.

Russel-Arbeitsgruppe
KB/Gruppe Hamburg

Erster Aufschrei der SPD

„Tribunal zur Abschreckung" lautet die fette Überschrift eines Kommentars, im Westberliner SPD-Sprachrohr „Spandauer Volksblatt" vom 27.7.77. Zwar ist die Stellungnahme schon etwas angegraut, aber es lohnt sich, sie kennenzulernen. *„Denn die ehrenwerten Mitglieder des selbsternannten Tribunals und ihre naiven Jünger hüllen ihren Pro - Kommunismus in den Mantel der Verteidigung der Menschenrechte, und wer wollte bestreiten, daß das Tribunal in Sachen Vietnam und Brasilien dankbare Anlässe für seine Doppelstrategie fand. Es gehört schon großer Zynismus dazu, die Bundesrepublik sozusagen im nächsten Atemzuge zu nennen."*

In Wahrheit „verteidigt" doch dieser SPD-regierte, „freiheitlichste Staat, den es auf deutschem Boden je gab, " mit Hilfe von Radikalenerlaß, legitimiertem Todesschuß, § 88 a und 130 a, Anti-Terroristen-Konvention etc. etc. die Menschenrechte gegen eine kleine „terroristische " Minderheit.....(Wenn das kein Zynismus ist). Es kommt aber noch dicker: *„Zumal das bisher genannte Thema, die „Berufsverbote" für kommunistisch orientierte Bewerber des öffentlichen Dienstes schwerlich zu einer Verletzung der Menschenrechte hochzustilisieren ist."* Dieses Wort im Ohr der sozialdemokratischen Schwesterparteien im Ausland!

Die SPD-Hauspostille befürchtet also, daß das Russell-Tribunal nichts anderes als „Zulieferdienste" für die „Terroristen-Scene" leisten würde. *„Es darf daher vermutet werden, daß das Tribunal noch ‚aufgestockt' wird, nämlich in Richtung auf die ‚politischen Gefangenen' in der Bundesrepublik, und darunter werden die Wahrer der Menschenrechte Kern und Dunstkreis der terroristischen Fraktionen verstehen. Es trifft sich wie zufällig, daß im zeitlichen Zusammenhang in West Berlin gegen die Lorenz - Entführer verhandelt werden wird."*

Ob dieser „besorgte" Kommentar wohl für bestimmte Kräfte innerhalb der Unterstützungsbewegung (AK/FU, vorläufiges Sekretariat, GIM etc.), die immer mehr nach dem Wohlwollen konservativer Kräfte buhlen, wohl Anlaß sein wird, sich noch mehr gegen links abzugrenzen?

Über die Mitarbeit liberaler Kräfte aus dem bürgerlichen Lager wird denn auch sofort der Bannfluch gesprochen. Das aus der CDU/CSU-Propaganda bewährte „Volksfront-Gespenst" wird beschworen: *„Es paßt leider (aber nicht mehr überraschend) in das Bild, daß auch Amnesty International dem Tribunal Beteiligung zugesagt haben soll. Daß auch die Jungdemokraten zu den Befürwortern zählen sollen, möchte man zunächst noch für einen Hörfehler (!) halten........*

Die Bundesrepublik wird zwangsläufig in die Rolle des europäischen Landes hineinwachsen, in dem die Propagierung von Eurokommunismus und Volksfrontbündnissen es am schwersten haben wird.

Daß ausgerechnet ein Russell-Tribunal das Gegenteil bewirken hilft, darf allerdings bezweifelt werden. Das Tribunal darf zur eigenen Abschreckung zusammentreten."

Eine Westberliner Genossin

Antiimperialistische Zeitung unterstützt Tribunal

Die Freiburger antiimperialistische Zeitung „blätter des iz3w" ruft in ihrer Augustnummer zur Unterstützung des Russell-Tribunals auf. Dabei betont sie: *„Aus der Aufgabenstellung des Tribunals ergibt sich, daß es seine Aufgabenstellung nicht eng verstehen darf. Es muß durch seine Untersuchungen das Ausmaß der politischen Repression in der BRD im ganzen sichtbar machen, damit die Menschen dieses Landes und der Nachbarländer erkennen, welche Gefahren mit der Repression in der BRD verbunden sind, und daß nur entschlossener Widerstand aller diesen Gefahren begegnen kann".*

Zur Aufgabenstellung und Arbeitsweise schreibt das Blatt: *„Mit seiner Aufgabenstellung ist das Tribunal jedoch nicht nur Vertreter von Interessen bestimmter politischer Richtungen und Gruppierungen, sondern es greift die grundlegenden Probleme all derjenigen auf, die für Erhaltung und Ausweitung demokratischer Rechte eintreten.... Damit dies möglich ist, fordern wir das Sekretariat des Russell-Tribunals auf, seine Vorgehensweise und seine Entscheidungen für alle durchsichtig zu machen."*

Die Leser der Zeitung werden aufgefordert, das Tribunal bekannt zu machen, es mit Beweismaterial zu unterstützen und finanziell abzusichern.

Veranstaltung in Karlsruhe

Das Karlsruher Unterstützungskomitee für das Russel-Tribunal (in dem der Spartacusbund, der KB, das Frauenzentrum und verschiedene Einzelpersonen mitarbeiten) führt am 9.September eine erste öffentliche Veranstaltung in Karlsruhe durch, auf der der Rechtsanwalt Otto Schily, ein vom Gewerkschaftsausschluß bedrohter Hamburger Betriegsrat sowie ein Kunststudent sprechen werde, der „irrtümlich" als Knut Volkerts verhaftet wurde. Die Veranstaltung wird sich besonders mit den örtlichen Repressionen nach dem Ableben Bubacks beschäftigen.

SB sabotiert Russell-Veranstaltung

Für den 25.8. hatte die Oldenburger Russell-Unterstützungsgruppe (UG) eine Veranstaltung über ein breites Spektrum von Repressionsfällen geplant. So sollten u.a. die Auseinandersetzungen um den Buback-Nachruf (zwei Oldenburger Professoren haben die Dokumentation mit herausgegeben), der Roth/Otto-Prozeß und ein Antifa-Prozeß (NPD gegen Kai Ehlers) behandelt werden. Diese Veranstaltung wurde einhellig beschlossen und vorbereitet.

Drei Tage vor der geplanten Veranstaltung erschienen auf der UG-Sitzung neben den beiden »alten« SB-Vertretern drei weitere (rechte) SB'ler, um provokativ und ultimativ die Aufhebung der Veranstaltung und gravierende Änderungen im bisherigen Kurs der Unterstützungsarbeit zu verlangen. In der SB-Gruppe sei alles nochmal und eben ganz anders besprochen worden. Als Begründung und Konsequenz gaben sie an:

1. Die Themen würden die liberale Öffentlichkeit abschrecken ...
2. Politische Organisationen hätten im Unterstützungskreis nichts zu suchen, die SB-»Persönlichkeiten« würden es auch ablehnen gemeinsam mit Organisationen im Zusammenhang der Russell-Unterstützungsarbeit genannt zu werden !!!

Der Oldenburger Aufruf sowie das Mobilisierungsflugblatt zur Veranstaltung dürften gar nicht weiter verteilt werden. Das SB ziehe seine Unterstützung der Veranstaltung zurück.

3. Entscheidungen im Unterstützerkreis seien zukünftig nur noch einstimmig zu fällen. Wie nicht anders zu erwarten, erklärte der GIM-Vertreter seine »völlige Übereinstimmung« mit den rechten SB'lern, kritisierte aber, daß sie nicht früher in diesem Sinne aufgetreten seien, weshalb es bei der Veranstaltung als »Test« bleiben solle. Nachdem allerdings die SB'ler auf ihrem Standpunkt beharrten, die Veranstaltung nicht zu unterstützen, zog der GIM'ler auch diesen Vorschlag zurück.

Auf diese Weise spielen SB und GIM nichts anderes als die Rolle des nützlichen Idioten für die Revis, deren Interesse darin besteht, die Russell-unterstützungsbewegung so weit zu zersetzen und zu schwächen, wie es nur geht. Einen Gewinn dürften SB und GIM mit dieser Haltung bei DKP und »liberaler Öffentlichkeit« dagegen kaum erzielen.

Die Veranstaltung wurde trotz dieser Manöver und der vom SB in Umlauf gesetzten demobilisierenden Gerüchte (»reine KB-Veranstaltung« u.ä.) mit ca. 130 Besuchern ein ziemlicher Erfolg. SB und GIM vermieden es deshalb auch tunlichst, auf der Veranstaltung zu ihrem Rückzieher Stellung zu beziehen.



Die Abenteurer pfeifen auf dem allerletzten Loch

Derzeit versuchen der KBW und verschiedene „Spontis" mit viel Gelärme und radikalem Getue, den Eindruck zu erwecken, als würden sie einen „erneuten Angriff auf die Baustelle Brokdorf" vorbereiten. Nach dem Willen des KBW soll „ein erfolgreicher (!) Angriff auf die Baustelle im September geführt werden" („KVZ"-Bezirksbeilage Holstein, 13.8.).

In allgemeiner Weise wird dabei davon phantasiert, daß jetzt der „Zusammenschluß der Arbeiter und Bauern gegen das KKW Brokdorf" hergestellt werden müsse, daß die Arbeiterklasse *„die Führung im Kampf gegen das KKW Brokdorf übernehmen"* müsse, daß zugleich die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung *„zum Teufel gejagt werden"* müsse usw. usf. (alles Zitate aus KBW-Flugblättern). Irgendeinen Bezug zur gesellschaftlichen Wirklichkeit unseres Landes haben diese Phrasen nicht. Sie verdeutlichen nur, wieweit sich der KBW schon in seine eigenen Fieberträume eingesponnen hat. Leider folgen ihm wider besseres Wissen dabei aus opportunistischen Erwägungen auch verschiedene „Spontis", insbesondere aus dem Umkreis des sogenannten „Montagsplenums" in Hamburg.

Für jeden denkenden Menschen ist handgreiflich einsichtig, daß es derzeit und in den nächsten Monaten – und der KBW spricht bereits von September! – keinen „Zusammenschluß der Arbeiter und Bauern gegen das KKW Brokdorf" geben wird. Wahr ist im Gegenteil, daß die Anti-AKW-Bewegung in den letzten Monaten an Rückhalt in der Bevölkerung v e r l o r e n hat (Das gilt gerade auch für die Umgebung der Baustelle Brokdorf), daß die BIs zum

kerung v e r l o r e n hat (Das gilt gerade auch für die Umgebung der Baustelle Brokdorf), daß die BIs zum

Teil stark zusammengeschmolzen sind, daß die Bewegung insgesamt an Schwung und Breite verloren hat.

Dies wissen auch der KBW und die mit ihm verbündeten „Spontis", da auf BI-Sitzungen von ihnen selbst durch Umfragen sehr exakt ermittelt wurde, wieviele AKW-Gegner von ihnen derzeit für „militante Aktionen" (wie etwa „Verhinderung der Rückführung der Baumaschinen") mobilisiert werden könnten. Wir verzichten hier auf die Nennung der geradezu atemberaubend geringen Zahl, um uns nicht dem Vorwurf auszusetzen, der Polizei Informationen zu liefern (obwohl diese zweifelsfrei bestens darüber informiert sein dürfte). Nur eine Tatsache: Obwohl KBW und „Spontis" in Hamburg ihren schmalen Kräften entsprechend einen Riesenwirbel um das Anti-AKW-Lager am Bauplatz Brokdorf gemacht hatten und dafür „voll mobilisiert" hatten („Alle nach Brokdorf!"), befanden sich bei der Räumung des Lagers durch die Polizei dort gerade 112 AKW-Gegner (nach Angaben des KBW).

Auch die Stimmung der „Arbeiter und Bauern" ist dem KBW und den „Spontis" bekannt. So ergab eine Umfrage unter den von ihnen dominierten BIs am 12.8. unter anderem: BI Itzehoe: „ ... *Auf Bauernhöfen gewesen. Es bestand bei keinem Bereitschaft anzurufen, falls Baumaschinen gesichtet werden"*. BI Quickborn: *„Die Leute waren alle muffig"*. BI Brunsbüttel: *„Im Moment keine Leute in der BI"*.

In dieser Situation versuchen die Abenteurer vom KBW und unter den „Spontis" aus der Sackgasse zu kommen, indem sie mit gezielten Falschinformationen z. B. in den Kieler BIs den Eindruck zu erwecken versuchen, daß die Bevölkerung der Marschen unheimlich kampfbereit sei; anderswo berufen sie sich dann wieder auf die Kieler BIs usw. usf. Hektik und kindische Pläneschmiederei um das Anti-AKW-Lager am Bauplatz und mehr noch um die sogenannte „Verhinderung der Rückführung der Baumaschinen" sollen bei den aktiven AKW-Gegnern den Eindruck erwecken, als würden ernsthafte Dinge vorbereitet, bei denen niemand abseits stehen darf.

Hierzu gehört dann auch, daß KBW und „Spontis" ganz selbstverständlich Etikettenschwindel mit dem Namen der BUU betreiben, daß eine dreiköpfige (!) KBW-Gruppe als „Bürgerinitiative" firmiert (Heide) oder fünf KBWler als „BI Quickborn" – obwohl es an diesen beiden Orten weitaus größere aktive BIs gibt, die den Amoklauf des KBW und seiner verbündeten „Spontis" nicht mitmachen.

Was real hinter den Hochstapeleien steckt, wird auch deutlich, wenn ein Hamburger „Sponti"-Häuptling selbst davon spricht, in Hamburg ganze 150 AKW-Gegner zu Aktionen mobiliseren zu können, wobei aber noch ungewiß sei, wieviel davon im „Ernstfall" wirklich kommen würden.

Das Indianer-Spiel mit dem „Alarmplan"

Angeblich zur Verteidigung des Anti-Atomdorfes am Grohnder Bauplatz und später ebenso des Lagers am Bauplatz Brokdorf würden sogenannte „Alarmpläne" ausgetüftelt.

In seinen Flugblättern prahlt der KBW, es gebe ein *„lückenloses Meldenetz"* („KVZ"-Bezirksbeilage Holstein, 18.8.); *„Es wurde ein Alarmnetz in der Wilster Marsch und darüber hinaus in Schleswig Holstein und in Hamburg aufgebaut"* (Flugblatt „Erneute Nacht- und Nebelaktion geplant").

Das sah in der Praxis so aus, daß wiederholt „Alarm" gegeben wurde, wenn nach Meinung des KBW und der „Spontis" (sowie im Falle Grohnde auch der „KPD") Anzeichen dafür zu bestehen schienen, daß eine Räumung des Lagers durch die Polizei unmittelbar bevorstünde. Daraufhin wurden dann jedesmal aus dem ganzen norddeutschen Raum aktive AKW-Gegner „zur Verstärkung" heranmobilisiert. Speziell im Fall Grohnde waren dabei diverse Fehl„alarme" zu verzeichnen.

Diese Spielerei geht von einer Verkennung der Wirklichkeit aus. Der Gedanke, man könnte das Lager in Grohnde oder in Brokdorf „verteidigen", indem man ein paar Dutzend aktive AKW-Gegner zusätzlich dorthin jagt, ist schlichtweg lächerlich und in seinen Konsequenzen zerstörerisch und provokatorisch. So wurde z. B. noch am Morgen der Räumung des Anti-Atomdorfs Grohnde in Hamburg (!) ein Flugblatt verbreitet mit dem dickgeschriebenen Aufruf: **„Heute soll Grohnde geräumt werden. Auf nach Grohnde!"** Der Erfolg dieses Aufrufs könnte allenfalls gewesen sein, daß der Polizei noch die Personalien einiger weiterer aktiver AKW-Gegner in die Hände gefallen sind, die auf den neuen „Alarm" hin vielleicht noch rasch nach Grohnde gebraust sind.

Im Falle des Brokdorfer Lagers verbreiten KBWler und „Spontis" sogar, daß der KB schuld sei an der Räumung des Lagers, denn dieses hätte ihrer Meinung nach „verteidigt" werden können, wenn mehr AKW-Gegner dort gewesen wären. KB-Genossen in den BIs werden angegriffen, weil sie am Tag der Räumung des Lagers nicht dem „Alarmplan" folgend dorthin geeilt waren.

Dies alles zeigt, daß die Abenteurer abgewirtschaftet haben. Sie können nicht einmal mehr den Unterschied begreifen zwischen einem von der örtlichen Bevölkerung aufgestellten und unterstützten Wachdienst und Alarmplan (wie seinerzeit in Wyhl!), und einem „Alarmplan", der sich praktisch nur auf die Reisetätigkeit eines immer weiter zusammenschmelzenden Häufchens von Aktivisten stützt. Ohne echten Rückhalt in der Bevölkerung, vor allem auch ohne deren a k t i v e Mitwirkung, konnten die Lager auch mit dem ausgefeiltesten „Alarmplan" nicht verteidigt werden.

Das hindert aber den KBW natürlich nicht, zu behaupten, das Brokdorf-Lager habe *„die Bourgeoisie empfindlich getroffen"* („KVZ"-Bezirksbeilage Holstein, 13.8.), habe „die Kapitalisten und die Regierung in helle Aufregung versetzt" (Flugblatt: „Zeltlager in Brokdorf am Bauplatz! ..."), habe *„die Bourgeoisie in Angst und Schrecken versetzt"* (Papier des KBW in der BI Norderstedt).

Die Konsequenzen der „Alarm"-Spiele liegen auf der Hand und zeigen sich bereits handgreiflich: Die sich daran beteiligenden AKW-Gegner werden durch sinnlose und ständig neue Aktivitäten zerschlissen, werden für nichts und wider nichts in der Gegend herumgehetzt, der Resignation wird Vorschub geleistet, die von den Abenteurern heimgesuchten oder dominierten BIs verlieren ihre Zeit mit diesen Spielereien, statt die p o l i t i s c h e n Aufgaben anzupacken. Selbst bezahlte Provokateure hätten sich kaum einen raffinierteren Plan zur Zerstörung der Anti-AKW-Bewegung ausdenken können.

Die „Verhinderung der Rückführung der Baumaschinen"

Die sogenannte „Verhinderung der Rückführung der Baumaschinen" (nach Brokdorf) stellt eine zusätzliche Steigerung dieser gefährlichen Spielereien dar. Auch dafür gibt es mittlerweile einen ausgetüftelten „Alarmplan". In Flugblättern haben sich der KBW und die mit ihm verbündeten „Spontis" an die Bevölkerung gewendet und sie aufgefordert: *„Wenn Sie in einer am Bau beteiligten Baufirma tätig sind, oder Freunde von Ihnen, benachrichtigen Sie uns bitte, sobald etwas von einer geplanten Rückführung bekannt wird. Wenn Sie an einer der Zufahrtsstraßen zum KKW-Bauplatz wohnen, geben Sie uns bitte sofort Bescheid, wenn Bauzüge unter Begleitung von Polizei und Bundesgrenzschutz gesehen werden"*.

Um dem Unfug einen scheinbar ernsthaften Anstrich zu verleihen, veröffentlicht der KBW an anderer Stelle Fotos, auf denen man in der Tat z. B. Bauwagen und LKWs sehen kann, die bei irgendwelchen Firmen in Schleswig-Holstein schon *„einsatzbereit"* stünden. Die Fahrer, so erfährt man, seien bereits *„angeheuert"* und *„jederzeit abrufbereit"*. *„Da kann man sicher sein, daß dieses Geld nicht investiert wird, damit die Fahrer 4 Wochen untätig herumsitzen"* („KVZ"-Bezirksbeilage Holstein, 18.8.). –

Auf der Rückseite des oben erwähnten Flugblatts sind 12 Telefonnummern angegeben, die man anrufen soll, um „Verdächtiges" zu melden. Es kann also tatsächlich jeder beliebige Witzbold, Provokateur oder Wichtigtuer dort anrufen und den „Alarmplan" spaßeshalber ins Rollen bringen. Das ist auch den Abenteurern durchaus klar und sie erklären dazu, das sei halt das Risiko, mit dem man rechnen müsse.

Wie so etwas dann ganz konkret abläuft, sollen zwei „aus dem Leben gegriffene" Beispiele zeigen:

– In Kieler BIs verbreiten die Abenteurer, am Montag, 22. August, sei es nun ganz bestimmt soweit: Ab Montag sei mit der Rückführung der Baumaschinen zu rechnen ... habe ein anonymer LKW-Fahrer erzählt. Ab sofort müsse ein funktionierendes „Alarmsystem" eingerichtet werden, ein „Probealarm" wird auch angesetzt. Güterbahnhöfe und Baustellen sollen „beobachtet" werden, ebenso die größte Kieler Polizeistation. In einer Kieler BI schlagen die Abenteurer sogar ernsthaft vor, eine BI-Sitzung ausfallen zu lassen, zugunsten einer mehrstündigen „Beobachtung" der Polizeistation. Klein-Adlerauge ist auf dem Kriegspfad! ...

– Auf einem „Koordinierungstreffen" zur „Verhinderung der Rückführung der Baumaschinen" am 12.8. verursacht eine KBW'lerin aus Itzehoe einen großen Aufruhr, indem sie behauptet, ein Arbeiter einer Transportfirma in Heide habe angegeben, die Rückführung der Baumaschinen sei in 10 Tagen geplant. Später wird sie von einer KBW'lerin aus Heide korrigiert: Der Arbeiter habe nur gesagt, daß innerhalb der nächsten 8 Tage die Rückführung ausgeschlossen sei. Was danach kommt, wisse man nicht.

Es gibt zahlreiche Beispiele vor allem aus schleswig-holsteinischen BI's, wo die Abenteurer es zeitweise geschafft haben, durch ähnliche Latrinen-Parolen und Albereien wichtige politische Themen einfach vom Tisch zu wischen, wie etwa die Malville-Solidarität oder die Vorbereitung der Kalkar-Aktion. Speziell der KBW hetzt sowieso in unglaublicher Weise gegen die Malville-Solidarität (Der KB „Nord" sei für den Toten in Malville verantwortlich und müsse dafür „Rechenschaft ablegen"; strikte Ablehnung jeder Solidaritätsaktion), und die Kalkar-Aktion lehnt der KBW ab, da sie nur vom „erneuten Angriff auf die Baustelle Brokdorf" ablenke.

Im Übrigen wird der Mangel an politischer Vernunft wie üblich kompensiert durch schamlose Hochstapelei und Roßtäuscherei. So kann man z.B. im Flugblatt einer Kieler KBW-„BI" lesen: *„Jetzt steht der Kampf gegen die Rückführung der Baumaschinen unmittelbar an. Die Bürgerinitiativen des Landes Schleswig-Holstein bereiten sich darauf vor. Die Marschenkonferenz der Bürgerinitiativen hat im März den Beschluß gefaßt, diese Rückführung zu verhindern. Inzwischen ist dort ein Koordinationsausschuß gebildet worden, der dies vorbereitet. In den Bürgerinitiativen wird ein Telefonwarnnetz aufgebaut, über das in wenigen Minuten viele Menschen, die den Kampf gegen die Rückführung der Baumaschinen unterstützen wollen, informiert werden können"*.

Und an anderer Stelle schreibt der KBW: *„Die ersten praktischen Schritte zur Verhinderung des Weiterbaus wurden unternommen. Wir von der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe haben alle Bauarbeiter, alle Bauern und Bewohner der Region aufgerufen, wachsam alles zu verfolgen, was auf Maßnahmen des Weiterbaus hindeutet. Es wurde ein Alarmnetz in der Wilster Marsch und darüber hinaus in Schleswig-Holstein und in Hamburg aufgebaut, um die Rückführung der Baumaschinen zu verhindern. Damit ist es und ernst und alle Baufirmen sollen sich darüber im Klaren sein!"* (Flugblatt: „Erneute Nacht- und Nebelaktion geplant!").

Hinter dem „Alarmplan" zu „Verhinderung der Rückführung der Baumaschinen" nach Brokdorf steht effektiv n i c h t s . Denn selbst gesetzt den Fall, die Rückführung der Maschinen stünde wirklich kurz bevor und gesetzt den Fall, die aktiven AKW-Gegner würden zeitig und exakt davon erfahren, so kann doch niemand die Frage beantworten, w a s dann eigentlich konkret geschehen soll. Es liegt auf der Hand, daß es beim jetzigen Stand der Kräfte und ohne massive praktische Unterstützung aus der örtlichen Bevölkerung u n m ö g l i c h ist, die Rückführung der Baumaschinen unter Polizei-Schutz zu verhindern. Was an „Plänen" besteht – wir verzichten auf die Einzelheiten – bewegt sich im Spielraum zwischen Indianer-Spielerei und reiner Phantasie. Selbst die klügeren „ Spontis" und sogar einzelne KBW'ler begreifen inzwischen auch sehr wohl, daß die sogenannte „Verhinderung der Rückführung der Baumaschinen" heute im Ernstfall nicht zu bewerkstelligen wäre.

Man fragt sich, wie über solche unrealistischen Pläne überhaupt ernsthaft und mit solcher Ausdauer diskutiert werden kann, wie aktive AKW-Gegner dazu gebracht werden können, stundenlang Bahnhöfe, Polizei-Stationen oder Kasernen zu „beobachten" usw. usf.

Dies Rätsel klärt sich aber, wenn man sieht, welch psychologischer Terror von den Häuptlingen des KBW und der „Spontis" mangels besserer

man sieht, welch psychologischer Terror von den Häuptlingen des KBW und der „Spontis" mangels besserer

Argumente ausgeübt wird, um jeden Zweifel an ihren abenteuerlichen Plänen und Spielereien einzuschüchtern und abzuwürgen. Da heißt es, wer nicht auf „Beobachtungsposten" stehen will, wer sich den „Alarmplänen" nicht unterwirft usw., der sei gar nicht daran interessiert, „den Bau des AKW Brokdorf p r a k t i s c h zu verhindern", sei mithin gar kein „ehrlicher" AKW-Gegner. Wer zu bezweifeln wagt, daß die sogenannte „Verhinderung der Rückführung der Baumaschinen" möglich ist, muß sich sagen lassen, er habe wohl „Schiss", sei einer von den „Hosenscheissern des KB Nord", habe „die Hose gestrichen voll", und ähnliche Kindersprüche aus dem Analbereich. Der KBW schreibt: „.... *Die KB (Nord)- Vertreter aus Pinneberg verstiegen sich gleich unmittelbar in die Höhen der Bourgeoisie: ‚Die Verhinderung der Rückführung der Baumaschinen ist nicht möglich', tönen sie daher. Daß sie es nicht möchten, ist klar. Man muß sich von diesen Spaltpilzen trennen, will man nach vorn kommen. Vergleichbar sind ihre Vorhaben nur noch mit denen der DKP vor dem 19.2., als diese sich gegen jegliche Großkundgebung aussprach"* („KVZ"-Bezirksbeilage Holstein, 13.8.).

Die Situation ist in gewisser Weise ähnlich wie vor der 2. Brokdorf-Aktion, als wir damals als einzige öffentlich aussprachen, daß eine B e s e t z u n g des Bauplatzes nicht möglich sein würde, und daß eine Orientierung, die in erster Linie auf unmittelbare Besetzung (sogenannte „praktische Verhinderung") aus ist, unbedingt zum Scheitern verurteilt ist. Unsere Erklärung rief damals einen Sturm der Entrüstung hervor – nicht bloß bei KBW und „Spontis", sondern auch bei der „KPD" und bis weit in die Reihen der „Gewaltfreien" hinein. Offensichtlich war diese schlichte Einschätzung der Realitäten damals sehr „unpopulär". Heute freilich wird kaum jemand bestreiten können, daß wir damals r e c h t hatten. Es steht immer schlecht um eine Bewegung, wenn sie nicht bloß nicht fähig ist, ihre Möglichkeiten realistisch einzuschätzen, sondern wenn sogar eine Atmosphäre des psychologischen Terrors gegen jeden entfacht wird, der die vorherrschende Einschätzung anzuzweifeln wagt.

Kein Abenteurertum in Brokdorf und auch nicht anderswo !

Die hektischen und nutzlosen Geschäftigkeiten des KBW und der mit ihm verbündeten „Spontis" um den AKW-Bauplatz Brokdorf muß man auch vor dem Hintergrund sehen, daß sie schon aus dem letzten Loch pfeifen. Der KBW hat seit dem 19.2. (Brokdorf) systematisch nahe-

Fortsetzung auf Seite 9

Fortsetzung von Seite 8

Die Abenteurer pfeifen auf dem allerletzten Loch

zu j e d e Aktion der Anti-AKW-Bewegung nicht bloß gemieden, sondern auch in übelster Weise diffamiert – so u.a. Grohnde (19.3.), Ohu und Malville, ebenso die Aktionen zu Ostern und Pfingsten, die vom KBW in Bausch und Bogen verdammt wurden. In der westdeutschen Anti-AKW-Bwegung ist die Rolle des KBW praktisch auf dem Nullpunkt angekommen (abgesehen von einigen BI's in Schleswig-Holstein). Was die mit dem KBW verbündeten „Spontis" angeht, insbesondere die Leute um das Hamburger „Montagsplenum", so sind ihre Versuche, bundesweit Einfluß zu nehmen und einen antikommunistischen Block der „Unorganisierten" aufzubauen, kläglich gescheitert. Ihr Abenteurertum ist Ausdruck ihrer Isolation, Frustration und Verzweiflung.

Am 3. September soll eine Landeskonferenz der BUU stattfinden, auf der insbesondere der KBW den „erneuten Angriff auf die Baustelle Brokdorf" beschliessen lassen möchte. Mit der ihm stets eigenen Logik schreibt der KBW dazu: *„Die Marschenkonferenz vom 12.8. hat die Einberufung einer Landeskonferenz zum 3.9.77 beschlossen. Dieser Beschluß schafft hervorragende Ausgangsbedingungen für einen neuen Angriff im September. Die Landeskonferenz ist einberufen zur Beratung und Beschlußfassung über die Durchführung und den Termin einer Großkundgebung am Bauplatz"* („KVZ"-Bezirksbeilage 13.8.).

Wieso der bloße B e s c h l u ß, eine Landeskonferenz durchzuführen, „hervorragende Ausgangsbedingungen" schaffen soll, ist wieder einmal nur dem KBW einleuchtend. Ansonsten ist nämlich klar, daß die zu untersuchenden Ausgangsbedingungen ganz andere sind, wie etwa Stimmung und Bewußtsein der Bevölkerung, Stand der BIs und ähnliche Fragen der P r a x i s.

Man täuscht sich aber, wenn man vielleicht meint, der KBW würde unter „neuem Angriff" in Wahrheit nur eine friedliche Großkundgebung verstehen. Nein, die KBWler sprechen tatsächlich davon, den Bauplatz s t ü r m e n zu wollen: 10.000 AKW-Gegner sowie der vom KBW bis dahin noch rasch herzustellende „Zusammenschluß der Volksmassen", seien ausreichend, „um die Polizeitruppen zu zersetzen"! Es versteht sich dabei von selbst, daß der KBW sich in gewohnter Manier auch diesmal nicht an irgendwel- Polizeitruppen zu zersetzen"! Es versteht sich dabei von selbst, daß der KBW sich in gewohnter Manier auch diesmal nicht an irgendwel-che Beschlüsse der Bürgerinitiativen und der Landeskonferenzen zu halten gedenkt, sondern wieder auf Provokationen aus ist, wie schon am 19.2.

Wir lehnen eine „Großkundgebung am Bauplatz" Brokdorf zum jetzigen Zeitpunkt und vor Aufhebung des Baustopps ab. Zwar sind wir nicht der Meinung, daß g e n e r e l l nicht während des Bestehens eines Baustopps demonstriert werden sollte. In der konkreten Situation jedoch, wo die Bewegung insgesamt geschwächt ist und noch nicht wieder die mobilisierende Kraft hat wie im Frühjahr, könnte unserer Einschätzung nach zur Zeit nur eine Aufhebung des Baustopps als Auslöser für eine angemessene Mobilisierung wirken. In der jetzigen Situation eine Großkundgebung am Bauplatz Brokdorf oder gar einen „Angriff" auf den Bauplatz zu organisieren, ist die Fortsetzung der mit den „Alarm"-Spielen und der sogenannten „Verhinderung der Rückführung der Baumaschinen" begonnenen Linie: Unzweckmäßige Abnutzung und Ermüdung der Kräfte vor der „Entscheidungsschlacht", statt Konzentration aller Kräfte auf die politische Massenarbeit und den politischen Wiederaufbau einer Massenfront gegen das geplante AKW Brokdorf. Wir glauben nicht, daß eine vierte Brokdorf-Aktion Mitte September, wie sie vom KBW und den mit ihm verbündeten „Spontis" gefordert wird, und die derzeit unserer Einschätzung nach nur eine Demonstration der S c h w ä c h e sein könnte, bessere Voraussetzungen für eine fünfte Aktion schaffen würde. Im Gegenteil. Die Forderung des KBW und der mit ihm verbündeten „Spontis" nach einem „neuen Angriff auf den Bauplatz" Mitte September muß auf der Landeskonferenz der BUU zurückgewiesen werden.

30. August 1977

Leitendes Gremium des Kommunistischen Bundes

Landeskonferenz der BUU

Für eine konsequente Fortführung des Kampfes

Am 3. September wurde die Landeskonferenz der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) erfolgreich abgeschlossen. Die Delegierten der fünf Regionalverbände der BUU (Marschen, Ostküste, Westküste, Hamburg und Oberelbe) beschlossen in großer Einmütigkeit die volle Mobilisierung der BUU für die Großdemonstration am 24.9. in Kalkar. Einstimmig wurde der Vorschlag angenommen, sofort nach Aufhebung des Baustopps am AKW Brokdorf zu einer Großkundgebung aufzurufen. Es wurde ein Koordinationsgremium eingerichtet, das sich aus jeweils drei Vertretern der fünf Regionalverbände zusammensetzt, das im Fall der Aufhebung des Baustopps sofort eine Bundeskonferenz aller Anti-AKW-Initiativen einberufen soll, um die Großkundgebung am AKW Brokdorf vorzubereiten. Mit überwältigender Mehrheit wurde auch die von KBW und den sogenannten Hamburger „Autonomen" um den Arbeitskreis Politische Ökologie betriebene Phantasterei der „Verhinderung der Rückführung der Baumaschinen" als abenteuerlich und für die Anti-AKW-Bewegung schädlich zurückgewiesen. Das Bedeutsame an dieser Landeskonferenz in Wilster war, daß erstmals seit der Spaltung der norddeutschen Anti-AKW-Bewegung durch die Itzehoe-Demonstration am 19.2. wieder Vertreter der rechten und gewaltfreien Bürgerinitiativen erschienen waren. Mit dem vollständigen Erscheinen der Delegierten der Westküstenkonferenz ist ein Schritt in Richtung der Überwindung der Spaltung gemacht worden. Auf der anderen Seite brachte die Landeskonferenz eine neue Spaltung in Form der endgültigen Trennung vom KBW, der die Delegierten – ebenso wie auf der Landeskonferenz vom 4.3.77 – durch massives Herankarren seiner Leute aus dem norddeutschen Raum, durch massive Provokationen bis zu tätlichen Angriffen auf Delegierte etc. zwang, die Landeskonferenz an einem anderen Ort zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Der Auszug aller Delegierten der Landeskonferenz, bis auf fünf Delegierte, die dem KBW nahestehen, zeigt, daß der KBW mit seiner Provokationspolitik kläglich gescheitert ist.

Der Landeskonferenz voraus gingen die Regionalkonferenzen der fünf Landesverbände der BUU:

Marschenkonferenz

Die Marschenkonferenz, auf der Initiativen aus Uetersen, Wedel, Pinneberg, Elmshorn, Quickborn (2), Heide (2), Glückstadt, Brunsbüttel und Itzehoe anwesend waren, beschloß auf ihrer Sitzung am 26.8. einstimmig die Unterstützung der Großaktion am 24.9. in Kalkar. Auch der „Arbeitskreis Brokdorf", in dem die BI's zusammengeschlossen sind, die am 19.2. nach Itzehoe mobilisiert hatten, wird für die Kalkardemonstration mobilisieren. Auf der Marschenkonferenz wurde für die anstehende Landeskonferenz am 3.9. der alte Beschluß bekräftigt, den KBW von Landeskonferenzen solange auszuschließen, bis dieser sich öffentlich von seinem provokatorischen Vorgehen distanziert hat.

Ein Antrag des KBW, am 17.9. eine Großkundgebung am Bauplatz des AKW Brokdorf durchzuführen, wurde bei nur einer Ja-Stimme und zwei Enthaltungen abgelehnt. Stattdessen sprachen sich die Delegierten für eine Großkundgebung nach Auf- wurde bei nur einer Ja-Stimme und zwei Enthaltungen abgelehnt. Stattdessen sprachen sich die Delegierten für eine Großkundgebung nach Auf-hebung des Baustopps aus. Nicht mehr abgestimmt wurden zwei Anträge der BI's aus Pinneberg und Wedel, in denen die Hysteriepolitik um die „Verhinderung der Rückführung der Baumaschinen" und der „Alarmplan" kritisiert werden. Diese Erklärungen sollen nach den Diskussionen in den BI's auf der nächsten Marschenkonferenz abgestimmt werden.

Ostküste

Turbulent verlief die Regionalkonferenz Ostküste am 2.9., zu der außer den knapp 20 Delegierten der BI's noch 40 KBWler aus Kiel erschienen waren, die mit dauernden Unterbrechungen und Geschrei ihre klare Minderheitenposition in allen inhaltlichen Fragen wettzumachen versuchten. Nachdem 13 BI's bei nur einer Gegenstimme den Aufruf nach Kalkar beschlossen hatten und einen Vertreter der Ostküste als Beobachter in die Demonstrationsleitung von Kalkar gewählt hatten, fotografierte ein Kieler Oberprovokateur des KBW den gewählten Delegierten der OKK (für ein Fotoalbum?).

Mehrheitlich angenommen wurde auch ein Antrag, der eine Kundgebung am AKW Brokdorf nach Aufhebung des Baustopps befürwortete (10:5:1).

Mit einer inhaltlich sehr scharfen Resolution wurde die Hysteriepolitik v.a. des KBW, die moralische Erpressung und das Abenteurertum, das anläßlich der Kampagne zur „Verhinderung der Rückführung der Baumaschinen" an den Tag gelegt wird, verurteilt (9:5:3).

Aufgrund der Stimmenverhältnisse in den Punkten Brokdorf und Kalkar wurde in alter Tradition der OKK beschlossen, daß die Mehrheitsposition 7 und die Minderheitenposition 3 Stimmen auf der Landeskonferenz bekommen soll. Da sich die v.a. vom KBW beeinflußte Minderheitenposition weigerte, die 3 Stimmen anzunehmen (was sie schließlich auf der Landeskonferenz doch tat), wurden nur noch 7 Delegierte gewählt. Eine spezielle Vorbereitung der Landeskonferenz, was ursprünglich vorgesehen war, konnte allerdings nicht mehr geleistet werden, da die anwesenden KBWler die Delegierten der BI's am Weiterreden hinderten, als diese die Provokateurpolitik dieser Organisation in den BI's und der Anti-AKW-Bewegung zur Sprache bringen wollten.

Westküste

Erfreulich verlief die Regionalkonferenz der Westküste am 2.September, zu der erstmals seit längerer Zeit Vertreter der BI's erschienen waren, die vorwiegend gewaltfreie Strömungen vertreten. Insgesamt waren 10 BI's anwesend. Als elfte BI wurde auf der Sitzung die BI St. Peter-Ording neu aufgenommen, die sich vor allem aus KBW- und einigen „KPD"-Anhängern zusammensetzt. Nur gegen die Stimme dieser BI wurde der Unterstützungsaufruf zu Kalkar sowie Entsendung eines Beobachters der WKK in die Demonstrationsleitung beschlossen. Als eine „Konzentrierung auf militärische Abenteuer" wurde der Alarmplan und das Projekt der „Verhinderung ..." mit 10:1 abgelehnt. Einstimmigkeit herrschte in der Frage, daß sofort nach Aufhebung des Baustopps in Brokdorf jekt der „Verhinderung ..." mit 10:1 abgelehnt. Einstimmigkeit herrschte in der Frage, daß sofort nach Aufhebung des Baustopps in Brokdorf zu einer erneuten Großaktion aufgerufen werden soll. Um in Zukunft die Arbeit in der Westküstenkonferenz besser koordinieren zu können, wurde ein Sprecherkollektiv gewählt, das den Kontakt zu den anderen Regionalkonferenzen der BUU halten und ein flexibles Reagieren in wichtigen anstehenden Fragen gewährleisten soll. Gemäß der in der WKK vertretenen politischen Strömungen wurde je ein Vertreter gewählt, der den Positionen des KB, der Gewaltfreien bzw. der SPD nahesteht.

Hamburg

Die BUU Hamburg entschied sich auf ihrem Delegiertenplenum vom 1.9. ebenfalls einstimmig für die Mobilisierung nach Kalkar und beschloß, die Öffentlichkeitsarbeit ab sofort auf vollen Touren anlaufen zu lassen.

Zur Vorbereitung der Landeskonferenz wurden ähnliche Resolutionen bezüglich der nächsten Großaktion in Brokdorf wie in den anderen Konferenzen auch verabschiedet. Bestätigt wurden die Beschlüsse der letzten Landeskonferenz (LK), die am Ausschluß des KBW festhalten, solange dieser sein provokatorisches Verhalten nicht einer öffentlichen Selbstkritik unterzogen hat. Um den Willen zur Einheit mit den vor einigen Wochen ausgezogenen BIs der „Autonomen", die sich in einem „Alternativplenum" versammeln, zu zeigen, wurde dem zur gleichen Zeit tagenden „Alternativplenum" drei der zehn Delegiertensitze auf der Landeskonferenz angeboten. Dieses Angebot wurde vom „Alternativplenum" abgelehnt.

Oberelbe

Konsolidiert hat sich inzwischen der am 4.3. aufgenommene fünfte Landesverband der BUU.

Auf der Unterstützungskonferenz in Duisburg für die Kalkaraktion waren von der Regionalkonferenz der Oberelbe Vertreter aus den BIs Lüneburg, Lauenburg, Bergedorf und Geesthacht anwesend und unterstützten die dort gefaßten Beschlüsse. Auch die anderen BIs der Oberelbe werden nach Kalkar mobilisieren. Da vor der Landeskonferenz keine Regionalkonferenz mehr stattfinden konnte, gibt es bislang nur Beschlüsse einzelner BIs zu Kalkar und zur nächsten Großkundgebung in Brokdorf.

Die Landeskonferenz

Auf der Landeskonferenz am 3.9. waren erstmals seit den Auseinandersetzungen um die Brokdorf-Demonstration am 19.2. alle Regionalverbände der BUU fast vollständig erschienen (es fehlten nur die Vertreter des „Arbeitskreis Brokdorf"). Insgesamt waren 45 Delegierte anwesend, davon Ostküste, Westküste und Hamburg vollzählig mit je zehn Delegierten . Offensichtlich war schon vor Beginn der Konferenz, daß mit größeren Störmanövern seitens des KBW und der „Autonomen" zu rechnen war, die ca. 250 Anhänger angekarrt hatten.

Mit ständigen Zwischenrufen, Unterbrechen der Diskussionsleitung und der Redner, arbeiteten der KBW und teilweise auch die „Autonomen" von Anfang an auf eine Sprengung der Sitzung hin. So wurde z.B. von Seiten des KBW mehrmals die Rechtmäßigkeit der Teilnahme des Landesverbandes Oberelbe angezweifelt, dessen Angliederung bereits auf der letzten Landeskonferenz einstimmig d.h. mit den Stimmen der „Autonomen"- und KBW-Delegierten begrüßt worden war. Als nun über die formelle Aufnahme des fünften Landesverbandes abgestimmt wurde, gab es bezeichnenderweise keine einzige Gegenstimme.

Isoliert blieb auch ein Hamburger Ober-Guru, der für seine „Autonomen"-Fraktion die Nichtteilnahme des „Alternativplenums" durch Delegierte mit dem angeblich schon „durch den KB festgelegten" Verlauf der Landeskonferenz begründete. Abstimmungen im Namen der BUU durchzuführen, da dies nur ein „demokratisches Alibi" für „bereits vorher gefaßte Beschlüsse des KB" sei, erntete er nur Schmunzeln.

„Hoffentlich kriegst du bald Berufsverbot, du alte Ratte!"

Immer stärker chaotisiert wurde die Sitzung,als die Delegierten den Beschluß der Landeskonferenz vom 4.3. bekräftigten, den KBW, außer wenn Vertreter dieser Organisation ordnungsgemäß als Delegierte gewählt werden, nicht mehr an Landeskonferenzen teilnehmen zu lassen, bis er sich nicht öffentlich selbstkritisch von seinem provokatorischen Auftreten distanziert hat. Auf vier Regionalkonferenzen war dieser Beschluß bestätigt worden, was bei den anwesenden KBWlern ohnmächtige Wutausbrüche hervorrief. Ein charakteristischer Höhepunkt dieser Wutausbrüche war zweifellos, als eine anwesenden KBWlern ohnmächtige Wutausbrüche hervorrief. Ein charakteristischer Höhepunkt dieser Wutausbrüche war zweifellos, als eine Hamburger KBW-Sympathisantin einem der Diskussionsleiter, (ein Lehrer, der mehrmals betont hatte, daß er keiner Partei und Organisation angehöre) quer durch den Saal zubrüllte: *„Hoffentlich kriegst du bald Berufsverbot, du alte Ratte!"*.

Die Delegierten wurden als „Polizeihunde" beschimpft, und es wurde ihnen angedroht sie würden was erleben, falls dieser Beschluß umgesetzt werden sollte. Handgreiflich untermalten die KBWler ihr Geschrei, indem sie allerlei Gegenstände durch den Saal auf die Delegierten schmissen: außer Bierdeckeln und dergleichen sogar ein Bierglas! Auch Dutzende von Ermahnungen der Diskussionsleitung konnten diese aufgehetzten Typen nicht zur Besonnenheit bewegen.

Auf nach Kalkar

In relativer Ruhe konnte dann jedoch der erste eigentliche Tagesordnungspunkt, die Mobilisierung zur Großkundgebung am 24.9. nach Kalkar besprochen werden, da die Provokationsregie sowohl des KBWals auch der „Autonomen" diesen Punkt offenbar nicht für eine Konfrontation vorgesehen hatte.

Wieder gegen die fünf Stimmen der KBW-Delegierten wurde einstimmig der Unterstützungsaufruf und volle Mobilisierung für Kalkar beschlossen.

Ähnlich wie in vorangegangenen Beschlüssen auf einzelnen Regionalkonferenzen, wurde (bei zwei Enthaltungen) der Abbruch der Duisburger Unterstützungskonferenz zu Kalkar verurteilt (siehe dazu Artikel in diesem AK) und der Antrag auf Erweiterung der Demonstrationsleitung um Beobachter der einzelnen Landesverbände angenommen (jede der fünf BUU-Regionalkonferenzen wird einen gewählten Beobachter in die Demonstrationsleitung entsenden).

KBW und „Autonome" sprengen die Landeskonferenz

Als der Tagesordnungspunkt „Brokdorf" mit der Zusammenfassung der Diskussion in den fünf Landesverbänden begonnen wurde und die Delegierten die wichtigsten in ihren Verbänden verabschiedeten Resolutionen zur nächsten Großkundgebung und zur Verurteilung der „Baumaschinen-Hysterie" verlasen, war es sofort wieder vorbei mit der relativ ruhigen Atmosphäre, in der die Delegierten den vorigen Tagesordnungspunkt diskutieren und (entsprechend fruchtbar) abhandeln konnten. KBW und „Autonome" gingen jetzt zum völligen Amoklauf mit dem Ziel der Sprengung der Konferenz über. Der Ober-Guru der Hamburger „Autonomen" gab das Startzeichen, indem er die Verurteilung der Hysteriepolitik als *„rechte Provokation"* bezeichnete und für seine Gruppierung verkündete: *„mit solchen bürgerlichen Schweinen (!) werden wir nicht mehr zusammenarbeiten"*.

Der KBW ergriff aber auch hier sofort wieder seine unbestrittene Avantgardefunktion als Provokateurshaufen: Durch Geschrei und Gejohle wurden alle Redner und die Diskussionsleitung am Sprechen gehindert, während sich immer mehr KBWler vor dem Präsidiumstisch zusammenrotteten. Daraufhin sah sich die Diskussionsleitung gezwungen, die Sitzung zu unterbrechen und den Vorschlag an die Delegierten zu machen, die Landeskonferenz ohne KBW-„Öffentlichkeit" an einem anderen Tagungsort fortzuführen. Mit großer Mehrheit (38 : 4 : 3) befürworteten die Delegierten diesen Vorschlag; 39 fanden sich in dem 20km entfernt liegenden neuen Tagungsort ein – nachdem sie den alten Versammlungssaal durch ein Spalier geifernder und drohender KBWler und unter Beschimpfungen wie „Verräter", „Feiglinge", „Bluthunde und Agenten Stoltenbergs" (!) usw. verlassen hatten. Mehrere KBWler forderten dazu auf, „Hopfenmüller fertigzumachen" (Ihm war als Mitglied der Demonstrationsleitung in Brokdorf von der KVZ-Ortsbeilage schon einmal das „Aufhängen" prophezeit worden).

Man kann diese Leute nicht nur als Irre ansehen. Politisches Phantastentum, das sich mit einer völligen Ignoranz und Arroganz gegenüber demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen und (mithin auch) antikommunistischer Verhetzung vermischt (wofür ein „K" im Namen noch lange kein Gegenbeweis ist), ist der Nährboden nicht nur für „geprahlte", sondern auch für t a t s ä c h l i c h e Provokationen und Sauereien.

Wie bereits auf der Ostküstenkonferenz fotografierte ein KBWler auch die ausziehenden LK-Delegierten, um sie „öffentlich zu denunzieren", wie selbst von ihm kommentiert wurde.

Landeskonferenz erfolgreich zu Ende geführt

Landeskonferenz erfolgreich zu Ende geführt

Nach der Verlegung in einen anderen Tagungsort verabschiedeten die dort anwesenden 39 Delegierten einstimmig eine Resolution, in der es nach der Schilderung der Provokationen heißt: **„Die Landeskonferenz fordert alle BIs auf, dieses undemokratische und provokatorische Verhalten, das jegliche Arbeit der Bürgerinitiativen in der Öffentlichkeit diskreditiert, zurückzuweisen und an einer solidarischen und demokratischen Diskussionsweise festzuhalten. Das provokatorische Vorgehen v.a. des KBW und der sogenannten Autonomen auf der LK ist der ohnmächtige Versuch dieser Gruppierung, den Mangel an politischem Einfluß in der Anti-AKW-Bewegung durch Drohung und Beschimpfung der Delegiertenmehrheit wettzumachen. Die BUU wird sich durch diese Provokationen nicht davon abhalten lassen, ihre Arbeit gegen das Atomenergieprogramm und die Verhinderung des AKW Brokdorf und anderswo mit voller Kraft voranzutreiben". Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung wurde eine Resolution verabschiedet, die die Hysteriepolitik um die Rückführung der Baumaschinen zurückweist und zu einer Großkundgebung nach Aufhebung des Baustopps aufruft.**

Um ein rasches Reagieren im Fall der Aufhebung des Baustopps zu gewährleisten, wurde auf einstimmigen Beschluß der Delegierten ein Koordinationsgremium eingerichtet, in das jede Landeskonferenz drei gewählte Vertreter entsenden soll. Diese Delegierten haben die Aufgabe, alle Vorgänge um das AKW Brokdorf, wie das zu erwartende Gerichtsurteil, Rückführung der Baumaschinen etc. zu beobachten und auf alle Fälle sofort nach Aufhebung des Baustopps eine Bundeskonferenz aller Anti-AKW-Bürgerinitiativen einzuberufen, die dann die nächste Großaktion am AKW Brokdorf beschließen soll. Bundesweit soll bereits jetzt von dem Koordinationsausschuß dieses Projekt den Bürgerinitiativen bekannt gemacht und zu entsprechenden Vorbereitungen aufgefordert werden.

Der Verlauf dieses zweiten Konferenzteils hat noch einmal bestätigt, wie fruchtbar eine Arbeit der BUU ohne den KBW und gewisse „Autonome" sein kann.

Am 24. September nach Kalkar!

Nationale Unterstützungskonferenz erfolgreich abgeschlossen

Fortsetzung von Seite 1

Aus der BRD waren überwiegend BIs aus dem linken Spektrum anwesend. BBU-Initiativen aus Bonn, Aachen und Mainz sowie Initiativen der niederrheinischen NBA beteiligten sich aber ebenso wie der WSL und unterstützen auch den gemeinsamen Aufruf. Da über die Zusammensetzung der Konferenz einige Gerüchte wuchern (so schreibt die in der Bewegung unbedeutende GIM von „50 KB-Buu-Initiativen" aus Hamburg, in der Duisburger BI werden 70 KB-Initiativen aus Hamburg und Umgebung gehandelt), hier die regionale Beteiligung aufgeschlüsselt:

- 26 BUU-Initiativen aus Schleswig-Holstein;
- 29 BUU-Initiativen aus Hamburg (darunter 4 Beobachter);
- 5 Initiativen aus dem Hamburger „Montagsplenum";
- 17 BIs aus Niedersachsen;
- 6 BIs aus Bremen/Bremerhaven;
- 29 BIs aus NRW;
- 11 BIs aus Hessen;
- 2 BIs aus Rheinland-Pfalz;
- 4 BIs aus Baden-Württemberg;
- 1 BI aus dem Saarland;
- 3 BIs aus Bayern;

(die Liste ist nicht vollständig).

Etwas über 100 BIs hatten für diese Konferenz Delegierte mit Mandat geschickt. Der erste Tag war beherrscht von der Auseinandersetzung um die gemeinsamen Grundlagen der Aktion. Dabei wurde um die Frage der Beteiligung des BBU an der Demo–Leitung diskutiert (Hierzu wurde kein abschließendes Ergebnis erzielt), um die Frage der Gewalt, um das Vorgehen bei einem Demonstrationsverbot und bei Polizeiprovokationen gegenüber den Demonstranten und den gemeinsamen Aufruf. Die Ergebnisse dieser Beratungen wurden in Resolutionen zusammengefaßt, die mit großer Einmütigkeit verabschiedet wurden.

Unumstritten war die Anerkennung des Delegiertenprinzips auf der Konferenz. Einstimmig bei drei Enthaltungen wurde dem Aufruf des Planungsausschuß NRW zugestimmt. Der Aufruf verzichtet auf eine Bauplatzbesetzung am 24.9., die von allen Beteiligten derzeit nicht für möglich angesehen wird. Er begrüßt aber prinzipiell das Recht auf Bauplatzbesetzung und die bisherigen Aktionen dazu in Wyhl, Brokdorf und Grohnde. Beharrt wird auch auf dem Recht auf Demonstration gegen alle Verbots- und Kriminalisierungsversuche. Gefordert wird der Abzug der Polizei, ungehinderter Zugang zum Bauplatz und freier Grenzübertritt für die Niederländer.

Polizei, ungehinderter Zugang zum Bauplatz und freier Grenzübertritt für die Niederländer.

In einer Resolution an die niederländischen AKW-Gegner wurden noch einmal die Prinzipien der Zusammenarbeit entwickelt. Die Passagen des oben erwähnten Aufrufs werden bestätigt, Differenzen sollen offen ausgetragen werden ohne daß dadurch die Gemeinsamkeit behindert wird, niemandem soll vorgegaukelt werden, daß ein friedlicher Ablauf garantiert sei, da die Gewalt vom Staat und nicht von den Demonstranten ausgeht. Das Bestreben ist, die Aktion unter größtmöglichen Anstrengungen friedlich durchzuführen, wobei unsere Stärke in der Geschlossenheit liegt. Es wird auch das Recht betont, mögliche Polizeisperren zu durchbrechen, sofern das zu verantworten ist. Die Demonstration soll auf jeden Fall am Bauplatz in Kalkar statffinden. Mit 93:2:1 wurde diese Resolution verabschiedet.

In einer weiteren Resolution wurden die Spaltungsmanöver und die Pressehetze einiger BBU-Führer verurteilt. Der Versuch unter Berufung auf „Gewaltfreiheit" die AKW-Gegner in „friedliche" und „gewalttätige" zu teilen wurde ebenso verurteilt, wie Versuche, zukünftig auf Großaktionen zu verzichten und stattdessen stärkeren „Druck auf die Parlamente" auszuüben. Gegen eine Stimme bei 10 Enthaltungen wurde dieser Antrag verabschiedet.

So wurden an diesem ersten Tag der Konferenz die Grundlagen für eine große gemeinsame Aktion von AKW-Gegnern unterschiedlicher Auffassungen gelegt.

Zusammenarbeit mit dem BBU

Der BBU, und mit ihm einige ähnlich orientierte Umwelt-Verbände, hat inzwischen seine Unterstützung gegenüber der Kalkar-Aktion erklärt und mit der konkreten Mobilisierung für den 24.9. auf eigenen Flugblättern begonnen. Erstmals spricht der BBU ausdrücklich von „Unterstützung" der Aktion. Nach wie vor erweckt er allerdings in seinen öffentlichen Erklärungen den Eindruck, daß die Aktion sozusagen unter Regie des BBU stünde. Diese veränderte Haltung hat der BBU untermauert, indem er Angebote, bzw. Forderungen an die vorbereitenden Gremien der Aktion formulierte, die auf den Willen der Mehrheit der BBU-Führung schließen lassen, sich gleichberechtigt und demokratisch in die Bewegung zu Kalkar einzubringen.

Auf der Kalkar-Konferenz ließ der BBU durch ein Vorstands-Mitglied erklären, daß der BBU die „Intention" des gemeinsamen Kalkar-Aufrufs unterstütze, auch wenn er ihn nicht direkt unterzeichnen wolle (der BBU hat einen eigenen „maßvolleren" Aufruf verteilt – was u.E. objektiv im Sinne der Taktik „getrennt marschieren – vereint schlagen" gar nicht mal so unklug ist).

BBU-Gruppen und -Mitglieder aus Schleswig-Holstein haben eine gemeinsame Vorbereitung der Kalkar-Aktion zusammen mit den „militanten" BUU-Gruppen dort beschlossen und auch schon konkrete Schritte dazu eingeleitet.

In angenehm bescheidener Weise hat der BBU bloß einen Sitz in der 15köpfigen Demo-Leitung gefordert und war bereit, einen der sieben Mitpächter des Kundgebungsgeländes zu stellen.

Weiter hat der BBU Anstrengungen unternommen, weitere Gruppen und Verbände aus dem Lager der „Gewaltfreien" in die Kalkar-Aktion einzubinden: Auf einer Konferenz am 27./28.8. in Bergisch-Gladbach hat eine breite Palette in- und ausländischer Anti-AKW-Verbände und politischer Organisationen in einer gemeinsamen Erklärung beschlossen, die Unterstützung der Kalkar-Aktion *„entschlossen, aber friedfertig"* (nun, ja!) zu unterstützen.

Diese, für viele AKW-Gegner erstaunliche Wandlung des BBU ist den politisch veränderten Verhältnissen, d. h. dem zugenommenen linken Basisdruck innerhalb der Anti-AKW-Bewegung und auch innerhalb des BBU selbst (Stärkung der linken Fraktion dort) zu verdanken, hat doch der BBU bisher eher der Forderung der Bourgeoisie nach „Entmischung" der AKW-Gegner in „friedliche" und „Terroristen" („FAZ", 16.2.77) entsprochen und dies in Worten und Taten (Itzehoe, 19.2.) praktiziert. **Ohne unsere erfolgreichen Aktionen v. a. in Brokdorf und Grohnde wäre eine derartige Entwicklung innerhalb des BBU undenkbar.**

Noch zu Beginn der Vorbereitungen hat der BBU-Vorstand mithilfe der bürgerlichen Presse (v.a. in NRW) eine Schmutz- und Dreck-Kampagne gegen die beabsichtigte Demo geführt und alternativ dezentrale Diskussions-Aktionen in ganz NRW zum selben Zeitpunkt propagiert. Als der BBU-Vorstand, genauer, dessen Mehrheit, damit innerhalb der Bewegung keinen Blumentopf gewann und auch im BBU (einschließlich dessen Führung) auf Widerstand stieß, wurde umgeschaltet:

der bürgerlichen Presse (v.a. in NRW) eine Schmutz- und Dreck-Kampagne

Plötzlich gab der BBU-Vorstand bekannt, daß die beabsichtigte Kalkar-Kundgebung unter seiner persönlichen Regie stattfände (was damals liebendgern auch von der DKP aufgegriffen wurde), wobei er über die bürgerliche Presse die Polizei noch demagogisch aufforderte, aus der Demo alle „Behelmten" und sonstige „Radikale" herauszugreifen.

Auch dieser Versuch einer Profilierung des BBU zu Lasten der Anti-AKW-Bewegung scheiterte, nicht zuletzt auch wegen Protestes aus den eigenen Reihen.

Der BBU-Vorstand hat also einen recht langen politischen Weg bis zu seiner jetzt eingenommenen Haltung zurückgelegt, wobei wir nicht beurteilen wollen, ob ihn dazu nicht vor allem taktische Überlegungen getrieben haben, sich wieder stärker ins Geschäft und mehr aus dem Abseits zu bringen.

Wie dem auch sei, halten wir es für falsch und den Prinzipien der Anti-AKW-Bewegung (demokratische Verhältnisse, Erhalt des politischen und ideologischen Pluralismus) abträglich, den aktuellen BBU-Angeboten mit übertriebenem Argwohn und blindem Sektierertum zu begegnen, wie dies v.a. von den „KPD"-Leuten vorübergehend praktiziert wurde.

Für falsch und dogmatisch halten wir es, wenn auf dem seinerzeit gefaßten Beschluß beharrt wird, den BBU erst dann an der Demo-Leitung zu beteiligen, wenn dieser den gemeinsamen Kalkar-Aufruf unterzeichnet (da dieser einen unnötigen Gesichtsverlust für den BBU-Vorstand bedeuten würde und u.E. vom BBU bisher genügend Kompromißbereitschaft unter Beweis gestellt worden ist). Wir haben den seinerzeit richtigen Beschluß mitgetragen, würden es aber angesichts der neueren Entwicklung für einen naiven Mangel an Flexibilität halten, wenn an diesem Punkt noch eine Spaltung der bisher erreichten Breite der Aktion erfolgen würde. Für angebracht halten wir allerdings die Forderung des Planungsausschusses, eine gemeinsame Presse-Erklärung zusammen mit dem BBU zu verabschieden, um die erreichte breite Aktionseinheit auch auf diesem Wege öffentlich zu dokumentieren und der seinerzeitigen Pressekampagne der BBU-Führung einen eindeutigen Schluß- und Kontra-Punkt zu setzen.

sammen mit dem BBU zu verabschieden, um die erreichte breite Aktionseinheit auch auf diesem Wege

In Vorbereitung auf die Großdemonstration am 24.9. lassen die RWE um den „Schnellen Brüter" in Kalkar einen 5 Meter hohen Zaun ziehen, der alles bisher dagewesene übertreffen soll. Der Zaun ist 2 Meter tief in einen Wassergraben eingelassen und ragt 3Meter aus dem Wasser heraus (d.h. er ist von beiden Seiten mit Wasser umgeben). Im Betonzaun, der in Betonsockel eingelassen ist, sind schießschartenähnliche Schlitze für Geschosse aller Art angebracht.

Die sich hier ankündigende Entwicklung innerhalb des BBU ist keineswegs einheitlich und schnelle Umkehrungen müssen durchaus erwartet werden. So ist z. B. der Landesverband des BBU von NRW (LBU) mit demagogischen „Begründungen" aus der gemeinsamen Aktion ausgeschert. So mußte die Bonner BBU-Gruppe z. B. ihrem bisherigen Wortführer, Leinen (Mitglied des BBU-Vorstandes), ausdrücklich untersagen, irgendwelche Erklärungen namens der Bonner BI abzugeben etc.

U.E. ist es angebracht, daß sich die Haltung der Anti-AKW-Bewegung von einer scharfen und grundsätzlichen Ablehnung des BBU zu einem mehr differenzierten Vorgehen gegenüber dem und innerhalb des BBU wandeln muß, was scharfe Abgrenzungen und entsprechende Polemiken in jeweils konkreten Fällen selbstverständlich einschließt. Schädlich und womöglich katastrophal für die Anti-AKW-Bewegung würde sich u.E. die Übernahme der von der rechts-trotzkistischen GIM vorgeschlagenen Linie auswirken, den scharfen politischen Kampf um der E i n h e i t willen zugunsten einer Predigt des Einheitsbreis auf der jeweils rückständigsten Position innerhalb der Bewegung aufzugeben (vergl. den 3-Seiten-Appell der GIM in ihrer „was tun?" Nr. 173).

Die Haltung des niederländischen LEK

Die Haltung des niederländischen LEK

Die Niederländer waren an die gemeinsame Kalkar-Aktion mit dem Anspruch herangetreten, daß die »Gewaltfreiheit« garantiert sein müsse und es keinerlei »Ausschreitungen« geben dürfe. Im Verlaufe der Auseinandersetzungen um die Demonstration, den Aufruf und den Ablauf hierum, sind eine Reihe von Diskussionen auch unter den niederländischen AKW-Gegnern angelaufen, die bisher nicht selbstverständlich waren: zur Frage der Gewalt, zur Rolle des Staates.

Bei Festhalten an der gewaltfreien Form des Kampfes wird aber mittlerweile von den niederländischen AKW-Gegnern akzeptiert, daß es in der Frage der Konfrontation mit dem Staatsapparat und der von dieser Seite zu erwartenden Gewalt in der BRD ganz andere Erfahrungen gibt, die bereits bei der Vorbereitung und Planung einer Aktion berücksichtigt werden müssen. Die sehr offene und pluralistisch geführte Diskussion in den Niederlanden hat es bisher auch möglich gemacht, daß trotz einer Reihe von Differenzen in der Frage, wie der Kampf zu führen ist, anerkannt wird, daß es zwei große Strömungen in der Anti-AKW-Bewegung in der BRD gibt, mit denen man bemüht ist, gleichberechtigt zusammenzuarbeiten. Sowohl der Kalkar-Aufruf als auch die von der Duisburger Konferenz verabschiedete Resolution an den LEK sind Ergebnisse dieser Diskussion und ein Kompromiß, der den unterschiedlichen Strömungen eine Beteiligung am 24.9. möglich macht. Sowohl der Aufruf als auch die Resolution sind in den Niederlanden diskutiert worden. Der LEK und die Stroomgroeps haben auf ihrer letzten Sitzung einstimmig die Inhalte gebilligt. Dabei ist aber auch auffällig, daß der LEK zwar bisher fast allen Kompromissen zugestimmt hat, die dort enthaltenen Positionen werden aber nur von einer Minderheit getragen. Die rechten Strömungen überwiegen nach wie vor, wofür die mündlich vorgetragene Forderung, »Gewalttaten« aus der Demo heraus zu unterbinden, ein Beleg ist. In den Niederlanden hat bereits in größerem Umfang die Kalkar-Mobilisierung begonnen. In Nijmegen ist dabei ein gemeinsamer Kalkar-Aufruf verabschiedet worden, der von 20 Initiativen Vereinigungen und Organisationen unterschrieben ist. Darunter finden sich so unterschiedliche Strömungen wie die Trotzkisten (IKB), »MLer« (KEN/ML), Radikale Partei (PPR), Pazifisten (PSP) und die sozialdemokratische Regierungspartei (PvdA) gemeinsam wieder. Die Berichterstattung über Presse und Fernsehen hat bereits begonnen.

GIMs Märchen

Als Kläffer am Rande der Anti-AKW-Bewegung betätigt sich die GIM in ihrer Kommentierung der Kalkar-Konferenz (»was tun«, 1.9.77). Verspricht sie dem Leser einleitend noch, das »KB-KPD-Marathon« zu kritisieren, holzt sie dann auf drei Seiten ausschließlich gegen den KB. Die angeblich kritisierte »KPD« wird dabei nach Belieben zum Kronzeugen gegen den KB eingesetzt. In der GIM-Kommentierung wird dem KB »Machtpolitik« und »Majorisierung« vorgeworfen, es ist von »Abstimmungsmaschinerie« die Rede etc. Belegt werden die GIM-Unterstellungen auf zweierlei Weise: Einmal wird die erzielte Einigung des ersten Tages verschwiegen oder in Nörgelmanier heruntergespielt. Zum anderen arbeitet die GIM bewußt mit Lügen und Fälschungen des Konferenz-Ablaufs und der KB-Positionen: Es würde zu viel Platz kosten und ist der Sache kaum angemessen, wollten wir diese Fälschungen im einzelnen aufführen. Nur ein paar Beispiele:

die GIM bewußt mit Lügen und Fälschungen des Konferenz-Ablaufs und der KB-Positionen: Es würde zu viel Platz kosten und ist der Sache kaum

- die GIM spricht von 100 stimmberechtigten Delegierten und allein 50 davon von der »KB-BUU« aus Hamburg. Tatsache ist, daß die Hamburger BUU 25 stimmberechtigte Delegierte hatte, was angesichts von ca. 40 Hamburger Gruppen mit insgesamt über 1.000 aktiven Mitgliedern sicher nicht unangemessen ist.
- Die Ablehnung der »KPD«-Vertreter, den Planungsausschuß über den Kompromißantrag zur Demoleitung beraten zu lassen, wird frech dem KB unterschoben.
- Das *»Hick-Hack von KB und KPD«* habe verhindert, daß über *»den Aufruf und das Verhältnis zum BBU diskutiert wurde«*. Was tatsächlich ausführlich geschah (dies Thema beherrschte den ganzen ersten Tag der Konferenz!).
- Der KB wolle den »Hauptangriff« gegen den BBU führen etc.

Sowohl die Erfolge des ersten Tages, als auch die bisher erreichte Breite des Bündnisses werden im GIM-Artikel überhaupt nicht erwähnt. Stattdessen bejammert sie, daß es immer noch Möglichkeiten der Spaltung gäbe und erzählt ihren Lesern jetzt schon, wer dann die Schuldigen sind: *»Eine ultralinke Politik in Kalkar* (werde) *die Spaltung vertiefen«*.

Abgesehen davon, daß diese Darstellung der GIM ganz und gar nicht der realen Entwicklung des Bündnisses und der erreichten Breite entspricht, ist interessant, wie die GIM ihr seit Brokdorf/Itzehoe erprobtes Rezept der Herstellung der »Einheit« propagiert: Statt — wie in diesem Fall von den Linken, insbesondere dem KB, exerciert — eine Einheit als Kompromiß auf der Basis eines g e g e n s e i t i g e n Entgegenkommens anzustreben, rät die GIM, sich den jeweils rückschrittlichsten Strömungen ergebenst anzuhängen und dabei die eigene Posi-

Fortsetzung auf Seite 11

Demonstration KALKAR 24.9.



Mit den großen Demonstrationen in Wyhl, Brokdorf und Grohnde wurde eine breite Protestbewegung geschaffen gegen die mörderischen Atomanlagen.
Immer deutlicher wurde dabei, daß alle Beteuerungen der Atomkraftbetreiber und der Regierung, sie würden alle Sicherheitsmaßnahmen für die Bevölkerung berücksichtigen, nicht wahr sind. Besonders deutlich wurde mit dem sogenannten 'Bürgerdialog' der Bundesregierung, daß viel erzählt wurde, aber nicht im geringsten die ernsthaften Bedenken der Bevölkerung anerkannt wurden. Nach wie vor sind die Atomkraftwerke weder sicher, noch schaffen sie Arbeitsplätze, sondern sie gefährden unser Leben. Für den Profit der AKW Betreiber wird das Leben hundert tausender Menschen riskiert.
Damit kann niemand einverstanden sein, deshalb muss das Atomenergieprogramm vom Tisch.
Der Schnelle Brüter in Kalkar ist eine besondere Gefahr. Er arbeitet auf der Grundlage von Plutonium, dem gefährlichsten Gift, das wir kennen. Schon beim 'Normalbetrieb' werden erhebliche Mengen von Radioaktivität freigesetzt. Mit Plutonium werden Atombomben gebaut. Die Auswirkungen eines großen Unfalls im SNR 300 (Schneller Brüter) sind gleichzusetzen mit denen einer Atombombenexplosion. Schnelle Brüter übertreffen die Risiken aller anderen AKW's.
Die im Bundestag geführte Scheindebatte soll nur unseren Widerstand lähmen. Dies hat noch einmal deutlich gezeigt, daß wir nur gestützt auf unsere eigenen Kräfte einen wirklichen Beitrag zur Verhinderung des Schnellen Brüter's leisten können, deshalb unterstützen wir die Klage gegen den Schnellen Brüter, die ein Landwirt gestellt hat. Rechtsanwälte aus Wyhl führen den Prozess.
Gemeinsam mit den niederländischen Atomkraftgegnern wird am 24.9.1977 eine breite Demonstration stattfinden. Dabei ist es heute dringender denn je, das Recht am Bauplatz zu demonstrieren, zu verteidigen. Die Versuche das Demonstrationsrecht durch massive staatliche Einschüchterung zu beschneiden, weisen wir zurück und rufen alle Gegner des Atomprogramms auf, mit uns am Bauplatz des Schnellen Brüters zu demonstrieren.
Wir halten Bauplatzbesetzungen, wie in Wyhl, Brokdorf und Grohnde für berechtigte Kampfaktionen. Wir halten eine Bauplatzbesetzung in Kalkar am 24.9.1977 jedoch für nicht durchführbar. Eine spätere Besetzung wird hierdurch nicht ausgeschlossen.
Wir suchen keine Konfrontation mit der Polizei. Wir wollen den SNR 300 verhindern! Die Gewalt geht nicht von uns aus, sondern von der Regierung und der Atomindustrie, die gegen den erklärten Willen der Bevölkerung den Brüter bauen wollen.
Wir fordern:

- Abzug der Polizei
- Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei
- ungehinderter Zugang zum Demogelände am Bauplatz
- ungehinderte An- und Abfahrt aller Demoteilnehmer, bes.
- freier Grenzübertritt für die Holländer
- wir bestehen auf unserem Recht auf dem Demogelände am Bauplatz zu demonstrieren

KEIN AKW AM NIEDERRHEIN UND AUCH NICHT ANDERSWO
WEG MIT DEM SCHNELLEN BRÜTER IN KALKAR
SOFORTIGE EINSTELLUNG ALLER BAUMASSNAHMEN
WEG MIT DEM ATOMENERGIEPROGRAMM DER BUNDESREGIERUNG
KEINE URANANREICHERUNGSANLAGEN, WAA, ATOMMÜLLDEPONIEN
KEIN EXPORT VON ATOMANLAGEN
KEINE KRIMINALISIERUNG VON AKW-GEGNERN
EINSTELLUNG ALLER ERMITTLUNGS- UND STRAFVERFAHREN
UNTERSTÜTZT DEN PROZESS GEGEN DEN SCHNELLEN BRÜTER

Unabhängig von den Parteipolitischen Auffassungen rufen wir alle AKW Gegner auf, einheitlich in Kalkar zu demonstrieren und die Spaltung zu überwinden.
Eine große Massendemonstration wird zeigen müssen, daß die deutsche und niederländische Bevölkerung den Bau vom Schnellen Brüter absolut ablehnt. Nach Wyhl, Brokdorf, Grohnde wollen wir einen neuen Höhepunkt im Kampf gegen das Atomprogramm schaffen.
WO RECHT ZU UNRECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT!

Interessengemeinschaft gegen radioaktive Verseuchung (Kalkar)
Bürgeraktion 'Stop Kalkar' (Moers) NBA-Vorstand, BI Duisburg,
BI Leverkusen, BI Stop Kalkar (4 Ortsgruppen), BI Hagen, BI KKW Köln, BI Niederrhein Krefeld, Umweltschutzgruppe Aachen
BI Mülheim/Ruhr, BI G'kirchen, Büro f. Atomenergieprobleme Bochum, AKW NEE Gruppe Aachen, 34 Initiativen der Landeskonferenz NRW, AUD,
'LANDELIJK ENERGIE KOMITEE' (Dachverband gegen Atomenergie i. d. Niederlanden) Stroomgroep 'Stop Kernenergie Nijmegen'
Spendenkonto Volksbank Kleve-Kellen Nr. 1 700052 (Stop Kalkar)   V.i.S.d.P.: Degen, Zahnstr. 23, 4230 Moers

Fortsetzung von Seite 10

tion aufzugeben. Sie zitiert gerade immer wieder diese rückständigsten Teile der Bewegung als Kronzeugen dafür, daß die »Ultralinken« spalten würden.

Typisch für die Haltung der GIM ist ihre Darstellung der Position der Holländer, die eine Garantie der »Gewaltfreiheit« für die Demo verlangten. Diese »Garantie« ist nicht gegeben worden, weil sie nicht eingehalten werden kann. Stattdessen sind die Bedingungen für gemeinsame Aktionen dargelegt und den Holländern zur Diskussion übergeben. Dafür, daß diese Bedingungen nicht so sind, wie es die Strategie der »Gewaltfreiheit« sich wünscht, kann die GIM wirklich nicht uns verantwortlich machen. Daß unsere Antwort nicht unbedingt die Hoffnungen der Holländer vollständig befriedigt hat, stimmt sicher auch. Für die GIM heißt das: *»Die Antwort ist denkbar schlecht ausgefallen«* — und schon sei die Einheit geplatzt. Doch im Gegensatz zur GIM sind die Holländer durchaus zur Diskussion der im hiesigen Anti-AKW-Kampf gemachten Erfahrungen bereit. Die Auseinandersetzung hierum hat bisher durchaus nicht zur Spaltung der Aktion geführt, sondern hat zum Beispiel auch in der niederländischen Anti-AKW-Bewegung die Diskussion insbesondere über den Bullen-Terror in der BRD ins Rollen gebracht.

Es ist traurig anzusehen, wie sich die GIM in der Anti-AKW-Bewegung rapide abwärts bewegt hat. Noch vor einiger Zeit gab es durchaus diskussionswürdige Vorschläge der GIM (z.B. ihr Vorschlag für demokratische Strukturen in der Hamburger BUU, der sich auch durchgesetzt hat). Bedauern kann man bei dieser Abwärtsbewegung die GIM-Anhänger, die sich an ihrer Zeitung orientieren wollen. Neben durch und durch verlogenen »Informationen« (bewußten Desinformationen?) werden sie mit isolierten und unpraktikablen Ratschlägen abgespeist. Wohl auf dieses Konto geht auch der Vorschlag eines GIM-Anhängers in NRW, daß Demo-Leitungsbeschlüsse nur einstimmig gefaßt werden können, was nichts anderes heißt, als dem Rückschrittlichsten das Veto-Recht in allen Fragen einzuräumen (der Antrag wurde abgelehnt).

KBW: Kalkar — „das Itzehoe des KB-Nord"

Der KBW ist zu den Kalkar-Vorbereitungen überhaupt nicht in Erscheinung getreten. Auf der Kalkar-Konferenz war unter den 400 Teilnehmern nicht ein einziger KBWler. Allerdings ist seine Mitarbeit in Bürgerinitiativen mit Ausnahme einiger norddeutscher BIs auch auf den Nullpunkt gesunken. In NRW lehnten KBWler in der Dinslaker BI als einzige den Kalkar-Aufruf ab. In Bremen-Peterswerder ebenfalls. Sie wollten den Aufruf ändern und sich dafür einsetzen, daß die Bauplatzbesetzung vorbereitet wird. Aus Anlaß der BUU-Landeskonferenz verteilte der KBW ein Flugblatt, in dem er endlich deutlich seine Meinung zur Aktion in Kalkar formulierte: *»Als Ersatz für die Vorbereitungen des Kampfes gegen das KKW Brokdorf bietet der KB Nord die Demonstration in Kalkar an, dafür soll voll mobilisiert werden. Ein neues Itzehoe«.*

Mittlerweile scheint sich beim KBW die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, daß außer ihm alle anderen »Strichjungen der Bourgeoisie« (Originalton KBW) sind.

„KPD" — kopflos

Für die „KPD" gab's auf der Kalkar-Unterstützungskonferenz ein böses Erwachen. Eigentlich hatte sie alles recht schön vorbereitet. Ihre Vorstandspolitiker saßen dick in der Kongreßleitung (2 von 4 Mitgliedern), gegenüber der Demoleitung unternahmen die Vorstandspolitiker der „KPD" ähnliche Anstrengungen, wenn auch mit erheblich weniger Erfolg. Die „KPD" rechnete damit, daß der KB (und die BIs, in denen er Einfluß hat) die Konferenz „boykottieren", d.h. nicht erscheinen würden. Ein Flugblatt der „KPD", das vor dem Kongreß verteilt wurde, wetterte über diesen Versuch des „Boykotts" und bemühte sich nach Kräften, den KB bei den AKW-Gegnern von NRW in Verschiß zu bringen. Die Vorfreude der „KPD" war allerdings unbegründet und nur von kurzer Dauer. Die große Zahl der anwesenden BI-Vertreter (und Beobachter) sorgte dann am ersten Tag für einen weitgehend demokratischen Ablauf des Kongresses und eine breite Debatte der anstehenden Fragen. Vielfach wurde bedauert, daß die „KPD" diesmal nicht ihre gewohnte Rolle als drittklassiger Sparringspartner für den KB erfüllt hätte, sondern sich eher opportunistisch der Mehrheitsmeinung anpaßte.

Bei dieser Lage der Dinge von einem *„allgemeinen Hick-Hack"* zwischen „KPD" und KB zu schwärmen, wie jetzt von der rechtstrotzkistischen GIM vollbracht, demonstriert anschaulich die schier unbegrenzte Anspruchslosigkeit dieser Organisation („Was tun", 1.9.77).

Über Nacht muß es bei der „KPD" rund gegangen sein. Die Partei-Linie der „KPD" wurde „leicht" geändert. Der Verantwortliche für die „Boykott"-Linie wurde aller seiner Ämter enthoben. „Majorisierung" durch den KB lautete die neue Richtlinie, KB'ler, wo man hinschaut. Die neue Richtlinie wurde am nächsten Tag von einer neu formierten „KPD"-Riege dem verdutzten Publikum vorgetragen. Mit etwas stärkerer Breitenwirkung, da diese Parole auch in den Ohren mancher „Sponti"-Gruppe ein vertrauter Klang ist. In manchen Kreisen sieht man sich halt lieber vom KB „bedroht", als von ihm verlassen zu werden.

Die „KPD"-Riege versuchte einen günstigen Zeitpunkt für einen halbwegs eleganten Abgang abzupassen. Hierfür bot sich alsbald die Diskussion um eine mögliche Erweiterung der Demoleitung an: Beantragt wurde die Aufnahme jeweils eines Vertreters derjenigen Landes- und Regionalverbände der AKW-Gegner in die Demo-Leitung, die die nationale (!) Mobilisierung nach Kalkar unterstützen würden. Dieses Vorgehen entspricht im Übrigen den bewährten Prinzipien bei früheren nationalen Großaktionen (z.B. Brokdorf, Grohnde). Hiergegen hetzte die „KPD"-Riege aus vollen Rohren, daß der KB darüber versuchen wolle, sich nun auch noch die Demo-Leitung vollends unterzuordnen und mobilisierte die „Ängste" vieler NRW-BIs vor „Überfremdung von außen".

Trotz großer, bzw. überwältigender Abstimmung der Delegierten, sowohl für diesen Vorschlag (70:30), als auch für einen nachgeschobenen Kompromißvorschlag (93:1:5), der in eine ähnliche Richtung zielte, konnte die „KPD"-Riege – nicht zuletzt durch ihre Überrepräsentanz im Planungsausschuß – und verstärkt durch 'verschreckte' BI-Vertreter aus NRW sowohl auf der Konferenz, als auch danach bisher eindeutige Beschlüsse über eine nationale Einbeziehung anderer Landesverbände verhindern. Damit droht ein demokratisches und vielfach bewährtes Prinzip der Anti-AKW-Bewegung den machttaktischen Interessen der „KPD" geopfert zu werden.

Die GIM-Zeitung „Was tun" – ansonsten selbsternannte Hüterin demokratischer Grundsätze – argumentiert stellvertretend für die „KPD" dazu:*„Der Vorschlag einer stärkeren Beteiligung der überregionalen Verbände wäre an sich nicht falsch gewesen und wohl auch nicht auf solchen Widerstand gestoßen, wenn nicht die Absicht des KB durchgeschimmert (?) wäre, über solche Tricks (!!) die Kräfte, die bisher die ganze (!!) Vorbereitung und Mobilisierung für Kalkar getragen haben (...) praktisch zu entmachten."*

Soweit die GIM-Argumente dazu. Sie entsprechen bis in den Wortlaut hinein der „KPD"- (und mancher Sponti-) Argumentation.

Was geflissentlich übersehen wird, ist, daß allein demokratische und repräsentative Strukturen eine Waffe gegen Manipulationen – von wem auch immer – sind. Sollten solche Strukturen z.B. dem KB (oder jedweder anderen Strömung) ein stärkeres Gewicht in der Demo-Leitung (oder sonstigen Gremien und Ausschüssen) als bisher geben, so entspricht dies eben den realen Verhältnissen an der Basis.

Es ist z.B. durchaus nicht einsehbar, daß die „KPD" mit nahezu ebensoviel Leuten in der Demo-Leitung hockt wie der KB, der auf Massenebene das zehnfache (oder mehr) Gewicht hat, wie dieser Marmelverein. Das zum einen.

Zum anderen ist es in der Praxis so, daß diejenigen Kräfte (Landesverbände etc.), die sich nicht in der Demo-Leitung demokratisch repräsentiert sehen (und damit von möglicher weise wichtigen Entscheidungen ausgeschlossen wähnen), zweifellos ihre eigenen Leitungen und Strukturen schaffen, die sich dann eben nicht an die Weisungen oder Vorschläge der „offiziellen" Demo-Leitung gebunden fühlen. Darunter dürfte zweifellos die Geschlossenheit der

schläge der „offiziellen" Demo-Leitung gebunden fühlen. Darunter dürfte zweifellos die Geschlossenheit der

Aktion leiden. Es dürfte u.E. schwer fallen, Landesverbänden wie Hamburg, Bremen oder Hannover, die gewöhnlich mit z.T. mehreren tausend Anhängern zu nationalen Großaktionen erscheinen, klarzumachen, daß eine Mitbestimmung durch sie ausgeschlossen bleibt.

Antrag zum konkreten Vorgehen am 24.9.

Resolution an das Landesenergiekomitee (LEK)

Der Aufruf zur Demonstration in Kalkar ist ein Erfolg, weil auf seiner Grundlage eine Einheit, auch bei verschiedenen Auffassungen über die Kampfformen möglich ist. Einheit im Aufruf bedeutet nicht, daß diese unterschiedlichen Auffassungen unter den Tisch gekehrt werden; im Gegenteil: sie müssen offen und ehrlich diskutiert werden. Das setzt zunächst voraus, daß jede Seite die Position der anderen achtet, das heißt zum einen, daß vor allem in Holland von vielen AKW-Gegnern Gewaltlosigkeit zum Prinzip des Kampfes gegen AKWs gemacht wird, und deshalb militante Kampfformen abgelehnt werden. Zum anderen muß ebenso die Position geachtet werden, daß viele BIs in der BRD unter der Losung kämpfen: 'Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht', und deshalb unterscheiden zwischen der Gewalt des Staatsapparats und dem gerechten Widerstand der AKW-Gegner, die sich das Recht auf Demonstration und Bauplatzbesetzung erkämpfen. Beide Richtungen müssen sich darüber im klaren sein, daß die Gewalt von der Atomindustrie und der Regierung mit ihrem Unterdrückungsapparat ausgeht. Ebenso müssen sie sich darüber im klaren sein, daß den Spaltungsmanövern und der Hetze von Seiten der AKW-Betreiber und zahlreicher Presseorgane entgegengetreten werden muß, die die AKW-Gegner in ‚Gewaltfreie' und ‚Gewalttäter' auseinanderdividieren wollen.

Die Feststellung im Aufruf zur Frage der Gewalt und die ausdrückliche Ablehnung einer Bauplatzbesetzung am 24.9. in Kalkar ist eine ausreichende Grundlage, um eine gemeinsame Demonstration aller AKW-Gegner zu ermöglichen. Die Vorbereitungen zum 24.9. müssen aber dazu genutzt werden, gemeinsam mit den Vertretern des gewaltlosen Widerstandes, konkrete taktische Maßnahmen zu beraten und vorzubereiten, um die Durchführung der Demonstration ohne Konfrontation mit der Polizei von Seiten der Demonstranten zu gewährleisten. Niemand will die Vertreter des gewaltlosen Widerstandes täuschen und in eine Demonstration hineinziehen, deren Form sie nicht unterstützen. Es muß aber auch klar sein, daß angesichts der brutalen Entschlossenheit der AKW-Betreiber, das Atomprogramm mit allen Mitteln durchzusetzen, jede Demo ein Risiko darstellt, daß, wie die Erfahrung zeigt, selbst die friedfertigste Demonstration nicht die Friedfertigkeit der Polizei garantiert. Deshalb muß sich jeder Demonstrant, auch die Vertreter des gewaltlosen Widerstandes, auf Provokationen der Polizei vorbereiten. Wir fordern ausdrücklich die Vertreter des gewaltlosen Widerstandes auf, die Demo zu unterstützen, für das Recht auf Demonstration einzutreten, damit gerade die große Teilnehmerzahl erreicht wird, die eine Provokation von Seiten der Polizei erschwert, wenn nicht unmöglich macht. Daß das möglich ist, hat das Beispiel Brokdorf bewiesen.

Zum Vorgehen konkret in Kalkar:

1. Auf der Grundlage des Aufrufs werden wir alle uns zur Verfügung stehenden politischen Mittel nutzen, um ohne Konfrontation mit der Polizei diese Demonstration am Bauplatz des „Schnellen Brüters" durchzusetzen. Dazu werden wir auch Mittel wie Verhandlungen von Persönlichkeiten und Vertretern der Demonstrationsleitung mit der Polizeieinsatzleitung, um den freien Zugang zum Demogelände am Bauplatz zu erreichen, für richtig finden. Wir wollen mit einem breiten Infosystem alles unternehmen, um Polizeiprovokationen von vornherein zu verhindern. Wir halten einen geschlossenen und entschlossenen Marsch unserer Demonstrationsspitze durch eine Polizeisperre für ein richtiges Vorgehen, um unsere Rechte zu verteidigen. Dabei halten wir ein offensives Vorgehen gegen die Polizei am 24.9. in Kalkar nicht für richtig. Insbesondere werden wir alle Möglichkeiten nutzen, die Polizeisperre zu umgehen. Wir sehen grundsätzlich keine juristische Grundlage für ein eventuelles Verbot. Wir werden alle politischen und juristischen Mittel einsetzen, um das Verbot zurückzuschlagen. Wir werden alles unternehmen, um die noch bestehenden demokratischen Rechte zu verteidigen, insbesondere auch das Recht auf Demonstration und Widerstand am Bauplatz!

Abgestimmt: 93 Fürstimmen, 2 Gegenstimmen, 1 Enthaltung
Ergebnis, mit dem diese Fassung mit allen Veränderungen angenommen wurde.

Resolution gegen die Spaltungsmanöver einiger BBU-Führer

Die Teilnehmer des nationalen Treffs zur Vorbereitung einer Demonstration in Kalkar am 24.9. halten an der Durchführung einer einheitlichen Aktion auf Grundlage des Aufrufs von 40 Bürgerinitiativen fest. Dieser Aufruf, der unter internationaler Beteiligung zustandekam und auf eine Bauplatzbesetzung am 24.9. verzichtet, soll es allen AKW-Gegnern ermöglichen, in einer großen gemeinsamen Aktion unabhängig von den parteipolitischen Auffassungen zu demonstrieren.

Wie nicht anders zu erwarten, war dieses Ergebnis Zielscheibe einer mittlerweile bekannten Pressehetze, in der von vorbereiteten „Gewalttaten" und „Chaoten"-Aktionen die Rede ist. Dies ist der wiederholt erfolgte Versuch, die AKW-Bewegung durch Kriminalisierung und Einschüchterung zu schwächen und zu spalten. Wie auch anläßlich der Demonstration in Brokdorf am 19.2.77, rief diese Pressehetze Teile von BBU-Führern auf den Plan, die sich dieser Hetze anschlossen. Sie diffamierten Teile der Anti-AKW-Bewegung als „Gewalttäter", die es zu isolieren gelte. In einem Fall wurde sogar die Polizei ausdrücklich aufgefordert, AKW-Gegner schon beim Anmarsch zu durchsuchen. Es liegt auf dieser Linie, daß unter anderem eine Schutzausrüstung gegenüber der erfahrenen staatlichen Gewalt, wie z.B. Helme, als Vorbereitung auf gewalttätige Überfälle bezeichnet werden. Wir erinnern daran, daß hemmungslos auch erklärtermaßen friedliche Demonstrationen überfallen wurden; daß unsere Gegner darauf setzen, uns

erfahrenen staatlichen Gewalt, wie z.B. Helme, als Vorbereitung auf gewalttätige Überfälle bezeichnet werden. Wir erinnern daran, daß hemmungslos auch erklärtermaßen friedliche Demonstrationen überfallen wurden; daß unsere Gegner darauf setzen, uns

durch Drohungen und Verbote (Verbot von Schutzausrüstungen, Demonstrationsverbot) freiwillig zwingen wollen, auf unsere Rechte zu verzichten, um uns so wehr- und schutzlos zu machen. In diesem Sinn werden auch Gesetze vorbereitet, die es Demonstranten verbieten sollen, sich gegen Polizeiübergriffe zu schützen.

Auf diesem Wege soll die Anti-AKW-Bewegung zum Freiwild erklärt werden. Umso notwendiger ist unsere Einheit trotz Differenzen. Einige BBU-Führer haben gezeigt, daß sie an dieser Einheit offensichtlich kein Interesse haben. Ihr Hauptanliegen besteht darin, die erreichte gemeinsame Grundlage zu Fall zu bringen. Sie wollen der Bewegung nicht nur eine Form des Kampfes, die Gewaltfreiheit, vorschreiben, sondern ihnen geht es darum, die Kraft der Anti-AKW-Bewegung dafür einzusetzen, Druck auf Abgeordnete auszuüben. Zitat des LBU-Vorsitzenden Renken: „Warum investieren wir nicht die ganze Kapzität unserer bescheidenen Mittel in die Aufklärung der Wähler? Ich möchte das Parlament sehen, was dann noch die Interessen der Atomlobby vertritt, wenn es von den Wählern den eindeutigen Auftrag dazu nicht hat." Um diese Zielsetzung durchzusetzen, orientieren sie entweder auf Spaltung der Aktion oder sie boykottieren die Einheit.

Demgegenüber erklären wir: wir halten an der Einheit der Bewegung und gemeinsamen Aktionen fest, um unsere Forderungen zu verwirklichen: Kein Schneller Brüter in Kalkar! Weg mit dem Atomprogramm!

Mit etwa 80 gegen 1 Stimme bei 10 Enthaltungen abgestimmt.

Letzte Meldungen zu Kalkar

Auf der Planungsausschußsitzung NRW nach der Unterstützer-Konferenz wurden folgende Beschlüsse verabschiedet:

1. Eine Teilnahme des BBU an der Demoleitung wurde mit 21 : 7 Stimmen befürwortet. Zusätzlich wurde der BBU aufgefordert:
   - eine gemeinsame Presseerklärung mit dem Planungsausschuß herauszugeben
   - den Kalkar-Aufruf des PA über sein internes Vertriebsnetz allen BBU-Initiativen zur Diskussion zuzustellen und über den 24.9. hinaus einer Diskussion um unterschiedliche Positionen in der Anti-AKW-Bewegung zuzustimmen. Dazu soll sich der BBU in der nächsten Woche erklären
2. Erweiterung der Demo-Leitung: Vor der Diskussion wurde nach den Ergebnissen der Diskussion in den BIs gefragt. Folgende elf BIs stimmten dabei für eine Erweiterung um Vertreter von Regionalverbänden: Münster, Dortmund, Gütersloh, AKU Bielefeld, Hagen, Essen, AG Frauen Bochum, Mönchen-Gladbach, Dinslaken -Bottrop und Recklinghausen sprachen sich dafür aus, hatten aber kein direktes Mandat, als zwölfte BI hatte die Frauenökologiegruppe Essen, die keine Delegierte geschickt hatte, ihre Unterstützung dieser Position schriftlich erklärt.

Neun BIs stimmten für die ursprüngliche Fassung des Planungsausschuß: Leverkusen, Moers, Stop Kalkar, BBU-Vorstand, Duisburg, Frauen gegen AKW Düsseldorf, Wuppertal (wenn dadurch eine Spaltung entstehen würde, unterstützt Wuppertal eine Erweiterung), Wesel, Nijmegen.

Acht BIs stimmten für Kompromißvorschläge: AKW Nee Aachen, Waltrop, AKW Nee Bielefeld, BU Düsseldorf, Herne, BU Aachen, Köln, Oberhausen.

Verabschiedet wurde dann mit 12 : 1 : 10 Stimmen der Kompromiß, Beobachter zuzulassen. Der Zusatz, Ablehnungen schriftlich zu begründen, wurde mit 13 : 2 : 8 angenommen. Als Vertreter, die direkt eingeladen werden, wurden vorgeschlagen: Bayern, die badisch-elsässischen BIs, Baden-Württemberg, Hannover/Grohnde, Bremen/Esenshamm, Buu Hamburg und Marschen, Buu Ost- und Westküste.

Obwohl das Meinungsbild in der Umfrage eine Mehrheit für die stimmberechtigte Erweiterung der Demo-Leitung brachte, sah bei einer Alternativabstimmung der Begrenzung des Planungsausschußvorschlags gegen den Erweiterungsvorschlag die Abstimmung so aus: 9: 8 : 6 für den PA-Vorschlag. Drei BIs, Dinslaken, Bottrop und Recklinghausen waren nicht mehr anwesend, die Erklärung der Essener Frauenökologiegruppe wurde nicht als Stimme akzeptiert.

Noch ein Erlebnis am Rande: als ein Mitglied der Bremer BBA nachfragte, woher die Meldung stamme, daß am 11.9. angeblich die Unterstützer-Konferenz zu Kalkar fortgesetzt werden solle, herrschte betretenes Schweigen bei einigen Leuten. „KPD"-Professor Scheer hatte nämlich in Bremen unter Berufung auf den Planungsausschuß ein Schreiben verschickt, in dem dieses Treffen angekündigt wurde, weil das letzte angeblich durch „Majorisierung " durch den KB nicht zu Ende geführt wurde. Nicht einmal die „KPD"-Kumpel Scheers wollten diesen auf einem Geheimtreffen beschlossenen Termin auf ihre Kappe nehmen. Scheer, der sich offensichtlich mit Parteiauftrag mutig vorgewagt hatte, muß nun seinen Kopf allein hinhalten, verdient hat er's.

Erklärung von 5 Delegierten der BUU-Marschen

Wir sind als Delegierte einiger Marschen-BIs und der Marschenkonferenz der BUU hierhergekommen, um die Demo in Kalkar mit vorzubereiten und aktiv zu unterstützen. Wir verurteilen deshalb das Vorgehen der vier Diskussionleiter des Planungsausschusses NRW, die ohne zwingenden Grund die Konferenz durch Niederlegung der Diskussionsleitung abbrechen und sabotieren wollen. Wir können daraus nur den Schluß ziehen, daß diese Vertreter des Planungsausschusses an unserer gleichberechtigten Mitarbeit kein Interesse haben. Wir fordern die BIs in NRW auf, diese Sabotage und Spaltung der Kalkar-Aktion zurückzuweisen und alles zu unternehmen, eine konstruktive Zusammenarbeit zur nationalen Unterstützungsarbeit zu erhalten.

Fünf Delegierte von BUU-Gruppen der Marschenkonferenz: Wedel, Elmshorn, Pinneberg, Quickborn, Heide.

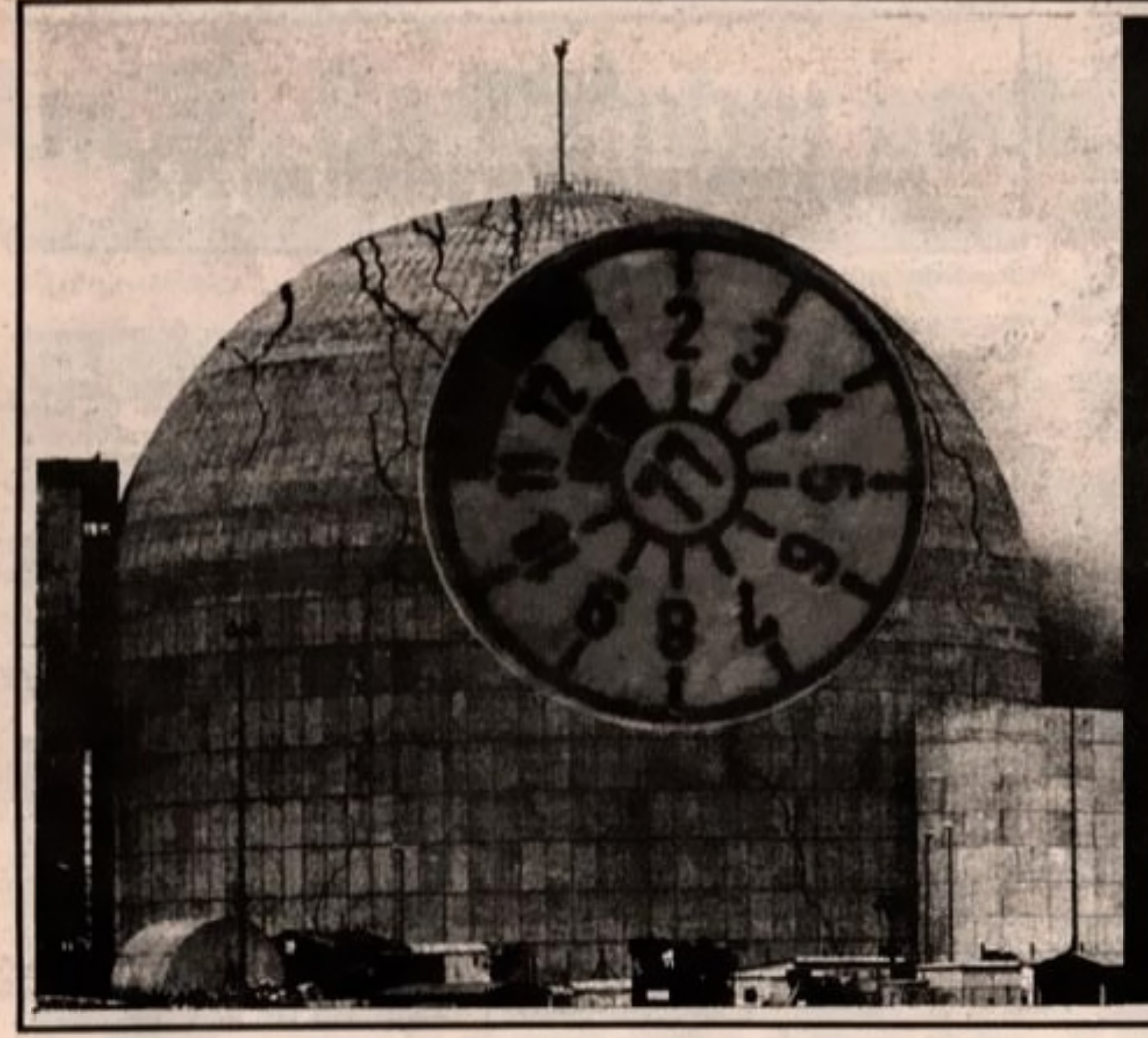
Erklärung der Konferenz von Bergisch-Gladbach am 28.8.

„Wir sind der Ansicht, daß der Schnelle Brüter in Kalkar ein Schlüsselprojekt im Programm der europäischen Nuklearindustrie darstellt, dessen Bedeutung weit über die Interessen der direkt beteiligten Länder hinausgeht.

Wir rufen europaweit auf, dieser Steigerung der nuklearen Bedrohung entschlossen aber friedfertig entgegenzutreten.

Wir unterstützen die Demonstration am 24. September in Kalkar."

BRD: BIs Solingen, Lübeck, Frankfurt, Mainz, Aachen, Badisch-elsäßische BIs, Bund für Umwelt und Naturschutz, Junge europäische Föderalisten, Forum Europa, Sozialistisches Büro, BBU
Italien: Radikale Partei
Belgien: Europäisches Umweltschutzbüro, Bond Beter Leefmilieu, Ecoropa, Agenor
Frankreich: Naturfreunde, Comite Malville, PSU, die Umweltschutzvereinigungen: La Geule Ouverte, SOS Environnement, Ecologie et Survie
Dänemark: die Anti-AKW-Bewegung OOA, NOAH
Großbritannien: Friends of the Earth
Österreich: die IÖAG, nationaler Zusammenschluß der Anti-AKW-Initiativen
Niederlande: SSK (Stromgroeps), VMD (Umweltschutzverband), PPR (Radikale Partei).



Der Technische Überwachungsverein (TÜV)

Technische Sicherheit – soweit es sich mit dem Pofit vereinbaren läßt

Der „Fall Pommerenke" brachte den TÜV ins Gerede: ein beim Technischen Überwachungs-Verein Norddeutschland mit der Begutachtung von Kernkraftwerken beauftragter Sachverständiger nahm in Brokdorf im November 76 an der Kundgebung gegen das dort geplante AKW teil und wurde darauf gefeuert: 3 mal fristlos und 2 mal fristgerecht!

Bekannt wurde erst in diesem Zusammenhang durch die breite Berichterstattung in Presse, Rundfunk und Fernsehen, was es mit dem TÜV eigentlich auf sich hat; daß der TÜV eine Organisation der Industrie selbst ist, daß z.B. die Hersteller und Betreiber sämtlicher AKW's in Norddeutschland, die der TÜV überwacht, gleichzeitig Mitglieder beim TÜV sind und z.T. sogar im Vorstand sitzen!

In diesem Artikel wollen wir untersuchen, wie der TÜV arbeitet und belegen, daß der Schein der „Neutralität" und „Unabhängigkeit" des TÜV von irgendwelchen Interessengruppen eine reine Farce ist; daß die Vertreter der Kapitalisten gerade bei der Erarbeitung und Festschreibung der Sicherheitsanforderungen an technischen Einrichtungen (also auch an AKW's), die uns als scheinbar neutrale, vom Staat erlassene gesetzliche Bestimmungen entgegentreten, in direktester Weise ihren Finger „am Drükker" haben.

Der „Technische Überwachungs Verein"

Der „Technische Überwachungs Verein"

1866 gründeten Dampfkesselhersteller und -betreiber den ersten „Dampfkessel-Überwachungs-Verein" (DÜV) in Mannheim. Aufgabe dieses und der sich in den folgenden Jahren gründenden anderen DÜVs war es, durch technische Überprüfungen für die Reduzierung der profitschädigenden Dampfkesselexplosionen zu sorgen.

Im Jahr 1872 erließ die deutsche Regierung zum gleichen Zweck eine „Gewerbeordnung", die regelmäßige, von Beamten durchgeführte Prüfungen von Dampfkesseln vorsah. Befreit wurden diejenigen Dampfkesselbetreiber von der amtlichen Untersuchung, die ihre Anlagen von einem der Überwachungsvereine überprüfen ließen. Die von den DÜVs angestellten Ingenieure wurden amtlich als Sachverständige anerkannt.

Um die Jahrhundertwende übertrug der Staat den DÜVs die Überwachung sämtlicher Dampfkessel, nicht nur die der DÜV-Mitglieder. Außerdem erweiterten die Überwachungsvereine ihre Arbeitsgebiete auf elektrische Anlagen, Hebe- und Aufzugsanlagen, Kraftfahrzeuge usw.

Seit Mitte der 50er Jahre, seitdem die Bundesrepublik durch die damalige CDU-Regierung begann, im Atomgeschäft mitzumischen, stehen auch Kernkraftwerke auf dem Prüfprogramm der Technischen Überwachungs-Vereine.

Funktion des TÜV

Statzungsmäßig festgelegtes Ziel des TÜV(Norddeutschland) ist es, *„Menschen und Sachwerte vor nachteiligen Auswirkungen technischer Einrichtungen und Betriebsmittel zu bewahren und deren zweckmäßige und wirtschaftliche Errichtung und Verwendung zu erreichen und zu erhalten."* (§4) Hieran wird bereits deutlich, worin das Streben des TÜV nach technischer Sicherheit seine Grenzen findet: Um die „wirtschaftliche Errichtung und Verwendung der Betriebsmittel" zu gewährleisten - sprich Profite zu machen - müssen sicherheitstechnische Auflagen, die ja auf der Kostenseite zu Buche schlagen, auf das unbedingt Notwendige beschränkt werden. **Der TÜV hat in diesem Zusammenhang also nur insofern für die *Sicherheit technischer Anlagen* zu sorgen, als durch Konstruktionsfehler und Mängel an Industrieanlagen wirtschaftliche Einbußen entstehen, die höher als entsprechende Sicherheitsaufwendungen sind, somit die *Sicherheit des Profits* gefährden.** Innerhalb dieser Kalkulation spielt sich die sicherheitstechnische Aufgabe des TÜV ab.

Damit dieses Interesse innnerhalb des TÜV auch garantiert ist, ist satzungsmäßig festgelegt: *„Der TÜV muß sich zum überwiegenden Teil aus Mitgliedern zusammensetzen, die überwachunsbedürftige Anlagen (...) betreiben"*- also Kapitalisten.

Und damit sich in diesem Kapitalistenverein auch das Interesse der großen Konzerne gegenüber den kleinen Unternehmen durchsetzt, ist in der Satzung festgelegt, daß man bei Abstimmungen auf der Mitgliederversammlung über desto mehr Stimmen verfügt, je mehr man die „Tätigkeit des TÜV in Anspruch nimmt" – sprich, je größer der Betrieb ist. Auch die Möglichkeit der Stimmenübertragung von kleinen Mitgliedern auf große gibt es.

der Betrieb ist. Auch die Möglichkeit der Stimmenübertragung von kleinen Mitgliedern auf große gibt es.

Deutlich an der Zusammensetzung des Vorstandes des TÜV-Norddeutschland wird, wer im TÜV das Sagen hat (wir geben nur 4 Beispiele, obwohl sich eine derartige Liste für j e d e s Vorstandsmitglied aufstellen ließe):

Dr. Schramm: stellvertretender Vorsitzender bei Texaco, Aufsichtsrats (AR)-Vorsitzender der oberrheinischen Mineralölwerke, Vorsitzender des Beirats der Edeleanu Frankfurt

Dr. Meister: Vorstand bei der HEW, AR-Vorsitzender KKW-Brunsbüttel, AR-Vors. KKW Krümmel, AR-Mitglied Balcke-Dürr AG, AR-Mitglied BEWAG, Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (Schleswig-Holstein, Hamburg)

Keltsch: Vorstand bei Nordwestdeutsche Kraftwerke (NWK), Preußenelektra, VEBA-Düsseldorf; AR-Vors. des KKW Stade und Schleswag in Rendsburg; erster stellvertretender AR-Vorsitzender von Überlandwerk-Nord-Hannover-Bremen, Thüringer Gaswerke Köln, VEWA-Kraftwerke Ruhr-AG Gelsenkirchen; stellvertretender AR-Vorsitzender des KKW-Krümmel, Uran GmbH und Co.KG Frankfurt, KKW Brunsbüttel BEWAG Berlin. AR-Mitglied bei: Interatom GmbH Bensberg Preußag Hannover, Elektrowerke Berlin, Howaldts Werke Deutsche Werft AG, Vereinigte Aluminium Werke Bonn ... Beirat bei der Rheinland-Westfälischen Elektrizitäts AG, bei der Norddeutschen Landesbank Hannover, bei der Allianz Hamburg.

Schneider: Vorstand Bremer Vulkan, AR der Gesellschaft für Kernenergie, Verwertung in Schiffbau und Schiffahrt. Mitinhaber der Firma Schulte und Bruhns Schiffswerft in Emden, Leer, Hamburg, Bremen. Geschäftsführer der Dollat-Reederei Emden, Mundy Schiffahrt Emden. AR Emdener Hafenumschlag. Verwaltungsrat des Zentralvereins der Deutschen Binnenschiffahrt. Vizepräsident beim Bundesverband der Deutschen Binnenschiffahrt. Mitglied des Landesausschusses der Niedersächsischen Commerzbank.

usw.usf ...

Eine illustre Gesellschaft, die Mitgliedschaft der „unabhängigen und neutralen Gutachterorganisation"!

Das „Technische Recht"- Kapitalisten selber legen die Sicherheitsbestimmungen fest!

Der Rahmen, in dem der TÜV-Sachverständige eine technische Anlage prüft, ist das „Technische Recht". Zu diesem Thema gibt es interessante Ausführungen in der zentralen „Einweisungsunterlage G2" für TÜV-Sachverständige (Fassung 10.76). Darin heißt es, daß die „technischen Regeln", die genauestens den Umfang und die Art der Sicherheitsanforderungen festlegen, in „Technischen Ausschüssen" in engster Zusammenarbeit mit den betroffenen Industrieunternehmen („Betreiber und Hersteller") vereinbart werden. Da die Kapitalisten aber selber ganz unmittelbar und „in ausgewogener Zusammensetzung" in den Ausschüssen vertreten sind, ergibt sich letzhin, daß sie selber festlegen, welche Auflagen sie sich machen wollen.

Lobend wird in den „Einweisungsunterlagen" noch hervorgeho-

ber festlegen, welche Auflagen sie sich machen wollen.

Lobend wird in den „Einweisungsunterlagen" noch hervorgeho-

ben, daß man auf diese Weise ohne „zeitraubendes" und umständliches „Rechtsetzungsverfahren" aushandeln kann, wie genau man es mit der Sicherheit nehmen will. In den Unterlagen wird etwas vornehmer davon gesprochen, daß ein „Ausgleich zwischen sicherheitstechnischen Forderungen und wirtschaftlichen Interessen herbeigeführt werden" muß. Fragt sich nur, was bei diesem „Ausgleich" unter den Tisch fällt! Sehr interessant ist übrigens die Tatsache, daß dieser Satz in der neusten Ausgabe der „Einweisungsunterlagen" ersatzlos gestichen wurde!

Es ist vermutlich nicht zu weit hergeholt, wenn man annimmt, daß der „Fall Pommerenke" und die Diskussion, in die der TÜV in diesem Zusammenhang hineingeraten ist, eine redaktionelle Überarbeitung angeraten erscheinen ließ.

Vertreter der Regierung (und der Gewerkschaften) - nur Statisten!

Wie die erwähnten „Technischen Ausschüsse" konkret zusammengesetzt sind, läßt sich an dem sog. „Deutschen Dampfkessel Ausschuß" zeigen. Darin sitzen 14 staatliche Vertreter , 16 direkt von der Industrie entsandte Vertreter gegenüber. Dazu kommen noch 3 Vertreter des TÜV, einer von der Industrie selbst gegründeten Organisation. Unter dem kümmerlichen Rest befinden sich ganze zwei Vertreter der Gewerkschaften, also der gesamten Arbeitnehmerschaft, die tagtäglich im kapitalistischen Arbeitstag ihre Knochen hinhalten muß! Wenn man dann noch von der - realistischen Annahme ausgeht, daß ein guter Teil der „Staatsdiener" (und Gewerkschaftsvertreter?) noch den einen oder anderen einträglichen Aufsichtsratsposten bei der zu überprüfenden Industrie hat, dann ist man fast „unter sich"!

Dazu kommt noch, daß die gängige Meinung der Beteiligten über die Rolle, die die staatlichen Vertreter zu spielen haben, die ist, daß diese mehr oder weniger als Statisten zu fungieren und bestenfalls den allgemeinen Rahmen abzustekken haben. So äußert sich zumindest der „Deutsche Verband Technisch-wissenschaftlicher Vereine": *„Die Kenntnis des jeweiligen Standes der Regeln der Technik bedarf der besonderen Sachkunde der Experten aus Praxis und Theorie. Die Staatliche Rechstsetzung sollte sich daher darauf beschränken, im technischen Bereich die für das Gemeinwohl notwendigen Anforderungen und Maßstäbe zu setzen und es dem organisierten und repräsentierten Sachverstand* (sprich den TÜVen-Anm. AK) *überlassen, festzustellen, auf welche Art und Weise diesen Anforderungen und Maßstäben Genüge getan werden kann".* (VDI-Information Nr. 4/67).

Noch deutlicher sagt es der Professor der Rechte Forsthoff anläßlich des 100-jährigen Bestehen des TÜV-Baden:

„Im Dampfkessel- und Druckgefäß-Ausschuß sind zwar die zuständigen Bundes- und Länderbehörden vertreten. Das Fachwissen wird jedoch von den Vertretern der Technik in die Ausschußarbeit eingebracht. Hier wie anderwärts hat die Bundesregierung oder der zuständige Bundesminister zwar noch die Regelungskompetenz, die aber formal bleibt, weil das Sachwissen nicht ausreicht, um sie inhaltlich auszufüllen. (...) Damit ist das

die Regelungskompetenz, die aber formal bleibt, weil das Sachwissen nicht ausreicht, um sie inhaltlich auszufüllen. (...) Damit ist das

staatliche Monopol hoheitlicher Machtanwendung zwar nicht formal, wohl aber in der Sache durchbrochen". (zitiert nach „Technische Überwachung" Nr. 7/1966)

Prüfrichtlinien für Atomkraftwerke: „In enger Zusammenarbeit mit der Industrie"

1958 schreibt der TÜV Nordd. e.V. in seinem „Bericht über das Geschäftsjahr 58: *„Gesetzliche Vorschriften über Umfang und Art der für Reaktoren notwendigen Abnahmeprüfungen gibt es bisher noch nicht und sind in naher Zukunkt nicht zu erwarten, da die gesamten wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen für diese Anlagen ständig im Fluß sind. Die technische Entwicklung hat noch nicht zu bestimmten Standardtypen von Reaktoren geführt, so daß die für die Sicherheit erforderlichen Abnahmeprüfungen und ihre Durchführung im einzelnen zunächst zum Gegenstand einer eingehenden Diskussion zwischen Genehmigungsbehörde, Betreiber und TÜV gemacht werden muß".*

Diese „eingehende Diskussion" in den folgenden Jahren lief dann etwa so ab: die Bundesregierung beauftragte das extra für diesen Zweck von den TÜVs gegründete „Institut für Reaktorsicherheit" (IRS) damit, Prüfrichtlinien zu erarbeiten und diese der von der Regierung geschaffenen „Reaktorsicherheitskommission" (RSK) vorzulegen, die die Aufgabe hat, die Regierung zu beraten und z.B. die Annahme der vorgelegten Richtlinien zu empfehlen.

In diesen Richtlinien müssen genauestens die Sicherheitsanforderungen an die AKWs festgelegt sein, weshalb sie auch von außerordentlicher Bedeutung für die Atomindustrie sind. Daß bei der Erarbeitung dieser Richtlinien, selbst bei der allerkleinsten Kleinarbeit, die Kapitalisten direkt ihren Daumen drauf haben, beweist folgender Abschnitt aus dem vertraulichen „Jahresbericht 69" des Rheinland-Westfälischen TÜV über die Arbeitsweise der TÜV-internen kerntechnischen Arbeitskreise", die unter Federführung des IRS solche Richtlinienentwürfe ausbraten: *„Im VDTÜV (Vereinigung der Technischen Überwachungs-Vereine) - Ausschuß für Kernenergie und Strahlenschutz sind neben dem TÜV und dem IRS zwei Vertreter der eigenüberwachenden Industrie vertreten (...) Der Arbeitskreis ‚Prüfumfang' hat zusammen mit der Industrie den IRS-Richtlinienentwurf 'Brennelementprüfung, Empfehlungen zu Prüfungen im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren' aufgestellt. Kompromisse ließen sich nicht vermeiden. Insbesondere war es schwierig, sich darüber zu einigen, wie weit die Sicherheitsbelange bei Brennelementschäden, z.B. Hüllenschäden, gehen".* Prost Mahlzeit! Weiter heißt es dort: *„Das IRS hat den Entwurf an das Bundeswissenschaftsministerium und die RSK* (Reaktorsicherheitskommission Anm. AK) *zur Verabschiedung weitergeleitet".*

In der Regel wird vor Verabschiedung wohl kaum noch von der RSK etwas an solchen Richtlinien geändert werden. Trotzdem ist dieser Ablauf der Atomindustrie noch zu unkontrolliert. Sie möchte ihre Finger bis zum Schluß noch direkt im Spiel haben. Deshalb wurden 69

ser Ablauf der Atomindustrie noch zu unkontrolliert. Sie möchte ihre Finger bis zum Schluß noch direkt im Spiel haben. Deshalb wurden 69

erste Gespräche zwischen der VDTÜV, dem IRS und „Betreiberverbänden" über die *„Bildung eines Kerntechnischen Ausschusses geführt. Aufgabe dieses Ausschusses sollte die Ausarbeitung technischer Regeln auf dem nuklearen Gebiet sein, die als Grundlage für das atomrechtliche Genehmigungsverfahren dienen können. Der Ausschuß könnte nach dem Muster des Deutschen Dampfkesselausschusses (DDA) aufgebaut sein und würde die vier beteiligten Gruppen- Betreiber, Hersteller, Behörden und Gutachter - zusammenfassen. (...) Ziel dieses Vorschlages ist es, die Abstimmung zwischen den Beteiligten zu verbessern, woran insbesondere der Industrie gelegen sein müßte. Die bisherige Handhabung - Ausarbeitung der entsprechenden Regeln gemeinsam mit der Industrie unter Federführung des IRS im Auftrage des Bundeswissenschaftsministeriums - hat nicht befriedigt, da die Entwürfe von einem Behördenkreis nochmals getrennt überarbeitet wurden, ohne daß die Industrie Einfluß auf die endgültige Fassung nehmen konnte".* („Jahresbericht 69" des Rheinland-Westfälischen TÜV, S. 47)

So viel entwaffnende Ehrlichkeit werden die Schreiberlinge vertraulicher „Jahresberichte" sich heutzutage wohl nicht mehr leisten!

Der Zynismus einiger TÜV-Manager

Zu welchem Zynismus die Abwägung zwischen Wirtschaftlichkeit und Sicherheit speziell auf dem Gebiet von Kernkraftwerken führt, läßt sich auch personell an einigen führenden Managern der „unabhängigen" und vorgeblich „neutralen" Gutachterorganisation TÜV beweisen. Das Repertoir an „Argumenten", mit denen die Gefährlichkeit

Fortsetzung auf Seite 13

Fortsetzung von Seite 12

von AKWs vom Tisch gewischt werden soll, reicht dabei vom frechen Weglügen irgendwelcher Gefahren überhaupt, bis hin zur brutalen Konfrontation mit Wirtschaftlichkeitserwägungen.

So z.B. Dipl. Phys. Franzen, Chef des IRS in der Zeitschrift „Technische Überwachung" April 72 zur Frage , ob AKWs inder Nähe von größeren Städten gebaut werden sollten: *„Da der passive Schutz durch Abstand* (des AKWs von Wohnsiedlungen - Anm. AK) *nicht nur über den aktiven Schutz durch Sicherheitseinrichtungen verbessert, sondern ganz ersetzt werden kann* (!!), *gibt es keine technischen Gründe, die der Errichtung und dem Betrieb von Kernkraftwerken in der Nachbarschaft großer Bevölkerungszentren entgegenstehen"*. So gesehen sollte man doch tatsächlich vorschlagen, aus Gründen der Rationalität den Bau von AKWs und Schulen zusammenzulegen!

Noch dreister äußerte sich Franzen auf dem Erörterungstermin zum AKW Brokdorf im November 74 in Wilster: *„Franzen (IRS) führt zum von den Einwendern ständig erwähnten GAU aus, daß dessen Auswirkungen auf die Umgebung keine Evakuierungsmaßnahmen oder sonstige Unfallschutzmaßnahmen notwendig mache. Auf einen speziellenEinwand erwidert er, im Falle eines kerntechnischen Unfalls (hypothetischer Störfall) könnten solche Schäden, die zum Tod führen, für jeden Bereich, mit einer Entfernung von mehr als 4 km um das Kernkraftwerk ausgeschlossen werden."* (aus dem Protokoll des Erörterungstermins im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren für das KKW Brokdorf im November 74, herausgegeben vom Sozialministerium des Landes Schleswig-Holstein, S. 59).

Und was ist innerhalb der 4 km, (mal vorausgesetzt, das ist eine realistische Zahl!) ohne Evakuierungsmaßnahmen, Herr Franzen? Und außerhalb der 4 km, die Strahlengeschädigten, Verstümmelten, die Frauen, die mißgebildete Kinder zur Welt bringen, oder deren Kinder, wenn sie erwachsen sind, an Leukämie erkranken??

Ehrlicher und von einer Brutalität ersten Ranges läßt sich Herr Prof. Dr. Ing. Albert Kuhlmann, Geschäftsführer des TÜV Rheinland aus: „Wir müssen die Feststellung machen, daß unsere Gesellschaft (?!) offenbar bereit ist oder sich damit abgefunden hat, eine Gefährdung auch größerer Personengruppen durch die Technik zu akzeptieren, solange die Zahl der Betroffenen nicht höher liegt, als bei Naturkatastrophen unserer Breiten und der ökonomische Wert der betreffenden technischen Anlage von entsprechender (??) Bedeutung ist. (...) Der Verfasser ist der Auffassung, daß alle berechtigten Sicherheits- und Umweltschutzforderungen sowohl von konventionellen Kraftwerken als auch von Kernkraftwerken technisch erfüllt werden können. So gesehen ist die Frage nach Standorten in dicht- oder dünnbesiedelten Gebieten in erster Linie eine wirtschaftliche Frage für den Betreiber. Sie anders zu beantworten , führt in die Bereiche der Emotion und Spekulation und entzieht sich damit der sachlich konkreten Antwort." (zitiert nach „VDI-Nachrichten", 13. Juni 1975).

Das ist eine Rechnung ohne die leiseste Emotion, in der Tat eine eiskalte Rechnung!

TÜV-Gutachter auf Erörterungsterminen und Gerichtsverhandlungen

Die TÜV-Sachverständigen müssen nicht nur Gutachten z.B. über AKWs schreiben, sondern diese auch auf Erörterungsterminen und zunehmend auch vor Gericht vertreten, wobei von ihnen erwartet wird, daß sie sich als „unabhängige" und „neutrale" Gutachter für die Atomindustrie ins Zeug legen.

Offenbar um seine Gutachter auf solche Aufgaben vorzubereiten, gibt es in den TÜV-internen Einweisungsunterlagen für die Sachverständigen die Unterlage G 9 (Fassung 4.76). Hier werden unter dem Titel „Taktische Hinweise für Referenten" Tips gegeben, wie man mit „Zwischenfragen" fertigwerden kann. Da gibt es drei „Taktiken": Die **„Verzögerungstaktik: 'Ich habe nicht genau verstanden, würden Sie bitte wiederholen.' Verlagerungstaktik: (...) 'Diese Frage werden wir in die Schlußdiskussion einbeziehen, nachdem weitere Grundlagen besprochen sind.' Polstertaktik: 'Prof. X. sagte dazu...', 'Verschiedene Institute versuchen...'."**

Das liest sich tatsächlich eher wie eine Fibel mit billigen Tricks für Vertreter von Schmierseife. Tatsächlich werden u.a. auf diese Weise die wissenschaftlichen Gutachter des so seriösen TÜV ausgebildet! Offenbar hat man's nötig!

AKW-Nein-Kommission



WAA: Sicher in die Katastrophe!

Ohne Atomenergie kein Licht in den achtziger Jahren, kein Wirtschaftswachstum, Verlust von Arbeitsplätzen — das ist kurz zusammengefaßt die Propagandalinie der Atomkraftwerksbetreiber. Und nach den Worten der gleichen Leute ist Atomenergie auch die e i n z i g e technologische Möglichkeit, um ein solch düsteres Zukunftsbild aufzuhellen. Damit wird dann auch gerechtfertigt, daß sich heute die Energieforschung weitgehend auf dieses Gebiet einengt, und damit werden ebenso die gigantischsten Investitionssummen, die je in der BRD auf ein Projekt verwandt wurden, gerechtfertigt. Daß es schon im Anfangsstadium erhebliche technische und Sicherheitsprobleme gibt, daß bisher nur ein minimaler Teil der Probleme gelöst ist, die mit diesem Projekt zusammenhängen, muß selbst die Atomenergielobby zugeben. Trotzdem werden all diejenigen, die den Bau von Atomkraftwerken angreifen, weil heute niemand für die Sicherheit garantieren kann und nicht einmal gesagt werden kann, wann die notwendigen technischen Voraussetzungen geschaffen sind, als Maschinenstürmer, Rückschrittler usw. diffamiert.

Gesetzt wird bei dieser Kampagne allein auf das blinde Vertrauen in die Techniker und Wissenschaftler des Kapitals, die die Probleme schon schnell genug aus der Welt schaffen werden.

Tatsache ist, daß von der westdeut- aktives Plutonium und neuer hoch-
me schon schnell genug aus der Welt schaffen werden.

Tatsache ist, daß von der westdeutschen Kapitalistenklasse enorme Summen in das Atomprogramm gepumpt werden, dies allerdings zum größten Teil aus den Steuergeldern der arbeitenden Bevölkerung. Dies allein als Beweis dafür anzusehen, daß diese Art der Energiegewinnung die e i n z i g zukunftsträchtige ist, wird wohl ernsthaft von keinem klardenkenden Menschen erwartet werden können. In der Geschichte des Kapitalismus lassen sich genügend Beispiele finden, wo Riesensummen in technische Entwicklungen gesteckt wurden, die später völlig bedeutungslos wurden. Als eines der bekanntesten Beispiele sei hier der Zeppelin genannt, dessen „Vorzüge" heute nur noch von einigen Spinnern gelobt werden.

Geleugnet werden kann von den Atomkraftwerksbetreibern nicht einmal, daß die AKWs im herkömmlichen Sinne völlig unrentabel arbeiten, da die Investitionskosten die Gewinne weit übersteigen. Ebenso kann geleugnet werden, daß mit einem Bruchteil der Ausgaben Kohlekraftwerke die gleichen Ergebnisse erzielen würden und dazu noch mit einem Höchstmaß (gemessen an der Gefährlichkeit der AKWs) an Sicherheit für die Bevölkerung.

Die Gründe für die Ineffektivität der heutigen AKWs liegen zum einen in den notwendigen Anfangsinvestitionen, die alles bisher dagewesene übersteigen, während die Betriebskosten, sieht man einmal von den Störungen ab, im Verhältnis dazu relativ gering sind. Zum anderen werden für die normalen AKWs Urananreicherungsanlagen benötigt, die die Kosten noch weiter erhöhen, während nur ein sehr geringer Teil des Urans tatsächlich „verbrannt" werden kann.

Hier setzt denn auch das „neue" Atomprogramm der BRD-Imperialisten mit den „Schnellen Brütern" an. Sie können nicht nur mit angereichertem Uran arbeiten, sondern ebenso mit Plutonium, das als Abfallprodukt bei der Kernspaltung in den AKWs der ersten Generation entsteht. Um dieses Plutonium jedoch aus dem „Müll" der AKWs zu gewinnen, braucht man die Wiederaufbereitungsanlage. In den „Schnellen Brütern" entsteht neues hochradioaktives Plutonium und neuer hochradioaktiver Abfall. Dazu wiederum werden die Endlagerstätten gebraucht — womit sich der Kreislauf des Wahnsinns schließt.

Um also im Sinne der BRD-Kapitalisten „rentabel" zu arbeiten, muß dieses g a n z e Programm durchgezogen werden. Erst davon können sie sich die Unabhängigkeit von der Rohstoffversorgung mit angereichertem Uran erhoffen.

Und genau an dieser Stelle fangen die großen Probleme an.

Das Prinzip Hoffnung

Während es heute schon enorme technische Schwierigkeiten mit den normalen AKWs gibt (kaum eins konnte bisher ungestört arbeiten, von Sicherheitsfragen einmal ganz abgesehen), existiert bisher kein einziger funktionierender „Schneller Brüter". Noch viel größere Probleme stellen sich dann bei der „Entsorgung" (Wiederaufbereitung verbrannter Brennstäbe und Endlagerung) ein.

Zwar muß auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) zugeben, daß die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) ein Bereich *„mit besonderen Risiken, was die Umwelt und Sicherheit ... angeht"* (16.5.77) ist; aber, so fährt sie fort, Kernkraftwerke müssen *„entsorgt werden, gleichgültig, ob sich noch der gefürchtete Plutonium-Kreislauf mit den Brutreaktoren anschließt oder nicht."* Zu diesem Problem nahm auch der Geschäftsführer der Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (GWK), Schüller, auf einem Treffen von Atomwissenschaftlern im Januar 1976 Stellung: *„Zusammenfassend läßt sich heute feststellen, daß nach den bisherigen Erfahrungen die Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen in allen wesentlichen Verfahrensschritten als erprobt gelten kann und keine grundsätzlichen Probleme mehr aufwirft"* (1). Notwendig sei nur noch *„die unternehmerische Entscheidung zur Errichtung der unserem Kernenergieprogramm angepaßten großen Entsorgungsanlagen"* (2). Doch dieser platten, durch nichts bewiesenen Behauptung kann sich nicht einmal die „FAZ", die man ja keineswegs zu den AKW-Gegnern rechnen kann, anschließen. Sie meint, daß die Entsorgung „auf das Prinzip Hoffnung gegründet ist. Will heißen: An allzu vielen Stellen des Kapitels ‚Entsorgung' ... ist davon die Rede, daß dieses noch entwickelt, jenes erprobt, dieses baldigst erforscht und jenes noch zu vervollkommnen sei" (16.5.77). Zu deutsch: Nichts genaues weiß man nicht. Um trotzdem das wahnwitzige Atomprogramm rechtfertigen zu können, greift die „FAZ" selbst auf das „Prinzip Hoffnung" zurück:

„Die Techniker halten (fast) alles für machbar; sie vertrauen darauf, daß noch jede großtechnische Aufgabe ihre Lösung gefunden hat. Warum nicht auch in diesem Falle auf die Zukunft bauen? Und die Politiker haben sich diesen Optimismus zu eigen gemacht" (ebenda).

All dies ist eine höfliche Umschreibung dafür, daß Wissenschaftler, Techniker, AKW-Betreiber und Regierung im Dunkeln tappen, je-

ler, Techniker, AKW-Betreiber und Regierung im Dunkeln tappen, je-



Explosion in einem Atom-Reaktor (1954): hier nur zum „Test" - aber das kann bald grausame Wirklichkeit sein

doch auf keinen Fall mit dem Ausbau des Atomprogramms warten wollen. Denn nicht nur, daß sie ohne WAA und Endlager auf das wahnwitzige Brüterprogramm verzichten müßten - denn ohne WAA arbeiten diese nicht energiebringend -, sondern ebenso auf das gesamte Atomprogramm, da die bisher geschlossenen Verträge mit Frankreich und England zur Wiederaufbereitung und Abnahme von Atommüll Ende der siebziger Jahre auslaufen. Eine Verlängerung dieser Verträge kommt schon deshalb kaum in Frage, weil die dortigen Anlagen die Unmengen an Atommüll aus der BRD gar nicht verkraften könnten.

Zeit gewinnen

Trotz aller technischen Ungewissheiten ist die Entscheidung über den Bau einer WAA mit der Standortbestimmung in Gorleben längst gefallen. Da die berechtigten Sorgen der Bevölkerung jedoch nicht aus der Welt geschaffen werden können, versuchen die AKW-Betreiber der Öffentlichkeit vorzugaukeln, sie würden mit aller gebotenen Ruhe und Vorsicht an diese Dinge herangehen, *„um auch nicht den geringsten Anschein zu erwecken, als ob die Dinge unter Zeitdruck ständen und darunter unter Umständen leiden könnten. Diesen Eindruck muß die Verwaltungsbehörde, muß die Regierung und müssen auch wir als die wirtschaftlich Interessierten unter allen Umständen vermeiden"* (3). In diesem Sinne hat Albrecht für seine Verzögerungstaktik - Motto: „Bürgerdialog" - duchaus die Zustimmung der AKW-Betreiber. Für sie *„ist der Bauzeitplan bezüglich des gesamten Entsorgungszentrums weniger wichtig, als vor allen die Inbetriebnahme des Lagerbeckens. Sobald wir das Lagerbekken haben, haben wir in zeitlicher Hinsicht genügend Flexibilität ..."* (3). Der Bau des Lagerbeckens (Zwischenlager) wird schon deshalb zu einer immer dringlicheren Notwendigkeit für die AKW-Betreiber, weil durch die Inbetriebnahme von immer mehr AKW's der Müll sonst nicht mehr untergebracht werden kann (bisher geschieht dies in den AKW's selbst). Ohne diese Lagerbecken

(bisher geschieht dies in den AKW's selbst). Ohne diese Lagerbecken

müßten also schon gebaute AKW's stillgelegt werden.

Daher soll bereits im Herbst dieses Jahres das Zwischenlager beantragt werden und ab 1979 gebaut werden. Mindestens 2000 Tonnen Brennstäbe soll es aufnehmen können. Kostenpunkt: 200-300 Millionen DM.

Doch bereits im Zwischenlager beginnt die Katastrophe. Die KWU gibt derzeit eine Garantie von 10 Jahren auf die abgebrannten Stäbe, die jetzt schon bis zu 8 Jahren lagern. Zwar behauptet die GWK, daß der Zustand dieser Brennelemente *„ausgezeichnet"* sei, aber *„der Mechanismus, der das Element eines Tages zum Defekt führt, ist ein Korrosionsmechanismus* (Korrosion = Anätzung von Oberflächen durch chemische Einflüsse, Anm. AK) *und der geht nicht linear"*. Das heißt: *„Es wird in irgendeinem Zeitpunkt einen steilen Anstieg der Leckagemengen* (Verdunsten oder Austräufeln flüssiger Stoffe, Anm. AK) *geben, die aus dem Element austreten"*. Schon heute lecken diese Brennelemente, d.h. sie geben radioaktive Stoffe an das Kühlwasser ab.

Tritt dieses Problem schon bei den relativ geringen Mengen auf, die heute in den AKW's gelagert werden, wird es besonders kritisch in einem Zwischenlager, in dem schließlich mehr Müll deponiert wird als in allen AKW's zusammen. Dennoch will die GWK *„keine Sorge darüber haben, auch (nicht) von dem Zeitpunkt (an), wo Aktivität in größeren Mengen austritt, diese technisch zu beherrschen. Dies führt keineswegs zu einer Katastrophe, sondern zu einem häufigen Filterwechsel"* (4).

Was jedoch geschieht, wenn die technischen Voraussetzungen für die WAA nicht in dem erforderlichen Zeitraum geschaffen werden, oder gar in der dazwischenliegenden Zeit auf andere Verfahren der Energiegewinnung umgestiegen würde (was ja durchaus möglich ist, da es sich immerhin um Zeitspannen von Jahrzehnten handelt), darüber schweigt des Sängers Höflichkeit und die AKW-Betreiber natürlich im besonderen.

Alles geht in die Luft

Alles geht in die Luft

Selbst wenn man sich der menschenfeindlichen „Sorglosigkeit" der WAA-Betreiber anschließt, sind bisher nur die Anfangsschwierigkeiten genannt worden. Denn selbst wenn die Brennstäbe die 90er Jahre erreichen sollten und zur Verarbeitung in die frühestens 1993 fertiggestellte WAA gelangen, ist Tatsache, daß es bisher nirgendwo eine f u n k t i o n i e r e n d e Wiederaufbereitungsanlage gibt. Das bisherige Vorzeigeexemplar in La Hague ist gerade von einer „Betriebsstörung" betroffen worden. Darüberhinaus wurden dort bisher lediglich 14 bis 15 Tonnen Uran verarbeitet, was gegenüber den 1500 t, die in Gorleben pro Jahr verarbeitet werden sollen, geradezu lächerlich ist.

Die einzige wirkliche Ausnahme besteht bisher nur in einer Miniversuchsanlage in Karlsruhe. Aber auch hier fehlt es nicht an Versprechungen, die entstehenden radioaktiven Gase zurückzuhalten.

Eines der ersten Probleme in den WAAs ist die Entwicklung von radioaktiven Gasen, insbesondere des hochradioaktiven Kryptons. Dazu Prof. Böhm von der GfK (Gesellschaft für Kernforschung in Karlsruhe): *„Wir werden aber sicherlich Verfahren vorweisen müssen, die auch eine Rückhaltung des radioaktiven Kryptons gewährleisten"*, was seiner Meinung nach aber zweifellos *„befriedigend und termingerecht gelöst werden kann"* (5). Auch dies ist etwas ganz Neues, denn bisher werden in den WAAs *„praktisch alle bei Betrieb der Eingangsstufe freigesetzten Edelgase im Anschluß daran über den Kamin in die Atmosphäre geleitet"* (6).

Hinzu kommt die Feststellung, daß *„gasförmige, radioaktive Abfälle prinzipiell (!) nicht hundertprozentig zurückgehalten werden können"*, und *„nach dem heutigen Entwicklungsstand insbesondere für Krypton bei Inbetriebnahme der Anlage noch nicht mit dem Einsatz einer funktionstüchtigen Rückhalteeinrichtung zu rechnen ist"* (7).

Sollte trotz des oben beschriebenen Optimismus eine „termingerechte" Lösung nicht gefunden werden,

Fortsetzung von Seite 13

wird auf andere „bewährte" Methoden zurückgegriffen: Den Gasen wird einfach normale Luft beigemengt, so daß die höchstzulässigen Werte unterschritten werden. Damit ändert sich zwar nicht der radioaktive Gesamtausstoß in die Luft aber zumindest ist gleichzeitig mehr Luft aus dem Schornstein gepustet worden, und die geforderten „Meßwerte" sind erreicht. Und so haben die AKW-Betreiber immer eine „Lösung" parat: *„Liegt eine geeignete Rückhaltetechnik nicht vor, kann den Sicherheitsvorschriften durch den Bau eines 400m hohen Kamins Rechnung getragen werden"*. Die WAA-Betreiber sind guten Muts, sie haben nur einen 200m hohen Schornstein beantragt, der dann den Vorschriften genüge leisten könnte, wenn 90% der Radioaktivität mit bis dahin entwickelten Rückhalteverfahren zurückgehalten werden können.

Sollte es tatsächlich gelingen, die radioaktiven Gase zurückzuhalten, müssen diese natürlich irgendwie beseitigt werden. Auch dafür gibt es natürlich schon „sichere" P l ä n e : *„Dabei sind vor allem die Lagerung in Druckgasflaschen und die Versenkung in die Tiefsee zu berücksichtigen"* (8)

Es ist kein Geheimnis, daß solche Druckgasflaschen mit der Zeit verrotten, womit auch die Frage gelöst ist, wo man das unter Druck stehende Gas wiederfinden wird ... hübsch verteilt in der Luft.

All dies Ausführungen belegen, daß es bisher keinerlei sichere Verfahren zur Unschädlichmachung des radioaktiven Abfalls gibt und die angebotenen Verfahren allein darauf hinauslaufen, die gesetzlichen Abgabewerte formal einzuhalten.

Die atomare Explosion in der WAA

Neben der Beseitigung des radioaktiven Abfalls stellt sich in den WAAs ebenso das Problem von möglichen atomaren Explosionen. Eine solche Explosion kann dann auftreten, wenn an einer Stelle soviel Plutonium angehäuft wird, wie für die Hiroshima-Bombe verwandt wurde (die sogenannte kritsche Masse, die sich bei Plutonium auf ca. 5 kg beläuft). Diese Gefahr wollen nicht einmal die WAA-Betreiber ausschließen, die die *„Vermeidung von Kritikalitätszwischenfällen"* (Erreichung der kritischen Masse) nicht garantieren können (9). Den Worten der WAA-Befürworter nach soll es so schlimm jedoch nicht kommen, denn angeblich soll die kritsche Explosionsmasse schon bei Beginn eines solchen Unfalls wieder auseinandergerissen werden. Angeblich, so Böhm von der GfK, entspricht das nur der Explosion *„von einigen Litern Benzin"*. Bewiesen ist allerdings auch da noch nichts. Dagegen spricht, daß bisher alle solche unkontrollierten Atomexplosionen, wie sie bei der Atombombe verwandt werden, zu katastrophalen Ergebnissen geführt haben, wie man an Hiroshima sieht. Immerhin räumt Böhm aber ein, daß die entstehende Strahlenfreisetzung *„in unmittelbarer Nähe zu sehr hohen Dosiswerten führen kann"* („atomwirtschaft", 4/77).

Verfahren, um solche Explosionen zu vermeiden, gibt es bisher keine. *„Es ist aber nicht"*, so die WAA-Betreiber, *„wie es manchmal unterstellt wird, unbegründeter und verblendeter Optimismus, wenn wir von der rechtzeitigen und vollbefriedigenden Lösung der technischen Aufgaben überzeugt sind, sondern jahrelange, zum Teil auch leidvolle Erfahrungen auf diesem Gebiet und eine sachliche (!), realistische (!!) Beurteilung der gesamten Problematik"* („atw", 4/77, S. 109). Würde ein Examenskandidat in seiner physikalischen Arbeit derart glaubensmäßig herangehen, würde er von kaum einem dieser Leute bestätigt werden. Wenn es allerdings um das Leben von Millionen Menschen geht, wird das Atomprogramm mit „Theorien" gerechtfertigt, die jedem Wissenschaftler die Haare zu Berge stehen lassen müßten.

Doppelt hält besser

Die WAA-Betreiber haben für „kleinere" Ausfälle vorgesorgt, um *„die Verfügbarkeit der Anlage besonders im hochaktiven Teil zu erhöhen"* – sie bauen gleich zwei! *„ ... die Auslegung der Anlage ist praktisch völlig doppelsträngig mit zweimal vier Tonnen pro Tag. D.h., wenn sie nur zu 50 % verfügbar ist, kann sie diese* (pro Jahr geplanten – Anm. AK) *1400 t bringen.*

Folgt man den WAA-Betreibern einmal in der Annahme, daß die Anlage damit wirklich läuft, dann besteht das nächste Problem im anfallenden Müll. Dafür liegen zwar reichlich Gedankenspiele vor, Lösungen aber nicht. Alles das, was aus der WAA nicht wieder in den AKWs verwendet werden kann, teilt sich auf in „schwachradioaktiven", „mittelradioaktiven" und „hochradioaktiven" Abfall. Diese treten entweder in gasförmiger oder flüssiger Form auf. Da der „schwachradioaktive" Abfall in ungeheuren Mengen abfällt, soll er *„in die Umwelt eingeleitet werden"* (10). Wie dies geschieht, haben wir am Beispiel der radioaktiven Gase demonstriert. Daß auch in diesem Fall die Kostenfrage über Verfahren entscheidet und nicht der technologische Stand, zeigt folgendes Beispiel: obwohl *„die Destillation unter all den Prozessen (zwar) das wirksamste"* Verfahren ist, um den Abfällen das Wasser zu entziehen, wird darauf verzichtet, weil es *„jedoch auch das teuerste"* ist (11). Stattdessen wird überlegt, *„daraus Betonklötze herzustellen"* (ebenda), die dann in die Erde eingebuddelt werden.

Bei den mittelaktiven wässerigen Abfällen ist eine Zwischenlagerung in Tanks vorgesehen, eine Endlagerung" *„nach dem Bau entsprechender Einrichtungen"*.(12)

Doch das sind vergleichsweise noch harmlose Probleme im Vergleich zum hochaktiven Abfall, der zehntausende von Jahren gelagert werden muß und dabei anfangs enorme Energiemengen freisetzt, daß die Behälter ständig gekühlt werden müssen. In den USA hat man bisher die Lagerung in riesigen Stahltanks verfolgt, was jedoch nicht gerade - auch nicht bei den Berufsoptimisten - durch Sicherheit auffiel. Im Gegenteil gibt es ständig Meldungen über leckgeschlagene Tanks und auslaufende Flüssigkeit. Andere Staaten untersuchen die „Endlagerung" in Ton-, Granit-, und anderen Tiefengesteinen. Allen Versuchen gemeinsam ist die Notwendigkeit, die hochaktiven Abfälle zu verfestigen, da bei flüssiger Form immer das Problem des Eindringens in den Boden (Grundwasser) oder der Bschädigung von Behältern besteht. Eine Lösung (z.B. Verglasung) ist jedoch bisher noch nirgendwo erfolgreich durchprobiert und erforscht worden – nicht einmal in der Versuchs- WAA in Karlsruhe. Eine sehr faule Ausrede für diesen Mißschlag hat Dr. Kühn von der Gesellschaft für Strahlung und Umweltschutz (!) parat:*„Diesen Vorwurf* (der zu geringen Anstrengungen für die Endlagerung hochaktiver Abfälle, Anm.AK) *müssen wir insofern zurückweisen, als für eine echte Versuchseinlagerung mit verglasten hochaktiven Abfällen in Deutschland noch kein geeignetes Versuchsmaterial - auch nicht in kleinem Umfang - zur Verfügung steht"*(13), als ob die Versuchs-WAA in Karlsruhe erst seit gestern die Landschaft verseucht! Diesem klugen Professor zufolge ist es also kein Problem, die WAA zu genehmigen und zu bauen, womit riesige Mengen dieses Materials anfallen, obwohl man noch gar nicht weiß, ob die damit geplante „Endlagerung" wirklich durchführbar ist - aber man wird schon was finden. Dagegen steht, daß bisher nicht sicher ist, ob das zur Verwendung stehende Glas tatsächlich den radioaktiven Spaltungen und der dadurch entstehenden Hitze standhalten wird.. Aber *„ unsere Zielvorstellungen sind, daß wir Anfang der achtziger (!) Jahre einen echten (!) Versuch mit der Endlagerung von hochaktiven Abfällen durchführen können"*(ebenda). Die Zeit drängt dann allerdings auch sehr, denn zu diesem Zeitpunkt sollen schon die ersten „Schnellen Brüter" in Betrieb genommen werden, und den AKWs wird es kaum noch möglich sein, die anfallenden Abfälle selbst zu lagern.

Als letztes stellt sich noch die Frage, wo die hochaktiven Stoffe gelagert werden sollen. Die AKW-Betreiber der BRD haben sich dabei den „Schlager"' mit den Salzstöcken einfallen lassen.„*Alle europäischen Nachbarn neiden uns unsere Salzvorkommen"*(14). Aber auch damit ist es nicht sehr weit her, denn man weiß letztlich nichts über die Beschaffenheit des Salzstocks unter Gorleben:„... *um Gewißheit über die Beschaffenheit zu haben, reichen Messungen und Laboruntersuchungen nicht aus"*(Spiegel, 12/77). Dazu müsse man sich dies erst unter Tage ansehen. Dennoch erklärt einer der Verantwortlichen unverdrossen : *„ Prinzipiell habe ich keinerlei Befürchtungen, daß sich der Salzstock unter Gorleben als geeignet erweisen wird"*. Und womit wird diese sichere Erkenntnis begründet? Mit der Grösse, *„ die mit Sicherheit eine geeignete Situation auszusuchen gestattet, an der das Endlager eingerichtet werden kann"* (15). Mit dieser Beweisführung gelänge es unmittelbar, den Elefanten durchs Nadelöhr zu kriegen, man bräuchte nur die entsprechende Nadel.

Auch die Tatsache, daß sich im Salzstock unter Gorleben große Mengen Salz befinden, die schon bei 110 C schmelzen, wohingegen der hochaktive Abfall 400 C heiß wird, *„ist kein exklusiver K.o. für die Verwendung des Salzstocks"*(16), so daß man schließen kann, daß Gorleben - einmal ausgesucht - auf jeden Fall Standort werden wird. Als letztes schlagendes Argument wird dann das „geologische Alter" dieses Salzstocks angeführt, woraus geschlossen wird, daß dort kaum noch Veränderungen eintreten werden. Hat er tausend Jahre gehalten, wird er's auch die nächsten tausend noch machen. Eines der gefährlichsten Vorkommnisse wäre ein Wassereinbruch, wodurch radioaktive Stoffe direkt ins Grundwasser und damit auch ins Trinkwasser gelangen würden Wie es damit steht, schreibt der „Spiegel" (12/77):„*Wegen der Erfahrungen , die der deutsche Salzbergmann im Laufe der letzten hundert Jahre gesammelt hat, können wir nicht mit Sicherheit ausschließen, daß das Salzbergwerk Asse irgendwann einmal voll Wasser oder Lauge laufen kann"*. Was für Asse gilt, sollte bei Gorleben nicht ausgeschlossen sein - sollte man jedenfalls denken. Aber auch hierfür wird den Verantwortlichen noch ein passendes Sprüchlein einfallen - bei den aufgezeigten „ wissenschaftlichen " Methoden kein Kunststück.

Die Lage ist düsterer als angenommen

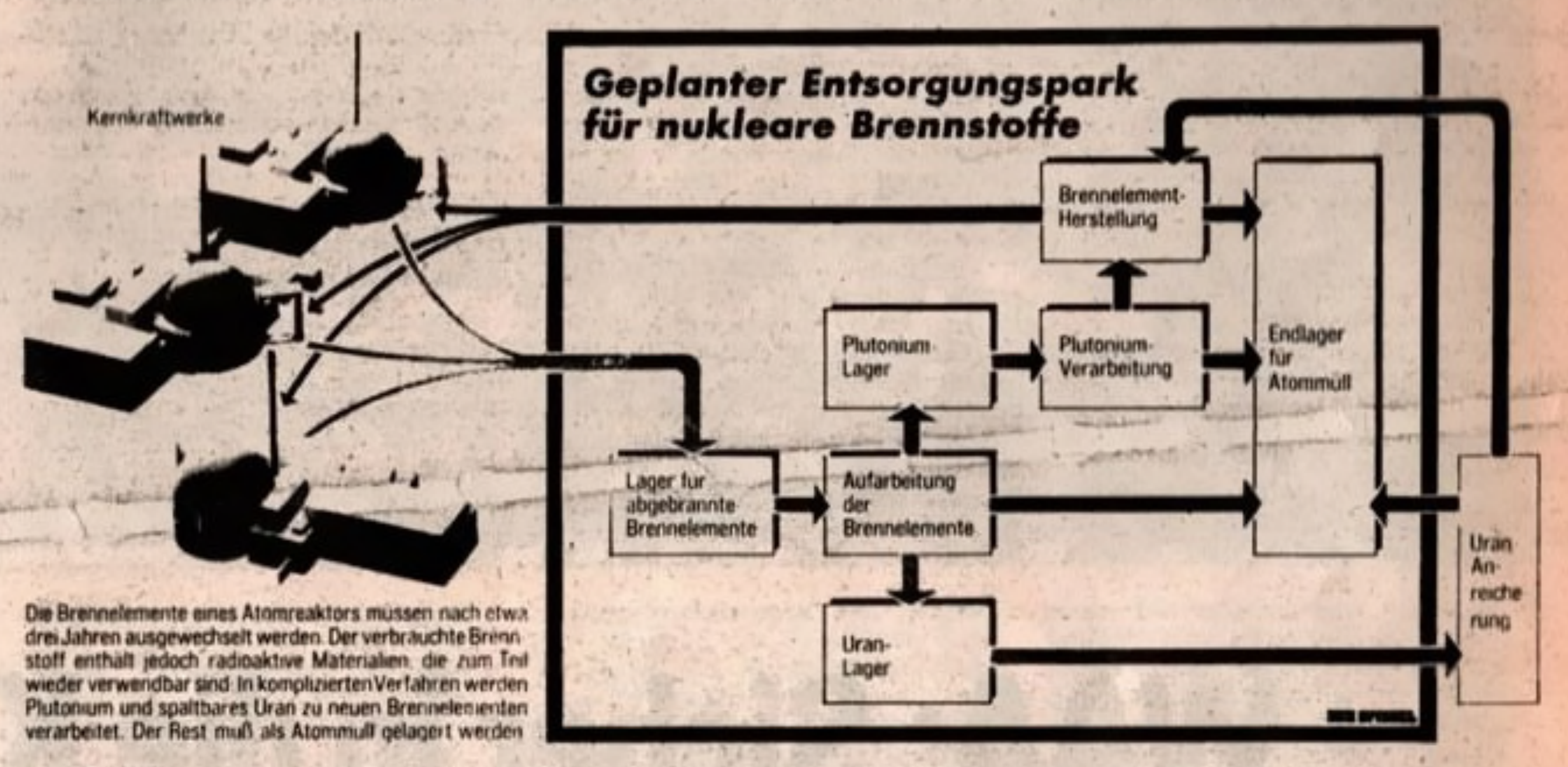
ge, wo die hochaktiven Stoffe gelagert werden sollen. Die AKW-Betreiber der BRD haben sich dabei den „Schlager"' mit den Salzstöcken einfallen lassen.

Die Lage ist düsterer als angenommen

So wie sich die Lage vor diesem Hintergrund darstellt, ist das ganze Atomprogramm und insbesondere das Programm der „Schnellen Brüter" und der WAA's mehr als unverantwortlich, ja geradezu kriminell. Nichts ist sicher erforscht, nichts sicher praktisch erprobt, alle Probleme soll die Zukunft lösen und trotzdem werden im gigantischen Ausmaß mit dem Baubeginn Tatsachen geschaffen. Sicher ist nicht einmal, ob nicht wegen der technischen Lücken das gesamte Projekt eines Tages gestoppt oder aufgrund neuer Erkenntnisse eingestellt werden muß, um anderen Projekten Platz zu machen. Daß trotz all dieser mehr als berechtigten Einwände forciert an den Bau der Kraftwerke und der WAA gegangen wird kann nur einen Grund haben: der gesamte Kreis von AKWs, „Schnellen Brütern" und WAA würde die BRD unabhängig von der Rohstoffversorgung aus anderen Ländern machen, da selbst die heute in der BRD lagernden Uranvorräte für Jahrzehnte ausreichen würden, und die Imperialisten sich mit dem „Schnellen Brüter" und der WAA sogar von der Abhängigkeit von der Urananreicherung befreien könnten. Gleichzeitig erlaubt ihnen dieser Weg die Anhäufung einer riesigen Menge von Plutonium, der Voraussetzung zur Herstellung von Atomwaffen.

Die Sucht der BRD-Imperialisten nach einer autarken Energieversorgung und nach dem Mittel für die Atomwaffen ist dabei so groß, daß sie selbst die Gefahr auf sich nehmen, daß der eingeschlagene Weg nicht einmal in ihrem Sinne funktionieren wird. In ihrem Großmachtbestreben setzen sie dabei das Leben von Millionen von Menschen bedenkenlos aufs Spiel, womit sie die Tradition des 3. Reiches „würdig " fortsetzen.

AKW-NEE Kommission



aus „Spiegel", 14/76

„Untersuchungstrupp" im Einsatz - wie gesagt, völlig ungefährlich

Quellen
1) „Entsorgung der Kerntechnik" (Berichte des Symposiums am 19.und 20. Januar 1976 in Mainz; Hrsg.: Deutsches Atomforum) S. 101.
2)ebenda, S. 102
3) Protokoll der „Nichtöffentlichen Informationssitzung des (Bundestags-) Ausschusses für Forschung und Technologie" vom 25.5.77, S. 39
4)ebenda,S. 37
5)ebenda,S. 6
6) siehe (1), S. 236
7' „Konzept für eine industrielle Kernbrennstoff-Wiederausbereitungsanlage, KEWA GmbH, Juli 1975; S 15
8) siehe (1), S.81
9) siehe (5)
10)siehe (1), S. 265
11) siehe (3), S. 45
12) siehe (7), S. 24
13) siehe (3), S. 12
14) ebenda, S. 13
15) ebenda, S. 25
16) ebenda, S. 41

1976 in Mainz; Hrsg.: Deutsches Atomforum) S. 101.
2)ebenda, S. 102
3) Protokoll der „Nichtöffentlichen Infor-

Radioaktive Gase und ihre Folgen

Das radioaktive *Jod-129* hat eine Halbwertszeit von 17 Millionen Jahren! Da es jedoch in sehr geringem Maße anfällt, erhält das *Jod-131* (Halbwertszeit 8 Tage) eine größere Bedeutung. Über den Gras-Kuh-Milch-Pfad gelangt es zum Menschen, wo es sich in der Schilddrüse anreichert.

C. Schneider schreibt, daß bei Patienten, die mit radioaktivem Jod behandelt wurden, eine Beeinträchtigung und Überfunktion der Schilddrüsen eintrat Patienten hatten Durchfall, verloren sehr schnell an Gewicht und klagten über Herzjagen.

Die Gefährlichkeit wird schon daran deutlich, daß mit einem einzigen Curie an Jod-131 sich 10 Milliarden Liter Milch ungenießbar machen lassen!

Bei Versuchen mit Kühen, denen radioaktives Jod (5 mCi [mCi = 1/1000 Curie] pro 350 kg) injiziert wurde, ergab sich, daß nach der 4. Woche 75% der Eizellen zerstört waren. Interessant ist auch, daß das radioaktive Jod auf menschliches Gewebe stärker reagiert als auf Tierisches!

Das radioaktive *Krypton-85* ist ein Edelgas mit einer Halbwertszeit von etwa 11 Jahren. Krypton-85 geht in den Fettgeweben auf und löst sich in der Körperflüssigkeit und erhöht durch gleichmäßige Verteilung die innere Radioaktivität. Zunehmender Krebs, genetische Veränderungen und verkürzte Lebenszeit sind die Folgen. Die Entfernung von Krypton-85 aus Abgasen eines Atomkraftwerks ist sehr kostspielig und wird darum nur bei kleinen Anlagen durchgeführt. Das Institut für Reaktorsicherheit Köln errechnete für das geplante AKW Krümmel (bei Geesthacht, 1300 MW) eine jährliche Ausstoßmenge an Xenon und Krypton allein von 175000 Curie. Selbst der TÜV (!) hielt diese 1971 ermittelten Werte für zu hoch! Die tödliche Dosis kann schon bei 0.001 Curie liegen.

Klage gegen Atommülleinlagerung!

Asse: Der Arbeitskreis „Umwelt" Wolfenbüttel will jetzt gerichtlich gegen die geplante Einlagerung von „mittelaktiven" Brennkugeln aus dem Kernversuchsreaktor Jülich in Asse vorgehen. Die AKW-Gegner unterstrichen ihre Forderunge mit einer Demonstration von 150 Leuten.

Der hochgefährliche Atommüll soll in knapp 800 Meter Tiefe gelagert werden. Ministerpräsident Albrecht leistete sich hier ein neues taktisches Manöver. Er forderte die Einleitung eines atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens, um Einwände aus der Bevölkerung zu ermöglichen. Bisher ist die Einlagerung von 84.000 Fässern als „Versuchseinlagerung" deklariert worden. Wenn der Erörterungstermin, wie üblich, die Einwände der Anwohner abbürstet, hätte Albrecht mit diesem Trick sein erstes offizielles Atommüllager in Niedersachsen.



Nachrichten vom Widerstand

Anti-Atom-Dorf Grohnde geräumt



Voll rechts-staatlich: 1300 Bullen gegen 200 AKW-Gegner

Mit einem gewaltigen Polizeiaufgebot —1.100 Schutzbullen, 200 Kriminalbeamte und MEK'ler und eine unbekannte Zahl von BGS'lern — wurde am Morgen des 23.8. das Anti-Atom-Dorf Grohnde geräumt, das AKW-Gegner vor zweieinhalb Monaten auf dem Kühlturmgelände des im Bau befindlichen AKW Grohnde errichtet hatten. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich ca. 200 Menschen auf dem Gelände. Bereits in der Nacht waren die Bürgerinitiativen in den umliegenden Orten über die zu erwartende Räumung informiert worden. Um sechs Uhr morgens war es dann soweit. Aus allen Richtungen rollten die Fahrzeugkolonnen der Polizei, darunter Wasserwerfer und Panzerspähwagen, auf das Lager zu. Rund um das Dorf wurde eine Fahrzeugkette errichtet, die von einem Ring ausgerüsteter Bullen bewacht wurde. Nur eine schmale Gasse blieb offen, die später für die Personenkontrolle benutzt wurde. Mit Sandcontainern, NATO-Draht und Polizeifahrzeugen sperrten die Bullen die B 83, an der das Dorf lag, in beide Richtungen ab. Außerdem waren auf den Zufahrtswegen nach Hameln und Grohnde Polizeikontrollen errichtet worden, die jeden Wagen mit Anti-AKW-Aufkleber anhielten und durchwühlten.

Inzwischen wurde im Lager eine Ordungsverfügung der Gemeinde Emmerthal verlesen, in der die Lagerinsassen aufgefordert wurden, binnen einer Stunde das besetzte Gelände zu verlassen. Begründung: Das freie Verfügungsrecht des Eigentümers über sein Grundeigentum sei gestört. Darüber hinaus verlangte die Polizei von allen Anwesenden, ihre Personalien überprüfen zu lassen.

»Nach 20 Minuten, während denen schon mal mit Packen begonnen worden war, hörten wir durch's Polizeimegaphon, daß 20 Minuten der Räumungsfrist verstrichen wären, wer jetzt nicht das Gelände verließe, würde zur Erstattung der Einsatzkosten herangezogen. Vorher war uns eine Stunde zugesichert worden ... Die Bullen aber hatten vor, uns alle einzeln zu registrieren. Wir versuchten, uns geschlossen diesem Vorhaben zu widersetzen, woraufhin Greiftrupps versuchten, Einzelne herauszugreifen und zu verprügeln, was in einzelnen Fällen auch gelang. Wegen unserer Geschlossenheit allerdings nicht allzu viele. Beim Packen machten wir noch eine Beobachtung. Ein paar hatten ihre Zelte zusammengepackt und gingen damit schnurstracks zu den Bullenautos. Als sie unsere erstaunten Gesichter sahen, meinten sie nur frech, ob wir noch nie einen Bullen gesehen hätten. Sie hatten sich als Spitzel im Dorf eingerichtet ...« (nach einem Augenzeugenbericht).

Schon während der Räumung begannen Arbeiter, einen Metallzaun um das Gelände zu ziehen, auf dem nach Angaben der PREAG ein Pumpwerk errichtet werden soll.

Bei der Durchsuchung des Geländes machten die Bullen dann noch stolze Beute: 11 Holzknüppel, 2 Messer und einen Negativfilm. Eine Person wurde festgenommen, aber wenig später freigelassen, da nur ein Strafbefehl wegen Schwarzfahrens gegen sie vorgelegen hatte.

Innenminister Groß kommentierte später den gigantischen Polizeieinsatz damit, *»daß mit angemessenen Mitteln der Staat seinen Gesetzen Nachdruck«* verliehen habe. *»Es hätte mit zusätzlichen Demonstranten gerechnet werden können, und nur die sichtbare Stärke des Polizeiaufgebots [habe] die mögliche Versuchung zu Gewalttätigkeiten ausgeschlossen. Dies sei die 'friedlichste Methode' gewesen«* (»HAZ«, 24.8.77).

Über seine Spitzel dürfte Groß bekannt gewesen sein, daß im Lager und in den umliegenden BIs feststand, sich nicht militant zu verteidigen. Die Mobilisierung der AKW-Gegner zur Räumung sollte lediglich dazu dienen, durch eine breitere Öffentlichkeit brutalstes Vorgehen der Bullen zu verhindern. Die eigentliche Ursache für die in keinem Verhältnis zum Widerstand stehende Machtdemonstration des Staates dürfte also woanders liegen: Die völlige Einschüchterung der Bevölkerung und der »Dorfbewohner« und die Bekräftigung des Eindrucks, daß es sich bei den Anti-Atom-Dorf-Bewohnern um angebliche Schwerverbrecher handelt, was die Presse in einer systematisch betriebenen Hetze schon seit Wochen zu verbreiten sucht.

Außerdem verlangt Innenminister Groß, daß die Anti-Atom-Dorf-Bewohner die Kosten für den gigantischen Polizeieinsatz tragen. Er beruft sich dabei auf das Verwaltungskostengesetz, nach dem *»derjenige, der einer rechtmäßigen Anordnung der Polizei nicht nachkomme und dadurch Zwangsmaßnahmen erforderlich mache, die direkt für den Polizeieinsatz verwandten Ausgaben zu ersetzen«* (»HAZ«, 27.8.77).

Ebenfalls herangezogen werden soll das sogenannte Arndtstr.-Urteil, das im Mai dieses Jahres vom OVG Lüneburg gefällt wurde. Danach müssen hannoversche Jugendliche, die 1971 zur Unterstützung ihrer Forderung nach einem unabhängigen Jugendzentrum ein Haus besetzt hatten, die Räumungskosten durch die Polizei tragen. Polizeisprecher Minnier: *»Mit diesem Urteil sind die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen worden«* (»HAZ«, 24.8.). Als Jusos, Judos und LHV dagegen protestierten, auf verwaltungsrechtlichem Wege das Demonstrationsrecht zu unterlaufen, kommentierte ein Sprecher des Innenministeriums unverschämt: *»Rechtsbrecher seien keine Demonstranten«* (»HAZ«, 24.8.77).

Was die Anti-Atom-Dorf-Bewohner anbelangt, so wollen sie in der Gegend von Grohnde bleiben und sich dort als BI konstituieren. Ihre Versuche, sich auf anderem Gelände häuslich niederzulassen, sind allerdings bisher gescheitert. Zweimal wurden sie von ebenfalls unverhältnismäßig großen Bulleneinsätzen vertrieben, obwohl sie die Erlaubnis der Bauern hatten, dort zu campen.

KB/Gruppe Hannover

Wie friedlich es tatsächlich bei der Räumung zuging, zeigt ein Leserbrief der Mutter eines Mitbewohners des Anti-Atomdorfes, den die „Deister und Weser-Zeitung" vom 22.8.77 abdruckte.

Hinter den Mauern ...

In der Deister- und Weserzeitung vom 15. August 1977 wurde über den Schlagstockeinsatz der Polizei gegen die Demonstranten vor der Polizeiwache in Hameln, Lohstraße, berichtet. Ziel dieses Leserbriefes soll es nicht sein, die Öffentlichkeit über diese Vorgänge zu unterrichten. Vielmehr soll das Augenmerk der Öffentlichkeit auf Vorgänge hinter den Mauern des Polizeigebäudes gerichtet werden, die bislang nicht bekannt geworden sind und wozu die Öffentlichkeit auch das Recht hat, sie zu erfahren.

Einer der bei der Demonstration Verhafteten wurde von drei bis vier Beamten im Laufschritt abgeführt. Noch vor dem Tor zum Polizeigrundstück erhöhte sich die Zahl der zerrenden und stoßenden Beamten auf ca. sieben Mann. Obwohl der Verhaftete keinen Widerstand beim Abführen leisten konnte, weil ihm die Arme festgehalten wurden, erhielt er mit Schlagstöcken Schläge auf den Rücken. Hinter dem Tor, außer Sichtweite der Öffentlichkeit, wurden ihm mit Gewalt Motorradschutzhelm, Gesichtsschutz und Sehbrille vom Kopf gerissen. Ein Beamter sprühte ihm aus kürzester Entfernung von weniger als einem Meter die Flüssigkeit einer sogenannten „Chemischen Keule" in die Augen. Während dieser ganzen Zeit wurde er von mehreren Beamten mit Schlagstöcken auf Rücken und Schultern geschlagen. Nachdem sein Kopf entblößt war, konzentrierten sich die Schläge dann auf diesen Körperteil. Drei oder vier Schläge innerhalb kürzester Zeit auf den Hinterkopf ließen ihn für Sekunden die Besinnung verlieren. Nur im Unterbewußtsein spürte er noch, wie er in die Wachstube geschleift wurde.

Dort warf man ihn auf den Boden; ein Beamter stürzte sich auf ihn und schlug ihn mit der Faust in die Magengrube und auf die Brust. Anschließend wurde er hochgerissen, mit dem Gesicht an die Aktenschrankwand gedrückt, mußte Beine und Arme spreizen und wurde nach Waffen untersucht. Während der Untersuchung wurde sein Kopf mehrere Male gegen die Schrankwand geschlagen. Seine Jacke wurde heruntergerissen. Weil das Öffnen seines Hemdes nicht schnell genug ging, wurde sein Hemd aufgerissen und das Unterhemd zerrissen. Da er seine Beine während der Untersuchung nach Ansicht der Beamten nicht weit genug gespreizt hatte, wurde er mehrmals mit Tritten gegen die Knöchel veranlaßt, die Beine noch mehr zu spreizen, obwohl dies nicht mehr möglich war. Nach dem Durchsuchen wurde er wieder auf den Boden geworfen, erneut stürzte sich ein Beamter auf ihn und schlug ihn wieder mit der Faust in die Rippen. Von anderen Beamten erhielt er Tritte in den Rücken. Und das alles geschah, obwohl dauernd im gleichen Raum ein anderer Beamter „aufhören, aufhören" rief. Dann wurde der Verhaftete erneut hochgerissen und mit dem Rücken gegen die Aktenschrankwand gedrückt. Ein Beamter drückte ihm mit seiner Hand seinen Hals so zu, daß er keine Luft mehr bekam. Er ließ erst wieder von ihm ab, als er aus Luftmangel zu röcheln begann. Dann wurde er in Richtung Kellertreppe gestoßen.

Obwohl der Demonstrant von dieser Behandlung völlig entkräftet war und keinerlei Gegenwehr leistete, wurde ihm auf der Treppe auf dem Weg zur Arrestzelle noch der Arm mit Gewalt in den Polizeigriff auf den Rücken gedreht. Erst als sich die Zellentür schloß, war er vor den Angriffen der schlagwütigen Beamten sicher.

Dieser Bericht ist nach meiner Ansicht nicht für die Verhaltens- und Handlungsweise aller Polizeibeamten zutreffend. Er soll vielmehr die Aufsichtführenden und die Öffentlichkeit auf die Entgleisungen einzelner Polizeibeamter aufmerksam machen. Es geht nicht an, daß sich einige Polizeibeamte anmaßen, aufgestaute Aggressionen an wehrlosen Verhafteten abreagieren zu können.

Die oben geschilderte „Behandlung" eines Demonstranten ist meinem Sohn am Sonnabend, dem 13. August 1977, auf dem Polizeirevier in Hameln widerfahren. So unglaublich er klingt, dieser Bericht ist Wort für Wort wahr!

Ruth Langner, Hameln



Bullenangriff auf Fahrrad-demonstration in Hannover

Etwa 200 Kernkraftgegner beteiligten sich an einer anläßlich der Räumung des Anti-Atomdorfs Grohnde durchgeführten Fahrraddemonstration, die durch mehrere Stadtteile Hannovers führte.

Zu einem Zwischenfall kam es bei einer Kundgebung, als die Bullen die Straßensperre aufhoben und den Verkehr durch die Kundgebung leiten wollten.

Von der einen Seite wurde ein Bagger und von der anderen Seite ein Linienbus reingeschickt. Da die Demonstranten nicht sofort zur Seite wichen, war der Anlaß für die Bullen, um gegen die Demonstranten vorzugehen.

Sie provozierten, schmissen ein Fahrrad um und wollten sich einen Demonstranten herausgreifen.

Daraufhin flüchtete der Demonstrant über einen Marktstand springend und die Bullen in wilder Verfolgungsjagd hinterher. Den Weg durch die Menge machten sie sich mit Knüppeln und der Chemischen Keule frei. Andere AKW-Gegner die die Bullen an der Verfolgung hindern wollten, wurden ebenfalls mit Chemical Mace „behandelt". Als sie den Flüchtenden nicht einfangen konnten, wurde willkürlich ein anderer Demonstrant herausgegriffen, und zur Wache abgeschleppt und erst einige Stunden später wieder freigelassen.

Am Montag war dann in der örtlichen Presse zu lesen, daß sich die Bullen aufgrund der Auseinandersetzungen zwischen Marktleuten und AKW Gegnern zum Eingreifen veranlaßt sahen. Um Lügen sind sie nie verlegen.

KB/Gruppe Hannover

Solidaritätsaktionen mit dem geräumten Anti-AKW-Dorf in Grohnde

Bremen: Am 23.08. besetzten ca. 30 Anti AKW-Gegner in einer spontanen Aktion für mehrere Stunden den Bremer Dom.

Am 24. mittags wurde der Dom dann freiwillig von den Besetzern geräumt. Die Polizei hielt sich bei der Aktion im Hintergrund und ließ die Besetzer auch unbehelligt abziehen. Dies entsprach auch der Forderung von 11 Mitarbeitern der Domgemeinde, darunter fünf Pastoren. Die elf hatten noch am Abend der Besetzung eine Resolution veröffentlicht, in der sie „*aufs Schärfste gegen die staatliche Gewalt, die heute bei der Räumung des Anti-Atom-Dorfes in Grohnde praktiziert wurde*" protestierten.

Der Kirchenvorstand hat mittlerweile Anzeige gegen die Besetzer erstattet!

Der KBW schreibt in der Beilage zur „KVZ" Nr. 35 zu der Dombesetzung: „*Schlag und Gegenschlag oder Rückfall in die Zeiten der antiautoritären Bewegung? Letzteres trifft zu. Klägliche Flucht unter die Kutten der Popen, wo man einigermaßen sicher sein kann, von den Polizeiknüppeln der Bourgeoisie keinen aufs Haupt zu kriegen*"! ....

***

Braunschweig: Am Freitag, den 26.08. protestierten ca. 40 Braunschweiger AKW-Gegner gegen die brutale Räumung des Dorfes in Grohnde durch die Bullen.

Symbolisch wurden zwei Holzhütten auf dem Kohlmarkt gebaut und Wandzeitungen daran befestigt, die über das Dorf und den Polizeieinsatz aufklärten. Mit einem Flugblatt wurde breit über die Vorfälle informiert.

***

Kassel: Einen Tag nach der Räumung des Anti-Atom-Dorfs in Grohnde besetzten 30 Kasseler AKW-Gegner für ca. 2 Stunden symbolisch die katholische St. Elisabeth Kirche.

Das Verbrechen, dabeigewesen zu sein

Solidarität mit den verfolgten AKW-Gegnern!

Anklage wegen schwerem Landfriedensbruch, gefährlicher Körperverletzung und schwerem Widerstand gegen die Staatsgewalt: Das ist die Antwort des Staates auf die Demonstration gegen das AKW in Grohnde am 19.3.77. Alle 14 Hauptangeklagten werden wegen der gleichen drei Anklagepunkte verfolgt, auf die zusammengezählt eine Haftstrafe von bis zu 15 Jahren steht. Allein die Tatsache, daß die Prozesse vor der Großen Strafkammer in Hannover behandelt werden sollen, läßt Strafmaße von mindestens einem Jahr erwarten. Damit bekommen diese Prozesse für die westdeutsche Anti-AKW-Bewegung eine noch größere Bedeutung als die Urteile von Bourgoin gegen die Teilnehmer der Malville-Demonstration vom 31.7.77.

Neben den 14 Hauptangeklagten werden noch eine Reihe von »Nebenverfahren« behandelt. So z. B. gegen Personen, die LKWs oder Busse für die Demonstration angemeldet hatten. Sie werden wegen Beihilfe zum Landfriedensbruch angeklagt.

Bemerkenswert an sämtlichen An-
Sie werden wegen Beihilfe zum Landfriedensbruch angeklagt.

Bemerkenswert an sämtlichen Anklageschriften ist, daß sie bis auf's Satzzeichen übereinstimmen, und daß die Justiz versucht, im nachhinein »kriminelle Delikte« zu konstruieren. Denn Fakt ist, daß die Angeklagten in der Phase der Zurückdrängung und Auflösung der Demonstration herausgegriffen wurden, nachdem sie teilweise durch einen brutalen Polizeieinsatz, vor allem durch das Hineinreiten von Polizeipferden, verletzt worden waren. So beginnt z. B. die Strafakte gegen einen AKW-Gegner mit einem Foto, wie dieser als Verletzter auf einer Bahre liegt. Fest steht, daß sein Nasenbein gebrochen wurde, sein Körper schwere Prellungen erlitt, und er sich nach der Festnahme mehrmals erbrechen mußte. Der dazu vernommene Polizist konnte zwar keine Angaben über das Zustandekommen dieser Verletzungen machen, dafür aber detailliert berichten, wie der Verletzte ihn noch mit *»einer ca. 1,50 m langen armdicken Holzlatte ... in der Magengegend [traf]. Durch den Schlag, der mit enormer Wucht erfolgte, ging ich sofort zu Boden«*. Ein anderer AKW-Gegner wurde durch folgende Aussage eines Bullen »identifiziert«: *»Dann habe er schattenhaft eine menschliche Gestalt gesehen, die eine Stange in der Hand gehalten habe. Mit dieser Stange habe er einen Schlag von schräg rechts auf den Schutzhelm erhalten. Für Bruchteile von Sekunden sei ihm schwarz vor Augen gewesen«*. Zu der Tatwaffe heißt es im Ermittlungsbericht: *»Wenn er auch das Material nicht bestimmen könne, so sei doch sicher, daß es eine Metallstange gewesen sei«* (zitiert aus den Anklageschriften).

Diese Widersprüche machen deutlich, daß hier stellvertretend für die über 20.000 Demonstranten einige willkürlich herausgegriffen wurden. In den zusammengebastelten Anklageschriften werden die schweren Verletzungen der Bullen hervorgehoben. So heißt es z. B. in der Aussage des Führers der 7. Hundertschaft:

»Von seiner Einheit, die zudem schlecht ausgerüstet gewesen sei, seien 35 Beamte verletzt worden«. Hier wird die Wirklichkeit einfach auf den Kopf gestellt. Auf der einen Seite die »schlecht ausgerüsteten und verletzten Bullen«, andererseits kann man sich an Verletzungen von AKW-Gegnern nicht erinnern, die »Bewaffnung« aber haargenau beschreiben.

Bullen«, andererseits kann man sich an Verletzungen von AKW-Gegnern nicht erinnern, die »Bewaffnung« aber

Die drohenden Gefängnisstrafen für die 13 AKW-Gegner, die angeklagt sind, weil die Bullen ihrer habhaft geworden sind, zeigen, daß die westdeutsche Bourgeoisie den gleichen Weg gehen will, wie die französische Justiz es im Fall Malville vorgemacht hat. Auch hier wurden die jetzt im Knast sitzenden AKW-Gegner nicht auf »frischer Tat« ertappt, sondern es wurde ihnen die schlichte Beteiligung an der Demonstration zur Last gelegt. Das ist auch ein wesentliches Ziel der westdeutschen Bourgeoisie: Die Einschränkung des Demonstrationsrechtes durch demonstrative Bestrafungen.

Andererseits geht es um eine verstärkte Kriminalisierung der AKW-Bewegung. Die AKW-Gegner sollen in der Öffentlichkeit als »Kriminelle«, »Terroristen« diffamiert und in Einzelfällen auch verurteilt werden. Die Hetzkampagne, die zu Brokdorf und nach Grohnde durch die bürgerlichen Massenmedien verbreitet wurde, lieferte die propagandistische Vorbereitung. Mit handfesten juristischen »Tatsachen«, die jetzt geschaffen werden müssen, soll auf diese Weise die »Entmischung« der Anti-AKW-Bewegung in »Gewaltfreie« und »Gewaltsame« versucht werden.

Solidarität ist unteilbar!

Inzwischen ist in der BRD eine Solidaritätsbewegung mit den angeklagten AKW-Gegnern der Grohnde- und Malville-Demonstrationen angelaufen. Dabei konnten einige Erfolge erreicht werden. Insbesondere beteiligten sich an den Malville-Solidaritätsaktionen über 10.000 Menschen. Auch die ersten Solidaritätsveranstaltungen zu den Grohnde-Prozessen zeigen in der AKW-Bewegung eine gute Resonanz. Über 800 Personen beteiligten sich an einer Veranstaltung in Hannover, 70 in Hildesheim und über 120 in Braunschweig.

Die BBU-Führer sind in dieser Frage gespalten. Während sich einige an der Malville-Solidarität beteiligten, sprachen andere wie z. B. Sternstein von »Provokateuren in den eigenen Reihen«, denen man die Solidarität verweigern müsse. Zu den Grohnde-Prozessen haben sich diese Kreise bisher ausgeschwiegen, obwohl der BBU-Vorstand auf der a. o. Mitgliederversammlung vom Juli in einem

Prozessen haben sich diese Kreise bisher ausgeschwiegen, obwohl der BBU-Vorstand auf der a. o. Mitgliederversammlung vom Juli in einem

mehrheitlich angenommenen Antrag dazu aufgefordert worden war, Solidarität mit den Angeklagten zu üben.

Nur durch eine breite Solidaritätsfront kann erreicht werden, daß die durch die gesamte Kampagne der Bourgeoisie präjudizierte politische Verurteilung der Angeklagten verhindert wird. Dazu ist eine systematische Aufklärungsarbeit über alle Einzelheiten der Justiz- und Polizeiwillkür notwendig, wie es, um eine Parallele zu nennen, beispielhaft von der Verteidigung im Roth/Otto-Prozeß geleistet worden ist.

Nur dadurch kann verhindert werden, daß die Bourgeoisie AKW-Gegner, ohne den Schatten eines Beweises für eine »Straftat« in der Hand zu haben, stellvertretend in den Knast setzt, nur weil sie an den Großaktionen dabeigewesen sind.

Sofortige Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren gegen AKW-Gegner!
Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

AKW-Nein-Kommission

Prozesse gegen AKW-Gegner

Gerichtssaal geräumt

Nachdem am 24.8. ein Prozeß gegen den AKW Gegner M.S. wegen Verteilens der Presserklärung der BUU zur ersten Brokdorf-Demonstration eingestellt werden mußte, weil das „Delikt" bereits verjährt war, fanden einen Tag später drei weitere Prozesse beim Itzehoer Amtsgericht statt.

Die Bullen hatten, wie bei diesen Prozessen schon fast üblich, eine Hundertschaft in Brokdorfausrüstung im und vorm Gerichtssaal aufgebaut. Die Öffentlichkeit im Gericht wurde darüber hinaus wieder auf 30 Personen beschränkt.

Im ersten Prozeß wurde den AKW-Gegnern „Aufruf zu strafbaren Handlungen" bei der ersten Brokdorf-Demonstration vorgeworfen.

Im zweiten Prozeß ging es um die Beteiligung an einem Büchertisch, den Bullen abgeräumt hatten.

Im dritten Verfahren wurde ein Bußgeldbescheid wegen Verstoßes gegen das Landschaftspflegegesetz verhandelt. Der Angeklagte hatte ein Zelt in der Nähe des Bauplatzes nach der zweiten Brokdorf Demonstration aufgebaut, das die Bullen kurze Zeit später wieder abräumten.

Keiner dieser Prozesse konnte zum Abschluß gebracht werden, weil das Gericht wegen absoluter Nichtigkeiten gegen die Zuhörer vorging.

Ein Zuhörer sollte wegen eines Zwischenrufs seine Personalien nennen. Als er sich weigerte, wurde er von drei Bullen aus dem Gericht geschleppt und zu drei Tagen Ordnungshaft verknackt. Die „sofortige Vollziehung" wurde jedoch ausgesetzt.

Ein anderer Zuhörer wurde widerrechtlich von allen Verhandlungen an dem Tag ausgeschlossen.

Später folgte eine weitere Personalienfeststellung wegen eines Zwischenrufs.

Im letzten Prozeß wurde gleich der ganze Saal geräumt, als das Publikum bei einem Antrag der Verteidigung Beifall klatschte und alle Leute aufstanden als ein Einzelner aufstehen sollte.

Ein weiteres Schlaglicht auf die „Unabhängikeit" der Justiz wirft die Tatsache, daß eine Demonstration gegen die Prozesse nicht erlaubt wurde.

Der oberste Richter des Amtsgerichts Itzehoe gehörte zu den Antragstellern, die die Demonstration verbieten ließen!

»Klammheimliche Freude ...«

Überkam so manchen Kasseler AKW-Gegner, als er in der Zeitung eine Meldung las, in der Polizeipräsident Ahlborn von „Verunsicherung" und „Infamie" sprach.

Hatte doch jemand mit seinem Briefbogen und seiner Unterschrift die Bürger eines Stadtteils aufgefordert, Personen für einen Platz in einem geplanten Atomschutzbunker zu benennen.

Nicht genügend Plätze im Atombunker würde die Auswahl nötig machen - so jedenfalls das Schreiben an die „Lieben Mitbürger und Mitbürgerinnen!". Das Staatsschutzsekretariat der Kripo hat die Ermittlungen inzwischen aufgenommen.

Richtigstellung

In der Berichterstattung zu den Malville Solidaritätsaktionen stand im AK 110 zu Kassel: „*Das Verteilen von Flugblättern am Rande der Demo war verboten*". Richtig ist, das sich zur Wahrung des Charakters der Aktion (Schweigemarsch) die AKW-Gegner darauf einigten, Flugblätter hinter dem Demonstrationsende zu verteilen.

KB/Kassel

An den ARBEITERKAMPF (Leserbrief)

Im Hinblick auf den Artikel im ARBEITERKAMPF Nr. 109 „Veranstaltung gegen Kriminalisierung in Lübeck", in dem es unter anderem heißt, ich hätte hervorgehoben, daß „Phrasen wie Verhinderung der Prozesse nur von Perspektivlosigkeit ihrer Verfechter" zeugten, bitte ich Euch, diese Stellungnahme abzudrucken.

Mit oben stehendem Zitat sind meine Ausführungen in Lübeck zumindest sinnentstellt wiedergegeben – ich habe zum Verhalten einiger KBWler Stellung bezogen, die als einzige Art des Vorgehens gegen die Kriminalisierung die Besetzung von Bauplätzen propagieren und deshalb die Auflösung der Ermittlungsausschüsse fordern –, das Zitat entspricht darüber hinaus nicht meiner Auffassung, muß ich doch davon ausgehen, daß es im Kontext der Auseinandersetzungen um den Ermittlungsausschuß der BUU gelesen wird und gelesen werden soll.

Meines Erachtens ergibt sich die Antwort auf die Frage, wie gegen die Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung über Einzelne vorgegangen werden muß, daraus, daß die Kriminalisierungswelle die Anti-AKW-Bewegung in Verbrecher auf der einen, Gewaltfreie, die systemimmanent schlichten sollen, auf der anderen Seite gespalten werden soll, damit Teil der Durchsetzung des Atomprogrammes darstellt.

Daraus und daraus, daß Prozesse gegen AKW-Gegner von denjenigen geführt werden, die auch den Bau von Atomanlagen betreiben, folgt, daß wir uns nicht darauf beschränken dürfen, die Vorwürfe gegen betroffene AKW-Gegner im einzelnen zurückzuweisen. Wir müssen anhand des Atomprogramms und der Art, wie dieses durchgesetzt wird, auf die Berechtigung des Widerstandes in allen bisher vollzogenen Formen öffentlich und in Gerichtssälen hinweisen und diese weiter praktizieren.

Inhalt der Arbeit gegen die Kriminalisierung der AKW-Bewegung muß daher auf der einen Seite eine möglichst intensive Prozeßvorbereitung sein, um den Einzelnen bestmöglich zu schützen. Die Prozesse müssen mit der Zielrichtung Einstellung der Verfahren geführt werden, es muß die Berechtigung des Widerstandes gegen AKWs in den Vordergrund gestellt werden sowie das Verhalten der Staatsorgane bei der Durchsetzung derselben.

Ziel der Kampagne gegen die Kriminalisierung von AKW-Gegnern muß es vor allem sein, die Bewegung gegen die Kriminalisierung zu vereinheitlichen, und zwar unter Beachtung und Respektierung alternativen Vorgehens.

Da dieses Ziel nur unter breiter Solidarität aller AKW-Gegner zu erreichen ist, d.h. insbesondere auch ohne Ansehen der jeweiligen politischen Richtung, ist klar, daß eine Einengung im Kampf gegen die Kriminalisierung nicht stattfinden darf, auch nicht durch Versuche, anderen die „richtige Linie" über das Schlagwort der Notwendigkeit des einheitlichen Vorgehens aufzuzwingen zu versuchen, auch und gerade nicht über verpflichtende Abstimmungen über das jeweilige Vorgehen.

Eine breite Solidarisierung, die alle Formen der offensiven und defensiven Verteidigung, nicht nur im Gerichtssaal, beinhalten muß, die alleine zur Verwirklichung der Forderung „Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren" führen kann, ist meines Erachtens schließlich nur zu erreichen, wenn Kritik innerhalb der Bewegung erstens offen und zweitens solidarisch geführt wird, d.h. wenn inhaltliche Kritik geführt wird und der andere in seinem Vorgehen wie in seinen Äußerungen respektiert wird, wenn nicht mit Unterstellungen gearbeitet wird, wie denen, die einen wollten auf die Verteidigung der betroffenen AKW-Gegner verzichten, die anderen wollten das Vorgehen am Rahmen der Legalität orientieren.

A. Galette, Kiel

Anmerkung der AKW-Nein-Kommission

Anmerkung der AKW-Nein-Kommission

Ursprünglich wollten wir größere Teile dieses Briefes nicht im ARBEITERKAMPF selbst behandeln, sondern hier nur auf die Lübecker Veranstaltung eingehen, was für die letzte Ausgabe von uns verschlampt worden war. Da dies von RA Galette als „Unterdrückung seiner Position" gewertet wird, haben wir den gesamten Brief abgedruckt. Im folgenden einige Anmerkungen.

Unseres Erachtens stehen die Äußerungen von RA Galette auf der Lübecker Veranstaltung inhaltlich durchaus im Widerspruch zu Vorstellungen des AK Ökologie und des Ermittlungsausschusses des abgespaltenen Teils der BUU-Hamburg, die z.B. in einem Papier eindeutig die Forderung nach „Verhinderung der Prozesse" aufgestellt haben.

Richtig ist, daß die Äußerungen gegenüber dem KBW in Lübeck gemacht wurden und daß RA Galette gegenüber der Auseinandersetzung in der BUU andere Positionen vertritt.

Dort fordert er die Einstellung der gegenseitigen „Unterstellungen" und darüber hinaus die „Respektierung" des jeweiligen Vorgehens. Wenn uns gegenüber Unterstellungen eingestellt würden, so ist das nur zu begrüßen, allerdings werden wir nicht eine Strategie der „Verhinderung der Prozesse" akzeptieren und respektieren können. Der Vorwurf in dem Brief, die BUU-Mehrheit habe versucht, der Minderheit die „richtige Linie" per Abstimmung aufzuoktroyieren, ist falsch und bedarf der Erläuterung.

Tatsache ist, daß die BUU-Mehrheit einen Ermittlungsausschuß als „autonomes Gremium" nicht akzeptiert hat, da ansonsten der Ermittlungsausschuß eine Strategie der Prozeßführung auf eigene Faust auch gegen die Vorstellungen der BIs machen könnte. Das heißt, es bestände durchaus die Möglichkeit, daß der Ermittlungsausschuß ein völlig anderes Konzept der Prozeßstrategie und der Öffentlichkeitsarbeit vertritt, als die Mehrheit der BIs, wodurch eine Unterstützung gegen die Anklage wohl kaum möglich wäre.

Den Ausführungen RA Galettes über das Vorgehen gegen die Kriminalisierung können wir im wesentlichen zustimmen, sind allerdings der Meinung, daß dabei das Vorgehen im Gerichtsaal teilweise gefährlich überbetont wird. Wir wollen hier deshalb unsere Vorstellungen zur Prozeßstrategie erläutern, ohne bei diesen allgemein gehaltenen Äußerungen im einzelnen beurteilen zu können, wie weit sie zu den Äußerungen von RA Galette im Widerspruch stehen. Im Prozeß selbst muß es u.E. vor allem darum gehen, tatsächlich – wie es auch im Brief heißt – „den Einzelnen bestmöglich zu schützen ... mit der Zielrichtung Einstellung der Verfahren".

Selbst dieses Ziel ist nur dann zu erreichen, wenn durch eine breite öffentliche Kampagne gezeigt wird, daß AKW-Gegner ohne den Schatten eines Beweises lediglich wegen ihrer Beteiligung an der Grohnde-Demonstration als „Gewalttäter" und „Landfriedensbrecher" abgeurteilt werden sollen, wobei die Bullen nachträglich auch Aussagen liefern, die jeweiligen Angeklagten auch schon vor dem Rückzug bei "Gewalttaten" gesehen zu haben.

Gegen dieses Vorgehen seitens des Staatsapparates, der letztlich die AKW-Gegner zum Freiwild staatlicher Willkür macht, muß der Protest möglichst breiter Teile organisiert werden, unabhängig von ihren Vorstellungen, wie der Kampf gegen die AKWs zu führen ist.

Respektiert werden muß auch bei der Prozeßführung, daß nicht sämtliche Angeklagte mit allen bisher vollzogenen Formen des Widerstands übereinstimmen, so daß auch in ihrem Namen keine Auseinandersetzung um die „Berechtigung des Widerstands in allen bisher vollzogenen Formen" im Gerichtssaal geführt werden kann.

Große Teile der Anti-AKW-Bewegung (auch gewaltfreie Strömungen) sind sich einig, daß sie z.B. nicht den „Schutz des Eigentums" bei den mörderischen Atomanlagen akzeptieren können, sondern daß es vielmehr die Pflicht der Anti-AKW-Bewegung ist, dieses Atomprogramm zu verhindern, was das Recht auf Widerstand dagegen einschließt. Doch zweifellos wäre es abenteuerlich, wenn dieses Recht in den Gerichtsprozessen selbst erstritten werden sollte.

Eine derartige Prozeßstrategie wird nichts anderes als die verheerende Prozeßniederlagen zur Folge haben. Vielmehr kann dieses Recht auf Widerstand nur in der Verbreiterung der Anti-AKW-Bewegung selbst und letztlich nur durch eine grundlegende Veränderung der Gesellschaftsverhältnisse erkämpft werden.

Es wäre eine verheerende Illusion, dieses zum entscheidenden Kampfpunkt in den Prozessen selbst machen zu wollen.

Strahlenklinik geplant

Wie das hessische Sozialministerium durch Medizinaldirektor Kurt Biessmann bekanntgab, soll für 6, 5 Millionen DM in einem alten Bunker bei Offenbach eine „Vorsorgeklinik" für Strahlengeschädigte eingerichtet werden.

Die Klinik soll jedoch nur mit 19 Betten ausgestattet werden, was beweist, daß sie nicht für „Katastrophenfälle" sondern für „ betriebliche Unfälle wie beispielsweise im Kernkraftwerk Gundremmingen" eingerichtet wird.

Die Landesregierung erklärte gegenüber den Bedenken von 264 Ärzten, daß ein Unfall „ extrem unwahrscheinlich" sei und diese Klinik *„höchstwahrscheinlich nie gebraucht"* werden wird.

Die Ärzte, die sich unter anderem gegen die Inbetriebnahme des AKW Fessenheim aussprachen, hatten in einer Zeitungsanzeige erklärt, daß sie sich bei einem kerntechnischen Unfall außer Stande sähen, Hilfe zu leisten! Selbst unter größten Sicherheitsvorkehrungen sei dies „äußerst zweifelhaft."

So muß dieses Feigenblatt vor dem Hintergrund gesehen werden, daß die Unfallhäufigkeit in kerntechnischen Anlagen zunimmt.

In Gundremmingen, wo bisher allein 30 Stillstände zu verzeichnen sind, wurden die zwei 1975 tödlich verunglückten Schlosser in Bleisärgen (Blei zur Verhinderung der Strahlung) beigesetzt.(Göttinger Atom Express Aug/Sept. 77). Auch im Juli 77 ereignete sich im AKW Würgassen ein weiterer tödlicher Unfall. (Anzeiger Holzminden , 9.7.77)

Welche Gefährlichkeit noch von Strahlentoten ausgeht, mag man am Unfall 1961 in Idaho Falls (USA) ermessen.

Die Drei, die erst nach 6 (!) Tagen geborgen werden konnten, mußten nach 20(!) Tagen ohne Köpfe und Hände beerdigt werden, da diese beim radioaktiven Abfall landeten („Spiegel", 6/77).

Da es bei radioaktiven Verseuchungen kaum Heilungsmöglichkeiten gibt, wie die Ärzte in ihrem Artikel feststellen, kann man diese Klinik wohl eher als eine „Isolier"- und „Sterbeklinik" bezeichnen. Gesundheitsvorsorge kann man das wohl kaum nennen, sondern nur Vertuschungsmittel für Unfälle, die durch das mörderische Atomprogramm selbst verursacht werden.

AKW NEIN Kommission

Bremer Senat für Inbetriebnahme des AKW Esenshamm!

Die Inbetriebnahme des AKW-Essenhamm, soll in den nächsten zwei Monaten durchgesetzt werden. Nachdem sich der Bremer Senat und die niedersächsische Landesregierung darauf geeinigt haben, daß der Betrieb aufgenommen werden kann, wenn innerhalb von fünf Jahren Kühltürme gebaut werden (Sz, 26.08.77). Angeblich ist diese Übereinkunft möglich geworden, weil durch neue „wissenschaftliche Ergebnisse" des Franzius-Institutes aus Hannover die Wassertemperatur im Tidebereich niedriger sei als vorher angenommen und so die Einleitung von Kühlwasser ermögliche.

Als im Mai dieses Jahres von der niedersächsischen Landesregierung der Wärmelastplan aufgrund dieser „Untersuchungen" einseitig aufgekündigt wurde, erhob er Bremer Senat lautstark Protest und drohte sogar notfalls klagen zu wollen. Von diesem angeblichen Widerstand ist nun nichts mehr übriggeblieben. Grund dafür, daß sich die SPD in Bremen scheinbar so entschieden gegen das AKW-Esenshamm einsetzte, war eigentlich nur die Kollision der Industrialisierungspläne der beiden Bundesländer.„*Selbst wenn Esenshamm die Weser nur bis zur zulässigen Grenze aufheizen würde, wäre doch dadurch die Kühlkapazität der Weser völlig erschöpft. Die zur Arbeitsplatzbeschaffung nötige Industrieansiedlung würde unmöglich gemacht oder doch sehr erschwert"*(Franke SPD, in den „Bremer Nachrichten", 2.8.77). Der Bremer Senat hat hier also keinesfalls die Lebensinteressen der Bevölkerung im Auge, sondern sieht nur seine Attraktivität als Standort für Umweltverschmutzende Industrie gefährdet. Denn die zieht es bekanntlich gern an Flußmündungen. Doch kann man einen Fluß nicht unbegrenzt gleichzeitig als Kloake für Industrieabwässer und als Kühlmittel benutzen.

Daß der Bremer Senat fest mit der baldigen Inbetriebnahme rechnet, zeigen die entsprechenden Vorbereitungen: rundherum um das AKW wurde ein fünf Meter breiter Graben ausgehoben und ein SPD - Landtagsabgeordneter forderte die Verstärkung der Polizeikräfte in der Wesermarsch („Bremer Nachrichten", 30.08.77) zur „Sicherheit des AKW" und zum „Schutz" der Bevölkerung.

Biblis: Besetzung jetzt endgültig?

Vor gut acht Wochen wurde auf dem Treffen der BIs aus dem Rhein-Main-Neckar-Raum zum ersten Mal über die Resolution einer Frankfurter BI diskutiert, die sich eindeutig für eine Besetzung des Baugeländes von Block C aussprach. Dieser Antrag wurde begründet mit dem Abschluß des Anhörungsverfahrens, so daß nach der geplanten Übernahme der Entsorgung durch die französische WAA in La Hague jederzeit mit dem Bau begonnen werden könnte, trotz des Protestes von allein 55.000 Einwändern gegen diesen Reaktor. Jetzt hat das Koordinationstreffen der Rhein-Main-Neckar-BIs am 2.9. beschlossen, schnellstmöglichst eine Besetzung zu organisieren. Dazu wurde ein Arbeitsausschuß eingerichtet, der für das nächste Treffen am 9.9. einen Mobilisierungsvorschlag für die geplante Besetzung ausarbeiten soll. Dieser Beschluß wurde von den 17 anwesenden BIs einstimmig verabschiedet.

Viele BI-Vertreter hatten bislang eine Besetzung mit dem Argument abgelehnt, daß dadurch die örtliche Bevölkerung »verschreckt« würde. Jetzt haben sie zwar zugestimmt, was ein schöner Erfolg ist, aber man hat sich noch keineswegs auf ein konkretes Vorgehen geeinigt, so daß noch alles ofen bleibt.

Biblis: Besetzung jetzt endgültig?
Vor gut acht Wochen wurde auf dem
schnellstmöglichst eine Besetzung zu

Aktion gegen das AKW Philippsburg am 18.9.
»Informations- oder Widerstandsaktion«?

Bereits am 7. Juli wurde auf einem Treffen von BIs aus Baden-Württemberg beschlossen, am 14.8. eine Großaktion gegen die Inbetriebnahme von Phillipsburg I und gegen den geplanten Baubeginn des zweiten AKWs dort zu machen. Dagegen gab es auf den weiteren BI-Treffen massive Widerstände, hauptsächlich seitens einzelner Vertreter der BI Waghäusel, der Bürgeraktion Umweltschutz Karlsruhe. Herausgekommen ist dabei zum einen die Verschiebung der Aktion um ganze vier Wochen, außerdem wurde versucht, aus der ursprünglich geplanten Großaktion einen bloßen »Informationstag« zu machen.

Diesem Konzept entspricht die zu anfang der Demonstration angesetzte Kundgebung: hierfür werden Redner geholt, die u.a. zu Fragen der Radioaktivität, Arbeitsplätze und Entsorgung sprechen sollen, um »die örtliche Bevölkerung zu agitieren«. Als einige BIs dagegen massiv protestierten und klarstellten, daß diese Agitation vor der Aktion laufen müsse, konnte noch ein Beitrag zur Kriminalisierung und Repression gegen AKW-Gegner durchgesetzt werden.

Um das konkrete Vorgehen auf der Demo hat es auf dem letzten BI-Treffen am 18.8. Auseinandersetzungen gegeben. Auf die Frage, was getan werden solle, wenn die Polizei die Demo bis zum Bauplatz verbietet, wurde schon von einigen BI-Vertretern angekündigt, daß die Demo auf jeden Fall bei der ersten Polizeisperre beendet werden solle. Sollten die »Chaoten« dann einen Angriff auf die Polizeisperre machen, würden sie sofort weggehen.

Andere BIs vertraten dem gegenüber, daß prinzipiell an dem Recht, am Bauplatz zu demonstrieren, festgehalten werden müsse und nur am realen Kräfteverhältnis entschieden werden köne, ob man dieses Recht aufgeben müsse. Diese BIs machten dazu den Vorschlag, eine Demo-Leitung aus Vertrauensleuten der einzelnen BIs zu wählen, die dann an Ort und Stelle entscheiden soll, ob man weitergeht oder nicht, wenn die Demo verboten wird bzw. der Bauplatz abgeriegelt ist.

Eine »Bürgerinitiative« stellt sich vor

Rund 50 »Bürger« gründeten in Buckenhof bei Erlangen eine Initiative »Recht auf Energie (Vereinigung zur Förderung der sozialen Marktwirtschaft e.V.)«. Daß es sich nicht um eine Bürgerinitiative im herkömmlichen Sinn handelt, wurde schnell deutlich: Aus Nürnberg, Frankfurt und Wuppertal waren die Teilnehmer zusammengekommen, um ihre »Besorgnis über die Ausuferung der Energiediskussion« zu äußern. Ziel ist, den »Einsatz nuklearer Technologien energisch zu fördern«. Sie vertraten u.a., *»daß kleine und kleinste Minderheiten unserer Demokratie und die soziale Marktwirtschaft mit bürgerkriegsähnlichen Methoden und geistigem Terror zu demontieren versuchen«* (»Nürnberger Nachrichten«, »NN«, 20.8.77). Noch einige Äußerungen: Der Verein will *»informieren, die soziale Marktwirtschaft fördern und unserer Demokratie helfen«* (»NN«, 20.8.). *»Wir haben keinen Pfennig Geld von der Industrie gesehen«* (»NN«, 26.8.). Sie planen Flugblatt- und Unterschriftenaktionen, Veranstaltungen — vor allem in Universitätsstädten — außerdem einen »Energiekongreß« in Norddeutschland.

Neben dem Vorsitzenden des Vereins, Professor Dr. Friedrich Wilhelm Winter von der Wuppertaler Uni, wurde Joachim Fricke als Geschäftsführer gewählt. Fricke ist CSU-Mitglied und Vorsitzender der Erlanger »Christlich-Sozialen Arbeitnehmerschaft« (CSA), außerdem nach eigenen Angaben Mitglied des Bund Naturschutz. Unter Pro-AKW-Streitern in Erlangen ist Fricke nicht unbekannt: Seit dem 15. Juli leitete er mehrere Pro-Atomkraft-Veranstaltungen der CSA, zu denen jeweils Referenten zu Themen wie »Energie und Umwelt« usw. sprachen.

Einiges weist darauf hin, daß das ganze ein recht plumper Versuch der Atom-Industrie ist, die Forderung nach »mehr Kernenergie« den Bürgern sozusagen »in den Mund« zu legen:

- von den 50 Gründungs-»Bürgern« waren mindestens neun KWU-ler
- Joachim Fricke arbeitet als Seminarleiter beim »Bildungswerk der bayerischen Wirtschaft« in Regensburg, eine Institution, die in allen größeren bayrischen Städten existiert und im wesentlichen von Siemens und anderen großen Firmen finanziert wird.
- Sicherlich nicht zufällig fand die Gründung in Erlangen, dem Hauptsitz der KWU, statt. Hier gibt es am Ort eine Reihe von Verflechtungen der Siemens AG mit Parteien, Betriebsräten, Bund Naturschutz usw. So ist auch die Veranstaltungsreihe des Herrn Fricke als gezielte Vorbereitung der »BI«-Gründung einzuordnen.

triebsräten, Bund Naturschutz usw. So ist auch die Veranstaltungsreihe des Herrn Fricke als gezielte Vorbereitung der »BI«-Gründung einzuordnen.

Die Begründung Professor Winters, Erlangen habe sich gerade deshalb als Gründungsort angeboten, weil hier die »Anti-AKW-Gruppen« öffentlich für Gewaltanwendung plädiert hätten, ist für jeden Kenner der »Szene« ein gelungener Scherz; Erlangen ist leider hauptsächlich ein Zentrum militanter AKW-Betreiber.

KB/Gruppe Nürnberg

Demonstration gegen das AKW Grafenrheinfeld geplant

Am 3.9. trafen sich elf bayerische BIs in Schweinfurt, um über die geplante Demonstration gegen das AKW Grafenrheinfeld zu beraten. Eingeladen hatte die Bürgeraktion Schweinfurt, in der der gesamte Schweinfurter Stadtrat einschließlich des SPD-Oberbürgermeister Mitglied ist. In der Diskussion vertrat diese BI, daß allein sie das Recht habe, zu entscheiden, welche Form die Demonstration annehmen solle. So wurde z.B. vom FDP-Stadtrat Riederer eine Demonstrationsroute, die drei Kilometer vom Baugelände entfernt verlaufen soll, angemeldet. Das stieß auf einstimmigen Protest aller anderen BIs. In der Diskussion drohte Riederer damit, daß der Stadtrat die Bürgeraktion verlassen werde, wenn am Bauplatz demonstriert werde. Dies akzeptierten die anwesenden BIs nicht. Von ihnen wurde gefordert, auf der folgenden Landeskonferenz einen gemeinsamen Aufruf zu verabschieden.

Begrüßenswert ist, daß das Treffen eine einstimmige Empfehlung ausgesprochen hat, auf Grundlage des Kalkar-Aufrufes zu mobilisieren und an den Orten breite Bündnisse herzustellen.

Kurzmeldungen

Spendenaufruf

Am 12.7.77 griff ein faschistisches Kommando mit Brandsätzen die AKW-Gegner an, die seit Monaten einen Hochspannungmast bei Heiteren (Nähe AKW-Fessenheim) besetzt hielten. Ein Freiburger AKW-Gegner mußte mit schweren Brandverletzungen in die Intensivstation eingeliefert werden. Mitte August teilte die BI Freiburg folgendes zu seinem Gesundheitszustand mit:

„Axel liegt inzwischen über vier Wochen auf der Wachstation. Der ganze Rücken und die Seite von der Schulter bis zur Gürtellinie, eine große Fläche am Schenkel und der linke Arm von den Fingern bis zum Ellenbogen sind verbrannt, wachsen aber schon langsam wieder mit neuer Haut zu. Er liegt eben völlig isoliert, nur seine Eltern und pro Tag ein angemeldeter Besucher können zu ihm."

Wer ihm schreiben möchte:

Axel
c/o Freiburger Bürgerinitiative
gegen Kernenergieanlagen
Wilhelmstr. 15 (Hinterhof)

7800 Freiburg

Die BI Freiburg leitet die Briefe weiter.

Spendenkonto:
W. Döring
AK Umweltschutz
an der Uni Freiburg
Konto-Nr. 1720 224
Öffentliche Sparkasse Freiburg
Kennwort „Brandanschlag"

• • •

Malville-Solidarität

Bremerhaven. Am 25.8. führte das dortige Malville-Komitee eine Solidaritätsveranstaltung durch, zu der 160 Menschen gekommen waren. Im Rahmen dieser Veranstaltung gab Manfred, dem in Malville durch eine Granate die rechte Hand abgerissen worden ist, bekannt, daß er zusammen mit dem in Malville verletzten Michel Grandjean, dem das halbe Bein abgerissen wurde, den verantwortlichen Präfekten Janin anklagen werde.

Um der Klage und den Forderungen nach öffentlicher Untersuchung des Vorgehens der Polizei und Aufhebung der skandalösen Urteile Nachdruck zu verleihen, wird eine Unterschriftensammlung durchgeführt; über 1000 Unterschriften wurden bisher gesammelt. 670 DM konnten auf der Veranstaltung gesammelt werden.

bisher gesammelt. 670 DM konnten auf der Veranstaltung gesammelt werden.

Demontage des Meßturmes in Gerstheim

Seit dem 26. Januar dieses Jahres ist der Platz des geplanten AKW Gerstheim im Elsaß besetzt. Eine der Hauptforderungen der Besetzer ist die Demontage des Meßturmes, an dessen Fuß sie ihre Zelte aufgeschlagen haben. Ende Juli verkündete der persönliche Referent des Präfekten von Strasbourg nun die Entfernung des Meßturmes und betonte gleichzeitig dabei, daß die *„Forderungen der Demonstranten (...) nicht berücksichtigt wurden"*. Welcher bürgerliche Politiker gibt schon gerne zu, daß er dem Druck der Bevölkerung nachgegeben hat . . .

Die Platzbesetzer – mehrheitlich Bewohner der umliegenden Ortschaften – haben angekündigt, bei geringsten Anzeichen für Bautätigkeit die Besetzung in der alten Form wieder aufzunehmen. Außerdem wollen sie weiter Veranstaltungen in der Volkshochschule, im „Freundschafts-Haus" machen, das nach Abbruch auf dem Bauplatz in Gerstheim selber originalgetreu wieder aufgebaut wird (nach „Was wir wollen", Nr. 10/11).

AKW-Gegner verurteilt

Hannover. Zur Mobilisierung zur Demonstration nach Brokdorf am 19.2. hatten zwei hannoversche AKW-Gegner die Mauern einer Kaserne mit einer Parole beschriftet. Deswegen wurde ihnen jetzt der Prozeß vor dem Amtsgericht gemacht. Hatte der Staatsanwalt für eine „geringe" Strafe – 50 DM Geldstrafe – plädiert, verurteilte der Richter den einen als „Überzeugungstäter" zu 300 DM Geldstrafe und den anderen als „Wiederholungstäter" zu einem Monat Gefängnis auf Bewährung.

• • •

Freiburg. Am Freitag, den 26.8. fand in Freiburg ein Solidaritätskonzert für die Malvilleopfer statt. Auf der Veranstaltung traten Sänger aus Freiburg und dem Kaiserstuhl auf, es wurden kurze Beiträge zu dem Schnellprozeß und dem Revisionsverfahren gehalten.

Das Spendenergebnis in Höhe von 3000 DM wurde dem schwerverletzten Bremerhavener AKW-Gegner überwiesen. Die Veranstaltung war mit 600 Besuchern ein schöner Erfolg.

Bereits am Freitag morgen hatten sich Freiburger AKW-Gegner aus Protest gegen die Urteile ans französische Konsulat gekettet, bis sie von der Polizei „befreit" wurden.

Organisiert wurden diese Aktionen von dem Malville-Solidaritäts-Komitee.

Organisiert wurden diese Aktionen von dem Malville-Solidaritäts-Komitee.

Erklärung des AKU Münster

In Anbetracht der zunehmenden Polemisierungs- und Diffamierungskampagne gegen den AKU Münster auf Landesebene sieht sich der AKU Münster zu folgender Erklärung veranlaßt:

Der Arbeitskreis Umwelt Münster ist eine überparteiliche Vereinigung aller unorganisierten und organisierten linken und fortschrittlichen Kräfte mit Ausnahme des KBW.

Der AKU praktiziert auf allen Ebenen das imperative Mandat. Von daher ist es völlig unerheblich, ob ein Vertreter delegiert wird, der außerdem noch im MSB ist. Die Erwähnung dieser Tatsache im ARBEITERKAMPF ist von daher überflüssig und hat nur suggestiven Wert. Sie wird aufs schärfste verurteilt, zumal diese Information wahrscheinlich nur von KB-Sympathisanten aus den eigenen Reihen des AKU kommen konnte. Interessant ist es, in diesem Zusammenhang zu erwähnen, daß aus dem gesamten linken Spektrum Parteiangehörige bisher als Delegierte des AKU fungiert haben. Der aKU vertritt keine moralisierende gewaltfreie Strategie, sondern trifft politische Entscheidungen in Anbetracht seiner jeweiligen situativen Einschätzung und unter Berücksichtigung seiner vorort (Hamm/Uentrop) gewonnenen Erfahrungen mit der nichtstudentischen Bevölkerung.

Der AKU bemerkt selbstkritisch, daß es ein Fehler war, sich zu spät an der Vorbereitung auf Landesebene der Demo in Kalkar zu beteiligen.

Abgestimmt am 1.9.1977 auf dem Delegiertentreffen in Münster

Anmerkung:

Die AKU-Erklärung bezieht sich offensichtlich auf folgende Passage im letzten AK: *»Im AKU Münster, der sich zunehmend BBU-Führungspositionen annähert, gelang es mehrheitlich, einen Beschluß durchzusetzen, der verlangt, daß in einem neuen Kalkar-Aufruf ausdrücklich die Erklärung enthalten sein muß, keine Gewalt gegen Personen anzuwenden. Wer dagegen handelt (z.B. durch Durchbrechen einer Polizeisperre) muß aktiv daran gehindert werden. Dieser Vorschlag stammt übrigens von einem ‚Gewaltfreien' und einem MSB/DKPler«.*

Die AKU-Erklärung geht an dem ARBEITERKAMPF-Artikel und der zitierten Passage ziemlich vorbei:

- weder haben wir die Überparteilichkeit des AKU angegriffen
- noch, daß Vertreter einer bestimmten Organisation delegiert wurden.

Hierüber brauchen wir nicht zu debattieren, weil das nicht die Differenz ist.

Kritisiert haben wir den zunehmend rechten Kurs des AKU, der u.a. in seinen zitierten Forderungen zur Kalkar-Aktion zum Ausdruck kommt. Der Hinweis auf die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei belegt nur noch zusätzlich unsere inhaltliche Kritik. Wir erinnern den AKU an die Überschrift des Artikels, in dem die angegriffene Passage enthalten ist: Die »Itzehoe-Fraktion« wühlt wieder. In diesem Zusammenhang wurde eine Verbindung zur Parteizugehörigkeit eines Delegierten gezogen.

Nachzutragen bleibt noch, daß die abgedruckte AKU-Resolution mit fünf zu drei zu fünf Stimmen verabschiedet wurde.

BI Lüchow-Dannenberg brach Bürgerdialog ab

Am 2. Sept. beschloß die Bürgerinitiative auf einer Mitgliederversammlung von ca. 70 Leuten mit nur wenigen Gegenstimmen den „Bürgerdialog" mit Albrecht und Matthöfer abzubrechen. Es wurde ein neuer Vorstand gebildet, dessen Mitglieder insgesamt diese Entscheidung tragen.

In einem Brief hatte die BI bei Albrecht den längst versprochenen Sicherheitsbericht für die WAA angemahnt (nach „Frankfurter Rundschau" – FR –, 8.8.77).

Am 18.8. erschienen dann bei Albrecht Vertreter der Bürgerinitiativen aus Aschendorf, Gorleben und Lutterloh, sowie Mitglieder des LBU- bzw. BBU-Vorstands. Als Albrecht sich weigerte, den Sicherheitsbericht herauszurücken, wurde das Gespräch nach einer halben Stunde abgebrochen (nach „Landeszeitung" – LZ –, 19.8.77).

Regierungssprecher Poser erklärte zu dem Schritt der BIs: *„Wir hatten den Eindruck, daß das Verhalten der Bürgerinitiativen vorprogrammiert war und sie bewußt den Konflikt mit der Landesregierung suchten"* („LZ", s.o.).

Albrecht hatte den Bruch seiner Zusagen damit erklärt, daß die DWK die Einsicht in den Bericht „verständlicherweise" abgelehnt habe, *„da hierin auch über neue Technologien berichtet werde, die es bisher nirgendwo auf der Welt gibt und die nun nicht gleich den Sowjets oder China in die Hände gespielt werden sollten"* („Elbe-Jaetzel-Zeitung", 24.8.77).

Das ist natürlich absoluter Quatsch, denn der Bericht liegt bereits jetzt in Hannover zur Einsicht aus, und muß mehrere Monate vor dem Genehmigungsverfahren laut Atomgesetz eingesehen werden können. Es handelte sich also um eine reine Provokation gegenüber den BI-Vertretern.

Die Uelzener BI verwies auf Albrechts frühere Worte, daß es in dieser Frage *„keinen unterschiedlichen Wissensstand zwischen Regierung und Bevölkerung geben dürfe"* (aus „Atommüll-Extra").

Dann hatte Albrecht den BIs in provokatorischer Manier angeboten, den Sicherheitsbericht einige Tage im Ministerium einzusehen. Im Rundfunk (NDR II vom 18.8.) erklärte Albrecht dann, *„man muß sich schon ... ein oder zwei Tage freimachen"*, um den Bericht durchzuarbeiten (3.000 Seiten).

Albrecht setzte bei diesem Schritt offensichtlich darauf, in Zukunft allein mit den Lüchow-Dannenbergern ohne größere Öffentlichkeit verhandeln zu können, denn er ließ am Tag der Sitzung des Koordinationsausschusses in der örtlichen Presse folgendes verbreiten: Für die Landesregierung komme nicht mehr das *„völlig undurchsichtige Sammelsurium sogenannter Bürgerinitiativen als Gesprächspartner"* in Frage, sondern nur noch die BI in Lüchow-Dannenberg („EJZ", 24.8.77). Auf dieser Sitzung beschloß der Koordinationsausschuß der BI wunschgemäß mit 9 : 6 Stimmen, beim nächsten Gespräch um das Strukturgutachten wieder teilzunehmen. Herbst und Martens (gleichzeitig Mitglied des Grundbesitzervereins, der ebenfalls mit Albrecht verhandelt) wurden als Vertreter delegiert.

Die letzte Mitgliederversammlung hat diesen Beschluß des KO-Ausschusses nun korrigiert und eine öffentliche Selbstkritik zugesagt.

Gleichzeitig zielt dieser Kurs Albrechts darauf ab, die örtliche BI gegen die erwarteten Demonstranten gegen den geplanten Bau der WAA auszuspielen. Denn Albrecht rechnet bei *„Probebohrungen mit weitaus stärkerem Protest, als es gegen den Bau von Kernkraftanlagen gegeben habe. ‚Wir müssen mit Demonstranten aus allen Teilen Europas bei Beteiligung militanter radikaler Gruppen rechnen'* " („LZ", 20./21.8.77). **Und Albrecht war in der Tat schon weit gekommen.**

Immerhin hatte Herbst als BI-Vertreter schon nach dem ersten Gespräch die Bereitschaft signalisiert, die Probebohrungen ungehindert hinzunehmen.

Dieser Kurs des Bürgerdialogs der BI wurde jetzt aufgrund mehrerer Faktoren geändert. Zum einen ist es inzwischen einer Reihe von BI-Führern nicht mehr möglich, auf dem Mauschelwege mit Albrecht zu verhandeln. So löste es beispielsweise einigen Aufruhr in der BI aus, als wir im ARBEITERKAMPF (Nr. 107) erklärten, daß das Strukturgutachte, wie es in den Verhandlungen geplant worden war, praktisch eine Abfindung mit dem Bau der WAA bedeuten würde. Solche Fragen waren bislang in der BI keineswegs offen diskutiert worden.

Ins Wanken kam die Position des Bürgerdialogs mit Albrecht auch deshalb, weil dessen Behauptung, *„daß eine Entsorgungsanlage nur gebaut wird, wenn damit k e i n e r l e i Gefährdung für die Gesundheit und das Leben unserer Bevölkerung verbunden ist"* (so zuletzt in der „EJZ" vom 24.8.77), in der BI kaum noch Vertrauen findet.

Denn der BI wurden inzwischen Berichte aus Bonner Parlamentsausschüssen zugespielt, aus denen eindeutig hervorgeht, daß die WAA-Be**treiber die Entsorgungsanlage dort bauen, auch wenn der Salzstock noch so mickrig aussehen sollte (siehe Artikel in diesem AK).**

Die Probebohrungen sollen dann nur noch den genauen Ort für die WAA bestimmen.

Der jetzt vollzogene Kurswechsel bedeutet aber keineswegs, daß damit das Ende der Mauschelei mit Albrecht gekommen wäre.

Notfalls wird Albrecht versuchen, die Spaltung in die BI hineinzutragen.

Einen Tag vor dem Gespräch mit den BI-Vertretern lud Albrecht dafür die Lüchow-Dannenberger Kreispolitiker zu sich ein. Sie sollen eine Kommission bilden, um damit entsprechende Öffentlichkeitsarbeit für die WAA zu leisten, da die Landesregierung ja *„als Genehmigungsbehörde keine Propaganda machen dürfe"* („EJZ", 18.8.77).

Entsprechend haben die Parteigrößen des Kreises damit begonnen, BI-Mitglieder im einzelnen zu beakkern.

Gleichzeitig startete Albrecht eine Öffentlichkeitskampagne, um sein Image wieder aufzupolieren. So „forderte" er, den Atommüll nach Grönland zu schaffen und versucht, damit den Eindruck zu erwecken, als ob die von ihm geforderte „europäische Lösung" der Atommüllagerung nicht in Gorleben angepeilt würde (Angaben nach „FR", 20.8.77).

Ständig wiederholt er, daß zumindest nicht vor der Landtagswahl in Gorleben gebohrt werden soll. Derselbe Albrecht, der gerade erst das AKW Esenshamm durchgeboxt hat und der derzeit einen scharfen Kampf führt, damit die geplante Anreicherungsanlage nicht wie geplant nach Gronau, sondern nach Niedersachsen kommt.

Kein Wunder, daß die BI-Mitglieder in Lüchow-Dannenberg zunehmend skeptischer wurden.

AKW-Nein-Kommission

1. Oktober in Antwerpen
»Das große Energie-Geschehen«

Für den 1. Oktober rufen die belgischen Gruppen „Vereinigte Gruppen für Atomstop" (VAKS), der „Bund für bessere Umwelt" (BBL), die entsprechende wallonische Organisation „inter environnement" und die Gruppe „groene fieters" zu einem Aktionstag gegen das belgische Atomprogramm in Antwerpen auf.

Die Protestaktionen sollen unter folgenden Forderungenablaufen:

- **Stop mit dem Bau der AKW's Tihange III, Doel III und IV!**
- **Keine Ausbreitung der Wiederaufbereitungsanlage „Eurochemic"!**
- **Rückzug Belgiens aus internationalen Projekten, wie den Schnellen Brütern in Kalkar und Malville!**
- **Eine gründliche Diskussion der Atomenergie mit vorhergehender ausführlicher Information der Bevölkerung!**
- **Die Sicherheitskontrolle der existierenden Atomanlagen soll durch einen unabhängigen Organismus erfolgen!**

Zu einer Kundgebung am Nachmittag sind neben Sprechern belgischer Parteien auch Vertreter aus dem Ausland geladen, darunter Wüstenhagen (im 1. Aufruf) für die westdeutsche Anti-AKW-Bewegung, Lalonde für die französischen Ökologisten und Sicco Mansholt aus den Niederlanden. Entsprechend sollen auch die Aktivitäten ablaufen:

- Ein Umzug durch die Stadt mit Kinderwagen und Fahrrädern
- Kaspertheater

„Gewaltlose und familienmäßige Teilnahme" steht als Aufforderung unter dem Aufruf.

In Belgien sind bereits vier Atomkraftwerke in Betrieb: Doel I und II bei Antwerpen mit je 400 MW, Tihange I bei Liege mit 870 MW und Chooz an der französischen Grenze mit 50 MW. 1976 lieferten diese AKWs 21% der Elektrizitätsproduktion. Weitere AKWs befinden sich im Bau oder in der Planung: Doel III und Tihange II sind im Bau, Doel IV und Tihange III in der Planung. In der Nähe von Antwerpen in den Gemeinden Mol und Dessel sind außerdem folgende Anlagen in Betrieb:

- Eine Brennstoffabrik der „Belgonnucleaire"
- „Eurochemic": Eine Wiederaufbereitungsanlage von Euratom, die z.Zt. aus politischen Gründen stillgelegt ist. „Eurochemic" muß besondere Bedeutung beigemessen werden, da ein Ausbau der Anlage auf europäischer Ebene im Gespräch ist!
- Ein Versuchszentrum für Atomenergie mit drei Versuchreaktoren bei Mol.

Ziel dieses ehrgeizigen Programms ist, bis 1985 50% der Elektrizität durch AKWs zu erzeugen, was für die relativ kleine Fläche Belgiens eine unheimliche Konzentration von Atomenergieanlagen bedeuten würde!

Die Anti-AKW-Bewegung

Der Widerstand gegen das Atomprogramm der belgischen Kapitalisten und Regierung ist bisher noch relativ gering entwickelt. Neben den „Aktie-KERN" Gruppen, die im VAKS zusammengeschlossen sind, gemeinsam mit der privaten Volkshochschule „Elcker ick" („Elcker ick" hat ein antikapitalistisches Selbstverständnis und macht eine Arbeit zu verschiedenen gesellschaftlichen Fragen), sind es diverse Umweltschutzgruppen wie der BBL und andere regionale Ökologiegruppen, die aktiv gegen AKWs arbeiten. In Belgien fanden bisher drei Demonstrationen gegen AKWs statt: 1975 in Andenne mit 1.000 Teilnehmern; 1975 in Panne mit 1.000 Teilnehmern und 1976 in Huy gegen den Ausbau von Tihange mit 2.000 Teilnehmern.

Diese Demonstrationen wurden im wesentlichen von den oben genannten Gruppen organisiert und auch inhaltlich bestimmt. So richten sich die Forderungen nicht gegen das Atomprogramm als Ganzes, sondern der Stop neu geplanter Projekte wurde gefordert und an den Staat appelliert, *„objektiv aufzuklären"* und *„mit der Bevölkerung zu diskutieren"*. Außerdem werden *„unabhängige Sicherheitsorgane"* für die bestehenden Anlagen angeregt.

Auf der Demonstration in Huy wurde beispielsweise sehr breit über die Gefährdung durch AKWs aufgeklärt und Vorschläge zu „alternativer Energieerzeugung" gemacht. Auf direkte Aktionen gegen die Pläne der Atomindustrie wurde bisher verzichtet.

Teile der belgischen Linken haben bisher in ihrer Presse über Anti-AKW-Aktionen (auch international) berichtet und auch verschiedene Veröffentlichungen zum belgischen Atomprogramm herausgegeben. Praktisch hat die belgische Linke bisher jedoch noch wenig in den Kampf gegen das Atomprogramm eingegriffen und die Auseinandersetzung um Ziele und Formen des Protestes geführt. Entsprechend gering entwickelt ist daher die Diskussion um Fragen, wie sie hier eine Rolle spielen: Gewaltfreiheit, Legalität, Formen des Widerstands, Abgrenzungsbeschlüsse. Allerdings jetzt nach Malville deutet sich eine Änderung an (siehe Presseschau).

Zum 1. Oktober erwarten die Veranstalter ca. 5.000 Teilnehmer in Antwerpen. Voraussichtlich wird während einer Debatte mit ausländischen Vertretern am Abend des 1. Oktober auch ein Sprecher des militanten Flügels der westdeutschen Anti-AKW Bewegung Gelegenheit haben, über den Stand der Bewegung in der BRD zu sprechen.

Belgien-Kommission
KB / Gruppe Bremerhaven

Anti-AKW-Demonstration in Montalto

In Montalto di Castro (Region Latium) will der staatliche Energiekonzern ENEL ein AKW bauen lassen. Dagegen fand am 28. August eine „Nationale Demonstration" statt. Vorausgegangen war ein mehrwöchiges Zeltlager auf dem für den Bau vorgesehen Gelände und eine Demonstration am 6. August im Rahmen der internationalen Malville-Solidarität.

Die Angaben über die Stärke der Demonstration vom 28. August sind unterschiedlich: „il manifesto" gibt 4.000 an, „Lotta Continua" 6.000 bis 8.000 und der „Quotidiano dei Lavoratori" (Zeitung von Avanguardia Operaia) gar 10.000. „Il manifesto" schreibt, daß die Zahl der Demonstranten unter den Erwartungen geblieben sei, während „Lotta Continua" von einem **„Guten Anfang"** schreibt. Letzteres ist zweifellos schönfärberisch, wenn man bedenkt, daß in diesem Jahr in Montalto schon eine Demonstration mit 10.000 Teilnehmern stattgefunden hat, sogar ohne volle nationale Mobilisierung.

Die italienische Anti-AKW-Bewegung hat es ganz offensichtlich nicht leicht, in die Schuhe zu kommen. Dabei ist zum einen zu berücksichtigen, daß das italienische Atom-Programm erst in den Anfängen steckt. (Bisher laufen nur ein paar kleine Versuchsreaktoren). Zum anderen spielt eine wesentliche Rolle, daß die PCI als mächtigste Oppositionspartei erklärtermaßen für das Atomprogramm eintritt und dieses auch mit unglaublicher Hetze und mit Schlägereinsätzen gegen die AKW-Gegner verteidigt. So gab es beim Festival der „Unita" (PCI-Zeitung) in Montalto am 19. August einen brutalen Überfall des PCI-„Ordnerdienstes" mit Schlagketten und Eisenstangen gegen AKW-Gegner aus dem Zeltlager, die zum Diskutieren gekommen waren. (Nichts ist lächerlicher als die Illusion einiger hiesiger „undogmatischer Sozialisten", wonach die PCI eine besonders pluralistische und demokratische Partei sei. „Pluralistisch" ist diese Partei nur im Umgang mit der Bourgeoisie und der Reaktion!)

Selbst in den Organisationen der „Neuen Linken" ist die Frage des Kampfes gegen das Atomprogramm noch nicht völlig ausdiskutiert. Die „manifesto"-Gruppe nimmt zum Atomprogramm eine ähnlich halbherzige Haltung ein wie hierzulande die DKP. In Avanguardia Operaia wurde noch kürzlich eine Diskussion geführt, ob die Atomenergie überhaupt gefährlich sei.

Das Zeltlager am geplanten Bauplatz wurde von „Autonomen" („Spontis) aus Rom organisiert. Von ihnen ging auch die Initiative für die Demonstration am 28. August aus. Das örtliche Komitee gegen das AKW Montalto schloß sich erst zögernd der Initiative an; dasselbe gilt für die „manifesto"-Gruppe und für „Democrazia Proletaria". Von den Organisationen der „Neuen Linken" hat nur Lotta Continua in seiner Presse wirklich voll für die Demonstration mobilisiert.



Montalto will Schulen und Krankenhäuser, kein AKW!

Der Stand ist derzeit so, daß der zunächst von der Gemeinde verfügte zeitweise Baustopp in Montalto inzwischen von einem Gericht aufgehoben wurde. Die Gemeinde hat indessen die ENEL aufgefordert, trotzdem nicht mit dem Bau zu beginnen, bevor einige Punkte „geklärt" sind (Bestechung der Bevölkerung durch soziale Projekte, massive Propaganda für die Notwendigkeit des AKW).

Hungerstreik gegen Atomkraftwerk



Neun Frauen aus dem Vorarlberg haben von Montag, dem 22.8., bis Donnerstag, dem 25.8., vor dem Bundeskanzleramt in Wien mit einem Hungerstreik gegen die geplante Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf protestiert. Die Frauen gehören dem WSL an. Ihre Forderung an Kreisky war: keine Aufnahme des Probebetriebes vor einer parlamentarischen Debatte über das AKW Zwentendorf Ende September. Die Gesundheitsministerin Leodolter gab ihnen die schriftliche Zusicherung, daß „ein Probebetrieb ... ab September nicht in Frage kommt" („Salzburger Nachrichten", 26.8.).

Österreich/Schweiz-Kommission

Malville: Die Diskussion geht weiter

Nachdem wir in AK 111 bereits Stellungnahmen aus der französischen Ökologie-Bewegung und von revolutionären Organisationen (OCT,LCR) zur Demonstration gegen den Schnellen Brüter von Malville (31.7.) veröffentlicht haben, liegen inzwischen weitere Beiträge vor, die das Bild vervollständigen. Die Debatte dreht sich hauptsächlich um die „Gewaltfrage" – die „Gewaltfreien" um die Zeitung „La Gueule Ouverte" lehnen beispielsweise weitere Massenaktionen gänzlich ab – und um die weitere Orientierung der Bewegung. Entscheidend ist dabei, ob es der rechten Fraktion in der Bewegung gelingt, eine Spaltung in „Militante" und „Gewaltlose", „Linksradikale" und „Unpolitische" durchzusetzen, was von diesen Leuten unmißverständlich als Ziel ausgegeben worden ist.

PSU

Die PSU ist die größte französische Organisation links von den Volksfront-Parteien PS und PCF. Im Vergleich zu anderen linken Gruppen verfügt die PSU auch über einigen Einfluß in der Ökologie-Bewegung, mit der sie in den letzten Kommunalwahlen zusammenarbeitete.

Die PSU distanziert sich von der, wie sie schreibt, „*winzigen Minderheit*" von Demonstranten, die ein gewaltsames Vorgehen gegenüber der Polizei eingeschlagen habe. Dadurch sei die Mehrheit der friedlichen Demonstranten in eine gefährliche Situation gebracht worden. Dennoch sei klar, daß der Staat die Konfrontation gewollt und bewußt herbeigeführt habe.

Freilich nimmt die PSU keine „prinzipielle" Position der „Gewaltfreiheit" ein, sondern geht von der Erwägung aus, daß gewaltsame Auseinandersetzungen eine Verbreiterung der Bewegung verhindern würden. Die Herrschenden hätten erkannt, welche Gefahr ihnen gerade im Hinblick auf die Wahlen 1978 von der Ökologie-Bewegung (die vorraussichtlich wieder Kandidaten-Listen aufstellen wird) drohe. Die Demonstration sei in eine Falle gelockt worden, und die Polizei habe die Auseinandersetzung provoziert, um die Bewegung insgesamt zu kriminalisieren und zu isolieren. Das sei auch der Grund dafür, weshalb die PSU vor dem 31.7. vor einem Eindringen in die abgesperrte Zone gewarnt habe (sich aber dann doch der Demonstration anschloß).

Dennoch geht die PSU offensichtlich davon aus, daß dieser Plan der Bourgeoisie gescheitert sei. Denn Malville habe eine breite Debatte in der Öffentlichkeit und in der Presse ausgelöst und damit günstige Bedingungen geschaffen. „*Jetzt ist nicht der Zeitpunkt für einen Rückzug auf sich selbst noch für eine Flucht nach vorn in Aktionen von Minderheiten*". Eine breite Bewegung müsse geschaffen werden „*für eine Denkpause in der Atomenergie und gegen die atomare Bewaffnung*". Als Teilziele schlägt die PSU außerdem den Stopp der Schnellen Brüter sowie aller Neuinvestitionen für industrielle Atomanlagen vor.

Zum konkreten Verlauf der Demonstration kritisiert die PSU das Fehlen eines funktionierenden Ordnungsdienstes zum Schutz der Demonstranten und zur Sicherung demokratisch gefaßter Beschlüsse. Die PSU betont die Bemühungen, die sie zusammen mit OCT, LCR und KB in dieser Frage unternommen habe und bedauert, daß kein gemeinsamer Ordnungsdienst der linken Organisationen unter Leitung der Malville-Komitees zustande kam (dies war von KB und CCA, der jüngsten Abspaltung der PSU, vorgeschlagen worden).

Offenbar ist auch die PSU nicht von Kritik verschont geblieben, zu wenig auf die Demonstration vorbereitet gewesen zu sein und zu wenig Einfluß auf die Organisierung genommen zu haben.

Insgesamt scheint die PSU zukünftig die Anti-AKW-Bewegung weniger der „Autonomie" überlassen und stattdessen selber stärker „mitmischen" zu wollen, was erfreulich wäre. Ein erfreulicher Aspekt ist auch die Hervorhebung der Zusammenarbeit mit anderen linken Organisationen, wenn dies in Malville auch nicht vielmehr als ‚guter Wille' war.

Etwas verkürzt scheint uns jedoch die Einschätzung zu sein, der ganze Polizeieinsatz habe dem Ziel gegolten, die „Wahlchancen" der Ökologie-Bewegung im nächsten Jahr herabzusetzen. Denn hier wird der Aspekt der Spaltung der Anti-AKW-Bewegung, der zweifellos mit zum Kalkül der Herrschenden gehört, nicht gesehen. In diesem Zusammenhang ist es gefährlich, sich die Forderungen nach einem „Moratorium" („Denkpause") völlig unkritisch zu eigen zu machen, mit der die PS gelegentlich wedelt. Dies erst recht, da die PSU offenbar mit dem Gedanken spielt, bei den Wahlen 1978 im zweiten Durchgang Kandidaten der „Volksfront" zu wählen, wenn sie diese Forderung unterstützen.

Denn dieses Manöver von Leuten, die aus ihrer grundsätzlichen Befürwortung der Atomanlagen kein Hehl machen, ist nur die andere Seite des Polizeiterrors, und soll Teile der Anti-AKW-Bewegung auf den parlamentarischen Weg festlegen.

So beruht die von der französischen bürgerlichen Presse systematisch verbreitete Falschmeldung, die westdeutsche Anti-AKW-Bewegung habe die „Denkpause" bereits erkämpft und damit einen „großen Sieg" errungen, offensichtlich nicht auf Uninformiertheit, sondern ist der Versuch, Verwirrung zu stiften und Illusionen zu schüren.

Deshalb ist es unbedingt notwendig, diese Lüge in Frankreich richtigzustellen und die französische Bewegung über die Erfahrungen mit Matthöfer und Co. in der BRD zu informieren (Quelle: „tribune socialiste", Sondernummer August '77).

„Charlie Hebdo"

Die bisher schweinischste „linke" (??) Stellungnahme zu Malville findet sich in der satirischen Zeitung „Charlie Hebdo" (4.8.). Hier wird allen Ernstes behauptet, die Organisatoren der Demonstration hätten sich Todesopfer und Verstümmelte herbeigewünscht: „... *einen kleinen Toten, nur einen, irgend ein kleiner netter Typ, damit morgen die gesamte Presse im In- und Ausland von meiner Demo redet*". Boenisch („Die Jungfrau von Brokdorf", „BamS" anläßlich der Brokdorf-Demonstration vom 19.2.) schreibt mit. Dies ist keineswegs eine Übertreibung. Vielmehr veröffentlicht „Charlie Hebdo" ein „satirisches Gespräch" mit Vital Michalon (dem ermordeten AKW-Gegner), datiert auf den Vortag der Demonstration, überschrieben mit: „*Das menschliche Opfer bleibt in Mode*", bei dem einem die Spucke wegbleibt angesichts eines derart gemeinen Zynismus.

„Charlie Hebdo" ist in der Richtung weitergegangen, die in der BRD schon vom „Pflasterstrand" und einigen weiteren Sponti-Gruppierungen nach Brokdorf eingeschlagen worden war („Der KB geht über Leichen"), und hat damit die faschistischen Tendenzen eines Teils der Ausgeflippten-Szene noch einmal drastisch unter Beweis gestellt.



„Atomenergie oder die Steinzeit ?" – „Beides!"

„Liberation"

Um so erfreulicher ist dagegen ein Beitrag in „Liberation" vom 19.8. unter dem Titel: „Wiedergeburt in Malville".

Malville, heißt es in der Einleitung des Artikels, „*das war für uns genauso bedeutend wie der Mai 68. Auch wenn es militärisch viel schlimmer war*" ... „*Ich will hier nicht von den Leuten reden, die nichts gesehen haben, die sich am Rande der Demo bewegt haben, die heute meinen, sie wurden manipuliert und jetzt rumnörgeln, wie es ihren Gewohnheiten auch entspricht. Für die ist ‚Charlie-Hebdo' genau richtig, ein Organ, das der Frustration solcher Leute und ihrem Abseitsstehen entspricht*".

Als zentrale Erfahrung von Malville wird angegeben: „*Es gab den Gauchismus,* (Linksradikalismus, Anm. AK) *es gab den Spontaneismus. Heute ist eine Synthese in der Luft. Nicht mehr diese bornierte Trennung zwischen dem Kampf und der Lust am Leben*".

Zu der Koordinierung der Komitees heißt es: „*In der Koordinierung setzte man auf eine sogenannte ‚Selbstverwaltung des Kampfes'. Die Achtung vor dem Individuum als solche erweiterte sich bis zur Achtung des Bullen als Menschen. Dadurch war der Einzug der gewaltfreien ‚Philosophie' möglich. Die Radikalsten schlugen zwar vor: ‚Soviele materielle Schäden wie möglich auf dem Bauplatz organisieren', aber der Feind wurde zu einer immer symbolischeren Figur ... Am Tag der Demonstration fand man sich dann wieder, mit 60.000 Demonstranten und 50 Polizeischwadronen, ohne Megaphone, ohne Ambulanzen, ohne Ziel und ohne Ideen*".

Zu den westdeutschen AKW-Gegnern heißt es: „ *Manfred Schulte und die meisten der jungen westdeutschen Demonstranten kamen aus Städten wie Frankfurt oder Hamburg ... Sie haben die schnellsten Bullen Europas und in den Köpfen ihrer Eltern, Lehrer und Chefs sitzen noch*
... Sie haben die schnellsten Bullen Europas und in den Köpfen ihrer Eltern, Lehrer und Chefs sitzen noch
reaktionäre Nostalgien ... Wenn wir sie als ‚reifer' empfunden haben, als wir es selber sind, ist es wahrscheinlich deshalb, weil sie unter viel härteren Bedingungen als wir selber leben. Außerdem kann man davon ausgehen, daß es die besten unter ihnen waren, die in Malville demonstrierten ..."

Und dann ein dickes Lob: „*Wir hatten gedacht, daß sie – die Deutschen – nach den verrückten Westberliner Jahren jetzt sektiererisch geworden wären. Aber ganz im Gegenteil: egal, welche Tendenz sie repräsentierten, sie waren in Malville die Solidarischsten und die Offensivsten ... Sie sind weder Schläger noch Schafe – genau die goldene Mitte.*"

Als Begründung sieht „Libe": „*Bei ihnen zuhause ist der Freiraum sehr eng: für die selbstmörderische Hysterie der RAF gibt es keinen Platz mehr, und auch Landflucht ist nicht möglich. Der einzige Weg ist also der Widerstand, und zwar kollektiv. Das heißt aiso:* **Sich organisieren!** *(dieses alte Wort, was uns so viel Schrecken einflößt!)*" Weiter unten heißt es sehr nett, Michel Grandjeau (der Genosse, der sein Bein verloren hat) habe gesagt: „*Ich fühle mich heute auch ein bißchen wie ein Deutscher*". Und zum Schluß:„ *Wenn wir leben wollen, müssen wir gemeinsam kämpfen und uns organisieren. Unsere militante Vergangenheit ist durch das Verhalten der westdeutschen Genossen, die uns so faszinierten, wachgerüttelt worden.*"

Auch wenn dieser Beitrag sicherlich keinen vereinheitlichten Standpunkt der „Liberation"-Redaktion wiedergibt, finden wir es doch ziemlich beachtlich, daß in einer Alternativ-Zeitung ein solcher Beitrag erscheint. „Liberation" ist immerhin eines der großen Vorbilder von ID, „Pflasterstrand", „info bug" üsw., die nach Brokdorf und Grohnde wohl eine Hetzkampagne gegen den KB anzettelten, aber keine politische Diskussion um die zentralen Fragen der Bewegung zuwege brachten.

Frankreich-Kommission

Frankreich/Malville

Frankreich/Malville

Berufung bestätigt die Willkürurteile von Bourgoin!

Nach anfänglichem Zögern vor allem auf Seiten der französischen Anwälte, ist es inzwischen am 24.8.77 doch zu einer Berufungsverhandlung der Justizfarce von Bourgoin gekommen, in der acht Malville-Demonstranten zu Haftstrafen von bis zu sechs Monaten verurteilt worden waren (s. AK 111). Ergebnis: Bis auf zwei unwesentliche Ausnahmen sind sämtliche Strafen bestätigt worden! Damit folgten die Richter wieder einmal dem Antrag des Staatsanwaltes in allen Punkten. Die beiden Änderungen betreffen einen Schweizer AKW-Gegner, der in Bourgoin drei Monate (davon zwei auf Bewährung) bekommen hatte, und der jetzt freigesprochen wurde, weil das Urteil sich auf nur eine belastende Bullenidentifizierung stützen konnte. Er wäre ohnehin in wenigen Tagen freigelassen worden.

Die zweite Änderung betrifft die französische AKW-Gegnerin Therese, deren Bestrafung wegen „Waffenbesitzes" von drei M8-Muttern wohl gar zu lächerlich war. Ihre einmonatige, zur Bewährung ausgesetzte Strafe wurde in einen Freispruch umgewandelt.

Die Änderungen der Bourgoin-Urteile sind also rein kosmetischer Natur, die hohen Strafen – besonders gegen alle westdeutschen AKW-Gegner – sind trotz fehlender Beweise aufrecht erhalten worden. Die drei noch Inhaftierten (nach dem 1.9.: Lucian Bechtloff, Roland Müller (beide BRD) und Lucien Mons (Frankreich)) brauchen jetzt besonders dringend unsere Solidarität. Sie sind nicht mehr in Lyon, sondern in Grenoble im Knast:

Maison d'arret
F–38660 Varces

Zur Berufungsverhandlung gab es Demonstrationen in Strasbourg, Paris (ca. 3000 Teilnehmer), Lyon (zehn Festnahmen unter den Teilnehmern einer kleinen Protestkundgebung) und vor allem am Prozeßort Grenoble. Dort fand am Nachmittag die bisher größte Anti-AKW-Demo von Grenoble mit über 3000 Teilnehmern statt, nachdem den ganzen Tag über in der Stadt mit Infoständen, Straßentheater usw. informiert und agitiert worden war.

Anmerkungen zur Verteidigung

Die Taktik des französischen Verteidigerkollektivs bestand, wie schon im ersten Prozeß, in einer zu starken Festlegung auf die Plädoyers (das sind die vor dem Urteil stehenden zusammenfassenden Ausführungen der Verteidigung). Diese Schwerpunktsetzung führte z.B. dazu, daß für die Berufungsverhandlung von vornherein bewußt darauf verzichtet wurde, die Ladung von Zeugen zu beantragen. Als Begründung für diesen Verzicht wurde vertreten, daß die Protokolle der ersten Verhandlung die Widersprüche hinreichend aufdecken würden, und daß die Bullenzeugen in einer zweiten Verhandlung mit Sicherheit besser präpariert seien. Der besseren Präparierung sind jedoch Grenzen gesetzt: wie hätte z.B. ein Bullenzeuge ausgesehen, der in Bourgoin keinen der Angeklagten mehr erkennen konnte, wenn er sich jetzt plötzlich in Grenoble wieder „erinnert" hätte?? Das Vertrauen auf die Enthüllung von Widersprüchen durch das bloße Verlesen von Protokollen ist schon in Bourgoin widerlegt worden, wo die Freisprüche nur aufgrund der widersprüchlichen Bullenaussagen im Zeugenstand zustandekamen. Umso mehr wäre es in dieser Berufung darauf angekommen, die wackligsten Belastungszeugen vor aller Öffentlichkeit und im Beisein der Presse in die Enge zu treiben, ihre Lügen zu entlarven und damit den Richtern die Möglichkeit zu nehmen, Verurteilungen auf falsche Identifizierungen stützen zu können.

In diesem Sinn kommentiert auch die linke französische Zeitung „Liberation" (als einzige in so scharfer Form) die Illusion der französischen Verteidiger: „*Den ganzen Nachmittag über wiederholte ein Anwalt nach dem anderen jeder auf seine Weise, was schon in Bourgoin erklärt wurde: die Polizeigewalt, die Psychohetze des Präfekten, die Deutschenhetze, die bewußte Falle der Polizisten, die Schüsse mit Offensivgranaten, den Toten, die Verletzten, die Notwendigkeit, Verurteilte zu schaffen, die Willkür der Festnahmen, die falschen Identifizierungen, die Mißhandlungen, die Widersprüche in den Polizeiaussagen, die Farce von Bourgoin ... Was hätten sie hinzufügen können? Die Verteidigung versuchte das Spielchen, die Richter mit Worten überzeugen zu wollen, die ihrerseits ihre offensichtliche Teilnahmslosigkeit zur Schau stellten (...). Man könnte glauben, daß einmal mehr die Verteidigung zu nichts nutze ist...*" („Liberation", 25.8.77).

Auseinandersetzungen unter den westdeutschen Verteidigern

Über die Taktik der Verteidigung gab es auch Auseinandersetzungen unter den vier westdeutschen Anwälten, die, wie schon in Bourgoin, zur Unterstützung der westdeutschen Angeklagten nach Grenoble gekommen waren. Es zeigten sich hier dieselben Widersprüche über die politische Prozeßführung, wie sie auch in der Vorbereitung der Grohndeprozesse auftreten. Neben der grundsätzlichen Forderung nach sofortiger Einstellung aller Strafverfahren gibt es in solchen Verfahren drei Möglichkeiten des Vorgehens: gibt es „Beweise" für die „Schuld" der Angeklagten, so nutzt man die Gerichtsverhandlung zu einer politischen Anklage gegen das Atomprogramm; sind die Zeugenaussagen der belastenden Bullen jedoch fadenscheinig und widersprüchlich (was in Malville und Grohnde aufgrund der willkürlichen Festnahmen auf dem Rückzug der Fall ist) so muß man auf jeden Fall z u s ä t z l i c h zur politischen Anklage eine konkrete Enthüllung der Zeugenwidersprüche zum Schwerpunkt machen; ist die Bewegung sehr stark, so besteht die Möglichkeit, die Gerichte zu boykottieren.

Es liegt auf der Hand, daß letzteres leider nicht unsere heutige Situation ist.

Die Gründe für die Auseinandersetzungen um den Hamburger Ermittlungsausschuß der BUU liegen u.a. in einer gründlichen Verwirrung der „Autonomen", die die drei o.g. Fälle nicht mit dem Stand der Bewegung in Einklang bringen können. Zwar dementieren sie bei jeder Gelegenheit mit Vehemenz, daß sie das Aufzeigen von Widersprüchen in Zeugenaussagen als „juristische Scheiße" ablehnen würden, dennoch argumentieren sie im Gegensatz dazu oft genug auch damit, alle Vorarbeit sei sowieso umsonst, da die Bourgeoisie eben verurteilen w i l l, komme was wolle; o h n e zu sehen, welche Möglichkeiten zur Entlastung der Angeklagten vorliegen. Stattdessen soll dann durch ein neues Anti-Atom-Dorf, Solidarität geübt werden ... Jeder Angeklagte wird sich dafür bedanken, durch eine derart blinde „Verteidigung" das Risisko einer höheren Verurteilung einzugehen.

Diese Haltung hatte auch eine Anwältin des Hamburger „autonomen Ermittlungsausschusses", die zu den Malville-Prozessen nach Frankreich kam und die aufgrund ihres späten Erscheinens und des Beharrens auf der Prozeßtaktik der „Autonomen" nicht zu einer Absprache mit den anderen Verteidigern bereit war und statt dessen nur dem langen Reigen der Plädoyers ein weiteres sehr allgemeines hinzufügte!

Frankreich-Kommission

12.000 in Bern, 8.000 in Graben

Schweiz. Am letzten August-Wochenende (26. bis 28.8.) demonstrierten die schweizerischen AKW-Gegner eindrucksvoll, welche Breite und Stärke die Anti-AKW-Bewegung nach den Aktionen im Frühjahr und Sommer — Pfingstmarsch und Großaktionen in Gösgen — gewonnen hat.

Im Rahmen der Kampagne für einen vierjährigen Baustopp aller Atomanlagen in der Schweiz fand am 27.8. in Bern eine nationale Demonstration statt. Ca. 12.000 AKW-Gegner aus allen Kantonen demonstrierten in strömendem Regen vom Hauptbahnhof durch die Berner Innenstadt vor das Bundeshaus (Sitz der Schweizer Regierung). Während der Demonstration wurden immer wieder Parolen gerufen wie

— *»Vierjähriger Baustopp jetzt, sonst wird wieder besetzt!«*
— *»Die Lügen des Bundesrates wir durchschauen, deshalb auf die eigenen Kräfte vertrauen!«*
— *»Ob Bundesrat oder Atomwirtschaft — Atomkraftwerke gehören's abgeschafft!«*

Auf zahlreichen Transparenten forderten AKW-Gegner aus den einzelnen Regionen den vollständigen Verzicht auf »ihre« jeweils dort geplanten oder im Bau befindlichen AKWs. Es wurden sehr viele Parolen getragen, durch die auf die Gefahren der radioaktiven Verseuchung hingewiesen wurde, auch Transparente gegen die lügenhafte Behauptung »Atomenergie schafft Arbeitsplätze« und gegen die rücksichtslose Profitsucht der Atomwirtschaft waren recht zahlreich. Einige Frauengruppen beteiligten sich mit eigenen Transparenten, die sie mit Frauenzeichen versehen hatten; auf einem Transparent forderten Frauen die Abtreibung des Atomprogramms (in Anspielung auf die derzeitige Auseinandersetzung um die »Fristenlösung« in der Schweiz). Einige Demonstranten protestierten mit ihren Transparenten gegen den Aufbau des Atom-Polizeistaates; ein Transparent forderte: *»Keine Verfolgung und Bespitzelung*
der Schweiz). Einige Demonstranten protestierten mit ihren Transparenten gegen den Aufbau des Atom-Polizeistaates; ein Transparent forderte: *»Keine Verfolgung und Bespitzelung*
von AKW-Gegnern!« Für unsere Verhältnisse ungewohnt: nur wenige Transparente waren aus rotem Stoff, rote Fahnen waren gar nicht zu sehen.

Die Demonstranten wurden von allen Seiten aus den Häusern von Polizisten gefilmt. Die Demonstrationsteilnehmer reagierten mit Empörung darauf, Rufe »wie die Nazis« wurden laut. Manche versuchten, durch das Aufsteigenlassen von zahlreichen gasgefüllten Luftballons, den Spitzeln die Sicht zu nehmen. Eine Statue am Straßenrand wurde mit Anti-AKW-Aufklebern verschönert. Die Bullen sahen darin einen Anlaß zum »Einschreiten«. Wieder erhob sich breiter Protest unter den Demonstranten. Einige ganz besonders auf »Gewaltfreiheit« bedachte AKW-Gegner entfernten die hübschen Kleber.

Auf dem Platz vor dem Bundeshaus, eingerahmt von den würdigen alten Gebäuden Schweizer Großbanken, begann die Kundgebung mit Liedern gegen Atomkraftwerke, gesungen von schweizerischen Liedermachern. Sprecher der »Nationalen Koordination« der Schweizer AKW-Gegner trugen in allen drei Landessprachen eine gemeinsame Rede vor. Diese Rede war ein Kompromiß der beteiligten Bürgerinitiativen und Anti-AKW-Gruppen, die teilweise sehr unterschiedliche Positionen zu der Forderung nach vierjährigem Baustopp haben. Diese Forderung stand im Mittelpunkt des Referats. Zur Begründung der von der gesamten Anti-AKW-Bewegung getragenen oder unterstützten Forderung führten die Sprecher an: *»Die Atomtechnologie stellt eine neuartige Stufe unmittelbarer und sozialer Bedrohung dar«.* Ausführlich wurden die unmittelbaren Gefahren durch radioaktive Verseuchung auch im Normalbetrieb von AKWs, die Bedrohung zehntausender Menschen durch mögliche AKW-Unfälle und sonstige Risiken (Atommüll), denen die Bevölkerung ausgesetzt werden soll, erklärt. Vor weiteren sozialen und politischen Folgen eines realisierten Atomprogramms wurde gewarnt: *»Die Atomtechnologie bedeutet eine weitere Einschränkung unserer freiheitlichen und demokratischen Rechte.* (...) *Mit dem Hinweis auf die vorhandenen Risiken werden umfangreiche Bespitzelungen und der Aufbau paramilitärischer Bewachungstruppen ... gerechtfertigt«.* Weitere Fragen, wie das Profitinteresse der Energiewirtschaft, Strompreiserhöhungen für die Verbraucher wegen der kaum übersehbaren Kosten des Atomstroms (Störanfälligkeit der AKWs, Atommüllagerung usw.) wurden angesprochen. *»All das wissen natürlich auch der Bundesrat und die Energiewirtschaft. Weshalb wollen sie unseren Forderungen aber trotzdem nicht nachgeben? Ganz einfach: Die kurzfristigen Profitinteressen lassen das Risiko eines möglichen Unfalls sowie die kaum zu verhindernde Entwicklung zum totalen Polizeistaat als annehmbar erscheinen«.*

Die Sprecher bekräftigten, daß die Bevölkerung das Atomprogramm wegen all seiner Risiken und Folgen ablehne (laut Umfrage-Ergebnis). Da Petitionen, Resolutionen und Abstimmungen nichts bewirkt hätten, werde jetzt von der ganzen Schweizer Anti-AKW-Bewegung der sofortige Bau- und Bewilligungsstopp für alle Atomanlagen gefordert. Daß in der Bewegung recht unterschiedliche politische Vorstellungen nicht nur zu dieser Forderung bestehen (taktische Forderung oder Kampfziel), klang in dem
Hinweis an, der Staat versuche durch wegung recht unterschiedliche politische Vorstellungen nicht nur zu dieser Forderung bestehen (taktische Forderung oder Kampfziel), klang in dem
Hinweis an, der Staat versuche durch Manöver und Scheinzugeständnisse wie z.B. die Neufassung des Atomgesetzes, die Anti-AKW-Bewegung zu spalten. *»Dazu darf es aber nicht kommen: Neben allen legalen Mitteln, dem parlamentarischen und gerichtlichen Weg, müssen wir den Interessen der Energiewirtschaft eine starke und geschlossene Bewegung entgegenstellen, eine Bewegung, die notfalls die direkte Aktion als legitimes Mittel anwendet. Erinnern wir uns daran, daß größte Zugeständnis, der Baustopp in Kaiseraugst, wurde durch die direkte Aktion, die Besetzung des Bauplatzes, erzwungen«.* Entscheidend sei die weitere Stärkung der Anti-AKW-Bewegung, betonten die Sprecher. *»Nur, indem wir uns organisieren und indem wir uns mit den Mitteln der Volksbewegung für unsere Interessen einsetzen, können wir den Bundesrat zwingen, unsere Forderungen zu erfüllen!«* Die wesentlichen Forderungen wurden noch einmal angeführt: Neben dem vierjährigen Baustopp der Verzicht auf die bekanntermaßen geplanten oder im Bau befindlichen AKWs und Atommülldeponien. Zum Schluß wurde eine Resolution mit großem Beifall angenommen, die ebenfalls die Forderung nach Baustopp enthält. Weiter heißt es in der Resolution: *»Sollte der Bundesrat den Baustopp nicht aussprechen, so werden wir geeignete Mittel und Wege suchen, den Baustopp selbst durchzusetzen«.* Die Kundgebung endete in einer sehr kämpferischen Stimmung.


12.000 AKW-Gegner demonstrierten am 27.8. in Bern

Graben-Fest

Ca. 5.000 der Demonstranten zogen anschließend zurück zum Hauptbahnhof und fuhren per Sonderzug nach Graben, wo vom 26. bis 28.8. das sogenannte Graben-Fest stattfand. Um den Kampf gegen das geplante AKW Graben zu unterstützen und eine breite Diskussion über die Problematik der Atomenergie zu führen, wurde mit ca. sechsmonatiger Vorbereitung nahe dem Baugelände dieses Fest organisiert. In entlegener, landschaftlich sehr schöner Gegend, ca. 25 Kilometer von Bern entfernt, hatte der eigens gebildete »Verein Graben-Fest« auf einer Wiese ein riesiges Festzelt (5.000 Sitzplätze) aufstellen lassen. Auch hier hatte der Dauerregen für erschwerte Bedingungen gesorgt. Der Boden im Festzelt verwandelte sich unter dem Ansturm von ca. 8.000 Besuchern am Samstagabend (27.8.) in einen glit-
hatte der Dauerregen für erschwerte Bedingungen gesorgt. Der Boden im Festzelt verwandelte sich unter dem Ansturm von ca. 8.000 Besuchern am Samstagabend (27.8.) in einen glit-
schigen Morast.

Im Zelt traten unter dem brausenden Beifall der Teilnehmer Folkloregruppen, Liedermacher, Politrockgruppen usw. auf. Auf der Bühne drängten sich hinter den Akteuren Festteilnehmer, die es schafften, auf engstem Raum noch zu tanzen.

Der Vormittag des 28.8. verlief wesentlich ruhiger. Es wurden Arbeitsgruppen gebildet, in denen verschiedenste Aspekte des Kampfes gegen AKWs diskutiert wurden. In einem Extrazelt wurde ein Kinderprogramm geboten. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden bei einer Großkundgebung am Nachmittag im Zelt vorgestellt, dazu Referate gehalten, die z.B. die Propaganda der Atomindustrie in den einzelnen Punkten widerlegten, die sich mit Formen und Möglichkeiten des Widerstandes befaßten u.a.m. An diesem Nachmittag strömten wieder 6 bis 7.000 Menschen auf dem Festgelände zusammen, unter ihnen diesmal sehr viele Bewohner der Umgebung.

Behördenschikanen auf dem Weg zum Graben-Fest

Zustandekommen und Durchführung des Graben-Festes hatte eine Höchstleistung der Organisatoren erfordert. Ständigen Diffamierungen der Presseorgane und »interessierter Kreise« ausgesetzt, hatten ihnen obendrein Behörden und Verwaltungen der betroffenen Gemeinden alle erdenklichen Schikanen und Erschwernisse in den Weg gelegt. Bauern wurde es untersagt, ihre Wiesen an die Veranstalter zu verpachten, die Vermietung von Toilettenanlagen wurde wenige Tage vor dem Fest zurückgenommen, nahegelegene Straßen plötzlich mit Parkverbot belegt, die Veranstalter sollten für alle »möglicherweise auftretenden Schäden« und »gesetzwidrigen Handlungen« von Festteilnehmern haften. Jegliche parteipolitische Betätigung wollten die Behörden für die Dauer des Festes verbieten (!) u.v.m. Mit juristischen Mitteln, endlosen Verhandlungen, Bitten und Protesten wurden schließlich so viele Hindernisse aus dem Weg geräumt, daß das Fest stattfinden konnte.

Anmerkungen zum Graben-Fest aus unserer Sicht

Anmerkungen zum Graben-Fest aus unserer Sicht

Das Graben-Fest kann ebenso wie die Demonstration in Bern als wichtiger Erfolg für die schweizerische Anti-AKW-Bewegung betrachtet werden. Mit einem derartigen Massenzustrom hatten sicher auch die Veranstalter nicht gerechnet. Von daher können wir sie nur beglückwünschen. Allerdings haben bei uns, Genossen der Schweiz-Kommission, die dabeiwaren, einige Dinge auch einen weniger guten Nachgeschmack hinterlassen. Wir wurden z.B. gleich nach Ankunft recht deutlich darauf hingewiesen, daß wir unsere mitgebrachten Anti-AKW-Broschüren und den ARBEITERKAMPF nicht anbieten dürften, da »parteipolitisches« Auftreten untersagt sei. Das nicht etwa wegen behördlicher Auflage — dagegen hatten sich die Veranstalter zur Wehr gesetzt — sondern wegen einer freiwilligen Übereinkunft der Veranstalter untereinander! Man erhoffte sich von dieser Maßnahme, daß Presse und Rundfunk das Fest deswegen nicht als Zusammenrottung von Kommunisten und Gewalttätern diffamieren könnten, daß dadurch der Hetze unter der ansässigen Bevölkerung der Wind aus den Segeln genommen würde, daß das stets befürchtete »Verschrecken« der Bevölkerung durch die für jeden sichtbare Teilnahme von linken Gruppen vermieden werde. Die Veranstalter selbst betonten, sie wollten zu einer demokratischen Bewegung beitragen, die allen AKW-Gegnern, gleich welcher politischen Anschauung, offenstehen müsse. Selbstverständlich sollte es in einer demokratischen Bewegung doch sein, daß alle ihre Anschauungen auch frei schriftlich und mündlich äußern dürfen. Vor der reaktionären Hetze, die eine gleichgeschaltete Presse über die AKW-Gegner ergießt, kann sich die Bewegung dadurch sicher nicht schützen, sondern sie weicht vor ihr zurück und unterwirft sich in diesem Punkt.

Eine der Arbeitsgruppen hatte am Samstag, 28.8. über diese Frage diskutiert und war zu dem Standpunkt gekommen, daß eine Selbstzensur innerhalb der Bewegung abzulehnen sei. Dies wurde unter großem Beifall während der nachmittäglichen Kundgebung vorgetragen. Das Verkaufsverbot von Publikationen linker Organisationen ließ sich im Verlauf des 28. dann auch nicht mehr durchsetzen, da verschiedene linke Gruppen aus der Schweiz ihre Zeitungen anboten. Uns wurde schließlich ein kompletter Informationsstand beschafft, wo wir unser Material auslegen konnten.

Noch einige andere Dinge erregten nicht nur unser Mißfallen. So hatte eine Truppe von zahlreichen Ordnern Anweisung, jede »illegale Handlung« von Festteilnehmern zu verhindern. Am nahegelegenen Bauplatz des AKW Graben waren speziell »Ordnungskräfte« aufgestellt, die eine mögliche spontane Aktion gegen den Bauplatz verhindern sollten. Es bestand darüber hinaus noch eine Vereinbarung mit der Polizei, daß die mit Sprechfunk ausgerüsteten Ordner in diesem Falle sofort Polizeiunterstützung anfordern sollten!! Unter diesen Umständen hatten es verschiedene linke Organisationen abgelehnt, Genossen für den Ordnerdienst bereitzustellen. Wenn auch vorher ein »friedliches Fest« vereinbart war, so kann es doch keinesfalls Sache von AKW-Gegnern sein, Polizeifunktion einzunehmen und Polizei-Helfershelfer bei Aktionen gegen AKWs zu werden. Derartige Vorkommnisse sollten in der Anti-AKW-Bewegung scharf verurteilt werden!
und Polizei-Helfershelfer bei Aktionen gegen AKWs zu werden. Derartige Vorkommnisse sollten in der Anti-AKW-Bewegung scharf verurteilt werden!

Manches wird erklärlich (deswegen durchaus nicht akzeptabel), wenn man von der politischen Zusammensetzung des »Verein Graben-Fest« hört. Linke Kräfte sind dort offenbar kaum repräsentiert, hauptsächlich vertreten sind reformistische, auf »Gewaltfreiheit« eingeschworene AKW-Gegner und darüber hinaus sehr weit rechts stehende Leute, die z.B. ein Referendum gegen die »Überfremdung« durch Gastarbeiter verlangt hatten und für deren Rausschmiß aus der Schweiz eintreten (die »Nationale Aktion«). Es wird nötig sein, daß die Linke in der schweizerischen Anti-AKW-Bewegung um diese wie auch alle anderen strittigen Fragen innerhalb der Bewegung eine offensive Auseinandersetzung sucht, damit nicht der erreichte politische Stand und die Stärke und Breite der Bewegung durch Zurückfallen auf Positionen des ausschließlichen Verhandelns und des Vertrauens auf die staatlichen Institutionen gefährdet wird.

Insgesamt sehen wir jedoch das Fest wie auch vor allem die Demonstration in Bern als Schritte in die gegenteilige Richtung an.

Ein Beitrag zur Diskussion über die Atomschutz-Initiative und die Forderung nach vierjährigem Baustopp sowie die Stellung der linken Organisationen veröffentlichen wir im nächsten AK.

Zwei Schweiz-Besucher
KB/Gruppe Bremen




Tausende demonstrierten im Juli für sofortigen Baustopp in Gösgen. Zum ersten Mal machten die AKW-Gegner dabei massive Erfahrungen mit der brutalen Staatsgewalt



Salem: »Arbeitsdienst — Gegenmittel zum Terrorismus«

Das sogenannte *»Kinder- und Jugendhilfswerk Salem«* gilt als »gemeinnütziges Sozialwerk«, genießt also steuerliche und andere Vergünstigungen. Betreiber ist die rechtsradikale *»Bruderschaft Salem GmbH«*. Der Vorstand dieses Vereins besteht aus Ärzten, darunter Figuren aus der rechtsradikalen Szene wie Prof. Dr. med. H. Mommsen und Dr. med. Bruker. Beide gehören gleichzeitig u.a. zum »Wissenschaftlichen Beirat« der rassistischen *»Gesellschaft für Biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung«*, deren 1. Vorsitzender der Krawall-Faschist Jürgen Rieger aus Hamburg ist (u.a. Funktionär der AKON, der »CSU-Freundeskreise« u.ä.). Mommsen und Bruker gehörten außerdem zur früheren Spitzenmannschaft des WSL (»Weltbund zum Schutz des Lebens«). Ein hochinteressanter brauner Filz also!

Die »Salem«-Leute unterhalten u.a. mehrere *»Salem-Kinderdörfer«*, für die sie in Anzeigen, Postwurfsendungen usw. ganz unpolitisch um Spenden werben. In diesen Lagern werden die Kinder mit zackiger Militärmusik gedrillt und reaktionär indoktriniert. Darüber hinaus streben die »Salem«-Leute schon seit einiger Zeit eine Ausdehnung ihrer Tätigkeit an: Ein sogenannter *»Arbeitsdienst«* für Jugendliche (nach Nazi-Vorbild) war im Gespräch. Inzwischen hat das Projekt offenbar konkretere Formen angenommen. So verschickte die »Bruder-

gendliche (nach Nazi-Vorbild) war im Gespräch. Inzwischen hat das Projekt offenbar konkretere Formen angenommen. So verschickte die »Bruder-

schaft Salem GmbH« kürzlich ein hektographiertes Anschreiben an die Presse: *»Betrifft: Bekämpfung des Terrorismus, ein Mittel dazu: der Salem-Arbeitsdienst [schon vor einiger Zeit gegründet]«*. In dem Schreiben wird zunächst auf die Jugendarbeitslosigkeit eingegangen, *»die zu innerem und äußerem Chaos«* sowie zum *«Haß auf die böse Umwelt«* führe, woraus wiederum der »Terrorismus« hervorgehe. Als Antwort auf das *»Problem des Terrorismus und der Jugendarbeitslosigkeit«* sei der *»Salem-Arbeitsdienst«* gegründet worden: *»Junge Menschen sollen, statt im Müßiggang, der bekanntlich aller Laster Anfang ist, zu verludern, in den Salem-Kinderdörfern ,durch Arbeit dienen'«*. Eingesetzt werden sie als Gärtner, Tierpfleger, bei den Hausarbeiten und als Bauleute. *»Der Einsatz soll mindestens ein halbes Jahr, lieber ein ganzes Jahr betragen«*. Außer »Arbeitskleidung«, »sauberen Unterkünften« und »biologisch-gesunder Vollwertkost der Salem-Küche« winkt den dienenden Jugendlichen auch noch ein »angemessenes Taschengeld«. — Den Gedanken, daß dabei die Jugendlichen als billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden, weist die »Salem GmbH« natürlich weit von sich! Schlußsatz des Schreibens, das offenbar als Artikelvorlage für die Presse gedacht ist: *»Da bleibt kein Raum mehr für Terror!«*. — Wir meinen: Man wird sehen! ...

vorlage für die Presse gedacht ist: »Da bleibt kein Raum mehr für Terror!«. — Wir meinen: Man wird sehen! ...

»Kinderbauhof« jetzt unter städtischer Regie

Darmstadt: Mitte Juli beschloß die Darmstäder Stadtverordnetenversammlung, den „Kinderbauhof", in dem ausländische Kinder von Eltern in eigener Verantwortung betreut werden, in städtische Regie zu übernehmen.

Diesem Beschluß vorausgegangen waren heftige Angriffe von Seiten der bürgerlichen Parteien. So sprach die Stadtverordnetenversammlung zeitweise eine Mittelsperrung aus. Die CDU hetzte in bekannter Manier:

„Für die CDU hat dabei die Überlegung eine Rolle gespielt, daß hier offensichtlich eine elitäre Gruppe mit öffentlichen Mitteln für eine Aufgabe, nämlich Integration ausländischer Kinder, gefördert werde, wie sie etwa Caritas weitaus kostengünstiger erfülle".

Der SPD-Vorschlag zielte darauf ab, den Kinderbauhof in einen leerwerdenden Kinderhort umzuquartieren. *„Zwar sei dieses Gebäude sehr renovierungsbedürftig, doch sei zu erwarten, daß die Elterninitiative auch hier bereit sein werde, einen erheblichen Eigenbeitrag zu leisten"* („Darmstädter Tagblatt", 15.6.77).

Aufgrund zu erwartender Proteste einigten sich SPD und CDU, den „Kinderbauhof" nicht zu schließen, sondern enger an ihre Vorstellungen zu binden. Das geht deutlich aus den Erläuterungen des Beschlusses hervor. Dort heißt es:

„Die Eltern sollen entsprechend ihren Möglichkeiten zur Mitarbeit v e r p f l i c h t e t werden. Sie übernehmen Kinder- und Hausaufgabenbetreuung, die Zubereitung von Mahlzeiten, Organisationsaufgaben, Putzen und andere Arbeitseinsätze" („DE", 16.7.77). Die Eltern sollen also für all die Aufgaben verpflichtet werden, die eine Senkung der Kosten bringen.

Während die P f l i c h t e n der Eltern sehr präzise formuliert wurden, verhält es sich mit den Rechten sehr schwammig. *„Die beiden hauptamtlichen Mitarbeiter sollen ,auch auf Vorschlag und im Benehmen mit dem Verein' angestellt und vergütet werden. Organisation und pädagogische Arbeit führt der Verein im Einvernehmen mit der Stadt im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen durch"* („DE", 16.7.77). Die Forderung der Eltern, sich den Betreuer selbst auszusuchen, bzw. ein Einspracherecht zu haben, bezeichnete die CDU als *„linkselitäres Gedankengut, das sie keinesfalls verantworten will"* („DT", 6.7.77).

Die Übernahme des Kinderbauhofs in städtische Regie auf der genannten Grundlage ist zunächst bis 1979 begrenzt. Damit bleibt weiterhin die Bedrohung für den Kinderbauhof bestehen.

Für die Zukunft dieser Initiative wird es wichtig sein, die Diskussion mit den anderen Kinderinitiativen in Darmstadt zu suchen und gemeinsam mit diesen geeignete Abwehrmaßnahmen zu entwickeln.

KB/Gruppe Darmstadt

Entlarvt die militaristischen Kinder-Fänger!



Recht zügig kommt die Bundeswehr mit diversen Veranstaltungen der »Forderung nach Transparenz der Streitkräfte« nach — so meinte der Kapitän zur See Lawrence in der »Hamburger Morgenpost« vom 9.6.77. Am 6.8.1977 z. B. — ausgerechnet am 32. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima — veranstaltete die Bundeswehr in der Scharnhorst/Flex-Ems-Kaserne in Lingen eine Militaristenschau für Kinder:

Kinder auf Panzern, Kinder in Jeeps, Kinder in Sturmbooten auf der Emse, Kinder auf Krads — das gesamte Programm war auf die Altersstufe der 10 — 13jährigen zugeschnitten.

Natürlich »durften« die Kinder auf dem Schießstand mit Maschinengewehren, die mit Platzpatronen geladen waren, »Ernstfall« spielen.

Und natürlich war auch dafür gesorgt, daß sich die Eltern »informieren« konnten.

Offensichtlich nutzt die Bundeswehr besonders die Ferienzeit für ihre Propagandafeldzüge.

So konnten z. B. am 3.8.1977 65 Kinder in der Donnerberg-Kaserne in Stolberg bei Aachen im Rahmen eines

Propagandafeldzüge.
So konnten z. B. am 3.8.1977 65 Kinder in der Donnerberg-Kaserne in Stolberg bei Aachen im Rahmen eines

Ferienprogramms der »Faszination« erliegen, »die Technik, besonders Waffentechnik, auf Kinder« ausübt (Westberliner »Extradienst«, 9.8.77).



Am 4.6.77 konnten Kinder anläßlich des Geburtstagsspektakels des Feldartilleriebatallion 11 in der Freiherr-von Fritsch-Kaserne in Hannover sogar den Umgang mit scharfgeladenen Maschinengewehren lernen, mit denen sie auf ein aufgehängtes Modellflugzeug anlegten. Panzerfahrzeuge, Luftabwehrgeschütze und Panzerfaust waren weitere »Attraktionen« für die Kinder (AK 107).

Am 4. und 5. Mai 1976 veranstaltete die Bundeswehr in der Hamburg-Jenfelder Lettow-Vorbeck Kaserne ebenfalls einen Propagandatag. Soldaten hoben Kleinkinder auf Geschützrohre, Knirpse vergnügten sich an Maschinengewehren und Neun-Millimeterpistolen. Am gleichen Wochenende dasselbe Bild in der schleswig-holsteinischen Gemeinde Horst (AK 89).

Am 6.5.1976 warben Plakate für das »Kinderfest der 2/177 Boehm-Kaserne«, auf dem den Kindern die »Sicherheitspolitik der Bundesrepublik« so richtig mit Figuren wie Ernie und Bert (»Sesamstraße«) als Schmuck auf Panzern und Jeeps nahegebracht wurde.

Aber die Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr beschränkt sich nicht nur auf solche Veranstaltungen. Neben zahlreich erbauten Spielplätzen, diversen Patenschaften mit Waisenheimen und »Wohltätigkeits-Konzerten für behinderte Kinder« preist die Bundeswehr besonders gerne Schulbesuche an:

— Auf einem »Informationstag« in der Lüneburger Schlieffenkaserne z. B. »durfte« eine Gymnasiumsklasse aus Winsen sich im Schießkino probieren (»Stern«, 16/76).

— Mitte des Jahres 1974 gelang es der Bundeswehr, anläßlich einer »Werbewoche« 30 Schulsprecher und Schülerzeitungsredakteure verschiedener Hamburger Gymnasien mit Jugendoffizieren auf die Fregatte »Braunschweig« zu einer Fahrt mit kostenlosem Mittagessen zu locken (»Rebell«, 1/74).

Zu den Versuchen, Kinder und Jugendliche noch stärker als bisher für den Militarismus zu begeistern, gehört auch eine gemeinsame Tagung von Lehrern, Jungoffizieren der Bundeswehr und Mitgliedern der Hessischen Stiftung für Konfliktforschung, die vom hessischen Kultusminister Krollmann höchstpersönlich unterstützt wurde. Die Bundeswehr hat dadurch auch Gelegenheit, *»an der Erarbeitung von Lehrplänen mitzuwirken«* (»FAZ«, 17.3.76).

Diesen Kinderfängern müssen Eltern, Erzieher und Lehrer rechtzeitig durch Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit entgegentreten. Antifaschistische und antimilitaristische Literatur und Dokumentationen gehören zu jeder fortschrittlichen Erziehungsarbeit!

Kinder-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

IMPRESSUM

Herausgeber — Druck — Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents Verlag
2 Hamburg 50, Lerchenstr. 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 18.500
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 2,–
Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents



frauen



»Aktionseinheit von Lesben und Schwulen«?

Die „emanzipation", „Zeitschrift homosexueller Gruppen" – eine engagiert progressive und diskussionsfreudige Schwulen-Zeitung – bringt in der Ausgabe vom Juli/August mehrere Beiträge lesbischer Frauen zum Thema „Aktionseinheit von Lesben und Schwulen".

Das ist ein Thema, das nicht nur für die Homosexuellen-Bewegung, sondern darüber hinaus auch für die demokratisch-antifaschistische Bewegung von einigem Interesse ist: Während es seitens der westdeutschen Schwulen-Gruppen ein relativ starkes liberales und demokratisches Engagement gibt (was sich u.a. auch in einer starken Beteiligung an den Vorbereitungen zum Russell-Tribunal über die Repression in der BRD niederschlägt), fehlen entsprechende Aktivitäten auf lesbischer Seite; vielmehr wird die lesbische Szene zunehmend von offenem Antikommunismus (bis hin zu Erscheinungen wie der Westberliner Gruppe „Schwarze Botin") sowie allgemein einer Selbstisolation von jeder demokratischen Bewegung gekennzeichnet.

Dies soll nicht heißen, daß es keine demokratisch engagierten und linken lesbischen Frauen gibt – sie artikulieren sich allerdings bisher kaum selbständig. Umgekehrt gibt es auch reaktionäre und faschistoide Tendenzen in der schwulen Szene, aber diese haben keinen theoretischen Anspruch in der Art der „Schwarzen Botin".

Gerade das Beispiel der Auseinandersetzungen in den USA (vergl. AK 111), wo Schwule und lesbische Frauen in der Tat g e m e i n s a m auftreten und kämpfen, zeigt handfest, daß eine solche Zusammenarbeit nicht bloß möglich, sondern vor allem auch nützlich nicht bloß für beide Seiten, sondern darüber hinaus für die demokratischen Kräfte insgesamt sein kann. Deshalb begrüßen wir die von der „emanzipation" begonnene Auseinandersetzung, die wir hier, soweit in der Juli/August-Ausgabe vorliegend, kurz darstellen wollen.

„Basis für gemeinsame Aktivitäten"

Der erste Diskussionsbeitrag, den die „emanzipation" abdruckt, stammt von S.H. und wurde der April-Ausgabe der „UKZ" („Unsere kleine Zeitung"), Zeitschrift der Westberliner Lesben-Gruppe L 74, entnommen. S.H. setzt sich besonders mit dem Verhältnis zwischen homo- und heterosexuellen Frauen auseinander und meint: *„Als homosexuelle Frau fühle ich mich weitaus stärker von heterosexuellen Frauen unterdrückt als von homosexuellen Männern".* Und sie bejaht anschließend die Frage, *„ob es nicht für männliche Homosexuelle und weibliche Homosexuelle eine Basis für gemeinsame Aktivitäten gibt". „Vielleicht findet sich ein ‚neutraler Boden' mit weniger Interessenskollision und gemäßigterem Machtanspruch auf beiden Seiten".*

Nur ein Häufchen

Ursula Linnhoff (gleichfalls von L 74) schreibt in ihrem Diskussionsbeitrag für die „emanzipation": *„Als sozialistische Feministin kann ich mir nur eine Kooperation zwischen solchen Schwulen und solchen Lesben vorstellen, die politische Standpunkte einnehmen, die den meinen gleichen".* Demzufolge reduziert sich für sie *„die Hoffnung auf eine Zusammenarbeit zwischen Lesben und Schwulen auf ein Minimum. Dieses Minimum könnte allein durch ein Häufchen von sozialistischen Feministen und feministischen Sozialisten unter Lesben und Schwulen gewährleistet werden".*

U.H. geht dabei aus von einem *„Sozialismus-Begriff, dessen strukturelle Zielvorstellung und Zweck-Mittel-Wahlen nicht patriarchalisch sind: das heißt beispielsweise keine festgeschriebene Führung, keine Dominanz der Effektivität, keine hierarchische Gliederung, keine antihumane Gewaltanwendung! All dies ist in den Sozialismusbegriffen der K-Gruppen, der DKP und auch des linken Flügels der SPD nicht enthalten".*

U.H. gehört in Wirklichkeit also zum „gewaltfreien" Teil der Spontiscene, und nicht zu den Sozialisten. Daß sie damit immer noch zum äußersten linken Flügel der Frauenbewegung und gar der lesbischen Szene gehört, ist bezeichnend für die derzeitige Situation!

„Wir wollen unseren Weg selber finden"

Für Eva Rieger *„schrumpft die gemeinsame Bekämpfung der Diskriminierung auf ein Minimum".* Allenfalls *„bei wissenschaftlichen Projekten (z.B. historische Homosexuellenforschung)"* kann sie sich wenigstens einen Erfahrungsaustausch vorstellen, *„wenngleich es sich empfehlen dürfte, getrennt zu arbeiten".* Ansonsten meint sie: *„Je mehr jedoch die Frau ihre Rolle als w e i b l i c h e Homosexuelle problematisiert, umso mehr wird sie es vorziehen, nur mit anderen Lesbierinnen zusammenzuarbeiten".*

Daß die Schwulen es überhaupt „wagen", die Frage von Gemeinsamkeiten anzusprechen, ist für E.R. schon zuviel: *„Auf Tagungen sind sie ständig bemüht, entgegen den Wünschen vieler Lesbierinnen Gemeinsamkeiten zu unterstreichen; ein weiterer Beweis dafür, wie sehr sie noch lernen müssen, die Wünsche lesbischer Frauen zu respektieren und ernst zu nehmen".*

Ähnlich äußern sich in einem weiteren Diskussionsbeitrag fünf Frauen einer Lesbengruppe im Frauenzentrum Düsseldorf. Sie beziehen sich auf eigene Erfahrungen, wie etwa, *„daß einige von uns auch in homosexuellen Emazipationsgruppen erfahren mußten, daß manche Männer ständig dominierten . .".* Ihre Schlußfolgerung: *„In unserer Suche nach einem neuen Selbstbewußtsein wurden wir ständig von homosexuellen Männern gehemmt, nicht unterstützt, falls wir überhaupt wahrgenommen wurden".*

Die Diskussion muß weitergehen

Die Gesamtheit der von „emanzipation' abgedruckten Diskussionsbeiträge widerspiegelt zweifellos die aktuelle Situation, von der die Zeitschrift selbst in ihrem Vorwort schreibt: **„Die gegenwärtige Ausgangssituation ist denkbar ungünstig, die Entfremdung zwischen der Emanzipationsbewegung der schwulen Männer und der Frauenbewegung befindet sich in einem extremen Stadium".**

Die „emanzipation" versucht – ob aus ‚Höflichkeit' gegenüber den Frauen, aus taktischer Rücksichtnahme oder gar aus ehrlicher Überzeugung, sei dahingestellt – die Verantwortung für diese Situation gleichmäßig auf beide Seiten zu verteilen. Auf der einen Seite *„bei den schwulen Männern ein hohes Maß an uneingestandener Misogynie"* (Frauenhaß), auf der anderen Seite *„Argwohn"* der lesbischen Frauen gegenüber patriarchalischen Gelüsten der schwulen Männner. *„Die allgemeine Einsicht"* (wieso allgemein?!) in die Notwendigkeit gemeinsamen Handels von Schwulen und Lesben **„bleibt somit abstrakt und folgenlos angesichts der frauenfeindlichen Grundstruktur unserer Gesellschaft, woran auch schwule Männer bewußt oder unbewußt teilhaben"** (aus dem Vorwort der „emanzipation").

Die „emanzipation" läßt dabei – aus welchen Gründen auch immer – die handfeste Tatsache außer acht, daß es generell die lesbischen Gruppen sind, die eine Zusammenarbeit ablehnen, während umgekehrt Vorschläge zur Zusammenarbeit praktisch ausschließlich von Seiten der Schwulen kommen.

Eine realistische Einschätzung wird davon ausgehen müssen, daß das Haupthindernis für eine Zusammenarbeit derzeit von den Lesben kommt, und ferner, daß sich dieser Umstand nicht in erster Linie aus dem Verhalten der Schwulen s e l b s t erklärt, sondern in den a l l g e m e i n e n Erfahrungen lesbischer Frauen mit der „Männerwelt" begründet ist.

Trotz oder gerade wegen dieser Schwierigkeiten ist es zu wünschen, daß die begonnene Auseinandersetzung weitergeführt wird.

Adressen:

„emanzipation", Postfach 40 05 48, 8 München 40

„UKZ", K.Kuse, Celsiusstr. 31, 1 Berlin 45

Dienstmagd wieder gefragt

Im „wichtigsten Betrieb der Welt", dem Haushalt sollen 200.000 „Lehrstellen" für Mädchen geschaffen werden. So fordert es Gerd Bucerius, Herausgeber der Wochenzeitschrift „Die Zeit".

Schwelgerisch erinnert er sich seiner eigenen Kindheit, wo das Dienstmädchen Schinken aß, während sich die Familie mit Milchreis begnügte. Ja, *„die Fürsorge war perfekt".* Dienstmägde lebten wirklich in Saus und Braus! *„Als Dienstmädchen gehörte sie zum Gesinde – aber eben darum zur Familie. Wenn die Eltern nicht da waren, durfte sie den Jungen verprügeln; der hatte ihr zu gehorchen. Sie stand vor uns auf und ging nach der Familie zu Bett. Sonntagnachmittag hatte sie frei. Ich habe nie gesehen, wie sie sich ausgeruht hätte . . . Sie wurden sicher gute Hausfrauen und – darf man das noch sagen – gute Mütter".*



Verleger Bucerius nimmt in der heimischen Küche an der Haushalts-Theoriestunde seiner Auszubildenden persönlich teil.

Ergebnis der nostalgischen Ab- und Ausschweigung: *„Wir sollten uns der ‚Ausbildungsstelle Haushalt' wieder erinnern. Haushalt heißt ja heute nicht mehr Fußböden wischen und Wäsche am Ruffelbrett mit der Hand waschen".*

Das mit den Fußböden ist wirklich sehr modern. Vermutlich sitzt Herr Bucerius zuhaus auf der Stange wie im Hühnerstall ? Und die Küche ist zum Schaltpult geworden, nur noch komplizierte Maschinen. Heissa, was die Mädels da alles lernen könnten! Haushaltsführung ist Unternehmensleitung mit Preiskalkulation und finanzielle Transaktionen auf dem Wochenmarkt. Phantastisch! „Wir stellen unseren Kindern Ausbildungsstellen für alles mögliche zur Verfügung. Nur für den Haushalt, den sie ein ganzes Leben lang führen müssen, werden sie nicht vorbereitet. Sollten wir also unseren ‚Auszubildenden', nach dem Hauptschulabschluß, nicht eine Haushaltslehre öffnen?".

Für die Einkommensklasse des Herrn Bucerius eine rosige Perspektive angesichts des derzeitigen Mangels an willigem und billigem Personal für's Haus! Träumen Sie weiter, Herr Bucerius!

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Besetztes Frauenhaus in Rom

Während unseres Italien-Urlaubs hatten wir, einige Flensburger Genossinnen, die Gelegenheit, ein besetztes Frauenhaus in Rom zu besuchen und mit Frauen dort zu diskutieren.

Das Haus, im Zentrum Roms gelegen, war im Oktober '76 von ca. 200 Frauen besetzt worden und ist seitdem ein Zufluchtsort für geschlagene und vergewaltigte Frauen. Viele Frauen, vor allem die jüngeren, verbringen nur wenige Tage dort. Ständig leben etwa 50 Frauen in dem besetzten Haus. Zur Zeit bemühen sie sich darum, das Haus zu mieten, um so einer Räumung durch die Polizei aus dem Wege zu gehen. Allerdings fordern sie die Bezahlung des Hauses von der Gemeinde.

Die einzige politische Gruppe im Frauenhaus ist die MLD (Movimento di liberazione della donna), (Bewegung für die Befreiung der Frau), eine feministische autonome Organisation, die in verschiedenen Punkten mit der Radikalen Partei zusammenarbeitet und von dieser auch bei der Besetzung unterstützt wurde. Ansonsten gibt es verschiedene autonome Frauenkollektive, in denen unterschiedliche politische Strömungen vertreten sind.

Für Männer ist der Eintritt ins Frauenhaus verboten. Als wir das Frauenhaus besuchten, war die MLD gerade in der Solidaritätskampagne mit Petra Krause engagiert. Es wurden z.B. Unterschriften zu ihrer Freilassung gesammelt. Eine Unterschriftensammlung gab es auch zur Solidarität mit Noreen Winchester, die wegen Mordes an ihrem Vater, der sie jahrelang vergewaltigt hatte, zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Die MLD führt zur Zeit eine Kampagne unter der Forderung „50% der Arbeitsplätze für Frauen" und sammelt Unterschriften zur Durchsetzung der Verabschiedung eines Gesetzes im Parlament, das die Frauenarbeitsplätze und -bedingungen regeln soll. 50.000 Unterschriften sind dazu erforderlich. Die Frauen rechnen damit, die Petition im September über die Radikale Partei ins Parlament einbringen zu können. Man muß dazu sagen, daß diese Aktivitäten nicht vom Frauenhaus als Ganzem, sondern nur von den MLD-Frauen getragen werden. Außer in der Frage der Besetzung tritt das Frauenhaus nach außen nicht einheitlich auf.

Uns hat der Einfallsreichtum und die Initiative der Frauen sehr beeindruckt, wenn man bedenkt, unter welchen Bedingungen sie leben: Sie haben z.B. weder Strom noch Heizung und wissen noch nicht, wie sie den Winter überstehen sollen. Viele der 60 Zimmer des besetzten Palastes sind noch nicht genutzt. Trotzdem gibt es ein großes Angebot an Gruppen: Eine medizinische Gruppe, die seit zwei Monaten selbständig Abtreibungen durchführt, was unter den Frauen auch allgemein bekannt ist. Daneben gibt es eine sogenannte „Selbstbewußtseins"gruppe, in der Frauen über ihre Lage diskutieren. In einem Zimmer wird ein Archiv mit allen möglichen Artikeln und Zeitungen zur Frauenbewegung eingerichtet. Eine Frauenbücherei ist im Aufbau. Ein feministischer Radiosender, der bisher nur zwei Stunden am Tag sendet, versucht jetzt ein ganztägiges Programm durchzuführen, wobei sie ihr Studio im Frauenhaus einrichten. Daneben gibt es Selbsthilfegruppen, Gruppen für Mütter mit Kindern und eine Gruppe für Partnerschaft und Erziehung sowie eine Repressionsgruppe, die sich mit psychisch kranken Frauen und Prostituierten beschäftigt.

Von „kastrierten Gockeln" keine Spur!

Passend zum Urlaub erhielten wir den „Stern" mit einem üblen Hetzartikel gegen die italienische Frauenbewegung, indem behauptet wurde, die italienischen Männer würden wie „kastrierte Gockel" herumlaufen und mit den „Papagalli" sei es endgültig vorbei. Davon haben wir allerdings nichts gemerkt! Wurden wir doch selbst ständig Objekte der frauenfeindlichen Anmache vieler Männer und hatten es schwer genug, uns dagegen zu wehren. Frau kann sich vorstellen, wie sehr die Genossinnen und Frauen des Frauenhauses Diffamierungen ausgesetzt sind. Sie werden ständig als Lesben und Huren bezeichnet. Ein besonders krasser Fall zeigt, wie weit das gehen kann: Ca. zwei Wochen vor unserem Besuch wurden zwei lesbische Frauen in der Nähe des Hauses von einigen Männern bei Zärtlichkeiten überrascht. Sie wurden von den Männern buchstäblich zusammengeschlagen.

Einige Genossinen des
KB-Gruppe Flensburg

»Berliner Frauenkonferenz '77« – Zusammentreffen der »autonomen« Frauenbewegung mit »traditionellen« Frauenverbänden

Vom 16. bis 18. September soll in Westberlin die „Berliner Frauenkonferenz 77" stattfinden. Dabei wollen etablierte bürgerliche Frauenverbände wie z.B. der Berliner Frauenbund, der Hausfrauenverband, der Verein Weiblicher Angestellter, der Katholische Frauenbund u.a. mit Gruppen der autonomen Frauenbewegung zusammenkommen, um über die Themen „Frau in der Arbeitswelt", „Frau im sogenannten privaten Bereich" und „Frau in der Öffentlichkeitsarbeit" zu diskutieren.

Die Konferenz soll von der EG mit mindestens 6.000 DM unterstützt werden. Die zuständige Abteilung in Brüssel argumentiert damit, „umfassende Informationen für alle Europäer" geben zu wollen, und antwortete damit auch auf Kritik aus den Reihen der CDU.

Innerhalb des Westberliner Frauenzentrums gab es Auseinandersetzungen um die Beteiligung an dem Treffen, mit dem Ergebnis: *„Im Frauenzentrum waren wir uns einig, daß wir keinen Anlaß haben, Wahlpropaganda für die EG zu machen, daß wir es andererseits nicht prinzipiell ablehnen, an einer von der EG mitfinanzierten Tagung teilzunehmen"* (lt. „Courage" 9/77, S. 21).

Auch innerhalb der „traditionellen" Frauenverbände gab es Auseinandersetzungen, ob man sich überhaupt mit den „autonomen" Frauen an einen Tisch setzen dürfe. In der Folge haben dann von dieser Seite die Frauenausschüsse von DGB und DAG sowie die „Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen" (ASF) leider ihre Teilnahme zurückgezogen.

Informationen und Anmeldungen zu dem Treffen bei: Marianne Christel, Tel. 030/ 465 55 80 (Mo. und Do. 15 - 18 Uhr).

Dänemark: Frauenfestival von Rødstrømper




Kein Frauenkampf ohne Klassenkampf – kein Klassenkampf ohne Frauenkampf! Unter diesem Motto besuchten 20.000 Menschen das Frauenfestival am 27./28.8. 1977 in Kopenhagen.

Am 27./28. August fand in Kopenhagen ein von der dänischen Frauenbewegung Rödströmper (Rotstrümpfe) organisiertes Frauenfestival statt, das von über 20.000 Menschen besucht wurde. So ein Festival wird seit vier Jahren jeden Sommer nach Ende der Schul- und Betriebsferien veranstaltet. Das Fest fand im Fällesparken statt, wo die verschiedenen Frauengruppen und linken Organisationen ihre Stände und Zelte hatten, wo Filme zu verschiedenen Themen gezeigt wurden und sich jeder informieren konnte.

Auf einer riesigen Bühne wurden abwechselnd von Vertreterinnen der Frauenbewegung Reden gehalten und traten Frauen-Musikgruppen auf.

Dieses Jahr stand das Festival unter der Parole: Kein Frauenkampf ohne Klassenkampf – Kein Klassen-
Dieses Jahr stand das Festival unter der Parole: Kein Frauenkampf ohne Klassenkampf – Kein Klassen-
kampf ohne Frauenkampf! Die Anerkennung dieser Parole war auch für Frauengruppen die Voraussetzung, um zum Fest mit Ständen und Informationsmaterial zugelassen zu werden. So hatte es vor dem Festival einige Auseinandersetzungen zwischen dem von den Rödströmper-Basisgruppen gewählten Festausschuß und den „Öko-Feministinnen" gegeben. Diese vertreten u.a. Vorstellungen, daß Umweltzerstörung, Atomenergie usw. d e n Männern anzulasten sei und stattdessen d i e Frauen bestimmen sollten. Da der Festausschuß davon ausging, daß die „Öko"-Frauen die o.g. Hauptparole nicht unterstützen könnten, sollten sie nicht zum Festival zugelassen werden. Das geschah schließlich doch, nachdem die „Öko-Feministinnen" erklärt hatten, daß auch sie inhaltlich hinter dieser Parole stehen.

Erstmalig hatten sich die Frauen dieses Jahr auf ein bestimmtes Thema festgelegt, das in vielen Reden und in Podiumsdiskussionen behandelt wurde. Frauenarbeit. Besonders hervorgehoben wurde die Frauenarbeitslosigkeit: Während in den 60er Jahren, einer Zeit der Hochkonjunktur des Kapitalismus, die Frauen in die Betriebe geholt wurden, sind sie jetzt am schärfsten von der Krise betroffen, werden als erste entlassen und sind länger als die Männer ohne Arbeit. Dabei wurde auch auf die Ideologie von Heim und Herd eingegangen, mit der den Frauen ihre miese Lage schmackhaft gemacht werden soll. Bekommen Frauen eine Arbeit, wird ihnen in der Regel die am schlechtesten bezahlte zugewiesen – sie sind ja „nur Zuverdienerinnen" – und oft nervenaufreibende Akkordarbeit. Besonders betroffen sind auch die Mädchen, die noch schwerer eine Lehrstelle bekommen als Jungen. Außerdem sind nach wie vor ganze Berufszweige den Frauen verschlossen. Natürlich wurde in den Reden und Podiumsdiskussionen auch die Doppelbelastung der Frauen behandelt.

In den Zelten und an den Ständen wurde zu den verschiedensten Themen Stellung genommen: Hier wurden z.B. Filme gezeigt über den internationalen Kampf der Frauen, es wurde informiert über Selbsthilfe, die Probleme der Frauen über 40 Jahre , den Kampf für die Erhaltung der Kindertagesstätte Todesgade im Kopenhagener Stadtteil Nörrebro, Atomkraft usw.

Am Abend des 27. August fand ein Fest nur für Frauen statt, das ca. 800 Teilnehmerinnen hatte. An Podiumsdiskussionen über Frauenarbeitslosigkeit und „Frauenberufe" nahmen teil: Venstre Socialisterne, Socialistisk Folkeparti, DäKP und Kvindefronten (Frauenfront, die aus Rödströmper hervorgegangen ist und
Socialistisk Folkeparti, DäKP und Kvindefronten (Frauenfront, die aus Rödströmper hervorgegangen ist und
weitgehend unter „ML"-Einfluß steht).

Die Rödströmper-Bewegung

Die Rödströmper entstand Anfang der 70er Jahre.

Ihre erste Aktion bestand in der Besetzung eines Hauses in Kopenhagen, das sechs Jahre lang als Frauenzentrum diente. Diese Aktion wurde kurze Zeit nach der Besetzung von der Stadt Kopenhagen „legalisiert" und den Frauen wurden Gelder bewilligt. Mittlerweile haben sie ein neues Haus als Frauenzentrum bekommen.

Rödströmper führte zwei große Kampagnen durch, die wesentlich zur Verbreiterung der Bewegung im ganzen Land beitrugen und eine breite Diskussion, auch unter den Männern, über die Frauendiskriminierung entwickelten.

Die erste Kampagne wurde unter der Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" geführt und richtete sich gegen alle Formen der Diskriminierung der Frauen am Arbeitsplatz. Die Forderungen von Rödströmper wurden auch von Teilen der Gewerkschaften getragen. Ergebnis war, daß 1972 in den Tarifverträgen den Frauen gleicher Lohn für gleiche Arbeit zugesichert und die Diskriminierung von Frauen verboten wurde. Das war freilich nur ein Versprechen auf dem Papier und die Forderungen der Frauen sind in der Praxis nicht erfüllt worden.

Die Kampagne von Rödströmper führte dazu, daß sehr viele Arbeiterinnen in die Bewegung kamen, die anfangs wesentlich aus Studentinnen bestanden hatte.

Die zweite große Kampagne wurde von Rödströmper gegen das Abtreibungsverbot geführt. Früher war in Dänemark eine Abtreibung nur bei medizinischer und sozialer Indikation möglich, wobei die Frauen natürlich der Willkür der Ärzte und Krankenhäuser ausgeliefert waren. Heute ist in Dänemark Abtreibung in den ersten drei Schwangerschaftsmonaten „frei". Zwar werden die Frauen vor einer Abtreibung von vielen Ärzten in der bekannten Weise „beraten" (=abraten), aber letztlich sind die Ärzte und Krankenhäuser zur Durchführung der Abtreibung verpflichtet, und die Abtreibung muß von der Krankenkasse bezahlt werden.

Aber von Rödströmper wird betont, daß damit ihre Forderungen längst nicht erfüllt sind. Denn auf Grund des ökonomischen Drucks, fehlenden Kindergartenplätzen usw. können die Frauen, insbesondere die Arbeiterinnen, gar nicht wirklich frei entscheiden, ob sie Kinder haben wollen oder nicht. Von daher wird auch deutlich, daß der Kampf für freie Abtreibung nicht getrennt werden kann vom Kampf gegen alle Formen der Ausbeutung und Unterdrükkung der Frauen.

Deswegen fordern Rödströmper außerdem kostenlose Verhütungsmittel und ein bessere Sexualaufklärung.

Die Rödströmper-Bewegung ist nach Basisgruppen organisiert, die in Kopenhagen z.B. jeden Monat ein Delegiertentreffen durchführen. Ausserdem gibt es Gruppen, die zu verschiedenen Themen arbeiten, z.B. Gewalt gegen Frauen, Selbsthilfe und Beratung usw.

Rödströmper gibt die Zeitung „Kvinder" (Frauen) heraus, die jeweils ein Schwerpunktthema hat. So sind Ausgaben erschienen zum Kampf der palästinensischen Frauen, Frauen im Gesundheitswesen, Frauenarbeitslosigkeit, Atomkraft, Gewalt gegen Frauen. In dieser Zeitung wird auch zu Fragen Stellung bezogen, die nicht frauenspezifisch sind: so z.B. zur „Mexikanersache" (der Ausweisung eines Mexikaners wegen angeblicher „Spionage" für Kuba).

Dänemark–Kommission
KB-Gruppe Flensburg

Kontaktadressen des KB

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte A 02 25 83
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
W.D. Scheel
Postlagerkarte 098 831 A
23 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertische Universität/Mensa
Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr
am Hauptbahnhof
Jeden Do/Fr von 16 bis 18 Uhr
Holstenstraße Weipert/Karstadt

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Schleswig
Ute Jensen
Süderholmstr. 17
238 Schleswig

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Mittwoch und Freitag
16.30 bis 19 Uhr

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11-13 Uhr, Kohlmarkt

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11-13 Uhr, Kaufhofpassage

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 067452 A
2970 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z. Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg 1

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30
Bahnhofstraße

Bochum
Postlagerkarte A 056 028
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
Vertriebsbüro S. Lisner
Adalbertstraße 29
6000 Frankfurt/M. 90
öffentliche Bürostunde
Mittwoch von 16.30 bis 19.30

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr
Königsplatz

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Telefon 26 877
Dienstag von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis Freitag 19 Uhr und
Büchertisch jeden Mittwoch
Marstall-Mensa

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum
Sallerstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldsplatz

Stuttgart:
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12.30 Uhr
Einkaufszentrum vor Herti

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 U.
Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 U.
Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi. 11-13 Uhr Mensa

Nürnberg
P. Trössler
Postfach 150 472
8500 Nürnberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa

Westberlin
A. Radtke
Thomasiusstr. 2
1 Westberlin 21
Freitag von 16 bis 19 Uhr



SS-Prozeß in Würzburg: Das Skandal-Urteil muß weg!

Wegen »Landfriedensbruch in besonders schwerem Fall« hat ein Würzburger Schöffengericht Ende August die Urteile gegen 4 Zigeuner und Antifaschisten verkündet, die sich am 18. September '76 an einer Protestdemonstration gegen ein SS-Treffen in Würzburg beteiligt hatten. Schon im Juli wurde das Verfahren gegen drei weitere Angeklagte, darunter noch einmal 2 Zigeuner, gegen Zahlung eines Bußgelds eingestellt (AK 110).

Die Urteile jetzt:

Der Vater, selbst ein Opfer der SS: 6 Monate mit Bewährung, 1.500 Mark Geldstrafe; 2 erwachsene Söhne: 9 Monate ohne Bewährung, 300 Mark Geldstrafe; ein minderjähriger Sohn wurde vom Gericht »verwarnt«.

Das »geringere« Strafmaß gegen den Vater wurde vom Gericht damit begründet, daß er als direkt Betroffener sich in einem »außerordentlichen Erregungszustand« befunden habe; seine Söhne könnten allerdings von der SS-Provokation nicht derart aufgebracht worden sein, da sie den Faschismus ja nicht selbst erlebt hätten.

Der eigentliche Tatvorwurf bestand darin, daß die Angeklagten an einer Schlägerei mit den SS-Faschisten beteiligt gewesen seien, was von ihnen und 30 weiteren Zeugen bestritten wird. Das Gericht stützte sich bei der Verurteilung allein auf die Aussage eines Polizeibeamten.

Energisch zurückgewiesen wurde vom Gericht der Vorwurf des Rassismus, der sich darauf stützte, daß 6 von 7 der Angeklagten Zigeuner seien. Eine Rüge handelte sich sogar die Verteidigerin Silvia Sobeck ein, die — seit Jahren als Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz in der Zigeunerseelsorge tätig — die nach wie vor bestehende Diskriminierung dieses Volkes betonte (Der Polizeizeuge sprach von »Landfahrern«). »Jedermann findet in der BRD sein Recht« — so Richter Geiss. Aus dem Zuschauerraum — wie immer viel zu klein, wenn die demokratische Öffentlichkeit zugelassen werden will — ertönte daraufhin der Zwischenruf: »Wir alle sind angeklagt!«

Das skandalöse Urteil wurde gefällt, obwohl das Gericht zugeben mußte, jede SS-Nachfolgeorganisation müsse verboten werden!

Die Angeklagten wollen in die Berufung gehen. Schlußwort des Hauptangeklagten: »Wenn die SS wieder nach Würzburg kommt, werde ich dafür sorgen, daß die Zigeuner aus allen Richtungen kommen.«
(Nach »FR«, »SZ«, 25.8.77; »tat«, 2.9.77)

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg und
KB / Gruppe Nürnberg

Nazi-Schmierereien — Produkt der »Hitler-Welle«

In den letzten Wochen und Monaten waren wieder einmal verstärkt faschistische Schmierereien und Plakataktionen zu registrieren: Hakenkreuze, antisemitische Mordhetze, NSDAP-Schmierereien.

Ein Wunder ist diese Erscheinung nicht: Es ist eine alte Erfahrung, daß jede neue Welle der Rechtsentwicklung und der „Nazi-Nostalgie" in diesem Lande auch von einer spürbaren Zunahme der Nazi-Schmierereien und Grabschändungen auf jüdischen Friedhöfen begleitet war. Es ist das gesellschaftliche Klima, daß die braunen Ratten aus den Löchern lockt und zu hektischen Aktivitäten veranlaßt.

Hier eine — zweifellos unvollständige — Übersicht von Nazi-Schmierereien und Provokationen in den allerletzten Monaten:

Hamburg, Mitte April:
Hamburg, Mitte April:
Zwei jüdische Friedhöfe wurden geschändet („tat", 29.4.77)

Langenselbold (Hessen), Mitte April:
Auf dem jüdischen Friedhof wurden Grabsteine umgestürzt und beschädigt („tat", 29.4.77).

Hannover, Mitte und Ende April:
Auf dem jüdischen Friedhof in Hannover wurden 80 Grabsteine und 88 Grabplatten aus der Verankerung gerissen. Mauern und Wände wurden mit Parolen beschmiert: „Heil Hitler", „Judas — Verräter", „Heil SA — SS". Zurückgelassen wurde ein Flugblatt der „NSDAP/Auslandsorganisation". Einen Tag später hatten Faschisten zahlreiche Gebäude der Innenstadt mit Nazi-Parolen beschmiert („Aufhebung des NS-Verbots"). Insgesamt wurden in Hannover während der Messe 133 Hakenkreuz-Schmierereien gezählt. Ein Passant, der die Faschisten beim Schmieren beobachtete, wurde von ihnen mit einer Pistole bedroht. Inzwischen wurde ein Schmierer festgenommen — Mitglied der NPD („tat", 29.4.77, „FR", 29.4.77)!

Hamburg, 27.4.77:
Wieder wurden auf dem Friedhof Ohlsdorf Gräber geschändet („Hamburger Morgenpost", 29.4.77).

Frankfurt, 28.4.77:
Ein 48jähriger Mann wurde beim Kleben von Nazi-Parolen von der Polizei erwischt und festgenommen. In seiner Wohnung fanden sich Hunderte von Exemplaren „Die Wahrheit für Deutschland" und „Der Angriff" („Neue Frankfurter Presse", 29.4.77).

Weil/Rhein, 1.5.77
Unbekannte beschmierten die Fassade des Hauptpostamtes mit drei, etwa ein Meter hohen Hakenkreuzen („Badische Neue Nachrichten", 2.5.77).

Rosengarten/Nenndorf, 23.5.77
In der Nacht zum 23.5.77 beschmierten Rechtsradikale das Haus des SPD'lers Stadie: „Deutschland erwache". Auf sein Auto und das seiner Frau schmierten sie SS-Runen. Stadie hatte gegen eine HIAG-Veranstaltung in Vahrendorf protestiert („HAN", 24.5.77).

Cham (Oberpfalz), 25. — 28.5.77:
48 Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof wurden umgestürzt und zum Teil zerstört. Außerdem beschädigten die Täter 14 Kindergrabstätten („Welt", 1.6.77).

Köln, 3.6.77
Einen Schaukasten, in dem auf den Film „Widerstand in Köln" hingewiesen wurde, rissen Unbekannte aus der Verankerung. In das Hinweisschild auf das Kölner Büro der VVN wurden Hakenkreuze geritzt (AK 106, 13.6.77).

Flossenburg, (Oberpfalz), 3.6.77:
Ca. 300 unersetzbare Kranzschleifen, die am Verbrennungsofen der KZ-Anlage angebracht waren, wurden angezündet. Zwei Gedenkplatten rissen die Täter aus der Verankerung und nahmen sie mit („tat", 1.7.77).

Hamburg, 6.6.:
Faschisten beschmierten die jüdische Synagoge in Eimsbüttel mit Naziparolen („Juda verrecke", „In Auschwitz macht die Arbeit frei"). Am selben Tag nahm die Polizei zwei 20jährige fest, die gerade Nazi-Aufkleber anbrachten („Hbg. Mopo", 7.6.77 und „Spiegel", 29.8.77).

Wetterfeld/Kreis Cham, 9.6.77:
Eine Woche nach der Verwüstung
Wetterfeld/Kreis Cham, 9.6.77:
Eine Woche nach der Verwüstung
des jüdischen Friedhofs in Cham wurde 10 km entfernt davon die KZ-Gedenkstätte Wetterfeld geschändet. Unbekannte rissen die hölzernen Gedenktafeln mit Namen von Ermordeten aus der Verankerung und verbrannten sie („tat",10.6.77).

Flossenburg, 10.6.77:
Zum zweiten Mal wurde diese KZ-Gedenkstätte verwüstet. Neo-Nazis hatten die in der Kapelle befindlichen Fahnen französischer und belgischer Widerstandskämpfer angezündet. 22 Grabsteine wurden mit Farbe beschmiert. An einer Mauer mit der Aufschrift: „Hier wurden die Häftlinge massenweise erschossen" stand das Wort „Lüge". An einer anderen Mauer: „Schluß mit der sechs Millionen-Lüge" („tat", 1.7.77).

Hamburg, 16.6.77:
Auf dem Friedhof Ohlsdorf wurde der Grabstein des Schauspielers Gustav Gründgens mit einem Hakenkreuz beschmiert, sein bronzener Namenszug entwendet (Gründgens hat im Faschismus vielen Juden geholfen). Ebenfalls gestohlen wurde eine Bronzesäule aus dem Ehrenhain für die Opfer des Faschismus („tat", 24.6.77).

Hamburg, 16.6.77:
Das DKP-Büro Altona wurde von Faschisten beschmiert: „Tod dem roten Dreck", „NSDAP", SS-Runen und Hakenkreuze. Dazu ein Aufkleber der „NSDAP/AO" („tat", 24.6.77).

Winsen/Luhe, 23.6.77:
Unbekannte Täter haben auf dem Friedhof Winsen etwa 100 Grabsteine mit Hakenkreuzen beschmiert („HAZ", 24.6.77).

Hamburg, 23.6.77:
An einem Bretterzaun der Uni Hamburg klebten Plakate der „NSDAP/AO": „Kauft nicht bei Juden" (AK 107 und nach Berichten).

Düsseldorf, 3.7.77:
Hakenkreuzschmierereien wurden entdeckt („Konkret", 9/77).

Bietigheim, 3.7.77:
Auch hier tauchen Hakenkreuze auf („Konkret", 9/77).

Westberlin, 5.7.77:
Unbekannte schmierten auf die Fassade der sowjetischen Presseagentur Nawosti in Schöneberg „NSDAP" und mehrere Hakenkreuze. Außerdem klebten sie Plakate mit der Aufschrift: „NSDAP — jetzt, trotz Verbot nicht tot". Die gleichen Plakate waren in der Nacht vorher auch in der Innenstadt an mehreren Stellen geklebt worden.

Auf die Mahntafel am Wittenbergplatz mit Namen von KZ's wurden drei Hakenkreuze gemalt („Tageblatt", 5.7.77).

Augsburg, 20.7.77:
25 Autos wurden mit Hakenkreuzen beschmiert. Außerdem tauchte die Parole „Es lebe Hitler" auf. Zwei Fahrzeuge wurden anschließend in Brand gesteckt („FR", 20.7.77).

Frankfurt, 21.7.77:
Die verkehrsreiche Kaiserlei-Brücke in Frankfurt wurde mit einer Hakenkreuzfahne verunziert. Außerdem gab es in letzter Zeit eine Welle von Hakenkreuzschmierereien und faschistischen Flugblättern in Frankfurt („tat", 22.7.77).

Hamburg, 22.7.77:
Vor einer Diskussionsveranstaltung „Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt
Vor einer Diskussionsveranstaltung „Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt
werden?", schmierten Faschisten auf die Mauern des Veranstaltungsortes: „Klarsfeld in die Gaskammer!" und Hakenkreuze.

Westberlin, 23.7.77:
Am Kriegsverbrechergefängnis Spandau und an anderen Gebäuden wurden „Freiheit für Rudolf Heß"-Parolen, „Deutschland erwache" und „Es lebe die NSDAP", teilweise 40 Meter lang, angeschmiert („SZ", 23.7.77 und „tat", 5.8.77).

Hamburg, Juli '77:
Das DKP-Zentrum in Hamburg-Harburg wurde mit Hakenkreuzen beschmiert („UZ", 29.7.77).

Hannover, 6.8.77:
In mehreren Stadtteilen Hannovers wurden Hakenkreuze, NS-Parolen und Plakate der „NSDAP/AO" entdeckt. Zwei Jugendliche wurden festgenommen („Hannoversche Allgemeine", 8.8.77).

Hamburg, 13.8.:
Am 13.8. wurden in den Stadtteilen Harburg und Langenhorn mindestens 20 NSDAP/AO-Plakate geklebt. Aufschriften u.a.: „Kampf den Judenparteien", „Deutschland erwache" und „NS-Verbot aufheben" („WamS", 14.8.77).

Hamburg, Anfang bis Mitte August:
Allein in den letzten 14 Tagen haben Neo-Nazis auf sechs Friedhöfen 268 Grabsteine und sechs Denkmäler mit Hakenkreuzen und NS-Parolen beschmiert. Außerdem tauchten vor allem in U- und S-Bahnen „NSDAP/AO"-Aufkleber auf („Hbg. Mopo", 10.8.77).

15.8., Stukenbrock:
In der Nacht wird das Mahnmal für ermordete sowjetische Kriegsgefangene und Antifaschisten (wie schon wiederholt zuvor) geschändet („UZ", 19.8.77).

Wien, 20.8.77:
Unbekannte haben die Fassade und den Eingang der Synagoge mit Parolen beschmiert. Auch auf dem jüdischen Friedhof wurden Parolen gefunden: „Juden raus, Judenschweine" („Welt", 22.8.77). Die Polizei nahm zwei Mitglieder der „Aktion Neue Rechte" (einer davon ist Westdeutscher) fest („Welt", 27.8.77).

Hamburg, 21.8.77:
Am Hauptbahnhof wurde eine ganze Wand direkt an den S-Bahn-Gleisen vollgeschmiert mit Parolen: „Rotfront verrecke", „Wir sind wieder da, NSDAP/Gau Hamburg, Kämpft mit der SA! SA-Sturm Hamburg".



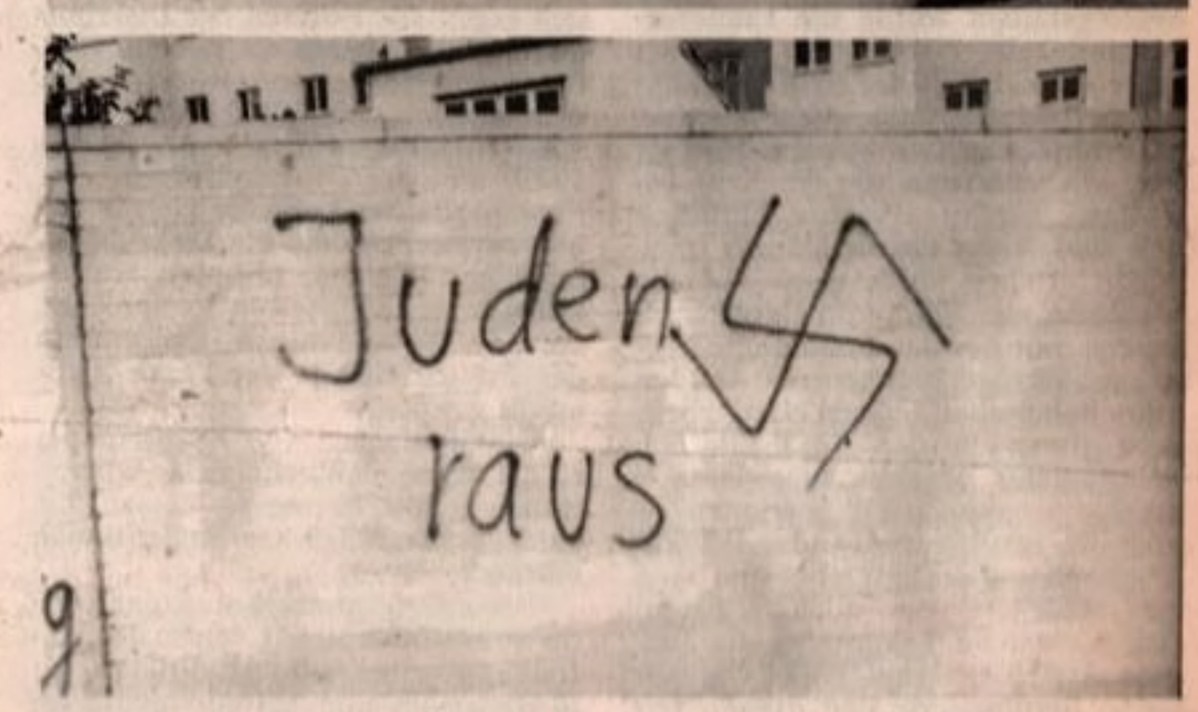
Nazi-Schmierereien auf dem jüdischen Friedhof in Mainz

Nazi-Schmierereien auf dem jüdischen Friedhof in Mainz



Schmiererei der „Hansa"-Bande in Hamburg, vor der Podiumsdiskussion in den Markthallen





Schmierereien der „Hansa"-Bande am Hamburger Hauptbahnhof

Mit dem WSL an einem Tisch?

Bei verschiedenen Lesern des AK 110 hat die Meldung über ein Gespräch zwischen Vertretern des WSL und des Kommunistischen Bundes »Befremden« ausgelöst. *»Mir ist nicht recht klar geworden, wozu dieses Treffen dienen sollte«*, schreibt ein Leser — wo doch *»führende Teile des WSL profaschistisch ,beeinflußt' sind«.*

Es stimmt, daß wir seinerzeit in dem nicht ganz glücklichen »Antifa-Steckbrief« zum WSL mit der von dem Leser zitierten Behauptung in die Auseinandersetzung gegangen sind. Inzwischen haben wir uns allerdings davon überzeugt, daß die in der Tat stark dem Rechtsradikalismus zugeneigte »alte Garde« der WSL-Führung vor einigen Jahren abgelöst wurde und daß das ganze Problem »pro-faschistischer Einflüsse« im WSL doch erheblich komplexer ist, als wir es uns zunächst vorgestellt hatten. Auf der anderen Seite haben wir feststellen können, daß im WSL — einschließlich deren Führungsspitze — eine mehr oder weniger starke Bereitschaft zur Auseinandersetzung um dieses Thema durchaus vorhanden ist. Es wäre unsinnig und sektiererisch, auf diese Bereitschaft nicht einzugehen.

Die Zeitschrift des WSL, »Lebensschutz-Informationen«, veröffentlicht in ihrer letzten Ausgabe (August) zwei Leserbriefe zu diesem Thema, die sich kritisch mit Vorstellungen im WSL auseinandersetzen — der eine Brief sogar von einem Mitglied des WSL-Präsidiums. Wir dokumentieren die beiden Leserbriefe nebenstehend. Daß eine solche Auseinandersetzung im WSL überhaupt in Gang gekommen ist, ist ganz gewiß gut und nicht schlecht. Warum sollten wir darauf verzichten, diese Auseinandersetzung fortzuführen?

Es gibt, wie wir uns selbst überzeugen konnten, im WSL bis hinein in die Führungsspitze auch heute noch Kräfte, die einer »geläuterten« Version des »Nationalsozialismus« anhängen und die sich auf Kräfte wie den NSDAP-Dissidenten Strasser (»Deutscher Sozialismus«) oder die »Nationalrevolutionäre« der Weimarer Republik beziehen. Wir meinen freilich, daß diese Kräfte damals in allererster Linie als »linke« Zutreiber des aufkommenden Faschismus gewirkt haben, wenngleich einige von ihnen auch den Weg zur KPD oder zumindest zum antifaschistischen Widerstand gefunden haben. Jedenfalls hat auch die KPD immer den konstruktiven Dialog mit den ehrlichen Teilen dieser Kräfte gesucht.

Leider muß man sagen, daß einige Führungskräfte des WSL mit der Aufnahme eines solchen Dialogs sehr stark den Wunsch verbinden, wir sollten doch bitteschön unsere ö f f e n t l i c h e Kritik am WSL einstellen, da öffentliche Auseinandersetzungen zwischen den AKW-Gegnern nur den AKW-Betreibern und -Befürwortern nutzen würden. Diese Ansicht teilen wir nicht. Richtig ist zwar, daß in einer Atmosphäre, die durch persönliche Gespräche und gemeinsame Aktionen mitbestimmt sein könnte, manche polemische Schärfe und Einseitigkeit vermieden werden könnte, daß die Auseinandersetzung also sachlicher und konstruktiver geführt werden könnte. Aber n i e m a l s werden wir i r g e n d w e m gegenüber auf eine öffentliche Auseinandersetzung um die uns wichtig erscheinenden Fragen zugunsten eines »kameradschaftlichen Meinungsaustausch unter vier Augen« verzichten.

Diese Haltung, die wir auch in dem Gespräch mit den WSL-Vertretern bekräftigten, hat bei einigen von ihnen nach eigenem Bekunden »Frustration« ausgelöst. Wir bedauern das und sind an einer Fortsetzung des aufgenommenen Dialogs interessiert, vor allem auch über konkrete Fragen des Kampfes gegen das Atomprogramm und gegen die kapitalistische Umweltzerstörung im Allgemeinen. Wir finden es z.B. schade, daß es trotz unserer ausdrücklichen Aufforderung im Gespräch und nachher noch einmal telefonisch nicht möglich war, den WSL zu einer Beteiligung an der Malville-Solidarität zu bewegen.

Noch einmal: Zur NS-Vergangenheit

von Wolfgang Wellmann, 3445 Waldkappel 6 (Stölzingen)
Mitglied des Präsidiums des WSL Deutschland

In der Juni-Nummer erschien unter „Faschisten und Kommunisten!?" ein Beitrag von Ursula Haverbeck-Wetzel als Antwort auf „Unbequeme Fragen an den WSL", welche die kommunistische Zeitung „Arbeiterkampf" veröffentlicht hatte. Dort waren wir „braune Ratten" genannt worden, welche die Bestrebungen der guten Umweltschützer unterwühlen.

Frau Haverbeck-Wetzels Ausführungen haben ein doppeltes Mißverständnis bewirkt. Erstens konnten sie den Eindruck erwecken, als handele es sich um eine Stellungnahme des WSL zur NS-Vergangenheit. In Wirklichkeit sollte nur eine private Antwort versucht werden.

Zweitens klangen manche Formulierungen so, als solle Hitlers Nationalsozialismus gerechtfertigt werden, als seien die (doch unabtrennbar zum System gehörenden) Judenvergasungen und -Verfolgungen usw. nur „Auswüchse" einer an sich guten Sache, die man nicht verteufeln dürfe.

Eine solche Beurteilung Hitlers und seines NS-Systems, d. h. außer der Judenausrottung auch der Gestapo, der KZs, der Mord- und Folteraktionen der SS vor allem in den besetzten Ländern im Osten, würde nicht nur als Stellungnahme des WSL, sondern auch als private Meinung unter uns undenkbar sein.

Gemeint war etwas anderes: es wäre unbillig, ja unsinnig, jeden, der einmal in einer NS-Organisation gedient hat, und alle Einrichtungen und Maßnahmen deswegen zu verteufeln, weil es sich um NS handelte. Viele aktive Deutsche hatten lange Zeit Grund zu der Annahme, einer guten Sache zu dienen, und haben dort ihr Bestes gegeben. Hitler und seine Leute wußten ihre eigentlichen Absichten so geschickt zu tarnen, und vieles war so gut, daß die Mehrheit nicht ernst nahm, was in „Mein Kampf" jedermann gelesen haben konnte und sollte, und was an den Schulungsabenden gelehrt wurde. Und was sich über Behandlung von Andersdenkenden und Andersrassigen herumzusprechen begann und schon auf den Straßen zu sehen war, was sich an allen Ecken als das eigentliche Wesen schon zeigte, galt als „Späne beim Hobeln" oder wurde verdrängt. „Hitler weiß das nicht", sagte mein Vater dann.

Allerdings brauchte man nur die Gesichter der Gauleiter und ihres Gefolges auf den Ehrentribühnen bei Parteiveranstaltungen anzusehen; man brauchte nur eine Stunde ein KZ gesehen zu haben – jeder Beamtenanwärter wurde zu meiner Zeit dorthin geführt! –, um genug zu wissen.

Wer seine Augen davor verschloß, dem mußten sie eigentlich spätestens im November 1938 durch die „Reichskristallnacht" geöffnet werden.

Unsere Söhne und Töchter verstehen nicht, daß dies bei der Mehrheit nicht geschah. „Soviele denkende Menschen im Banne von Verführern?" fragen sie. Aber wir fragen dagegen: wie kommt es, daß so viele Denkende von Euch nicht bemerken wollen, wie durch die Wirtschaftsmächte und ihre Handlanger die Umwelt handgreiflich vor unseren sehenden Augen verdorben wird? Eure Kinder werden Euch einstmals danach fragen.

Endlich jedoch und selbstverständlich wandte sich jeder rechtlich Denkende spätestens angesichts der Enthüllungen nach 1945 mit Grausen vom NS ab.

Daß bei den Enthüllungen vieles nicht stimmte, daß die ganze „Reeducation", milde gesagt, schief war, ja eine eigentliche Umbesinnung verhindert hat, steht auf einem anderen Blatte.

Schlimm ist, daß so viele gute Sachen heute nur deshalb verteufelt werden, weil sie von Hitler eingeführt oder neu belebt und praktiziert worden waren, z. B. die Wertschätzung und Pflege des Bäuerlichen. Bei solchen Vergleichen kommt die heutige Ordnung schlecht weg.

Als noch schlimmer muß man beurteilen, daß Hitlers Diktatur- und Foltermethoden in aller Welt Schule machen, weil man damit die Opposition, die Straßenkriminalität und die Vormacht der Wirtschaftsmächte am leichtesten ausschalten kann.

Im WSL freilich kenne ich niemanden, der so denkt, Gott sei Dank; denn die Gefahr wächst, daß wir angesichts der Hilflosigkeit der Regierungen westeuropäischen Musters unversehens in eine ähnliche Diktatur treiben.

Leserbrief von Prof. Werner Heutling

Münder Heerstraße 5, 3015 Wennigsen

Ich lese regelmäßig und mit Interesse die LSI, zumal ich Mitglied des WSL bin; nun stieß ich in der letzten Nr. auf Ihren Artikel „Unbequeme Fragen an den WSL". Erlauben Sie mir, daß ich ebenfalls mit unbequemen Fragen darauf Bezug nehme. Sie schreiben in dem Artikel u. a., „daß es nicht statthaft, weil unwahrhaftig ist, bestimmte politische Richtungen oder auch Weltanschauungen mit negativen Auswüchsen . . . zu identifizieren".

Darauf stellen Sie gleich Christentum, Kommunismus, Nationalsozialismus, Demokratie usw. Ich finde diese Gleichstellung sachlich unrichtig und darüber hinaus gefährlich, weil man daraus folgern könnte, der Nationalsozialismus hätte heute – ohne seine Auswüchse – ebensolche Daseinsberechtigung wie Christentum oder Demokratie.

Während diese m. E. durch Entstellungen entarteten, sind beim Nationalsozialismus die Auswüchse Folgen und Ergebnisse der rassistischen Grundidee, die schon unschwer aus dem Parteiprogramm heraus zu lesen sind. Die Rassenzugehörigkeit dominiert vor dem Individuum. Daß diese Ideologie vielleicht nicht unbedingt zu Vergasung usw. führen muß, aber kann und jedenfalls geführt hat, sollte uns genügen, sie abzulehnen und ein evtl. Wiederaufleben mit allen Mitteln zu verhindern. Ich gehöre nicht zu denen, die jeden „Ehemaligen" verdammen. Die Propaganda der Nazis war geschickt und verführerisch genug, Gutwillige für sich zu gewinnen. Aber wem heute noch nicht die Augen geöffnet sind, nachdem das Ganze in seiner Schrecklichkeit überschaubar geworden ist, dem ist nicht zu helfen. Ich behaupte: der Nationalsozialismus ist gleich Judenverfolgung und -vernichtung.

Leserbriefe aus „Lebensschutz-Informationen", Zeitung des WSL, Aug. 1977

WSL schon wieder in schlechter Gesellschaft?

Anfang April fand in Karlsruhe ein sogenannter *»Europa-Kongreß 1977«* statt, der die Bildung einer rechtsradikalen Liste zu den kommenden Wahlen zum Europa-Parlament vorbereiten sollte. Dabei wurde ein 16-köpfiger Vorstand gewählt, darunter u.a. drei Mitglieder des militant faschistischen »Kampfbund Deutscher Soldaten« (KDS) von Erwin Schönborn, zwei Mitglieder der NPD, ein Mitglied von »EL« (rechtsradikale »Elsaß-Lothringen«-Bewegung) sowie ...ein Mitglied des WSL!!! Der Mann heißt Karl-Heinz Hamburger und fungiert in den offiziellen Erklärungen ebenso wie die anderen Vorstandsmitglieder ausdrücklich als »Vertreter« seiner Organisation! Vorsitzender der in Karlsruhe ins Leben gerufenen *»Bewegung Neues Nationales Europa«* (NNE) wurde »EL«-Chef Marcel Iffrig; Erwin Schönborn (enger Freund von Roeder-Christophersen) *»wurde beauftragt, in der Bundesrepublik die politischen Voraussetzungen für die Teilnahme an den Europawahlen zu schaffen und entsprechende Gespräche zu führen«.*

Einige Kostproben aus dem Anfang April in Karlsruhe beschlossenen Programm: *«Europa geht vom Atlantischen Ozean bis zum Ural, und vom Eismeer bis zum Mittelmeer ... Neueinteilung Europas nach den völkerrechtlichen Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechtes. Motto: Jedem Volk seinen angemessenen und angestammten Lebensraum«. »Schaffung eines neuen unabhängigen europäischen Verteidigungspotentials«* (Da schmunzelt der Vaterlandsverteidiger!) *»Verstärkte Bekämpfung des Bandenunwesens, der Kriminalität, des Terrorismus, der Entsittlichung, der Verschmelzung von Porno mit Geschäft, der erstrebten Entartung und totalen Vernichtung des weißen Menschen«.*

Die kaum erreichte breite Einheit im rechten Lager hielt freilich nicht lange. Am 21. Mai trafen sich die Hinterbliebenen in Frankfurt, um festzustellen, daß *»die beteiligten Organisationen noch nicht im Gleichschritt marschieren«*, daß *»die Zersplitterung und Eigenbrödelei im nationalen Lager noch zu groß«* sei, und *»daß NNE ... nicht die Mittel hat, mit Aussicht an den Europawahlen teilzunehmen«.* Die NNE solle nun die Funktion haben, *»möglichst viele Kameraden dazu zu bringen, sich zu einem einzigen Programm zu bekennen und in einer einzigen Organisation sich zusammenzufinden«.* Ein neuer Vorstand wurde eingesetzt, nur noch bestehend aus Iffrig (»El«) und zwei Vertretern des KDS (Heckmann und

Damit noch nicht Schluß der makabren Komödie: Mit Datum vom 24. Juli verbreitete Ludwig Stenuf (»AK Stabiles Geld«) unter dem Titel »Mitglied des provisorischen NNE-Ausschusses« (wie er zu diesem Titel gekommen ist, wissen wir nicht) ein Flugblatt, in dem erneut eine Beteiligung an den Wahlen zum Europa-Parlament ins Spiel gebracht wurde. Das Flugblatt enthält außerdem eine etwas veränderte Version des in Karlsruhe beschlossenen NNE-Programms. Die markanteste Neuschöpfung dabei ist die Passage: *»Die in den Zeiten gewachsenen Rassen als Kultur- und Friedensträger sind zu verteidigen, zu respektieren und zu schätzen. Die Arterhaltung der Rassen und Völker ist mit allen sich bietenden Mitteln zu sichern, denn allein die biologische Substanz der Rassen und Völker gewährleistet eine Höherentwicklung. Jede Vermischung mit Bevölkerungen entgegenstehender Erbanlagen ist als Rassendiskriminierung auf das schärfste zu verurteilen«* (Zitate aus »Elsa« Nr. 48/77 und aus dem Flugblatt).

Bleibt die Frage nach der Rolle des WSL. Es wäre immerhin nicht das erste Mal, daß der WSL ganz offiziell seine Fühler nach rechtsaußen ausgestreckt hätte, um eventuell bei der Formierung einer »Vierten Partei« mit von der Partie zu sein. Oder hat der Herr Hamburger vom WSL gar als Privatmann agiert? Oder gibt es ihn am Ende gar nicht?...

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Achtung AKW-Gegner! Ludendorffer am Werk

Seit den zwanziger Jahren gibt es eine besondere Spielart im deutschen Faschistensumpf, die in letzter Zeit Gelegenheit gefunden hat, wieder aktiver zu werden: die „Ludendorffer". Unter Berufung auf den General Ludendorff (Kumpan Hitlers beim Putschversuch 1923) und seine Frau Dr. Mathilde Ludendorff entwickelte dieser Zirkel seine „religiösen" Phantastereien von einer weltweiten Verschwörung von Juden, Freimaurern, Sozialisten und der Katholischen Kirche gegen das „deutsche Volk" – also jene „Theorie", die auch von Hitler und allen sonstigen Nazi-Ideologen bis heute (mit teilweise leichten Abänderungen) als fester Bestandteil faschistischer Demagogie vertreten wird.

Nach 1945 sah sich der harte Kern der Ludendorff-Faschisten mehreren Prozessen wegen antisemitisch-antidemokratischer Propaganda und Umtrieben gegenüber. Ende 1976 – nach 15jährigem Prozessieren – erreichte der ludendorffsche „Bund für Gotterkenntnis" seine völlige Rehabilitierung: sein Verbot und seine Auflösung wurden aufgehoben. Inzwischen haben die Ludendorffer vor allem in der Anti-AKW-Bewegung ein Verbreitungsfeld für ihren Schmutz gefunden.

Beispielhaft ist dafür die Aktivität des Ludendorffers Walther Soyka (siehe AK 107). Er arbeitet seit Jahren (so z.B. schon in Whyl) als „Experte" in Sachen Anti-Atom-Kampf. Kontakte zu allen möglichen Umweltschützern sind dabei geknüpft worden: Nicht nur zu eher rechten Verbänden wie dem WSL, sondern auch beispielsweise zu dem eher linken Physikerkreis an der Universität Bremen(unter Beteiligung des „KPD"-Professors Scheer).

Erst nachdem Soykas enge Zusammenarbeit mit den Bohlingers(in Bremen/Wobbenbüll), die Nazi-Schrifttum wie die „Auschwitz-Lüge" des Nazi Christophersen verbreiten, aufgefallen war, bekannte sich Soyka offen zum Ludendorffertum.

Ähnlich ist es bei anderen Ludendorffern: Die in der Anti-AKW-Szene relativ weit verbreiteten Schriften der „Gesamtdeutschen Arbeitsgemeinschaft" (Broschüren gegen „Atomkrafttod" usw. oder „Gewaltfreiheit" propagierende Flugblätter Ernst Jäckels) verraten auf den ersten Blick nicht, welch Ungeistes Kind sie sind. Wer „anbeißt" und Kontakt aufnimmt, bekommt dann plötzlich offene Nazi-Propaganda frei Haus.

„Verschwörungstheorie" a la Ludendorff

Zur Anwendung solcher Anschleichmethoden haben die Ludendorffer guten Grund. Aller Verhüllung entkleidet, ist nämlich ihre „Weltanschauung" oder „Gotterkenntnis"

eine der widerlichsten und abschrekkendsten Ausprägungen faschistischen Lugs und Trugs – und auch erheblicher Geistesverwirrung.

Alles Schlechte wird in der ludendorffschen „Weltanschauung" auf das Wirken „überstaatlicher Mächte" zurückgeführt, die eine Verschwörergemeinschaft von Sozialisten, Freimaurern, Katholiken und – vor und hinter allem – Juden bilden.

Diese auf langer antisemitischer Tradition aufbauende „Theorie" beruft sich bis heute – wie einst Hitler in „Mein Kampf" – u.a. auf das im zaristischen Rußland zusammengebraute antisemitische Machwerk „Protokolle der Weisen von Zion".

Ludendorff selbst hat den Kern dieser „Erkenntnis", die er unter kräftiger Federführung seiner Frau zusammengebraut hat, so formuliert:

„Ich erkannte nach und nach die unheilvollen Kräfte, die den Zusammenbruch des Volkes verursacht hatten, und in ihnen die wahren Feinde der Freiheit eines Deutschen Volkes und ihr Wirken. Immer sichtbarer traten für mich die Spaltpilze der Geschlossenheit des Volkes, aber auch als seine Beherrscher die geheimen überstaatlichen Mächte hervor, d.h. das jüdische Volk und Rom nebst ihren Werkzeugen, der Freimaurer, den Jesuitenorden, okkulten und satanischen Gebilden *(...). Die Forderung nach Beachtung von Rasse und Volkstum für die Lebensgestaltung des Volkes wurde für mich eine selbstverständliche Grundlage meiner Lebenshaltung. Ich sah, wie das Zerstören dieser Grundlagen das planmäßige Werk jener Mächte war, von denen ich eben sprach".* (Goodspeed, „Ludendorff", S.231)

Heute ist es für einen rechten Ludendorffer natürlich genau das gleiche. So sind z.B. auch die AKW's das Werk jener „Weltverschwörer": *„Der organisierte schleichende Massenmord der Atomkraftwerke"* wird – so Jäckel in „Biologische Zukunft" 4-5/76 – *„aus den Kreisen der Staatsführung gefördert und verschärft . . . Hinter den Machthabern der Bundesrepublik stehen wie heimliche Kommissare die mörderischen Handlanger des kommunistischen Landesverrats".*

Die BRD-Regierung ist für die Ludendorffer ein Staat *„von Zions Gnaden"*, in dem *„ der brutale demokratische Terror der von Rockefeller, Rothschid & Co. eingesetzten Hampelmänner"* herrscht. So schreibt M.Geißler (Köln) in dem Ludendorffer-Blatt „Gesamtdeutsche Warte", 4/76.

Auch die „Gastarbeiter" in der BRD sind Teil finsterer Pläne: *„Hinter allem steht wieder einmal das Interesse der Bilderbergclique und der internationalen Hochfinanz mit ihren Marionetten"* – so zu lesen im Ludendorffer-Blatt „Jugend in der Herausforderung",1/77. Parallelen zur Provokateursgruppe EAP („Europäische Arbeiterpartei") sind augenfällig! Gleichzeitig wird ungebrochen und in (auch für BRD-Faschisten) seltener Unverfrorenheit antisemitische Hetze und Rassismus propagiert.

Fortsetzung auf Seite 26

Fortsetzung von Seite 25

Antisemitische Hetze

Der in der gesamten Faschistenszene heimische E.Engelhardt zitiert in der „Gesamtdeutschen Warte" 1/77 als *„das Beste . . . , was zum Verständnis Hitlers und seiner Politik bisher geschrieben wurde"* eine Darstellung der „Kristallnacht" (=Terror gegen Juden, Nov.1938): Die wenigen Nazis, die beteiligt gewesen seien, hätten es *„zum großen Teil nur (. . .getan), weil sie dazu aufgehetzt wurden – und zwar durch die (als) SA-Männer verkleideten Kommunisten"*.

In einem weiteren Ludendorffer-Blatt („Freiheit und Gerechtigkeit"), für das Engelhardt verantwortlich zeichnet, spricht Dr.Hans Riegelmann klipp und klar von den *„weltweit verbreiteten Lügen über angebliche Greueltaten in deutschen Konzentrationslagern"* und fordert: Schluß mit *„der ganzen verlogenen Auschwitzhetze!"* (FuG 2/77).

Da – wie bei allen Faschisten – auch bei den Ludendorffern „Rasse" und „Erbe" das sind, worum sich alles dreht, hetzen sie natürlich nicht nur gegen Juden: *„Deutschtum, Volkstum undHeimat"* sind (laut Dr. H.G.Amsel in der „Gesamtdeutschen Warte" 1/77) in Gefahr, da eine *„Invasion mittelmeerischer Menschen"* droht, was in einem *„trostlosen Völkermischmasch"* enden wird. Auch hieran natürlich sind die *„Handlanger des Weltjudentums"* schuld – (Geißler im selben Blatt).

Ludendorff-Zirkel „Arbeitskreis für Lebenskunde"

Organisatorisch lassen sich die Ludendorffer – abgesehen von „Einzelkämpfern", die es auch geben mag – vor allem in drei Zirkeln fassen.

Der erste ist der „Arbeitskreis für Lebenskunde e.V." in Nidda, für den Dietlind Wießpeiner(Stuttgart) und Ute Blohm-Hieber(Ludwigsburg) verantwortlich zeichnen. Der „Arbeitskreis" widmet sich vor allem *„Themen zur Biologie und über die Bedeutung von Familie und Volk für das Kind"* (Mitteilungen,Nov.76). Im Mittelpunkt steht offensichtlich die Kinder- und Jugendarbeit; dazu werden Jugendlager und Erziehertreffen veranstaltet. Für 1977 sind sechs Lager für Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 18 Jahren sowie zwei „Elternferien" eingeplant. Ein eigenes Jugendheim in Crailsheim/Württ. steht zur Verfügung. Eingedenk der Ludendorff-Mahnung: *„Eure wichtigste Pflicht ist, eure Kinder vor christlichen Einflüssen zu bewahren. Sie zerstörte unser Volk, und nur Priester und Juden haben daraus Nutzen gezogen"* (Tauber, „Beyond Eagle and Swastika", XII, 61) werden ludendorffsche Schriften geschult. Besondere „Erzieherbriefe" stehen für Eltern und Lehrer zur Verfügung.



Ludendorffer Soyka als AKW-Gegner

Nach außen ist der „Arbeitskreis" bemüht,als eigenständige Gruppe aufzutreten. Personell und ideologisch ist er der „Weltanschauungsgemeinschaft", dem „Verlag Hohe Warte" etc. natürlich verbunden. Ludendorffsche „Erzieherbriefe" werden u.a. auch von der „Gesamtdeutschen Arbeitsgemeinschaft" verbreitet (z.B. von H.Beißwenger in „Lebenskunde" 1/77).

„Weltanschauungsgemeinschaft Gotterkenntnis"

Den Kern der Ludendorffer bildet die „Weltanschauungsgemeinschaft Gotterkenntnis Mathilde Ludendorff e.V." in Tutzing. 1971 wurde sie unter der Leitung von Dr.Gunther Duda, Elsbeth Knuth und Gudrun Matthies gegründet – als Ersatz für den damals noch verbotenen „Bund für Gotterkenntnis(L) e.V.". Hierzu gehört auch der Verlag „Hohe Warte" des Freiherrn Karg von Bebenburg, Schwiegersohn Mathilde Ludendorffs, mit der Zeitschrift „Mensch und Maß". Neben der Zeitschrift bringt der Verlag die gesammelten Werke beider Ludendorffs und einige Schriften ihrer Nachbeter heraus. Außerdem vertreibt er verschiedene Nazischriften, darunter die des NS-Rasse„forschers" H.F.K. Günther.

„Gesamtdeutsche Arbeitsgemeinschaft"

Die „Gesamtdeutsche Arbeitsgemeinschaft"(GDA) mit Sitz in Hamburg gehört seit Jahrzehnten zur neofaschistischen Szenerie, offenbar mit guten Kontakten zu internationalen Faschistenkreisen. Insbesondere mit der „Europäischen Neuordnung" (ENO), deren Kontaktleute sofort nach 1945 versuchten, die teils zerrissenen Fäden internationaler Faschistenverbindungen wieder zu knüpfen, steht die GDA in Verbindung.

Die GDA gibt eine Reihe von Zeitschriften heraus: „Gesamtdeutsche Warte" (Redaktionsleiter: Albrecht Müller,Hamburg); „Biologische Zukunft"(Ernst Jäckel, Glücksburg); „Nordische Zukunft" (Dieter Sommerfeldt,Hamburg);„Lebenskunde" (Heidrun Beißwenger, Brünkendorf); „Politik im Gespräch" (Heinrich von Hirschhausen,Lübeck); „Jugend in der Herausforderung" (N.Schirmer,Lübeck); „Der Aufmarsch"(A.Müller); „Freiheit und Gerechtigkeit"(RA E.Engelhardt, Nürnberg).

Kontakte zu anderen Neofaschisten

Innerhalb der neofaschistischen Szene der BRD haben die Ludendorffer ihren festen Platz. Seitenweise kommen in den Ludendorff-Blättern die „National-Zeitung" Freys, die NPD-nahe „Deutsche Wochen-Zeitung", „ Nation Europa", kommen Bücher aus dem Plesse- und Schild-Verlag, kommen solche „Experten" in Sachen Verharmlosung von Nazi-Verbrechen wie Rassenier zu Wort.

Personell ist kaum ein Trennungsstrich zu ziehen: Ludendorffer Engelhardt zum Beispiel ist Aktivist in allen braunen Gefilden – so war er Anwalt für die „Hilfsgemeinschaft 'Freiheit für Rudolf Heß' ", und ist als Korrespondent des Nazi-Blattes „Mut" bekannt; in der „Bauernschaft" des Nazis Christiphersen schreibt er regelmäßig.

Enge Kontakte bestehen zur FSU und sonstigen Gesell-Theoretikern („Gesamtdeutsche Warte" 4/76, 1/77), zu rechten Umweltschützern und Bürgerinitiativlern wie dem WSL-Prominenten M.O.Bruker (der in „GW" 1/77 schreibt) oder dem Chef des „Vereins gegen parlamentarischen Mißbrauch" („GW" 1/77), zur „Notverwaltung des deutschen Ostens" („Jugend..." 1/77), zur „Hilfsgemeinschaft 'Freiheit für Rudolf Heß' "(die in fast allen GDA-Blättern ihren Platz findet).

Eine besondere Beziehung besteht zu dem an die NS-Erb- und Rassen„forschung" anknüpfenden Kreis der ehemaligen „Deutschen Gesellschaft für Erbgesundheitpflege", die heute unter dem Namen „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" (mit der Zeitschrift "Neue Anthropologie") in Hamburg von dem Radau-Faschisten (und Rechtsanwalt!) Jürgen Rieger geleitet wird. Rieger schreibt im GDA-Blatt „Nordische Zukunft" (1/77), und überhaupt herrscht herzliches Einvernehmen: Die „NZ" befaßt sich mit der angeblich allen „nordischen Menschen" gemeinsamen „Vor- und Frühgeschichte" sowie mit *„der nordischen Rasse, die den Hauptbestandteil aller germanischen Völker bildet"*. Genau das sind natürlich auch die Themen der „Neuen Anthropologie". Feste „NZ"-Bezieher bekommen daher die „NA" umsonst. (Eine ebensolche Regelung besteht mit dem Blatt „Vorland".) Kein Wunder, daß Ludendorff-Schreiber reihenweise als Autoren der „Erbgesundheits"- bzw. „Anthropologie"-Rassisten auftauchen, so z.B. H.G. Amsel, E. und H.Beißwenger, F.Berdau, Dr.Braun-Ditzen(gestorben), E.Nietsch (auch gestorben?), Dr. H.Wollatz . . .

Internationale Kontakte bestehen u.a. zu dem schwedischen Faschisten Engdahl und zum ENO-Kreis(s.o.). In „Freiheit und Gerechtigkeit" 3/77 kommt ein südafrikanischer Faschist der „Antikommunistischen Weltliga" zu Wort. Über die GDA-Zeitung „Nordische Zukunft" bestehen Verbindungen zu einem US-amerikanischen Rassistenkreis um die Zeitschrift „Instauration". Die jüngste Nummer der „Jugend in der Herausforderung" zitiert außerdem die gerade neu in Spanien herausgekommene faschistische Frauenzeitschrift „Erika" – für die auch Christophersen in der „Bauernschaft" wirbt.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Gorleben: Wieder Ludendorffer als AKW-Gegner entdeckt

Frau Heidrun Beisswenger ist Mitbegründerin und Mitglied der BI Lüchow-Dannenberg (Ortsgruppe Gartow), die sich gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben einsetzt. Frau Beisswenger ist in der rechtsradikalen Ludendorff-Bewegung (siehe Artikel in diesem AK) sehr aktiv. Sie tritt als Kontaktanschrift des Ludendorffer-Blattes „Lebenskunde" auf, und ebenso des „Deutschen Jahrweisers".–

Daneben ist Frau Beisswenger auch Mitglied des WSL.

Der Mann der Frau Beisswenger, der Dipl.Ing. E.Beisswenger, ist ebenfalls führend in der Ludendorffer-Bewegung tätig. Ob auch er nebenbei noch als AKW-Gegner auftritt, wissen wir bisher nicht.

»Gesellschaft für Menschenrechte« = Kalte Krieger

Verstärkt macht in der letzten Zeit die *»Gesellschaft für Menschenrechte«* mit Sitz in Frankfurt/Main auf sich aufmerksam.

Präsidentin dieses Vereins ist Cornelia Gerstenmaier, Tochter von Eugen Gerstenmaier (CDU), der wegen Gaunereien um seine Entschädigung als Nazi-Verfolgter von der politischen Landschaft hatte abtreten müssen. Vor der Gründung der »Gesellschaft ...« im Jahre 1972 war Cornelia Gerstenmaier im April 1970 in Moskau festgenommen worden, als sie »Dissidenten« Geld und Material überbrachte. Im Gegenzug sollte sie Material aus der Sowjetunion herausschmuggeln, dabei wurde sie an der Grenze festgenommen.

Vielfach sind oder waren Mitarbeiter der Gerstenmaier-Gesellschaft gleichzeitig Angehörige der rechtsradikalen »Emigranten«-Organisation NTS, die subversive Arbeit gegen die Sowjetunion betreibt und eng mit dem ultrarechten »Possev«-Verlag und den CIA-Sendern »Radio Freies Europa« und »Radio Liberty« verbunden ist.

So waren und/oder sind Mitglieder dieser »Gesellschaft...«:

- Iwan Agrusow als Geschäftsführer. Vor 1945 Kollaborateur der Nazis in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Nach 1945: Agentenausbildung in Bad Wiessee (CIA), dann in der NTS tätig.
- Wladimir Poremski, Nazi-Agent schon während des spanischen Bürgerkrieges, im 2. Weltkrieg verantwortlich für die »Umerziehung« sowjetischer Kriegsgefangener.
- Georgi Dragubow, 1947 verurteilt wegen Unterricht in Agenten- und Diversionskursen im Nazi-Kriegsministerium. Seine Strafe von 25 Jahren mußte er nicht vollständig absitzen; in die BRD entlassen, schloß er sich dem NTS an.
- Alexander Artemow alias Saizew alias Pelzer; seit 1941 Mitarbeiter des Nazi-Generals Wlassow (Kollaborations-Truppe).
- Michail Slawinski, verteilte Nazi-Flugblätter unter sowjetischen Kriegsgefangenen.
- Lew Rar, ebenfalls Nazi-Kollaborateur.

Mitglied der »Gesellschaft...« ist – wie selbstverständlich — Gerhard Löwenthal, Präsident der »Deutschland-stiftung« und Moderator des »ZDF-Magazins«, mit dem die »Gesellschaft...« ein wirksames Instrument zur Verfügung hat, um ihre »Dokumentationen« an die Öffentlichkeit zu bringen.

Eine enge Zusammenarbeit besteht auch mit der rechtsradikalen »Aktionsgemeinschaft 13. August«.

Das „Brüsewitz-Zentrum"

In diesem Jahr hat dieser Revanchistenklüngel gleich noch ein neues Kind aus der Taufe gehoben: Das »Brüsewitz-Zentrum« in Bad Oeynhausen, benannt nach dem DDR-Pfarrer Brüsewitz, der sich 1976 selbst verbrannt hatte.

Neben Cornelia Gerstenmaier und Gerhard Löwenthal gehören diesem Verein an:

- Otto von Habsburg, Mitglied von CSU, »Paneuropa-Bewegung«, »Adenauer-Preisträger« der »Deutschlandstiftung« 1977;
- Bundesminister a. D. von Merkatz, ebenfalls »Deutschland-Stiftung«;
- Bauernverbandspräsident von Heeremann, der von CDU/CSU als Landwirtschaftsminister vorgesehen;
- Helmut Bärwald, Leiter des Bonner Arbeitskreises der »Deutschland-Stiftung«, bei der SPD rausgeflogen wegen Spitzeltätigkeit für den BND.

Zu den Unterstützern des »Brüsewitz-Zentrums« zählen außerdem »Prominente« wie Stoltenberg, Pachmann (CSSR-»Dissident«), Amalrik (sowjetischer »Dissident«) und F.J. Strauß.

Mit welchen Methoden dieser Verein arbeitet, wurde schon bei seiner Gründung deutlich, die gegen den ausdrücklichen Willen der Witwe Brüsewitz betrieben wurde.

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Rechte Paßfälscher am Werk

Einen »Reichspersonalausweis«, in Größe, Aufbau und Stempeln fast identisch mit dem Personalausweis, gibt die *»Notverwaltung des deutschen Ostens«* über eine Frau Anneliese Schepke, Bad Homburg, heraus.

In einem Begleitschreiben heißt es dazu: *»Die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands ist nur eine Frage der Zeit. Insofern wird unser Reichspersonalausweis einmal zum geschichtlichen Dokument ersten Ranges für seine Inhaber oder dessen Nachkommen«.* Revanchisten, die es versäumt haben, die historisch besonders wertvollen »Ausweise« mit den niedrigen Nummern zu bestellen, können dies für ein bescheidenes Aufgeld von 385 Mark nachholen.

Ehemalige ostpreußische Grundbesitzer z. B. lassen selbstverständlich ihre damaligen Güter als Wohnsitz eintragen, wofür sie dann einen Stempel des »Länderrats des Landes Ostpreußen« erhalten.

So witzig ist das ganze aber doch nicht: Die »Notverwaltung ...« ist eine rechtsradikale Abspaltung des revanchistischen »Bundes der Vertriebenen« (BdV), der ihr als zu lasch erschien. Ihr gehören vor allem ehemalige Haus- und Gutsbesitzer der ehemaligen »Ostgebiete« an. Gar nicht witzig ist auch, daß die »Notverwaltung ...« im Verfassungsschutzbericht nicht einmal mehr erwähnt wird.

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Faschist im Kultusministerium Schleswig-Holsteins? ...

Diese Frage wollte die FDP-Fraktion im Kieler Landtag geklärt haben. Sie wollte wissen, was die Landesregierung von einer Rede des Leiters der Abteilung »Kunst, Volksbildung, Jugend und Sport«, Emil Schlee, hält, die dieser vor den rechtsradikalen Organisationen »Deutsche Volksfront« und »Stahlhelm« gehalten hatte. In der Faschistenzeitung »Mut« war darüber zu lesen, Schlee habe einen *»mitreißenden Vortrag«* gehalten, der *»immer wieder von langanhaltendem Beifall unterbrochen wurde«*. Wes Geistes Kind dieser Emil Schlee ist, wird auch in einer Äußerung deutlich, die er zur Abbildung nackter Menschen in einer Schülerzeitung gemacht hatte: Man müsse *»der offensichtlichen Verrohung von Sitte und Moral gerade durch Sexualisierung«* entgegentreten, damit *»Sexualisierung im Extremfall in die Anarchie führen«* könne.

Noch vor der Beantwortung der 12 Fragen der FDP durch die Landesregierung versuchte Schlee, seinen Hals aus der Schlinge zu ziehen: Er sprach von einer »Interessengemeinschaft« zwischen der FDP und einer »kommunistischen Zeitung« (»Deutsche Volkszeitung«) — so nach dem Motto, daß sowas ja nur von linken Verfassungsfeinden gesteuert sein könne. In der CSU ist dieses Verfahren schon länger in Gebrauch: Eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Geys zu den Umtrieben der Hoffmannbande wurde vom Tisch gewischt mit der Bemerkung, Geys stützte sich bei seiner Anfrage auf die Zeitung einer »linksextremen« Organisation (gemeint waren »tat« und VVN).

Mittlerweile hat die Kieler FDP-Fraktion weitere Anfragen nachgeschoben: Sie will wissen, was die Landesregierung über dieser Äußerung Schlees hält und welche Erkenntnisse dem VS über »Mut«, »Stahlhelm« und »Deutsche Volksfront« bekannt sind; diesmal stützt sie sich auf die liberale dänischsprachige Zeitung »Flensborg Avis«.

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Kein NPD-Parteitag in Villingen-Schwenningen!

Am 18. September will die NPD in Villingen in der dortigen »Tonhalle« ihren Landesparteitag abhalten. Geplant sind außerdem eine öffentliche Großveranstaltung und eine Demonstration unter dem Motto »Laßt Heß frei«, ebenfalls am 18.9. Für die Schaffung des entsprechenden Klimas in Villingen sollten verschiedene vorbereitende Aktionen (Info-Stände, Veranstaltungen etc.) und als Höhepunkt der Bau einer »Mauer« am 13.8. vor dem Schwenninger Rathaus sorgen.

In Villingen hat sich ein Antifaschistischer Arbeitskreis (AFAK) gebildet, in dem 28 Einzelpersonen und Vertreter von Jungsozialisten, DGB-Jugend, Naturfreundejugend, DFG-VK und VVN mitarbeiten.

Der AFAK trat mit verschiedenen Flugblättern und Aktionen an die Öffentlichkeit und forderte »Kein Naziparteitag in Villingen und anderswo! Wehret den Anfängen! Nie wieder — Faschismus — Nie wieder Krieg!«

Dem Protest schloß sich auch der DGB an und, wenn auch ansonsten folgenlos, die SPD Villingen. Weiterhin versuchte der AFAK ebenfalls für den 18.9. die »Tonhalle« zu mieten, da die NPD noch keine feste Zusage der Stadt hatte. Bezeichnend die Erklärung von OB Gebauer, daß die Stadt keine Handhabe habe, der NPD die »Tonhalle« zu verweigern. Noch nicht endgültig entschieden ist im AFAK die Frage, ob am 18.9. oder am Vortag eine Demonstration stattfinden soll und wie man sich im Fall eines Verbotes verhalten will.

Informationen sind erhältlich über: AFAK, Postfach 1811, 7730 VS-Villingen.

KB-Sympathisanten Freiburg

Hans Wissebach (CDU): SS-Mann im Bundestag

Als Nachfolger für den neuen CDU-Oberbürgermeister von Frankfurt, Wallmann, rückte der Marburger Rechtsanwalt Hans Wissebach als CDU-Abgeordneter in den Bundestag nach.

Wissebach ist aktives Mitglied der »HIAG«, der Nachfolgeorganisation der SS. Schon als 17jähriger war er der SS beigetreten, bei der er es zum SS-Untersturmführer gebracht hatte. Nach '45 ging es bei ihm dann erst richtig los:

1968/69 war er »Schriftleiter« des SS-Organs »Der Freiwillige«. U.a. erschien in dieser Zeit ein Artikel, in dem es heißt; daß *»wie die SS-Verfügungstruppe damals auch die Bundeswehr heute und morgen für den Einsatz nach Innen vorgesehen und bestimmt ist«*.

1972 enthüllte er ein SS-Ehrenmal mit der Aufschrift »Treue um Treue«.

1977 rühmte sich Wissebach, zum zehnten Mal beim »Traditionstreffen« der SS-Divisionen »Leibstandarte Adolf Hitler« und »Hitlerjugend« in Marienfels bei Nassau an der Lahn dabeigewesen zu sein. »Nein, das tue ich nicht«, antwortete Wissebach dabei einem Reporter auf die Frage, ob er sich von der SS distanziere.

Bei soviel Einsatz verwundert es auch nicht, daß SS-Wissebach die »Ehrenrede« auf den NS-Propagandisten Dr. Fritz Münch gehalten hat, als dieser von der rechtsradikalen »Gesellschaft für freie Publizistik« einen Preis erhielt.

In dieser Rede hieß es u.a.: *»Lassen wir uns ... unser eigenes Geschichtsbild nicht total vermiesen! ... Und ich wünsche uns allen herzlich, daß es doch gelingen möge, daß der Teil der Rechtswissenschaft, den Prof. Münch vertritt, daß dieser Teil der Rechtswissenschaft einmal Gemeingut aller Völker wird ... und ich wünsche mir, wir hätten mehr Verbündete auf dem Gebiet der Rechtswissenschaft, die in bösen Zeiten den Mut haben, so zu handeln, so zu schreiben und so zu veröffentlichen ...«.*

Heute sind für Wissebach also »böse Zeiten«. Fragt sich nur, was er dann unter »guten Zeiten« versteht?

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Gedenkfeier für Nazi-Opfer



Gedenkfeier für Nazi-Opfer im Bois de Boulogne

In der Nacht vom 16. auf den 17. August 1944 wurden im Wald von Boulogne (Pariser Stadtrand) 35 junge französische Widerstandskämpfer von den Nazis ermordet. 20 von ihnen gehörten der Widerstandsorganisation »Francs-Tireurs et Partisans« (FTP) an, 12 der »Kämpfenden Katholischen Jugend« und 3 der »Zivilen und Militärischen Organisation der Jugend« (OCMJ). Aus Anlaß der 33. Wiederkehr ihrer Ermordung fand im Bois de Boulogne eine Gedenkfeier statt. Neben anderen Rednern machte der frühere FTP-Kommandant Albert Ouzoulias auf die Welle von Büchern, Filmen usw. aufmerksam, mit denen heute in der BRD der Faschismus verharmlost und verherrlicht wird und Nazi-Schlächter rehabilitiert werden: *»Hinter der Rehabilitierung dieser Männer zeichnet sich die Rehabilitierung der faschistischen Ideologie ab«*, erklärte Ouzoulias (»L'Humanité«, 22.8.).

Frankreich-Kommission

England: Faschistische »National Party« am Ende

Die internationale Faschistenszene ist um eine Sumpfblüte ärmer: Die englische »National Party« (NP) hat aufgegeben. Damit hat die NPD eine ihrer »befreundeten Parteien« verloren. 1976 hatte die NPD-Führung zur NP Fühler ausgestreckt, worauf sich so zarte Bande zwischen beiden Partnern entwickelten, daß NP-Chef Kingsley Read aufs Programm des NPD-»Großkampftages« (»Kongreß der nationalen Kräfte Europas«, 7.8.76 in Hamburg) gesetzt wurde.

Anfang 1976 hatte es in der faschistischen Sammlungspartei Englands, der »National Front« (NF) Krach gegeben: Aus »Protest« gegen die Naziführer Tyndall, Webster und Co. spaltete sich ein Teil unter Führung des ehemaligen Konservativen Kingsley Read ab. Die von ihm neugebildete »National Party« unterschied sich — bis aufs äußere Lamento über zu auffälliges Nazitum in der NF und in anderen Faschistengruppen — herzlich wenig von ihrer Herkunftspartei: Derselbe Rassismus, derselbe Ruf nach der Todesstrafe, derselbe Antikommunismus.

Nach einigen Anfangserfolgen (Kingsley Read wurde Stadtrat in Blackburn, ebenso der Parteiführer Frankman) zeichnete sich in den letzten Monaten schon ab, daß sich die NP schwer tat. Trotz aller »volkstümlichen« Sprüche — teils pseudolinks, teils konservativ — konnte die NP außerhalb der Konservativen Partei einerseits und der »National Front« andererseits niemanden auf der äußersten Rechten für sich gewinnen.

Die auch nach der Spaltung weitaus stärkere NF (ca. 9.000 Mitglieder gegenüber weniger als 3.000 der NP) bestimmte und bestimmt durch ihren provokatorischen Aktionismus zusehends die Faschistenszene (vgl. AK 111). Die NP konnte da nicht mitziehen. Was die von ihr behauptete Respektabilität anging, bot sie aufgrund innerer Streitigkeiten und verschiedener Prozesse, in die z. B. das Paradepferd Frankman verwickelt wurde (u. a. wegen rassistischer Übergriffe im Februar '77), auch kein gutes Bild mehr. Bei Kommunalwahlen am 5. Mai zeigte sich schon, daß die NP selbst in Kingsley Reads eigenem Wahlkreis nur noch 300 Stimmen für sich mobilisieren konnte (Er war mit über 1.000 gewählt worden).

Kingsley Read hat inzwischen versucht, wieder bei den Konservativen unterzukriechen, die ihn aber vorerst nicht haben wollen. Derzeit bemüht er sich, in der Blackburner Gegend eine »Democratic National Party« aufzuziehen (nach »Searchlight«, Juni/76, 23 u. 24/77)

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

KURZMELDUNGEN

Nazi-Provokation in Passau

In Passau hat ein „Bund A.L. Schlageter" eine Gedenktafel und einen Kranz für den Nazi-Helden" Schlageter an einer Gedenktafel für die Opfer des ungarischen „Volksaufstandes" 1956 niedergelegt.

Schlageter war, vom Nationalsozialismus als Freikorpskämpfer verehrt wegen seiner Attentate gegen die französische Besatzung im Ruhrgebiet, 1923 hingerichtet worden. – Auf der jetzt plazierten Tafel hieß es: *„Albert Leo Schlageter - gefallen für Deutschland - geehrt vom Nationalsozialismus, entehrt vom Demokratismus – Dein Erbe lebt durch unsere Tat"* („SZ", 18.8.77).

***

Nazi-„Nostalgie"

Ein besonders übles Beispiel von Nazi-„Nostalgie" offeriert der „Kurtz-Brief, exklusive Informationen für Geld, Steuer und Karriere": Er bietet nachgeprägte SS-Abzeichen zum Kauf an, deren Anblick - so der Werbetext - *„vornehmlich ältere Mitbürger sofort zackige Haltung annehmen läßt"* („tat", 2.9.77).

***

Ruf aus der Wüste

Georg Banszerus mit seinem „Heimat-Buchdienst" in Höxter, Grubenstr. 9, hatte längere Zeit im eigenen Saft geschmort, nachdem sein Versuch, sich mit den Hamburger Faschisten Eckart und Borchardt zusammenzutun, nicht viel gebracht hat (siehe AK 77). Nun inseriert er in der NPD-orientierten „Deutschen Wochen-Zeitung" (2.9.77) für ein „antimarxistisches Kampfbuch" mit dem Titel „Deutschland ruft dich".

***

JU-Muth für Todesschuß

„Wenn ich so einen Burschen vorm Rohr habe, dann wird abgedrückt, ob das der Kopf ist oder der Bauch. Da muß die Möglichkeit bestehen, daß sie erledigt werden" - so der stellvertretende Landesvorsitzende der „Jungen Union" (CDU) Hessen, Armin Muth. Im Pressedienst der CDU fordert er weiter die Freigabe des *„erlösenden Schusses mit großkalibrigen Waffen"* sowie die *„moralische, technische und rechtliche Aufrüstung der Polizei und entsprechende Gesetze"* („tat", 2.9.77).

***

Achtung: Rassistentreffen in Coburg geplant!

In Coburg ist für den 10./11. September im Kongreßhaus ein „Seminar ‚Südliches Afrika' " geplant. „Namhafte Referenten" werden erwartet. Dabei soll eine „Solidaritätskundgebung für die Deutschen in Südwest" abgezogen werden, wozu u.a. die „Sing- und Spielschar im Österreichischen Turnerbund" auftreten soll. Verantwortlich zeichnet das „Hilfskomitee Südliches Afrika e.V." (Sitz: Coburg), das von dem europäischen Faschistenzentralblatt „Nation Europa" organisiert wird und schon wiederholt in der NPD-orientierten „Deutschen Wochen-Zeitung" ein bereitwilliges Sprachrohr gefunden hat.

***

„Salem"-Kinderverführer wieder auf Locktour

Am 9.11.77 will das rechtsradikale „Salem-Kinderhilfswerk" (siehe Artikel auf der Kinder-Seite dieses AK's) - wie schon vor einem Jahr - im Hamburger Congreß-Centrum erneut auf „menschlich" machen: Mit seinem Kinderorchester garniert will „Salem" - Leiter G. Müller in einer „Informationsveranstaltung" wieder für seinen Verein Reklame betreiben. Durch ihr auf Barmherzigkeit und Menschenfreundlichkeit machendes Auftreten gelang es ihnen im letzten Jahr, zahlreiche Menschen anzulokken **Es sollte den „Salemern" diesmal nicht so leicht gemacht werden, an wirklicher Hilfe für Kinder und Jugendliche Interessierte auf ihren Leim zu locken.**

***

Hitler-Bilder beschlagnahmt!

Zum Kauf angebotene Hitler-Bilder in Kupfer haben auf einem Volksfest-Markt in Neumarkt/Oberpfalz zu einer Demonstration der Neumarkter Jugendgruppe geführt, die ebenfalls bei der Auseinandersetzung um die Ehrenbürgerschaft des Nazi Hierl in Parsberg aktiv geworden war. Angeblich hat die Stadtverwaltung erst nach den Protesten von diesen Hitler-Porträts erfahren. Sie alarmierte die Polizei und bat darum, die Bilder zu beschlagnahmen, was dann auch geschah. Die Hersteller-Firma soll nun wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen belangt werden („Nürnberger Nachrichten", 19.8.77)

***

Westberlin: Antifaschist verurteilt

Zu 200 DM Geldstrafe wurde am 15. August der PH-Student Karl Valta verurteilt, der am 6.Juni 76 auf einer Protestdemonstration gegen Polizeiübergriffe an der Westberliner Uni eine Plakette getragen hatte, die einen knüppelnden Bullen in Hakenkreuzform zeigt.

Auf Befehl entriß der Polizeiobermeister Knebel damals Valta die Plakette und – wohl auch auf Befehl – fühlte sich beleidigt. Das Hakenkreuz sei eine „Tatsachenaussage", die Plakette eine „Beleidigung" – so das Gericht (unter dem Aktenzeichen 535 56/77).

Die Verhandlung fand im Übrigen im gleichen Gericht statt, in dem auch George Grosz in der Weimarer Republik wegen beleidigender Kunst verurteilt wurde. Ob auch damals schon die Praxis herrschte, Prozesse gegen Antifaschisten in Räumen mit so wenig Plätzen abzuhalten, daß die Hälfte der Interessierten keinen Zutritt hatte, ist uns unbekannt („FR", 22.8.77).

***

NPD will Frankfurt „erobern"

Große Pläne verkündet wieder mal die NPD: *„Es ist Zeit, sich zum Deutschen Volkswiderstand zu sammeln". „Verjüngt und verstärkt"* (nanu?) will die NPD *„ die Wende bringen"*, um *„das deutsche Volk zu retten"*. und dann wird's noch toller: **„Die NPDproklamiert Frankfurt zur Stadt des deutschen Aufbruchs". „Frankfurt wird die erste nationaldemokratische Stadt Deutschlands!".** Frankfurt *„wird von jetzt an Woche für Woche, Monat für Monat erleben, daß die NPD wieder zum Angriff angetreten ist"* (Zitate aus einem Flugblatt des Kreisverbands Frankfurt, der NPD).

***

NPD will „Arbeitsdienst" wiedereinführen!

Als „unsere Antwort auf steigende Jugendkriminalität, Jugendarbeitslosigkeit, Alkoholismus und Drogenmißbrauch" will die NPD *„durch entsprechendes Bundesgesetz"* nach dem Vorbild des Nazi-„Arbeitsdienstes" einen sogenannten „Deutschen Jugenddienst" einführen. Es soll *„eine gesetzliche Dienstpflicht für alle Jungen und Mädchen"* von mindestens einem Jahr verfügt werden („Deutsche Stimme", 8/77).

***

Nazi-Treffen in München verboten

Die Münchner Stadtverwaltung hat ein für den 3. September geplantes Treffen der „Deutschen Volksunion" (DVU) des Nazis Frey kurzfristig verboten. Das Nazi-Treffen sollte unter dem Motto stehen: „Ewig büßen für Hitler?". Als Redner waren vorgesehen: Frey als DVU-Vorsitzender; Jürgen Rieger, Hamburger Rechtsanwalt, Nazi-Schläger und Verfasser rassistischer Hetzschriften; Arthur Butz, Verfasser des Pamphlets „Der Jahrhundertbetrug", in dem der Völkermord der Nazis am jüdischen Volk verharmlost wird. Dies hätte zweifellos auch die Hauptstoßrichtung der geplanten Nazi-Veranstaltung in München sein sollen.

Das Verbot war sehr breit gefordert worden: Von der jüdischen Gemeinde Münchens, von der VVN, von der pazifistischen DFG-VK, von den Jusos und den Jungdemokraten, von der SPD und DKP, von 10 Betriebsratsvorsitzenden Münchner Großbetriebe; selbst die CSU hatte die Stadtverwaltung aufgefordert, ein Verbot des Nazi-Treffens zu „prüfen". Verschiedene Organisationen hatten auch schon eine Gegenkundgebung angekündigt.

Die Stadtverwaltung hatte sich mit dem Verbot etwas geziert und noch vor ein paar Tagen behauptet, das vorliegende Material reiche für ein Verbot nicht aus („SZ", 31.8.). Dann war plötzlich von „zusätzlichem Tatsachenmaterial" die Rede („SZ", 2.9.).Als ob Frey, der schon seit über 20 Jahren auf der antisemitischen Dreckwelle reitet, den zuständigen staatlichen Stellen nicht bestens bekannt wäre!.

* * *

Nazi-Verbrecher vor Gericht

Am 6. September beginnt in Frankfurt/Main der 6.Auschwitz-Prozeß. Angeklagt sind Horst Czerwinski und Josef Schmidt. Beide sind angeklagt, im Nebenlager Lagischa eigenmächtig Häftlinge ermordet zu haben, wobei sie die jeweiligen Opfer ihrer Verbrechen „auswürfelten". Schmidt erschoß u.a. einen Essenholer, der ihm zu langsam erschien, und trampelte beim „Sport" einen weiteren zu Tode. Czerwinski ermordete auf dem Evakuierungsmarsch 1945 drei nicht mehr gehfähige Häftlinge („tat", 2.9.77).

***

CDU gegen Antifa-Gedenkstätte

Die CDU-Mehrheit von Paderborn lehnt es nach wie vor ab, auf der „Wevelsburg", einem ehemaligen KZ, eine antifaschistische Gedenkstätte einzurichten. Beim Bau der „Wevelsburg" kamen ca. 1200 Menschen um („tat", 2.9.77).

***

Noch immer: Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Antifaschisten Carlebach

Im Februar '77 stellte der Alt- und Neo-Nazi Schönborn bei der Frankfurter Staatsanwaltschaft Anzeige gegen den ehemaligen Häftling des KZ Buchenwald, Emil Carlebach, heute Chefredakteur der Wochenzeitung „die tat" (Organ der „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes/ Bund der Antifaschisten") und Vizepräsident des internationalen Buchenwaldkomitees.

Der offene Hitler-Verehrer Schönborn beschuldigte Carlebach, für den Tod von Mithäftlingen im KZ verantwortlich zu sein. Obwohl für die Anschuldigung nicht das geringste konkrete Indiz vorliegt (die Behauptung geht auf längst widerlegte Verleumdungen aus der Kalten-Kriegs-Zeit gegen Carlebach zurück), leitete die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren ein. Carlebachs Antrag auf Verfolgung Schönborns wegen wissentlich falscher Anschuldigungen wurde dagegen „zurückgestellt", d.h., nicht angenommen.

Seit einem halben Jahr „ermittelt" nun die Staatsanwaltschaft im Auftrag eines berüchtigten Faschisten gegen das NS-Opfer Carlebach und „gewährte" diesem erst jetzt, nach massiven Druck (mit Hilfe des bekannten Rechtsanwalts Kaul,DDR) überhaupt eine Anhörung („tat", 2.9.77).

»Fluchthilfe« gerichtlich anerkannt

Wir sind eine kleine Organisation, deshalb erfolgreich.

Unser Spezialgebiet:

Übersiedlungen aus der Zone (‚ddr')

in die Bundesrepublik Deutschland.

Zuschriften unter Chiffre 482 an DSZ-Verlag, Paosostraße 2a, 8000 München 60.

Manche glauben an Entspannung — Wir nicht

aus „Deutsche National-Zeitung", 10.6.77

Zur Zahlung einer Entschädigung von 12.280 Mark wurde in Westberlin der Leiter einer »Fluchthilfeorganisation« verurteilt, dessen Agent Horst Poser bei einem Unternehmen in der CSSR verhaftet und verurteilt worden war. Die Summe ist übrigens der doppelte Satz dessen, was an Haftentschädigung in BRD-Gefängnissen gezahlt wird (20 bzw. 10 Mark/Tag).

Im noch nicht rechtskräftigen Urteil führt das Gericht aus: *»Die Fluchthilfe bezweckt nach der Auffassung der Kammer nur die Wiederherstellung des Grundrechts der Freizügigkeit. Daß für die Fluchthilfe Entgelt gefordert wird, ändert nichts daran, daß mit der Fluchthilfe nach hiesiger Anschauung erlaubte Zwecke verfolgt werden ...«* (»Welt«, 18.8.77).

Direkt peinlich war die Begründung der »Fahrlässigkeit«, mit der Posers Chef gehandelt haben soll: Er habe u.a. Ausweise zur Verfügung gestellt, *»die bereits ohne technische Hilfsmittel als Fälschungen erkannt werden konnten«*. Fluchthilfe ist also erlaubt, die Fälschung von Ausweisen in diesem Zusammenhang offensichtlich auch, gerügt wird lediglich die »mangelnde Sorgfaltspflicht« des »Unternehmers« gegenüber seinen »Angestellten« (*»Der Anstellungsvertrag eines Fluchthelfers ist nicht schon von vornherein sittenwidrig«*).

Die freie Marktwirtschaft kennt eben keine Grenzen — gell !

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg



DGB: Neuer Berufsverbotebeschluß

Beileibe nicht g e g e n die Berufsverbote, sondern f ü r die „*Abwehr von Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst*" hat die DGB-Spitze (Bundesvorstand und Bundesausschuß) am 7./8.6.77 folgendes beschlossen:

1. Der DGB bekennt sich dazu, daß Angehörige des öffentlichen Dienstes „*jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintreten*" müssen. Um das zu gewährleisten, seien das Beamtenrecht und die Tarifverträge völlig ausreichend. Einen besonderen Radikalenerlaß bräuchte man nicht.
2. **Die Feststellung mangelnder Verfassungstreue müsse auf gerichtlich nachprüfbaren Tatsachen beruhen. Ist das der Fall, sind Ablehnungen bzw. Entlassungen »*nach gewerkschaftlicher Auffassung*« weder diskriminierend noch gar ein »Berufsverbot«.**
3. Der DGB kritisiert die routinemäßigen Anfragen der Einstellungsbehörden an die Verfassungsschutzämter. Warum? Der DGB will keine Angsthasen und Duckmäuser als Beamte, sondern Leute, die mit „politischem Engagement" und „Überzeugung" für die fdGO eintreten (also gradheraus, wie es germanischer Art entspricht). Die Einstellung der (routinemäßigen?) Zusammenarbeit von DGB-Funktionären mit dem Verfassungsschutz wird – nebenbei bemerkt – nicht gefordert...
4. Der DGB zieht ein solches „rechtsstaatliches Verfahren" einer „*verdeckten Persönlichkeitsausforschung*", wie sie „in vielen Staaten praktiziert" werde, und der „*in totalitären Staaten üblichen Berufsverbotepraxis*" vor (hier paßt offenbar der Begriff „Berufsverbote"). „Deutschland" bleibt also doch „Modell für Europa".

Hatten frühere DGB-Beschlüsse zum gleichen Thema noch die Funktion, scheinbare Besorgnis über die Radikalenjagd in der BRD zu heucheln (und damit sowohl beruhigend als auch mäßigend auf die Berufsverbotegegner einzuwirken), steht dieser Beschluß nach Form und Inhalt klar unter dem Zeichen aktiver Verteidigung der bestehenden Praxis. Besonders hervorgehoben wird die Forderung nach dem Eintreten des Beamten für den Staat. Von der Notwendigkeit, als Beamter Kritik am Staat üben zu können, ist dagegen keine Rede.

Groteskerweise begründet der DGB seine Stellungnahme mit seinem „*festen Willen, eine stärkere und verteidigungsfähigere Demokratie, als es die Weimarer war, aufzubauen und zu erhalten*". Als ob der Sieg des Faschismus durch m a n g e l n d e Staatstreue der Beamten in der Weimarer Republik begünstigt worden wäre und nicht umgekehrt!

Ebenso verlogen und fotzfrech ist die Behauptung der DGB-Spitze, in anderen Ländern seien die Einstellungspraktiken im öffentlichen Dienst viel schlimmer. Gegenüber ausländischer Kritik soll offenbar ganz im Stil der bürgerlichen Parteien nach der Devise „nicht kleckern, sondern klotzen" verfahren werden.

Aber das Jonglieren mit der Wahrheit gehört ja bekanntlich zur Grundausbildung von DGB-Spitzenfunktionären. Und so heißt es denn am Schluß der Stellungnahme: „*Es ist festzustellen, daß in keinem Fall ein Bewerber für den öffentlichen Dienst wegen seiner gewerkschaftlichen Mitgliedschaft bzw. Aktivität abgelehnt worden ist*". Hier kann man nur h o f f e n, daß es sich um eine Lüge zur Beschönigung der staatlichen Praktiken handelt. Denn sonst müßte man ja davon ausgehen, daß die DGB-Führung inzwischen schon alle diejenigen ausgeschlossen hat, denen als Begründung für die Verweigerung der Einstellung gewerkschaftliches Engagement (z.B. in GEW-Studentengruppen o.ä.) vorgeworfen wurde.

Die DGB-Spitze hat mit dieser Stellungnahme erneut alle Zweifel ausgeräumt, auf wessen Seite sie auch in dieser Frage steht. Zweifel dieser Art bestehen jedoch nicht nur bei der DKP, sondern auch bei Teilen des SB, der GIM oder so gewichtigen Komitees wie dem Westberliner AK/FU, in deren Strategie gegen die Berufsverbote die Hoffnung auf ein „Bündnis" mit der Gewerkschaftsführung eine zentrale Rolle spielt. Diese Kräfte ersuchen wir höflichst, diese ihre Strategie und ihre Einschätzung der Gewerkschaftsführung, die man ihrer Meinung nach „nicht pauschal" als Agentur der Bourgeoisie bezeichnen darf, anhand der zitierten DGB-Stellungnahme k o n k r e t zu erläutern.

(Zitate aus „Die Quelle", Funktionärzeitschrift des DGB, 7/8/77).

Berufsverbotemeldungen

Hamburg. Das Verwaltungsgericht gab dem Einspruch des DKP-Lehrers Th. Erdner gegen seine Nichtübernahme in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit statt. Erdner ist so eine Art DKP-„Musterlehrer" in Hamburg. Image: Intelligent, sympatisch, einsatzfreudig, konstruktiv, usw. Vom Schulleiter bis zum Elternrat hatten sich alle für ihn ausgesprochen. Keiner wirft ihm „politische Entgleisungen" oder mangelndes Bekenntnis zur fdGO vor. Dies alles galt dem Staat jedoch als besonders geschickte „kommunistische Taktik". Linke Schüler oder oppositionelle GEW-Kollegen, die mit Erdner zu tun haben, können daran freilich nicht viel „Kommunistisches" finden ... Dennoch ist das Urteil selbstverständlich zu begrüßen. Der Hamburger Senat allerdings hat bereits Berufung eingelegt (nach „stern", 1.9.).

Oldenburg. 800 DM Geldstrafe muß der DKP-Kreisvorsitzende von Oldenburg, Kauffeldt, wegen angeblicher Beleidigung bezahlen. Die Oldenburger DKP hatte 1975 eine Berufsverbotedokumentation herausgebracht, in der Fotos von Herren der politischen Polizei unter ihrer Berufsbezeichnung „Schnüffler" veröffentlicht wurden. Dies faßten diese als „Beleidigung" auf und stellten Strafanzeige. Das Urteil spricht für sich.

Hannover. Der bisher als Referendar beschäftigte Lehrer Ingo Sch. aus Alfeld ist zum planmäßigrn Termin am 1.August ohne Angabe von Gründen nicht in den Schuldienst eingestellt worden, obwohl bereits eine Planstelle für ihn vorgesehen war. Nach Angaben der GEW liegt dieses Berufsverbot in seiner Betätigung als Aktiver Gewerkschafter begründet.

Göttingen. Gegen F.D., akademischer Rat am Psychologischen Institut der Uni Göttingen, wurde ein Berufsverbotsverfahren eingeleitet. Außerdem erhielt er Haus- und Dienstverbot. Ihm wird vorgeworfen, bei den Kommunalwahlen 1976 für den KBW kandidiert zu haben. Außerdem soll er, wie es schwülstig in der „KVZ" verlautet, „*den Zusammenschluß der Studenten gegen die Abrichtung zum Bourgoisie-Funktionär untersützt*" haben. Nach Angaben der „KVZ" vom 16.8. liegen in Niedersachsen noch in drei weiteren Fällen Berufsverbotsverfahren gegen dem KBW nahestehende Hochschullehrer an.

NRW: Zu Beginn des neuen Schuljahres sind in Nordrhein-Westfalen drei weitere Lehrer mit Berufsverbot belegt worden. Der Grund- und Hauptschullehrerin Irene J. legte man bei einer „Anhörung" ihre Mitgliedschaft im MSB und in der DKP zur Last. Der Realschullehrerin Renate B. und
einer „Anhörung" ihre Mitgliedschaft im MSB und in der DKP zur Last. Der Realschullehrerin Renate B. und
dem Studienassessor Karl-Heinz R. wird die Einstellung weiterhin verweigert, obwohl das Verwaltungsgericht Köln im Juni dieses Jahres feststellte, daß die gegen sie verhängten Berufsverbote rechtswidrig seien.

Im Fall der Doktorandin und nebenamtlichen Deutschlehrerin Jutta K.-N. erging jetzt nach fast einem Jahr der endgültige Ablehnungsbescheid durch den Kultusminister von NRW. Die Begründung stützt sich allein auf ihre Mitgliedschaft in der DKP.

Wiesbaden. Als eine „Kette von Mißverständnissen" hatdie Staatsanwaltschaft Wiesbaden den Einbruch der Polizei in die Wohnung einer Wiesbadener Lehrerin und das darauf folgende Berufsverbotsverfahren zu erklären versucht. Wie bereits in AK 110 berichtet, erhielt die Referendarin Christine S. Anfang August einen Brief des Regierungspräsidenten in Darmstadt, daß sie wegen „Zweifeln" an ihrer Verfassungstreue nicht in den Schuldienst übernommen werden könnte. Die „Zweifel" gründeten sich darauf, daß bei einer Durchsuchung ihrer Wohnung 1975 „*umfangreiche Materialien des KBW*" gefunden worden seien. Merkwürdigerweise wußte die Kollegin von dieser „Durchsuchung" aber gar nichts, weshalb sie Straganzeige wegen Einbruchs gegen die Polizei stellte. Erst nach energischem Drängeln ihres Anwalts entschloß sich die Staatanwaltschaft zu einer „Erklärung" zu diesem Vorgang : Der Verfassungsschutz habe wohl eine Polizeimeldung „unglücklich interpretiert". Wahrlich eine tolle „Erklärung". Akteneinsicht gewährte man Christines Anwalt nicht. Es hätten ja noch einige Peinlichkeiten mehr ans Licht kommen können..

Offentsichtlich ist den Berufsverbotsbehörden dieses Geschichte inzwischen so unangenehm geworden, daß sie der Einstellung von Christine S. zum 1.September zustommten.

Wiesbaden: Eine weitere Verschärfung der Berufsverbotepraxis in Hessen hat die CDU gefordert. Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Kanther forderte den hessischen Ministerpräsidenten auf, die Wahlvorschläge der „radikalen" Gruppen und Parteien zur letzten Kommunalwahl in Hessen am 20 März dieses Jahres daraufhin überprüfen zu lassen, inwieweit Angehörige des Öffentlichen Dienstes des Landes Hessen auf Listen „extremistischer" Organisationen kandidiert haben. In dieser Kandidatur läge eine über eine einfache Mitgliedschaft hinausgehende Aktivität, die in jedem Fall ein Berufsverbot rechtfertige.

Laut Kanther hätten „*schon wenige Stichproben aus Hunderten von den in den Zeitungen abgedruckten Wahlvorschlägen in erschreckendem Maße ergeben, inwieweit insbesondere Lehrer, Erzieher, Solzialarbeiter und Postbedienstete für radikale Organisationen aufgetreten seien.*" Kanther phantasiert dann weiter: „ *Dies deute auf einen konzentrischen Angriff der Kommunisten im Sektor Jugend und Bildung hin.*" Der SPD-Regierung in Hessen gibt dieser CDU–holzhammer sicher Gelegenheit, ihre eigene verschärfte Berufsverbotepraxis noch als „Liberal" und „kleineres Übel" hinzustellen. (nach "FR" vom 19.8.

Mainz. In zweiter Instanz verhängte das rheinland-pfälzische Landesarbeitsgericht ein Berufsverbot gegen den ehemals an der Universität Mainz beschäftigten Kältemonteur G. G., der bei den letzten Bundestagswahlen für die „KPD" kandidiert hatte, war in erster Instanz erfolgreich gegen die Kündigung der Universität gewesen. Während der Mainzer Unipräsident bereit gewesen war , dieses Urteil zu
in erster Instanz erfolgreich gegen die Kündigung der Universität gewesen. Während der Mainzer Unipräsident bereit gewesen war , dieses Urteil zu
akzeptieren, verfügte der damalige Kultusminister und heutige Ministerpräsident Vogel, in die Berufung zu gehen.

Karlsruhe: Die Landesregierung von Baden-Württemberg verweigert der Studentin Jane Z. aus Karlsruhe die Einstellung in den Referendardienst und damit den Abschluß ihrer Ausbildung als Lehrerin, weil sie nach „Erkenntnissen" des Verfassungsschutzes Mitglied von DKP und MSB

Westberlin: In 13 Fällen hat die seit dem ersten Januar dieses Jahres arbeitende Landeskommission für Gesinnungsschnüffelei in Westberlin „Zweifel an der Verfassungstreue" von Bewerbern für den öffentlichen Dienst geäußert, was für diese Bewerber ein Berufsverbot zur Folge haben dürfte (laut „Tagesspiegel" vom 19. August). Bei den 13 handelt es sich um fünf Erzieher, vier wissenschaftliche Dienstkräfte der Universitäten, zwei Ärzte, einen Lehrer und einen Bibliothekar (!).

Der Landeskommission lagen bisher 192 Fälle vor, wovon 88 abschließend bearbeitet wurden, d.h. daß sich die Zahl der Berufsverbote noch erheblich steigern wird, wenn auch die übrigen „Fälle" abschliessend bearbeitet worden sind.

Die „Empfehlungen" dieser famosen Landeskommission werden an die Einstellungsbehörden weitergegeben und können gnädigerweise von den Betroffenen gerichtlich überprüft werden. Einwände der Bewerber, daß die Verwendung von „Erkenntnissen" des Verfassungsschutzes auf Grund von „Routineanfragen" der Einstellungsbehörden unzulässig sei, werden von der Landeskommission, wie nicht anders zu erwarten, schlicht ignoriert. Kein Wunder, daß die Innenverwaltung des Westberliner Senats vermeldete, die Tätigkeit der Landeskommission habe sich bisher bewährt.

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Anwalt nicht erwünscht

Ein Realschullehrer aus Rheinland-Pfalz, der sich für die Zeit nach Beendigung seines Vorbereitungsdienstes um eine Einstellung in den Schuldienst als angestellter Zwei-Drittel-Lehrer beworben hatte, erhielt vom Kultusministerium eine Vorladung zu einem Einstellungsgespräch, da - „*wie Sie aus unseren bisherigen Gesprächen wissen*" - Zweifel an der „Verfassungstreue" bestünden. Nähere Angaben darüber, worauf sich diese Zweifel stützen, enthielt der Brief nicht, wohl aber den Hinweis, „*daß die Hinzuziehung eines Rechtsanwalts unsererseits abgelehnt wird*". Nach Auskunft des Anwalts des Lehrers bezieht sich der Hinweis des Kultusministeriums auf eine erste Anhörung von anderthalb Jahren. Damals sei dem Lehrer vor seiner Übernahme in den Vorbereitungsdienst vorgehalten worden, er habe an einer Demostration gegen Todesurteile in Spanien teilgenommen (gegen die damals erfolgten Hinrichtungen von fünf spanischen Antifaschisten hatte immerhin sogar der DGB mit einer bundesweiten Gedenkminute protestiert!).

Als „Beweis" hatte das Kultusministerium ein Foto vorgelegt, auf dem der Betroffene angeblich abgebildet sei, was sich allerdings als falsch herausstellte. Nach diesen Erfahrungen bestand nun der Lehrer darauf ein weiteres Gespräch nur in Anwesenheit eines Anwalts zu führen. Dieses Recht setzte er auch mit einer Klage beim Mainzer Arbeitsgericht durch. Daraufhin ließ das Kultusministerium den geplanten Termin platzen. Begründung: Durch das Beisein eines Anwalts sei der Sinn des politischen Einstellungsgespräch nicht mehr zu erfüllen! Das Kultusministerium will gegen die Entscheidung des Arbeitsgerichts Widerspruch einlegen, wobei es sich darauf beruft, daß nach meheren anderen Urteieln die Hinzuzeihu ren Urteilen die Hinzuziehung nur bei Gesprächen mit strafrechtlichen Sanktionen, Zeugen- oder Prüfungsgesprächen notwendig sei. Das Mainzer Arbeitsgericht hatte demgegenüber erklärt, daß bei politischen Überprüfungsgesprächen der Anwalt die Funktion eines Zeugen habe.Zeugen passen allerdings den Gesinnungsschnüfflern nicht ins Konzept. Daß jedoch auch das Mainzer Arbeitsgericht hierfür Verständnis hat, zeigt sich daran, daß es dem Kultusministerium die Möglichkeit einräumte, das Gespräch abzubrechen, wenn durch die Anwesenheit des Rechtsanwalts eine sachdienliche anwalts eine „sachdienliche Aufklärung" nicht zu erreichen sei. Aber selbst diese Hintertür reicht den Berufsverbietern offenbar nicht aus..

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Der Fall Krone: Berufsverbot auch bei der Bahn

Wenige Tage nach der Veröffentlichung des Urteils gegen Silvia Gingold wurde auch die schriftliche Urteilsbegründung des Kasseler Verwaltungsgerichtshofs gegen den ehemaligen Bundesbahningenieur Werner Krone zugestellt.

Die Bundesbahn hatte es 1973 abgelehnt, W.K. als Beamten auf Probe einzustellen. Begründung: Er sei nur eingeschränkt einsetzbar, da er als DKP-Mitglied nicht mit Verschlußsachen betraut werden und nicht an sicherheitsempfindlichen Stellen arbeiten dürfe (weitere Gründe siehe AK 110).

Nachdem er zunächst 1975 vor dem Verwaltungsgericht Darmstadt einen Erfolg gegen dieses Berufsverbot erzielen konnte, gab nun der Hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel der Berufung der Bundesbahn statt und bestätigte das Berufsverbot. Dieses Urteil ist auf weiten Strecken aus dem Urteil gegen Silvia Gingold abgeschrieben (siehe AK 111). Auch bei Krone keine Spur von „Einzelfallprüfung". Auch bei ihm pauschale Feststellung der „Verfassungsfeindlichkeit" und „Verfassungswidrigkeit" der DKP, deren Mitglieder eben als Verfassungsfeinde zu behandeln seien. Nicht erforderlich sei, „*daß dem Bewerber bereits aktive Betätigung gegen die tragenden Grundsätze der Verfassung nachgewiesen wird, die bei einem Beamten auf Lebenszeit die Entfernung aus dem Dienst ... rechtfertigen würde*". Weiter heißt es: „*Die fachliche Qualifikation des Klägers und seine überdurchschnittlichen Beurteilungen während des Vorbereitungsdienstes sind für die hier zu treffende Entscheidung ohne Bedeutung. Denn es ist offensichtlich, daß die besondere Befähigung für den gewählten Beruf nicht den Mangel auszugleichen vermag, der darin liegt, daß er nicht die Gewähr der Verfassungstreue bietet*".

In diesem Zusammenhang hält es das Gericht auch für gleichgültig, ob der Betroffene an „sicherheitsempfindlichen Stellen" eingesetzt wird oder nicht. Ein Berufsverbot ist in jedem Fall gerechtfertigt. Damit geht das Gericht noch über die Ablehnungsbegründung der Bundesbahn hinaus..

Im Unterschied zu Silvia Gingold, die immerhin noch als Angestellte im Schuldienst tätig ist, ist Werner K. seit zweieinhalb Jahren arbeitslos. Im Prozeß berichtete er von seinen Schwierigkeiten, neue Arbeit zu bekommen. So hat ihn sein zweiter Arbeitgeber entlassen, nachdem er erfahren hatte, daß er mit der Bundesbahn prozessiere. „*Die DB ist gleichzeitig Auftraggeber für nicht von mir bearbeitete Projekte und der Arbeitgeber behauptet, darauf von den Herren von der Bundesbahn, privat verständlich, hingewiesen worden zu sein ... Firmen, die interessiert waren, sind es dann plötzlich nicht mehr.*"

Wie man sieht, sorgen Bundesbahn und Verfassungsschutz dafür, daß Werner K. auch außerhalb des Staatsdienstes seinen Beruf nicht mehr ausüben kann.

Übrigens darf er dafür die Kosten der gesamten gelaufenen Gerichtsverfahren zahlen.

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Jagd auf „wilde Plakatierer" - und bald Raumverbot für Linke?

Seit einigen Jahren ist die Stadt Lübeck – gemeinsam mit einigen CDU-Saubermännern – damit beschäftigt, das „wilde Plakatieren" zu unterbinden. So *„hat Lübeck im April 1975 zehn Bundes- und Landesdienststellen und ein Dutzend städtischer Diehststellen gebeten, Vorschläge zur Bekämpfung der wilden Plakatierung zu unterbreiten"* („Lübecker Nachrichten", 17. 12.1976). Im selben Jahr kam es zu *„einem Senatsbeschluß, der für derartige Auswüchse (!) eine Konventionalstrafe androht"* („LN", 14.8.77).

Herausgekommen ist trotz allem wenig. Städtische Behörden, CDU-Ortsgrößen und die Lokalpresse haben deshalb in diesem Jahr neue Wege beschritten. *„Im Kampf für ein sauberes Lübeck"* (29.4.77) veröffentlichten die „LN" mehrere Artikel, in denen die Bevölkerung zur Jagd auf „wilde Plakatierer" Artikel, in denen die Bevölkerung zur Jagd auf „wilde Plakatierer" aufgerufen wurde. Nachdem erstmals ein erwischter Plakatierer 800 DM (!) Bußgeld bezahlen mußte, bekamen die Saubermänner Auftrieb: *„Möglich sind Bußen bis zu 10.000 DM"*, frohlockten die „LN" (29.4.). Stadtamtmann Kloth vom Tiefbauamt wies darauf hin, daß ein Kleber auf frischer Tat geschnappt werden muß. Deshalb sollte *„jeder Lübecker ... sofort die Polizei alarmieren"* und *„mitziehen, aufpassen und bereit sein, sich als Zeuge zur Verfügung zu stellen"*. Stadtamtmann Kloth ist schon früher aufgefallen: 1972 ließ er den AK-Verkauf in der City verbieten, 1975 wollte er einen Info-Stand erst genehmigen, wenn ihm die Materialien zur „Prüfung" vorgelegt würden!

Noch schwerere Geschütze will die CDU auffahren. Schon im September 1976 forderte H.L. F a u t h auf dem CDU-Parteitag, die Stadt Lübeck solle doch Räume nur noch mit der Auflage vermieten, daß die Veranstalter nicht „wild" plakatieren dürften („LN", 3.9.76). In diesem Sinne richtete wenig später CDU-Bürgerschaftsmitglied Harries eine Anfrage an den Senat, die jedoch (noch) nichts einbrachte („LN", 23.10.). Jetzt hat Fauth in einem großflächigen „LN"-Artikel seine alte Forderung wiederholt und zusätzlich angekündigt, ein von ihm mitbezahlter „Saubermann" werde „jeden Morgen" ein bis zwei Stunden Plakate entfernen („LN", 14.8.).

Käme es zu dem von Fauth geforderten Raumverbot (immerhin hat die CDU die Mehrheit in der Bürgerschaft), so hätte dies weitreichende Folgen für die Linken: Größere Veranstaltungen können schon seit einem Jahr nur noch in städtischen Räumen durchgeführt werden, zu solchen Veranstaltungen wird immer „wild" plakatiert.

Seit etwa einem Jahr verweigern alle Hotels und Gaststätten in Lübeck, die größere Räume zur Verfügung haben, dies den Linken, zum Teil ohne jede Begründung. Dies geht so weit, daß im Juli 1977 nicht [illegible] geht so weit, daß im Juli 1977 nicht einmal eine schriftliche Anfrage der „Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke" (!) von den Gaststätten beantwortet wurde. Vorsitzender des Hotel- und Gaststättenverbandes in Lübeck ist seit Jahren eben jener H.-L. Fauth, der jetzt sogar möglichst ein völliges Raumverbot für Linke erreichen will. H.-L. Fauth ist Mitglied im CDU-Ortsvorstand Stadt-Mitte und in Lübeck für reaktionäre Machenschaften bekannt. So drohte er 1976 mit einem „Streik" seines Verbandes gegen das neue Jugendausbildungsgesetz und ließ erst kürzlich eine Stellenanzeige mit den provokatorischen Sätzen veröffentlichen: *„Arbeit macht glücklich! Wo sind die arbeitswilligen Arbeitslosen? Wo sind die armen, auf der Straße liegenden Jugendlichen über 18 Jahre? Oder gibt es die nur im Fernsehen?"* („LN", 7.8.77).

Die Lübecker Linke wird diesen Angriffen auf die Versammlungsfreiheit gemeinsamen Widerstand entgegensetzen müssen.

KB/Gruppe Lübeck

Sowjetische Botschaft weist auf Rechtsverletzung im Zusammenhang mit „Lorenz-Prozeß" hin

Auf Anfrage der Rechtsanwälte Spangenberg und Becker teilte die Botschaft der UdSSR in der DDR mit, daß es *„offensichtlich"* ist, daß ein Auftreten der BRD-Bundesanwaltschaft als Anklägerin im Westberliner Lorenz-Prozeß" (gegen Ronald Fritzsch, Gerald Klöpper, Till Meyer, Ralf Reinders, Fritz Teufel und Andreas Vogel) *„den Versuch einer groben Verletzung des Vierseitigen Abkommens"* vom 3.9.1971 darstellt, wonach *„föderale Machtorgane der BRD – hierunter fallen auch alle Bundesgerichte – keine Amtshandlungen in Ausübung unmittelbarer Staatsgewalt über die Westsektoren Berlins vornehmen dürfen"*. Die Rechtsanwälte Spangenberg und Becker, die diese Erklärung der sowjetischen Botschaft in einer Pressemitteilung vom 12.8.77 bekanntgaben, schreiben weiter dazu, daß der Bundesregierung der „Fall Lorenz" offenbar geeignet erscheine, *„durch einen demonstrativen Akt einen Vorstoß mit dem Ziel zu unternehmen, Regierungskompetenzen in Westberlin zu erlangen"*. Dies berge auch die Gefahr in sich, *„daß die Bundesregierung und der Westberliner Senat Schritt für Schritt auch die Tätigkeit des Bundesamts für Verfassungsschutz, des Bundesnachrichtendienstes (BND), des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) sowie des Bundesgrenzschutzes in Westberlin für völkerrechtsmäßig erklären könnten"*.

IKAH, Hamburg

Nachrichten aus dem Knast



Ein „Durchblick" hinter die Mauern des Knastes

Weniger beachtet von der bürgerlichen Presse als z.B. der Hunger- und Durststreik der Gefangenen der RAF usw., wurde u.a. der Hunger- und teilweise Durststreik der Häftlinge um die demokratische Gefangenen-Zeitung „Durchblick" in Westberlin.

Zur Erinnerung: Die Zeitung „Durchblick" ist im Dezember 1976 entstanden, um die Mißstände im Knast öffentlich zu machen und anzuklagen, denn die offizielle Knastzeitung „Lichtblick", auf deren Erstellung die Gefangenen keinen Einfluß haben, verschwieg oder beschönigte viele Vorfälle.

Nach Erscheinen der ersten Nummer wurden die bekannten Redakteure massiv unter Druck gesetzt: ihnen wurde Strafverfolgung wegen Beleidigung und Anstiftung zur Meuterei angedroht! Nachdem die Gefangenen auf ihr Recht nach Presse- und Informationsfreiheit bestanden, wurde noch vor Herausgabe der zweiten Nummer, ein Tag vor Heiligabend, der Gefangene Hans Sontag nach Moabit verschleppt, wo er in eine Isolationszelle gesteckt wurde.

Aber die Genossen ließen sich nicht einschüchtern und gaben bis Mai 1977 weitere vier Nummern des „Durchblick" (illegal) heraus.

Am 1. Mai 1977 stiegen drei Gefangene vom „Durchblick" auf das Dach des Hauses III, um auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen: Presse- und Informationsfreiheit, Abschaffung der Prügelstrafe (!) und Verbesserung des alltäglichen „Lebens", vor allem der Einkaufsmöglichkeiten und des Bibliothekenbesuches und eine Änderung der Besucherregelung. Insgesamt veröffentlichten sie einen 56-Punkte-Katalog, in dem sie vor allem auch die Rückverlegung der anderen Genossen aus Moabit nach Tegel verlangten. Denn mittlerweile waren noch Uwe Drowski und Karl-Heinz Neuendorf nach Moabit verlegt worden; beide deswegen, weil sie versucht haben, eine demokratische Interessenvertretung aufzubauen, und weil sie am „Durchblick" mitgearbeitet haben.

Seit dem 25. Juli befinden sich nun die vier Gefangenen in Moabit und drei weitere in Tegel im Hungerstreik, seit kurzem auch im Durststreik. Außerdem führen ca. 15 weitere Gefangene in wechselnder Besetzung einen Solidaritätsstreik durch.

Außer den oben genannten Forderungen kämpfen sie für folgende Punkte (aus ihrem 56-Punkte-Katalog):

17) Ermöglichung von sexuellen Kontakten mit ihren Frauen und Partnern

19) Abschaffung von Kontrollen bei Gruppen, die demokratisches, soziales oder sonstiges Engagement innerhalb des Knastes machen

25) Verwirklichung des Grundgesetzes, Art. 3, Abs. 1: Jeder Mensch hat das Recht, sich einzeln oder gemeinschaftlich mit Beschwerden an die zuständige Volksvertretung zu wenden ... dieses wurde und wird keinesfalls in den Berliner Knästen gewährleistet!

28) Abschaffung der Isolation und der Arrestzellen

32) Aufhebung der Doppelbestrafung von Ausländern (Knast und Abschiebung), die sonst generell nach Verbüßung der Haftstrafe eintritt

33) Wir fordern die Gleichstellung der ausländischen Kollegen mit den deutschen in Ausbildung/Schule/Lehre usf.!

39) Offizielle Genehmigung des UKW-teils für einen eigenen Rundfunkempfänger

48) Gefordert wird das Recht, sich im Bedarfsfall künftig ohne Behinderung einen externen Arzt (Vertrauensarzt) zu wählen

54) Neuregelung der Wahlen zur Insassenvertretung, die seit Monaten blockiert werden: Ohne Einmischung durch Senat/Justiz/Anstaltsleitung!

Der „Durchblick" fordert auch demokratische Wahlen für die Redaktion einer Gefangenenzeitung.

Hinzu kommt, daß die Gefangenen ständig schikaniert werden, indem die wenigen Rechte, die sie noch haben, durch sogenannte „Hausstrafen" eingeschränkt oder abgeschafft werden (Streichung der zusätzlichen Einkaufsmöglichkeiten, Beschlagnahme linker Presse usw., Postzensur u.a.).

Über diesen Kampf gilt es eine breite Öffentlichkeit herzustellen und die Solidarität zu entwickeln. Daß dies noch wenig geschieht, mag mit ein Grund dafür sein, daß die Gefangenen um den „Durchblick" ihren Hungerstreik vorläufig ausgesetzt haben. Dies beschlossen sie, nachdem ihnen ein Gespräch mit Justizsenator Baumann zugesagt worden ist.

Illusionen über einen Erfolg dieses Gesprächs dürften bei den Gefangenen allerdings nicht allzu groß sein, denn mit genau demselben Versprechen hat man sie im Mai vom Dach des Hauses III gelockt. Danach wurden sie in Einzelzellen gesteckt und ihre Forderungen wurden nicht erfüllt.

Ein Schöneberger Genosse/ Westberlin

Einschüchterungsaktion gegen Knastaufklärung

Marsberg/Hochsauerland, 21.8.77
Die Unterdrückung jeder Information über die menschenverachtenden Zustände im Zuchthaus Werl liegt den Staatsschutzbehörden auch weiterhin sehr am Herzen. Nachdem versucht worden war, den 2. Hungerstreik der Gefangenen am 1. Mai durch die Verlegung von 12 Gefangenen zu zerschlagen und den Kampf der Gefangenen durch Gruselstories in der Öffentlichkeit zu diffamieren (Presseberichte über angeblich geplante Geiselnahmen), mußten inzwischen zwar die zum Schein eingeleiteten Ermittlungsverfahren gegen die Gefangenen eingestellt werden, aber davon steht natürlich kein Wort in der Presse.

Um so mehr muß den Behörden die Informationsarbeit der Linken ein Dorn im Auge gewesen sein, die versucht haben, bundesweit und in der ländlichen Gegend um Werl herum über die Zustände in Werl aufzuklären. Schon seit langem ist es üblich, daß der StaatSSchutz die Dokumentation „JVA Werl" bei Razzien in Buchhandlungen mitgehen läßt, obwohl ein Beschlagnahmeurteil nicht vorliegt. In Köln bekamen Genossen jetzt ein Ermittlungsverfahren wegen *„Teilnahme an einer verbotenen Kundgebung"* angehängt, weil sie bei einer spontanen Protestaktion vor dem Zuchthaus Werl dabeigewesen sein sollen.

Einen besonderen Schwerpunkt legen die Staatsschützer neuerdings auf das Sauerland, wo unter anderem eine Ausstellung der Staatsanwaltschaft über den Knast mit Flugblättern über die Schweinereien in Werl bereichert wurde: Der Staatsschutz forderte Unterlagen von Einwohnermelde- und Arbeitsämtern an, die mutmaßliche Linke betreffen. Sieben Personen, von denen der VS vermutet, sie seien an Aufklärungsaktionen beteiligt gewesen, wurden vorgeladen, wobei der federführende Beamte Schwefer jedoch wohlweislich nie verlauten ließ, welche Textpassagen etwa konkret eine *„Beleidigung der JVA Werl"* darstellen sollen. Die Vorladungen betreffen im übrigen Leute, die im Verdacht stehen, Flugblätter lediglich verteilt (!) zu haben, also nicht presserechtlich Verantwortliche. In einem Fall konnte nicht einmal das der Grund sein, da die Betreffende zur fraglichen Zeit in Ur laub war. Daraufhin begründete VS-Schwefer die Vorladung damit, sie trage ja den selben Vornamen (!) wie die auf einem Flugblatt angegebene Kontaktaddresse (die Nachnamen sind grundverschieden). Ferner tauchten VSler in einer Woche gleich 2 mal beim Vermieter (!) des Irminsul-Literaturvertriebes in Marsberg auf, um „Erkundigungen" über eine dort wohnende nicht näher definierte „Bande" einzuziehen. Was das in einer Kleinstadt bedeuten kann, dürfte jedem klar sein!

Ziel des StaatSSchutzes ist es offenbar, ein Klima der Angst und Unsicherheit im Sauerland zu verbreiten, um weitere Aktionen zu verhindern und die „Ausbreitung großstädtischer Verhältnisse" zu unterbinden. Die Betroffenen bereiten dagegen jetzt eine Veranstaltung zum Russell-Tribunal vor, in der auch die Einschüchterungsversuche im Sauerland zur Sprache kommen werden.

Ein Genosse aus Marsberg

Wiedereinführung der Todesstrafe in den USA

Kalifornien: Nachdem das Oberste Gericht die bisherige Vollstreckungs- und Verhängungspraxis der Todesstrafe als diskriminierend und verfassungsfeindlich verurteilt hatte und seit gut zehn Jahren kein Todesurteil mehr vollstreckt worden war, hat jetzt das kalifornische Parlament mit einer Zweidrittelmehrheit deren Wiedereinführung beschlossen. Damit überstimmte es das Veto des Gouverneurs Brown. Bei Hochverrat und bei 15 Fällen von Mord, u.a. Polizistenmord, bezahltem Mord, Massenmord und Mord in Zusammenhang mit Sexualverbrechen ist jetzt die Verhängung und Vollstreckung der Todesstrafe wieder rechtlich zulässig. Damit hat sich „Volkes Stimme" vorerst durchgesetzt: die sogenannte schweigende Mehrheit, die stets von hartem Durchgreifen redet, die ignoriert, daß – nachweislich – die Androhung der Todesstrafe niemanden abschreckt, und die ignoriert, daß sehr oft Unterprivilegierte durch ihre soziale Lage „mit dem Gesetz in Konflikt geraten". Geändert wird durch diesen Beschluß auch nichts an der bisherigen Rechtsprechungspraxis, die auffallend mehr Farbige verurteilt, nicht zuletzt wegen des Rassismus der Richter und Geschworenen.

IKAH, Hamburg

Ist der Freitod in Fuhlsbüttel das einzig „Humane"?

Der tragische Freitod von W. Janorschke (Ende Juli; Anm. AK) ist wieder Beweis, daß der Knast in Hamburg-Fuhlsbüttel – im Volksmund 'Santa-Fu' genannt – nichts „humanes" an sich hat. Die Vernichtungsstrategie ist hier genauso festgelegt wie in jedem anderen Knast in der BRD.

Uns wurde eine Willenserklärung von W. Janorschke zugänglich, in der er bereits am 28.3.1976 (!) die Justizbehörde, die Anstaltsleitung und die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg auf seine „Probleme" aufmerksam machte.

Auf diese Willenserklärung erfolgte keine Reaktion der angeschriebenen Stellen. Daraus geht eindeutig hervor, daß die Justiz und andere Institutionen bewußt „unbequeme" Gefangene vernichten wollen, indem z.B. „Erklärungen" einfach ignoriert werden.

Klar ist in Santa-Fu nach wie vor, daß der speichelleckende Arschkriecher in der Knasthierarchie zu den Privilegierten gehört. Schlimm, schlimm! Derjenige, der das Knastprogramm der Knasthäuptlinge nicht gutheißt und Kritik anmeldet, wird massiv unterdrückt, isoliert und vernichtet.

Gefangenenselbstinitiative
Gruppe Hamburg

W I L L E N S E R K L Ä R U N G

Was nützt es schon, daß der Gesetzgeber die Klassenunterschiede zwischen Zuchthaus und Gefängnis aufhob?
In der Vollzugspraxis besteht dieser Unterschied nach wie vor. Die Knastpolitik treibt viele Gefangene zu Verzweiflungstaten, weil sie sich noch nicht einmal um den Anschein von Gerechtigkeit bemüht. Der Gefangene ist eine Nummer und es ist den Verantwortlichen egal, ob er verheiratet ist, Angehörige krank sind oder gar sterben; interessant wird er lediglich, wenn es ihm gelingt, einen Richter, Journalisten oder andere prominente Persönlichkeiten für sich zu interessieren und als Betreuer zu erhalten.

Manchmal genügt es auch, wenn ihr Rückgrat so gebrochen ist, daß sie als Knast-Clowns dahinvegetieren.

Ich für meine Person kann diese „Scheiße" einfach nicht weiter ertragen.

Ich kann nicht wegen jeder Kleinigkeit (wie sie unter normalen Menschen üblich ist) jedesmal bitten und betteln.

Ich habe als Lebenslänglicher weder die Möglichkeit eines Urlaubs, noch kann ich mir die Besuchstage in Urlaubstage umwandeln lassen. Einen wöchentlichen Besuch bekommt man nicht und jeder Sonderbesuch ist ein Gnadenakt und ein Glücksspiel. Dieses allerdings nur für diejenigen, die wie ich über keinen einflußreichen Fürsprecher verfügen.

***Da ich aber ein Mensch wie alle anderen bin und meinen Kontakt brauche und auch ein Recht darauf habe und es seelisch nicht mehr länger verkrafte,** trete ich hiermit ab Sonntag, dem 28.3.76, in einen unbefristeten H u n g e r s t r e i k, bis man begriffen hat, daß der wöchentliche Besuch (wie ihn die Resozialisierung schon seit langem anstrebt) ein eindeutiges R e c h t ist und keine unbillige Forderung. Daß die Gewährung von Sonderbesuchen nach menschlichen Richtlinien erfolgt und nicht weiter als Gunstbeweis für bevorzugte Gefangene der Laune und dem Wohlwollen des jeweiligen Herrn Abteilungsleiters überlassen bleibt.*

Ich werde meine Arbeit verrichten und der bestehenden Hausordnung Rechnung tragen, meine Aktion ist ein gewaltloser Protest in eigener Sache.

Meine Frau (die genauso verzweifelt ist wie ich) ist von meiner Aktion unterrichtet. Wir beide sehen darin die einzige Möglichkeit (außer einem Freitod), auf die unerträgliche Situation hinzuweisen, nachdem man bisher bei allen Worten und Bitten nur auf taube Ohren stößt.

Noch im Vollbewußtsein meiner Kräfte erkläre ich jegliche Zwangsernährung als einen nicht statthaften Eingriff und als eine Körperverletzung.

Hamburg d. 28.3.76
gez. W. Janorschke

Verteiler:
Präses der Hamb. Justizbehörde
FDP-Fraktion d. Hamb. Bürgerschaft
Anstaltsleitung d. Anstalt II- Fuhlsbüttel Frau Rechtsaw. Leonore Gottschalk- Solger u.a.

massenmedien

Funkausstellung in Westberlin:
Medienpolitisches Kampffeld

Gefangenenselbstinitiative
c/o Medienzentrum Fuhlsbüttel
Fuhlsbüttler Damm 93
2 Hamburg 63

Eine Dokumentation über die Ereignisse in der JVA Vierlande

APRIL-AUGUST 1977

Funkausstellung in Westberlin:
Medienpolitisches Kampffeld

Im Mittelpunkt der Berichterstattungen über die Funkausstellung in Westberlin steht zur Zeit die Vorstellung des „Teletext"-Systems (zur Technik dieses neuen Systems siehe den Kasten). Dieses System ist zu einem weiteren Instrument geworden, mit dem die Zeitungsverleger in den Bereich der elektronischen Medien eindringen wollen.

Im Zentrum der Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der Rundfunkanstalten und dem Bundesverband deutscher Zeitungsverleger (BdZV) steht die Definition des Begriffes „Rundfunk". Der Staatsvertrag über die Rundfunkgebühren sagt, daß eine „*für die Allgemeinheit bestimmte Veranstaltung und Verbreitung von Darbietungen aller Art in Wort, Ton und Bild unter Benutzung elektrischer Schwingungen ohne Verbindungsleiter oder längs oder mittels eines Leiters*" Rundfunk ist (Welt, 21.7.).

Die Verleger bezeichnen das Teletext-System hingegen als „Bildschirm-Zeitung", um damit (genau wie beim Kabelfernsehen) ihr „Recht" auf privatkapitalistische Anwendung dieses Mediums einzuhandeln. Sie argumentieren dabei mit der Tatsache, daß bei Abschluß des Staatsvertrages über das Rundfunkgebührenwesen das Medium Teletext noch nicht bekannt gewesen sei und deshalb der ihrer Meinung nach „veraltete" Rundfunkbegriff nicht einfach um eine neue Interpretation erweitert werden könne, sondern neu formuliert werden müsse. Andererseits gebe es keine Definition des Begriffes ‚Tageszeitung', „*die abhebt auf das Produkt Papier*" (Welt, 11.2.).

Wie üblich orakeln die Verleger auch wieder über ihren „wirtschaftlichen Ruin", falls man sie nicht gewähren lasse: die „Bildschirm-Zeitung" sei ein wesentlicher Beitrag zur „*Aktualisierung der Tageszeitungen, die seit Einstellung von Mittags- und Abendausgaben im Laufe des Tages gegenüber den elektronischen Medien laufend in Rückstand geraten würden. Wenn dieses Medium bei den Rundfunkanstalten angesiedelt wird, besteht die Gefahr, daß diese in breiter Front in die Reihen des gelesenen Wortes einbrechen und wir wirtschaftlich aus dem Tritt geraten*" (Welt, 31.8.).

Die Vertreter der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten halten am herkömmlichen Rundfunkbegriff fest und bezeichnen den Begriff „Bildschirm-Zeitung" als irreführend. Auch die im Ausland betriebenen Versuchssendungen werden von Rundfunkanstalten und nicht von Zeitungsverlagen durchgeführt.

Die Pseudo-Gewerkschaft DJV (deutscher Journalisten Verband) will ebenfalls die Definition des Rundfunkbegriffes auf die neuen Medien angewandt wissen und sieht die Gefahr, daß wenn man heute den Verlegern den Zugang zum Videotext erlaubt, man ihnen dies beim Kabelfernsehen nicht wird verwehren können.

Die Gewerkschaft RFFU (Rundfunk-Fernseh-Film Union) und IG Druck und Papier, die in einer „Arbeitsgemeinschaft Publizistik" zusammenarbeiten, äußern sich kurz und knapp, daß Teletext Rundfunk sei und dieser keinesfalls privaten Unternehmern überlassen werden dürfe. Dies habe auch für Testsendungen, z.B. während der Funkausstellung, zu gelten (DruPa, 4.7.).

Anlaß der Äußerungen der RFFU/DruPa zu dieser Frage war die „Unbedenklichkeitserklärung" des Westberliner Senats, die den privaten Zeitungsverlegern die Testsendungen ihrer „Bildschirmzeitung" ermöglichte. Die Redakteursgruppe dafür besteht aus 28 Redakteuren von 25 bundesdeutschen Tageszeitungen (darunter Bild, Welt, Berliner Morgenpost und Redakteure u.a. vom Springer-Inland-Dienst).

Die heftige politische Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit um diese ‚neuen Medien' hat gerade erst begonnen, ebenso wie die Diskussion um das Kabelfernsehen erst in jüngster Zeit nicht mehr nur in ‚Spezialisten'-Kreisen geführt wird. Parallel zu den politischen Angriffen der Rechten auf die Rundfunkanstalten und die dort arbeitenden Journalisten mit dem Ziel, eine stärkere Zentralisierung und politische Gleichschaltung der öffentlich-rechtlichen Sender zu erreichen, soll das andere Gleis, die Privatisierung im Bereich der elektronischen Medien vorbereitet werden.

In diesem Zusammenhang geht es hier keineswegs um eine Debatte über ‚ungelegte Eier', wenn auch mit einer breiten Einführung des Videotext-Systems nicht vor Mitte der achtziger Jahre zu rechnen ist.

Die politischen Vertreter der Pressekonzerne deuten ihren künftigen harten Kurs zur Durchsetzung der Verleger-Interessen an: *»Wenn wir überdie Beteiligung von privaten Trägern zu keiner Übereinstimmung kommen, werden nach meiner Überzeugung die CDU-Länder ihren eigenen Weg gehen.«* (Schwarz-Schilling, CDU, in ‚Hörzu', 35/77).

Demagogisch wird behauptet, man wolle dem Fernsehzuschauer die Möglichkeiten geben, aus einer größeren Zahl von Programmen sich das für ihn beste auszuwählen, analog der von Axel Springer so bezeichneten „*demokratischen Abstimmung der Leser am Zeitungskiosk*".

Allerdings können wir sehr wohl auf Fernsehprogramme und sog. Bildschirmzeitungen verzichten, die geprägt sind von den „journalistischen Tugenden" und dem „journalistischen Urinstinkt" (Eigenwerbung der »Welt«, 29.8., über sich und ihresgleichen) bürgerlicher Schreiberlinge - vor allem aus dem Springer-Konzern.

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Das Teletext-System

Kurz etwas zur technischen Seite des Teletext-Systems. Die Verleger nennen es »Bildschirm-Zeitung«, die Rundfunkanstalten »Videotext«.

In Großbritannien laufen Versuchssendungen unter den Namen »Ceefax« (BBC) und »Oracle« (private Fernsehanstalt). Das französische Fernsehen benutzt die Bezeichnung »Antiope«. Das technische System ist bei allen gleich. »Transporter« der Zeilen von Teletext ist die sogen. »Austastlücke« zwischen zwei Fernsehbildern, die dann als schwarzer Streifen sichtbar wird, wenn das normale Fernsehbild »wandert« Diese Lücke kann zum Transport von Informationen genutzt werden. Die Nachrichten werden dabei in digitale Signale verschlüsselt und im Sender, der das Fernsehbild ausstrahlt, auf das Fernsehsignal aufgesetzt und »Huckepack« zum Empfänger gebracht. Ein Zusatzteil entschlüsselt die Signale und macht sie auf dem Fernsehschirm sichtbar.

Mit Hilfe einer Zahlentastatur eines Fernbedienungsgerätes kann nun die gewünschte Information abgerufen werden. Die Programmfolge kann, unabhängig vom Sender, frei gewählt werden. Pro Fernsehbild können maximal 24 Zeilen mit je 40 Zeichen übertragen werden.

„Rotfunk" contra Staatsfunk
Eine öffentliche Diskussionsveranstaltung

Am 16. August fand in den Räumen des Winterhuder Fährhauses in Hamburg eine öffentliche Diskussionsveranstaltung unter dem Motto *»Rotfunk contra Staatsrundfunk«* statt, die mit über 400 Teilnehmern gut besucht war. Als Referenten traten auf: Dr. Hella Schlumberger (Mitglied der bayrischen Initiative für Rundfunkfreiheit in München), Maksut Kleemann (Mitglied des Instituts für Publizistik in Westberlin), Dietrich Kittner (Kabarettist aus Hannover), Jean-Marcel Bougereau (Mitglied der Redaktion der linken französischen Tageszeitung „Libération" in Paris) und der Redakteur Werner Borsbach. Der Frankfurter Journalist Jürgen Roth mußte kurzfristig absagen, übermittelte aber einen schriftlichen Diskussionsbeitrag. Die Diskussionsleitung übernahm Hermann Gremliza (Herausgeber der linken Monatszeitschrift „konkret").

Zu Beginn der Veranstaltung betonten alle Referenten, daß sie diese Veranstaltung als auch ihre eigene Beteiligung als einen Beitrag zur Unterstützung des Aufbaus der »Bürgerinitiative ‚Rettet den Rundfunk« begreifen würden. Dieser Hinweis war notwendig geworden, nachdem durch politische Mängel in der Vorbereitung dieser Veranstaltung bei den Referenten der Eindruck entstanden war, daß sie auf einer Veranstaltung der Bürgerinitiative „Rettet den Rundfunk" auftreten würden - was in keiner Weise den Tatsachen entsprach.

Die Diskutanten sahen sich kurzfristig mit einer Situation konfrontiert, auf einer Veranstaltung aufzutreten, die allein von den Initiatoren getragen wurde, und an deren politische Positionen die Vermutung geknüpft wurde, es handele sich hier lediglich um eine „*verdeckte KB-Veranstaltung*".

Im Interesse einer erfolgreichen Durchführung dieser Veranstaltung einigten sich die Initiatoren und Referenten auf den oben genannten Veranstaltungsmodus.

Ziel der Veranstaltung war es u.a., die Diskussion um die zunehmende Gleichschaltung der Rundfunk- und Fernsehanstalten am Beispiel des NDR in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen, was durchaus als gelungen bezeichnet werden kann.

Ein weiteres Ziel ist nicht erreicht worden: Sozialdemokraten, Liberale und parteilose Demokraten zu einer gemeinsamen Initiative zu diesem Zeitpunkt gegen die zunehmende reaktionäre Ausrichtung der öffentlich-rechtlichen Medien zu bewegen.

Die Beiträge der Referenten nahmen zu verschiedensten Komplexen Stellung. Neben weiteren konkreten Beispielen direkter staatlicher Übergriffe auf die Arbeit einzelner Redakteure beim NDR, wurden auch einige Aspekte des Kabelfernsehens dargestellt. Sehr anschaulich berichtete D. Kittner an seinem eigenen Beispiel, wie rigide im NDR Beiträge fortschrittlicher Künstler zensiert und entschärft werden. Am meisten Beachtung und Interesse unter den Anwesenden fand der Beitrag Dr. Hella Schlumbergers, die mit konkreten Beispielen aus der Arbeit der Initiative für Rundfunkfreiheit berichtete und besonders herausarbeitete, daß die Stärke der Bürgerinitative darin bestünde, daß sie flexibler, spontaner und schneller auf Angriffe reagieren könne, als z.B. die Gewerkschaften oder politische Parteien.

Der Vertreter von'Libération' schilderte die Situation des französischen Staatsrundfunks, der in seiner reaktionären Ausrichtung schon weiter sei als hier in der BRD. Am Beispiel der Arbeit von 'Libération' berichtete er von den Versuchen, eine entsprechende demokratische Gegenöffentlichkeit zu schaffen.

Die durch die vielfältigen Beiträge geschaffenen Möglichkeiten einer breiteren Diskussion mit dem Publikum konnten nicht mehr genutzt werden, da zum einen die Zeit schon sehr weit fortgeschritten war, zum anderen aber einige Leute den Schwerpunkt darauf legten, die Mängel beim Zustandekommen der Veranstaltung zu kritisieren, nicht ohne den Initiatoren zu unterstellen, die Bürgerinitiative „Rettet den Rundfunk" „*politisch dominieren*" zu wollen.

Die Veransaltung hat dennoch gezeigt, daß die Initiativen zur Schaffung einer breiteren Öffentlichkeit, um den Widerstand gegen die reaktionäre Ausrichtung des Rundfunks zu entwickeln, auf fruchtbaren Boden fallen.

Ein ausführlicher Bericht folgt im nächsten Arbeiterkampf.

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

Militarismus Antimilitarismus



Bundeswehr »zersetzt«? Leider nein!

„Linksextremisten in der Bundeswehr verstärken Wühlarbeit", mit dieser Schlagzeile erschien am 1.9. Springers „Welt". Die „BILD"-Zeitung sah bereits die *„Kommunisten im Anmarsch auf die Bundeswehr"* (24.8.77). Unter diesen Titeln wurden dann entsprechende Horrorstories des MAD (Militärischer Abschirmdienst) verbreitet, wonach im letzten Jahr angeblich 2500 „Zersetzungsaktionen" in bzw. gegen die Bundeswehr registiert worden seien.

Danach hat der MAD 91 KBW-Gruppen „enttarnt und beobachtet" und 3 aufgelöst, außerdem 694 Aktionen der DKP „gegen die Bundeswehr" geortet.

Weiterhin ist davon die Rede, daß es in der Bundeswehr 73 „linksextreme Vertrauensleute" gäbe. Diese würden legale Positionen dafür benutzen, *„um die Bereitschaft zu Pflichterfüllung zu untergraben"*. Nur 14% der Versuche *„Soldaten gegen ihre Führer aufzuwiegeln"*, seien nicht von den Kommunisten ausgegangen. Der MAD ist offensichtlich deshalb überhaupt gegen solche Vertrauensleute-körper, *„die im Krisen- oder Spannungsfall potentielle Initiatoren für wehrfeindliche Gruppenbildungen (seien), deren Aktivitäten die Einsatzbereitschaft einzelner Verbände zumindest vorübergehend beeinträchtigen könnten"*.

Und was so eine richtige „Wühlmaus" ist, die wartet natürlich nicht bis zum Tag X, sondern die sabotiert auch heute schon mal ein bißchen. Der MAD will sogar „systematische Sabotage" in der Bundeswehr ausgemacht haben. In 285 Fällen leitete der MAD 1976 entsprechende Verfahren ein. 21 Täter will er überführt haben. 16 Tote und 30 Verletzte gingen laut MAD auf Sabotage-Fälle zurück!...

Um zu dieser aberwitzigen Behauptung zu kommen, mußte der MAD schon alle möglichen Schrotterscheinungen und Unfälle in der Bundeswehr „Sabotageakten von Linksradikalen" zuschreiben, wobei diese natürlich *„nicht aufgeklärt werden"* konnten. Dazu rechnet der MAD fünf Brände auf einem Zerstörer, den Ausfall eines Triebwerks einer Phantom und das Blockieren eines U-Boot-Motors, oder die Funktionsunfähigkeit eines Schleudersitzes. Wen wundert es da noch, wenn der Staatsschutz „zusammenfassend" feststellt, daß der KBW angeblich über *„ein hervorragend ausgebautes Fernmeldesystem, eine milizartig aufgebaute Bürgerkriegstruppe und über einen eigenen Nachrichtendienst"* verfüge. Auch im Bundesgrenzschutz und der Polizei sei das der Fall, um *„im Ernstfall gewaltsam die militärische Führung gegen Kommunisten auswechseln"* zu können.

Mit einem derartigen – der Wirklichkeit hohnsprechenden – propagandistischen Feldzug möchte die Springerpresse in Aktionseinheit mit dem MAD ein Klima vorbereiten, in dem der Staatsapparat kommunistische Organisationen nach Belieben angreifen und unterdrücken darf. Den Kameraden beim Bund soll mit dem „Kommunistenschreck" jede Schikane und Strenge als „notwendig" eingeflößt werden.

Antimilitarismus-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Naturschutzverein kämpft gegen britischen Truppenübungsplatz

Die Lüneburger Heide ist eines der wichtigsten Naturschutzgebiete Norddeutschlands, in dieser Art in Europa einmalig und auch zusätzlich ein Fremdenverkehrsgebiet, das jährlich von Millionen Menschen zur Erholung besucht wird. Diese Heide ist lediglich 4500 Hektar groß, wovon aber regelmäßig 1900 Hektar, also nicht ganz die Hälfte, von britischen Panzern befahren und zerstört werden. Diese 1900 Hektar sind Teil des britischen Übungsgeländes, das selbst 35.000 Hektar groß ist und von über 30.000 Menschen bewohnt wird (nach Böhme-Zeitung/Soltauer Kreiszeitung, vom 27.8.77). Die Bewohner dieses Gebiets klagen über Lärmbelästigung, Zerstörung der Landschaft, Beschädigung von Straßen und Wegen und über oft tödlich verlaufende Unfälle.

Gegen diese Zustände klagt der „Verein Naturschutzpark", ein von recht honorigen und auch sehr reichen Leuten geführter Verein. An der Spitze steht ein Industrieller (Toepfer, genannt „der große alte Mann der Lüneburger Heide", ein Rechnungshofpräsident und ein ehemaliger Staatssekretär).

Der „Verein" will lediglich einen kleinen Teil (1500 ha) des gesamten Truppenübungsplatzes einklagen. Hauptargument der Kläger ist, daß britische Panzer 30mal soviel Übungsgelände zugesprochen bekommen haben, wie westdeutsche Panzer („Morgenpost", 25.8.77).

Der Streit währt schon sehr lange: 25 Jahre. Er war früher schwerer zu führen, da die Position der alliierten Besatzer damals stärker war. Als aber die Bundesregierung 1955 im Vertrag über die Stationierung ausländischer Truppen in der BRD nichts an diesem Zustand änderte, kam es zu Demonstrationen. Aber lediglich 600 Hektar konnten freigekämpft werden.

Das Gericht, bei dem der „Verein Naturschutzpark" jetzt klagt, will nur klären, ob das Abkommen dem „Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel" entspricht, d.h. ob ein britischer Panzer mehr Übungsgelände als ein Bundeswehrpanzer zur Verfügung haben darf. Ob dem Naturschutz und den „Verteidigungsgedanken der NATO" gleicher Rang gebührt, wird das Gericht nicht klären.



„Oh, Verzeihung", sagte der Panzer, „dies war nur eine Übung!"

»Traditionspflege« in der Diskussion

Das immer frechere Auftreten der Faschisten in der Öffentlichkeit und die offene Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und den reaktionären Soldatenverbänden (bis hin zur SS-HIAG und besonders die Einladung Rudels durch die Führung der Luftwaffe) haben die Haltung der Bundeswehr zur militaristischen Tradition von Kaiserreich und Nationalsozialismus stärker in die Diskussion gebracht. So gibt es mittlerweile einen Antrag des Sicherheitsausschusses der FDP in Hamburg an den Landesvorstand, demzufolge die bisherige Benennung der Kasernen überprüft werden soll (in der Regel tragen sie den Namen eines verstorbenen Generals, dessen Verbrechen dann in der Regel noch als „vorbildliche Erfüllung von Soldatenpflichten" hingestellt werden. Weiter soll das in der Bundeswehr gepflegte „Liedgut" überprüft werden und die Bundeswehr soll keine Beziehungen mehr zu kaiserlichen und nazistischen Traditionsvereinen unterhalten, da dies dem „demokratischen Auftrag" der Bundeswehr zuwiderlaufe und außerdem ihrem „internationalen Ansehen" schade (nach „tat", 26.8.77).

Auf einer ähnlichen Linie hat der „Arbeitskreis Bundeswehr" des SPD-Bezirks Mittelrhein „Zehn Thesen zur Tradition" formuliert, womit die Diskussion in der SPD angeregt werden soll (Wortlaut der Thesen in „FR", 31.8.).

Doch beiden Entwürfen geht es nicht darum, die alte militaristische Tradition auszurotten, sondern nur um etwas Fassadenputz, nachdem die Bundeswehr international verstärkt ins Gerede gekommen ist.

Wenn man erreichen wollte, daß die nazistischen Generäle, die die Bundeswehr aufgebaut haben und ihre Nachfolger in demselben Geiste erziehen, nicht mehr offen ihrer Tradition huldigen können, müßte man schon allein das Offizierskorps praktisch auswechseln. Das wird beispielsweise daran deutlich, daß die Soldaten in der Bundeswehr Repressalien ausgesetzt sind, die einen „Diskussionsentwurf für eine fortschrittliche Tradition in der Bundeswehr" unterschrieben haben, der seit März dieses Jahres kursiert. In diesem Entwurf, der aus DKP-nahen Kreisen stammt, wurde eine Menge Enthüllungsarbeit über das in der Bundeswehr gepflegte faschistische Gedankengut geleistet. Die Disziplinarstrafen zeigen sehr deutlich, daß die Bundeswehr Traditionspflege nicht nur in Form von Feiern betreibt.

Bei dieser Praxis ist es kaum ein Wunder, daß bisher nur 82 Soldaten diesen Aufruf unterzeichnet haben.

Antimilitarismus-Kommission

KURZMELDUNGEN

Wie kürzlich bekannt wurde, plant die US-Armee die Einführung von Artilleriegeschossen, deren Kern aus angereichertem Uran stammt. Dies fällt in rauhen Mengen bei der Wiederaufbereitung von abgebrannten Brennstäben aus AKW's und bei der Urananreicherung für AKW's und A-Bomben an.

Solch eine neue Munition mit einer Spitze aus Uran ist schon im Erprobungszustand und soll u.a. für den neuen amerikanischen Panzer XM-1 verwandt werden. Die besonderen »Vorzüge« dieser Geschosse bestehen darin, daß Uran schwerer ist als Blei und somit eine größere Durchschlagskraft besitzt. Damit können auch kleinere Geschütze große Durchschlagskraft erreichen. Daß beim Aufprall natürlich radioaktiver Staub entsteht, stört die Militaristen wenig. Im Kriegsfall, schrieb die »Frankfurter Rundschau«, *»dürfte dieser Makel nicht schwer wiegen und könnte sogar beabsichtigt sein«* (vom 8.7.77).

Trotz hoher Giftigkeit und radioaktiver Verseuchung haben die US-Streitkräfte ab Dezember 1976 diese Uranmunition auch im »Frieden« verschossen.

Inzwischen sollen bereits mehrere Länder sich dieser »modernen« Atommüllablagerung angeschlossen haben: *»Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß in mehreren Ländern insgeheim Urangeschosse erprobt werden, darunter auch Munition für Handfeuerwaffen«*, denn so die »FR«, *»Gewehrkugeln mit Urankern durchschlagen relativ dicke Wände und gepanzerte Fahrzeuge«*.

* * *

Offiziere dürfen bei Soldaten keine Flugblätter einsammeln lassen, „auch wenn darin noch so extreme Richtungen vertreten werden". So entschied das Truppendienstgericht Süd/Ulm (Aktenzeichen S 1 Bla. 67/74). Man sollte sich das gut merken und die Offiziere auch darauf aufmerksam machen. (nach „tat", 26.8.77)

* * *

Ein holländischer Soldat, der sich geweigert hatte, seinerzeit auf die molukkischen Geiselnehmer zu schießen, steht jetzt vorm Militärgericht. Verurteilt kann er bis zu vier Jahren werden, wenn die Geiselnahme von Beilen als „Kriegssituation" betrachtet wird. Dies ist der Standpunkt seines vorgesetzten Offiziers.(nach „Stern", 25.8.77)

* * *

Im Rahmen der „140 Maßnahmen zur Stärkung der Kampfkraft der NATO" werden innerhalb kurzer Zeit zum 3. Mal die US-Truppen in Norddeutschland verstärkt, diesmal um eine US-Panzerbrigade von 4 000 Mann. Sie werden in der Nähe von Hannover stationiert und sollen bei Bedarf „aufgefüllt" werden.

Darüberhinaus laufen Verhandlungen um eine weitere Verstärkung der holländischen Truppen in Norddeutschland um 8 000 Mann.

* * *

Schon seit längerer Zeit wehrt sich eine Bürgerinitiative gegen ein geplantes riesiges Munitionsdepot in unmittelbarer Nähe der Staumauer der Ennepetalsperre, in deren Wasserschutzgebiet.

Bislang wurde jede Gefährdung des Wasserspeichers und der Staumauer durch dieses Munitionsdepot bestritten. Vor allem von Seiten der Bundeswehr wurde behauptet, es gäbe einen „hundertprozentigen Schutz" gegen alle Gefahren des geplanten Depots.

Daß dem nicht so ist, sondern die Bedenken der Bürgerinitiative zu Recht bestehen, beweist nun ein ans Tageslicht gekommener Katastrophenabwehrplan der Stadt Ennepetal.

Darin ist ausgerechnet worden, in welcher Zeit eine mögliche Flutwelle welche Ortschaft erreichen kann. Als Hauptursache für einen möglichen Katastrophenfall wird der Bruch der Staumauer durch eine Explosion im geplanten Munitionsdepot der Bundeswehr betrachtet. Der Katastrophenplan enthält weiter alle möglichen Anschriften, damit „Gegenmaßnahmen" reibungslos eingeleitet werden können. Vor allem enthält der Plan die Adressen der Beerdigungsunternehmen und der Sarglager, da offenbar (nicht zu unrecht (!) mit zahlreichen Opfern gerechnet wird ...)

(nach „die tat",26.8.77)

* * *

Um ungehindert im internationalen Gewässer (außerhalb der Drei-Meilenzone) ihre Kriegs-Übungen abhalten zu können, setzt die Bundeswehr Vereine von Sportseglern, Motorbootfahrern und Gemeinden unter Druck.

Die Militaristen verlangen, Hafen- und andere Küstenanlagen für Sportbootfahrer zu sperren. Bislang wurde erst zwei Vereinen und einer Gemeinde ein entsprechender „Vertrag" vorgelegt, doch soll nach Mitteilung des „Verteidigungs"ministeriums ein solcher Vertrag allen Gemeinden vorgelegt werden, von wo aus Boote in Gewässer fahren, wo die Bundesmarine ihre Schießübungen durchführt.

Kommen die Bundeswehr-Strategen mit ihrem Ansinnen nicht durch, so müssen sie (nach internationalem Recht) ihre Übungen unterbrechen, wenn Segler oder Motorboote „ihre Kreise stören"...

* * *

Im Auftrag der Bundeswehr entwickeln die Messerschmidt-Bölkow-Blohm-Werke eine neue Bombe. Diese Bombe soll aus der Luft eingesetzt werden und eine größere Fläche (quadratkilometergroß) durch zahllose Detonationen in eine Feuerwalze verwandeln.

Damit sollen u.a. „gegnerische" Panzer bekämpft werden. Die Information über diese neuentwickelte Waffe kam gerade zu der Zeit, als die Neutronenbombe die Diskussion beherrschte.

Ähnlich wie die Strahlenbombe zielt auch diese Waffe darauf, in großen Flächen alles menschliche Leben auszulöschen.

Vorgänger derartiger Bomben wurden von den US-Truppen bereits gegen die vietnamesische Bevölkerung eingesetzt, um deren Widerstand möglichst auszuradieren.

Antimilitarismuskommission/ KB Gruppe Hamburg

Betrieb und Gewerkschaft





Wie Behinderte diskriminiert und ausgebeutet werden

„Nachdem zunächst die Berufsförderungs- und Berufsbildungswerke im Vordergrund des Interesses gestanden haben, gilt die besondere Aufmerksamkeit seit einigen Jahren zunehmend auch den Werkstätten für Behinderte. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, auch diesen Rehabilitationseinrichtungen den Anschluß an die moderne Entwicklung zu verschaffen, die in anderen Bereichen der Rehabilitation in den beiden vergangenen Legislaturperioden von 1969 bis 1976 schon weitgehend vollzogen werden konnte." Diese Sätze kann man in der Ende letzten Jahres vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung herausgegebenen Broschüre „Werkstätten für Behinderte – Einrichtungen zur Eingliederung Behinderter in das Arbeitsleben" lesen. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als wolle die Bundesregierung nun tatkräftig darangehen, die beschissene Situation in den Werkstätten für Behinderte (WfB) zu verbessern – aber weit gefehlt. Tatsächlich verbirgt sich hinter diesen Sätzen nicht mehr und nicht weniger, als das sozialpolitische Umschalten von wirtschaftlichem Aufschwung auf Krise, von Vollbeschäftigung auf Arbeitslosigkeit.

Zu Zeiten der Vollbeschäftigung Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre wurden relativ viele

Zu Zeiten der Vollbeschäftigung Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre wurden relativ viele „Berufsförderungswerke" gebaut, um vor allem durch Unfall behinderte Menschen zu „rehabilitieren", also umzuschulen. Den Grund dafür nannte in seltener Offenheit schon 1966 der damalige baden-württembergische Staatssekretär Adalbert Seifritz: *„Durch die Rehabilitation soll jedes Quentchen Arbeitskraft möglichst rasch wieder nutzbar gemacht werden. Wir können es uns nicht leisten, Menschen, sei es für die Dauer oder auch nur zu lange, dem Arbeitsmarkt vorzuenthalten"* (1) und weiter: *„Der beim Berufsförderungswerk Heidelberg bestehende berufliche Beirat ist in Verbindung mit der Wirtschaft und mit Forschung und Lehre ständig bemüht, die künftigen Bedürfnisse der Wirtschaft und der Technik zu prüfen und aus den gewonnenen Überlegungen neue Ausbildungsprogramme und neue Ausbildungsziele zu schaffen"* (2). Ausbildung und Wiederherstellung der Arbeitskraft war damals die Devise, damit die Behinderten schnell wieder für die Kapitalisten zur Verfügung standen. Mit Eintritt der Krise und verschärfter Arbeitslosigkeit, wo ohnehin genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, verlor dieses Konzept jedoch an Bedeutung. Auf der Suche nach neuen Wegen, die elende Situation der meisten Behinderten gewinnbringend auszunutzen, stießen die Herrschenden schließlich auf die „Werkstätten für Behinderte", die damals noch (vor ca. zwei bis drei Jahren) als „Beschützende Werkstätten" ein Schattendasein führten. *„Häufig nahmen sie* (die WfBs) *überwiegend nur bewahrende und beschäftigungstherapeutische Funktionen wahr. Selten waren sie primär arbeitsmarkt- und produktionsorientiert"* (3). In der Tat zielte das Konzept der meisten Träger der WfBs vor allem darauf ab, geistig und mehrfach behinderte Menschen aus dem Elternhaus oder Heimen zu holen, wo sie oft unter menschenunwürdigen Bedingungen dahinvegetierten und ihnen eine Beschäftigung zu geben und sie mit anderen Menschen zusammenzubringen. Dem stand natürlich von Anfang an das Interesse der Kapitalisten, die Aufträge an die Werkstätten vergaben, entgegen, die aus der Arbeit der Behinderten auch Profit ziehen wollten. Dennoch überwog der beschäftigungstherapeutische Zweck, zumal die meisten Behinderten in den WfBs aufgrund ihrer Behinderung gar nicht in der Lage waren, „produktiv" zu arbeiten.

Seit ca. drei bis vier Jahren wird jedoch systematisch vom Staat versucht, die WfBs gleichsam in profitorientierte Leistungsbetriebe umzuwandeln. Bereits vor einiger Zeit haben die Träger der „freien Wohlfahrtspflege" in einer ausführlichen Analyse auf mehrere Aspekte dieser Entwicklung hingewiesen (4), die mit Diskussion und Verabschiedung des Schwerbehindertengesetzes begann:

1. Als eine der entscheidenden Fortschritte des Schwerbehindertengesetzes wurde in der offiziellen Propaganda der Bundesregierung immer wieder angepriesen, daß nun auch die WfBs unter dem „Schutz des Gesetzes" stünden. In dem Gesetz wird erstmals ein ganz grobes Konzept für eine WfB angegeben (u.a. soll nur der Behinderte aufgenommen werden, der ein „Mindestmaß (?) wirtschaftlich verwertbarer (!) Arbeitsleistung" erbringen kann) und bestimmt, daß Aufträge der „öffentlichen Hand" bevorzugt an die WfBs vergeben werden und daß jeder Kapitalist, der Aufträge an die WfB vergibt, 30% des Rechnungsbetrages von der Ausgleichsabgabe für nicht besetzte Schwerbehindertenarbeitsplätze absetzen kann (was angeblich als Anreiz für die Vergabe von Aufträgen wirken soll). Um diese „Vergünstigungen" in Anspruch zu nehmen, bedarf es allerdings der Anerkennung durch die Bundesanstalt für Arbeit – die fachlichen Anforderungen einer WfB bestimmt die Bundesregierung per Rechtsverordnung. Dieser Kernbestandteil des Absatzes über die WfBs (§§ 52ff Schwerbehindertengesetz) hat wohl weniger mit dem „Schutz des Gesetzes" zu tun, als vielmehr mit einer Verstärkung des staatlichen Einflusses auf die (meist privaten) Träger der WfBs. Erste Schritte, über diesen Einfluß das grundsätzliche Konzept der WfBs nach den Vorstellungen der Bundesregierung zu verändern, wurden bereits unternommen:
2. In einem „Diskussionsentwurf" des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom Dezember '73 heißt es noch, daß den Behinderten in der WfB ein *„Arbeitsentgelt entsprechend dem Leistungsvermögen"* gezahlt werden soll. Diese Formulierung wurde dann auch in das Schwerbehindertengesetz übernommen (§ 52 Abs. 2). In den sogenannten „Grundsätzen zur Konzeption der Werkstatt für Behinderte", die zur Zeit in Ermangelung der einschlägigen Rechtsvorschrift als Grundlage zur Anerkennung der WfBs dienen, heißt es dann, daß ein *„nach den Leistungen angemessenes Arbeitsentgeld"* gezahlt werden soll. In der Praxis heißt das, daß bei der Berechnung der „Prämien" die Schwere der jeweiligen Behinderung weitgehend unberücksichtigt bleibt und reine Akkordarbiet die Regel ist.
3. Die WfB soll allen Behinderten, insbesondere aber den Schwerbehinderten eines regionalen Einzugsgebietes einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen – so stand es im ersten Diskussionsentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung. In den Grundsätzen zur Konzeption heißt es dann nur noch, daß allen Behinderten ein Arbeitsplatz geboten werden soll. Daß dies keineswegs nur eine Frage der Formulierung ist, zeigt der Standpunkt des BMAS, *„daß der Kreis der Behinderten, der in dieser Einrichtungsart Aufnahme finden soll, zwar sehr weit zu ziehen, aber doch nicht grenzenlos ist"* (5). Deshalb wurden in den Grundlagen zur Konzeption weitere Bedingungen für die Aufnahme in eine WfB festgelegt und er ist in allen WfBs derzeit zu beobachten, daß der Anteil der Schwerstbehinderten (vor allem geistig und mehrfach Behinderte) zumindest bei den Neueinstellungen geringer wird und der Teil der leichter Behinderten ansteigt. Es sind auch die Fälle nicht selten, wo arbeitslose Schwerbehinderte mit Berufsausbildung von den Arbeitsämtern in die Werkstätten verwiesen wurden. Die Absicht ist klar: Die Produktivität der Werkstätten soll dadurch erhöht werden – zum Vorteil der Kapitalisten und zum Nachteil der Behinderten. Die Bundesanstalt für Arbeit gewährt nur noch d e n Behinderten in WfBs „Leistungen", die mindestens ein Drittel der Leistung eines Nichtbehinderten in vergleichbarer Stellung erbringen (6). Auch hier fallen die Schwerstbehinderten unten raus. Der nächste geplante Schritt in diese Richtung wird wohl die von der Bundesregierung für die nahe Zukunft angedrohte Rechtsverordnung sein: *„Er* (der Referentenentwurf zur Rechtsverordnung – Anm.) *lasse ... eine erhebliche Verschlechterung der Situation geistig behinderter Menschen befürchten und sei in der vorliegenden Fassung unannehmbar"* (aus: Oberhessische Presse) – so urteilte die Bundesvereinigung „Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind e.V.".

Während die Werkstätten früher
gung „Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind e.V.".



Eine geistig behinderte Frau bei der Arbeit

Während die Werkstätten früher nur für die Schwerstbehinderten da waren, zielten die meisten anderen Rehabilitationseinrichtungen (wie Berufsförderungs- und Berufsbildungswerke) darauf ab, die Behinderten in den „normalen" Arbeitsprozeß einzugliedern. Nun ist offensichtlich beabsichtigt, verstärkt alle Behinderten in WfBs zu schicken, die im Gegensatz zum „allgemeinen Arbeitsmarkt" zum sogenannten „Besonderen Arbeitsmarkt" gehören, für den sämtliche arbeitsrechtlichen Regelungen nicht gelten. Sogar das Schwerbehindertengesetz erklärt sich ausdrücklich für nicht anwendbar auf die WfB-Arbeitsplätze. Die Behinderten in den WfBs haben keinen Arbeits- und keinen Tarifvertrag, keine gewerkschaftliche oder betriebliche Interessenvertretung, keinen Kündigungsschutz und keinerlei Anspruch auf einen bestimmten Lohn. Der Stunden-Lohn in den meisten WfBs liegt zwischen 0,50 und 1,50 DM! Und das für Arbeit, die an Eintönigkeit kaum noch zu überbieten ist, da – nach einer Untersuchung der Ruhr-Uni-Bochum – bevorzugt Arbeiten an die WfBs vergeben werden, die für Nicht-Behinderte „zu eintönig" und daher „nicht zumutbar" seien. Für Behinderte, die kaum eine Möglichkeit haben, sich zu wehren, sind solche Arbeiten auch für Hungerlöhne „zumutbar".

Ein behinderter KB-Sympathisant aus Marburg

Anmerkungen:
1. „Das Elend der Behinderten endet mit der Abschaffung der Lohnsklaverei!", Broschüre des KBW, Seite 3
2. ebenda, Seite 4
3. „Werkstatt für Behinderte", Seite 5
4. U.a. veröffentlicht in „das behinderte kind", Zeitung der Bundesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte", Nr. 5/76 und 6/76
5. „Werkstatt für Behinderte", Seite 8
6. aus: Anordnung des Verwaltungsrats der Bundesanstalt für Arbeit über die Arbeits- und Berufsförderung Behinderter (A-Reha), vom 31. Juli 1975

Metall

12. Gewerkschaftstag der IG Metall

Die Ergebnisse stehen schon vor dem Beginn fest!

Vom 18. bis 24. September findet in Düsseldorf der 12. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall statt. Er steht unter dem Motto: „Internationale Solidarität" – „Gemeinsam für Vollbeschäftigung" – „Mitbestimmung und soziale Demokratie". In dem vorliegenden ersten Teil dieses Artikels setzen wir uns mit einigen der 33 Vorstandsentschließungen auseinander, in denen die IGM-Führer ihre Vorstellungen und Politik zu gesellschaftspolitischen Fragen wie Atomenergie, Berufsverbote und „Innere Sicherheit" formuliert haben. Desweiteren stellt der Artikel einige der über tausend Anträge dar, insbesondere werden wichtige Satzungsänderungsanträge behandelt. Der zweite Teil dieses Artikels, der voraussichtlich im nächsten AK erscheint, wird sich hauptsächlich mit den Vorstellungen der Gewerkschaftsführer zur Arbeitslosigkeit sowie Verkürzung der Arbeitszeit auseinandersetzen.

Kernernergie, Berufsverbote, „politischer Extremismus" – IGM-Führung immer reaktionärer gegen links!

Die verschärft reaktionäre Ausrichtung der IG Metall durch die Gewerkschaftsführer wird besonders in jenen Bereichen deutlich, in denen es in den letzten Monaten bzw. Jahren verstärkte Auseinandersetzungen gegeben hat: Um die Frage des Baus von Atomkraftwerken, um die Berufsverbote, um die zunehmende Faschisierung in der BRD.

Zur Frage der Kernenergie nimmt die IGM-Führung in einer Vorstandsentschließung (E 8) grundsätzlich wie folgt Stellung: *„Angesichts der unbestreitbaren technischen und zeitlichen Probleme für den Einsatz wettbewerbsfähiger energiesparender Technologien und für die Entwicklung alternativer umweltfreundlicher Energieträger, die allenfalls langfristig größere Bedeutung erlangen können, ist ein genereller Verzicht auf die Verwertung der Kernenergie gegenwärtig nicht möglich."* Argumentiert wird hauptsächlich mit „Mehr Kernenergie = sichere Arbeitsplätze" und da *„die IG Metall ... in aktuellen Stellungnahmen und in prinzipiellen Erklärungen regelmäßig die absolute Priorität des Vollbeschäftigungsziels betont (hat)"*, scheint es nur einleuchtend, den Bau und Betrieb von AKWs zu fordern. Natürlich muß der *„unumgängliche Ausbau von atomaren Energiequellen ... verbunden werden mit erhöhten Anstrengungen im sicherheitstechnischen Bereich"*. Doch selbst bei dieser Forderung geht es der IGM-Führung nicht um die Sicherheit der Bevölkerung, sondern es plagt sie die Sorge, daß durch unvollkommene Sicherheitsvorkehrungen „den Gegnern der Kernenergie unnötige Argumente in die Hand gegeben wurden". Kein Wort wird in der Entschließung verloren über die tatsächlich nachgewiesene Gefährlichkeit von Atomkraftwerken, über die zahlreichen Unfälle in AKWs usw.

Zentrales Argument der IGM-Führer ist in der Frage der Atomkraftwerke die angebliche Schaffung bzw. Erhaltung von Arbeitsplätzen. Dabei übernehmen sie voll und ganz die von den Bürgerinitiativen vielfach widerlegten Behauptungen der Atomindustrie und der Regierung. Folgender Sachverhalt dürfte auch den IGM-Führern bekannt sein: *„Ende 1977 wird in der Bundesrepublik eine Kraftwerkskapazität von 86.000 bis 86.500 Megawatt zur Verfügung stehen... Selbst unter großzügiger Bedarfsschätzung benötigt die bundesdeutsche Volkswirtschaft diese Strommenge aber erst 1983, wahrscheinlich sogar noch einige Jahre später"* („FR", 18.12.76). Nach Logik der Gewerkschaftsführer dürfte es demnach die eine Million Arbeitslose heute nicht geben!

Angesichts des Standpunktes der IGM-Führer ist es nicht verwunderlich, daß das brutale Vorgehen des Staatsapparates und der Polizei gegen den berechtigten Protest der AKW-Gegner z.B. auf Demonstrationen nicht erwähnt, geschweige denn verurteilt werden.

Berufsverbote: Zu einer vorbehaltlosen Unterstützung der reaktionären „Berufsverbotepolitik" schwingen sich die Gewerkschaftsführer zu diesem Gewerkschaftstag auf. Unter der erstmals von Willy Brandt aufgestellten Parole „Es gibt keine Berufsverbote" vertritt der IGM-Vorstand folgendes: *„Eine nach rechtsstaatlichen Grundsätzen erfolgte und auf eindeutige gerichtsverwertbare Tatsachen gestützte Abweisung kann nicht als Diskriminierung oder als ‚Berufsverbot' angesehen werden"* (E 27). Als weiteres Kriterium dafür, ob es Berufsverbote gegeben hat, wird angegeben,daß kein Bewerber für den öffentlichen Dienst aufgrund von gewerkschaftlichen Aktivitäten abgewiesen worden ist. Auch die Gewerkschaftsführer verlangen von den Bewerbern für ein öffentliches Amt die Verteidigung der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" (ebenfalls E 27).

Damit haben die IGM-Führer ohne Abstriche die reaktionäre Politik der Bundesregierung in der Frage der Berufsverbote übernommen. Diese klare Stellungnahme dürfte auch jene reformistischen Illusionisten eines Besseren belehren, die bisher noch auf die Gewerkschaftsführer als Bündnispartner im Kampf gegen die Berufsverbote gehofft haben.

Interessant ist noch, daß das Thema „Berufsverbote" in der Entschließung 27 unter der Überschrift „Politischer Extremismus" abgehandelt wird – das läßt tief blicken!

Den Höhepunkt des Antikommunismus bilden die Forderungen der IG Metall-Führung zur „Auseinandersetzung" mit dem „politischen Extremismus".

Nachdem in dem jüngst herausgebenen Geschäftsbericht 1974 - 76 festgestellt wird, *„daß weder dem Extremismus von rechts und links ein nennenswerter Fortschritt beschieden war"* (S.25), geht man ins Detail. So konnte sich nach Ansicht der IGM-Führer *„der organisierte Rechtsradikalismus ... (nicht) vom Niedergang der NPD erholen"*, während *„linksextremistischen Aktivitäten ... im Bereich gewerkschaftlicher Tätigkeit eine ganz andere Bedeutung (zukommt) als dem Rechtsradikalismus"* (S. 25). Die Gewerkschaftsführer verbergen ihre „klammheimliche Freude" nicht, wenn sie die *„Stagnation des Linksextremismus"* auf die *„zweifellos energischen Gegenmaßnahmen der DGB-Gewerkschaften"* zurückführen. Als „inhaltliche Auseinandersetzung" mit den „Linksextremisten" reicht es im Geschäftsbericht lediglich zu einem (!) Zitat von der rechten Provokateursgruppe „Marxisten-Leninisten Deutschlands" zu den Bundestagswahlen: *„Wir Maoisten würden Strauß und Dregger wählen, wenn die CDU/CSU eine radikale Wende in der deutschen Politik herbeiführen würde (...), ... breitestmögliche Einheitsfront gegen die Hitler von heute in Moskau..."* usw. usf. (S. 27).

Die Anträge zum Gewerkschaftstag

Vorgelegt werden den Delegierten des Gewerkschaftstages insgesamt 1.080 Anträge. Davon waren 1.044 Anträge aus den 168 Verwaltungsstellen, zehn Anträge vom Vorstand (ausschließlich Satzungsanträge), fünf Anträge vom Angestelltenausschuß, drei vom Frauenausschuß, 17 vom Jugend- und einer vom Handwerksausschuß eingereicht worden. Dies sind auch die Gremien, die nach der IGM-Satzung Anträge stellen dürfen. Anträge „einfacher" Gewerkschaftsmitglieder oder von Vertrauensleutekörpern gelangen erst nach sorgfältigem „Filtern" an die Delegierten. So ist die erste Hürde für die Mitglieder meist der Vertrauensleutekörper, wo erstmals kritische Anträge ausgesiebt werden. Danach wird auf den Vertreterversammlungen der Verwaltungsstellen über die weiterzuleitenden Anträge abgestimmt; zuvor werden die eingereichten Anträge von der Ortsverwaltung bereits mit Empfehlungen wie „Annahme" oder „Ablehnung" durch die Ortsverwaltung versehen. Die Zusammensetzung dieser Vertreterversammlungen aus hauptsächlich sozialdemokratischen Betriebsratsfürsten sichert auch hier das Herausfallen kritischer Anträge (zum Schicksal der Hamburger Anträge siehe AK 105).

Die Antragsberatungskommission setzt sich aus zehn Mitgliedern der Bezirke und mehreren Vorstandsmitgliedern einschließlich Loderer (1. Vorsitzender) und Hans Mayr (2. Vorsitzender der IGM) zusammen. Zur Grundlage der „Beratungen" machte die Kommission die 33 Vorstandsentschließungen! Die meisten der eingegangenen Anträge werden von der Kommission einer dieser Entschließungen „zugeordnet". Bei Annahme der jeweiligen Entschließung entfällt die Abstimmung über die zugeordneten Anträge. Nach diesem Prinzip haben sich dann bereits einige hundert Anträge „erledigt", ohne daß jemals über sie abgestimmt wurde. Das geschieht auch, wenn die Anträge inhaltlich einen anderen Charakter haben als die Vorstandsentschließung. Es wird also deutlich: Der IGM-Vorstand kann seine Politik weitgehend vom Gewerkschaftstag absegnen lassen. Die Einflußnahme der Mitglieder ist so gut wie ausgeschaltet.

Die Anträge zur Satzung

Zum 12. Gewerkschaftstag wurden diesmal lediglich 131 Anträge zur Satzung eingereicht, zum 11. Gewerkschaftstag waren es noch 313. Besonders auffällig ist, daß der Vorstand diesmal nur zehn Satzungsanträge gestellt hat im Gegensatz zu 92 im Jahre 1974. Dies ist im wesentlichen auf die Tatsache zurückzuführen, daß der Vorstand auf dem letzten Gewerkschaftstag weitgehende Satzungsänderungen durchsetzen konnte wie z.B. die Ausschlußparagraphen.

Dennoch – sozusagen als Tüpfelchen auf dem i – zeichnen sich die Vorstandsanträge bzw. Empfehlungen zur Annahme anderer Satzungsanträge als besonders übel aus:

– So wird zur Annahme empfohlen, daß der Gewerkschaftstag in Zukunft nur noch alle vier Jahre stattfinden soll (A. 554 der Vwst. Bocholt).

– Ebenfalls auf vier Jahre soll die Amtsdauer der Ortsverwaltungen verlängert werden (bisher drei Jahre). Auf eine Kurzformel gebracht heißt das: Die Politik der Gewerkschaftsführung, einmal durchgesetzt, wird so noch unangreifbarer; die Möglichkeiten der Mitbestimmung durch die gewerkschaftliche Basis sollen noch erheblich weiter eingeschränkt werden als dies ohnehin schon der Fall ist.

Einen besonderen „Coup" gegen die Mitgliedschaft leistet sich der Vorstand allerdings mit seinem Antrag zur Beitragszahlung. Aufgrund der laufenden Kampagnen in diversen Verwaltungsstellen zur Erhöhung der Beiträge war klar, daß dies Thema auch einen gewissen Raum auf dem Gewerkschaftstag einnehmen würde. Allein 38 Anträge (von 92!) forderten eine Änderung der Beitragszahlung. Hier nun die „Krönung der Auslese", der Vorstandsantrag: Als Zusatz zum § 5 der Satzung wird gefordert: *„Jedes Mitglied ist zur satzungsgemäßen Beitragsleistung verpflichtet".*

„Die Beiträge für Vollbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte betragen 1% des monatlichen Bruttoverdienstes. Ist der monatliche Bruttoverdienst der IG-Metall-Verwaltungsstelle nicht bekannt, so setzt diese einen Beitrag in Höhe des von ihr geschätzten Bruttoverdienstes fest (!). Der so ermittelte Beitrag ist dem Mitglied mitzuteilen. Er gilt so lange, bis das Mitglied der IGM-Verwaltungsstelle gegenüber seinen tatsächlichen Bruttoverdienst nachgewiesen hat" (A 476).

Aufgrund dieser Praktiken werden voraussichtlich eine Reihe von Gewerkschaftsmitgliedern lieber ihr Mitgliedsbuch hinschmeißen als Zwangsbeiträge zu zahlen und sich dieser Lohn-Schnüffelei auszusetzen. Eine besondere Frechheit ist dieser Antrag, wenn man bedenkt, daß nur ein winziger Teil der Beiträge zum Nutzen der Mitglieder ausgegeben wird.

Fortschrittliche Anträge zur Satzung gibt es diesmal kaum. Nahm auf dem 10. Gewerkschaftstag die Auseinandersetzung um den Satzungspunkt „Urabstimmung" (Kampfmaßnahmen nur bei 75% Ja-Stimmen) noch einen breiten Raum ein, so gab es diesmal dazu keinen einzigen Antrag.

Lediglich zwei Anträge forderten die Aufnahme von Vertrauensleuten in die Satzung, sechs den tariflich abgesicherten Schutz der Vertrauensleute.

Kein Antrag liegt auch gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaftsführer vor. Die Ausschlußpolitik wird demzufolge kein kontroverses Thema auf dem Gewerkschaftstag sein und das, obwohl in den vergangenen drei Jahren 171 Mitglieder ohne Untersuchungsverfahren aus der IGM ausgeschlossen wurden, weil sie einer „gegnerischen Organisation" angehört haben sollen; 77 Mitglieder wurden nach einem Untersuchungsverfahren ausgeschlossen. (Zahlen nach „Geschäftsbericht" 74-76, S. 423). Im Geschäftsbericht wird von 526 Fällen berichtet, die zur Entscheidung standen.

Es zeigt sich, daß in der Frage der Gewerkschaftsausschlüsse ein wesentlich geringeres Bewußtsein über die Tragweite der Unvereinbarkeitsbeschlüsse vorhanden ist als z.B. gegenüber den Berufsverboten. Hier haben fortschrittliche Gewerkschafter anzuknüpfen.

Weitere Anträge:

Natürlich gibt es auch eine gewisse Anzahl fortschrittlicher Anträge. So wird in einigen Anträgen eine Absage von jeder Art von Lohnleitlinien gefordert, zwei Anträge fordern Festgeldbeträge statt prozentualer Erhöhung in den Tarifrunden, mehrere Anträge fordern die Angleichung der oberen und unteren Lohn- und Gehaltsgruppen sowie die Abschaffung der Leichtlohngruppen. Fünf Anträge verlangen den Austritt aus der Konzertierten Aktion. Sieben Anträge verlangen „Weg mit den Berufsverboten". Gegen den Bau von Kernkraftwerken sprechen sich drei Anträge aus. Für eine 35-Stunden-Woche treten 12 Anträge ein.

(wird fortgesetzt)

Metallkommission

IGM-Demonstration gegen Arbeitsplatzvernichtung

Bremen. Auf dem Bremer „Arbeitsmarkt" sieht es katastrophal aus. Zu den ohnehin über 14.000 Arbeitslosen werden in den nächsten Monaten durch Massenentlassungen etliche tausend hinzukommen.

Durch die geplante Fusion von VFW-Fokker und MBB sind in Bremen 5.000 Arbeitsplätze gefährdet, davon 2.000 bis 3.000 im Angestelltenbereich.

Bei den Werften rechnet die IGM mit 1.000 bis 2.000 Entlassungen und im Maschinenbau erwartet sie weitere 500 bis 1.000 Entlassungen. Bei der Klöckner-Hütte werden 270 Kollegen mit einem „Sozialplan" vor die Tür gesetzt, weitere Entlassungen bei Klöckner sind in Vorbereitung. So sollen hier noch mindestens 60 bis 70 weitere Entlassungen in kürze folgen.

Bei dieser Lage im Metallbereich hatte die IGM zu einer Demonstration und Kundgebung (am 25.8.) unter dem Motto: „Wird Bremen das Armenhaus der Bundesrepublik mit 10 % Arbeitslosen?" aufgerufen. Etwa 9.000 Menschen beteiligten sich hieran. Stark vertreten waren die Kollegen von VFW und Klöckner, während sich kaum Kollegen aus „nicht unmittelbar betroffenen" Betrieben an der Demonstration beteiligten.

In diesen Betrieben war von der IGM auch in der Art „mobilisiert" worden, daß sich von Hanomag nicht mal der gesamte Vertrauensleutekörper daran beteiligte. Der IGM-Vorstand hatte die Demo auch nicht angesetzt, um Kampfaktionen gegen die drohenden Entlassungen einzuleiten, sondern um Dampf abzulassen.

KB/Gruppe Bremen



9.000 Metaller demonstrierten am 25.8. in Bremen ihre Kampfbereitschaft

Nur die Spitze des Eisbergs

Ein Fall politischer Bespitzelung im Fernsehen entlarvt

Eine Archivnotiz, in falsche Hände geraten, brachte es an den Tag. Der Fall – die politische Bespitzelung eines Betriebsrates durch zwei als „Arbeitskollegen" getarnte Detektive. So geschehen im Sommer 1975 im Röhren- und Stahlwerk Benteler in Dinslaken, damals noch unter dem Namen Niederrheinstahl GmbH firmierend. Ein Fall von zigtausend, der zufällig bekannt wurde. Am 10. August wurde dieser Fall in der ZDF-Sendung „Kennzeichen D" dokumentiert. Fernseh-Sprecher Bauer: *„Das Opfer Heinz Huf, 52 Jahr alt, seit 14 Jahren in diesem Betrieb, seit neun Jahren Betriebsrat, seit vier Jahren Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat. Außerdem Mitglied der DKP. Gründe genug für die Auftraggeber, ihn zu beobachten und zu überprüfen".*

Mit der Bespitzelung beauftragt wurde eine der rund 800 Detekteien im Bundesgebiet, die auf kommerzieller Basis für potente Kunden politische Gesinnungsschnüffelei betreiben, die Duisburger Firma Kocks. Chef ist dort der FDP-Stadtrat von Geldern, Manfred Kocks. Worum es in dem Auftrag ging, erhellt die bekannt gewordene Archivnotiz, auf die ein Werkstudent zufällig stieß:

„Die leitenden Herren der auftraggebenden Firma sind nicht länger bereit, seine (Hufs) Störaktionen gegen den Betriebsfrieden hinzunehmen, und möchten jetzt beginnen, Material gegen Heinz Huf zu sammeln. Ziel der Tätigkeit: Sammeln von Äußerungen und Maßnahmen, die zur Entlassung ausreichen. Wie zum Beispiel:Aufwiegelung gegen den Betriebsrat oder die Unternehmensleitung, das Halten von sogenannten Volksreden, das Verteilen von politischem Material".

Nach Meinung des BR-Vorsitzenden Mohr hatten die Bespitzelungen ihren Hintergrund in Entlassungsplänen der Geschäftsleitung: *„Wenn wir heute mal zurückblicken, war der Heinz Huf drüben im Drahtwerk der Vorsitzende und hat da gegen Stillegung gekämpft. Das paßte dem Unternehmer nicht ins Konzept. Daher wird auch diese Bewachung gekommen sein. Damit er walten und schalten kann, wie er will, wenn Heinz Huf von der Bildfläche weg ist . . ."*

Heinz Huf erinnert sich: *„Ich habe wohl gemerkt, daß zur Zeit ein Mann und eine Frau, mir namentlich unbekannt, des öfteren bei mir am Arbeitsplatz erschienen. Aber ich konnte nicht ahnen, daß diese Leute den Auftrag hatten, mich zu bespitzeln und zu behorchen".* Ein zufälliger Umstand rettete ihn: *„Ich wurde zu der Zeit der Bespitzelung krank. Und ich glaube, da sind diese Herren in ihrem Vorhaben unterbrochen worden und sie kamen meiner Auffassung nach auch nicht richtig zum Zuge".*

In einem Interview mit dem Auskunfteichef Kocks gab dieser sich nicht sehr auskunftfreudig. Immerhin lassen seine Aussagen die Dimensionen der politischen Bespitzelung in der privaten Wirtschaft der BRD erahnen. Seine Firma erhält bis zu 30 Aufträge pro Monat. 360 Aufträge im Jahr könne er maximal erledigen. Und es gibt 800 Detekteien in der BRD . . .

Zur Arbeitsweise machte Kocks folgende Angaben:

„Es gibt drei Bereiche, die im Grunde nach abzuchecken sind: Das ist der private Bereich, in dem ein Mensch seine privaten Beziehungen hat, und der Bereich, in dem er arbeitet und möglicherweise der Bereich seiner Interessen. In diesen Bereichen werden in der Regel Ermittlungen durchgeführt. Es gibt allerdings auch Fälle, wo Beobachtungen erfolgen, oder sogar, wo getarnte Einsätze passieren. Für die Bearbeitung stehen notfalls auch drei bis vier Monate zur Verfügung, um in jedem Fall durch unsere Mithilfe zur Kündigung ausreichendes Material zu erhalten" (alle Zitate nach einer Dokumentation der Fernseh-Sendung in „Unsere Zeit" – „UZ", 17.8.77)

Die Tätigkeit von Privat-Detekteien in den Betrieben knüpft nahtlos an die des Verfassungsschutzes und anderer Nachrichtendienste im Öffentlichen Dienst an und kann auch in ihrem Umfang mit den staatlichen Geheimdiensten durchaus konkurieren. Daß die „Konkurrenz" um die totale Überwachung jedes oppositionellen Bürgers durchaus wörtlich zu verstehen ist, deutet folgendes Zitat an: *„ . . . neugierige Personalchefs sind auf Detektive gar nicht angewiesen – und schon gar nicht auf bestechliche Polizisten: Sie können sich ihre Auskünfte völlig legal von der politischen Polizei (den Kommissariaten K 14) und vom Verfassungsschutz holen".* Und weiter: *„Oft brauchen sich Firmen um solche Informationen gar nicht bemühen. ‚Die Polizei ruft oft von selbst bei uns an', verriet ein Mitarbeiter in der Personalabteilung eines Stahlkonzerns an der Ruhr".* („Capital" zit. nach „Roter Morgen", 19.8.77).

Big brother ist watching you – nicht erst 1984, sondern heute schon!

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

IGM-Führung: Warten auf die Werftkapitalisten

Hamburg: *„Die IGM hat mit ihren Aktivitäten und Vorschlägen ihre Bereitschaft gezeigt, die Strukturprobleme der deutschen Werftindustrie anzupacken . . . Jetzt sind die Werftunternehmer dran! Oder frei nach dem norddeutschen Original ‚Kuddl Schnööf': ‚Nu komms du!'".*

Diese lockeren Sprüche stammen aus einem Aufsatz des IGM-Bezirksleiters Otto vom Steeg in der „Metall" (17/77). Vom Steeg behauptet darin auch, daß *„die Aktivitäten der IG Metall endlich Früchte getragen (haben)".*

Damit meint er:
1. daß die Subventionen für Werfter und Reeder in diesem Jahr von 180 Mio. DM auf 450 Mio. DM erhöht worden sind,
2. daß die Forderung „deutsche Schiffen von Werften der BRD" weitgehend durchgesetzt ist,
3. daß auch die Küstenländer weitere „flankierende Stützungsmaßnahmen" leisten wollen zur Förderung von Umstellungs- und Anpassungshilfen,
4. daß die sechs Fregatten für die Bundesmarine jetzt schon gebaut werden und daß daran möglichst viele Werften beteiligt sind.

Für diese Ziele hatte sich die IGM-Führung tatsächlich eingesetzt. Stärkstes Beispiel: Am 26.4.77 auf einer Werftarbeiterdemonstration in Emden (auf der Transparente mitgeführt wurden: „Gegen Wettbewerbsverzerrungen, für höhere Reedereihilfen") hatte der BR-Vorsitzende der Thyssen-Nordseewerke, Gehlfuß „bedauert", daß die „Arbeitgeber" nicht mitdemonstrierten (siehe hierzu AK 104).

Alle großen Werften haben im letzten Jahr Gewinne gemacht und rechnen auch dieses Jahr mit „positiven Abschlüssen". Blohm & Voss hat jetzt den Geschäftsbericht für das Jahr 1976 veröffentlicht, mit einem Jahresüberschuß von 28,5 Mio. DM und einer Rücklagenerhöhung von 12,2 Mio DM, das ist ein wesentlich besseres Ergebnis als 1975 („Süddeutsche Zeitung", 19.8.77; über die Profite anderer Werften hatten wir im AK 101 berichtet). Und das alles, obwohl die Werftvorstände seit über einem Jahr betonen, „daß auch Verlustaufträge hereingenommen werden, um die Arbeitsplätze zu sichern" (auch das ist eine der Forderungen von Otto vom Steeg).

In dem eingangs zitierten Aufsatz des IGM-Bezirksleiters wird – damit die Kasse für die Kapitalisten auch in Zukunft stimmt – anstelle der jetzt reichlich fließenden Subventionen die Aufstellung von „Strukturplänen" für die Werftbranche gefordert.

Vorschläge der IGM-Führung dazu, gibt es bereits: Investitionsmeldestelle, engere Kooperation der Werften, zentrale Planung der Kapazitäten u.ä. Dazu schlägt vom Steeg noch die Einführung des mörderischen Programmlohnsystems auf allen Werften vor! (Mit dem Programm- und Prämienlohn haben bereits die Arbeiter der HDW-Kiel und anderer Werften böse Erfahrungen gemacht).

Insgesamt bedeuten diese Vorschläge nichts anderes, als die Entwicklung gemeinsamer Rationalisierungs- und Kapazitätsabbau-Konzepte der Schiffbauindustrie.

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Streik und Demonstrationen der VFW-Belegschaft

Die rund 3.600 Beschäftigten des Bremer VFW-Werkes legten am 31. August spontan die Arbeit nieder. Etwa 800 Kollegen demonstrierten anschließend zur Bremer Bürgerschaft und unterbreiteten den anwesenden Politikern ihre Forderungen. Anlaß für diese Aktion war die zur gleichen Zeit in Düsseldorf stattfindende Aufsichtsratssitzung der VFW-Zentralgesellschaft. Die Kollegen unterstrichen mit diesen Maßnahmen, daß sie sich ihre Arbeitsplätze nicht kampflos nehmen lassen wollen.

Bei ihrer Kundgebung im Anschluß an die Demonstration forderten die Kollegen insbesondere die Fortsetzung des Bauprogramms des Verkehrsflugzeuges VFW 614.

Insbesondere von der Neuordnung der westdeutschen Luft- und Raumfahrtindustrie, die u.a. mit Zusammenschlußplänen für MBB und VFW/Fokker seit längerem betrieben wird, befürchten die Kollegen den Verlust von mehreren tausend Arbeitsplätzen gerade im norddeutschen Raum.

Metallkommission

HBV

Helaba: Schon wieder Pannen bei

sichtsratssitzung der VFW-Zentralgesellschaft. Die Kollegen unterstrichen mit diesen Maßnahmen, daß sie sich ihre Arbeitsplätze nicht kampflos nehmen lassen wollen.

betrieben wird, befürchten die Kollegen den Verlust von mehreren tausend Arbeitsplätzen gerade im norddeutschen Raum.

Metallkommission

Helaba: Schon wieder Pannen bei der Vertuschung

Die Vertuschung weiterer Skandale bei der Helaba-Affäre, die den Steuerzahler bereits über eine Milliarde DM gekostet hat, bereitet nach wie vor große Schwierigkeiten.

Um die Ermittlungen gegen die persönliche Bereicherung von Ex-Ministerpräsident Osswald zu stoppen, scheute das hessische Justizministerium nicht davor zurück, das Frankfurter Sonderdezernat gegen „Schwerpunktkriminalität" zu zerschlagen, das vorher als „Musterabteilung" galt.

Die Staatsanwälte in dieser Abteilung hatten es „versäumt", die Ermittlungen gegen Osswald einzustellen, der sich in diesem Zusammenhang um drei Mio. DM bereichert hat.

Als erstes ging das Justizministerium gegen die Staatsanwälte Koch und Zahl vor, diese erschienen bei ihren Ermittlungen *„zunächst in den Grundbuchämtern ... und dann in den Büros der Landesbausparkasse Hessen und ermittelten nach ihren Aussagen gegen „Unbekannt". Der Verdacht: Untreue von Bediensteten der Landesbausparkasse gegenüber den Sparern, weil Albert Osswald auf Kosten normaler Bausparer möglicherweise billige Darlehen erhalten habe."*

Die SPD bemühte sich eifrig, dem Spuk von „Aufklärung durch die Gerichte" schnell ein Ende zu bereiten: Den Staatsanwälten wurde vorgeworfen, sie hätten gegen Osswald ermittelt, der als Abgeordneter Immunität genieße. Dies bestritten die Staatsanwälte. Dennoch wurde Staatsanwalt Koch strafversetzt, weil er sich geweigert hatte, *„den Namen jenes Informanten zu nennen, der ihm den Tip für seine Ermittlungen gegeben hatte".*

Albert Osswald stellte Strafanzeige gegen Adelheid Werner, die leitende Staatsanwältin, *„wegen Verfolgung Unschuldiger".* Im Gegenzug wurde Osswald wegen *„übler Nachrede"* angezeigt.

SPD-Justizminister Herbert Günther ordnete sofort die Versetzung von Adelheid Werner an. *„Anfang Mai erklärte die Behördenleitung* (der Frankfurter Justizbehörde, Anm. Verf.), *sie habe Frau Werner sofort nach Bekanntwerden der Ermittlungen angewiesen, den Fall an eine andere Abteilung abzugeben. Frau Werner habe jedoch in eigener Regie weiter ermittelt."*

Besonders betroffen waren SPD und Behörden von der „Publizitätsfreudigkeit" der Staatsanwältin, die nicht nur ins Fernsehen, sondern auch in den „Spiegel", die „Zeit" und sogar „Brigitte" und „Frau im Spiegel" kam.

Daneben trennte sich gleichzeitig Justizminister Günther von seinem Staatssekretär Horst Werner, dem Ehemann der Staatsanwältin. Er war in den Verdacht geraten, seiner Frau den „Tip" für die Ermittlungen gegeben zu haben. Sein Rausschmiß wurde sodann pikanterweise in Zusammenhang mit einem zinsgünstigen Kredit gebracht, den er (ähnlich wie Osswald) in seiner Zeit als Bürgermeister von Baunatal erhalten haben soll.

Offensichtlich sind die Dinge, die von der Frankfurter Staatsanwaltschaft da ermittlet werden sollten, derart heiß, daß die SPD lieber diese Vertuschungsaffäre als die Aufdeckung weiterer Fakten der Helabaaffäre hinnehmen will.

Gesichert ist schon jetzt, daß sich die Vertuschungsaffäre länger hinziehen dürfte. Es stehen eine Reihe von Prozessen an. In erster Instanz gewann Frau Werner und muß als Abteilungsleiterin in der alten Abteilung weiterbeschäftigt werden (Angaben nach „Süddeutsche Zeitung" vom 20./21.8.77).

Banken-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

»Kopfprämie« zulässig

Eine Frau klaut in einem Kaufhaus Waren für zwölf (!!) Mark – das Kaufhaus fordert von ihr 550 Mark, die der Angestellte, der sie ertappte, als „Fangprämie" erhielt, und 545 Mark als Ersatz für Personal- und Bürokosten.

Dieser unverschämten Forderung bot das Oberlandesgericht Hamburg jetzt Einhalt, stellte allerdings fest: *„Der Ladendieb ... hat jedoch die Fangprämie zu erstatten, soweit sich diese in angemessener Höhe hält."* Damit entschied das OLG Hamburg, anders als eine Reihe von Gerichten vor ihm, grundsätzlich für die Erstattung einer Fangprämie.

Die Kaufhauskonzerne werden somit bestärkt, ihre Angestellten weiterhin mit „Kopfprämien" zur täglichen „Verbrecherjagd" für das Wohl des Unternehmens zu locken (nach „Welt", 15.8. und „Frankfurter Rundschau", 20.8.).

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Tarifkampf im Hamburger Buchhandel: Jetzt Repression?

Nach dem im Hamburger Buchhandel durchgeführten Warnstreik für eine Tariferhöhung von 8,5% im Juni diesen Jahres (wir berichteten darüber) ist es in Buchhandlungen zu Repressalien gegen gewerkschaftlich organisierte Kolleginnen und Kollegen gekommen.

Erster Schritt der Buchhandels-Kapitalisten war ein Lohnabzug für die Dauer der Teilnahme an dem Warnstreik (z.B. bei den Buchläden Reuter & Klöckner und Thalia).

Der Geschäftsführer des Kapitalistenverbandes, ein Herr Quax, schnüffelte damals mit Kamera und Tonband den warnstreikenden Buchhändlern hinterher.

Zwei Kolleginnen von Reuter & Klöckner wurde inzwischen gekündigt. Unter „fadenscheinigen Gründen" (so ein Info der HBV vom 26.8.77 – auch die weiteren Angaben sind diesem Info entnommen, d. Verf.) gekündigt. Der eigentliche Kündigungsgrund liegt in der Vorbereitung der Betriebsratswahlen. Zusammen mit dem DGB-Rechtsschutz wird derzeit gegen den Rausschmiß angegangen.

Einen besonderen Coup hat sich der Rowohlt-Verlag geleistet. Die Verlagsgebäude liegen in Reinbek, also in Schleswig-Holstein. Seit Jahr und Tag befindet sich aber Rowohlt im Hamburger Tarifverbund. Kurz vor dem Warnstreik *„benutzte die Geschäftsleitung, insbesondere der Vorsitzende des Norddeutschen Verleger- und Buchhändlerverbandes, gleichzeitig leitender Angestellter bei Rowohlt, Herr Bockhacker, diesen Umstand. Sie teilt dem Betriebsrat kurz mit, es bestände Tariffrieden, da die Tarife in Schleswig-Holstein schon ausgehandelt seien. Jeder Rowohlt-Angestellte, der sich am Warnstreik beteiligen würde, hätte deshalb mit ernsten Konsequenzen zu rechnen."* Einen ähnlichen Coup hatten vor längerem schon die Firmen Lingenbrink, H.-H. Petersen und Grossohaus Wegner & Co. durchgezogen. Sie sind schlichtweg in den Kapi-



Der Geschäftsführer des Unternehmerverbandes, Herr Quax, sorgt dafür, daß die Teilnehmer des Warnstreiks in Ton und Bild festgehalten werden

talistenverband Groß- und Außenhandel eingetreten, wobei man wissen muß, daß im Groß- und Außenhandel mit die niedrigsten Tarife gezahlt werden. Mit derartigen Repressalien wollen die Kapitalisten die Front der Buchhändlerkollegen einschüchtern und aufbrechen, die nicht gewillt sind, sich mit 6,8% Lohnerhöhung abspeisen zu lassen.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Druck

DruPa Rechtsschutz — traurige Bilanz '76

In der Ausgabe 15/77 des Zentralorgans (ZO) der Drupa vom Juli 77 wird in einem Rechenschaftsbericht des Hauptvorstands Bilanz über die Rechtsschutzverfahren von 1976 gezogen.

Es wurden insgesamt 1850 Verfahren in der 1. Instanz, 229 in der 2. Instanz und 8 beim Bundesarbeitsgericht angestrengt, wobei 4,9 Mio. DM erstritten wurden. Im wesentlichen wurden die Prozesse um die Einhaltung des Betriebsverfassungsgesetzes (BVG) (213 in 1. Instanz) und wegen Kündigungen (934 in 1. Instanz) geführt. Interessant ist es jedoch, den Ausgang dieser Verfahren näher unter die Lupe zu nehmen.

Insgesamt endeten bei den 1664 bisher abgeschlossenen Verfahren in 1. Instanz 823 (ca. 50 %) mit Vergleichen, 362 (ca. 22 %) ebenfalls mit außergerichtlicher Einigung und nur 479 (ca. 28 %) mit einer Urteilsverkündung, wobei davon noch 184 Verfahren verloren wurden.

Wurden in der 1. Instanz noch 934 (56 %) der gesamten Prozesse um Kündigungen geführt, so sank die Zahl in der 2. Instanz auf 87 Verfahren herab, was proportional zu den Prozessen der 2. Instanz nur noch ca. 45 % entspricht. In der dritten Instanz gab es gar keinen Kündigungsschutzprozeß. Ein umgekehrter Trend jedoch bei den Verfahren zum BVG, bei denen »die Auseinandersetzung um die Kostentragungspflicht bei Schulungsseminaren mit weitem Abstand an erster Stelle« standen. Diese Verfahren stellen in 1. Instanz nur 12 % der gesamten Prozesse, in der 2. Instanz schon 19 % und in der 3. Instanz sogar 75 %.

Tönt das ZO auch noch so laut: *»Mit Hilfe ihrer Gewerkschaft gelang es somit vielen Kolleginnen und Kollegen, ihre berechtigten Forderungen gegen die Arbeitgeber ... durchzusetzen«*, so zeigen die Ergebnisse der Kündigungsprozesse, daß die Kapitalisten nur einen verschwindend geringen Teil der Kollegen per Gerichtsbeschluß weiterbeschäftigen mußten und fast 90 % der Kündigungen durch Vergleiche oder sonstige außergerichtliche Einigungen »erledigt« wurden. So wurde dann die Bilanz der DruPa sinnigerweise mit der Unterschrift versehen: »Fast 5 Mio. DM erstritten.« Die paar Gehälter Abfindung, die für den einzelnen Kollegen dabei jeweils erreicht wurden, ändern für die Kollegen auch nichts daran, daß sie auf der Straße sitzen. Wie haftnäckig werden dagegen die Prozesse geführt, in denen es um die Bezahlung der Seminarskosten geht, denn die muß die Gewerkschaft selber bezahlen, wenn der Kapitalist sich weigert.

Unbenannt im ZO bleiben jedoch die z. T. sehr bedeutenden politischen Inhalte der Prozesse, die sich hinter den neutralen Zahlen verbergen. Gerade im Jahr 76, in dem der Druckerstreik war, hat es eine Vielzahl von Verfahren, z. T. auch Strafprozesse gegen Kollegen gegeben, die wegen aktiver Streikteilnahme und Verhinderung von Streikbrecherarbeiten und sogenannten »Not«-Ausgaben von seiten der Kapitalisten, Bullen und Staatsanwälte hart angegriffen und verfolgt wurden. Über diese Prozesse schweigt sich das ZO jedoch wohl kaum zufällig aus.

Hier nur die Ergebnisse der brisantesten Fälle, die uns bekannt sind:

— Der Hamburger Kollege Rainer K. wurde vom Kapitalisten wegen Verteilung von Streikinfos entlassen. Die DruPa half ihm nicht, sondern schickte den Gewerkschaftsausschluß mit der gleichen Begründung sofort hinterher.

— In Aalen/Ellwangen beantragte die Staatsanwaltschaft einen Strafprozeß gegen 14 Kollegen. Die DRuPa riet diesen Kollegen, die eine Notausgabe aktiv verhindert hatten, ein Abbittegeld von DM 500 pro Kollege an die Arbeiterwohlfahrt zu bezahlen und einen Revers zu unterschreiben, in dem sie erklären mußten, daß sie anerkennen, daß »die Handlungsweise nicht mehr vom geltenden Strafrecht abgedeckt« ist. Die DruPa riet ihnen ihre »Schuld« einzugestehen, damit der Strafprozeß abgewendet wird (vgl. Artikel in AK 107).

— In Reutlingen wurden 41 Kollegen während des Streiks kurz verhaftet und später wegen Nötigung und anderem angeklagt. Auch hier versuchte es die DruPa mit Ratschlägen zu einer friedlichen Beilegung statt einen Musterprozeß gegen die Angriffe auf das Streikrecht durchzuführen.

— In die Verhandlungen gegen die Kollegen der Societätsdruckerei in Frankfurt griffen die DruPa-Führer gar nicht erst groß ein. Die Kollegen hatten während des Streiks einen üblen Kommentar des Verlegers aus der Zeitung rausgeschmissen. Die DruPa-Führer ließen die Kollegen mit der Begründung im Stich, sie hätten nicht vor, die Mitbestimmung auf den redaktionellen Bereich auszudehnen. Dieser Fall wurde jetzt allerdings wegen »mangelndem öffentlichen Interesse« und wegen der »verständlichen Emotionen während des Streiks« niedergeschlagen, weil der Beweis der »Nötigung« nicht erbracht werden konnte.

Über diese Fälle hinaus hat es der Rechtsschutz in den meisten anderen Fällen von Kündigungen abgelehnt, mit einer einstweiligen Verfügung die Möglichkeit zu schaffen, daß die betroffenen Kollegen bis zum Prozeß im Betrieb bleiben können. Dieser Grund sowie auch die Weigerung, mit den Kollegen zusammen den Prozeß gemeinsam vorzubereiten und das Vorgehen abzusprechen und vor allem mit der klaren Orientierung auf einen Vergleich statt auf Weiterbeschäftigung hat die Kollegen in vielen Fällen gezwungen, sich einen anderen Anwalt zu nehmen, den man selbst bezahlen muß.

»Rechtsschutz — ein Grund, Gewerkschafter zu sein« — wie es die »UZ« vom 8.8.77 in einer Überschrift meint? — Die Versicherung in einer Rechtsschutzversicherung wäre bei einer Kündigung wohl angebrachter.

Druckkomitee
KB / Gruppe Hamburg

zen«, so zeigen die Ergebnisse der Kündigungsprozesse, daß die Kapitalisten nur einen verschwindend geringen Teil der Kollegen per Gerichtsbeschluß
kennen, daß »die Handlungsweise nicht mehr vom geltenden Strafrecht abgedeckt« ist. Die DruPa riet ihnen
einer Kündigung wohl angebrachter.
Druckkomitee
KB / Gruppe Hamburg

Für aktive Frauenarbeit in den Betrieben!

Im Zentralorgan der IG DRuPa vom 1. August 77 wird in einem Artikel, die seit 1974 laufende »Aktion gerechte Eingruppierung« aufgegriffen. Dort wird berichtet von Beispielen, wie in Betrieben höhere Eingruppierungen für Frauen erreicht wurden. In früheren Artikeln vom Hauptfrauenausschuß der IG DruPa zu dieser »Aktion« wurde hauptsächlich festgestellt, daß es zwar nach dem Gesetz und den Tarifverträgen keine geschlechterspezifische Bezahlung geben darf, daß es jedoch in den meisten Fällen nach wie vor so ist, daß Frauen in den unteren beiden Lohngruppen zu finden sind, während Männer für gleichwertige Arbeit automatisch höher eingruppiert werden.

Aus einem Bericht der Betriebsrätin Edeltraud W. von der Firma Melitta, Minden, geht hervor, daß die Eingruppierung von Arbeiterinnen in Lohngruppen, die in der Regel den Männern vorbehalten sind — die oberen drei der sechs Lohngruppen — durchaus möglich ist, bei einem entsprechenden Einsatz von Betriebsratsmitgliedern und Vertrauensleuten. So hatten die Betriebsräte von sich aus, ohne erst auf Beschwerden von den Kollegen zu warten (hinter deren Nichtvorhandensein sich in der Regel die alteingesessenen BRs in ihrem Nichtstun verstecken) eine Überprüfung der Lohnlisten vorgenommen. Als sie vom Kapitalisten einfach mit der Antwort abgefertigt wurden, daß eine Überprüfung ihrerseits nicht nötig wäre, da die Kolleginnen mit ihrem Lohn zufrieden seien, wurden vom BR in 17 Abteilungen Abteilungsversammlungen durchgeführt. Durch eine ausführliche Information der Vertrauensleute wurde in den Versammlungen erreicht, daß 400 Wortmeldungen kamen. Nach drei bis vier Monaten waren die Kapitalisten dann doch auf einmal bereit zu verhandeln. Bisher waren alle Arbeiterinnen in Lohngruppe V gewesen. Ab April dieses Jahres sind ca. 350 Kolleginnen in die Lohngruppen IV und III eingruppiert worden. Ein guter Erfolg. Wie die Betriebsratskollegin selbst sagt, war das wichtigste dieser Aktion die Aktivierung und Einschaltung der Kolleginnen selbst.

Bei der Fa. Girardet, in Essen, ist erreicht worden, daß innerhalb von drei Jahren, die Frauen von der zweitschlechtesten in die dritthöchste (von 6 Lohngruppen) eingruppiert worden sind. Auch hier hat es eine enorme Aktivierung der Kolleginnen gegeben, so daß sie im Druckerstreik 76 auch an den Werkstoren standen und diskutierten. Erfolge, die sicher auch in anderen Betrieben möglich sind.

Springer-Zelle
KB / Gruppe Hamburg

Warnstreiks nur als »milder Druck« legal

In einer Entscheidung vom 17.12.76 (Aktenzeichen 1 AZR 605/75) legte das Bundesarbeitsgericht fest, daß Warnstreiks — als kurze Streiks, die nur milden Druck ausüben und zu denen ein gewisser Überraschungseffekt und ein aktueller Anlaß gehören — zwar vor Ausschöpfung aller »Verständigungsmöglichkeiten« angewendet werden dürfen, jedoch nur, wenn der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht verletzt wird. Damit ist gemeint, daß ein Warnstreik nur von kurzer Dauer sein darf, sich nicht wiederholen darf und daß kein über den Arbeitsausfall hinausgehender hoher Schaden für den Kapitalisten entstehen darf. Außerdem fordert das Bundesarbeitsgericht, daß ein Warnstreik, wenn er nicht von vornherein illegal sein soll, von der Gewerkschaft getragen werden muß.

Die Gewerkschaftsführer haben dieses Urteil begrüßt. In dem Gewerkschaftsorgan »die Quelle« wurde das Urteil abgedruckt (6/77), in der Zeitung »Druck und Papier« (16/77) heißt es dazu unter der Überschrift »Das Bundesarbeitsgericht hat entschieden, der Warnstreik ist zulässig«: *»Positiv [ist] zu werten, daß Warnstreiks auch vor 'Ausschöpfung aller Verständigungsmöglichkeiten' ergriffwerden dürfen, und daß die Gewerkschaften bei Warnstreiks auf die Durchführung einer Urabstimmung verzichten dürfen.«*

Damit wird wiederum deutlich, daß die Gewerkschaftsführer nur dann Warnstreiks begrüßen, wenn sie während laufender Tarifverhandlungen der Tarifkommission »den Rücken stärken« oder »Dampf ablassen«. Unabhängig davon hat die Gewerkschaftsführung bisher Warnstreiks die Solidarität verweigert, weil das »illegal« sei. Diese Praxis wird hier durch das Bundesarbeitsgericht ausdrücklich bestätigt.

Doch darüberhinaus werden durch dieses Urteil sämtliche Warnstreiks von der Illegalisierung bedroht. Für die Kapitalisten dürfte es nicht schwer fallen zu behaupten, der »Grundsatz der Verhältnismäßigkeit« sei »verletzt« bzw. er habe »hohen Schaden« durch diesen Warnstreik erlitten.

Wenn sich auch das Gericht vorbehält, Warnstreiks im Rahmen von Tarifkämpfen im nachhinein für legal zu erklären, so bleibt auch hier die Bedrohung durch das Gericht.

Druckkomitee
KB / Gruppe Hamburg

US-Zeitungskonzerne: Ungeheure Konzentration und Rekordgewinne

»Der Konzentrationsprozeß im amerikanischen Zeitungsgewerbe hat sich derart beschleunigt, daß in zwei Jahrzehnten praktisch alle Tageszeitungen von weniger als zwei Dutzend Großunternehmen herausgegeben werden« (»Washington Post« nach »Welt«, 27.7.77).

Einer der wesentlichen Gründe für diese Entwicklung ist, wie auch in der BRD, die durch die »elektronische Revolution« bedingten ungeheuren Investitionskosten, die die kleineren Verlage nicht tragen können und die sie so das Opfer der Großen werden lassen.

In den letzten zwei Jahren wurden 121 selbständige Tageszeitungen aufgekauft.

Gegenwärtig gibt es in den USA in 1548 Städten 1762 Tageszeitungen. In weniger als 40 Städten allerdings gibt es noch mehr als eine Zeitung. 60 % der Tageszeitungen gehören 170 Verlagen, die wiederum 72 Prozent der Werktagsauflage und 77 Prozent der Sonntagsauflage kontrollieren.

Die 13 größten Aktiengesellschaften unter den US-Zeitungskonzernen erzielten 1976 einen durchschnittlichen Nettogewinn von 25,7 Mio. Dollar. Mit 10 Prozent Umsatzrendite lagen die Gewinne hier fast doppelt so hoch wie in anderen Industriezweigen (5,4 %) (»Welt«, 27.7.77).

Für 1977 kündigten die Zeitungsverleger wiederum einen Einnahmerekord an. So erreichte die »New York Times« im Mai mit 24.105.300 DM die höchste Monatseinnahme ihrer Geschichte. Die 96 größten Zeitschriften der USA steigerten ihre Einnahmen aus dem Anzeigengeschäft in den ersten fünf Monaten des Jahres 1977 um über 20 % gegenüber dem Vorjahr (DruPa Nr. 17).

Betriebszelle Springer
KB/ Gruppe Hamburg

Abgewürgt

Hamburg. Wie bereits im ARBEITERKAMPF berichtet, lief bei Gebr. Sülter eine Unterschriftensammlung durch den Betrieb, in der gefordert wurde, in einer Zeit, wo »unsere deutschen Jugendlichen« keine Ausbildungsplätze bekommen, einem ausländischen Kollegen eine Umschulung zu verwehren.

Gegen solche Ausländerfeindlichkeit Stellung zu beziehen und den Ini-tiator der Unterschriftensammlung (ein Gewerkschaftsfunktionär!) entsprechend zu maßregeln, das waren die wesentlichen Forderungen, die ein Kollege in einem Brief an die Gewerkschaftsführung aufstellte.

In dem Brief wurde darauf hingewiesen, daß es die Kapitalisten sind, die die Ausbildungsstellen streichen und daß sie es sind, die davon profitieren, wenn mit »den Ausländern« etc. vermeintliche Schuldige präsentiert werden, gegen die sich der ganze Unmut richten soll. Hingewiesen wurde auch darauf, daß die Satzung der IG DruPa *»die Bekämpfung von faschistischen, militaristischen und reaktionären Einflüssen«* fordert. Ausländerfeindlichkeit gehört aber zweifellos zur faschistischen und reaktionären Propaganda.

Der Kollege erhielt nun eine Antwort vom Chefredakteur der »Druck und Papier« (Zentralorgan der IG DruPa), Detlef Hensche: *»Mir scheint es sinnvoll, unabhängig von diesem Vorfall, gelegentlich auf das Problem der ausländischen Beschäftigten und das eigentliche Problem unserer Kollegen nochmals einzugehen, so wie wir das in der Vergangenheit mehrfach gemacht haben. Ich halte dagegen nichts davon, jene — inzwischen abgeschlossene — innerbetriebliche Auseinandersetzung zwischen einzelnen Kollegen eines Betriebes im Zentralorgan breitzuwalzen.«*

Innerbetriebliche Auseinandersetzung ... nicht breitwalzen ... gelegentlich nochmal auf das Problem eingehen ... so sieht also die Bekämpfung reaktionärer Einflüsse und die Solidarität mit unseren ausländischen Kollegen in den Augen dieser Herren aus!

Druckkomitee
KB / Gruppe Hamburg

ÖTV

Irre: 2.611 Spritzen in 16 Monaten!

Ein Frankfurter Angestellter ging zum Facharzt Dr. med. Käemmerer, um die Folgen eines Autounfalls behandeln zu lassen. Gegen andauernde Schwindelgefühle, Brechreiz, Kopfschmerzen, Schluckbeschwerden, verpaßte ihm dieser Medizinmann innerhalb von 16 Monaten 2.611 Spritzen (entspricht zwei Wassereimern voll Narkotica) sowie auf 156 Rezepten diverse Tabletten, Zäpfchen etc... Diese Behandlungsmethode kam nur ans Licht, weil der Arzt gegen den Patienten, der die Arztrechnung von 148.601 DM nicht ganz bezahlen konnte, eine Klage einreichte. Das Gericht verurteilte den Arzt zur Rückzahlung von 110.000 DM an den angeklagten Patienten sowie zu acht Monaten Gefängnis. Er habe *»dem Beklagten eine gegen die Regeln der ärztlichen Kunst verstoßende, sinnlose Behandlung zuteil werden lassen«*.

Trotz der kriminellen Behandlung bekam der Arzt Schützenhilfe von der hessischen Landesärztekammer, die Behandlung und Honorar für angemessen befand (nach »konkret«, August 1977).

Später Schadensersatz

1968 mußte im UKE einem Mann nach einer Operation der linke Unterschenkel amputiert werden. Grund: »postoperative Komplikationen«.

1972 wurde bei einer Hüftoperation der Ischiasnerv einer Schülerin durchtrennt. Sie bleibt ihr Leben lang teilweise gelähmt.

1977 bezahlt die Stadt Hamburg im ersten Fall einen Vergleichsbetrag von 316.000 DM im zweiten Fall 189.000 DM Schmerzensgeld.

Die damals behandelnden Ärzte werden nicht zur Zahlung herangezogen, da ihnen keine Schuld nachgewiesen werden konnte (nach »Bild«, »Welt«, 31.8.77).

ÖTV-Kommission



Weitere Einschränkung der Krankenversorgung

Bremerhaven. Laut Krankenhausbedarfsplan von Anfang August sollen in den Bremerhavener Krankenhäusern drastische Bettenkürzungen in den Bereichen Innere Medizin, Chirurgie und Gynäkologie eingeleitet werden. Bis 1985 sollen insgesamt 243 Betten gestrichen werden:

Im St. Joseph-Hospital, dem zentralen Krankenhaus für den Nordteil der Stadt, in dem 54% der Bevölkerung wohnen, soll die gynäkologische Abteilung mit 50 Betten geschlossen werden. Des weiteren sollen 40 Betten der Inneren Abteilung und schon bis 1980 29 der Chirurgischen Abteilung abgebaut werden.

Die Kinderklinik im Krankenhaus Bürgerpark soll bis 1980 um 24 Betten reduziert werden.

Im neuen Zentralkrankenhaus Reinkenheide sind bereits 15 Betten der Gynäkologie (von 140) von der Neurochirurgie übernommen worden.

Für die Patienten bedeutet das schlechtere Versorgung durch kürzere Verweildauer. Besonders betroffen sind die Frauen, die demnächst nur noch ein Krankenhaus zur »Auswahl« haben werden.

Daneben dürfte klar sein, daß mit der Bettenzahl auch die Arbeitsplätze »reduziert« werden. Der Abbau von einem Drittel der Betten im St. Joseph-Hospital wird die Schließung der Krankenpflegeschule mit 50 Plätzen zur Folge haben.

Gegen diese Planung haben die Angestellten des St. Joseph-Hospital Proteste organisiert. Im ganzen Krankenhaus wurden Wandzeitungen aufgehängt, Unterschriften gesammelt, Aufkleber verkauft usw. Zur Zeit wird daran gearbeitet, die Protestaktionen auch auf die anderen Krankenhäuser auszudehnen.

ÖTV-Zelle
KB/Gruppe Bremerhaven



Erfolg im Kampf: Die Besatzung des panamesischen Frachters „Kayode Bakare"

Im AK 111 berichteten wir vom Arbeitskampf der 22 nigerianischen Seeleute auf dem panamesischen Frachter „Kayode Bakare". Der Arbeitskampf wurde nach einem dreiwöchigen Streik mit einem Teilerfolg offiziell beendet. Der griechische Reeder hatte zugesagt, die Besatzung rückwirkend ab Juli nach internationalem ITF-Vertrag zu bezahlen, dies soll auch für alle künftigen Besatzungen gelten. Die Kollegen sollten das Schiff verlassen, dafür wollte der Reeder eine einmalige Abfindung von zwei Grundheuern und den Rückflug nach Lagos bezahlen. Weil der Reeder aber das zugesagte Geld bis zum geplanten Auslaufen des Schiffes am 16.8. nicht ausbezahlt hatte, verließen die Kollegen das Schiff nicht und erklärten, daß sie den Streik fortsetzen würden, bis sie das Geld erhalten haben. Bei der Entschlossenheit der Kollegen sah sich der Reeder dann gezwungen, das Geld doch auszubezahlen, so daß sie am 13. das Schiff verlassen und nach Lagos fliegen konnten.

KB/Gruppe Bremen

Repression gegen fortschrittliche Gewerkschafter

Tübingen. In der Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik in Tübingen sind zwei Pfleger gekündigt und mit Hausverbot belegt worden. In einem persönlichen Gespräch begründete die Pflegeleitung die Kündigungen mit der Teilnahme der beiden an der Betriebsgruppenarbeit der ÖTV. Der Betriebsratsvorsitzende, selbst ÖTV-Mitglied (!) stimmte beiden Kündigungen zu. Eine Betriebsversammlung zu dem Thema lehnte der BR-Vorsitzende ab. Erst nachdem mehr als ein Viertel der Belegschaft die Forderung nach einer Betriebsversammlung unterschrieben hatten, wurde sie durchgeführt. Dabei wurde ein freigestelltes BR-Mitglied von Daimler in Sindelfingen (zugleich »Arbeitnehmervertreter« im Vorstand der Berufsgenossenschaftlichen Unfallkliniken) gegen die Gekündigten aufgefahren. Er drückte die Zustimmung zu den Kündigungen aus: *»Die Betriebsgruppenarbeit hier in der Klinik steht unter dem Einfluß von Kommunisten, deshalb ist es recht und billig, wenn die zwei Pfleger gekündigt werden«*. Die inzwischen vergrößerte ÖTV-Betriebsgruppe wird sich weiter für die Rücknahme der Kündigungen der beiden fortschrittlichen Kollegen einsetzen (nach »Rote Fahne« des KAB»D«, 17/77).

•••

•••

Westberlin. Die Krankenschwester Martina Kachur am Wenckebach-Krankenhaus ist wegen »Verletzung der Treuepflicht gegenüber ihrem Arbeitgeber« zum 30.9. gekündigt worden. Sie hatte im März 1975 für die »KPD« zu den Abgeordnetenhauswahlen kandidiert. Schon damals, 1975, sind alle Kandidaten der »KPD« aus der ÖTV geflogen. Dieses Berufsverbot wird so begründet: *»Es sei keinem* (!!!) *Arbeitgeber zuzumuten, ein Arbeitsverhältnis aufrechtzuerhalten, wenn der Arbeitnehmer aktiv als Angehöriger einer Partei mit verfassungsfeindlichen Zielen dazu beitragen will, diesen Staat als Arbeitgeber in seiner verfassungsmäßigen Existenz zu vernichten«.*

Gegen die Kündigung entwickelte sich eine Solidaritätsbewegung, bei der über 200 Kollegen des Krankenhauses mitmachten (nach »Rote Fahne«, 3.8. 77).

•••

Im Elisabeth-Diakonissen- und Krankenhaus wurde ein Arzt fristlos entlassen. Er ist Mitarbeitervertreter und hatte Einladungen zu einer ÖTV-Betriebsgruppe verteilt.

Begründung der Kündigung: Es sei gesetzlich festgelegt, daß das Betriebsverfassungsgesetz mit den Rechten, die es den Mitarbeitern und den Gewerkschaften einräume, nicht auf kirchliche Krankenhäuser angewandt werden könne. »Eine gewerkschaftliche Betätigung in unserer Einrichtung kann keinesfalls geduldet werden«, heißt es in dem Kündigungsschreiben. Die ÖTV will gegen die Kündigung klagen, weil hier ein Exempel statuiert werden könnte, das leicht die gewerkschaftliche Präsenz im gesamten kirchlichen Bereich bedrohen könnte.
(nach »Tagesspiegel«, vom 25.8.77)

ÖTV-Kommission

Chemie

Schmerzmittel erzeugen Krebs

In mindestens 150 Schmerzmitteln ist als Zusatz Aminophenazon enthalten. Von Aminophenazon ist bekannt, daß es unter bestimmten Bedingungen krebserzeugende Stoffe entwickeln kann. Zu den Schmerzmitteln gehören gängige Präparate wie Pyramidon von Hoechst, das schon seit 80 Jahren unverändert auf dem Markt ist und ohne Rezept erhältlich ist. Angeblich will man erst jetzt herausgefunden haben, daß sich bereits in der Tablette aus dem Aminophenazon die krebserzeugenden Stoffe „Nitrosamine" bilden. Mit anderen Worten: Millionen Menschen haben jahrzehntelang krebserzeugende Stoffe zu sich genommen, ohne daß ihnen die Gefahr bewußt war. Trotz dieses Skandals wurden die Präparate nicht sofort gestoppt, sondern das Bundesgesundheitsamt gab lediglich die Empfehlung heraus, sie bis zum 31.März 1978 durch
gab lediglich die Empfehlung heraus, sie bis zum 31.März 1978 durch
andere Mittel zu ersetzen. Daß in der BRD mit der Gesundheit der Menschen mal wieder besonders Schindluder getrieben wurde, ergibt sich schon allein daraus, daß entsprechende Medikamente in den USA bereits 1938 (!) unter Rezeptpflicht gestellt wurden und seit 1964 nur noch in Sonderfällen verschrieben werden dürfen. In Schweden sind diese Arzneien seit 1972 gänzlich verboten! Obwohl amerikanische Forscher eindeutig bewiesen haben, daß diese Medikamente eine besondere krebserzeugende Wirkung beim Menschen haben, spielt das Bundesgesundheitsamt die krebserzeugende Wirksamkeit von Nitrosaminen in Arzneien mit der Bemerkung herab, dieser Stoff sei auch in zahlreichen Lebensmittel enthalten, z.B. in „Frankfurter Würstchen".

Damit deckt das Bundesgesundheitsamt auf, daß den verantwortlichen Stellen längst bekannt ist, daß der Bevölkerung ständig krebserzeugende Mittel zugeführt werden, sei es über Medikamte oder gepanschte Lebensmittel.

Man kann davon ausgehen, daß derartige lebensgefährliche Nebenwirkungen von Medikamenten in weit größerer Zahl dem Bundesge-
wirkungen von Medikamenten in weit größerer Zahl dem Bundesge-
sundheitsamt und der pharmazeutischen Industrie bekannt sind, die aber wohlweislich öffentlich verschwiegen, heruntergespielt und glatt abgeleugnet werden. Dieser Skandal ist mit Sicherheit nur die Spitze des Eisbergs.

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Colgate: Kündigung wegen eidesstattlicher Erklärung

Nach drei gewonnenen Prozessen gegen die Colgate-Kapitalisten (der AK berichtete darüber) führt die Betriebsrätin Anna W., deren Weiterbeschäftigung abgelehnt wird, erneut einen Kündigungsschutzprozeß.

Im Vordergrund dieses Prozesses steht ein von der Kollegin verteiltes Flugblatt, in dem die für die Colgate-Arbeiterinnen äußerst belastenden Arbeitsbedingungen bei der Verarbeitung der Zahnpasta Copadent geschildert wurden. Dabei wurde ein Abteilungleiter zitiert, der beim Anblick der überquellenden Zahnpasta-Bottiche sagte: *„Copadent ist die letzte Scheiße"*. Dieser Ausspruch wurde von mehreren Kollegen gehört. Da ein Abteilungsleiter so etwas nicht gesagt haben kann und der betroffene Herr Ritter dies natürlich auch energisch bestreitet, wurde Anna W. Verleumdung vorgeworfen.

Nun hatte ein Kollege, der den Spruch des Abteilungsleiters mit eigenen Ohren ebenfalls vernommen hatte, dies in einer eidesstattlichen Erklärung bezeugt. Daraufhin wurde er fristlos gekündigt (!) und die Kapitalisten stellten Strafantrag gegen ihn wegen *„vorsätzlich falscher eidesstattlicher Erklärung"* sowie wegen *„versuchten Prozeßbetrugs"*. Obwohl die Kollegen aus der Abteilung des gekündigten Arbeitgebers eindringlich vom Produktionsleiter über die Folgen einer solchen Erklärung „unterrichtet" wurden (zitieren vor den Staatsanwalt, etc.) erklärten sich drei weitere Kollegen bereit, die Richtigkeit der Aussage ihres gekündigten Kollegen vor Gericht zu bestätigen.

Die fristlose Kündigung von K.S. ist wieder einmal der Gipfel der innerbetrieblichen Disziplinierung. Der Kollege hatte schließlich nichts weiter getan, als eine Aussage, die er mit eigenen Ohren gehört hatte, eidesstattlich zu untermauern.

Der Colgate-Betriebsrat hat die fristlose Kündigung des Kollegen zwar abgelehnt, doch die Hamburger IG-Chemie-Führung hat eine Solidarität mit dem Kollegen verweigert, weil sie über den Fall nicht genau genug informiert sei.

Betriebszelle Colgate
KB/Gruppe Hamburg

Leserbrief aus Hof/Bayern:

Monopolisierung in der Keramischen Industrie

Dieser Leserbrief nimmt nochmal Bezug auf die bereits im letzten AK gemeldete Schließung von zwei Betrieben der keramischen Industrie Oberfrankens (AK 111).

„Liebe Genossen!

Die Pleiten der beiden oberfränkischen Firmen Krautheim & Adelberg in Selb und Josef Fischer und Steinach-Hütte GmbH & Co. Kristallglas KG in Fichtelberg zeigen deutlich die Zusammenarbeit zwischen Kapital, Staat, DGB und bürgerlicher Presse gegen die Interessen der Lohnabhängigen. Der zuständige Be-
cher Presse gegen die Interessen der Lohnabhängigen. Der zuständige Be-
zirksleiter der IG Chemie-Papier-Keramik, Alfred Kunzmann, teilt voller Stolz mit, daß er selbst ‚Mitglied eines Aufsichtsrats einer Kapitalgesellschaft der Porzellanindustrie' („Frankenpost", 13.8.77) ist und versichert dem Kapitalisten Seltmann, der die Firma Krautheim wegen ‚Unterrationalisierung' nicht übernimmt, ganz kollegial ‚unternehmerische Verantwortung'. Die bürgerliche Presse, hier durch die SPD-eigende ‚Frankenpost' (ein lokales Monopolblatt mit 17 Lokalausgaben) vertreten, spielt mit, indem sie trotz Kenntnis der Stillegungspläne diese totschweigt, um Kampfmaßnahmen der betroffenen Belegschaften zu verhindern. So wurde die Belegschaft von Krautheim erst einen Tag vor der Konkursanmeldung über ihre Lage informiert. Die örtlichen Abgeordneten der CSU versuchten noch, aus den Betriebsstillegungen politisches Kapital zu schlagen. Das ist besonders zynisch im Fall des Selber CSU-Bundestagsabgeordneten Dr. Jürgen Warnke, der Hauptgeschäftsführer des Vereins der Keramischen Industrie e.V., also Lobbyist der Porzellanindustrie ist. In welche Richtung das Engagement geht, dessen Dr. Warnke sich in diesem Zusammenhang rühmt, ist klar.

Für die entlassenen Kollegen sieht die Sache schlecht aus: Zwar zählt Oberfranken zu den am stärksten industrialisierten Gebieten der BRD (Industriedichte von 148 Industriebeschäftigten auf 1.000 Einwohner, Bayern 126 auf 1.000, BRD 134 auf 1.000), wegen der industriellen Monostruktur dieses Gebietes aber besteht eine erhöhte Unsicherheit der Arbeitsplätze. Die industrielle Monostruktur des oberfränkischen Grenzgebietes zur DDR wird von zwei Branchen, Porzellan und Textil, je regional abgegrenzt (Textil - Raum Hof, Porzellan – Raum Selb) beherrscht. Fast die Hälfte der Arbeitsplätze im industriellen Bereich des Arbeitsamtsbezirks Hof liegt in der Textil- und Porzellanindustrie. Der Anteil der in der Porzellanindustrie Beschäftigten an allen Industriebeschäftigten liegt im Einzugsbereich Selb bei 61,4%.

Manche der entlassenen Kollegen haben deshalb auch schon einschlägige Erfahrungen sammeln können, denn schon in der Vergangenheit gab es im oberfränkischen Raum Pleiten in der Porzellanindustrie:

31.12.1970: Stillegung der zum Melittakonzern gehörenden Porzellan-
31.12.1970: Stillegung der zum Melittakonzern gehörenden Porzellan-
fabrik Hertel, Jakob & Co, in Rehau, 250 Beschäftigte,

3.12.71: Schließung der Porzellanfabrik Gustav Düssel in Rehau, 80 Beschäftigte.

31.8.73: Pleite der Porzellanfabrik Rieber in Mitterteich, 150 Beschäftigte.

31.12.73: Stillegung des Werks in Küps der Firma Heinrich Porzellan GmbH, 250 Beschäftigte.

15.3.74: Stillegung der Porzellanmanufaktur Rudolf Wächter in Kirchenlamitz, 50 Beschäftigte.

Nutznießer der Pleiten dieser Klein- und Mittelbetriebe sind die großen Porzellankonzerne wie Rosenthal (7.000 Beschäftigte, 400 Mio. DM Umsatz) und Hutschenreuther (4.800 Beschäftigte, 200 Mio. DM Umsatz). Die Rosenthal AG, die auch einen Zweigbetrieb im rassistischen Südafrika betreibt, konnte ihren Aktionären für 1976 16% Dividende überweisen. Der Vorstandsvorsitzende der Rosenthal AG, der SPD-MdB Philipp Rosenthal, der vier Prozent der Aktien hält, konnte berichten, daß in den ersten fünf Monaten 1977 der Gewinn um 20% gestiegen sei. Rosenthal, der auch Vorsitzender des Bauhaus Archivs ist, ließ sich auch was besonderes einfallen: Er beauftragte den Star-Architekten Professor Walter Gropius mit der Planung des Porzellanwerkes „Rosenthal am Rotbühl", Gropius wollte „Menschen und Maschinen organisch in den Betriebsablauf integrieren". So befindet sich in der Fabrik ein vollklimatisiertes Grünhaus mit tropischen Pflanzen und Flamingos. Während die Arbeiter das Porzellan (unter anderem für das englische Königshaus und den Schah von Persien) im Akkord produzieren, stolzieren die Flamingos umher – Humanisierung der Arbeitswelt??"

GEW

»FAZ« entdeckt zwei GEWs

„Lehrergewerkschaft mit zwei Gesichtern" – unter diesem Titel räsoniert die großbürgerliche „FAZ" am 1.9.77 über die Gespaltenheit der GEW. Mehr noch, sie kann sogar zwei verschiedene Gewerkschaften ausmachen, deren *„Ähnlichkeiten in der letzten Zeit schwinden"*. Da gibt es einerseits den **Bundesvorstand**, der in *„Diskussionsbeiträgen zu pädagogischen und standespolitischen Fragen"* Stellung nimmt, und da ist andererseits die GEW der **Landes- und Bezirksversammlungen**, auf deren Zusammenkünften über die *„Dauerthemen 'Berufsverbote', 'Unvereinbarkeitsbeschlüsse' und 'Streik'stunden-, ja manchmal tagelang geredet"* wird. Beklagenswert für die „FAZ" ist, daß die Bundesvorstands-GEW die Situation kaum noch im Griff habe. Fast resignierend fährt sie fort, daß man sich schon daran gewöhnt habe, *„daß Vorstandswahlen auf Landes- oder Bezirksebene mit, wie es meist formuliert wird, einem 'Linksruck', 'Linksrutsch', einer 'Öffnung nach links' enden."* Nun die „FAZ" ist sicherlich nicht die Erste, die feststellt, daß zwischen der Politik der Gewerkschaftsvorstände und dem Willen der Mitglieder ein Graben besteht, aber immerhin ist sie mit dieser Erkenntnis der DKP, dem SB usw. voraus. Gänzlich ins Jammern kommt der Redakteur, wenn er an West-Berlin denkt, wo *„der Landesvorstand so weit nach links abgedriftet (ist), daß sich der Bundesverband ... schließlich von ihm lossagte und eine neue GEW gründete."* Aber selbst das nützte Frister nichts, denn die Lehrer scheinen von einem linken Bazillus verseucht zu sein, da sich auch in diesem Verband angeblich schnell eine „linke" Mehrheit gefunden hätte. Nun schlitzohrig wird hierbei jedoch unterschlagen, daß es sich bei diesen „Linken" um die vorstandstreuen Truppen der SEW und der rechten Teile des SB handelt, ohne die Frister allein einen Verband von Pensionären und Schulleitern hätte aufmachen können.

Aber damit hören die Schwierigkeiten für Frister noch nicht auf, denn *„daß es (überhaupt) noch einige intakte Landesverbände gibt, kann sie* (den Bundesvorstand und Frister -Anm.AK) *kaum beruhigen"*, da sich auch dort die Lage schnell ändern könne (was sich die dortige Linke ruhig zu Herzen nehmen sollte...). Frister befinde sich voll in der Defensive. *„Streikparolen die Frister noch vor zwei Jahren selbst verbreitete, werden inzwischen an soviele Wenn und Aber geknüpft, daß sich der Eindruck verstärkt, der Bundesvorstand möchte einen 'Warnstreik'... vermeiden; weiß er doch, daß die Streiksucht vieler Mitglieder agitatorischen, letztlich antieinheitsgewerkschaftlichen Motiven entspringt."* Nun, wenn sich die "FAZ" um die Interessen der Einheitsgewerkschaft kümmert, klingelt es bei jedem wirklichen Gewerkschafter Alarm. Die "FAZ" weiß auch, warum sie so besorgt ist; denn *„fände er (der Streik, Anm.AK) statt, dann bestünde die Gefahr, daß der GEW-Spitze die Entwicklung völlig aus der Hand gleitet - und aus den zwei Gesichtern der GEW eines wird."* Diese plumpe Schwarzmalerei muß schon einen besonderen Grund haben. Hält die ‚FAZ" Frister inzwischen für unfähig, die staatlichen Interessen durchzusetzen?

Wie auch immer, für Frister werden Signale gesetzt; von ihm wird unter allen Umständen die Verhinderung eines Lehrerstreiks verlangt. Ob er aber gerade d a m i t seinen Kopf retten kann, ist noch längst nicht entschieden.

Lehrerkomitee, KB/Gruppe Hamburg



„Denk ich an Warnstreik in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht ..."

Kürzung der Anwärterbezüge
SPD noch zynischer als die CDU

Bremen. Man erinnere sich:
Am 15. Juni hat der Bundestag das 6. Besoldungs„erhöhungs"gesetz beschlossen, das eine drastische Kürzung der Referendarbezüge beinhaltet (wir berichteten mehrfach darüber). Gerechtfertigt wurde die Rückstufung auf 1.063 DM monatlich damit, daß mit dem so „eingesparten" Geld neue Referendarstellen geschaffen und die Lehrerarbeitslosigkeit eingeschränkt werden könne.

Das Gesetz soll am 1. Oktober in Kraft treten, wird also erst für alle Kollegen gelten, die danach eingestellt werden. Diejenigen, die zum jetzigen Halbjahr 77/78 anfangen, werden noch nach der alten Regelung bezahlt.

Der Ausbildungspersonalrat, die Interessensvertretung der Referendare gegenüber der Bremer Schulbehörde, hatte am 30. Juni von Bürgermeister Koschnik und den drei Bürgschaftsfraktionen einen *„konkreten Nachweis über die Verwendung der freiwerdenden Haushaltsmittel"* verlangt. Die Kollegen im Personalrat wollten trotz ihrer entschiedenen Ablehnung der im 6. Besoldungs„erhöhungs"gesetz vorgesehenen Kürzungen der Anwärterbezüge zu Recht wissen, ob die „Rechtfertigung" der Rückstufungen nicht nur hohles Wortgeklingel bleibt.

Bei der Beantwortung dieser Frage hat die SPD die CDU an Zynismus noch überboten:

Während die CDU in einem Brief vom 4.8.77 bedauert, daß durch das 6. Besoldungs„erhöhungs"gesetz ein Teil der Referendare „eine Verschlechterung des sozialen Besitzstandes" hinnehmen soll, schreibt die Sprecherin der SPD-Fraktion – Anneliese Leinemann: *„Ich bedaure außerordentlich, daß der Vorstoß des Landes Bremen im Bundesrat, den Termin der Neuordnung der Anwärterbezüge vom 1. Oktober auf den 1. August 1977 vorzurücken, gescheitert ist"*. Welch Glück, kann man da nur sagen! Und mit einer für jeden Referendar geradezu pervers anmutenden „Humanität" meint sie weiter:

„Denn nun werden die Mittel für die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze, die wir bekanntlich kurz- und nicht mittelfristig so dringend benötigen, erst zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung stehen, da am 1. Oktober fast alle Einstellungen für 1977 vorgenommen sind." Konkrete Angaben über den Umfang neuer Ausbildungsplätze kann sie – wie sollte es auch anders sein – nicht machen. Tröstend stellt sie nur lapidar am Schluß ihres Schreibens vom 10.8.77 fest: *„Spätestens im Herbst 1978 (!) werden entsprechende Mittel vorhanden sein."*
(zitiert nach einem Briefwechsel zwischen dem Bremer Ausbildungspersonalrat, der Bremer SPD- und CDU-Fraktion).

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Vergin läßt AjLE-Wahl wiederholen

Baden-Württemberg: Für Ende September hat der GEW-Landesvorstizende Vergin eine Neuwahl des AjLE-Vorsitzenden in Aussicht gestellt. Der AjLE-Landesvorstand war bereits im Februar von den AjLE-Vertretern der Kreisverbände ordnungsgemäß gewählt worden; die erforderliche Zustimmung der Landesvertreterversammlung wurde

te einer Neuwahl zu, in der Hoffnung bis dahin kommissarisch im Amt zu verbleiben. Es kam aber ganz anders. Vergin enthob den ganzen Landesvorstand seines Amtes, da die Wahlversammlung nicht „ordnungsgemäß" durchgeführt worden sei, und verfügte:

– es gibt keinen kommissarischen Vorstand, weder der alte noch der



„Denk ich an Warnstreik in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht ..."

Gesichtern der GEW eines wird." Diese plumpe Schwarzmalerei muß schon einen besonderen Grund haben. Hält die „FAZ" Frister inzwischen für unfähig, die staatlichen Interessen durchzusetzen?

Wie auch immer, für Frister werden Signale gesetzt; von ihm wird unter allen Umständen die Verhinderung eines Lehrerstreiks verlangt. Ob er aber gerade d a m i t seinen Kopf retten kann, ist noch längst nicht entschieden.

Lehrerkomitee, KB/Gruppe Hamburg

Vergin läßt AjLE-Wahl wiederholen

Baden-Württemberg: Für Ende September hat der GEW-Landesvorstizende Vergin eine Neuwahl des AjLE-Vorsitzenden in Aussicht gestellt. Der AjLE-Landesvorstand war bereits im Februar von den AjLE-Vertretern der Kreisverbände ordnungsgemäß gewählt worden; die erforderliche Zustimmung der Landesvertreterversammlung wurde ihm jedoch auf Betreiben von Vergin verweigert. Vorwand dafür war, daß zwei der 37 Delegierten nicht von ihren Kreisvorständen bestätigt worden waren. Würde Vergin die gleiche Sorgfalt bei der Bestätigung der Delegierten für die LVV durch die Mitgliedschaft an den Tag legen, hätte dies Gremium sicherlich noch nie getagt. Die eigentliche Ursache für diesen Willkürakt liegt dann auch ganz woanders: die einstimmig(!) neugewählte Landesvorsitzende hatte sich vor und nach der LVV eindeutig gegen die Annahme der Bundessatzung (die erst jetzt in Baden-Württemberg verabschiedet wurde) und gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ausgesprochen; ein Warnschuß schien Vergin also vonnöten.

Der AjLE-Landesvorstand stimmte einer Neuwahl zu, in der Hoffnung bis dahin kommissarisch im Amt zu verbleiben. Es kam aber ganz anders. Vergin enthob den ganzen Landesvorstand seines Amtes, da die Wahlversammlung nicht „ordnungsgemäß" durchgeführt worden sei, und verfügte:

– es gibt keinen kommissarischen Vorstand, weder der alte noch der neue darf irgendeine Funktion ausüben;
– Die Vertreter des Landes-AjLE dürfen weder an der Tagung des Bundes-AjLE noch an den Landesbezirksjugendkonferenzen teilnehmen;
– Die nächste Wahlversammlung wird nicht vom AjLE sondern von Vergin persönlich vorbereitet.

Damit waren die Junglehrer seit mehreren Monaten ohne ein Vertretungsorgan.

Vergin versucht jetzt, eine Wahlversammlung nach seinem Geschmack zusammenzubrauen, womit er jedoch nicht sehr weit gekommen ist, denn die Kreisversammlungen stehen weiter hinter den Delegierten.

Ein Lehrergenosse,KB/Gruppe Hamburg

Rapider Anstieg der Lehrerarbeitslosigkeit — aber weiterhin Unterrichtsausfall

Mit Beginn des neuen Schuljahrs und damit des Einstellungstermins für Lehrer und Referendare zeigt sich die Bildungspolitik dieses Staates in nackten Zahlen. Die uns vorliegenden Zahlen aus mehreren Bundesländern dokumentieren dies:

Schleswig-Holstein:
Zwar sollen hier alle Lehrer mit 2. Staatsexamen eingestellt werden – das liegt an dem außerordentlich großen Nachholbedarf in diesem bildungspolitischen Entwicklungsland – aber für Lehramtsanwärter (Referendare) sieht es schlecht aus. Etwa 970 Bewerbern für die zweite Ausbildungsphase stehen nur rund 460 Planstellen zur Verfügung. Besonders mies sieht es für Realschullehrer aus, wo sich fast 5 Bewerber um einen Platz reißen. Das Kultusministerium verkündete Wartezeiten von bis zu zwei Jahren.

Hamburg:
In Hamburg wird kein Volks- oder Realschullehrer eingestellt; alle Absolventen des Studienseminars sind daher arbeitslos – wie ihre Vorgänger vor einem halben Jahr. Damit gibt es jetzt rund 800 arbeitslose VR-Lehrer. 250 von ihnen hat die Behörde für 6 Monate 2/3- Stellen gemäß den berüchtigten „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" angeboten. Für VR-Referendare sieht es günstiger aus. 80 % können mit der Aufnahme ins Studienseminar rechnen – um dann in anderthalb Jahren arbeitslos zu sein.

Umgekehrt ist es bei den Lehrern an Gymnasien. Von 240 Absolventen des Studienseminars haben bis auf knapp 20 alle einen Arbeitsplatz bekommen. Dafür hatten von über 700 Referendarsbewerbern nur 280 Glück. Im Fach Sozialkunde z.B. hatte nicht einmal jeder 12. eine Chance. Wartezeiten von 3 und 4 Jahren sind hier zu erwarten.

Niedersachsen:
In diesem Land bekommen sogar die Lehrer in der 2. Ausbildungsphase nur 2/3-Verträge. Auf diese Weise hofft der Staat die Lehrerarbeitslosigkeit optisch etwas verschleiern zu können. Zum 1.8. gab es 4.900 Bewerber für den Vorbereitungsdienst (2. Ausbildungsphase). Vergeben wurden knapp 2.000 Stellen. Demagogisch weist das Kultusministerium darauf hin, daß trotz über 2.800 arbeitslosen Lehrern noch freie Planstellen existieren. Angeblich wollen Lehrer z.B. nicht nach Ostfriesland. Tatsache ist, daß in den freien Planstellen jedoch ausgesprochen seltene Fächerkombinationen verlangt werden.

Nordrhein-Westfalen:
Rund 5.000 der neu einzustellenden Lehrer erhalten nur 2/3-Verträge auf 3 Jahre. Über weitere Zahlen schweigt man sich zur Zeit noch aus. 5.000 2/3-Verträge bedeuten aber, die Arbeitslosigkeit von rund 1.600 Lehrern auf alle zu verteilen.

Hessen:
In Hessen ist zum 1.9. mit weit über 3.000 arbeitslosen Lehrern zu rechnen. Im Regierungsbezirk Darmstadt werden von 2 490 Bewerbern ganze 1 012 übernommen, 340 davon allerdings nur für 3 Jahre auf 2/3-Verträgen. Im Grundschulbereich sollen von 500 Lehrern nur 58 berücksichtigt werden. Die Notengrenze für die Einstellung liegt bei 1,4.

Baden-Württemberg:
Auch in diesem Bundesland werden nur 2/3-Verträge auf 3 Jahre vergeben. Trotzdem bleiben 521 Lehrer ohne jede Beschäftigung.

Bayern:
Für 3.100 Lehrer stehen nur 660 Planstellen zur Verfügung.

Allein die aufgeführten noch unvollständigen Zahlen summieren sich zu über 10.000 arbeitslosen Lehrern – obwohl in Klassen bis zu 50 Schüler sitzen, Junglehrer durch Offenlassen der Tür zur Nachbarklasse bis zu 90 Schüler unterrichten müssen, der Unterricht z.B. in Hessen nur zu 81,7 Prozent gedeckt ist – also jede 5. Stunde ausfällt. Die Folge der 2/3-Verträge ist, daß Lehrer in andere Bundesländer abwandern, wo noch volle Planstellen vergeben werden. Ergebnis: noch mehr Unterricht fällt aus; z.B. können in einem Gymnasium in Echterdingen (Baden-Württemberg) nur 11 von 30 Wochenstunden gegeben werden. Statt mehr Lehrer einzustellen, werden eingestellte Lehrer zu Überstunden verpflichtet.

Trotz dieser katastrophalen Bedingungen an den Schulen und auch heftiger Kritik der Betroffenen daran, verkünden die Kultusminister laut, bis 1985 werde es ca. 206 000 arbeitslose Lehrer geben. Die Behauptung, „die Kassen sind leer", wird dafür weniger oft zur Begründung herangezogen; heute ist das Hauptargument der angebliche „Pillenknick". Andererseits wird damit offen zugegeben, daß eventuell geringere Schülerzahlen eben nicht zu einer Verbesserung der Schulbildung genutzt werden, sondern daß die gesamte Ausbildung auf dem gegenwärtigen Niveau bleiben, wenn nicht gar noch verschlechtert werden soll.

Und die arbeitslosen Lehrer? Die sind natürlich selber schuld, sie sind ja rechtzeitig „gewarnt" worden, wie schlecht ihre Berufsaussichten sind. Der gewünschte Effekt tritt auch bereits ein. *„Die Warnung vor dem Studium für den Lehrerberuf und die Veröffentlichung von Prognosen für Lehrerangebot und -bedarf habe die Zahl der Studierenden bereits stark zurückgehen lassen: von 12.000 im Wintersemester 75/76 auf 9.800 im gleichen Semester 76/77"* (für Bayern), so der bayerische Kultusminister Hans Mayer.

Auf diese Weise werden wir in einigen Jahren sicher eine neue Begründung für die Misere an den Schulen haben: Mangel an Lehrern! Es wird Zeit, daß diesen Bildungsplanern auf die Finger geklopft wird. (Nach Informationen aus „Die Schleswig-Holsteinische Schule", „Flensburger Tageblatt", „Kieler Nachrichten", „Unsere Zeit", „Neue deutsche Schule", „Frankfurter Rundschau", „Süddeutsche Zeitung", „Hamburger Abendblatt", „Lehrerzeitung Baden-Württemberg").

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Hessen: Jetzt Warnstreik beschließen

Wie wir berichteten, hatte der neugewählte hessische Landesvorsitzende Harnischfeger auf der (Landes) Hauptausschußsitzung vom 8.7. seinen eigenen Antrag fallen gelassen, bei negativem Ausgang der Bundesratssitzung zur Lehrerbesoldung *„unverzüglich den Antrag auf Einleitung von Urabstimmung und Warnstreik an den Hauptvorstand zu stellen"*. Verabschiedet wurde zwar ein Antrag, in den die „Auffassung des Hauptausschusses", Urabstimmung und Warnstreik zu beantragen, bekräftigt wurde, die Beschlußfassung darüber wurde jedoch auf eine a.o. Hauptausschußsitzung am 23.9. verschoben. Der besondere Pfiff dieses Beschlusses liegt noch darin, daß offen gelassen wird, ob diese entscheidende Hauptausschußsitzung überhaupt einberufen wird, denn dies habe nach „Maßgabe der Dinge" zu geschehen.

Mit dem Antrag wurden die Kreisverbände gleichzeitig verpflichtet, am 14.9. Mitgliederversammlungen durchzuführen, deren Ergebnisse bis zum 16.9. dem Vorstand bekanntgemacht werden sollen. Dieser wird dann „nach Maßgabe der Dinge" auf einer Sondersitzung am 19.9. eine Hauptausschußsitzung einberufen – oder nicht. Gefordert wird vom Vorstand, daß sich eine deutliche Mehrheit der über 30 Kreisverbände für die Durchführung des Warnstreiks ausspricht.

Sicher wäre nichts dagegen einzuwenden, den Warnstreik zuerst an der Basis zu diskutieren, wäre dies nicht bereits immer und immer wieder geschehen. Von der neuen „linken" Vorstandsmehrheit muß erwartet werden, daß sie sich nicht aus der Verantwortung stiehlt und damit der rechten Minderheit auf den Mitgliederversammlungen das Feld überläßt. Verlangt werden muß im Gegenteil, daß Harnischfeger und seine Mitarbeiter eine aktive Rolle zur Durchsetzung des Streiks übernehmen und den Abwiegelungsversuchen von Seiten der Rechten entgegentreten.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

GEW Hannover gegen UVBs

Am 17.8. fanden im GEW-Bezirk Hannover die Delegiertenwahlen für den GEW-Gewerkschaftstag in Mannheim statt. Die Diskussion drehte sich hauptsächlich um die Frage der Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Die Wahlen endeten mit einem klaren Erfolg für die Linken. Von den fünf gewählten Delegierten sprachen sich vier gegen die UVBs aus, nur einer befürwortete sie.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg



Spanien

Euzkadi kämpft für »Apala«

Das baskische Volk hat in den letzten Wochen seine Solidarität mit dem in Frankreich inhaftierten ETA-Genossen „Apala" durch unzählige Demonstrationen, Besetzungen von Kirchen, Hungerstreik-Aktionen u.ä. zum Ausdruck gebracht. Der „Fall Apala" wurde für die inzwischen demokratisch legitimierte Suarez-Regierung zum Politikum Nummer eins bezüglich der „Befriedung" Euzkadis. Die Polizeiüberfälle auf die Zehntausende von Demonstranten in San Sebastian am 19. und 20. August und die anschließenden stundenlangen Barrikadenkämpfe mit der Polizei sowie der immer weiter anschwellende Massencharakter der „Apla"-Demonstrationen, auf denen Parolen gegen König, Regierung und für die Auflösung der Repressionsorgane von Tausenden gerufen wurden, haben bewiesen, daß das baskische Volk nicht mit schönen Sprüchen, glanzvollen „Parlaments"sitzungen und halben Lösungen einzukaufen ist. Sie beweisen, daß das Volk von Euzkadi auch nach der „Normalisierung" der politischen Lage in Spanien weiter für die vollständige Amnestie und seine nationale Selbstbestimmung mit allen Mitteln zu kämpfen bereit ist. Das brutale Vorgehen der Polizei- und Spezialbrigaden gegen friedliche Kundgebungen hat mit Sicherheit einige der Ilusionen, die durch die relative Tolleranz der Repressionskräfte in den letzten Monaten entstanden waren, zerstört. Daß sich am 19. und 20.8. in San Sebastian bis zu 25.000 Menschen hinter einem riesigen Transparent einreihten, auf dem ein Gewehr, der Name ETA und die Parole "Ein bewaffnetes Volk wird niemals besiegt werden", abgebildet waren, ist nur e i n Anzeichen für eine bisher nicht abgeschwächte Radikalität des Kampfes im Baskenland.

Der vorübergehend in Frankreich weilende ETA-Genosse Miguel Angel Apalategui (»Apala«) wurde dort Mitte Juli im Auftrag der spanischen Regierung von den französischen Behörden festgenommen (ein weiteres Beispiel der reibungslos funktionierenden Zusammenarbeit zwischen spanischer und französischer Regierung bei der Verfolgung insbesondere baskischer Linker). »Apala« wird — wie wir mehrfach berichteten — von der spanischen Regierung beschuldigt, an der Tötung des baskischen Großindustriellen Ybarra beteiligt gewesen zu sein sowie Angehörige der Guardia Civil angegriffen bzw. getötet zu haben. Die spanische Regierung verlangt seine Auslieferung. Die französischen Behörden weigern sich, »Apala« als »politischen Täter« anzuerkennen, sondern betrachten ihn als »gewöhnlichen Kriminellen« und gewähren ihm daher kein politisches Asyl. Eine Auslieferung an Spanien kann sich Frankreich wegen der befürchteten Auswirkungen im Baskenland und zunehmend auch wegen der Reaktionen in der französischen Linken zur Zeit zwar nicht leisten, doch hängt eine Auslieferung zu einem späteren Zeitpunkt wie ein Damoklesschwert über »Apala«. Um seine bedingungslose Freilassung aus französischer Haft zu erreichen, ist »Apala« am 30. Juli in Hungerstreik getreten, den er nun seit über einem Monat ununterbrochen durchhält. Sein Zustand ist inzwischen lebensbedrohlich, und er hat erklärt, daß er entschlossen ist, bis zum Tod seinen Streik fortzusetzen. Ein baskisches Ärzteteam, das seinen Gesundheitszustand prüfen wollte,
hat erklärt, daß er entschlossen ist, bis zum Tod seinen Streik fortzusetzen. Ein baskisches Ärzteteam, das seinen Gesundheitszustand prüfen wollte,
wurde von der Gefängnisverwaltung in Marseille nicht zugelassen. »Apala«, der teilweise über Radio von den Solidaritätsaktionen des baskischen Volkes erfahren hatte, dankte dem baskischen Volk in einem Schreiben, das er aus dem Gefängnis schmuggeln konnte. »Apala« schreibt darin, daß er sich diesen vorbildlichen Kämpfen anschließen möchte, *»in dem Bewußtsein, daß jeder sein Körnchen beitragen muß zur großen und schwierigen Aufgabe, ein unabhängiges und sozialistisches Euzkadi aufzubauen«* (»Deia«, 24.8.77).

Euzkadi erhebt sich wieder für seine politischen Gefangenen

Im Baskenland sind inzwischen über 250 Menschen in einen Solidaritäts-Hungerstreik mit »Apala« getreten, darunter auch einige Mitglieder der GRAPO (!), die in Madrid inhaftiert sind (die GRAPO wird von vielen Organisationen der spanischen Linken (?) für eine rechtsextreme Provokateursorganisation gehalten...). Der traditionelle »Marsch für die Freiheit« von Euzkadi, der in vier Marschsäulen vom 10. Juli bis 28. August durch das ganze Baskenland demonstrierte, und an dem sich insgesamt mehrere hunderttausend (!) Menschen beteiligten, stand zuletzt ganz im Zeichen der Forderung nach Freiheit für »Apala« sowie für Larena (illegal aus der Verbannung zurückgekehrter ETA-Genosse, der verhaftet wurde).

Hier ein Überblick über die letzten Demonstrationen:

19.8.: Die baskische patriotische Linke (KAS) rief zu einer Demonstration in San Sebastian auf, an der sich über 20.000 Menschen beteiligten. An der Spitze der Demonstration wurde ein riesiges Transparent getragen mit der Parole *»Ein bewaffnetes Volk kann niemals besiegt werden«* und einem aufgezeichneten Gewehr sowie dem Namen der ETA. Parolen waren u.a.: *»Freiheit für Apala, Larena und Chivite«* (Chivite ist ein weiterer bekannter inhaftierter baskischer Genosse), *»ETA, das Volk ist mit dir!«, »Volksgerichte gegen die Mörder!«, »Gefangene auf die Straße, auch die gewöhnlichen Gefangenen!«, »Imperialisten raus — Unabhängigkeit!«* (»Deia«, 20.8.77). Als die Demonstranten in Richtung auf das französische Konsulat marschierten, das vollkommen von Polizei abgeschirmt war, begannen die Anti-Unruhe-Brigaden mit Hartgummi-Kugeln, Rauchbomben und Knüppeln anzugreifen. 15 Demonstranten wurden verletzt. Die Demonstranten versuchten sich durch Barrikaden (quergestellte Busse, Personenwagen und Stühle der Straßencafés) vor der Polizei zu schützen. Die Auseinandersetzungen dauerten bis nach Mitternacht.

20.8.: Ab 10 Uhr morgens begannen Versammlungen, Sitzstreiks, Kirchenbesetzungen in San Sebastian. Am Abend folgten diesmal 25.000 Menschen dem Aufruf der KAS zu einer zweiten Demonstration für die Freiheit »Apalas«. Wieder griffen die Anti-Unruhe-Brigaden in der Nähe der französischen Botschaft die Demon-
zweiten Demonstration für die Freiheit »Apalas«. Wieder griffen die Anti-Unruhe-Brigaden in der Nähe der französischen Botschaft die Demon-
stranten an. Diesmal wurden 20 Demonstranten zum Teil erheblich von Gummi-Geschossen und Knüppelhieben verletzt. Barrikadenkämpfe dauerten bis Mitternacht.

PSOE, PCE, PNV distanzierten sich aufs schärfste von den *»Gewaltaktionen einer Minderheit«*, die damit den demokratischen Wandlungsprozeß (??) in Spanien gefährden würden. Gemeint waren die Demonstranten, nicht die Polizei.

21.8.: Wieder demonstrierten etwa 5.000 Menschen in San Sebastian, die Auseinandersetzungen der Vortage wiederholten sich. Etwa tausend Demonstranten überschritten die spanisch-französische Grenze in Irun, holten auf der Mitte der »Internationalen Brücke« die beiden Nationalfahnen herunter, warfen sie in den Fluß Bidasoa und hißten anschließend, die baskische Hymne singend, die »ikurrina« (baskische Fahne). Französische CRS-Bullen verhinderten den Weitermarsch. Am selben Tag fanden weitere Demonstrationen in Algorta (2.000 Menschen), Portugalete (einige hundert) statt. Etwa 5.000 Menschen beteiligten sich an einem Marsch zur Geburtsstadt »Apalas«, Atauń (»El Pais«, 23.8.77).

Auch in den folgenden Tagen kam es in vielen baskischen Orten zu Demonstrationen. ETA kündigte bewaffnete Aktionen an, falls »Apala« an Spanien ausgeliefert werden sollte.

25.8.: In verschiedenen Orten Guipúzcoas (eine der Provinzen von Euzkadi) kam es zu erneuten militanten Demonstrationen — trotz des generellen Demonstrationsverbots, das vom Zivilgouverneur verhängt worden war; so wieder in San Sebastian, Irun, Renteria, Deva usw. Acht Menschen wurden von Schüssen verletzt. Auch in der Provinz Vizcaya (Bilbao, Santurce) fanden Demonstrationen statt.

Auch am *26.8.* setzten sich tausende von Menschen wieder von Polizeiangriffen aus, davon allein 5.000 in Vitoria.

Auch in Frankreich haben sich außer den verschiedenen »Apala-Komitees« und linken politischen Organisationen inzwischen die Sozialistische und die Revisionistische Partei (PSF und PCF) für die Haftentlassung und gegen die Auslieferung »Apalas« ausgesprochen.

Für den 3. September hat die KAS zu Großdemonstrationen in Bilbao und San Sebastian aufgerufen.

Spanien-Kommission


Auto-Barrikaden in San Sebastian


Geballte Fäuste für „Apala Askatu" (Freiheit für Apala)

Geballte Fäuste für „Apala Askatu" (Freiheit für Apala)

ORT-Kongreß

Vom 13. bis 20.8. fand in Madrid der erste legale Kongreß der spanischen »ML«-Organisation ORT statt. 600 Delegierte aus allen Teilen Spaniens nahmen an ihm teil. An ausländischen Delegationen, die bei dem Kongreß anwesend waren, werden von der spanischen bürgerlichen Presse erwähnt: KBW (!) aus der Bundesrepublik, MLS Italien, »Kommunistische Bewegung« Griechenland sowie weitere Beobachter aus Portugal, Frankreich, der BRD und anderen europäischen Ländern.

Eine für westdeutsche Verhältnisse fast unvorstellbare Tatsache war die Anwesenheit von Leitungsmitgliedern der sozialdemokratischen PSOE und der euro-revisionistischen PCE, die beide Grußadressen an den Kongreß richteten. Diese Tatsache ist nur aus der spezifischen Geschichte der spanischen antifaschistischen Opposition zu erklären, die hier noch einmal ihre letzten Früchte der — zumindest verbalen — Solidarität trug.

Folgende Organisationen der spanischen revolutionären Linken folgten der Einladung von ORT: MC, EIA, HASI, OIC, LCR, PTE. Außerdem war ein Vertreter der Karlistischen Partei und der ARDE (Republikanische Aktion) gekommen.

Mit einem unfehlbaren Sinn für Show und Publicity hatte ORT als erste der legalisierten Organisationen der »revolutionären« Linken ihren Kongreß unter den neuen Bedingungen der relativen Toleranz linker Strömungen in Spanien einberufen, was ihr — besonders wegen dieser Erstmaligkeit — ein besonders ausführliches Presse-Echo einbrachte. Wir gehen sicher nicht fehl in der Annahme, daß ORT es vor allem genau darauf abgestellt hatte, denn irgendwelche politischen Neuigkeiten gingen von diesem Kongreß nicht aus. ORT erklärte sich in bekannter Sektierer-Manier zu d e r Partei der spanischen Arbeiterklasse, die allerdings im Begriff sei, die wirklich marxistisch-leninistische Vorhut noch aufzubauen. In diesem Zusammenhang kam es zu einer komisch-peinlichen Demonstration, wie ORT den Aufbau dieser Vorhut betreibt. ORT liebäugelt schon seit langem damit, diese angeblich marxistisch-leninistische Partei durch eine Fusion mit der rechtsopportunistischen »ML«-Organisation PTE in die Gänge zu kriegen, wobei die Annäherungsversuche sich sowohl in Schlägereien (anläßlich der Spaltung der Gewerkschaftsgründungen CSUT/PTE und SU/ORT beider Organisationen) äußerten, wie auch in artigen Briefen, die von ZK zu ZK gingen. Beim Kongreß war wohl wieder einmal ein Tiefpunkt der brüderlichen Beziehungen erreicht, den die ORT-Führer dadurch demonstrierten, daß sie sich bei der Rede der PTE im Gegensatz zu sämtlichen anderen Reden nicht von ihren Podiumsplätzen erhoben und auch keinen Beifall klatschten. Das hat natürlich die PTE-Führer sehr gefuchst, die zwar öffentliche Genugtuung (Duell??) forderten, doch zugleich im Interesse der spanischen Arbeiterklasse — natürlich — zu Gesprächen von ZK zu ZK weiterhin bereit waren (nach »Deia«, 21.8.77).

Eine zweite Abwechslung im Einerlei bekannter Deklamationen war der Ausschluß von vier Delegierten, nach Aussage der ORT-Führer »provokatorische Elemente«. Diese vier waren nach ORT-Aussagen ehemals Mitglieder der PCE (ml), die vor zwei Monaten der ORT beigetreten waren und die dadurch »aufgefallen« seien, daß sie sich an keinerlei Abstimmungen und Klatsch-Orgien beteiligten und auch in den Arbeitsgruppen nicht mitarbeiteten. Nach Darstellung der ausgeschlossenen Delegierten selber, wurden diese ausgeschlossen wenige Stunden, bevor sie ein alternatives Papier über den Parteiaufbau vorlegen wollten, in dem gegen *»das blinde Vertrauen in die eigene Organisation«* Stellung genommen wurde, wie es von der ORT-Führung demonstriert wurde sowie Kritik daran geübt wird, daß die ORT-Führung die Existenz anderer kommunistischer Gruppen vor allem als Hindernis für den eigenen Parteiaufbau betrachtet.

Sobald wir genauere Informationen über auf diesem Kongreß beschlossene noch schärfere »ML«-Standpunkte der ORT haben (die aus der spanischen bürgerlichen Presse nur andeutungsweise hervorgehen) werden wir dies mitteilen.

Spanien-Kommission



Mehr als hunderttausend Menschen kamen trotz strömenden Regen und der Abriegelung bzw. Kontrolle aller Zufahrtswege nach Arazuri in die Nähe von Pamplona zur Abschlußkundgebung des „Marsch für die Freiheit", der vom 10. Juli bis 28. August durch ganz Euzkadi gezogen war. Der Zivilgouverneur hatte die Kundgebung in Pamplona verboten. Die Forderung nach totaler Amnestie (insbesondere für „Apola" und Lorena) und nach internationaler Selbstbestimmung für Euzkadi standen im Mittelpunkt der Kundgebung.

Die Demonstranten wurden von einem Riesen-Bullenaufgebot eingekesselt und mit Rauchbomben und Gummigeschossen gejagt.

Das Bild oben zeigt ein Demo-Transparent mit der Parole „ETA – Herria Zurekin" („ETA – das Volk ist mit Dir"). Die geballte Faust in den Farben der baskischen Fahne ist das Zeichen von E.I.A., der vor wenigen Monaten gegründeten Partei von ETA. Auf dem Bild unten schützt ein Ring von Demonstranten die illegal zurückgekehrten ETA-Verbannten vor möglichen Polizeiübergriffen.

Mehr als hunderttausend Menschen kamen trotz strömenden Regen und der Abriegelung bzw. Kontrolle aller Zufahrtswege nach Arazuri in die Nähe von Pamplona zur Abschlußkundgebung des „Marsch für die Freiheit", der vom 10. Juli bis 28. August durch ganz Euzkadi gezogen war. Der Zivilgouverneur hatte die Kundgebung in Pamplona ver-

»Comandos incontrolados« entwaffnet

Die faschistischen „Comandos incontrolados" („unkontrollierte Kommandos") machen schon seit Jahren und auch heute, nachdem Spanien sich eines „demokratisch" gewählten Parlaments erfreut, die Dörfer und Städte des Baskenlandes unsicher. Bombenanschläge auf linke Buchhandlungen und Bars, Angriffe mit Ketten, Knüppeln und Pistolen gegen Menschen gehören zu ihren bevorzugten Aktionsformen. Bisher hat es unseres Wissens keine besonders entwickelte organisierte Abwehr seitens der linken Organisationen im Baskenland gegen diese Provokationen gegeben, was auch durch das gemeinsame Vorgehen von Polizei und Faschisten besonders schwer war.

In diesem Jahr hatten sich die „incontrolados" das Dorf Amorebieta (Vizcaya) ausgesucht, weil es dort massiven Protest gegen das Aushängen Hunderter kleiner nationalspanischer Fähnchen und Fahnen durch den Bürgermeister während des örtlichen Volksfestes gegeben hatte. Die baskische Fahne war verboten worden. Die Kommandos griffen während einer Woche lang Dorfbewohner mit Pistolen und Knüppeln an. Doch die vorwiegend von Jugendlichen zusammengestellten „Wachtrupps" nahmen die Verfolgung auf. Als ein Wachtrupp einer provozierend durch die Straßen ziehenden Gruppe von Faschisten begegnete (die Faschisten sangen Spottlieder auf die Basken, rempelten Leute an und riefen „es lebe Spanien"), umstellten die Basken diese, nahmen ihnen die Ausweispapiere, eine Polizeimarke sowie zwei Revolver ab. Dabei konnte nachgewiesen werden, daß mindestens zwei der Gestellten Polizisten waren. Zwei Faschisten gelang die Flucht in ein nahegelegenes Polizeiquartier. Durch die Entschlossenheit des Wachtrupps und durch die sich spontan ansammelnde Menschenmenge wagten es die Faschisten nicht, wie sonst üblich, ihre Waffen zu ziehen oder gar einzusetzen.

Es wurde eine Pressekonferenz abgehalten, auf der die Öffentlichkeit über die lange Geschichte faschistischer Anschläge in Amorebieta informiert, die Passivität und Komplicenschaft von Polizei und Regierung kritisiert wurde und die baskischen Parlamentsabgeordneten aufgefordert wurden, sich für die Sicherheit der Bevölkerung vor faschistischen Überfällen einzusetzen. (Bisher war lediglich der Abgeordnete Letamendia von der „Baskischen Linken" – bestehend aus EIA und MC und Unabhängigen – in dieser Richtung aktiv geworden.)

In einem Kommuniqué an die Öffentlichkeit stellte die autonome

und Unabhängigen – in dieser Richtung aktiv geworden.)
In einem Kommuniqué an die Öffentlichkeit stellte die autonome

Volksversammlung von Amorebieta" fest: *„Das Volk von Amorebieta hat gezeigt, daß es fähig ist, aus eigner Kraft seine Sicherheit gegen diejenigen zu gewährleisten, die es mit Terror und Angst überziehen wollen. (...) Jedes Dorf hat das Recht zu seiner legitimen Verteidigung, und deshalb akzeptieren wir nicht die Kritiken und Verurteilungen derjenigen, die uns vorwerfen, wir hätten uns außerhalb der Legalität gestellt, indem wir uns die Freiheit genommen haben, eine Bande von Kriminellen zu entwaffnen. (...) Gegenüber jedem Racheakt für unsere Aktionen werden wir fest, energisch und einheitlich auftreten"* („posible", 17.8.77).

Der Kontakt zu anderen Orten wurde inzwischen hergestellt. Desweiteren beschloß man, das entstandene Komitee nicht aufzulösen, sondern beauftragte es mit weiteren Nachforschungen über Identität und Aktivitäten der Faschisten, sowie deren Verbindungen mit der Polizei.

In anderen Ortschaften wurden ähnliche Komitees und Selbstschutzgruppen wie in Amorebieta aktiv.

Unter dem Druck der selbständigen Aktionen sahen sich inzwischen die Zivilgouverneure der baskischen Provinzen Vizcaya und Guipozcoa gezwungen, ein behördliches Vorgehen gegen die faschistischen Banden zu versprechen. Einer der in Amorebieta gestellten Faschisten wurde mit einer Geldstrafe von 100 000 Peseten belegt (ca. 3 000 DM), wegen Bedrohung von Menschen mit Feuerwaffen.

Sind diese Folgen der Aktion von Amorebieta auch bisher – behördlicherseits – nur Tropfen auf den heißen Stein, so stellen sie doch einen Erfolg dar. Am wichtigsten ist jedoch die positive Erfahrung einer gelungenen Aktion aus eigner Kraft.

Spanien-Kommission

BRD-Botschaft hilft Nazi-Terroristen

Vier westdeutsche Nazi-Terroristen, die an Attentatsplänen auf den spanischen Innenminister beteiligt waren, sind von der BRD-Botschaft in Madrid aus spanischer Haft befreit worden. Zur Rückreise in die BRD erhielten sie ein Darlehen der Botschaft. Nach Angaben des „Pressedienst demokratische Initiative" sind die vier Faschisten, Josef Werner Trierner, Michael Antosch, Dieter Fritz Pollert und Reinhold Kucher, Mitglieder einer Gruppe, *„der militante Faschisten aus Italien, Frankreich, Spanien und der Bundesrepublik angehören"*. Der Anschlag auf Innenminister Villa sollte am 21.3.77 stattfinden und anschließend den „Linksextremisten" angelastet werden. Entsprechende Mitteilungen der Zeitung „Diario" wurden vom spanischen Innen-

schließend den „Linksextremisten" angelastet werden. Entsprechende Mitteilungen der Zeitung „Diario" wurden vom spanischen Innen-

ministerium nicht dementiert; das BKA in Wiesbaden erklärte sich uninformiert, und überhaupt falle *„die Angelegenheit auch nicht in den Zuständigkeitsbereich des Amtes"*. („UZ", 11.8.77; „extra-dienst", 12.8.77).

Spanienkommission

KURZMELDUNGEN

Linke:

– Die „Union des Galizischen Volkes" (UPG) hat Ende August ihren ersten Kongreß durchgeführt, der wegen des Verbots durch den Zivilgouverneur von Pontevedra geheim stattfinden mußte. Die UPG, die vor 13 Jahren gegründet wurde, definiert sich als nationalistische, marxistisch-leninistische Partei. Die UPG hat traditionell sehr enge Beziehungen zur ETA. Die irische Befreiungsorganisation IRA und die portugisische PRP sowie die schweizerische „Liga für Menschenrechte" schickten Grußadressen an den Kongreß. Vertreter revolutionärer Organisationen aus mehreren Kontinenten waren eingeladen, sowie die baskische Organisation EIA (politische Partei von ETA), die katalanische PSAN, sowie die portugiesische MUP („Bewegung für die Volkseinheit") („El Pais", 28.8.77).

• • •

Streiks/Proteste:

– Die nationalen Streiks der Kollegen im Hotel- und Gaststättenbereich waren noch imgange (Santander, Leon, La Coruna), als ein Vollstreik der lederverarbeitenden Industrie eine der empfindlichsten Stellen der spanischen Exportindustrie traf (der Streik bedeutet einen Ausfall von täglich 4,2 Mio. DM für die Kapitalisten). Mitte August begann in Alicante, noch vor Beginn der Tarifverhandlungen, ein Vollstreik der Arbeiter der Schuhindustrie, an dem sich zwischen 50.000 und 60.000 Kollegen beteiligten. Der Streik dehnte sich nach Murcia, Albacete und Valensia aus, als Antwort auf die Weigerung der Kapitalisten, unter dem Druck des Streiks überhaupt zu verhandeln. Auf täglichen Versammlungen tausender Arbeiter in den Fußballstadien von Elche und Elda (Provinz Alicante) wurde das weitere Vorgehen gegen die Aussperrungsmaßnahmen der Unternehmer und ihre Weigerung zu verhandeln beraten. Bei diesen Arbeiterversammlungen („Versammlungsbewegung") blieben die bisher sehr mitgliederschwachen reformistischen Gewerkschaftszentralen (UGT, Comisiones Obreras) außen vor. Am 22.8. akzeptierte die Vereinigung der spanischen Schuhindustrie (FICE) die Delegierten der „Versammlungsbewegung" als Verhandlungspartner und gewährte pro Tag zwei arbeitsfrei Stunden für Versammlungen der Arbeitersprecher („Süddeutsche Zeitung", 1.9.77)!

– Die Arbeiter der Schuhindustrie, die durchschnittlich nicht mehr als 640 DM im Monat verdienen (bei einer Inflationsrate von 30 %), fordern außer einer spürbaren Lohnerhöhung u.a. Zahlung der Lohnsteuer durch die Firma, Zahlung der Sozialversicherung durch Staat und Kapitalisten, 50% Lohnfortzahlung während des Wehrdienstes.

– Nach dem Aufstand der sozialen Gefangenen für vollständige Amnestie am 18.Juli in so gut wie allen Gefängnissen des spanischen Staates, der von
der Guardia Civil und Anti-Unruhe-Brigaden brutal unterdrückt wurde (siehe AK 109), ist es in der Folgezeit mehrfach zu weiteren begrenzten Protesten in verschiedenen Gefängnissen gekommen, deren Ursache vor allem in Bestrafungen der aus Madrid-Carabanchel in andere Gefängnisse verlegten harten Kerne der streikenden Gefangenen lag. In Teruel (Aragon) steckten die 54 aus Madrid verlegten Gefangenen am 15.8. ihre Zellen in Brand, größere Teile des Gefängnisses wurden zerstört. 25 Gefangene wurden anschließend in Arrestzellen gesteckt. Auch im Gefängnis von Cordoba und Basauri kam es zu Arbeitsverweigerungen u.ä. Am 29.8. meuterten 130 Gefangene in der Strafanstalt von Zamora, darunter 22 aus Madrid-Carabanchel verlegte Gefangene.

Inzwischen hat die spanische Regierung eine Neuordnung der Gefängnisordnung verabschiedet, nach der erweiterte Kommunikationsmöglichkeiten mit der Außenwelt für die Gefangenen vorgesehen sind; die „normale" Strafe von 40 Tagen Isolier-Strafzelle für „Ungehorsam" wurde auf 16 Tage herabgesetzt, sowie „Urlaub auf Ehrenwort" von einer Woche zugestanden.

• • •

Repression:

– Der Parlamentsabgeordnete der PSOE für Santander wurde nach einer Demonstration für die Autonomie von Cantabria (Santander), an der 15.000 Menschen teilgenommen hatten, von Angehörigen der Guardia Civil festgenommen, als er sich für einen jungen Mann einsetzte, der von den Bullen zusammengeschlagen wurde. Die Guardia-Civil-Bullen kannten den Abgeordneten Jaime Blanco gut und beschimpften ihn als „Scheiß-Abgeordneten", „Hurensohn" und die PSOE als die „Partei der Schwulen der Provinz" (El Pais, 30.8.77). Blanco wurde auf die Wache geschleppt und mußte sich mit erhobenen Händen an die Wand stellen. Die Sache hat einigen Wirbel in der spanischen Presse verursacht, da sie deutlich machte, wie wenig die Ordnungshüter des „demokratischen" Spanien die minimalsten Regeln der bürgerlichen Demokratie wie die Immunität von Abgeordneten zu respektieren bereit sind. Der spanische Innenminister hat seinen Rücktritt angeboten.

– Am 28.8. schoß und knüppelte die Guradia Civil auf Demonstranten in Madrid, die Transparente zur Solidarität mit „Apala", zum Streik im Schuh- und Gaststättenbereich trugen. Inforamtionsstände verschiedener politischer Organisationen (PCE, PTE, ARDE ...) wurden abgeräumt. Dieses Vorgehen der Polizei zeigt nocheinmal die von der spanischen Regierung eingeschlagene Taktik der abweckselnden Toleranz und Repression gegen oppositionelle Kräfte, die als Wechselbäder verabreicht jeweils Illusionen und Resignation hervorrufen sollen.

Spanien-Kommission

• • •

Letzte Meldung:
Am 2. September demonstrierten in Bilbao 250.000 (zweihundertundfünfzigtausend!) Menschen für die Freiheit von „Apala" und die totale Amnestie. Aufgerufen hatte die KAS, alle Organisationen der revolutionären Linken und die PCE. In allerletzter Minute hängte sich der nationalkonservative PNV mit an. Die PSOE rief als einzige der ehemals oppositionellen Kräfte nicht mit zu dieser Demonstration auf.

Spanien-Kommission

Türkei · Griechenland

Griechenland:

Neues Wahlgesetz verabschiedet

Am 14.6.77 verabschiedete das griechische Parlament mit der erdrückenden Mehrheit der Stimmen der Regierungspartei „Neue Demokratie" ein neues Wahlgesetz, das in gerader Linie an das undemokratische Wahlgesetz von 1974 anknüpft. „Diskussion" und Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes wurden im Parlament im „Hauruckverfahren" durchgezogen. Kein Wunder, hätte doch eine breite öffentliche Diskussion das ganze Ausmaß des vorbereiteten Wahlbetruges zugunsten der Rechten für jeden deutlich gemacht.

Durch ein ausgeklügeltes System von Manipulation der Wählerstimmen will die Rechtspartei „Neue Demokratie" eine mögliche absolute Mehrheit der linken Parteien im Parlament bei den September 1978 anstehenden Wahlen verhindern, um selber bei einer Repräsentation von ca. 40% der Wählerstimmen im Parlament formal die „absolute Mehrheit" zu behalten.

Ausschluß von der Wahl ....

Faktisch nimmt ein großer Teil der Griechen gar nicht an der Wahl teil: Voraussetzung zum Wählen ist z.B. die Eintragung in die Wählerlisten: der Antrag auf Eintragung in die Wählerlisten läuft Monate bis Jahre, z.T. kann nicht zur Wahl im Wohnort sondern lediglich zur Wahl im Geburtsort des Wählers gegangen werden.

Besonders demagogisch knüpft das neue Wahlgesetz an der Forderung an, das Wahlalter von 21 Jahre auf 18 Jahre herabzusetzen. Die Regierung führte einen schlauen „Kompromiß" durch und setzte das

im Geburtsort des Wählers gegangen werden.

Besonders demagogisch knüpft das neue Wahlgesetz an der Forderung an, das Wahlalter von 21 Jahre auf 18 Jahre herabzusetzen. Die Regierung führte einen schlauen „Kompromiß" durch und setzte das
Wahlalter von 21 auf 20 Jahre herab. In Wirklichkeit ändert sich hingegen gar nichts - auch an der kommenden Wahl werden aller Wahrscheinlichkeit nach die Zwanzigjährigen nicht wählen können, da eben allein die Eintragung in die Wahllisten mehr als ein Jahr z.T. dauert. So bleibt also ein großer Teil der jüngeren Wähler - faktisch ein Wählerpotential für die linken Parteien - weiterhin von den Wahlen ausgeschlossen. Ebenfalls ein beträchtlicher Teil der griechischen Arbeiterklasse, die Seeleute, sind von der Wahl ausgeschlossen. Ein entsprechendes änderndes Gesetz schmort im Parlamentsausschuß. Ferner kann ein Großteil der Wahlberechtigten - die Arbeitsemigranten - an den Wahlen nicht teilnehmen.

... unterschiedliches Gewicht der Stimmen ...

Hatten sich die Herrschenden vor dem Putsch der Obristen 1967 zur Erzwingung von „Mehrheiten" aller Mittel des Terrors, der Einschüchterung sowie der Bestechung insbesondere der Landbevölkerung bedient, und 1974 mit der erpresserischen Parole „Karamanlis oder die Panzer" die Wahl der rechten Kräfte durchgesetzt, gilt heute einfach eine Wählerstimme in linken Bezirken weniger als in rechten Wahlkreisen.

So schwankten 1974 die für einen Sitz notwendigen Wahlstimmen bei „rechten" ländlichen Wahlkreisen und „linken" Städten zwischen 11.000 und 22.000 Stimmen.

Die Aufsplitterung der Wahlkreise in kleine Einheiten, wo praktisch reines Mehrheitswahlrecht gilt, (d.h. der Kandidat mit den meisten Stimmen kommt durch und alle anderen Stimmen gehen verloren, ist ein weiteres Mittel, um die linken Stimmen unter den Tisch zu fegen.

Auf diese Weise konnte die „Neue Demokratie" 1974 in 20 der insgesamt 56 Wahlkreise mit durchschnittlich 58% der Stimmen in diesen Bezirken 95% (!) der Sitze erreichen.

Ein weiterer Trick ist das sogenannte „verstärkte Verhältniswahlsystem". Hier wird ein Teil der Sitze im Parlament anteilig nach erzielten Stimmen unter den Kandidaten aufgeteilt, ein anderer Teil der Sitze gilt jedoch nur für Parteien, die einen bestimmten Mindestprozentsatz erreicht haben. Die Verteilung dieses zweiten Teils der Sitze (sogenannte 2. und 3. Kategorie der Sitze) begünstigt also eindeutig die großen Parteien. Die rechte Hauptpartei erhält so, ohne Rücksicht auf das tatsächliche Stimmverhältnis immer den Hauptteil der Sitze. Ein Verfahren, das insbesondere auch aufgrund der Zersplitterung der griechischen Linken funktioniert.

... verzerren jedes Wahlergebnis – zugunsten der Rechten

Manipulation der Wahlergebnisse durch solcherlei Tricks (Ausschluß von der Wahl, Gewicht der Stimme, Sitzverteilung zugunsten der Rechten) setzen die von der Junta durch direkten Terror praktizierten Wahlmanipulationen fort.

Wie sehr sich diese Systeme bislang in Griechenland bewährt haben, zeigt folgende Tabelle (nach ‚Sosialistikji Poria'Nr. 96 v.18.6.77):

Anteil der Rechten Hauptpartei

Wahlen	Stimmen	Sitze
1946	55,12%	58,14%
1950	18,80%	24,80%
1951	36,53%	44,18%
1952	49,22%	82,33% ! !
1956	47,38%	55,00%
1958	41,17%	57,00%
1961	50,81%	58,66%
1963	39,30%	44,00%
1964	35,26%	35,66%
1974	54,37%	73,33% ! !

1974 mußten für einen Abgeordneten aufbringen:

„Neue Demokratie"	12.100 Stimmen
„Zentrum"	16.700 Stimmen
PASOK(Sozialisten)	55.500 Stimmen
„Vereinigte Linke"	58.125 Stimmen

PASOK und „Vereinigte Linke" mußten also viereinhalb bis fünf mal so viele Stimmen für einen Abgeordneten sammeln, wie die „Neue Demokratie".

Das Wahlgesetz von '77 verankert dieses undemokratische Wahlsystem erneut. Selbst das Kernstück der vielgepriesenen „parlamentarischen Demokratie nach westlichen Muster" hält tatsächlich demokratischen Prinzipien nicht Stand - und dieses nicht nur in Griechenland.

Griechenland/Türkei/ Zypern – Kommission

Türkei:

Polizeiterror marschiert

Nachdem die neue MC-Regierung in der Regierungserklärung bereits dem Kampf gegen den „Terror" eine zentrale Stellung einräumte und dafür neue gesetzliche Grundlagen zum Eingreifen der Polizei und deren Verbesserung der Ausrüstung ankündigte, wird jetzt zur Tat geschritten. In Istambul wurde ein Linker bei einer Polizeiaktion erschossen, es wurden Verhaftungen im großen Stil vorgenommen. Von den (nach amtlichen Angaben) 69 Verhafteten werden 21 als Mitglieder der türkischen Volksbefreiungspartei/Front (THKP/C) bezeichnet („SZ" 25. u. 29.8.77). Zu diesen Aktionen erklärte das Innenministerium, daß in „spätestens zwei Monaten" dem „Terror" ein Ende bereitet werden solle. Als erster Schritt dafür (!) wurde die Ausrüstung der Polizei mit automatischen Waffen bekanntgegeben.

- Weg mit der faschistischen MC-Regierung!
- Freiheit für alle Gefangenen in der Türkei!
- Einstellung aller Waffenlieferungen der BRD an die Türkei!

Griechenland/Türkei/ Zypern-Kommission



Einige der in Istanbul Verhafteten



Einige der in Istanbul Verhafteten

Verurteilte Folterknechte wieder im Dienst

Verurteilte Folterknechte wieder im Dienst

Griechenland. Mindestens drei der Folterknechte der Obristen sind nach zeitweiser Absitzung ihrer Haft wieder mit vollen Ehren in die griechische Armee aufgenommen worden.

Der Folter„arzt" Dimitrios Kofas, dessen Strafe in dritter Instanz schließlich von 7 Jahren Gefängnis auf 22 Monate herabgerückt worden war, wurde vor ungefähr zwei Monaten auf freien Fuß gesetzt, weil er 2/3 „abgesessen" hatte. Jetzt ist er wieder in der Armee – irgendwo in der Provinz – als Militär„arzt" tätig.

Der Major der Militärpolizei ESA, Papacharalambous, zu 19 Monaten Gefängnis verurteilt, dient seit seiner Entlassung seit einem Jahr in einer Einheit auf Chios.

Der ehemalige Oberst und Kommandant der griechischen Panzereinheiten auf Zypern während des Putsches 74, Michail Nouskas, einer der aktivsten Offiziere in „vorderster Front" beim Putsch, war schon aus der Armee deshalb entlassen worden. Man stellte ihn wieder mit dem Rang eines Majors ein, „damit er seine Rente verbessern" könne. Nouskas gab damals auf Zypern den Befehl, den Präsidentensitz durch die Panzer zusammenschießen zu lassen und Makarios umzubringen. Die Anzeige des zyprischen Rechtsanwaltes Chadzipanajotou gegen 126 Putschisten umfaßt auch ihn:

- Mordanschlag auf Makarios;
- er gab den Panzern Angriffsbefehl gegen das Klostergut Kjikkos (im Troodhos-Gebirge), in das Makarios geflüchtet war;
- Mord an 640 griechischen Zyprioten;
- Behinderung der Arbeit der Rundfunkanstalt Zypern (er war dort Oberzensor.)

Was bedeutet schon ein Gesetz, wenn es sich um bewährte Faschisten handelt?

Die Wiedereinstellung der Menschenschlächter verstößt offen und eindeutig sogar gegen das „Gesetz über Offiziere":

Ein Offizier, der über 6 Monate verurteilt wird, verliert die Identität des im Dienst tätigen Offiziers. Seine Vorgesetzten müssen ihn sofort an die zuständigen Disziplinargremien verweisen, die ihn aus der Armee entlassen.

Seit der endgültigen Verurteilung von Kofas, Petalas (der noch einsitzt) usw. sind zwei Jahre vergangen, ohne daß ein Schritt zu ihrer Entlassung getan worden wäre. Ganz im Gegenteil. Geradezu lächerlich ist die Behauptung von Kriegsminister Averof (Rechtsaußenflügel der „Neuen Demokratie") zu diesen Fällen, die zuständigen Gremien seien eben noch nicht zusammengetreten. Außerdem seien Berufungsverfahren der Betreffenden beim Aeropag anhängig.

Für Demokraten gelten dieselben Gesetze natürlich nicht!!!

In krassem Gegensatz dazu steht z.B. der Fall des Hauptmanns Sidheris Siapis: Innerhalb von 45 Tagen wurde er entlassen, noch während sein Militärgerichtsverfahren lief, weil er gesagt hatte: *„Die Verrätergeneräle sind nicht verurteilt worden."*

Nach seiner Entlassung sprach ihn das Militärgericht mit besonderer Betonung frei. Trotzdem ist Siapis bis heute nicht wieder im Dienst.

Außerdem ist es gängige Praxis, die Militärrichter, die die Folterer und Putschisten verurteilt haben, möglichst schnell in den Ruhestand zu versetzen, während ehemalige Militärrichter, die mit glühendem Eifer gegen Mitglieder von Widerstandsorganisationen wüteten, entgegen aller Rangfolge in bezug auf Dienstalter in den Aeropag gehievt werden.

Von den Folteroffizieren der ESA sind nur noch Chadzizisis, Theofilojannakos (der wurde allerdings zum „einfachen Soldaten" degradiert), Spanos, Dzallas, Andonopoulos und Petalas (der bald 2/3 'rum hat) in „Haft". Der Zeitpunkt ist abzusehen, wo Averof die zweite Reihe der Obristen wieder um sich gesammelt hat („Eleftherotipia", 19./20.8.77).

Griechenland/Türkei-Kommission

Italien

Faschisten veranstalten paramilitärisches Lager in Süditalien

Vom 29.7. bis 1.8 organisierte die neofaschistische MSI in Gioia Tauro ein „Sommerlager", dessen Höhepunkt eine Demonstration mit dem berüchtigten Faschisten Pino Rauti darstellen sollte. Rauti gilt als einer der Initiatoren des Bombenanschlags auf die Mailänder Landwirtschaftsbank; damals starben 16 Menschen!

Gioia Tauro eignete sich nicht nur deshalb sehr gut für die Faschisten, weil ihnen von dem Bruder eines MSI-Abgeordneten Land zur Verfügung gestellt wurde (ganz „zufällig" zu einer Zeit, wo die Tagelöhner um die Benutzung unbebauten Bodens kämpfen). Vor allem erschien den Faschisten das Gebiet sehr günstig, um Einfluß auf die verarmte süditalienische Jugend zu nehmen. Gioia Tauro liegt in Calabria, einem ohnehin schon zu den ärmsten Bereichen Italiens zählenden Landstrich mit hoher Arbeitslosigkeit. Jetzt werden hier durch Absprachen der europäischen Stahlkonzerne, voran – wie könnte es anders sein – die BRD, Tausende von Arbeitsplätzen bei der Firma „Italsider" in Gioia Tauro bedroht. Auf dieser desolaten Situation versuchen die Faschisten ihr Süppchen zu kochen und den Unmut der Jugend in die antikommunistische Richtung zu lenken.

Die faschistische Provokation verlief unter dem völligen Schweigen der bürgerlichen italienischen Presse. Auch die „Unita"(PCI) und „Avanti" (PSI) hatten während der Provokation nicht eine einzige Zeile dafür übrig! Eine Ausnahme bildeten lediglich die linksliberale „Republica" und die Zeitungen der revolutionären Linken „Quotidiano di Lavoratori" (Avanguardia Operaia) und „Lotta Continua".

Von ihnen und von den Abgeordneten Achilli, Balzamo und Lombardi wurde versucht, beim Innenminister Cossiga ein Verbot der faschistischen Aktion zu erreichen. Das wurde von Cossiga abgelehnt.

Also fand am 31.7. die provokative Demonstration der Faschisten in Gioia Tauro statt. Es nahmen etwa 1.000 - 1.500 Leute teil; das ist eindeutig als Mißerfolg der Faschisten zu werten, wenn man bedenkt, daß 1970-72 von Almirante und dem auch diesmal beteiligten Ciccio Franco mehrere zehntausend Calabrier auf die Straße gebracht wurden. Damit ist der Versuch der MSI und ihrer Jugendorganisation FdG, die calabrische Jugend zu ködern, in diesem Fall als gescheitert anzusehen. Dabei darf man allerdings nicht übersehen, daß die faschistische Gefahr in diesem armen und rückständig gehaltenen Teil Italiens auf keinen Fall unterschätzt werden darf. Noch immer ist hier der Einfluß der Faschisten sehr viel größer als in Norditalien.

Italien-Kommission

Österreich

Homosexuell – also geisteskrank?

Schwule sind in Österreich nicht nur einer starken Diskriminierung ausgesetzt; sie werden sogar in psychiatrische Anstalten als „Geisteskranke" eingesperrt, wenn die Angehörigen dafür sorgen.

In der linken Zeitschrift „Neues Forum" Nr.284/85 schildert der Friseurlehrling Hans T. aus Wien seinen Leidensweg: Weil er schwul ist, kam er in den Steinhof (Psychiatrisches Krankenhaus Wien) und wurde 5 Jahre in Anstalten eingesperrt. Der Anlaß: Krach mit seiner Mutter. Sie beschimpfte ihn, weil er schwul ist: *„Die Homosexuellen gehören alle aufgehängt."* Er drohte ihr, sie zu ohrfeigen. Daraufhin holte die Mutter die Polizei, und er wurde mit Gewalt in den Steinhof gebracht. Er bekam weder Auskunft über den Grund seiner gewaltsamen Verschleppung noch Einsicht in die Krankenakten. Stattdessen wurden ihm Spritzen verpaßt, weil er „so aggressiv" sei. Hans T. kam in den Pavillon für schwere Fälle: 40 Leute in einem Saal, offene Toiletten, ein Tagesraum von 20 qm, keine Spiele, Besuchsverbot für Freunde. Stattdessen starke Medikamente und „Behandlung" mit Elektroschocks. Er bekam innerhalb von 6 Monaten 12 E-Schocks, von einem zum anderen wachte er gar nicht mehr richtig auf. Es dauert Jahre, bis man sich davon erholt.

Erst nach drei Monaten kam Hans T. vor die Gerichtskommission, die prüfen sollte, ob seine „Anhaftung" gerechtfertigt ist oder nicht. Das „Gespräch" dauerte 3 Minuten, er stand wie immer unter schweren Medikamenten. Die Gerichtskommission richtete sich nach der Krankenakte.

„Ich habe immer wieder gefragt, warum ich drin bin, hab' aber nie eine gescheite Auskunft bekommen. Es ist immer nur gesagt worden: Sie sind eben so veranlagt, das ist nicht normal. Natürlich bin ich aufgebraust, weil ich nicht einsehe, wieso das nicht normal sein soll. Eines Tages hat mir dann der Arzt gesagt, ich bin aggressiv, ich bin gemeingefährlich, ich hab' meiner Mutter gedroht mit einer Watschen, meine Mutter hat sich gefürchtet."

Nach einem Ausreißversuch kam Hans T. nach Ybbs, Zweigstelle von Steinhof; 98% hier sind lebenslänglich. Hier werden die Patienten noch mehr schikaniert und ausgebeutet: „Arbeitstherapie". Im Winter Kohlenschaufeln für 50 Schilling im Monat; im Sommer hilft man den Angestellten beim Hausbauen für ein Mittagessen und Zigaretten. Patienten, die in Ybbs auffallen, kommen in den Keller in Einzelzellen aus Stein – im Nachthemd und ohne Decke. Als Hans einen Patienten, der sich am Spülkasten des Klos aufgehängt hatte, mit Spiegelscherben versuchte loszuschneiden, wurde er von den Wärtern total zusammengeprügelt und in die geschlossene Abteilung gesteckt; außerdem wurde sein Arbeitslohn gestrichen wegen des kaputten Spiegels! Als Hans kurz danach selbst einen Selbstmordversuch unternahm, guckte nicht mal ein Arzt nach ihm, er wurde nur in ein Gitterbett eingesperrt.

„Nach einem Jahr in psychiatrischen Anstalten wird man automatisch entmündigt. Meine Mutter wurde mein Vormund. Sie hatte die Macht, mich rauszuholen.... Sie hat mir den Vorschlag gemacht, wenn du die homosexuellen Neigungen aufgibst, nehm ich dich raus....Aber da mir schon alles egal war, hab' ich gesagt: Nein, ich will mich nicht ändern ich fühl mich nicht krank, ich bin, wie ich bin, ich will so sein, wie ich bin. Ich tu damit ja niemanden etwas Böses. Ich will arbeiten und mein Leben leben. Daraufhin hab' ich drei Jahre nichts mehr von ihr gehört."

„Wegen guter Führung" wurde Hans T. schließlich durch Vermittlung eines Pflegers nach 5 Jahren entlassen. Durch die jahrelange „Behandlung" mit starken Psychopharmaka ist er gesundheitlich ruiniert. Er bekommt auch heute noch Spritzen „gegen Homosexualität". *„Sie brauchen die Spritzen genauso, wie ein Diabetiker sein Insulin"*, behauptet seine Ärztin.

Österreich/Schweiz-Kommission

»Der Psychiater ist der medizinisch verlängerte Arm der Polizei«

Die Lage in der österreichischen Psychiatrie ist erschreckend: 94% der in den Anstalten eingesperrten Menschen sind zwangsweise dort. Österreich rangiert in der Zwangseinweisung unmittelbar hinter Südafrika. Zwei Drittel sind entmündigt oder teilentmündigt. 60 % sind über 2 Jahre dort, 30 % über 10 Jahre. Und die besondere Diskriminierung: Die Behörden führen eine „Geisteskrankenkartei", in die alljährlich 20.000 bis 30.000 Menschen eingetragen werden. Davon allein in Wien 6.000! Wer einmal in dieser Kartei landet, ist sein Leben lang abgestempelt, bei Berufsausbildung, Meisterprüfung, Führerschein usw., denn die Kartei ist allen Behörden zugänglich.

Die Wiener Gruppe „Demokratische Psychiatrie" führt den Kampf gegen diese rechtliche und soziale Diskriminierung der in den Anstalten eingesperrten Menschen. Der Haupthebel dabei liegt außerhalb der Psychiatrie, denn das Elend in der österreichischen Psychiatrie ist ja nur Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse. *„Die Psychiatrie ist eine Allianz zwischen einer schlechten Medizin und einer Klassenjustiz. Der Psychiater ist in der Regel der medizinisch verlängerte Arm der Polizei."* Auch ein fortschrittlicher Psychiater oder Pfleger kann deshalb innerhalb der Anstalt nur relativ wenig verändern. Die Gruppe „Demokratische Psychiatrie" versucht darum, eine möglichst breite Öffentlichkeit herzustellen, u.a. eine Initiative „Weg mit der Geisteskrankenkartei" mit einer Unterschriftensammlung an den Innenminister. Gleichzeitig haben sie sich als geschlossene Gruppe am Marsch zum AKW Zwentendorf beteiligt und auch offiziell die Arenabewegung unterstützt (nach ZB, Wiener Alternativzeitung).

Österreich/Schweiz-Kommission



Frankreich

Rassistische und faschistische Attentate

Die großbürgerliche „FAZ" wartete kürzlich (26.8.77) mit einem langen Horror-Artikel über „schätzungsweise 30 Terrorgruppen" in Frankreich auf – natürlich alles Linke. Die wirklichen Terrorgruppen, Rassisten und Faschisten, blieben unerwähnt. Wie deren Taten aussehen, zeigen jüngste Beispiele.

Ermordung eines arabischen Arbeiters

Am 17.8. wurde in Marseille der algerische Arbeiter Nasri Abdel Malek ermordet. Der Tathergang war folgender: An diesem Abend hatte der Franzose Richard Navarro das Cafe eines Algeriers betreten und den Wirt aufgefordert, die algerische Musik abzuschalten, weil sie ihm nicht passe. Als dies nicht erfolgte, verschwand er mit der Drohung: „Ich komme wieder und werde euch massakrieren". Eineinhalb Stunden später tauchte Navarro tatsächlich wieder auf, in Begleitung von einem runden Dutzend weiterer Typen – und bewaffnet mit Gewehren, Eisenstangen, Ochsenziemern und Fahrradketten. Die Bande knüpfte sich den Bruder des Wirts vor und richtete ihn übel zu, so daß er leblos und schwerverletzt liegen blieb (der Wirt selbst war zur Polizeiwache gegangen, um die Morddrohung anzuzeigen; die Polizei wies ihn jedoch ab, da „noch kein Mord geschehen" sei!). Dann zertrümmerten die rassistischen Schläger die gesamte Einrichtung des Cafes, in dem sich zu dieser Zeit kein anderer Gast befand. Als sie wieder abzogen, trafen sie wenige Meter vor dem Cafe auf den algerischen Arbeiter Nasri Abdel Malik und schossen ihn kaltblütig nieder. Nasri starb noch in der gleichen Nacht im Krankenhaus. Navarro wurde später zwar festgenommen; die gegen ihn erhobene Anklage lautet aber nur auf „ungewollten (?!) Totschlag" (homicide involontaire).

In Frankreich gibt es eine lange Reihe rassistischer Attentate und Morde, von denen vor allem arabische Arbeiter betroffen sind. Die bisher größte Mordwelle der letzten Jahre fand 1973 statt: damals wurden insgesamt 52 arabische Arbeiter ermordet und desweiteren Attentate auf das algerische Konsulat und die algerisch-französische Freundschaftsgesellschaft verübt. Allein im Monat Juli jenes Jahres fielen in Marseille und Umgebung 21 Nordafrikaner diesem rassistischen Terror zum Opfer. Und in zahlreichen dieser Fälle wurden die Strafverfahren ohne Verurteilung der Mörder eingestellt: u.a. blieben sämtliche sechs Morde unbestraft, die in der Zeit vom 18. bis 29.8.76 an Arabern verübt wurden. Aber auch in den nachfolgenden Jahren bis heute ging dieser Terror und seine staatliche Begünstigung weiter. Erst vor wenigen Monaten wurden in Flers zwei algerische Arbeiter Opfer eines Mordversuchs; der Täter kam mit einer einfachen Geldstrafe (!!) davon, obwohl das eine Opfer sein Leben lang gelähmt bleibt und das andere ebenfalls schwer verletzt wurde.

Aber über die Begünstigung rassistischer Attentäter hinaus ist die Polizei selbst unmittelbar in den Terror gegen arabische Arbeiter verwickelt. Unzählig sind die Fälle, wo arabische Arbeiter auf Polizeikommissariaten g e f o l t e r t werden. Die PS-Zeitung „Le Matin" zählt in ihrer Ausgabe vom 22.8.77 allein sechs Fälle solcher Folterungen (passage a tabac) und Verprügelungen auf, die ihr für die Monate Juni und Juli dieses Jahres aus den Polizeikommissariaten in Nanterre, Bobigny und Fort-Neuf des Vincennes bekanntwurden.

Der neue rassistische Mord hat besonders in Algerien zu scharfen Angriffen gegen die französische Regierung geführt, die diesen Terror deckt. Die Zeitung „Ach-Chaab" schrieb, daß „Algerien, um die Sicherheit und die Würde seiner Landsleute zu schützen, fähig ist, über seine Entscheidung vom September 1973, die algerische Emigration nach Frankreich suspendierte (als Reaktion auf die damalige Attentatswelle; Anm. AK), noch hinauszugehen". (Informationen nach „Le Matin" und „Rouge").

Bombenanschläge gegen die Linke

In der Nacht zum 21.8. explodierte im Regionalbüro der PCF in Chalon-sur-Saone eine Bombe; wenige Minuten später auch im PS-Büro der gleichen Stadt. Eine Woche darauf, in der Nacht zum 29.8. war das PCF-Büro in Nimes Schauplatz eines Bombenanschlages. Besonders die Explosion in den beiden PCF-Büros führten zu größeren Verwüstungen; der Sachschaden bezifferte sich jeweils auf mehrere Zehntausend Francs. Unmittelbar nach dem Anschlag in Chalon-sur-Saone erklärte ein „Faschistisches Aktionskomitee" (CAF) offen seine Urheberschaft dafür und kündigte weitere Attentate an. Daß diese Ankündigung ernstzunehmen war, bewies bereits die folgende Explosion in Nimes.

Alle drei Anschläge sind Ausdruck einer neuen faschistischen Attentatswelle in Frankreich, die vor ca. zwei Monaten mit einem Anschlag gegen das Arbeitsamt in Grenoble begann. Seitdem hat es weitere Attentate gegeben: gegen die Büros der drei Gewerkschaften und den Versammlungsraum des Malville-Komitees in Grenoble, gegen ein Denkmal des antifaschistischen Marschals Leclerc und das italienische Konsulat in Paris (letztgenannter Anschlag wurde von einer „Nationalen Front" für die „Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung in Großdeutschland" verübt und erfolgte im Zusammenhang mit der Kappler-Flucht), gegen Einrichtungen der Freundschaftsgesellschaft Frankreich-UdSSR und verschiedene linke Buchhandlungen usw.

Es ist offensichtlich, daß mit dieser neuen Attentatswelle ein „Spannungsklima" erzeugt werden soll – je näher die Parlamentswahlen des kommenden Frühjahrs rücken, bei der die Parteien der Vereinigten Linken große Erfolgsaussichten haben. Eine ähnliche Attentatswelle hat es auch vor drei Jahren, in den Vormonaten der Präsidentschaftswahl gegeben. Nachweislich und unbestritten wurden damals auch Angehörige faschistischer Terrorbanden in den „Ordnungsdienst" von Giscard d'Estaing rekrutiert.

Daran erinnern auch heute wieder die PCF und CGT in ihren Erklärungen, in denen sie von einer Komplizenschaft des Giscard-Regimes mit den neuen Anschlägen sprechen. Diese Komplizenschaft zeige sich heute zumindest darin, daß das Regime sich in Schweigen über diese Attentate hüllt und die Bombenleger ohne tatsächliche Bemühungen um Aufklärung in Straflosigkeit läßt, während gleichzeitig große Kampagnen gegen angebliche „subversive Komplotte" der PCF inszeniert werden. PCF und CGT wiederholen in diesem Zusammenhang insbesondere noch einmal ihre Forderung nach Auflösung der faschistischen Gewerkschaft CFT, die mehrfach als Bindeglied verschiedener Terrorgruppen in Erscheinung getreten ist. Auf das Konto von CFT-Schlägern geht u.a. auch die Ermordung eines Streikposten in Reims vor wenigen Monaten. Das Giscard-Regime hat sich natürlich geweigert, dieser Forderung nachzukommen. (nach Informationen aus „L'Humanité" und „Rouge").

Frankreich-Kommission



Die ausländischen, besonders die arabischen Arbeiter leben in Frankreich in Elend und Rechtlosigkeit. Unter den 2,5 Mio. ausländischen Arbeitern in Frankreich sind allein 450.000 Algerier. 10 % der Arbeitslosen sind Ausländer; am 31.3.77 gab es allein 37.400 arbeitslose Algerier in Frankreich. Die Stadtviertel, in denen die ausländischen Arbeiter leben (auf dem Bild ein Emigrantenviertel in Marseille), werden von den Behörden und Hauseigentümern verwahrlost gehalten. Wohnungsvertreibungen sind dabei an der Tagesordnung. 40 % der in französischen Krankenhäusern liegenden Araber werden aufgrund von Arbeitsunfällen eingeliefert – weil sie die gefährlichsten und am wenigsten mit Sicherheitsvorkehrungen versehenen Arbeiten verrichten müssen (nach „rouge" und „Le Matin").

Belgien

Der Kampf gegen die Schließung von MMR-Athus



Athus-Arbeiter auf dem Weg nach Anbange (im Hintergrund Gendarmerie-Truppen), eine von vielen kämpferischen Aktionen während der Besetzung

Belgien. Seit einigen Monaten steht die Belegschaft von MMR-A (Métallurgie et Minière de Rodange — Athus) im Kampf um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. Der Kampf und seine Ursachen lohnt sich, etwas genauer untersucht zu werden, denn er steht beispielhaft für die Entwicklung in der wallonischen Eisen- und Stahlindustrie, wo im Zuge des verschärften internationalen Konkurrenzkampfes die Kapitalisten seit einiger Zeit verstärkt »unrentabel« gewordene Betriebe wegrationalisieren und damit die ohnehin überproportionale Arbeitslosigkeit in diesem Landesteil weiter verschärfen. Der MMR-A ist ein Zusammenschluß des Cockerill-Zweigwerks von Athus (nahe der luxemburgischen Grenze — 1.600 Arbeiter) mit dem Betrieb von Rodange (in Luxemburg — 3.000 Arbeiter). Der Sitz der Gesellschaft ist Luxemburg, während die Hauptaktionäre in Belgien sitzen. Diese Konstruktion hat für die Stahlkapitalisten wesentliche Vorteile: Sie umgehen so Bestimmungen des sogenannten »staalakkords«, einem Abkommen von Regierung, Gewerkschaften und Stahlfirmen vom Beginn des Jahres, das bis zum 31.12.77 den damaligen Zustand sozusagen einfriert, also auch Massenentlassungen — außer bei Übereinstimmung aller drei »Partner« — verbietet. Das luxemburgische Wirtschaftsrecht eröffnet außerdem mehr als das belgische den Kapitalisten die Möglichkeiten zur Spekulation, Steuerbetrug usw. Mit dem durch entsprechende Manöver inzwischen drohenden Bankrott als Druckmittel präsentierten vor kurzem die MMR-A-Kapitalisten ihre Forderungen an die Regierung:

- ein Kredit von einer halben Mrd. bFr;
- vorzeitige Pensionierung von 600 Arbeitern;
- Entlassung von 800 Kollegen, Weiterbeschäftigung durch die belgische Regierung;
- Schließung von Athus;
- für den Rest der Belegschaft eine Lohnkürzung von zwölf Prozent!

Die Regierung konnte nicht anders als diesen Plan zu verwerfen, BSP-Wirtschaftsminister Willy Claes sprach gar von einem »kriminellen« Manöver, auch die Gewerkschaftsführer fanden harte Worte der Ablehnung...

Die Kollegen von Athus hingegen gingen zu Aktionen über: Ende Juli wurde der Betrieb besetzt, eine Demonstration nach Rodange organisiert, der Grenzübertritt bei Aubange blockiert. Ihre Forderungen waren:

- Keine Entlassungen!
- Vorzeitige Pensionierung mit 55 Jahren und entsprechende Neueinstellungen!

Inzwischen hat sich erwiesen, daß die Gewerkschaftsführung von vornherein nicht bereit war, auf der Basis der Forderungen der Kollegen den Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze zu führen, sondern lediglich mit dem Ziel der »Milderung der sozialen Folgen« verhandelte.

Weder wurden von den gemeinsamen belgisch-luxemburgischen Gewerkschaftsfront entsprechende Aktionen in Rodange organisiert, noch der Forderung nach Solidaritätsstreiks in den anderen Zentren der wallonischen Stahlindustrie Liège und Charleroi entsprochen. So fand ein »Rettungsplan«, der am 3.8. von Claes vorgelegt wurde, die Zustimmung der Gewerkschaftsführer.

- Athus soll geschlossen werden, ein Teil der Kollegen soll vorzeitig in Rente gehen, der Rest vom belgischen Staat mit »Spezialaufgaben« beschäftigt werden;
- Schaffung einer »Arbeitsbehörde«, die Schaffung neuer Arbeitsplätze organisieren soll;
- Schaffung einer neuen Gesellschaft unter Führung des luxemburgischen Stahlkonzerns Arbed, der den Betrieb in Rodange »reorganisieren« soll.

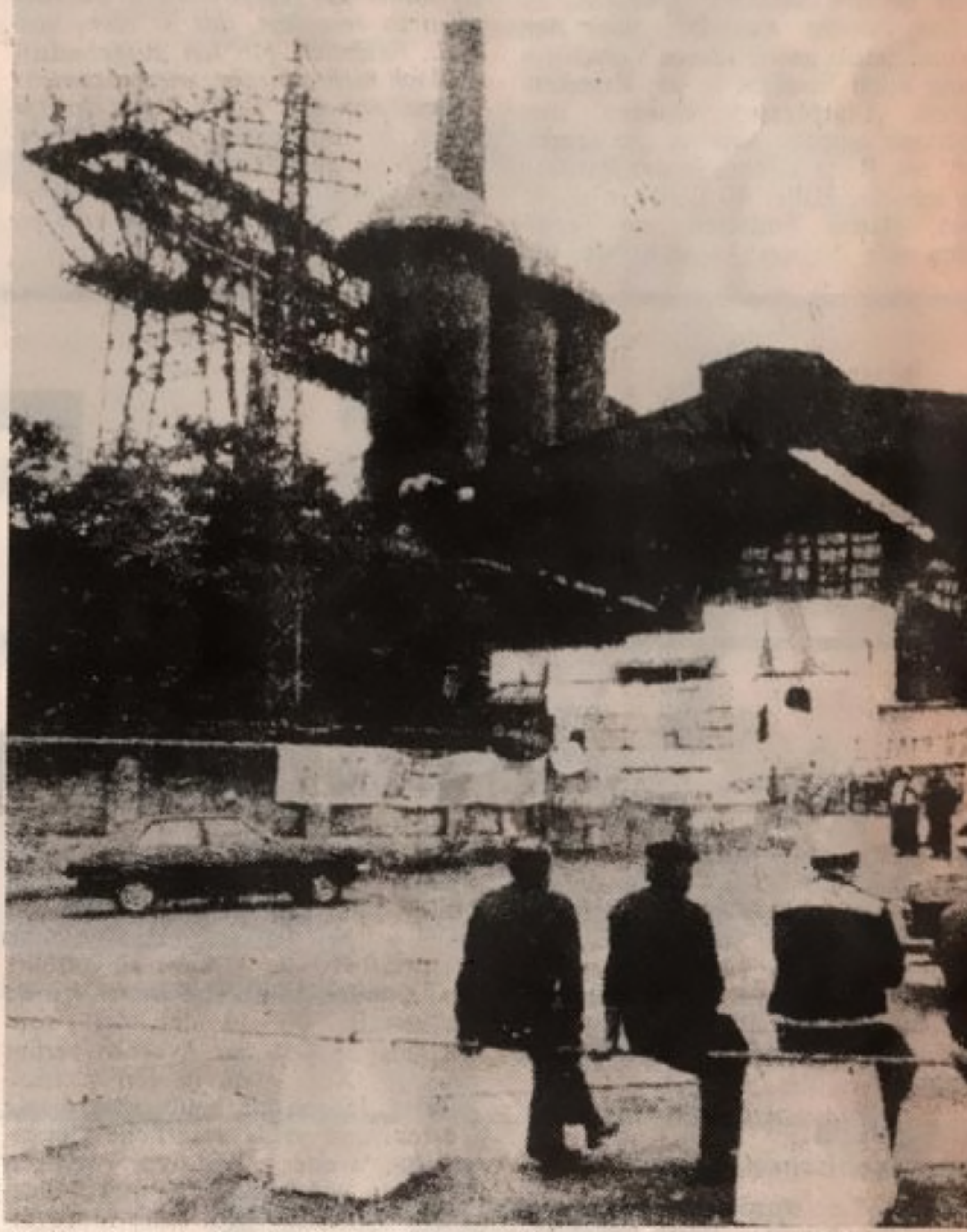
Gleichzeitig wurden von dieser Seite aus fleißig Gerüchte in die Welt gesetzt über angebliche Interessen für den Betrieb, oder bevorstehende Ansiedlung neuer Industrien in der Region. Das alles täuscht aber nicht darüber hinweg, daß die zentrale Forderung der Kollegen nach Erhalt sämtlicher Arbeitsplätze in keiner Weise erfüllt worden ist und daß viele von ihnen arbeitslos werden! Daran ändert auch ihr zeitweiser Einsatz für »Spezialaufgaben« durch die »Arbeitsbehörde« nichts. Zudem wurden inzwischen weitere negative Einzelheiten des Plans bekannt, z.B. daß die Kosten der vorzeitigen Pensionierung für 400 Kollegen von Athus von der Rodange-Belegschaft in Form einer zehnprozentigen Lohnkürzung getragen werden sollen! (»BPA«, 19.8.77)!

Nichtsdestotrotz setzten die Gewerkschaftsführer die Aktionen sofort aus — am 22.8. wurde die Arbeit vorläufig wieder aufgenommen. »Aktiver Kampf um Arbeiterinteressen« — Marke Sozialdemokratie!

In einer gemeinsamen Ausgabe von »Pour« und »R« (Zeitung der Arbeiter von Süd-Luxemburg) zum Kampf von Athus wird ein Kollege zur weiteren Perspektive zitiert: *»Aber es ist noch nicht zuende. In drei oder vier Monaten wird sich dasselbe in Liège und in Charleroi ereignen. Sie werden mit den gleichen Problemen zu kämpfen haben wie wir, und der Kampf wird sich über das ganze Land ausdehnen müssen«.*

Letzte Meldung: Ihre ungebrochene Kampfbereitschaft bewiesen die Kollegen von MMR-A am 30.8., als etwa 200 von ihnen den »Berlaimont« (den Palast der EG-Kommissionen) in Brüssel zu besetzen versuchten, um die Aufmerksamkeit auf ihren Kampf und ihre Forderungen zu lenken. Eine Hundertschaft schwer bewaffneter »Rijkswacht« (das belgische Gegenstück zum BGS, aber auch mit normalen Polizeiaufgaben betraut) konnte nur mit Mühe die Besetzung verhindern (»NZ«, 1.9.77).

Belgienkommission



99,5% der Arbeiter von Athus stimmten für die Besetzung des Betriebes!

England

Linkes Wahlbündnis bei Nachwahlen erfolgreich

Birmingham. Bei den Unterhaus-Nachwahlen im Bezirk Birmingham-Ladywood am 18.8. konnte das linke Wahlbündnis „Socialist Unity" (Einheit) einen beachtlichen Erfolg erzielen. Raghib Ahsan, Shop Steward bei den Rover Autowerken, erhielt 534 (3,4%) der abgegebenen Stimmen.

Das Wahlbündnis wird bisher hauptsächlich getragen von IMG (4. Internationale), Big Flame (BF) und Unorganisierten und soll künftig auch auf nationaler Ebene bei allgemeinen Neuwahlen angestrebt werden.. Angesichts der Gefahren, daß die Desillusionierung der Arbeiterklasse der Labour Party auf den Sozialismus generell übertragen wird und die Faschisten ungehindert bei den Wahlen als Alternative auftreten, erklärten IMG und BF gemeinsam, es sei notwendig, bei den Wahlen eine ‚radikale, sozialistische Alternative' vorzuschlagen. *„Das Parlament wird nicht die Probleme lösen, mit denen die Arbeiterklasse konfrontiert ist. Wahlkampagnen geben uns aber die Gelegenheit, zwei Dinge zu tun. Erstens kann eine alternative sozialistische Politik vorgeschlagen werden, ein Aktionsprogramm zu vielen Problemen, mit denen wir es heute zu tun haben. Allerdings wollen wir nicht nur Propaganda betreiben. Die Wahlkampagnen müssen genutzt werden, um für den Kampf gegen die Politik der Labour Party einzutreten und diesen praktisch zu entwickeln. In diesem Sinne müssen wir die Menschen überzeugen, daß wir mehr als eine Wahlkampagne sind. Wir müssen vorher und hinterher zur Stelle sein, um die Kämpfe zu entwickeln.*

Man könnte lokale Kampagnen gegen Sparpolitik und Rassismus, für bessere Wohnungen, den Kampf der Frauen usw. unterstützen. Eine radikale sozialistische Liste würde daher ein Bündnis aus Militanten und Organisationen aufbauen, das auf ihren Aktivitäten im Klassenkampf beruht.

Was not tut, ist eine Zusammenkunft aller politischen Organisationen, die in den Wohngebieten ‚der Arbeiterbewegung und unter Frauen und Schwarzen arbeiten sowie von einzelnen Militanten im nationalen und örtlichen Rahmen, die sich zu einem solchen Kampf verpflichten wollen....."

Hierzu soll im Oktober eine Konferenz stattfinden („Socialist Challenge",Zeitung der IMG, 9.6.77)

Die Socialist Workers Party (SWP) hat bisher abgelehnt, sich an solchen Wahlbündnissen zu beteiligen. Für sie steht bei Wahlen der Aufbau der eigenen Organisation im Mittelpunkt (vgl.dazu die SWP-Resolution zu den Wahlen in AK 111). Daher hatte SWP in Birmingham auch einen eigenen Kandidaten aufgestellt, der lediglich 152 Stimmen (ca.1%) erhielt, was jedoch als Erfolg beurteilt wurde:

„Für die SWP war die Wahlkampagne recht erfolgreich. Wie wir im „Socialist Worker"klarmachten, war unser Hauptziel bei der Kandidatur nicht das Gewinnen von Stimmen, sondern dabei zu helfen unsere Partei aufzubauen, indem wir unsere gesamte Politik einer größeren Zahl von Menschen vermitteln und den Kampf gegen Rassismus, Arbeitslosigkeit und Lohnkontrollen ermutigen. Im Ergebnis gewannen wir 15 Mitglieder für unsere Partei und konnten allein an einem Tag, dem letzten Donnerstag 200 Zeitungen an Leute verkaufen, die diese noch nie vorher gekauft hatten. Am Sonntag rekrutierten wir nochmals 9 Mitglieder....Wir begannen die Kampagne ohne Mitglied und jede Organisation in diesem Wahlbezirk. Jetzt haben wir die Grundlage für den weiteren Aufbau geschaffen." („SW",27.8.77)

Die 4,4% für beide linken Kandidaten sind ein Zeichen, daß die militanten antifaschistischen Aktionen von London und Birmingham (AK 111), die von beiden Kandidaten unterstützt wurden, zur Stärkung der Linken beigetragen haben. Die Hetze seitens der bürgerlichen Parteien und Presse gegen die „Roten Faschisten", hat sich allerdings auch in den 888 Stimmen für die „Nationale Front" (5,7%) niedergeschlagen — in einem Wahlkreis mit über 40% Farbigen. James Hunte, ein rechter Farbiger, der angetreten war, „das Rückgrat der Sozialistischen Bewegung zu brechen"(„SC",4.8.), mußte sich mit 2,2% der Stimmen zufrieden geben.

Englandkommission

NACHWAHL IN BIRMINGHAM-LADYWOOD 18.8.77 (in Klammern Zahlen der allgemeinen Wahlen Oktober 1974, NF Februar 1974)

Wähler:	36,352 (40,394)	
Wahlbeteiligung:	42,22%(58,9%)	
Labour	8.227 (14.818)	53,1% (62,4)
Tories	4.402 (5.079)	28,4% (21,4)
National Front	888 (751)	5,7%(3,2)
Liberale	765 (3.086)	4,9% (13,0)
Socialist Unity	543 (–)	3,4% (–)
James Hunte	336 (–)	2,2% (–)
Socialist Worker	152 (–)	1,0% (–)
3 weitere Kandidaten	180 (zus.)	

850 Fluglotsen-Assistenten im Streik

Die 850 britischen Fluglotsen-Assistenten der beiden Flugkontrollzentren West Drayton bei London und Prestwick in Schottland, die sich seit 2 Wochen im Bummelstreik befanden, haben vom 25. - 29.8. voll gestreikt. Mit ihrem Kampf wollen sie eine Lohnerhöhung von 20% durchsetzen. Diese 20% sind nach dreijährigen(!) Verhandlungen 1975 vereinbart worden, aber bis jetzt immer noch nicht an die Lotsen ausgezahlt worden. Denn der Gewerkschafts-Dachverband TUC und die Regierung hatten damals einen „Sozialkontrakt" abgeschlossen, „ der die Gewerkschaften zu mäßigen Lohnforderungen verpflichtete" (Spiegel Nr.36). Dieser Kontrakt ist am 31. Juli '77 ausgelaufen, sollte aber nach Meinung der Regierung gleich wieder verlängert werden. Das Hauptziel dieses Kontrakts war, die britische Inflationsrate durch Lohnstopp unter 10% zu halten. Aber die Kapitalisten nutzten den Lohnstopp natürlich für sich aus und trieben die Teuerung wieder auf über 17%, so daß die Gewerkschaftsführer aufgrund des Drucks der Mitglieder gezwungen waren die Verlängerung des „Sozialkontrakts" abzulehnen. Die Regierung hat den Lotsen keine Zugeständnisse gemacht und beharrt darauf, „daß kein Präzedenzfall für ‚übermäßige Lohnerhöhungen' geschaffen werden dürfe" (FAZ 23.8.). Inzwischen droht die Zivilluftfahrtbehörde damit, daß die Fluglotsen - Assistenten ausgesperrt werden, wenn sie ihre Kampfmaßnahmen nicht einstellen.(nach NDR 30.8.). Dagegen ist die alte Forderung der Fluglotsen von 20% noch recht bescheiden. Die Bergarbeiter z.B. wollen nach Ablauf ihres Tarifvertrages, eine Lohnerhöhung bis zu 90% durchsetzen.

Grunwick: Untersuchungsbericht veröffentlicht

London. Am 25.8. wurde der Bericht der Untersuchungskommission unter Lord Scarman zum nun 1 Jahr dauernden Kampf der Arbeiter von Grunwick um das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung veröffentlicht. Während er empfiehlt, daß die Streikenden wieder eingestellt werden und die Gewerkschaft APEX künftig bei Grunwick anerkannt wird, macht er gleichzeitig die Gewerkschaft indirekt für die Unruhen während der Massenpickets verantwortlich. Diese seien zwar nicht von der Gewerkschaft beabsichtigt gewesen, hätten aber vorausgesehen werden können. Außerdem begrüßt der Bericht die Absicht der Regierung, die „Picket-Gesetze" zu verschärfen: Gesetze, mit denen massenhaftes Streikpostenstehen illegalisiert werden soll.

Während sich APEX-Boss Grantham beeilte, Empfehlungen und Kritik an der Gewerkschaft zu akzeptieren, schweigt sich Grunwick-Kapitalist George Ward zunächst aus. Sein Berater, der Faschist und CIA-Agent Robert Moss von der „Freiheitsgesellschaft" NAFF, hat allerdings sofort darauf verwiesen, daß die Empfehlungen ohnehin rechtlich nicht bindend seien.

Das Streikkomitee ist nicht bereit , sich lange hinhalten zu lassen, sondern will innerhalb von 7 Tagen verbindliche Zusagen. Außerdem fordern die Streikenden, daß der Kongreß des Gewerkschaftsdachverbandes TUC Anfang September beschließt, Grunwick notfalls von der Versorgung mit Gas, Wasser und Strom abzuschneiden.

Englandkommission

Niederlande

Veranstaltung in Amsterdam: »Mord an politischen Gefangenen«

Am 27.8. nahm ich in Amsterdam an einer Veranstaltung *»Mord an politischen Gefangenen in der BRD!«* teil. Die Veranstaltung wurde gemeinsam

sei »jedes Mittel der Opposition geboten«. Als er dann aber diese Opposition doch nur im Rahmen der »Rechtsstaatlichkeit« sehen wollte.

Finnland

Finnland: Naziaufmarsch verboten

Vor kurzem wurde von der finnischen Regierung eine geplante Nazi-Demonstration in Kotka verboten. Zur Demonstration hatte die faschistische „Patriotische Volksfront" aufgerufen. Laut „Dagens Nyheter" (18.8.77) steht auch ein Verbot dieser Organisation durch die finnische Regierung bevor; denn nach dem Pariser Friedensvertrag, der nach dem 2. Weltkrieg zwischen Finnland und den Alliierten geschlossen wurde, verpflichtete sich Finnland, dafür Sorge zu tragen, daß alle militärischen und paramilitärischen samt politischen Organisationen von faschistischem Charakter in der Zukunft aufzulösen seien.

Die verschiedenen bürgerlichen Regierungen der letzten Jahre widmeten den Aktivitäten der neonazistischen Organisationen kaum Aufmerksamkeit. Der Stein kam erst ins Rollen, nachdem in einigen Artikeln der sowjetischen Presse über das offene Auftreten faschistischer Kräfte in Finnland berichtet wurde. Der finnische Innenminister sah sich wohl dadurch veranlaßt, gegen die relativ kleine faschistische Organisation „Patriotische Volksfront" vorzugehen. Schon bei früheren Aufmärschen waren diese braunen Ratten besonders dadurch aufgefallen, daß sie Armbinden und Fahnen mit Hakenkreuz, schwarze Uniformhemden, Reithosen und blanke Stiefel trugen. Jeder Nazi war sichtbar mit einem Totschläger ausgerüstet.



Finnische Neofaschisten vor ihrem Versammlungslokal. Sie tragen Parolen gegen Kekkonen und den Vorsitzenden der Sammlungspartei, Holkeri.



Finnische Neofaschisten vor ihrem Versammlungslokal. Sie tragen Parolen gegen Kekkonen und den Vorsitzenden der Sammlungspartei, Holkeri.

Niederlande

Veranstaltung in Amsterdam: »Mord an politischen Gefangenen«

Am 27.8. nahm ich in Amsterdam an einer Veranstaltung *»Mord an politischen Gefangenen in der BRD!«* teil. Die Veranstaltung wurde gemeinsam von dem »Medies-Juridies Komitee Politieke Gevangenen« (Komitee zur Verteidigung der politischen Gefangenen) und der »Roten Widerstandsfront« getragen. Als Sprecher traten auf ein Vertreter von Amnesty International, Kosto von der sozialdemokratischen Partei (PvdA), der Rechtsanwalt Pieter Bakker-Schut (Verteidiger des in Hannover gefangengehaltenen Niederländers und angeblichen RAF-Mitglieds Ronald Augustin), ein Psychologe und der Soziologe Professor Sigrist aus der BRD.

Mit rund 200 Teilnehmern, darunter relativ vielen älteren Menschen, war die Veranstaltung recht gut besucht. Im Saal waren Transparente aufgehängt wie *»Isolationshaft ist Mord«, »Deutschland — Modell für Europa«, »Deutschland — Mordland«, »Stoppt den Mord an politischen Gefangenen«, »Isolationshaft = Staatsterror», »Und wen macht ihr morgen kaputt, Schweine?* (U.M.)«. Daneben waren die bisherigen Opfer der westdeutschen Klassenjustiz namanetlich aufgeführt.

Schwerpunkt aller Beiträge des Abends war es, die Gefahr eines drohenden Faschismus in der BRD am Beispiel der Behandlung der politischen Gefangenen aufzuzeigen. Hiervon ausgenommen war nur der Beitrag des Amnesty-Vertreters, der sich auf »humanitäre Überlegungen« beschränkte und die Bundesregierung aufrief, die Situation der Gefangenen doch zu verbessern, damit diese ihren Hunger- und Durststreik »freiwillig« aufgeben würden.

Für mich als westdeutsche Teilnehmerin an der Veranstaltung war natürlich am erstaunlichsten, daß zur Frage des »Mordes an politischen Gefangenen« ein Mitglied der niederländischen sozialdemokratischen Partei sprach. Er bezeichnete den Hunger- und Durststreik in Stammheim als die stärkste Waffe der Gefangenen und rief auf, diesen Streik zu unterstützen, »was man auch sonst von der RAF halten würde« — gegen einen aufkommenden Faschismus in der BRD sei »jedes Mittel der Opposition geboten«. Als er dann aber diese Opposition doch nur im Rahmen der »Rechtsstaatlichkeit« sehen wollte, stieß er auf die Kritik des Publikums.

Der Psychologe Henkelmann bezeichnete die Isolationshaft als geplante Vernichtung der politischen Identität der Gefangenen, ihrer Solidarität untereinander — als einen der vielfältigen Versuche, in der BRD jede politische Opposition zu zerschlagen.

Der westdeutsche Soziologe Christian Sigrist (selbst schon vor längerer Zeit vom Berufsverbot bedroht) ging schwerpunktmäßig auf die »psychologische Kriegsführung« der BRD-Regierung, Presse usw. ein. Daß die Hetze gegenüber den politischen Gefangenen teilweise auf recht fruchtbaren Boden fällt, führte Sigrist auf die deutsche Vergangenheit des Faschismus, jahrelange antikommunistische Hetze und den »kulturellen Neo-Nazismus« heute zurück. Mit Hilfe des demokratischen Auslandes, so Sigrist, müsse erst mit dem Aufbau einer demokratischen Kultur in der BRD begonnen werden.

Der Rechtsanwalt Bakker-Schut ging vornehmlich auf die Parallelen des damaligen faschistischen und des heutigen »Rechts»systems ein, dessen Ziel vor allem sei, ein allgemeines Klima der Angst und Einschüchterung zu schaffen. Die RAF-Prozesse seien ein einziger Prozeß des westdeutschen »Rechts«staates gegen j e d e Form des Widerstandes überhaupt. »Die wahren Terroristen«, schloß er, »sitzen in Bonn!«.

Von einer solchen Sicht der Dinge mußte sich der Sozialdemokrat Kosto (natürlich) schleunigst distanzieren, und der Amnesty-Vertreter folgte ihm darin. Vielleicht verständlich, aber nicht gerade politisch klug (schließlich hatte man ja Vertreter verschiedenster politischer Strömungen eingeladen, um diese zu h ö r e n) waren übermäßig scharfe Reaktionen aus dem Publikum, wie etwa Zwischenrufe, die die Sozialdemokraten als »Partei des Kapitals« bezeichneten und dem PvdA-Mitglied nicht viel mehr übrigließen, als die Diskussion vorzeitig zu verlassen.

Eine Genossin

Norwegen

Enthüllungen über norwegischen Geheimdienst

Am 8. August hatten die Bullen in Oslo die Redaktionsräume der Zeitung der Sosialistik Venstreparti (SV) „Ny Tid" überfallen, da diese mit Enthüllungen über die Bespitzelung linker Organisationen durch den Geheimdienst begonnen hatte und im Besitz einer Kartei mit 1000 Namen von Geheimdienstspitzeln war (s. AK 111). Diese und ähnliche Enthüllungen ziehen zur Zeit immer breitere Kreise in Norwegen und haben – besonders in Hinblick auf die Stortingswahlen am 12. September – einigen Aufruhr bei Regierung, Geheimdienst und bürgerlichen Parteien verursacht.

„Ny Tid" enthüllte in den letzten Wochen auch Dokumente, die die Ausbildung finnischer Agenten für Spionage in der Sowjetunion durch den norwegischen Geheimdienst im Jahre 1953 beweist. Dies geschah ohne Wissen der finnischen Behörden. Diese Enthüllung wurde von zwei Geheimdienstoffizieren bestätigt. Am 22. August wurden auf einer SV-Veranstaltung in Oslo weitere geheime Papiere durch die Stortingabgeordneten von SV Berge Furre und Finn Gustavsen enthüllt. Die Dokumente beweisen, daß Norwegen der NATO, insbesondere dem US-Imperialismus, als wesentlicher Stützpunkt für einen möglichen Einsatz von Atomwaffen gegen die Sowjetunion dient. Die beiden Radarstationen des Navigationssystems Loran C, die 1956 beziehungsweise 1965 installiert wurden, sollen amerikanischen Polaris-U-Booten zur Verfügung stehen.

Berge Furre zitierte desweiteren aus einer Gesprächsnotiz, nach der der damalige amerikanische Botschafter erklärte, „die ganze Sache müsse mit größter Vorsicht behandelt werden" (NZZ, 25.8.77).

Mit den Vereinbarungen verstößt Norwegen nämlich gegen Erklärungen, die besagen, keine Stützpunkte für fremde Truppen auf eigenem Territorium zuzulassen, solange das Land keinem Angriff ausgesetzt ist, und auf die Stationierung von Atomwaffen gänzlich zu verzichten.

Den beiden SV-Abgeordneten ist jetzt angedroht worden, nach den Stortingwahlen im nächsten Monat unter „Reichsanklage" gestellt zu werden, da sie die Sicherheit Norwegens verletzen würden !

Dänemark-Kommission / KB-Gruppe Flensburg+Skandinavien-Kommission



Gegen die Inhaftierung von Trond Jensen („Ny Tid") demonstrierten etwa 1000 Menschen in Oslo.

Schweden

Neues zur Außenpolitik

Auf Drängen der schwedischen Botschaft in Vietnam entschied sich die schwedische Regierung vor kurzem, vietnam eine Katastrophenhilfe von 40 Mio. sKr. zuzubilligen. Hierzu erklärte Ola Ullsten von der schwedischen Botschaft gegenüber der Zeitung »Dagens Nyheter«: *»Vietnam hat ein schlechtes Jahr gehabt. Wir haben es für richtig gehalten, daß die Hilfe jetzt ausgezahlt wird«.* Schon im März dieses Jahres erhielt Vietnam von der schwedischen Regierung 25 Mio. SKr, um Lebensmittel zu kaufen. Gleichzeitig mit dieser »Unterstützung« wurde Vietnam jedoch verpflichtet, schwedischen Weizen im Wert von 15 Mio. sKr zu kaufen, die restlichen zehn Millionen waren ungebunden.

Die finanzielle Unterstützung Vietnams und anderer Befreiungsbewegungen in Ländern der Dritten Welt hebt Schwedens Außenpolitik immer noch von der anderer imperialistischer Staaten ab. Tatsache ist aber auch, daß Schweden mit dieser Außenpolitik versucht, dort für den Imperialismus (wieder) Fuß zu fassen, wo es anderen imperialistischen Ländern (USA, BRD etc.) nicht möglich ist (vgl. hierzu AK 87). So erhielt die schwedische Fluggesellschaft SAS von Vietnam als erste kapitalistische Fluggesellschaft die Erlaubnis erteilt, in Hanoi zu landen. Hierzu bemerkt die SAS: *»Die SAS beurteilt eine solche Fluglinie als äußerst interessant. Die Vietnamesen haben sich hierzu positiv geäußert und man darf annehmen, daß die skandinavische Hilfe eine große Rolle gespielt hat«.*

Wie von der Organisation Ompa enthüllt wurde, unterhält der schwedische Imperialismus seit Jahren Beziehungen zum faschistischen Iran.

Der schwedische Export in den Iran stieg von 1971 bis 1975 von 95 auf 660 Mio. sKr. Damit steht der iranische Markt an 19. Stelle der Exportmärkte Schwedens. 75 % machen die Exporte von Eisenerzen, Papier, Holzhäusern, Baumaterial etc. aus.

Schwedische LKWs wurden 1975 im Wert von 189 Mio. sKr in den Iran exportiert. Im Verhältnis zum Export ist der schwedische Import aus dem Iran größer. Der schwedische Imperialismus importiert 95% Erdöl.

Gekoppelt mit den wirtschaftlichen Beziehungen hat sich auch die politische Einschätzung Schwedens gegenüber dem faschistischen Iran »verbessert«. So schreibt der schwedische Exportrat: *»Das Land ist eine konstitutionelle Monarchie. Der Staatschef Reza Schah Palavi zeigt Initiative und fortschrittstakt sowohl in politischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht* (!) *... Die Volksrepräsentation* (!!) *besteht aus zwei Kammern, der Deputiertenkammer und dem Senat«* (Publikation des schwedischen Exportrat). (Nach „Proletäcen", Nr. 30/77).

Skandinavien-Kommission

Mehr Arbeitslosenunterstützung für Jugendliche

Dänemark. Am 29. August „stürmten" mehrere hundert Jugendliche den Sitz des Folketing Christiansborg in Kopenhagen. Unter dem Vorwand, die Bibliothek besuchen zu wollen, hatten sie sich Zutritt zu Christiansborg verschafft. Im Folketingsaal warfen sie Flugblätter auf die Zuhörerbänke. Mit dieser Aktion wollten die arbeitslosen Jugendlichen und Lehrlinge ihre Forderung nach Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung bekräftigen, die minimal ist. Die Jugendarbeitslosigkeit hat mittlerweile in Dänemark ein katastrophales Ausmaß angenommen: von den 50.000 Schulabgängern in diesem Sommer sind 20.000 ohne Lehrstelle! Hintergrund für die Aktion der Jugendlichen ist außerdem, daß in diesen Tagen im Folketing über den neuen „Sparvorschlag" von Anker Jörgensen verhandelt wird, der eine weitere rapide Verschlechterung der Lage der Werktätigen durch Steuererhöhungen, Preissteigerungen und wachsende Arbeitslosigkeit vorsieht. Zwei Jugendliche wurden bei der Aktion von den Bullen vorübergehend festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt.

Dänemark-Kommission
KB / Gruppe Flensburg



Demonstration der Jugendlichen in Christiansborg

Dänemark

Politische Ausweisung aus Dänemark

Nach gut 4 1/2 monatiger Isolationshaft wurde der Mexikaner Jaime Martinez am 19.8. in einer Blitzaktion aus Dänemark ausgewiesen. Jaime Martinez wird Spionage für Kuba (was soll Kuba wohl in Dänemark rausspionieren?!) und Terroristentätigkeit vorgeworfen (s. AK 111). Begründet wurde das vor allem mit dem Kontakt zu seinem Bruder Thomas Martinez in Schweden, der dort einer der Angeklagten im großen Terroristenprozeß war (s. AK 110). Für die demokratische dänische Öffentlichkeit, die monatelang gegen die drohende Ausweisung protestiert hatte, kam diese jetzt völlig überraschend. Und seitdem nun von den beiden großen schwedischen Tageszeitungen „svensk dagblad" am 21.8. und „aftonbladet" enthüllt worden ist, daß der ebenfalls bereits aus Schweden ausgewiesene Thomas Martinez unschuldig ist, schlagen die Wellen der Empörung in Dänemark besonders hoch.

Martinez lebte seit vier Jahren in Dänemark, da er in Mexiko politisch verfolgt wird. Seine Verhaftung im April, begründet mit seiner angeblichen Gefährlichkeit für die Sicherheit des Staates wegen Kontakten zu seinem Bruder, war Sippenhaft. Am 3. Mai hat Jaime um politisches Asyl, was vom Justizministerium jedoch abgelehnt wurde. Während seines Gefängnisaufenthaltes erfuhr Jaime eine Terroristenbehandlung nach Modell Deutschland.

Bereits am 26. Mai versuchte die Polizei ihn auszuweisen. Am Tag zuvor wurde er einem vierstündigen Verhör unterworfen, an dessen Ende er einen Nervenzusammenbruch erlitt und in die Krankenabteilung des Gefängnisses eingeliefert werden mußte. Auch dort wurden Besuche weitgehend von ihm ferngehalten.

Am 11.8., eine Woche vor seiner Ausweisung, mußte der Mexikaner wegen seiner Stimmbanderkrankung operiert werden. Eine Polizeieskorte **folgte ihm ins Krankenhaus, bewaffnete Polizisten überwachten die Operation und wenige Stunden danach** wurde er bereits wieder ins Gefängnis zurückgebracht, entgegen den Anweisungen der Ärzte. Gegen diese Quälerei haben inzwischen 100 Ärzte protestiert.

Der Mexikaner hatte die Namen von ca. 80 Menschen in seinem Taschenbuch. Diese werden von der Polizei jetzt als „Spionagenetz" bezeichnet. Fast die Hälfte von ihnen wurde bereits von der Polizei verhört, und in der öffentlichen Meinung sollen sie als potentielle Terroristen aufgebaut werden.

Eine Gerichtsverhandlung gegen Jaime Martinez war erst für den 31. August angesetzt. Als er nun am 19.8. um 6 Uhr aus seiner Zelle geholt wurde, kam das sowohl für ihn als auch für seine Freunde total überraschend. **Obwohl sein Flugzeug erst mittags startete, wurde seinem Anwalt am frühen Vormittag vorgelogen, er sei bereits abgeflogen und nicht mehr zu** erreichen. Besonders übel ist, daß Jaime am Freitag und auch die nächsten Wochen lang wegen der Operation nicht sprechen kann. Makaber ist darüberhinaus, wenn das Justizministerium am 22.8. gegenüber „aktuelt" erklärte, daß bisher noch nicht entschieden sei, ob die Verdächtigungen gegen Jaime aufrechterhalten werden sollen.

Am Samstag nach der Ausweisung organisierten die Freunde des Mexikaners eine Demonstration vor dem Justizministerium, auf der herausgearbeitet wurde, daß die Ausweisung keine Fehlentscheidung, sondern planmäßiger Justizmord ist.

Nach Angaben von Amnesty international wurde Jaime Martinez kurz nach seiner Ankunft in Mexiko festgenommen (politiken, 24.8.).

Inzwischen wird in Dänemark vor allem von den linken Parteien die Absetzung des Justizministers Orla Möller gefordert.

(Informationen aus „Extra bladet" vom 22.8., „ information" vom 23., 24., 25.8. und „politiken" v. 24.8.)

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Zusammenarbeit von Faschisten und militärischem Geheimdienst

Dänemark. Vor einigen Wochen war, zuerst durch die dänische Tageszeitung „Ekstra-Bladet", enthüllt worden, daß der Chefredakteur des Faschistenblattes „Minut", Hans Hetler, im Besitz einer Kartei mit Namen von 60.000 Linken ist (siehe AK 108). Mittlerweile wurde in der dänischen Presse nachgewiesen, daß Hans Hetler in direktem Auftrag des militärischen Geheimdienstes FE gearbeitet hat und diesem alle Unterlagen über Hetlers Spitzeldienste zur Verfügung gestellt worden sind. Das war vorher natürlich von den Behörden abgestritten worden, da nach einem Folketinggesetz von 1970 eine Überwachung von Personen auf Grund ihrer politischen Überzeugung verboten ist. Dieses Gesetz war erlassen worden, nachdem es Ende der 60er Jahre schon einmal Enthüllungen über die Bespitzelung – im wesentlichen der linken Studentenbewegung – und breite Empörung dagegen gegeben hatte. Am 31.8. berichtete die Tageszeitung „Information", daß Hans Hetler nach eigenen Angaben von 1967-1973 für den FE „tätig" war. Dies wurde von seinem damaligen Kontaktmann, dem ehemaligen (?) FE-Agenten Ulrich Schmidt, bestätigt. Dieser war Leiter der FE-Abteilung „Unterwandernde Organisationen". Nach Angaben von Hetler hat er auch Kontakt zu höchsten Stellen des militärischen Geheimdienstes gehabt. Nachdem der „Kontaktmann" Ulrich Schmidt 1972 den FE verließ, gab es weiterhin eine rege Zusammenarbeit zwischen beiden. Dieser Ulrich Schmidt ist heute Personalchef bei der größten Reederei Dänemarks, A.P. Möller!

Dänemark-Kommission
KB / Gruppe Flensburg

Seeleutestreik – schwerer Angriff auf die Tarifautonomie

Dänemark. Am 25.8. wurde der Seeleutestreik durch ein am gleichen Tag von Sozialdemokraten, Radikalen, Konservativen, Christlicher Volkspartei und Zentrumsdemokraten verabschiedetes Gesetz zwangsweise beendet. Dies stellt einen schweren Angriff auf die Tarifautonomie und das Streikrecht der dänischen Gewerkschaften dar.

Die Seeleute dreier Privatfähren waren seit drei Monaten im Streik für eine branchenübliche Angleichung ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen. Sie forderten u.a. Lohnerhöhungen von 800 bis 1.000 kr. monatlich und die Erhöhung der Besatzungen auf den Fähren. Bestreikt wurden im wesentlichen Fähren in den südfünischen Gewässern. Aktueller Anlaß für das Gesetz, das den Streik beendete, war die Ablehnung eines »Vermittlungsvorschlags« für die Seeleute der Bornholmroute und der Beschluß, auch diese zu bestreiken.

Wesentlicher Inhalt des Gesetzes ist eine Verlagerung der Tarifverhandlungen für die Seeleute bei den privaten Fähren vom Sommer in das Frühjahr hinein. Es wird kein Hehl daraus gemacht, daß damit den Seeleuten ein wesentliches Kampfmittel aus der Hand genommen werden soll, denn naturgemäß werden die Kapitalisten — auf Grund des Tourismus — von einem Streik im Sommer mehr getroffen als im Frühjahr. Die Tarifverhandlungen sollen jetzt unter einem paritätisch besetzten Gremium unter Vorsitz eines staatlichen Schlichters weitergeführt werden und bis zum 1. Oktober soll nach dem Willen der Regierung ein neuer Schlichtungsvorschlag auf dem Tisch liegen.

Diese Verhandlungen sind eine Farce, da die Gewerkschaft keinerlei Druckmittel mehr in der Hand hat. Jegliche Streiks sind durch dieses Gesetz verboten worden.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

USA

Nazis in Chicago: Antifaschisten rücken an!



Frisch! Antifaschisten möbeln die frechgewordenen US-Nazis durch

Über die Auseinandersetzungen um das „Recht" der Nazis, durch jüdische Viertel zu marschieren, haben wir im letzten AK ausführlich berichtet. Die entsprechende Antwort, die ihnen von Antifaschisten erteilt wurde, zeigt, daß auch in den USA noch nicht alles verloren ist.

Eine beispielhafte Aktion

Am 2. Juli führten 150 Mitglieder von CAR (Committee Agianst Racism – Komitee gegen Rassismus) und PLP (Progressive Labor Party) vor, wie den Faschisten begegnet werden muß. In einer außerordentlich gut koordinierten und disziplinierten Aktion hielten sie eine stundenlange militante Kundgebung vor dem Hauptquartier der „National-socialist Party of America" im Stadtteil Marquette Park ab, nachdem sie die Nazis vertrieben hatten.

Der „Führer" Frank Collin hatte einen Parteitag zur Gründung eines

Der „Führer" Frank Collin hatte einen Parteitag zur Gründung eines

„Nationalsozialisten Kongress" einberufen, doch nur 25 waren gekommen. So waren sie total überrascht, als der erste Schwung Demonstranten erschien. Collin kam heraus und rief seinen „Kameraden" zu: „Zeigt es ihnen!" Doch auch ihre Knüppel halfen den Faschisten diesmal nicht viel. Die Demonstranten waren in Trupps aufgeteilt und sorgfältig vorbereitet. Sie riefen: „Tod den Faschisten! – Rassistische Nazis, es bleibt nichts verborgen; wir klagen Euch an wegen Völkermord! – Tretet den Nazis in den Arsch! (Kick the Nazis in the Ass)" und schon zwei Minuten später mußten vier Nazis und ein Bulle ins Krankenhaus eingeliefert werden. Nur die Ankunft von hundert Polizisten schützte die Faschisten vor weiterer Prügel (nach Challenge, 14.7.77). Ansonsten sprechen die Bilder für sich!

ACLU entlarvt sich

Wie im letzten AK berichtet, vertritt die ACLU (American Civil Liberties Union – Amerikanische Union für bürgerliche Freiheiten) die Nazis in Sachen „Redefreiheit" vor Gericht. Dies hat erfreulicherweise zu Massenaustritten geführt. In einer Selbstverteidigungskampagne legte die ACLU nun einen Unterstützungsaufruf vor, in dem 60 „prominente Juden" aus Regierung, Presse und Justiz das Vorgehen der ACLU verteidigen (International Herald Tribune, 30.8.77). Tausende Mitglieder hatten einen klareren Kopf...

Der Oberste Gerichtshof der USA lehnte es erneut ab, über das „Recht" der Nazis, mit Hakenkreuzen durch das jüdische Viertel Skokie in Chi-

lehnte es erneut ab, über das „Recht" der Nazis, mit Hakenkreuzen durch das jüdische Viertel Skokie in Chi-

cago zu marschieren, ein Urteil zu fällen. Das Berufungsgericht des Bundesstaates Illionois hatte dies untersagt. – Nazi-„Führer" Collin war mit dem neuen Spruch *„sehr zufrieden, weil wir um so mehr Publizität und Beachtung erhalten, je mehr dieser Fall ausgewalzt wird."* – Der Skokie-Anwalt Harvey Schwartz war ebenfalls „zufrieden", weil seiner Meinung nach *„unsere Position vor dem Obersten Landesgericht von Illionois dadurch stärker sein wird. Unsere Forderung ist, daß überhaupt kein Auftritt* (der Nazis) *erlaubt werden darf..."*

Inzwischen hat die Verwaltung von Skokie Verfügungen erlassen, daß *„jede öffentliche Demonstration mit 350.000 Dollar Versicherung abgedeckt sein muß, daß Aufmärsche uniformierter politischer Parteien verboten sind und daß keine Hetzschriften verbreitet werden dürfen"* (IHT, 30.8.77). Auch gegen diese Selbstverteidigungsmaßnahmen der Skokievertreter (57 % jüdische Einwohner) hat die ACLU Klage erhoben!

Am 1. Juli hatten die Antifaschisten dem Direktor der ACLU in Chicago, David Hamlin, während einer Demonstration vor dem Büro die Auszeichnung „Judenrat des Jahres" verliehen (der „Judenrat" wurde von US-Juden gebildet, die im 2. Weltkrieg mit den Nazis kollaborierten). Der „Preisträger" revanchierte sich mit der Forderung nach „sofortiger Inhaftierung" der Antifaschisten (Challenge, 14.7.77).

USA-Kommission



Demonstration von CAR und PLP gegen die Nazi-Provokation



Was sich so alles in der und um die US-Regierung rumtreibt, wurde kürzlich wieder deutlich. Bereits Nixon soll ja auf seine letzten Tage im Amt reichlich gebechert haben, wonach er dann besoffen durch die Gänge des Weißen Hauses geirrt sein und sich mit den Bildern an der Wand unterhalten haben soll. Nun gestand auch Willbur Mills (ehemaliger Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Repräsentantenhauses), dem Sprit nicht abgeneigt gewesen zu sein. Im Suff hätte er dann manchmal Gedächtnislücken gehabt: *„Ich stand dann morgens auf und las in der Zeitung, daß ich tags zuvor bei Präsident Ford im Oval Office gewesen sei... Ich las dann, daß ich dies und jenes vorgebracht hätte. Nur konnte ich mich beim besten Willen nicht daran erinnern, im Weißen Haus gewesen zu sein"* („FAZ", 23.8.77).

* * *

Derzeit findet in den USA ein großes Suchen nach Geschenken statt. Es handelt sich dabei um Geschenke, die Nixon während seiner Amtszeit als Präsident bei Staatsbesuchen erhalten hat und die einen Wert von mehr als 50 Millionen Dollar haben; diese müssen nach US-Gesetzen abgeliefert werden. Etliche der Geschenke aus einer Sammlung von über 2.000 Stück im Werte von insgesamt zwei Millionen Dollar fehlen. Vielfach läßt sich nicht mal mehr feststellen, was alles fehlt, da die Listen, die über die Geschenke existieren, teilweise unvollständig und teilweise gefälscht sind. Die Listen sind von Nixon oder seinen Kumpanen zusammengestellt worden. Am letzten Tag seiner Amtszeit wollte er sie sicherheitshalber auch noch mitgehen lassen, was ihm allerdings nicht gelungen ist. Zwar hatte der alte Gangster sie schon verladen lassen und sie befanden sich schon auf dem Weg in sein neues Domizil, als Regierungsbeamte den Wagen stoppten. Sie waren auf der Suche nach „Watergate"-Bändern, fanden aber stattdessen die Listen, die sofort sichergestellt wurden. So ist dann auch anzunehmen, daß Nixon sich etliche der fehlenden Geschenke unter den Nagel gerissen hat (nach „IHT", 23.8.).

Der Ku-Klux-Klan und seine Kinder

Sie fangen früh an: In Kentucky tragen sogar schon Kinder die berüchtigten Kapuzen und Roben des Klan. Bei einer nächtlichen Kundgebung bei Lousville nahmen Kinder an einer Kreuzverbrennung teil. Der „Großdrachen" von Kentucky Shermann Adams sagte: *„Dies ist der 'Junior-Klan' und er hat eine beachtliche Mitgliederzahl".* Weiter meinte er: *„Die öffentlichen Schulen erfüllen ihre Aufgaben nicht. Sie geben unseren Kindern verzerrte Geschichtsbilder, über die Rolle der weißen Menschen und des farbigen Packs"* („Socialist Worker", August 1977).

Adams, der gerade gegen 100.000 Dollar Kaution freigelassen worden war, hatte zuvor mit zehn anderen Klan-Leuten mehrere Jugendliche zusammengeschlagen und deren Wohnung auseinandergenommen.

Der „Junior-Klan" wurde gebildet, um – so Adams – der weitverbreiteten Meinung entgegenzutreten, der KKK sei „eine Bande von Brandstiftern, Mördern und Terroristen".

Unterstützung erhält er dabei von den Massenmedien: Das Fernsehen rückt die Schwarzen ins „rechte" Licht. So ergaben quantitative Untersuchungen von sechs Monaten Unterhaltungsprogramm der 30 wichtigsten Fernsehstationen, daß *„84 % aller in den Beiträgen vorkommenden Farbigen Zuhälter, Huren, Fixer, Rocker, Diebe oder andere Kriminelle"* waren („extra-dienst", USA-Serie 6).

USA-Kommission



Neues von der Bestechungsfront

Seit über einem Jahr führen der US-Kongreß und das Justizministerium eine Untersuchung über Bestechungen an Kongreßabgeordneten und Regierungsmitgliedern durch. Die Bestechungsgelder kamen vom KCIA (Koreanischer Geheimdienst), und sie sollten die US-Politik zugunsten Südkoreas beeinflussen.

Bisher sind noch keine Anklagen erhoben worden, obwohl (oder gerade weil) die prominentesten Gestalten dabei sind:

- der Gouverneur von Louisiana, Edwards,
- der ehemalige Gouverneur von Arkansas, Pryor,
- der ehemalige Senator Montoya,
- die ehemaligen Abgeordneten Cornelius, Gallagher, Hanna, Albert, Minshall und Passman,
- die Abgeordneten O'Neill (Sprecher des Repräsentantenhauses), Addabo, Broomfield, Wolf und Mc Fall,
- der Richter am US-Court of Customs, Smith, und „last not least"
- Henry Kissinger, Gerald Ford und Lyndon B. Johnson (alles nach „Workers World", 17.6.77).

Außerdem hat einer der Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur, Morris Udall, schon zugegeben, daß er „Wahlkampfspenden" aus Südkorea entgegengenommen hat. Insgesamt sind 115 derzeitige und ehemalige Kongreßabgeordnete in die Affäre verwickelt. Die bisherigen Untersuchungen führte der Kongreß-„Ausschuß für Berufsehre".

Zwei Mitglieder dieses Gremiums sind fachkundig: Die Abgeordneten Fenwick und Quie stehen selbst im Verdacht, Gelder entgegengenommen zu haben!

Wesentliche Quelle der Untersuchung sind der ehemalige KCIA-Chef Kim Huyng Wook und Kim Sang Keun, der *„ausführliche Listen über die Bezahlungen geführt hatte"* („New York Daily News", 8.6.77). Nach ihren Aussagen sollen von Anfang 1970 bis Mitte 1976 beträchtliche Summen an Geldspenden, Geschenken und anderen „Gefälligkeiten" an Abgeordnete und Regierungsmitglieder gegangen sein. So hat Kim Han Cho, ein angeblicher ehemaliger KCIA-Agent, in der Zeit von Mitte 1975 bis Mitte 1976 rund 200.000 Dollar Geldspenden an Kongreßabgeordnete gegeben (IHT, 27.7.77).

Dreh- und Angelpunkt aller Geldbewegungen ist nach den bisherigen Ergebnissen Tongsun Park, Erzfaschist aus Südkorea und Weltmonopolist für Ginseng-Wurzeln. *„...Die mehr als 100 demokratischen Abgeordneten, die ... in die Sache verwickelt sind, und etliche der Republikaner in der Verwaltung, die vom* (Justiz-)*Ministerium überprüft werden, sind Leute, die bekanntermaßen geschäftliche oder soziale Beziehungen zu Tongsun Park haben"* („New York Times", 12.6.77). Tongsun Park ist nebenbei einer der engsten Mitarbeiter von „Reverend" (Hochwürden) Sun Myung Moon, dem Chef der berüchtigten „Vereinigungskirche".

Noch Anfang Juni lehnte Carter die Einrichtung eines Gremiums nach dem Muster der Watergate-Kommission ab, doch Mitte Juli berief der Kongreß den ehemaligen Watergate-Ankläger Jaworski zum Vorsitzenden des Untersuchungsausschuß – als Mann „mit nationaler Reputation".

Dieses Hickhack zwischen Kongreß und Regierung ist Ausdruck der Schwierigkeiten, in denen sich beide befinden: Decken sie zuwenig auf, geraten sie in den Ruf Vertuschungsversuche a la Nixon durchzuführen. Decken sie zuviel auf, wird die Bestechlichkeit des gesamten Vereins nur allzu deutlich. Wie sie es auch wenden und drehen, es geht ihnen wie dem Esel auf dem Glatteis.

Das stellt sich die Frage, warum der Skandal überhaupt so publik wurde. Immerhin waren Regierung und CIA sehr wohl über die Bestechungsaktionen informiert. *„Verschiedene Quellen berichten, daß der CIA über den südkoreanischen Plan, Kongreßabgeordnete zu beeinflussen, nahezu von Anfang an Bescheid wußte und daß er ihn von da an überwachte"* („New York Times", 9.6.77).

Ausschlaggebend für den Verlauf der Affäre dürfte die derzeitige Politik der US-Imperialisten gegenüber Südkorea sein. Seit langem versuchen sie, sich möglichst dezent aus Korea zurückzuziehen. Dabei soll allerdings die US-Kontrolle über den pazifischen Raum gewahrt bleiben. Diesen Plan hat sich die Pak-Jung-Hi-Regierung bisher widersetzt. Insofern kommt diese Affäre außenpolitisch durchaus gelegen. Durch die Diskreditierung des derzeitigen südkoreanischen Regimes ergibt sich die Möglichkeit, einen den US-Plänen aufgeschlosseneren Lakaien in Südkorea an die Regierung zu bekommen.

USA-Kommission

...ung auf Seite 26



lateinamerika

Treffen zwischen Vertretern des MIR und der UP im Ausland

Vertreter des chilenischen MIR und der Unidad Popular haben sich Mitte August zu Gesprächen in Berlin/DDR getroffen. Die gemeinsame Erklärung, die als Ergebnis dieser Gespräche abgefaßt und uns von Genossen des MIR übergeben wurde, drucken wir im folgenden ab; des weiteren eine Stellungnahme des MIR, in der dieser seine Einschätzung der gemeinsamen Gespräche erläutert. Beide Texte wurden von uns aus dem Spanischen übersetzt.

Gemeinsame Erklärung der Unidad Popular und des MIR

Die Unidad Popular und der MIR haben Gespräche im Ausland geführt, um zu einem Einverständnis über gemeinsame Aktionen gegen die Militärjunta zu gelangen. Es wurde vermerkt, daß zwischen dem MIR und der UP weiterhin verschiedene Einschätzungen in politischen und ideologischen Fragen bestehen, die von großer Bedeutung für den Verlauf der chilenischen Revolution sind. Ebenso bleibt offenkundig, daß es Schwierigkeiten im Bereich der praktischen Aktion in verschiedenen Ländern gibt. Trotzdem glauben wir, daß diese sich unter Betonung der Einheit, um dem gemeinsamen Feind entgegenzutreten, während des offenen und respektvollen ideologischen Kampfes lösen werden.

Die UP und der MIR nehmen die Erfahrungen zur Kenntnis, die sie aus dem Putsch vom September 1973 und aus der darauffolgenden Zeit abgeleitet haben. Sie sind zu dem Einverständnis gelangt, gemeinsame Aktionen in folgenden Bereichen zu vereinbaren und voranzutreiben:

1. Verbindung der Kräfte, um die Einheit und das Einverständnis all derjenigen zu erzielen, die bereit sind, gegen die Militärjunta zu kämpfen, in der Überzeugung davon, daß die einzige wahre Alternative gegenüber der Junta darin besteht, sich in einheitlichen offeneren Basen zu organisieren, um an der Einheit der Volksbewegung und ihrer Parteien teilzunehmen.
2. Bekämpfung der Repression und Verteidigung der Menschenrechte, insbesondere Anklage der Freiheitsberaubung und des Verschwindens von Personen. Forderung nach effektiver Auflösung der DINA, Freiheit der Gefangenen und Neuerrichtung der politischen Rechte. Beharrliches Bestehen auf der Aufhebung der Gesetzgebung, die die Gewerkschaftsrechte unterdrückt, besonders die Rechte der Versammlungsfreiheit, der freien Leitungswahlen, der gemeinsamen Verhandlungen und das Streikrecht.
3. Kampf um die Verteidigung des Lebensniveaus der Massen und Unterstützung ihrer speziellen Forderungen; Bekämpfung der wirtschaftlichen Politik der Junta, die auf der Überausbeutung der Arbeiter, der Auslieferung der nationalen Reichtümer an den Imperialismus und der Vorherrschaft der nationalen und internationalen Monopole in der Wirtschaft unseres Landes basiert.
4. Verteidigung der Kultur und der Nationalität der Chilenen; Kampf gegen Militarisierung und Faschisierung der Erziehung zugunsten der Freiheit und Autonomie der Universität.
5. Anregung der internationalen Solidarität mit dem chilenischen Volk. Verstärkung der politischen und wirtschaftlichen Isolierung der Junta, besonders durch Boykott der Waffenlieferung und Boykott der Bewilligung von Krediten und Kapitalinvestitionen, die die internationalen Wirtschafts-Monopole unterstützen, und ebenso durch den Boykott des Exports von notwendigen Lebensmitteln, die für das Volk notwendig sind. Verstärkung der vereinten Arbeit in den Solidaritätskomitees, indem alles vermieden wird, was Zersplitterung und Parallelismus in den Organisationen begünstigt, und alle Kräfte an der Führung beteiligt werden.
6. Förderung und Stärkung der gewerkschaftlichen Einheit im Ausland, um eine einzige Zentrale der chilenischen Arbeiter zu bilden, und Widersetzung gegen jeden Spaltungsversuch oder gewerkschaftlichen Parallelismus.

Die erwähnten Vereinbarungen setzen die Beibehaltung brüderlicher, aufrichtiger, freundschaftlicher und konstruktiver Beziehungen zwischen den verschiedenen Volksorganisationen voraus, sowie die Nichteinmischung in die internen Belange einer jeden von ihnen und die strenge Erfüllung der erzielten Zustimmungen. Die gemeinsamen Aktionen, die stattfinden sollen, werden von den politischen Leitungen beschlossen, die sich zu diesem Zweck regelmäßig treffen werden. Bezüglich des Inlandes (d.h. Chile; Anm. AK) liegt die Verantwortung für gemeinsame Aktionen bei den Leitungen im Land selbst.

Die taktische Einheit in den gemeinsamen Aktionen gegen die Diktatur ist zugleich Bedingung und Ansporn, damit die Praxis und der ideologische Dialog sich im Schoße des Volkes und seiner Organisationen entwickeln und vertiefen.

Berlin/DDR, 15. August 1977

Erklärung des MIR

Gemeinsame Erklärung – ein wertvoller aber bescheidener Schritt auf dem Wege der Einheit der chilenischen Linken

Die Deklaration ist wertvoll hinsichtlich der Tatsache, daß die Gespräche zwischen der UP und dem MIR mehr als ein Jahr geruht haben, und deshalb wird sie die gemeinsame Aktion in der gesamten chilenischen Linken erleichtern, sowohl in Chile selbst als auch im Ausland. Dies hilft, die Kräfte zu vereinen, um besser die Diktatur zerschlagen zu können und um den Massen eine bessere Führung zu geben.

Sie ist begrenzt, weil:

- sie ist weit davon entfernt, die politische Front des Widerstands zu schaffen, oder auch nur die politische Front, die taktische Allianz der chilenischen Linken.

Ihr Niveau ist nur das der gemeinsamen Aktion, aber darüber hinaus ist selbst diese begrenzt:

- sie bezieht und spezialisiert sich nur auf das Ausland, und außerdem schafft sie nicht ein ständiges Organ zur Koordination (sie setzt lediglich einen Zeitraum von drei Monaten für Versammlungen fest).

Die Deklaration ist das Ergebnis der Initiative des MIR in allen Bereichen (Leitung und Basis, in Chile und im Ausland), auf der Suche nach einer Allianz der chilenischen Linken (schon seit Anfang 1974 in öffentlicher Form). Die Gespräche innerhalb der Linken waren seit August 1974 unterbrochen. Seit 15 Monaten versucht der MIR, diese neu anzuregen.

In diesen 15 Monaten entstand eine Kräftekorrelation in der chilenischen Linken und auch international, in der es unmöglich wurde, einen Minimalkonsens nicht herbeizuführen (wie in dieser Deklaration). Dies erzwang, daß auch die einzige Partei der UP, die sich seit Beginn des Jahres geweigert hatte, sich zu diesem Einverständnis entschloß.

Die Politik der Allianz des MIR betrachtet (bezüglich der Linken) drei Aspekte:

1. Die Einheit der gesamten chilenischen Linken in einer politischen Front oder Allianz, um die Diktatur zu stürzen. Unter diesem Aspekt ist die gemeinsame Erklärung ein wertvoller aber begrenzter Schritt.
2. Den ideologischen Kampf gegen die reformistischen Positionen in der Linken und der Volksbewegung, den wir in klarer Form führen, beständig, brüderlich und respektvoll. Bei diesem Aspekt hat besonders der ideologische Kampf gegen die Konzeption der sozialen und politischen Allianzen des Reformismus Bedeutung. Wir können sagen, daß in der chilenischen Linken zwei Konzeptionen existieren:

a) Der Reformismus sucht eine Allianz mit einem Sektor der chilenischen Bourgeoisie, den er „national" oder demokratisch nennt. Er ist zu einer formalen politischen Allianz mit ihrer Vertretung bereit: der PDC und dem Freismus. Damit ist der Reformismus letztendlich bereit, die Formen der Organisation und des Kampfes des Volkes zu begrenzen; mit anderen Worten: er ist bereit auf die politische, organisatorische und militärische Unabhängigkeit sowohl der Massen des Volkes als auch der Linken zu verzichten.

b) Die Revolutionäre suchen die Schaffung eines sozial-revolutionären Blocks, dessen Basis das Proletariat, das Halbproletariat (oder die Armen der Stadt und des Landes), die Bauern und die Kleinbourgeoisie (unter den chilenischen Bedingungen) sind. Dieser soziale Block, dessen Organisations- und Kampfformen sich den Zeiträumen und dem Kräfteverhältnis im Klassenkampf anpassen müssen, muß die fundamentale Basis sein, um die Diktatur zu stürzen (denn er ist die einzige Kraft, die daran interessiert ist).

Im Prozeß des Kampfes wird dieser soziale Block seine eigenen Organisationsformen und seine autonome militärische Kraft schaffen müssen.

Im politischen Programm drückt sich dies in der Einheit der Linken aus (ebenso wie in der Konvergenz der Revolutionäre innerhalb dieser Einheit).

Angesichts der Widersprüche in der Bourgeoisie planen wir für diese nächste Etappe mögliche gemeinsame Aktionen



(aber keine politische Allianz oder eine dauerhafte Front) mit der oppositionellen Bourgeoisie. Sie sind sowohl zeitlich als auch inhaltlich begrenzt, und auch begrenzt in der Beteiligung (der oppositionellen Bourgeoisie, Anm. AK) an der Autonomie und Einheit sowohl der Volkskräfte als auch ihrer politischen Organisationen. An der Basis gibt es keine Probleme für die gemeinsame Arbeit mit Sektoren des Volkes, die z.B. mit der PDC sympathisieren.

3. Die Konvergenz der Revolutionäre in der Linken ist für uns eine Politik von strategischer Bedeutung, bei der, besonders in Chile, schon wichtige Fortschritte erreicht wurden.

Wir denken, daß die gemeinsame Arbeit im Rahmen dieser drei Programme das einzig richtige ist.

KURZMELDUNGEN

NS-Richter verbietet Amnesty-Dokumentation über „Colonia Dignidad" (Chile)

Unter dem Beifall von reaktionären und neofaschistischen Kreisen verbot das Landgericht Bonn am 23.5.77 die Weiterverbreitung der Dokumentation „Colonia Dignidad – deutsches Mustergut in Chile – ein Folterlager der DINA", die von Amnesty International herausgegeben worden war und auszugsweise im „Stern" veröffentlicht wurde.

Bekannt ist, daß ein prominenter „Folterspezialist" der DINA ein SS-Nazi ist: Walter Raulffs.

Der „pdi-hintergrunddienst" (1.8. 1977) enthüllte nun die Vergangenheit des Bonner Richters Dr. Friedrich Fuchs, der das Verbot aussprach: Dieser trat am 2.11.33 der SA bei, am 1.5.37 der NSDAP (Mitgliedsnummer 4914 777), wurde am 4.1.37 in den „Justiz"-dienst des Nazi-Staats übernommen und am 20.5.1940 zum Gerichtsassessor ernannt.

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

* * *

„Sozialistische Internationale" und Chile

Auf der Sitzung einer Rotterdamer Chile-Konferenz der „Sozialistischen Internationale" setzte Willy Brandt seine antifaschistischen Profilierungsversuche fort, indem er erklärte: *„Eine grundlegende Veränderung der Lage in Chile könne für ganz Südamerika ein Signal der Freiheit und Demokratie sein."* Wie ernst solche Schnacks sind und wieweit die SPD-Führer tatsächlich auf „grundlegende Veränderungen" hinwirken, wissen wir noch vom 1,5 Mrd.-Kredit der SPD-Regierung an die Junta. Ziel dieser Konferenz sei es gewesen, meint die „Süddeutsche Zeitung" (Nr. 198), *„mit Repräsentanten der gestürzten Allende-Regierung ins Gespräch zu kommen, und eine Strategie zur Wiederherstellung der Demokratie auszuarbeiten."*

Felipe Gonzales, Generalsekretär der spanischen PSOE, ist als Anwalt nach Santiago geflogen, um dort mehrere inhaftierte Sozialisten zu verteidigen.

Zu diesen gehört auch der frühere chilenische Senator Erich Schnacke, der vor drei Jahren von einem Kriegsgericht zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt wurde („SZ", Nr. 198).

* * *

China vertieft Beziehungen zu Chile

Die Volksrepublik China hat nach den Worten ihres Botschafters in Santiago de Chile, Hsu Tschung-fu, den Wunsch, die Beziehungen zu Chile zu vertiefen und zu erweitern. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern seien *„immer von hohem Niveau"* gewesen („SZ", 11.8.77). Außer Rumänien und China hatten alle sozialistischen Staaten nach dem Sturz von Präsident Salvador Allende die diplomatischen Beziehungen zu Santiago de Chile abgebrochen.

Schon in AK 104 mußten wir von zinslosen Millionenkrediten Chinas an das faschistische Regime Chile berichten.

NICHTS VON DER JUNTA – NICHTS FÜR DIE JUNTA!

* * *

Panamakanal

US-Präsident Carter und der Präsident Panamas, Torrijos, versuchen nun, ihre ausgehandelten Bedingungen zur „Souveränität" Panamas über die Kanalzone in ihren Ländern schmackhaft zu machen (Näheres über den Vertrag in AK 111).

Torrijos feiert den Vertrag, indem er alle lateinamerikanischen Staatschefs zur Unterzeichnung eingeladen hat und diesen Tag als Feiertag erklärte („SZ", 24.8.77)!

Carter stößt im Senat in Washington auf größere Schwierigkeiten: der republikanische Senator Robert Dornan sprach von der *„größten ausländischen Erpressung"*, seit Nordvietnam *„Kissinger in die Nase zwickte"*. Der demokratische Senator John Murphy warnte vor der Gefahr, *„den einzigen Wasserweg zwischen Atlantik und Pazifik zu verlieren"*, und *„die Bedenken der amerikanischen Bevölkerung außer Acht zu lassen"*.

Demgegenüber stellten sich der frühere Präsident Ford und sein Außenminister Kissinger öffentlich voll hinter das Vertragswerk, das ihrer Meinung nach von *„staatsmännischem Können, Vaterlandsliebe und Weisheit"* zeuge („SZ", 24.8.77).

* * *

Streik an der Uni Mexico

Wie uns in einem Brief berichtet wurde, wurde an der Uni in Mexico gestreikt. Beteiligt an diesem Streik waren neben den Studenten auch die Angestellten und Schüler der Vorbereitungsklassen für die Universität, die zu dem Studienbetrieb gehören. Maßgeblich getragen wurde der Streik von der STUMA, einem Zusammenschluß mehrerer ehemaliger legaler Gewerkschaftsverbände. Die STUMA selbst ist ein illegaler Zusammenschluß. Gefordert wurde: 20% mehr Gehalt, Wiedereinstellung sämtlicher Entlassenen und Anerkennung der Gewerkschaft.

Entschlossen, ihre Forderungen zu erkämpfen, besetzten sie die Büros der Uni und stellten Streikposten auf. Streikbrechern und Professoren war es nicht möglich, Vorlesungen durchzuführen, sie mußten sich dazu schon in Cafes etc. verpissen.

Trotz Androhung von Polizeigewalt wurde der Streik weitergeführt und eine Demonstration organisiert. Nach Fernsehangaben nahmen 7.000 an der Demonstration teil, nach anderen Schätzungen weit mehr. Nach 30 Tagen wurde der Streik abgebrochen. Ein kleiner Erfolg konnte immerhin errungen werden: die STUMA wurde anerkannt und 10 Streiktage bezahlt. Im November soll der Streik weitergeführt werden, bis alle Forderungen erfüllt sind.

Nach einem Bericht einer Oldenburger Genossin

* * *

Studentendemonstrationen in Brasilien

In Sao Paulo wurden 15.000 Polizisten mit Schlagstock, Tränengas und Polizeihunden gegen tausende brasilianische Studenten eingesetzt, die mit dem Ruf **„Nieder mit dem Militärregime"** für die Rückkehr zur Demokratie demonstrierten.

40 Personen wurden festgenommen. In anderen Orten sollen ähnliche Demonstrationen gelaufen sein. So forderte man in Rio und Brasilia auch die sofortige Freilassung aller Inhaftierten.

In Porto Allegre wurden weitere sechs Studenten auf einer Demonstration festgenommen („SZ", 25.8.77).

* * *

El Salvador

Die Regierung von El Salvador ist von einem katholischen Priester der Verletzung der Menschenrechte beschuldigt worden. In Los Angeles erklärte Pater Jose Inocencio Alas, das Regime unter General Humberto Romero habe sich willkürliche Verhaftungen, Entführungen, Folterungen und Morde zuschulde kommen lassen. Arbeiter, Bauern und Priester würden brutal verfolgt. Alas selber war innerhalb von sechseinhalb Jahren sowohl entführt als auch verhaftet worden. Im Mai zwang ihn die Regierung zur Ausreise.

Der Priester erklärte, daß sich der meiste Grundbesitz in El Salvador in der Hand von 20 Leuten befindet. 4,5 Mio. Bauern seien völlig unbegütert.

Mit Unterstützung des Regimes haben die Großgrundbesitzer sich eigene bewaffnete Einheiten aufgebaut, die Landwirte, Arbeiter und katholische Priester täglich entführen, foltern und morden („SZ", 25.8.77).

* * *

Uruguay

Die Militärregierung hat 20 regimekritische Obristen des Heeres von ihren Positionen entfernt. Dies wurde getan, nachdem ein Regierungsdekret erlassen wurde, wonach es der Militärführung erlaubt ist, regimekritische Offiziere in den Ruhestand zu versetzen. Die Betroffenen sollen eine Rückkehr zur Demokratie gefordert haben („SZ", Nr. 198).

Lateinamerika-Kommission

Richtigstellung

In AK 109 berichteten wir über den „Gewerkschaftlichen Kampf im chilenischen Widerstand". Zum Schluß des Artikels gaben wir einige Zahlen über die Mitgliederstärke chilenischer Gewerkschaften an. Diese Angaben beziehen sich allein auf die Bauern- und Landarbeitergewerkschaften und nicht – wie man dem Artikel irrtümlich entnehmen kann – auf a l l e Gewerkschaften Chiles. Die Organisationen der Industriearbeiter sind nicht mit aufgeführt.

Außerdem ist die Gewerkschaft Ranquil legal – nicht wie fälschlich im Artikel steht, illegal.

Lateinamerika-Kommission



nahost

Nach dem »Friedens«-Plan von Schtoura:
Offensive Intervention Israels in Südlibanon

In den letzten Wochen hat sich das Abkommen von Schtoura zwischen der libanesischen Regierung, den syrischen Interventionstruppen und der PLO-Führung, das als Mittel zur Beendigung der Kämpfe im Südlibanon verkauft wurde, als das entpuppt, was wir vermutet hatten: **„Es könnte sein, daß die einzigen Bestimmungen des Abkommens, die eingehalten werden, die sind, die sich gegen die palästinensische Linke richten, und daß das auch der ganze Zweck der Übung ist"** (AK 110). So soll sowohl die erste Phase des „Befriedungsplanes", in der syrische Truppen die Lager zur Bewachung umstellt haben, als auch die zweite, in der die arabische „Friedentruppe" den Abtransport der nicht mehr zulässigen Waffen aus den Lagern überwacht hat, ohne Schwierigkeiten durchgeführt worden sein („Le Monde", 2.8.; „Süddeutsche Zeitung", 12.8.). Einem Kommunique zufolge hat es sich bei den Waffen *„unter anderem um 125 Tonnen Gewehre, Maschinengewehre und Munition, zwei gepanzerte Truppentransporter sowie 53 Luft-, Boden- und Panzerabwehrraketen"* gehandelt („SZ", 12.8.).

Diese beiden Maßnahmen, die eindeutig die Schwächung der Palästinenser zum Ziel haben, zusammen mit dem von PLO-Verhandlungschef Abu Iyad am 22.7. einseitig angeordneten Waffenstillstand im Südlibanon, haben keineswegs zur Einstellung der faschistischen Angriffe geführt, sondern im Gegenteil eine Verschärfung bewirkt. Zu den *„schwersten Gefechten seit 5 Monaten"* kam es am 5. August, bei denen in einem Ort (Rachaya Fukhar) allein 30 Häuser zerstört, mindestens zwei Personen getötet und 14 verletzt wurden („International Herald Tribune", IHT, 6.8.77).

Das Abkommen von Schtoura hat aber nicht nur die Faschisten im Libanon aktiviert, sondern vor allem die israelische Führung ermuntert, ihre militärische Unterstützung zu verstärken und sich dessen schamlos zu rühmen. Erst kürzlich hat das US-Magazin „Time" enthüllt, daß *„die Israelis den libanesischen Rechtskräften im Bürgerkrieg Waffen im Wert von 80 Millionen Mark liefern ten: 12.000 Gewehre, 2.000 Maschinengewehre und 110 gepanzerte Fahrzeuge."* („Spiegel", Nr. 35). Während Israel sich zuvor nie zu den Berichten über seine Unterstützung für die faschistischen Einheiten geäußert hatte, rühmte sich Ministerpräsident Begin jetzt am 8.8. in einer Rede vor amerikanischen Zionisten erstmals der Lieferung von Waffen und Munition sowie des Einsatzes der israelischen Artillerie. In übelster Manier unterstellte Begin den palästinensischen und fortschrittlichen libanesischen Kräften, den *„Versuch des Völkermords (zu unternehmen) ..., um eine religiöse Minderheit nur deswegen zu töten, weil es sich bei ihr um eine christliche Minderheit handelt"* (Israelischer Rundfunk, nach „Monitor-Dienst", MD, 9.8.). Weiter beschimpfte er die PLO als *„Terroristenbande"* („IHT", 9.8.), pries die militärische Unterstützung der Faschisten als Lebensrettung für die Christen an: *„Kein Mann, keine Frau und kein Kind wäre im Südlibanon ohne die Hilfe des jüdischen Staates übriggeblieben"* („MD", 9.8.) und drohte selbst mit Vernichtung: *„Und wenn das Sperrfeuer auf die christlichen Dörfer eröffnet wird, dann richten wir unser Feuer gegen die Urheber des feindlichen Feuers, und damit ist es dann aus; denn unsere Männer können gut zielen"* („MD", 9.8.).

Noch am gleichen Tag haben israelische Truppen der palästinensischen Nachrichtenagentur WAFA zufolge mit Unterstützung von Panzern und Artillerie die Grenze nach Libanon überquert. Die Stadt Nabtijeh wurde 12 Stunden lang mit israelischer Artillerie beschossen („Welt", 10.8.). Daß ein israelischer Militärsprecher den WAFA-Bericht dementiert, mag daran liegen, daß die WAFA zugleich berichten konnte, daß der Angriff der israelischen Streitkräfte auf das 1,2 km von der Grenze entfernte Dorf Yarin zurückgeschlagen wurde und die Israelis erhebliche Verluste hinnehmen mußten.

Die israelische Intervention hat inzwischen ein Ausmaß angenommen, das selbst US-Präsident Carter veranlaßt hat, Begin zu ersuchen, *„die Militärhilfe 'bis zu einem gewissen Grad zu bremsen'"* („Neue Zürcher Zeitung", 20.8.) *„Mit dem von Washington erzielten Einverständnis Israels"* („SZ", 26.8.) sollen die Regierungen Libanons und Syriens übereingekommen sein, Truppen der Arabischen Liga unter libanesischem Kommando nun im Südlibanon für eine Beendigung der Kämpfe sorgen zu lassen. Syrien soll Israel zudem die Zustimmung der PLO-Führung zur israelischen Forderung nach *„Abzug aller Palästinenser, die sich in den letzten acht Jahren im Südlibanon niedergelassen haben"* („SZ", 26.8.) in Aussicht gestellt haben. Auch in diesem Punkt bestätigt sich die Einschätzung der Ablehnungsfront, die entgegen der von Abu Iyad verbrei-
In Aussicht gestellt haben. Auch in diesem Punkt bestätigt sich die Einschätzung der Ablehnungsfront, die entgegen der von Abu Iyad verbrei-teten Lüge das Abkommen von Schtoura als Schärfste verurteilt hat, u.a. weil sie darin den Versuch Syriens sah, *„die Palästina-Revolution zu liquidieren"* („Welt", 29.7.).

Nahost-Kommission

Als Spielzeug getarnte Bomben, die von Israel über palästinensischen Flüchtlingslagern im Libanon abgeworfen wurden.

Regierungswechsel im Iran

Am 6.8.77 hat der iranische Ministerpräsident Howeida (seit 1965 im Amt) mit seinem Kabinett den Rücktritt eingereicht. Bereits am nächsten Tag ernannte der Schah den „Wirtschaftsfachmann" und ehemaligen Chef-Unterhändler bei den Ölpreisverhandlungen (OPEC) Amouzegar zum neuen Ministerpräsidenten. *„Die Minister für Landwirtschaft, Energie, Industrie, Transport und Wohnungsbau (sind) entlassen worden, ebenso die Chefs der Abteilungen für Planung und Budget im Finanz- und Wirtschaftsministerium."* („Neue Züricher Zeitung", 21./22.8.77).

Erstmals sitzt jetzt auch ein Informationsminister im neuen Kabinett. Parallel zu dieser Regierungsumbildung ist eine Propagandaoffensive eingeleitet worden, die das Volk weiter auf die sog. „weiße Revolution" (hektische Industrialisierung auf den Knochen der Arbeiterklasse und kleinen Bauern) einschwören soll.

Die „Macher" kommen – die Arbeiter sollen den Gürtel enger schnallen!

„Der neue Ministerpräsident hatte zu den Kritikern des bisherigen Regimes gehört. Doch seine Einwände hatten sich mehr auf dem Gebiet der Wirtschaft bewegt. Seit Jahren hatte er davor gewarnt, daß man die Entwicklung nicht überhitzen dürfe." (ebenda). Folge dieser „Überhitzung" waren starke „Versorgungsschwierigkeiten" der Bevölkerung, katastrophale Fehlplanungen – die Industrieproduktion des Iran ging während der Sommermonate um die Hälfte zurück.

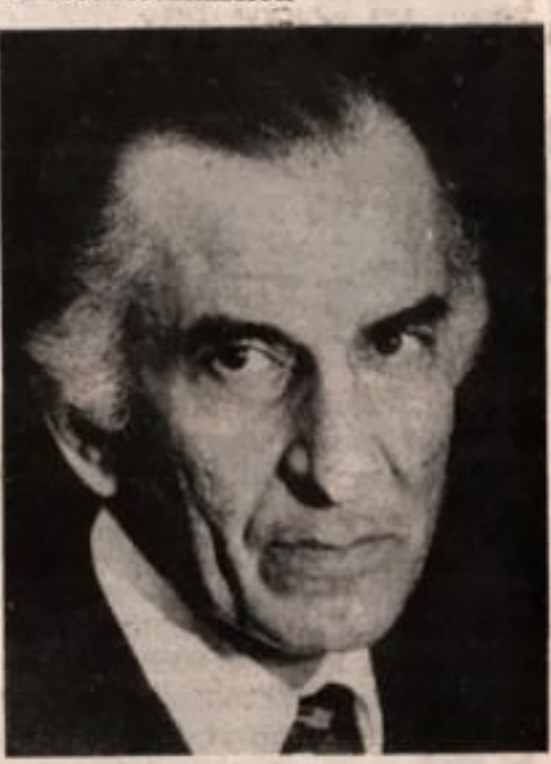
In dieser Situation wird zur Einschüchterung der Bevölkerung von der faschistischen Presse folgendes Schreckensbild entworfen: *„Wenn das Öl in 30 bis 35 Jahren verbraucht ist, muß Iran seinen Export um das 40fache gesteigert haben, will es den gegenwärtigen Lebensstandard unabhängig vom Öl halten"* („Kayhan", lt. „Welt", 23.8.77).

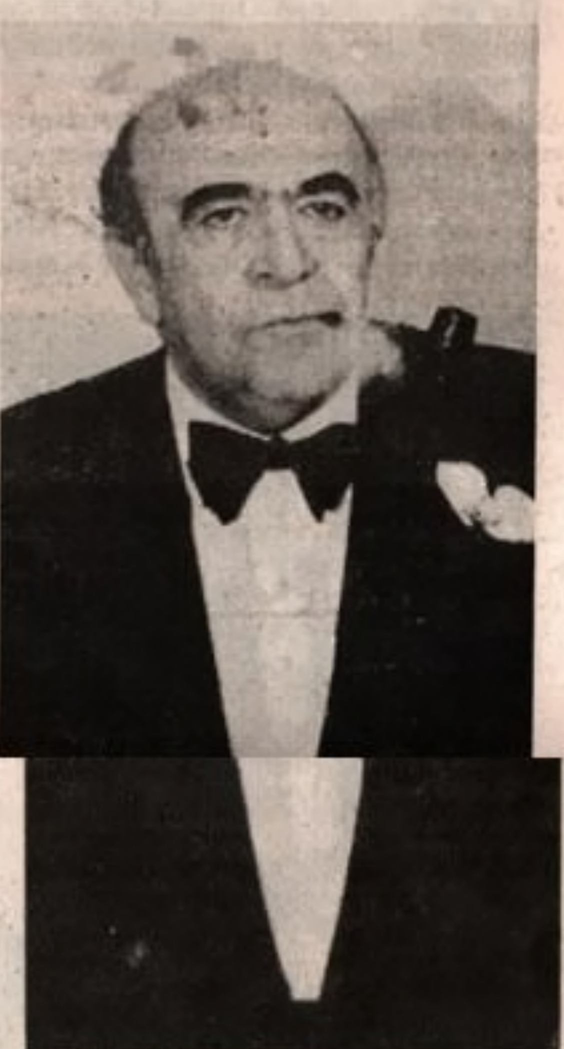
Richtig kommentiert die „Welt": *„Beabsichtigt ist offensichtlich, das Gefühl für die gemeinsame Verant-*
Richtig kommentiert die „Welt": „Beabsichtigt ist offensichtlich, das Gefühl für die gemeinsame Verant-*wortung und für die Notwendigkeit der Mitarbeit zu wecken."* – *„Die Regierung erwartet, daß sich das Volk zu nationalen Problemen äußert, damit Lösungen gefunden werden können."* (Amouzegar, lt. „Welt", 23.8.).

Gleichzeitig wird eine Eindämmung der enormen Korruption im Staatsapparat, Kontrolle der Staatsbediensteten etc. versprochen – ein immer wiederkehrendes Element faschistischer Demagogie!

Die ‚Volksgemeinschaft' wird beschworen, um die ehrgeizigen Pläne der iranischen Bourgeoisie über die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse zu realisieren... sollte sie mitspielen!

Nahost-Kommission





Amusegar ersetzt Howeida: neue Personen – alte Politik

Provokationen der israelischen Regierung halten Diskussion um »friedliche Lösung« in Gang

Nach der Rundreise von US-Außenminister Vance im Nahen Osten hat die israelische Regierung wieder einen Schritt vorgelegt, um in den besetzten Gebieten vollendete Tatsachen zu schaffen. Nach dem Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Begin in den USA wurden im Juli drei illegale Siedlungen der rechtsradikalen zionistischen „Gush Emunim" legalisiert, die gegen den Willen der vormaligen Rabin-Regierung errichtet worden waren. Nach der Vance-Reise wurde am 14.8. im israelischen Parlament beschlossen, den sozialen Status der Bewohner der besetzten Gebiete dem der Bevölkerung Israels etwas mehr anzugleichen. Am 17.8. wurde die Errichtung von drei weiteren Siedlungen in Westjordanien bekanntgegeben. Es wurde ausdrücklich betont, daß dies keine neuen Siedlungen seien, sondern daß diese Siedlungen schon von der vorherigen Rabin-Regierung beschlossen worden waren.

Die Ausdehnung der öffentlichen Dienste auf die besetzten Gebiete wurde von der israelischen Regierung als rein „humanitäre" Maßnahme hingestellt. Doch die Beschlüsse gerade jetzt zu fassen, sollte nochmal ganz deutlich die Haltung der israelischen Regierung bekräftigen, daß sie keine Zugeständnisse machen, geschweigedenn von ihrer Besatzungspolitik abrücken wird. Bei seinem Regierungsantritt hatte Begin von der in der Opposition geäußerten Forderung, israelisches Recht sofort auf die besetzten Gebiete auszudehnen, zunächst fallengelassen. Heute fühlt er sich scheinbar stark genug, einen Schritt zur Verschmelzung der israelischen und arabischen Verwaltungen und somit einen weiteren Schritt zur Annexion der 1967 von Israel besetzten Gebiete zu machen.

Es geht dabei um eine grundsätzliche Entscheidung, denn gewichtig sind die angekündigten Reformen nicht: *„Freiwillige Krankenversicherung* (die es in Westjordanland längst gibt), *Kredite für Omnibusunternehmen* (die ohnehin längst fällig waren) *und die Anwendung des Arbeitsrechts im Rafiah-Sektor* (wo schwer haltbare Zustände herrschten)" („Süddeutsche Zeitung", 20./21.8.).

Für diesen Schritt zur Annexion sollen die Betroffenen noch dankbar sein: *„Jeder, der den Plan verurteile, verteidigt auf der anderen Seite mangelhafte Dienstleistungen und schwere körperliche Kinderarbeit"* (Israelischer Rundfunk, 15.8., nach „Monitor-Dienst", MD, 17.8.77).

Es wurde von Seiten der Regierung schon angekündigt, daß sie „zu gegebener Zeit" auch für die vollständige Eingliederung der besetzten Gebiete in den israelischen Staat ist. Das sei dann aber keine Annexion, denn, so Begin, *„man kann nicht israelisches Land für das Volk von Israel annektieren, da es ihm bereits gehört"* („Spiegel", 29.8.77)!

Flauer Protest

Beide Regierungsbeschlüsse stießen auf Protest, sowohl in Israel selbst, als auch auf internationaler Ebene. Die israelische Opposition hält die Besatzungspolitik zwar für richtig, aber sie störte sich an dem *„äußerst ungeschickten Zeitpunkt"* (Oppositionszeitung „Davar"), kurz vor der geplanten Genfer Konferenz noch eine Auseinandersetzung heraufzubeschwören. Doch das ist genau das, worauf die Regierung abzielt: *„sie kann keine Friedensatmosphäre gebrauchen, die die Palästinenser begünstigen würde"* („SZ", 20./21.8.77).

Die US-Regierung bezeichnete den Siedlungsbeschluß als „illegale Aktion", lenkte aber doch bald ein. Carter meinte, *„die USA hätten nicht die Absicht, auf Israel Druck auszuüben, um die Besiedlung zu verhindern. Er werde sich auch in Zukunft darauf beschränken, nur seine Besorgnis über die Siedlungspolitik Jerusalems zu äußern"* („SZ", 25.8.).

So haben die USA zwar ihren Routine-Protest geäußert (das ist zumindest gegenüber den arabischen Staaten und der „Weltöffentlichkeit" eine Notwendigkeit), doch solche Bekundungen werden die israelische Regierung geradezu ermuntern, weitere Vorstöße zu unternehmen.

Es heißt zwar, Carter habe Begin im Juli darauf hingewiesen, daß er *„lieber unauffällig die Bevölkerung in seinen 96 bereits bestehenden Niederlassungen jenseits der „grünen Linie" erhöhen solle, statt Neugründungen zu veranlassen"* („SZ", 20./21.8.77), doch man kann sicher davon ausgehen, daß diese Beschlüsse mit den USA abgesprochen sind und ihre Unterstützung finden.

Mit den Protesten seitens der syrischen und ägyptischen Regierung scheint es auch nicht so weit her zu sein: So sprach die syrische Regierung zwar ganz richtig von einer *„Vorstufe für die Verkündung der endgültigen israelischen Annexion"* (Radio Damaskus, 16.8., nach „MD" 18.8.77), und Ägypten warf der israelischen Regierung vor, bewußt alle *„friedlichen Bemühungen auszulöschen"* („Welt", 20.8.77). Doch schon bald hörte man von einem Angebot der drei arabischen Staaten Ägypten, Syrien und Jordanien, mit Israel über einen Friedensvertrag zu verhandeln („Welt", 23.8.77).

Lediglich die PLO und die PFLP kündigten bewaffnete Aktionen in ganz Palästina als Reaktion auf den israelischen Beschluß an.

Die PLO machte auch den Spekulationen um die mögliche Anerkennung der UN-Resolution 242 vorläufig ein Ende. Die USA hatten der PLO Gespräche angeboten, wenn sie der UN-Resolution zustimmt. Der Zentralrat der PLO lehnte diesen Vorschlag ab. Den USA war natürlich klar, daß die PLO das Angebot (zumindest derzeit noch) nicht akzeptieren kann, denn das Abrücken von der PLO-Charta, die die Auflösung des Staates Israel verlangt, würde erhebliche Widersprüche innerhalb des palästinensischen Widerstandes hervorrufen, noch dazu, wenn der 'Gegenwert' weder ein Platz in Genf noch eine Anerkennung der PLO durch die USA beinhalten würde, sondern einzig und allein Gespräche mit den USA. Die PLO-Führung würde sich sonst ihren letzten „Trumpf" aus der Hand geben, mit dem sie Kompromisse einhandeln könnte.

Somit wird zwar das Verwirrspiel um die „friedliche Lösung" weitergetrieben werden, doch das tatsächliche Stattfinden der Genfer Konferenz ist nicht wahrscheinlicher geworden.

Nahost-Kommission



Kampf den Uranexporten!

Anfang August (am 5. und am 6.8.) fanden in ganz Australien machtvolle Demonstrationen gegen atomare Aufrüstung, Uranabbau und Atomkraftwerke statt. Anlaß war der 32. Jahrestag, des Atombombenabwurfs auf Hiroshima.

Die Beteiligung an den Aktionen war beachtlich: 50.000 Menschen demonstrierten in Australien. Im einzelnen:

Melbourne: 25.000 Teilnehmer; Sydney: 12.500 Teilnehmer; Adelaide: 7.000 Teilnehmer; Perth: 3.000 Teilnehmer; Brisbane: 1.000 Teilnehmer; Hobart: 700 Teilnehmer (Zahlen nach „Direkt Action", 11.8.77).

In allen Orten übertraf die Beteiligung bei weitem die erwartete Mobilisierung. Die verschiedenen Organisationen geben bekannt, daß es seit den Demonstrationen gegen den amerikanischen Vietnam-Krieg nicht solche machtvollen Demonstrationen gegeben habe.

Die Mobilisierung zur Demonstration in Melbourne war zudem noch durch den Streik sämtlicher Transportarbeiter erschwert, da von den Veranstaltern ein eigener Busdienst organisiert werden mußte.

Bemerkenswert (vor allem für BRD-Verhältnisse) die positive Haltung der Bevölkerung gegenüber den Demonstranten: „Als der Marsch Carlton

Bevölkerung gegenüber den Demonstranten: „Als der Marsch Carlton

Einkaufszentrum passierte, wurde die Demonstration mit Klatschen begrüßt. Ähnlich geschah dies beim Handelshaus" („DA", 11.8.77).

Die Demonstrationen hatten eine starke internationalistische Ausrichtung: So sprachen auf den Kundgebungen Redner aus Westeuropa (Irland, BRD), Solidaritätsadressen wurden verlesen – darunter auch die der Hamburger BUU.

In der ersten Reihe der Melbourner Demonstration gingen schwarzgekleidete Demonstranten aus Solidarität mit dem Terror der französischen CRS in Malville („The Sun", 6.8.77).

Diese Tatsache (immerhin haben es verschiedene Gruppierungen in der BRD noch nicht mal fertiggebracht, eine Woche nach Malville aus Solidarität zu demonstrieren!) unterstreicht mehr als andere Dinge die Bedeutung, die in der australischen Anti-Atombewegung dem internationalen Kampf gegeben wird! Angesichts dieser 50.000 Menschen, die am 6.8. gegen die Atomgefahren protstierten, kann Frazers Bekanntgabe, die Uranexporte wieder zu erlauben, gelassen entgegengesehen werden. Eines ist klar – auch in Australien wird der Herbst heiß!

Asien/Australien-Kommission

Asien/Australien-Kommission



Japans erste Wiederaufbereitungsanlage „Tokai-mura" soll in der nächsten Zeit in Betrieb genommen werden. Der ursprüngliche Plan, bereits im Juli mit der Produktion zu starten, wurde aufgegeben. Nicht freiwillig, sondern die USA intervenierten und unterbanden den Beginn der Wiederaufbereitung (durch eine bilateralen Vertrag zwischen Japan und den USA über die Lieferung von angereichertem Uran wurde den USA ein Vetorecht über die Wiederaufbereitung in Japan eingeräumt). Um zu verhindern, daß ihnen in Japan ein Konkurrent auf dem Gebiet der Atomwaffenrüstung erwächst, verlangten die US-Imperialisten die Anlage „Tokia-mura" so umzurüsten, „daß sie kein Plutonium mehr produziert, sondern ... eine waffentechnisch unbrauchbare Mischung aus Uran und Plutonium" („Spiegel", 33/77). Japans Atompläne sind damit natürlich noch nicht gestorben – die UdSSR stieß sofort in die Lücke und bot Japan angereichertes Uran an! („The Japan Economia Journal", 5.7.77). Man darf gespannt sein, wie die Sache sich weiter entwickelt. Um zu zeigen, welchen „technischen Stand" die japanische Atomindustrie hat, sei noch angemerkt, daß Japan kürzlich drei Leichtwasserreaktoren stillegen mußte, da durch Leckagen radioaktives Wasser ausfloß, Rohre brachen und andere Unfälle mehr passierten („New Asia News", 22.7. 77).



US-Imperialisten entlauben Wälder in Vietnam

Kurzmeldungen

Thailand: Erfolge des Volkskrieges

In einer Stellungnahme gab der Sender „Stimme des thailändischen Volkes" am 5. und 6. August die zahlenmäßigen Erfolge der bewaffneten Volkskräfte bekannt.

So wurden in den südlichen Regionen (hier fanden die jüngsten Feldzüge der thailändisch/malaysischen Armee statt) vom 23.12.76 bis 19.7.77 511 feindliche Soldaten getötet verwundet oder gefangen. *„Dies sind 427 oder fünfmal soviel, wie in der gesamten Periode des vergangenen Jahres"* (‚SWB', 17.8.77). In den Nordprovinzen wurden 298 Soldaten getötet, 397 verwundet und 6 gefangengenommen. 2 Hubschrauber und zwei Flugzeuge wurden abgeschossen. In den Nord-Ostprovinzen wurden 716 feindliche Soldaten getötet, 761 verwundet und 65 gefangen. Ein Flugzeug wurde abgeschossen und 5 Hubschrauber wurden zerstört (‚SWB', 17.8.77).

Dies zeigt, daß es den faschistischen thailändischen Truppen nicht gelungen ist, an den drei Fronten (Südprovinzen, Nord- und Nordost-Region) den Widerstand der Befreiungskräfte zu brechen – das Gegenteil ist der Fall.

Pjöngjang. Zum 1. August hat die koreanische Volksdemokratische Republik (KVDR), wie viele andere Länder bereits früher, die Hoheitsgewässer auf 200 Meilen festgelegt. Von Seiten der US- und japanischen Imperialisten gab es bereits wütende Proteste. Ein Sprecher der US-Regierung meinte frech, *„die USA geständen keinem Land das Recht zu, die Schiffahrt auf hoher See oder das Überfliegen des offenen Meeres zu reglementieren"* („Süddeutsche Zeitung", 4.8.77). Es ist dann auch nur im Sinne der imperialistischen Logik, daß in der gleichen Zeitung zwei Tage vorher eine Meldung zu finden war, daß der Kapitän eines sowjetischen Tankers vor der amerikanischen Westküste verwarnt worden war, weil er unangemeldet „in der von den USA beanspruchten 200-Meilen-Zone" Fischerboote mit Treibstoff versorgt hatte...

Vietnam. Noch immer haben die Menschen in Vietnam unter den Auswirkungen des barbarischen Krieges der US-Imperialisten zu leiden. So wurden kürzlich von Wissenschaftlern Chromosomenschäden bei Kindern festgestellt, deren Eltern

lern Chromosomenschäden bei Kindern festgestellt, deren Eltern

während des Krieges im Mekong-Delta sowie im zentralen Hochland gelebt hatten. Durch die damals verwendeten chemischen Kampfstoffe (unter anderem dasselbe Gas, das in Seveso ausgeströmt war) werden bei seitdem geborenen Kindern Erbschäden verursacht'

Auch die Tier- und Pflanzenwelt ist durch den Krieg teilweise unwiderruflich geschädigt worden. Beispiel sind die sogenannten Schlank-Affen in Indochina. *„Sie hatten entlang des Ho-Chi-Minh-Pfads orangengroße Horchbojen der Amerikaner aufgesammelt, um damit zu spielen. Fehlalarmierte B-52-Maschinen bombardierten die Rudel daraufhin. Den überlebenden Schlank-Affen droht dagegen der Hungertod: in den mit Chemikalien entlaubten Wäldern gibt es für sie keine Blätter mehr zu beissen"* („Neue Presse am Sonntag", 29.5.77).

Al-Baath Syrien

Bettelsack und weiße Fahnen

Die syrische Intervention in Libanon, die den Bürgerkrieg zuungunsten der Palästinenser wendete, traf durchaus nicht auf ungeteilte Zustimmung der arabischen Reaktion. Die syrische Bourgeoisie ließ man das deutlich spüren. Die arabischen Golf-Staaten investierten 1976 in Syrien fast um 2/3 weniger als im Vorjahr (1). Zwar sagte man auf der arabischen Gipfelkonferenz 76 weiter Hilfe für die sog. Frontstaaten Israels zu. Doch mußten sich die Syrer bis heute mit leeren Versprechungen begnügen. Zwischenzeitlich ist der dritte Fünf-Jahresplan gescheitert, dessen Ziele 1976 zu 40% unerreicht blieben, und das militärische Abenteuer in Libanon verschlingt obendrein Unsummen. Der Effekt für die Bevölkerung ist nicht ausgeblieben: Schlangestehen für Grundnahrungsmittel, dazu nur minderer Qualität, und Geldentwertung – die Inflation lag 1976 bei 25% (2).

Die Herrschenden aber halten sich schadlos: Korruption und Bestechungsversuche reichen bis hinein in die staatlichen Organisationen. Gleiches Recht für alle; aber Zwangsarbeit nicht unter fünf Jahren für denjenigen, der sich erwischen läßt (3).

Will oder kann man den Kranken nicht heilen, so putzt man ihn fein raus. Ein bißchen Kosmetik erscheint den syrischen Führern derzeit angebracht, angesichts einer wachsenden Unzufriedenheit unter den Massen. „*Sozialismus* (mit dem die rechte Baath hausieren geht, Anm. AK) *wurde in den Augen des Volkes diskreditiert... Es ist Zeit für eine neue Etappe der nationalen politischen und revolutionären Aktion*", schreibt die Parteizeitung Al-Baath (4), wobei sie die Assad'sche Außenpolitik mit im Auge hat. „*Die Außenpolitik soll auf eine erfolgreiche Innenpolitik gegründet werden, die die Sehnsucht der Massen befriedigt und ihre Energien freisetzt.*" Ein Wunsch freilich, der von Assad und seinen Leuten wohl kaum erfüllt werden kann. Eine Gaukelei also, um die Verbitterung der Massen zu kanalisieren und sie für das Regime in Botmäßigkeit zu halten.

Ein äußerer Friede mit Israel paßte in dieses Konzept. Begin, kein Mann der leeren Worte, wie seine Vergangenheit beweist, und gegen dessen faschistische Siedlungspolitik sich die PLO „zu Wort meldet", sprach von einem großen Ergebnis, nachdem Cyrus Vance, Kissingers würdiger Nachfolger, seine Nahost-Mission beendet hatte. Das 'große Ergebnis' sollte vorerst noch geheim bleiben; aber wie die „Frankfurter Rundschau" aus zuverlässigen amerikanischen und israelischen Kreisen erfahren hat, sind Ägypten und Jordanien jetzt nicht nur zu einem Nichtangriffspakt mit Israel bereit, sondern zu einem regulären Friedensvertrag (5). Und weil Ägypten ein enger Verbündeter des reichen Öllandes Saudi-Arabien ist, dessen Petro-Dollars auch den herrschenden Syrern winken, setzt Assad seine reaktionäre Politik fort. Er ist ebenfalls willens, den Kriegszustand mit Israel zu beenden und hat dies gegenüber der „New York Times" öffentlich erklärt (6)! Eine differenzierte Rolle spielt Syrien allerdings, subjektiv und auch als Karte auf der Hand des US-Imperialismus. So schadet es den Yankees nicht, wenn Assad, nachdem er jetzt offiziell für Frieden ist, noch mault, „die Beziehungen zu Israel würden auf Kosten der Araber geknüpft". Für Assad handelt es sich um einen lebensnotwendigen (man hört von allerlei syrischen Staatsfeinden) und politischen Winkelzug – ähnlich dem der beteuerten Loyalität gegenüber der PLO (7). Seine „häuslichen" Schwierigkeiten aber werden dadurch nicht behoben.

Anmerkungen:

(1) Die arabischen Golfstaaten investierten in Syrien 1975 rund 743 Mio. US-Dollars, 1976 nur noch 270 Mio. Syrien hat etwa 8 Mio. Einwohner. Quelle: „Süddeutsche Zeitung", 18.8.77.
(2) ebenda
(3) Nach einem Bericht der „Neuen Züricher Zeitung" aus Beirut hat Präsident Assad die Einrichtung von Wirtschaftssicherheitsgerichten in Damaskus, Aleppo und Homs angeordnet. Zwangsarbeit droht jedem, der Bestechungsversuche macht. „NZZ", 14./15.8.77.
(4) Al-Baath, zitiert nach „Guardian", 19.8.77
(5) „Frankfurter Rundschau", 13.8.77
(6) NDR I / Nachrichten, 29.8.77 und „Guardian", 30.8.77
(7) „Guardian", 30.8.77

Nahost-Kommission



asien

Revolutionäre und Revisionisten zu ASEAN: Es lebe der „Kleine Unterschied"!

Die zweite ASEAN-Gipfelkonferenz ist zuende. Fortsetzung einer stramm-antikommunistischen Politik und die weitere Öffnung für den Imperialismus sind die vereinbarten Ergebnisse. So sollen „*neue Wirtschaftsstrategien*" eingeführt werden, „*die die Industriestaaten zu vermehrten Investitionen in Südostasien anregen*" („NZZ", 8.7.77). Neben engeren Beziehungen zum japanischen Imperialismus (der im Anschluß an die Konferenz erstmal 1,4 Mrd. Dollar zusagte!) „*streben die ASEAN-Mitglieder auch engere wirtschaftliche Beziehungen zu der europäischen Gemeinschaft an, mit der seit April Verhandlungen im Gange sind*" („FAZ", 2.8.77). Innenpolitisch „*gelte [es], die Guerrillas im eigenen Land energisch zu bekämpfen*" („SZ", 5.8.77). Entsprechend wurde in der Vergangenheit die militärische Zusammenarbeit zwischen den ASEAN-Staaten erheblich ausgebaut. Thailändische und malaysische Truppen bekämpfen die Befreiungskräfte in Thailand. Indonesien ,hilft' den Philippinen auf Mindanao. Insgesamt vereinbarten die ASEAN-Führer eine nachrichtendienstliche Zusammenarbeit und den Austausch von Spezialisten.

Dies in Kürze zur ASEAN-Konferenz und dem Charakter des ASEAN-Paktes - im Detail sind wir in früheren ARBEITERKAMPF-Artikeln auf diese Fragen eingegangen. „*Auch wenn bis heute kein kompletter bilateraler Militär- und Sicherheitspakt unterzeichnet wurde, wurden doch viele Vereinbarungen zu einzelnen Fragen von diesen Ländern abgeschlossen - um eine Voraussetzung und Basis für künftige bilaterale Zusammenarbeit zu schaffen*" („Nhan-Dan" lt. „SWB", 8.7.77). Und:

„*In den Hauptstädten der ASEAN-Mitgliedsländer wird dementiert, daß ASEAN ein Militärblock sei und es wird behauptet, daß sie bereit seien, eine friedliche Kooperation mit den indonesischen Staaten zu entwickeln... Viele Menschen wissen, daß die USA trotz ihrer Niederlage im Aggressionskrieg in Vietnam und anderen indochinesischen Staaten an ihren Stützpunkten und Militärkräften in Südostasien festhalten. Sie planen, ASEAN gegen die Bewegung für Unabhängigkeit, Demokratie, Frieden und Neutralität in dieser Region einzusetzen ... Mittlerweile entwickeln die Regierungen der ASEAN-Staaten fieberhaft bilaterale und multilaterale militärische Zusammenarbeit. Es besteht deshalb die Gefahr, daß ASEAN sich zu einem regionalen Militärpakt entwickelt ... Die US-Pläne mit ASEAN sowie die konkreten Aktivitäten der ASEAN-Staaten geben realen Grund zu Besorgnis. Mehr noch, solche Besorgnis hat eine reale Grundlage, da niemand die Verbrechen der USA und SEATO gegen Vietnam, Laos und Kambodscha vergessen wird. Wie auch immer - der Niedergang der SEATO ist eine Warnung an diejenigen, die immer noch den alten Kurs einschlagen*" („Radio Hanoi" nach „SWB", 6.8.77).

Die thailändischen Genossen erklären:

„*Die Teilnehmer der ASEAN-Konferenz versuchten die Illusion zu verbreiten, daß ASEAN Südostasien zu einer Zone von Frieden und Neutralität entwickeln möchte und daß ASEAN gute Beziehungen zu den verschiedenen Staaten, besonders den drei indochinesischen Staaten entwickeln will*" („Stimme des thailändischen Volkes" nach „SWB", 17.8.77).

... und die chinesischen Apologeten der „Drei-Welten-Theorie"

„*Im letzten Jahr haben die ASEAN-Staaten Fortschritte in der Entwicklung der regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit gemacht. Sie unternahmen eine Reihe von Maßnahmen zur Kontrolle der nationalen Resourcen [!?], um sichere und angemessene Preise für Rohstoffe und Waren zu erhalten ... Gleichzeitig haben sie positive Schritte zur Ausdehnung ihrer Handels - und Wirtschaftsbeziehungen mit den Ländern der dritten Welt und Anderen* (gemeint sind hier vor allem die europäischen und japanischen Imperialisten, Anm. AK) *unternommen, um ihre gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen zu schützen. Diese Maßnahmen haben eine positive Rolle gegen Aggression und Expansion der Supermächte in dieser Region und für den Schutz der nationalen Unabhängigkeit* (!), *Souverenität* (!) *und wirtschaftlichen Interessen* (!) *der ASEAN-Staaten gespielt. Im Rahmen der wachsenden Intensität des Kampfes zwischen den beiden Supermächten — der USA und Sowjetunion — um Hegemonie in verschiedenen Teilen der Welt, haben die Sowjetrevisionisten ihre Expansion und Infiltration in Südostasien beschleunigt* (damit können nach Lage der Dinge nur Laos und Vietnam gemeint sein, Anm. AK). *Wie eine thailändische [!] Zeitung bemerkte: 'Die Sowjetunion, die sich gegen die Entwicklung Südostasiens in eine friedliche und neutrale Region wendet, versucht auf allen Wegen ihren Einfluß in dieser Region auszudehnen'.* (es folgen Ausführungen zur Weltlage, Red.) *indem sie ihre Einheit stärken, haben die südostasiatischen Staaten versucht, auf der Basis regionaler Zusammenarbeit sich auf ihre eigenen Kräfte zu verlassen, um der aggressiven Expansion und Einmischung der Supermächte in dieser Region zu widerstehen. Dies hat die Sowjetrevisionisten beträchtlich geärgert. Die Sowjetrevisionisten haben die ASEAN-Staaten pausenlos denunziert* (!), *indem sie behaupten ASEAN sei eine erhebliche Gefahr in dieser Region'. Diese Art der Attacke durch die Sowjetrevisionisten zeigt genau ihre Ambitionen, auf die Region ihre Hände zu legen*" („Peking Home Service" nach „SWB", 19.8.77).

Asien/Australien-Kommission

Israel aktuell

Auf dem Kongreß der „Sozialisti-
30 Jahren gegen die britische Herr-

Israel aktuell

„In den Hauptstädten der ASEAN-Mitgliedsländer wird dementiert, daß ASEAN ein Militärblock sei und es wird behauptet, daß sie bereit seien, eine friedliche Kooperation mit den indonesischen Staaten zu entwickeln... Viele Menschen wissen, daß die USA

„Im letzten Jahr haben die ASEAN-Staaten Fortschritte in der Entwicklung der regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit gemacht. Sie unternahmen eine Reihe von Maßnahmen zur Kontrolle der nationalen Resourcen [!?], um sichere und an-

Gefahr in dieser Region'. Diese Art der Attacke durch die Sowjetrevisionisten zeigt genau ihre Ambitionen, auf die Region ihre Hände zu legen" („Peking Home Service" nach „SWB", 19.8.77).

Asien/Australien-Kommission

Auf dem Kongreß der „Sozialistischen Jugend-Internationale" (IUSY) Mitte August in Stuttgart wurde eine Resolution zum Nahost-Problem verabschiedet, in der „*das Existenzrecht Israels und aller anderen Staaten dieser Region*" anerkannt wird, zugleich aber Israel aufgefordert wird, mit der PLO in direkte Verhandlungsgespräche einzutreten. Dies war der anwesenden israelischen Delegation zuviel. Sie zog aus. Die Jusos hatten daraufhin nichts besseres zu tun, als den Auszug der Delegation und das Zustandekommen einer so „einseitigen" Resolution zu bedauern („Welt", 24.8.77)!

* * *

Während in Stuttgart die Israelis auszogen, mußten sie auf der UNO-Konferenz in Nairobi zum weltweiten Vordringen der Wüsten den Auszug anderer erleben. Als der israelische Vertreter mit seiner Rede begann, verließen die arabischen Delegationen zusammen mit den Vertretern der Sowjetunion und der VR China den Saal, gefolgt von etwa der Hälfte aller 110 Delegationen!

Vorher hatte der Vize-Generalsekretär der Organisation für afrikanische Einheit, Djoudi, schon die Politik Südafrikas und Israels angegriffen. Eine israelische Studie über die Negev-Wüste hatte er ein im „*wesentlichen politisches Dokument*" genannt, „*das der wohlbekannten israelischen Propaganda folgt*" („Süddeutsche Zeitung", 1.9.77). Überall können die Israelis scheinbar nicht mit ihrer Story landen, die 'Wüste', die ihnen die Araber hinterließen, in ein Paradies verwandelt zu haben!

* * *

Die israelische Regierung hat die Absicht, eine Briefmarke zu Ehren des Anführers der berüchtigten „Stern"-Bande, Abraham Stern, herauszugeben. Damit sollen die „jüdischen Freischärler" geehrt werden, die vor 30 Jahren gegen die britische Herrschaft gekämpft haben („Frankfurter Rundschau", 17.8.77).

Diese „Freischärler" waren Terroristenbanden der „Irgun Zwai Le' Umi", die der jetzige israelische Ministerpräsident Menachem Begin selber anführte. Für den Kampf um den „jüdischen Großstaat vom Euphrat bis zum Nil" wurden von ihnen ständig Terroranschläge verübt, so daß sich sogar Ben-Gurion von Begin distanzierte.

Diese Terror-Organisationen hatten dreifache Funktion:

1. Fortführung der Vertreibung der Palästinenser von Grund und Boden und aus Palästina überhaupt – z.B. gehörte der Überfall der „Stern"- und „Irgun"-Banden auf das arabische Dorf Deir Jassin am 9. April 1948 dazu; fast alle Einwohner wurden erschossen, ihre Häuser in die Luft gesprengt, der „Spiegel" spricht von über 250 Toten.
2. Kampf gegen den britischen Imperialismus durch individuellen Terror – z.B. der Anschlag auf das Jerusalemer „King David" Hotel (Hauptquartier der britischen Mandatstruppen) am 22. Juli 1946; der Anschlag forderte 91 Tote (Engländer, Araber und Juden) und 45 Verletzte.
3. „Nachdrückliche" Gewalt gegen diejenigen Juden, die der zionistischen Einwanderungs- und Vertreibungspolitik abgeneigt waren (vgl. AK 27).

Auf das Konto der „Stern"-Bande gehen unter anderem auch die Ermordung des britischen Nahost-Ministers Lord Moyne 1944 in Kairo und des schwedischen UN-Unterhändlers Graf Folke Bernadotte 1948 in der Nähe von Jerusalem. Mit der Ehrung seines Mordkumpanen wird gleichzeitig die terroristische Vergangenheit Begins gerühmt, auf die Begin heute noch stolz ist: „*Die größte Aufgabe in meinem Leben war die des Irgun-Kommandeurs. Sie war größer als die eines Ministerpräsidenten*" (nach „Spiegel", Nr. 36/77).

Nahost-Kommission

Übersee-Koreaner gründen antifaschistische Organisation

Vom 12.–14. August fand in Tokio eine „**Konferenz der Bewegung der Übersee-Koreaner für Demokratie**" statt.

Daß gerade Japan als Tagungsort gewählt wurde, ist sicher kein Zufall. Denn „*es ist für niemanden ein Geheimnis, daß das militaristische Japan, das zu einer wirtschaftlichen Macht geworden ist, auf eine Gelegenheit wartet, um in Süd-Korea einzudringen und die Vereinigten Staaten zu ersetzen*" (Pae Dong Ho in seinem Grundsatzbericht auf der Konferenz, nach „Pyongyang Times" 20.8.77). Offenbar um ihrem Ruf gerecht zu werden, ließen die japanischen Militaristen einen der neun Übersee-Koreaner, die die Patenschaft für die Konferenz übernommen hatten, nicht ins Land.

Auf der Konferenz selbst waren bekannte Südkoreaner aus USA, Kanada, Japan, der BRD und anderen Ländern vertreten –darunter auch ehemalige Angehörige der südkoreanischen Armee, die jetzt im Exil leben. Inhaltlich ging es in der Konferenz darum, der Bespitzelung und Verfolgung der Auslandskoreaner durch den faschistischen Geheimdienst KCIA die Einheit aller Anti-Park-Kräfte entgegenzusetzen. So heißt es in dem o.a.Grundsatzreferat: „*Das Park-Regime hat seine Klauen der Unterdrückung sogar ins Ausland gestreckt. Es sät Mißtrauen, Entfremdung und Uneinigkeit in den Gemeinschaften der überseeischen Landsleute, bedroht und erpreßt, terrorisiert und kidnapt sie ständig*" („PT", 20.6.77). Wie wahr diese Worte sind, zeigte sich am zweiten Konferenztag, als eine 200 Mann starke Schlägerbande der faschistischen Organisation „Mindan" den Saal stürmte. Mehr als 10 Personen wurden verletzt, einige schwer. 69 Schläger wurden verhaftet –obwohl die Polizei natürlich erst zum Ende der Schlägerei kam. Die Verbindungen der „Mindan" und den südkoreanischen Faschisten sind in Japan hinreichend bekannt. Bereits vor diesem Überfall hatten die südkoreanischen Faschisten offiziell bei der japanischen Regierung eine Beschwerde gegen die Konferenz vorgebracht. Wiederum erwies sich das japanische Regime als verläßliche Stütze der südkoreanischen Faschisten: Die japanische Regierung versprach, daß „*das japanische Außenministerium die Aktivitäten derjenigen, die an der Anti-ROK-Versammlung teilnehmen und die nicht mit dem Zweck ihrer Einreise übereinstimmen, regeln und Maßnahmen gegen illegale Akte nach Beratung mit der Polizei ergreifen (werde)*" („Radio Seoul", 13.8.77).

„Vereinigung der Überseekoreaner für Demokratie und nationale Wiedervereinigung"

Um den Kampf gegen die Park-Diktatur in Zukunft noch effektiver führen zu können und Maßnahmen gegen den Terror gegen die Auslandskoreaner zu entwickeln, wurde die Gründung der „Vereinigung der Übersee-Koreaner für Demokratie und nationale Wiedervereinigung" bekanntgegeben. „*Die unmittelbare Aufgabe der Vereinigung ist, das Park-Regime abtreten zu lassen, eine demokratische Koalitionsregierung zu bilden; ihre zukünftige Aufgabe ist die Erreichung der vollständigen Wiedervereinigung des Landes. Was ihren Charakter betrifft, so sollte es eine Organisation sein, die alle Gruppen der Landsleute und Einzelpersonen umfasst – die Demokratie, Unabhängigkeit und friedliche Wiedervereinigung verlangen*" („PT",20.8.77). Es bedeutet für den Kampf des koreanischen Volkes gegen die faschistische Park-Diktatur und für die friedliche Wiedervereinigung sicher eine wichtige Unterstützung, wenn die Landsleute im Ausland sich in Zukunft gemeinsam und organisiert an diesem Kampf beteiligen. Dabei ist es besonders wichtig, eine Öffentlichkeit über die barbarischen Zustände in Südkorea gerade in den imperialistischen Staaten herzustellen und (wie schon in der Vergangenheit) Solidaritätsaktionen zu organisieren.

Asien/Australien Kommission



afrika

Neues zum BRD-Stützpunkt in Zaire

Im letzten AK haben wir über die geplante Errichtung eines gigantischen BRD-Stützpunktes im Südosten Zaires (Provinz Shaba) berichtet und den zwischen der Schein-Firma OTRAG und dem zairischen Staat abgeschlossenen Geheimvertrag dokumentiert.

Die einzelnen Bestimmungen des Vertrages ermöglichen dem BRD-Imperialismus, in Süd-Ost-Zaire ungeheuerliche Menschenrechtsverletzungen vorzunehmen (z.B. Zwangsumsiedlungen) und dort ein aggressives Militärpotential gegen das gesamte fortschrittliche Afrika zu errichten. Tatsächlich hat der BRD-Imperialismus über die OTRAG ein Gebiet von der Größe der DDR aufgekauft, in dem Zustände vertraglich fixiert sind, wie sie selbst die alten Kolonialmächte für ihre Kolonien nicht zu verwirklichen wagten. Erwähnt sei nur noch einmal, daß das gesamte Gebiet eine Art militärische Sperrzone ist, die ohne OTRAG-Genehmigung von niemandem betreten werden darf, die sich also internationaler Kontrolle vollständig entzieht.

In den bundesdeutschen Massenmedien ist die Enthüllung des Vertragstextes durch „Afrique-Asie" kaum registriert worden. Bislang sind nicht einmal Auszüge des skandalösen Vertragstextes in der bürgerlichen Presse der BRD veröffentlicht worden. Das berüchtigte „Kartell des Verschweigens" ist wieder einmal in Gang gebracht worden.

Einiges kommt allerdings langsam in Bewegung: Erstmals mußte sich die Bundesregierung in die Diskussion um OTRAG einschalten. Auf der Anti-Apartheid-Konferenz in Lagos bemühte sich die Bonner Delegation unter Leitung von Staatssekretär Klaus von Dohnany, die Befürchtungen einiger afrikanischen Staaten, der BRD-Stützpunkt im Herzen des Kontinents stelle eine Bedrohung für sie dar, nach Kräften zu „zerstreuen". Solche Befürchtungen waren vor allem von den direkt an das OTRAG-Territorium grenzenden

„zerstreuen". Solche Befürchtungen waren vor allem von den direkt an das OTRAG-Territorium grenzenden

Staaten Sambia und Tansania und selbst vom neo-kolonialen Kenia geäußert worden („EPD-Entwicklungspolitik", 17/77). Der Staatspräsident der VR Angola, A. Neto, hatte erklärt, die in Zaire von der BRD installierten Raketen könnten auch nukleare Sprengköpfe transportieren und stellten eine unmittelbare Bedrohung Angolas dar („Journal de Angola", 2.8.77). Wie gesagt, Dohnany war lediglich bemüht, „Bedenken zu zerstreuen", keineswegs wagte er also, sich als uninformiert auszugeben; ebensowenig wurde das faschistische Vertragswerk von ihm in seiner Rechtmäßigkeit angezweifelt. Außerdem bleibt festzuhalten, daß von Dohnany sich in Lagos durchaus als Ansprechpartner in dieser Angelegenheit verstand, die ja nach anderen Versionen „rein privat" sein soll („Süddeutsche Zeitung", 29.8.77).

So ist es wohl auch als verspäteter April-Scherz zu verstehen, wenn die SPD-Bundestagsabgeordnete Lenelotte von Bothmer nun in einer parlamentarischen Anfrage von der Bundesregierung wissen will, ob ihr bekannt (?!) sei, daß die OTRAG auf ihrem zairischen Territorium *„vertraglich absolute Hoheitsrechte besitzt und jede Art von Eingriff in die bestehenden Verhältnisse vornehmen kann"* („Politisch-Parlamentarischer Pressedienst" der SPD-Regierung, „PPP", 30.8.77). Frau von Bothmer möchte zynischerweise wissen, ob diese Tatsache das Verhältnis zwischen der BRD und dem Regime von Zaire in irgendeiner Weise beeinträchtigen könnte.

Die zuständigen Stellen werden angesichts soviel gespielter Naivität sicherlich genauso amüsiert sein wie wir, soll doch hier der Eindruck erweckt werden, als sei es einer privaten Firma quasi hinter dem Rücken der Bundesregierung gelungen, halb Zaire aufzukaufen, ohne daß in Bonn irgendjemand davon wußte.

Die Fragestellung von Bothmers enthält zusätzlich einen gehörigen Schuß Zynismus. Geht es ihr doch augenscheinlich nicht um die Verhinderung eines möglichen Militärstützpunktes oder um die Verhinderung grober Terrormaßnahmen gegen die zairische Bevölkerung, sondern um die Sorge, daß *„künftig die Beziehungen zwischen der BRD und Zaire beeinträchtigt werden könnten"* („PPP", 30.8.77).

Der sozialdemokratische „Vorwärts" versucht den Eindruck zu erwecken, als stünde die Bundesregierung dem ganzen Projekt mit großer Skepsis gegenüber und OTRAG habe mehr oder weniger einen Alleingang ins Ungewisse gemacht. Zaire habe OTRAG diese hervorragenden Konditionen nur eingeräumt, weil es selbst ein militärisches Interesse an der Nutzung des Territoriums habe.

Inzwischen hat die OTRAG selbst erneut den Abschluß des in „Afrique-Asie" abgedruckten Vertrages weitgehend bestätigt. Hatte sie noch laut „Parlamentarisch-Politischem-Pressedienst" den Vertag insgesamt bestätigt und nur das angegebene Schmiergeld an Zaire als „zu hoch" bezeichnet (vergl. AK 111), so wird zusätzlich über die „FAZ" ein Verwirrspiel inszeniert. Hier behauptet die OTRAG, erstens sei der in „Afrique-Asie" veröffentlichte Vertrag „nicht geheim" gewesen, und zweitens seien die Nutzungsrechte nicht so weitgehend wie von „Afrique-Asie" dokumentiert. Eine auffallend dümmliche Gegendarstellung der OTRAG also, zumal nicht einmal ansatzweise der Versuch gemacht wird, einzelne Passagen der „Afrique-Asie"-Dokumentation konkret als Fälschungen anzugreifen oder den angeblich „nicht geheimen" wirklichen Vertragstext im Wortlaut zu veröffentlichen („FAZ", 10.8.77).

Um die Liste der Reaktionen zu vervollständigen, sei noch die erste, wenig originelle Stellungnahme der zairischen Seite erwähnt.

Die zairische Botschaft in Daressalam wies in einer offiziellen Erklärung alle Presseberichte über den Ver-

Die zairische Botschaft in Daressalam wies in einer offiziellen Erklärung alle Presseberichte über den Ver-

tragsabschluß als „reine Erfindungen" zurück und meinte, es sei „undenkbar", daß Präsident Mobutu einen Teil seines (!) Territoriums verkaufen würde („Sunday Times", Tansania, 14.8.77). Die Vertragspartner sollten ihre Dementis langsam vereinheitlichen!

Die Bundesregierung und OTRAG

Unsere vorläufigen Recherchen über die Beteiligung staatlicher bundesdeutscher Stellen am OTRAG-Projekt haben bisher folgendes ergeben:

Bereits seit Ende der 60-ger Jahre suchte Diplom-Ingenieur Lutz Kayser (heute Direktor der OTRAG) öffentliche Unterstützung für seine »Raketenpläne«. 1971 wurde er vom Bundesforschungsministerium offiziell beauftragt, Studien über die »Herstellung billiger Raketen« anzustellen. 1972 beteiligte das gleiche Ministerium zusätzlich die staatlich finanzierte »Deutsche Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt« (DGfLR) an dem »Raketenprojekt«. Seitdem kontrolliert und überwacht die DGfLR, und damit indirekt das Bundesministerium selbst, den Fortgang der Arbeiten an der »Kayser-Rakete«. Mitte 1974 bestätigte die DGfLR offiziell, daß die »KayserRakete« einwandfrei funktioniere. Ende 1974 wurde dann die OTRAG gegründet (Informationen nach »Blick durch die Wirtschaft«, BdW, 10.1.75; »FAZ«, 13.1.75 und 15.1.75; »Extra-Dienst«, 12.8.77).

Auch für die Finanzierung der weiteren Arbeiten sind Bonner Regierungsstellen vorgesehen. Wie das SPD-Parteiorgan »Vorwärts« vom 25.8.77 mitteilt, hat die OTRAG 1975 einen Bürgschaftsantrag für einen 300 Mio. DM Kredit an das Auswärtige Amt und das Wirtschaftsministerium gestellt. Diese Kontakte der OTRAG zum Bundesforschungsministerium, zum Auswärtigen Amt und zum Wirtschaftsministerium sind keineswegs zufällig oder nebensächlich. Ein weiteres Detail beweist, daß die Gründung der OTRAG 1974 lediglich ein weiterer Schritt für ein Großprojekt des BRD-Imperialismus darstellte, das bereits seit langen Jahren geplant war: Einer Broschüre der OTRAG über ihre Arbeiten in Zaire entnehmen wir, daß eine Tochterfirma, die »Stewering & Fils S.p.a.r.l.« zur Zeit für 10,7 Mio. DM eine Stahlbetonbrücke über den Lukuga-Fluß baut, die mit Mitteln der eng mit dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) zusammenarbeitenden »Kreditanstalt für Wiederaufbau«, finanziert wird. Das BMZ teilte jetzt mit, daß die ersten Pläne für diese Brücke, die direkt zum Raketenversuchsgelände der OTRAG führt, bereits aus dem Jahre 1965 stammen! Damals unterzeichnete der Entwicklungshilfeminister Walter Scheel (FDP, heute Bundespräsident) einen ersten Darlehensvertrag für die Brücke. Eine erneute Kreditzusage wurde 1972 gegeben, im selben Jahr also, als das Bundesforschungsministerium endgültig aktiv in das OTRAG-Projekt eingestiegen ist. Es dauerte allerdings *»noch bis zum 1. November 1974 ehe die damals noch selbständige Firma Stewering den Auftrag erhielt. Stewering war — wie man hört — der einzige Anbieter, weil in dem 'gottverlassenen Gebiet'* (!!, BMZ-Originalton) *niemand bauen wollte«* (»Vorwärts«, 25.8.77). Wer nicht an einen Schildbürgerstreich glaubt, wird sich fragen, wieso bereits 1965 in einem »gottverlassenen Gebiet« eine kostspielige Brücke gebaut werden sollte, die sich später ganz »zufällig« als infrastrukturelles Schlüsselglied für die Landverbindung zur BRD-Kolonie erweisen sollte. Für den Warenaustausch der in der Umgegend lebenden Nomaden (so die offizielle Version) war diese Brücke sicher nicht gedacht.

Die einzig mögliche Schlußfolgerung ist, daß bereits damals klar war, welchen Zwecken die Brücke einmal dienen sollte, oder zumindest, daß seit '65 der BRD-Imperialismus weitreichende Pläne für Ost-Zaire schmiedete.

Was steckt hinter der OTRAG ?

Was steckt hinter der OTRAG ?

Wir können im Einzelnen noch nicht belegen, wer sich hinter der Fassade der OTRAG verbirgt. Aus den offiziellen Bilanzen geht jedoch bereits hervor, daß im Hintergrund kapitalkräftige Finanzgeber aus den Spitzen der westdeutschen Industrie stehen:

Die OTRAG wurde 1974 angeblich mit einem Anfangskapital von 1 Mio. DM gegründet (»Kaysers Privatvermögen«). Diese Story, die ständig durch die Presse geistert und auch in den Bilanzen auftaucht, ist schon sehr merkwürdig. Welcher noch so spleenige Raketen-Wissenschaftler würde sein bescheidenes Privatkapital in ein Unternehmen investieren, das in dieser lächerlichen Größenordnung den großen staatlichen Weltraumforschungs-Monopolen unterlegen sein muß und nur äußerst geringe Erfolgsaussichten besitzt. Mit 1 Mio. DM Grundkapital läßt sich noch nicht einmal eine Tageszeitung auf dem Markt durchsetzen, geschweige denn ein Unternehmen, das ernsthaft mit dem Weltraum-Giganten NASA konkurrieren will. Um nur ein Beispiel zu nennen, mit welchen Summen in dieser »Branche« hantiert wird: Das gescheiterte Projekt der Euro-Rakete hat insgesamt mehr als 5 Milliarden DM verschlungen. In der bürgerlichen Presse wird zu diesem Problem »argumentiert«, Kayser habe eben die »Billig-Rakete« entwickelt, mit der man später für 30 Mio. DM Nutzlasten in eine Erdumlaufbahn schicken könne.Die NASA verlange für einen ähnlichen Abschuß das Doppelte, darin liege die große Chance für die OTRAG. Allerdings kann eine Firma mit nur einer Million Grundkapital noch nicht einmal diese »billige« Rakete bauen. Also mußte Kayser kräftige Finanzgeber im Hintergrund haben. Die Bilanzen belegen das. Aus der Bilanz zum 31.12.76 (veröffentlicht im »Bundesanzeiger« vom 15.6. 1977) ist ersichtlich, daß das Kapital der OTRAG durch sogenannte »Stille Gesellschafter« um rund 55,6 Mio. DM aufgestockt wurde. Weitere Einlagen von »Stillen Gesellschaftern« in Höhe von 12,87 Mio. DM stehen noch aus. Geplant ist, weitere Einlagen bis zu 300 Mio. DM aufzunehmen.

Um die Anonymität dieser Kapitalgeber zu gewährleisten hat die Aktiengesellschaft OTRAG eine sogenannte »OTRAG-Stille Gesellschaft« gegründet, deren alleiniger Zweck darin besteht, die Gelder der »Stillen Gesellschafter« einzusammeln und der OTRAG zur Verfügung zu stellen. Anders als sonst bei »Stillen Gesellschaften« üblich, haben bei OTRAG allerdings die »Stillen Gesellschafter« Vetorecht im Aufsichtsrat und im Vorstand, sind also nicht bloß Financiers, sondern nehmen direkt Einfluß auf die Geschäfte (lt. Brief des Beirats der OTRAG an alle Stillen Gesellschafter; Düsseldorf 30.6.77).

Kaum verständlich erscheint zunächst, warum diese doch recht beträchtlichen Summen in die OTRAG schon bisher investiert wurden, wenn die Kapitalgeber bisher angeblich keine weitere Erfolgsgarantie hatten, als den Glauben an das Erfindertalent von Ingenieur Kayser, zumal das Unternehmen nach normalen kapitalistischen Prinzipien eigentlich am Rande des Konkurses steht: Bei einer Bilanzsumme von rund 329 Mio. DM beträgt der Verlust (vom 31.12.76) rund 229 Mio. DM, das heißt fast 70% der Bilanzsumme. Die einzig mögliche Schlußfolgerung: Die Firma wird direkt von den höchsten Spitzen des BRD-Imperialismus gedeckt und ausgehalten.

Diese These wird gestützt durch einen Kredit in Höhe von sage und schreibe 258 Mio. DM, also rund einer Viertelmilliarde, der in der Bilanz vom 31.12.76 verzeichnet ist. Wie aus der »Gewinn- und Verlustrechnung« der gleichen Bilanz hervorgeht, muß OTRAG für diesen Kredit den äußerst niedrigen Zinssatz von etwa 3% bezahlen (für Zinsausgaben tauchen hier etwa 7 3/4 Mio. DM auf). Solche Vorzugsbedingungen werden normalerweise nur wenigen ausgewählten Unternehmen gewährt, die außergewöhnliche Sicherheiten bieten können, oder mit denen eine bestimmte Bank besondere Interessen (sprich Gewinn-

wöhnliche Sicherheiten bieten können, oder mit denen eine bestimmte Bank besondere Interessen (sprich Gewinn-

beteiligung) verbindet.

Weitere Hinweise auf enge Verbindungen der OTRAG zum Großkapital sind dem Posten »Maschinen und maschinelle Anlagen« der erwähnten Bilanz zu entnehmen. Hier wird ein Maschinenvermögen von nur rund 1,5 Mio. DM ausgewiesen. Mit diesem Maschinenpark läßt sich allenfalls ein mittelgroßer Handwerksbetrieb ausstatten, Raketen, selbst so kleine wie die von OTRAG am 17. Mai 1977 abgeschossene, sind damit jedoch nicht herzustellen. Die OTRAG verfügt also offensichtlich gar nicht über die notwendige maschinelle und technische Ausrüstung, um ihrem propagierten Raketenprogramm nachkommen zu können. Programme eines solchen Umfangs lassen sich allenfalls in den Anlagen von Großfirmen wie Siemens oder Messerschmidt-Bölkow-Blohm durchführen. Ein Unternehmen mit der Ausstattung der OTRAG kann allenfalls als kleine Forschungsabteilung eines solchen Großkonzerns fungieren. Nichts anderes dürfte die OTRAG auch darstellen. Ein weiterer Beweis zur wirklichen Bedeutung der OTRAG und zur Finanzhilfe ihrer Hintermänner ist die Person des seit Ende 1975 als Aufsichtsratsvorsitzender der OTRAG fungierende K.H. Debus. Debus gehört zur Weltspitze der Kapazitäten im Raketenbau und war langjähriger Direktor der NASA, der weltweit führenden US-Behörde auf dem Sektor der Weltraumtechnik und Rüstungsindustrie.

Daß solche »Größen« nur in ihrem Zuschnitt angemessene Projekte einsteigen, versteht sich wohl von selbst.

Zum Stand des Projekts

Zum gegenwärtigen Stand des OTRAG-Projekts sind wir im wesentlichen auf die Angaben der OTRAG-Broschüre aus Anlaß des Raketenstarts vom 17. Mai 1977 angewiesen. Als wichtigste Maßnahme wurde bereits ein 70000 qm großer Flughafen gebaut, der etwa der Größe des Stuttgarter Flughafens entspricht und bereits heute laut OTRAG von jedermann (!?) mitbenutzt werden kann (»EPD-Entwicklungspolitik«, 17/77). Der OTRAG-Tochter ORAS stehen zwei vier-motorige schwere »Argosy« Frachttransportflugzeuge zur Verfügung, die ständig zwischen der BRD und Zaire hin- und herpendeln (»FAZ«, 18.5.77). Unterkünfte für die OTRAG-Mitarbeiter der Abschußrampe sind bereits fertiggestellt, die Brükke über die Lukuga ist kurz vor der Vollendung. Schließlich hat die OTRAG -Tochter Stewering einen Granitsteinbruch aufgemacht, der für alle anfallenden Arbeiten der OTRAG die notwendigen baulichen Materialien

Granitsteinbruch aufgemacht, der für alle anfallenden Arbeiten der OTRAG die notwendigen baulichen Materialien

liefert.

Dies alles sind zwar schon recht erhebliche Aufwendungen, bedenkt man jedoch die Größe des Gebiets und die weitreichenden Festschreibungen im Vertragstext, liegt nahe, daß entweder das OTRAG-Projekt noch in den allerersten Anfängen steckt, bzw. sich in der »deutschen Kolonie« bereits heute Dinge abspielen, die nicht im bunten Werbeprospekt der OTRAG verzeichnet sind und die noch ganz andere Dimensionen ausmachen dürften....

(Jedenfalls stehen wir erst am Anfang unserer Recherchen und hoffen nicht zuletzt auf weitere Hinweise aus dem Kreis der AK-Leser!)

Afrika-Kommission

Sprengstoffanschlag auf MAN-Gebäude

Nürnberg. Am frühen Morgen des 22. 8.77 explodierte im Verwaltungsgebäude der MAN in Nürnberg ein Sprengkörper, der Teile der Lichtpauserei zerstörte.

Die Verantwortung für den Anschlag übernahmen die „Revolutionären Zellen", die in einer Erklärung an die Presse (im Verlag Arbeiterkampf ging die Erklärung der RZ am 23.8. ein) mitteilten, daß sie mit der Aktion in Nürnberg *„auf die Rolle von MAN im imperialistischen Atomgeschäft und dessen staatliche Unterstützung hingewiesen (haben). Der Anschlag auf MAN richtet sich gegen die Beihilfe zur Herstellung südafrikanischer Atombomben".* Konkret heißt es weiter zu MAN: *„MAN exportiert Verdichter für eine Urananreicherungsanlage in Pelindaba in Südafrika. Das Materialamt der Bundeswehr versieht die Lieferung mit NATO-Kodifizierungsnummern, was für militärische Güter vorgesehen ist. Das Trenndüsenverfahren, nach dem die Anlage gebaut wird, wurde durch die staatseigene „Gesellschaft für Kernforschung" in Karlsruhe, die Firma STEAG in Essen und MBB, München, entwickelt."* Weiter wird in der Erklärung der „Revolutionären Zellen" das rassistische Unterdrükkungssystem in Südafrika gebrandmarkt und die Unterstützung dieses faschistischen Staates durch die BRD-Regierung.

Während die kriminelle Verbindung von MAN und der BRD-Regierung zum faschistischen Südafrika in der bürgerlichen Presse wohlweislich totgeschwiegen wurde, schossen sich die bürgerlichen Journalisten um so mehr auf die „Revolutionären Zellen" ein. In der Nürnberger Zeitung wurden in großer Aufmachung Phantasiegeschichten über die „Revolutionären Zellen" verbreitet in der Art, die „Revolutionären Zellen" würden von einem *„konspirativen Nachrichtendienst bedient ..., der von bereits inhaftierten (?!) Terroristen mit Material versorgt werde"* (,NZ', 24.8.77).

Diese Stories vom „konspirativen Nachrichtendienst" passen ganz ausgezeichnet in die gegenwärtige Kampagne des Staates, die Verbindung der politschen Gefangenen zu ihren Anwälten zu beschneiden. Daß dabei die kriminellen Aktivitäten von MAN & Co in Südafrika und anderswo aus dem Blickfeld geraten, ist nur im Sinn der Erfinder dieser Geschichten...

KB/Gruppe Nürnberg

Rassisten bereiten Atomkrieg vor — BRD mischt kräftig mit

Nach übereinstimmenden Berichten sowjetischer und US-amerikanischer (!) Geheimdienste sind die Rassisten derzeit dabei einen Atombombenversuch vozubereiten.

Obwohl dies im Klartext heißt, daß die südafrikanischen Faschisten über die Atombombe verfügen, obwohl dies auch heißt - was seit langem bekannt ist - daß dies nur mit Hilfe der imperialistischen Staaten, insbesondere den USA, England, Frankreich und der BRD, möglich war und ist, sind nun gerade diese Staaten bemüht den Empörten und Überraschten rauszuhängen:

– *„USA warnen Südafrika";„Paris warnt Pretoria vor Kernwaffenversuchen"; „Auch London besorgt" und „Bonn schließt sich der Kritik an Südafrikas Nuklearpolitik an"* (Überschriften der SZ in der Zeit vom 22-24.08.77).

Allgemeine Forderung der Imperialisten:*„Südafrika solle sofort den Atomwaffensperrvertrag unterschreiben"*(Genscher).

Daß dieser „Protest" und diese Forderung letzlich nur dazu dienen Beruhigungspillen zu verteilen und diplomatische Pflichübungen gegenüber den schwarzafrikanischen Staaten zu erfüllen - gerade angesichts der zu der Zeit laufenden Anti-Apartheid -Konferenz in Lagos - wird an verschiedenen Feststellungen der Imperialisten selber deutlich.

„Es gibt ganz klare und präzise Anzeichen dafür, daß Südafrika eine Atombombe baut ... Es ist unsinnig anzunehmen, sie würden sie nicht erproben wollen", lautet der Kommentar der französischen Zeitung„Le Monde" (24.08.77) folgerichtig dazu.

Neben dieser „sachlich wohl richtigen Darstellung" wird auch erklärt, wie „weitgehend" der Protest der imperialisischen Staaten ist:

–*„Sollte Südafrika*(die Bombe) *auch erproben, werde Frankreich das verurteilen...."(NZZ, 24.08.77);*

Sollte Südafrika eine A-Bomben Erprobung „vorbereiten, wäre dies ein äußerst ernster Sachverhalt, den die britische Regierung aufs Schärfste verurteilen würde" (SZ, 24.08.) usw. usf.

Genscher:*„Gerade ein Land wie Südafrika, das in einem Spannungsgebiet liege, habe eine besondere Verantwortung, jeden Zweifel an seiner Haltung zu Kernwaffen auszuschließen"*(NZZ, 25.08.77)

Die jetzt mit papiernen „Verurteilungen", haben der RSA zuvor Material und Know-how geliefert (und tun dies weiterhin), haben die RSA zur atomaren Aufrüstung ermuntert und gedrängt, mit einer Aufnahme ins „westliche Verteidgungsystem" gelockt etc. pp.

Das Advokaat-System schließt direkt an die Nato an

Das ist eine der Feststellungen eines Berichtes der UN-Menschenrechtskommission:*„ Die Radarschirme des Advokaat-Systems in Südafrika erlauben eine Überwachung des Atlantiks zwischen Südafrika und Südamerika sowie des Indischen Ozeans bis Australien und Neuseeland. Deutsche Firmen - darunter AEG, Siemens und MAN - haben laut UN-Rapport am Bau aktiv mitgearbeitet."....*

„Der UN-Rapport sieht das Advokaat System in einem größeren Zusammenhang. Dazu gehört auch der Ausbau des Flottenstützpunktes Simonstown, der gegenwärtig ... auf das dreifache seines Fassungsvermögens vergrößert wird....Die südafrikanische Flotte ist auf keinen Fall groß genug, um diese Einrichtungen allein ausfüllen zu können."

Der Bericht stellt fest, daß gerade Südafrika *„ die ideale Ausgangsbasis"* der NATO für einen evtl. Konflikt im gesamten südlichen Afrika ist und von daher eine*„zunehmend enger werdende Interessengemeinschaft zwischen den Westmächten und Südafrika" festgestellt werden kann(siehe AK 111).*

Darüberhinaus*„unterstellt der Bericht den USA die Absicht eine militärische Besetzung der Ölquellen im arabischen Raum für den Fall eines neuerlichen Ölboykotts vorzubereiten"*(Kissinger Pläne, Ak).*„In dieser Linie liege der Ausbau des amerikanischen Stützpunktes auf der Insel Diego Garcia im Indischen Ozean."* Für diesen Plan wiederum sei die Radarüberwachung und der Hafen in Simonstown unerläßlich!

Sind diese Feststellungen schon eindeutig genug, so lassen die Ausführungen zur atomaren Zusammenarbeit kaum Fragen offen:

Die UN schätzt die jährlichen Kredite ausländischer Banken an Südafrika auf 750 bis 1.000 Mio. DM.*„Deutsche Banken werden dabei zu den hauptsächlichen Geldgebern gezählt.....*

Von besonderer politischer Brisanz sind die Kredite an die südafrikanische Elektrizitätsgesellschaft ESCOM, die den Bau einer Urananreicherungsanlage plant .... Die ESCOM hat allein im Jahre 1976 von westeuropäischen und amerikanischen Banken Kredite in Höhe von 939 Mio.DM (!!) erhalten ... 16 Firmen aus den USA Großbritannien, BRD, Frankreich, Italien, der Schweiz und Japan hätten der ESCOM spontan ihre Bereitschaft mitgeteilt, am Bau der Anlage mitzuwirken ....."

Und weiter: Allein aufgrund eines von Frankreich gelieferten AKW's von einer Million Kilowatt Leistung wäre*„Südafrika in der Lage jedes Jahr 30 Atomsprengköpfe von der Größenordnung der Hiroshima -Bombe herzustellen. Als Trägerwaffen stehen Südafrika Canberra Bomber von 6.400 km Reichweite sowie die von Frankreich gelieferten Mirage Jagdbomber zur Verfügung"*(alle Zitate FR, 19.08.).

Über die Lieferung des Trenndüsenverfahrens und sonstiger enger Zusammenarbeit der bundeseigenen STEAG brauchen wir an dieser Stelle wohl nichts zu berichten, da wir darauf scho n ausführlich in früheren Aks eingegangen sind.

Fakt ist, daß die mehr oder weniger unverhüllte Ankündigung eines Atom-Bomben Tests durch die RSA -*„Wir lassen uns nicht vorschreiben, ob wir mit unserem Uran auch Atombomben bauen oder nicht"*, der RSA Kriegsminister am 30.08.77 - durch die stille und direkte Hillfe der Imperialisten erst zustandekommen konnte (und wohl auch in die Tat umgesetzt wird).

BRD immer dabei

Wenn es um Kriegsvorbereitungen oder atomare Aufrüstung an irgendeiner reaktionären Ecke der Welt geht, darf natürlich der BRD-Imperialismus nicht außen vor stehen:

– Es ist leider schon beinahe „normal," die enge militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der BRD und den Rassisten festzustellen (Rall-Besuch, ständiger Erfahrungsaustausch zwischen Bundeswehr und Rassisten, Lieferung von Fregatten, Hubschraubern, Unimogs usw. STEAG-Zusammenarbeit Hermes - Kredite usw, usf.)

Fakt ist jedoch, daß gerade die sozial-liberale Koalition sich immer wieder bemüht, mit neuen Dementis und Lügen aus der Affäre zu ziehen(siehe Ak 111)

Inzwischen sah sich jedoch selbst der sozialdemokratische „Vorwärts" gezwungen, die direkte militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zuzugeben (wenn auch sehr gedämpft und im wesentlichen auf die FDP gemünzt, doch immerhin):

– So reiste z.B. der FDPler Otto Graf Lambsdorff im Februar 75 in die RSA, um im Anschluß die BRD Beteiligung am Urananreicherungsprojekt anzukurbeln.

– Im Juni 76 war eine RSA Delegation in Bonn,*„bei den Bundestagsparteien, den Wirtschaftsbossen, im Auswärtigen Amt und hörten sich im Verteidigungsministerium 2 1/2 Stunden lang Vorträge über militärpolitische Aspekte der Sicherheitspolitik und über die Bundeswehr der 80er Jahre an".*

– In den letzten Tagen hielten sich die FDP-Abgeordneten Bangemann, Möllemann, Jung und Ludewig in der RSA auf.(Wobei der „Vorwärts" lediglich daran rummäkelt, daß diese Reise offiziell wohl „politisch heikel" wäre und die FDP'ler daher das Angebot einer RSA „Werbeagentur" angenommen hätten) (Vorwärts, 18.08.77).

Was allerdings der „Vorwärts" vornehm verschweigt, ist, daß die FDP'ler allesamt *„Verteidigungspolitiker der FDP-Fraktion"* im Bundestag sind (!!) („Spiegel", 29. August).

Darüberhinaus sind sie allesamt Offiziere i.R. der Bundeswehr ! Es werden eben auch über solche „beiläufigen Ferienbesuche" militärische und außenpolitische Kontakte gepflegt und ausgebaut.

Offener und direkter ist da die Zusammenarbeit der der CSU nahestehenden Studentenvereinigung HTS aus Tübingen:

– So trainieren ihre Mitglieder in der RSA und Rhodesien ihre militärischen Fähigkeiten um sie *"in der BRD weiterzuverbreiten".*

– Der für die HTS im Studentenparlament sitzende Thomas Veigel war im letzten Jahr drei Monate in der RSA, *um „seine militärischen Kenntnisse, auch zur Weiterverbreitung im HTS, aufzufrischen".*

– Mitglieder der HTS, die gleichzeitig der „Wehrsportgruppe Hoffmann" angehören, halten sich derzeit im südlichen Afrika und Rhodesien auf, *„zwecks Unterstützung der Abwehr gegen die kommunistische Aggression. . . "* (Angaben nach „die Tat").

Da diese Aussagen vom HTS öffentlich gemacht worden sind – z.T. in offenen Briefen mit Namensnennung der Betroffenen – kann man also davon ausgehen, daß die Gruppe, zusammen mit den Hoffmann-Faschisten ganz offene Söldnerwerbung für die RSA und Rhodesien betreibt !!

Das Ganze geschieht – obwohl die „Gesetze das verbieten" („Tat") – unter den Augen der sozial-liberalen Koalition.

Was Wunder, BRD-Kapitalisten und die Regierung liefern schließlich die Waffen – bis hin zur Atombombe – mit denen die Rassisten und ihre Söldner den Imperialismus im südlichen Afrika hochhalten sollen!!

Afrika-Kommission

Tansania: Ein erfreulicher diplomatischer Skandal!



Tansanische Studenten (im Hintergrund) „empfangen" den französischen Außenminister

Am 18.08. besuchte der französische Außenminister Louis de Guiringaud im Rahmen einer Tournee durch vier afrikanische Staaten auch Tansania, oder besser : wollte besuchen. Am Flughafen in Dar es Salaam empfingen ihn ca. 200 Studenten mit Transparenten und Sprechchören gegen die militärisch-nukleare Zusammenarbeit Frankreich/RSA. Als es ihnen gelang, den wohl bewußt schwachen Polizeikordon zu durchbrechen und sich dem Außenminister für kurze Zeit in den Weg zu stellen, verlangte Guiringaud eine offizielle Entschuldigung seitens der tansanischen Regierung; als diese entschieden ablehnte, reiste der französiche Imperialismus-Vertreter empört und unverrichteter Dinge am nächsten Morgen ab.

Bereits Tage vorher und auch am Tag des Besuchs veröffentlichte die tansanische Presse mehrere Berichte und ausführliche Analysen über jahrzehntelange - trotz ständiger Dementis und Beteuerungen stattfindende - umfangreiche militärische Zusammenarbeit Frankreichs mit der RSA. In den Artikeln wurden die lächerlichen Rechtfertigungsversuche seitens des französischen Imperialismus (die Waffen würden nur zur Verteidigung und nicht gegen die schwarze Bevölkerung eingesetzt (?) etc), auseinandergenommen und der ganze Staatsbesuch als Propaganda- und Bestechungsversuch entlarvt.

Der Artikel der tansanischen „Daily News" am Tag der Anreise Guiringaud's endete mit folgendem Absatz:*„Guiringaud weiß das alles* (militärische Kollaboration) *ganz genau. Und er weiß , daß wir das auch wissen. Und das macht es für uns so schwierig zu verstehen, was er uns hier bei seinem Besuch erklären will. Aber vielleicht können wir verstehen, was er fühlt. Er ist ein Repräsentant des Kapitals . Profit ist die Grundlage des Systems, daß er vertritt - nicht Menschlichkeit.*

Aus diesem Grund wird er uns einen Haufen „ Hilfe" anbieten - um uns die mörderischen Aktivitäten Frankreichs in Südafrika vergessen zu lassen; Aktivitäten, die den französischen Monopolisten höchste Super Profite bescheren" (18.08.).

Auch eine Presseerklärung der *Dar es Salaam University Students Organization (DUSO)* wurde in der Daily News erwähnt, in der es u.a. heißt, daß der Besuch der „Frontstaaten" (Stationen seiner Reise waren auch Sambia und Mosambik) *„zu dieser Stunde des starken Befreiungskampfes mit Abscheu und Haß beobachtet wird. "... Der französische Imperialismus versucht, alle seine Schwierigkeiten auf die jungen Staaten abzuwälzen und mehr Druck auf die Völker auszuüben, die für Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt kämpfen .... Trotz alledem besitzt Frankreich die Frechheit, uns seine billige Politik zu verkaufen .... Wir weigern uns zuzuhören, solange Frankreich keinen grundsätzlichen Wechsel vollzieht!"*

In diesem Sinne versammelten sich auf dem Flughafen ca. 200 Studenten mit Parolen in englischer und französischer Sprache, wie*„Frankreich raus aus Afrika", „Frankreich, hör auf Afrikas schlimmsten Feind zu bewaffnen"* und *„Das französische Volk ist gegen den Rassismus - hört auf mit der Kollaboration!"*

Kurz nachdem Guiringaud aus seiner Düsenmaschine ausgestiegen war, gelang es den Studenten, den Sicherheitskordon zu durchbrechen und sich dem Flugzeug zu nähern. Auf seinem Weg zum Flughafengebäude mußten Guiringaud plus Anhang für kurze Zeit anhalten, bis die Studenten ihm den Weg freigaben. Der Außenminister , offenbar total aus dem Häuschen, machte den anwesenden tansanischen Außenminister Mkapa lautstark persönlich für die Demonstration verantwortlich und forderte ihn auf, gegen die Demonstranten vorzugehen.(Er soll im Beisein der Presse mehrfach hysterisch gerufen haben:

„Ich bin ein Vertreter Frankreichs!").

Schließlich platzte die vorgesehene Pressekonferenz und G. ließ sich in sein Hotel fahren, wohin ihm die 200 Studenten mit Bussen folgten. Vor dem Hotel verlasen die Demonstranten ihre Rede zu Ende, die sie auf dem Flughafen begonnen hatten(Daily News, 19.08.)

Daraufhin erschien G. auch am Abend nicht zu dem tansanischen Staatschef Nyerere und verlangte stattdessen ultimativ eine offizielle Entschuldigung seitens der Regierung. Das Tansanische Außenministerium erklärte diese Bedingung für *„absolut unannehmbar"* und den Besuch für gestrichen.(FR, 20.08).

Bereits am nächsten Morgen reiste der Außenminister samt Anhang wieder ab. Die tansanische Regierung und Presse reagierten mit klaren Stellungnahmen auf diese Unverschämtheit. Auf einer Pressekonferenz erklärte Nyerere, daß der abgebrochene Besuch eine *„Manifestation der üblichen französischen Arroganz"* sei (Daily News, 21.08) Der wirkliche Grund für die Abreise sei nicht die Demonstration gewesen, sondern die Weigerung der tansanischen Regierung, nach der Pfeife Frankreichs zu tanzen.*„Steht die Würde von Herrn Guiringaud über der Wüde des südafrikanischen Volkes, das erniedrigt, ausgebeutet und gemordet wird von einem Regime, das mit französischen Waffen bewaffnet ist?"*(FR, 20.08.)

„Alles was unsere Jungs gemacht haben, war, ihn mithilfe von Plakaten zu fragen, was er sich dabei denkt, Waffen an Südafrika zu verkaufen und er fordert daraufhin, daß wir uns entschuldigen. Nicht s i e wollten sich bei uns dafür entschuldigen, daß sie Waffen an Südafrika verkaufen.... Sie wollten einen Unterschied machen zwischen einer Entschuldigung und einem Schreiben, in dem wir unser Bedauern ausdrücken. Wir sagten nein. Er sagt, daß er in diesem Fall abreisen würde. Wir sagten:Bon Voyage (Gute Reise)!!"(Sunday News , 21.08.77).

Afrika-Kommission

Rassisten-Smith als Sieger einer Wahl-Farce

Am 31. August fanden in Rhodesien „Wahlen" statt. Sie waren nötig geworden, nachdem in den letzten Monaten 12 Parlaments- und Regierungsmitglieder der regierenden „Rhodesischen Front" des Faschisten Smith aus der Partei ausgetreten waren. Grund: Sie warfen Smith vor, durch seine „Bereitschaft" über einen „friedlichen Übergang" zur schwarzen Mehrheitsregierung zu verhandeln, „einen nationalen Ausverkauf" zu betreiben!

Diese Vögel gründeten eine eigene Partei und traten *„gegen Verhandlungen, friedliche Lösung und interne Lösungen"* auf.

Ihr erklärtes Ziel: *„weitere Verschärfung aller Rassengesetzgebung; sofortige Inhaftierung aller Schwarzen, die in Opposition zur offiziellen Regierungspolitik stehen; entschlossene militärische Zerschlagung des bewaffneten Widerstandes."* Ihre Wahlparole: *„Kampf bis zum endgültigen Sieg oder Untergang der zivilisierten Kultur in Rhodesien"* (nach „Sunday News"/Tanzania, 21.8.77).

Ihr „Gegner" Smith und die „Rhodesische Front" unterschied sich nur in Nuancen:

Smith: *„solange ich an der Regierung bin, wird es keine schwarze Mehrheitsregierung geben . . . auch keine Verhandlungen über Wahlen nach dem System „ein Mann — eine Stimme ... das wäre gleichbedeutend mit dem Ende der Demokratie«* (»Le Monde«, 24.8.77).

Fortsetzung auf Seite 52

Fortsetzung von Seite 51

»Wir werden nicht verhandeln mit Leuten, die etwas mit bewaffnetem Kampf oder Terrorismus zu tun haben« (gemeint ist die Patriotische Front und die sie unterstützenden Frontstaaten, die Red.).*»Diese Leute verstehen nur eine Sprache: Die der Gewehre"*),„Sunday News"/Tanzania, 21.8.77).

Der „Unterschied": Die „Rhodesische Front" meint, daß sich ein *„Binnenland wie Rhodesien auf Dauer nicht des Druckes von außen erwehren kann"* und deshalb gezwungen ist *»eine Lösung zu finden, die ein friedliches Zusammenleben von Schwarz und Weiß garantiert.«* Zu diesem Zweck soll *»die Macht in den Händen einer zivilisierten und verantwortungsvollen Mehrheit liegen ... [denn die Beteiligung aller Rhodesier an allgemeinen Wahlen sei nicht möglich und denkbar]"* (SZ, 1.9.77).

Smith strebt eine „interne Lösung" mit den — von ihm bezahlten und ins Land geholten — schwarzen Kollaborateuren Sithole (ANC) und Mozurewa (UANC) an.

Wessen Vertreter diese *„Führer des schwarzen Volkes von Zimbabwe"* (Sithole über Sithole) sind, wird klar, wenn man sich ihre Position gegenüber den Rassisten anschaut. Trotz aller „Offenheit" von Smith im Wahlkampf (keine schwarze Mehrheit, keine Wahl nach dem System „ein Mann — eine Stimme" etc.), erklärten sie nach den Wahlen eilig, zu einer *„weiteren Zusammenarbeit mit der Regierung Smith bereit"* zu sein. Denn — getreu den Parolen der Rassisten — streben *„die Frontstaaten und die Patriotische Front an, dem Volk von Zimbabwe mit Waffengewalt eine Lösung nach dem Geschmack Moskaus und Pekings (!) aufzuzwingen »* (Sithole nach »Daily News« / Tanzania).

So gesehen stand also nichts „zur Wahl", außer Rassisten, die „bis zum Tod kämpfen wollen" und Rassisten,
Tod kämpfen wollen" und Rassisten,
die, um zu retten, was zu retten ist, eine „interne Lösung" mit von ihnen bezahlten Kasperfiguren anstreben in der Tat aber dieselben Ziele verfolgen.

Die Wahlen waren eine Farce:

Von 2,7 Mio. Einwohnern dürfen nur ca. 93.000 zur Wahl gehen. Davon 85.000 Weiße und genau 7.478 privilegierte Schwarze (bestimmt nach Einkommen und Schulbildung).

Im Parlament wird die weiße Minderheit von 50 Abgeordneten vertreten. 16 schwarze Abgeordnete „vertreten die Schwarzen", 8 von diesen sind von der Regierung ernannte Häuptlinge, 8 sind „gewählt" (eben von den 7.478 Schwarzen) (nach FR, 27.8.77).

Das Wahlergebnis: Smith und die »Rhodesische Front« erhielten alle 50 »weißen Sitze« im Parlament.

Smith: „*Das Volk* (85.000 von 2,7 Mio.; die Red.) *hat damit bewiesen, daß es keine Lösung von außen — ich meine die neuen britisch-amerikanischen Pläne — akzeptiert. Wir werden eine interne Lösung mit den vernünftigen Führern der Schwarzen daher jetzt mit aller Macht vorantreiben"* (NDR, 1.9.77).

Auch die Vertreter der Imperialisten — der britische Außenminister Owen und der US-Vertreter Young, die sich z.Zt. auf Afrika Trip befinden — erklärten, daß man wohl an *„Sithole und Muzorewa nach dieser Wahl nicht vorbeikomme"* (NDR, 1.9.77). Sie trafen sich bereits einen Tag nach der Wahl mit den beiden!

D.h. dieses Wahlmanöver soll anscheinend den Imperialisten und Rassisten dazu dienen, ihrem Ziel der *»friedlichen Lösung mit gemäßigten Schwarzen«* einen Schritt näher zu kommen.

Smith dazu in aller Offenheit: *„Die Briten und damals auch Kissinger haben mir zugesichert, alles zu tun, damit Rhodesien im westlichen Lager verbleibt. Ein wichtiger Schritt dazu ist jetzt getan, wenn wir alle dieses Wahlergebnis akzeptieren"* (nach NDR, 1.9.77). Wie gesagt, „wenn"

Afrika-Kommission

Norweger auf der Anti-Apartheid-Konferenz

Auf der Anti-Apartheidkonferenz in Lagos forderte Norwegens Ministerpräsident Nordli *„ein wirkungsvolles Waffenembargo gegen Südafrika und einen Investitionsstop"* (NZZ, 25.8. 77).

Nordli schlug insbesondere eine verstärkte Hilfe an die Befreiungsbewegungen in Südafrika, Namibia und Zimbabwe vor. Auf einer Pressekonferenz nahm er zum Verhältnis der Nato zu Südafrika Stellung und erklärte, *„Norwegen lehnt . . . die Theorie ab, wonach die Route um das südafrikanische Kap für die Nato von lebenswichtiger strategischer Bedeutung ist"* (ebenda).

Skandinavien-Kommission

Neue Offensive der F. Polisario



Genossinnen der saharauischen Volksmiliz

Angesichts der immer offeneren Kriegsdrohung Marokkos gegen Algerien und der Konzentration von 20.000 marokkanischen Soldaten und schweren Waffen an der Grenze zu Algerien, sowie großen Manövern der marokkanischen Armee in der West-Sahara hat die Befreiungsorganisation der Westsahara, F.Polisario, ihre militärischen Aktivitäten gegen die marokkanischen und mauretanischen Invasoren verstärkt. Gemäß einem in Algier veröffentlichten Kommuniqué hat die F. Polisario vom 15.7. bis 15.8. fast 500 marokkanische und mauretanische Soldaten getötet, anteilmäßig sogar mehr marokkanische. Im Süden Marokkos wurden die Orte Lemnia und Ametti mehrere Stunden besetzt und die militärischen Einrichtungen zerstört (»Deia«, 26.8.77).

Ende August verwickelte die F. Polisario marokkanische Truppen südlich von El Ayoun in schwere Gefechte, bei denen ein marokkanischer Kampfbomber abgeschossen und 73 marokkanische Soldaten getötet wurden (»Süddeutsche Zeitung«, 1.9.77).

Obwohl die F.Polisario sich in ihren Kommuniqués meist auf nüchterne »Abschußzahlen« beschränkt, führt sie diesen Befreiungskrieg jedoch auch mit einer gesellschaftsverändernden Perspektive in bezug auf Mauretanien und Marokko. Ihre Propaganda über Radio und Flugblätter insbesondere gegenüber der mauretanischen Bevölkerung als auch ihre Behandlung der Kriegsgefangenen beider Länder sind ein Beweis dafür. Eine tansanische Journalistengruppe hatte vor kurzem wieder Gelegenheit mit gefangenen Soldaten aus Marokko und Mauretanien zu sprechen. Die Journalisten berichten, daß die meisten der gefangenen Schwarze waren. Einer der gefangenen mauretanischen jungen Soldaten erklärte das so: *»Es gibt Rassismus in Mauretanien. Es gab da einen großen Krach mit den ‚weißen' Mauretaniern wegen einer Reihe diskriminierender Maßnahmen. Daddah [Präsident von Mauretanien] will uns jetzt loswerden, indem er uns in diesen hoffnungslosen Krieg schickt«* (»Daily News«, 17.8.77).

Verschiedene Gefangene berichteten übereinstimmend, daß ihnen gesagt wurde, es gelte marokkanisches Gebiet, das von Algerien (!) besetzt sei, zurückzuerobern. Kaum einer der Gefangenen wußte, daß es ein saharauisches Volk gibt, das für seine Freiheit kämpft.

Für die meisten war der Eintritt in die Armee eine reine Überlebensfrage, oder sie wurden mit offenem Zwang rekrutiert. Zwei mauretanische Gefangene berichteten, daß die militärische Ausbildung, die früher 10 Monate betrug, inzwischen auf zwei Monate bzw. 20 Tage herabgesetzt worden sei. Beide waren bei ihrer ersten Aktion im Südosten Mauretaniens an der Grenze zu Mali (!) gefangen genommen worden: *»Wir waren etwa 200 Soldaten. Wir schossen ziellos auf eingebildete Polisario-Guerillas. Aber plötzlich tauchten die Guerillas aus dem Blauen auf, und die Hölle ging los. 90 Soldaten starben an unserer Seite, 50 wurden verwundet, fünf Jeeps wurden eingezogen und elf verbrannt* (...) *Wir hatten Deckung gesucht, indem wir uns flach auf den Boden legten, wo uns die Guerillas nur aufsammeln brauchten«* (»Daily News«, 17.8.77).

Afrika-Kommission

»Neue Friedenspläne« der Imperialisten

Großbritannien

Großbritannien und die USA haben in den letzten Wochen einen neuen „Friedensplan" zum „friedlichen Übergang" in eine schwarze Mehrheitsregierung vorgelegt:

– *„Rücktritt der Smith-Regierung; Einsetzung eines britischen Administrators; Vorbereitung freier Wahlen; Auserbeitung einer Verfassung etc.*

– Der wiklich „neue"Punkt in diesen Plänen besteht darin , daß vorgeschlagen wird, in der„*Übergangszeit eine UNO;Streitmacht nach Zimbabwe zu entsenden, die mit der bestehenden Polizei die Sicherheit und Ordnung aufrechterhalten soll."* Bedingung: Auflösung der rassistischen Armee und Auflösung und Entwaffnung aller Verbände der Patriotischen Front!!

Dieser „Vorschlag" kommt einer völligen Entwaffnung des Volkes von Zimbabwe und ihrer Befreungsorganisation bei Beibehaltung der bewaffneten Macht der Rassisten gleich:

–So sind z.B. die derzeitigen Polizeikräfte (einschl. der „Reservepolizei") der Rassisten zahlenmäßig stärker und genauso ausgerüstet,(die Truppen, die im Inneren für die Rassisten morden sind Polizeitruppen und nicht die Armee).

Die Pläne sehen vor

„daß die Hauptverantwortung während der Übergangsperiode bei der Polizei liegen werde" .(SZ, 2.9.77).

Dieser bisher provokatorischste und offenste Vorstoß, die Patriotische Front (PF) auszuschalten und zu entwaffnen, wurde von den Sprechern der Frontstaaten daher auch einmütig abgelehnt:

– *„Einen friedlichen Übergang wird es nur geben, wenn Smith sofort zurücktritt, die rassistische Armee und Polizei sofort aufgelöst wird und die militärischen Verbände der Patriotischen Front während der Übergangszeit die Ordnung aufrechterhalten"*(NDR, 30.8.77).

–, *„Sowohl die völlige Unabhängigkieit als auch die Ablösung der Streitkräfte durch Einheiten der Patriotischen Front sind unabdingbar; Von der Entsendung der UNO-Truppen wollen wir nichts hören, was haben Einheiten der UNO hier zu suchen"*, so stellte Nkomo - einer der Führer der PF fest (NDR, 01.09. siehe auch SZ, 02.09.)

Die Fronten sind daher eigentlich klar. Ebenso klar ist anscheinend, daß die „Vorschläge" der Imperialisten wohl kaum ernst gemeint sein könnten. Denn auch sie waren und sind sich im Klaren darüber, daß derartige „Friedenspläne" von der Patriotischen Front und auch der Frontstaaten niemals akzeptiert werden würden!

Es liegt daher nahe, daß diese „Vorschläge" auf etwas ganz anderes abzielen:

– Im Zusammenhang mit dem Wahlmanöver (siehe Artikel) wird ein Schuh daraus. Die beiden schwarzen Marionetten Sithole/Muzorewa haben schon kurz nach Bekanntgabe der imperialistischen Vorstellungen erklärt, daß dies die Grundlage sei, auf der man eine „wirkliche Unabhängigkeit" erreichen könne. Ähnliches ließen sie verlauten nach den Gesprächen mit Owen und Young am 01.09.77.

– Ebenso erklärte Rassistenchef Smith nach seinen Gesprächen mit Owen und Young, daß *„wenn alle anderen Dinge so verlaufen"*wie er sich das vorstellt, (Verhandlungen zu einer internen Lösung mit Sithole/ Muzorewa; die Red.), dann *„werde er möglicherweise die Frage der Übergabe der Macht an die britische Übergangsverwaltung prüfen"*. (SZ, 2.9.77)

Auf der Grundlage der Zustimmung dieser beiden Seiten könnten die Imperialisten sich die Möglichkeit schaffen - in Form von UNO Truppen - direkt in die Kämpfe im südlichen Afrika einzugreifen und ihre Politik auch militärisch durchzusetzen versuchen.

Afrika - Kommission

Ghana: Putsch in Sicht?

Ausführliche Artikel in der bürgerlichen Presse (NZZ, SZ, u.a.) in den letzten Tagen über die Situation in Ghana deuten darauf hin, daß sich in der ehemals britischen westafrikanischen Kolonie hinter den Kulissen einiges abspielt. Tatsächlich wird das seit Januar ? an die Macht geputschte Militärregime des Oberst Kutu Acheampong seit einigen Wochen von relativ starken Streiks, vor allem aus dem bürgerlichen Lager, erschüttert. Insbesondere die Berufsverbände der Ärzte, Lehrer, Richter, Techniker, Professoren, Apotheker und der Studenten (allerdings ist auch von Arbeiterstreiks die Rede) fordern seit mehreren Wochen — verbunden mit verschiedensten Kampfformen — die Abgabe der politischen Macht an eine zivile Regierung. Zu einer Verschärfung der seit Jahren schwelenden Wirtschaftskrise, gekennzeichnet u.a. durch eine Inflationsrate, dessen Höhe selbst von der »Neuen Zürcher Zeitung« (NZZ) mit derjenigen in Chile auf ihrem Höhepunkt gleichgesetzt wird, hat augenscheinlich die in diesem Jahr aufgetretene Dürrekatastrophe im Norden Ghanas beigetragen.

Bei einem Mindestarbeitslohn von lediglich 54 Cedi (ca. 108,- DM) ist der Preis für ein Weißbrot heute 2 Cedi, ein Sack Mais ist auf dem Schwarzmarkt nicht unter 100 Cedi zu bekommen (SZ, 30.8.). Die Säuglingssterblichkeitsrate liegt in Ghana bei 20%! (Stuttgarter Nachrichten, 21.7.77).

Das mag einen gewissen Eindruck vom „Lebens"standard der ghanesischen Massen vermitteln. Die ghanesische Regierung hat mittlerweile bei „befreundeten" Regierungen um Nahrungsmittelhilfe angefragt.: *„Ein amerikanisches Hilfsprogramm läuft. Die Europäische Gemeinschaft hat Nahrungsmittel-Sendungen [30.000 Tonnen] und die Lieferung von 88 Lastwagen zugesagt. Einige europäische Länder helfen auf bilateraler Basis . . ."* (NZZ, 19.8.77).

Aufgrund der starken Proteste aus der „Intelligenz" sah sich Acheampong neben einer Verschärfung der Repression (Schließung aller Universitäten, tägliche Verhaftungen von Oppositionellen etc. — SZ, 30.8.) bei Verhandlungen mit den Berufsverbänden dazu gezwungen, verbale Versprechungen in Richtung einer Abgabe der Macht an eine Zivilregierung abzugeben. Geplant sind: die Abhaltung eines Referendums am 30. März 1978, die Einsetzung einer Kommission zur Erarbeitung einer neuen Verfassung, allgemeine Wahlen am 15. Juni 1979 und die Arbeitsaufnahme der neuen Regierung am 1. Juli 1979 (NZZ, 19.8.77).

Augenscheinlich — allein wenn man den langen Zeitraum dieser Versprechungen betrachtet — handelt es sich hierbei um eine ausgehandelte Verschnaufpause der Militärregierung in einer Zeit der scharfen Proteste. Die Berufsverbände allerdings haben aufgrund des Verhandlungsergebnisses ihre Kampfaktionen vorerst eingestellt (Daily News, 7.8.77).

Afrika-Kommission

Vorster ist und bleibt Rassist

Durch Einbeziehung von Vertretern der indischen Minderheit sowie von Vertretern der „Mischlinge" ins bisher rein weiße Rassistenparlament versucht Vorster seiner blutigen Apartheidherrschaft breitere soziale Basis zu schaffen.

Die über 18 Millionen Schwarzen jedoch (gegenüber 4,2 Mio. Weißen, 2,4 Mio. „Mischlingen" und 727.000 Indern) bleiben von dieser „Parlamentsreform" nicht nur ausgeschlossen, sondern werden einer verschärften „Homeland"-Politik unterworfen. „Homeland"-Politik bedeutet Abschiebung der „überflüssigen" schwarzen Arbeitskräfte aus den fruchtbarsten bzw. industrialisierten Zonen der Weißen in Reservate, ohne jede Möglichkeit, dort ein auch nur annähernd menschenwürdiges Leben führen zu können. Hunger und Seuchen gehören zum „täglichen Brot" in den „Bantustans", die auch noch großkotzig zu unabhängigen Staaten der Schwarzen erklärt wurden(Transkei). Die kürzliche Zerstörung von schwarzen Slumsiedlungen in der Nähe von Kapstadt (s. AK 111) durch Planierraupen, wodurch bisher zusätzlich 176.000 Schwarze obdachlos wurden, ist nur ein Mittel dieser verschärften rassistischen Politik. Die in „Homelands" angesiedelten Schwarzen verlieren die südafrikanische Staatsangehörigkeit und können, falls sie es wagen, doch auf Suche nach Arbeit ins „verbotene' Land" zu gehen, verhaftet und eingesperrt werden.

Gegenüber dieser brutalen Unterdrückung der schwarzen Mehrheit , nimmt sich die genannte Parlamentsreform als ein abgekartetes Manöver aus, die verschärfte rassistische Politik abzutarnen.

In dem zukünftigen „gemischtrassigen" Parlament sollen auf vier weiße Vertreter zwei „Mischlinge" und ein Inder kommen, was in etwa der zahlenmäßigen Relation der einzelnen Bevölkerungsgruppen entspricht.

Die „Parlamentsreform" soll als Damm gegen die Flut der für ihre Rechte kämpfenden schwarzen Massen in Südafrika wirken. Ob es allerdings gelingt, die ausgebeuteten Inder und „Mischlinge", die nun einige Privilegierte ihrer Bevölkerungsgruppe im Rassistenparlament haben, dadurch zu „befrieden" muß bezweifelt werden.

Ob der von den Rassisten mit ihrer Parlamentsreform beabsichtigte Versuch einer Abspaltung der sogenannten „Mischlinge" und Inder aus der Front der gegen Unterdrückung und Ausbeutung kämpfenden südafrikanischen Massen gelingt, muß derzeit dahingestellt bleiben. Negativ bei einer möglichen Durchkreuzung der Rassisten Pläne dürfte sich allerdings ein im schwarzen Widerstand noch weit verbreiteter politischer Bewußtseinsstand auswirken, der z.B. die „Mischlinge" pauschal in die Nähe von „Verrätern" und Grenzgängern rückt, wobei eher Fragen nach der Hautfarbe als Maßstäbe der Klassenzugehörigkeit dieser „Mischlinge" eine Rolle spielt.

Afrika Kommission

Äthiopien/Somalia Die Zeichen stehen auf Krieg

Das äthiopische DERG-Regime mußte sowohl in Eritrea als auch stärker noch im Ogaden schwere Niederlagen gegen die um Selbstbestimmungsrecht kämpfenden Völker hinnehmen. Mit umfassender Generalmobilmachung unterstützt von sowjetischen Militärlieferungen über eine Luftbrücke („ Le Monde", 25.8.) bereitet der DERG seinen Gegenschlag vor. Dieser richtet sich womöglich nicht „nur" gegen die kämpfenden Völker in Äthiopien, sondern auch Somalia – wegen dessen Unterstützung der Westsomalis – ist bedroht. Die Sowjetunion hat in der Zwischenzeit die äthiopische Version des Konflikts („somalische Aggression") vollständig übernommen und es scheint, daß die Revisionisten auch vor einer Unterstützung eines äthiopischen Überfalls auf Somalia nicht zurückschrecken; als Ermunterung hierzu müßte jedenfalls die von „Le Monde",(31.8.) behauptete Kürzung der sowjetischen Militärhilfe an den alten Bündnispartner Somalia gewertet werden.

Während die Revisionisten Somalia zugunsten des wirtschaftlich und von der Bevölkerungszahl her bedeutenden Äthiopien (ca. 13 Mal mehr Einwohner) zu opfern bereit sind, versucht der Imperialismus in die Lücke zu stoßen. Angebote an das arme und militärisch bedrohte Somalia werden gemacht und dann wieder zurückgezogen, um auf diesem Weg Somalia zu einer Preisgabe seiner bisher fortschrittlichen Außen- und Innenpolitik zu erpressen. Gemein ist den Revisionisten und Imperialisten, daß bei ihren Schachzügen nicht die Interessen der Völker Ostafrikas bestimmend sind, vielmehr gegen diese agiert wird; die Konkurrenz besteht lediglich im Abstecken der Einflußzonen – ein „traditionell zwischenimperialistischer Widerspruch" hätte ein anderes Erscheinungsbild.



Kämpfer der WSLF

Mit Jubel, Tanz und Gesang haben die somalischen Nomaden im Ogaden die Kämpfer der WSLF empfangen. Seit fast achtzig Jahren wird in dieser Region der Kampf gegen die äthiopischen Eroberer geführt, die sich Ende des 19. Jahrhunderts mit den europäischen Kolonialisten in der Aufteilung somalischen Siedlungsgebiets arrangierten und einen entsprechenden Teil am Kuchen einkassierten: den Ogaden.

Heute hat die WSLF dieses Gebiet zurückerobert (mit zugegebener logistischer Unterstützung aus Somalia, daß die Vereinigung aller somalischen Siedlungsgebiete anstrebt). Ausländischen Journalisten wurden nach der Eroberung Vorrichtungen gezeigt, mit denen oppositionelle Somalis von den äthiopischen Polizeitruppen aufgehängt wurden. Zitat eines WSLF-Kommandanten:„*Die Äthiopier hielten sich hier nur mit Gewalt. Sie hatten keinen Rückhalt in der Bevölkerung*". („Spiegel", 29.8. 77).

Der Korrespondent der „International Herald Tribune" (25.8.) berichtet nach einer fünftägigen, 256 km langen Fahrt durch den Ogaden: „*Die Masse der Bevölkerung scheint fest hinter den ‚Befreiern' zu stehen. Die meisten der weniger als eine Million zählenden Menschen sind Somalis und wurden viele Jahre von der Regierung in Addis Abeba grob behandelt*". Ähnlich fällt der Bericht des US-Korrespondenten Gary Jones aus: „*Von den äthiopischen Truppen gibt es in dem ‚befreiten' Gebiet, das annähernd so groß ist wie die Bundesrepublik, keine Spur mehr. (...) Die Zivilisten sind gut bewaffnet. Besucher werden überall mit Gesängen begrüßt, in einigen kleinen Städten demonstrieren bis zu 5.000 Menschen in Massenaufmärschen ihre Loyalität gegenüber der westsomalischen Befreiungsfront WSLF*" („Frankfurter Rundschau", „FR", 25.8.).

So eindeutig die Ablehnung äthiopischer Herrschaft im Ogaden ist, so wenig weiß man allerdings genaueres über die politischen und sozialen Vorstellungen der Westsomalischen Befreiungsfront. Klar ist nur, daß es in erster Linie – natürlich – um die Abwerfung des „*abbessinischen Kolonialismus*" geht („Guardian", 25.8.). Ahmed Hussein Haile, einer der 15 ZK-Mitglieder der WSLF, sagte gegenüber dem Korrespondenten des „Guardian" (26.8.), angesprochen auf die mögliche Verbindung des Ogaden mit Somalia:„ *Das Volk muß entscheiden, aber eine Sache ist gewiß – Westsomalia ist Teil der zerstückelten somalischen Nation und es ist ein Traum unseres Volkes gewesen, eines Tages vereinigt mit unseren Brüdern zu sein*" (ebenda).

Weitere Erfolge in Eritrea

Die Kämpfe im Ogaden haben für die eritreischen Freiheitskämpfer eine Entlastung zur Folge gehabt, die in eine Reihe von weiteren Siegen umgesetzt werden konnte. Nach Verlust der wichtigsten Stadt im Nordwesten, Argodat, und der Stadt Mandafara, 33 Meilen von der eritreischen Hauptstadt Asmara entfernt und an der wichtigen Hauptstraße nach Addis Abeba gelegen, verfügt die äthiopische Militärjunta nur noch über die Städte Asmara, und die Häfen von Assab und Massawa. Die scheinen allerdings auch nicht mehr lange zu halten sein, denn in Asmara z.B. kommen und gehen die Befreiungskämfper ungehindert in die Stadt, sobald es dunkel geworden ist (nach „Guardian", 26.8.77).

Massawa wiederum wird von den Befreiungskämpfern mit intensivem Granatfeuer belegt und ist umzingelt. Die Straßenverbindungen zwischen Asmara und Massawa ist unterbrochen. Asmara ist praktisch vom Hafen und von der Güterversorgung abgeschnitten, es wird über eine äthiopische Luftbrücke versorgt. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann Eritrea befreit ist. Die Zerstörung der letzten Brücke zwischen Äthiopien und Eritrea hat die in Eritrea kämpfenden äthiopischen Soldaten von allen Nachschubwegen zu Land abgeschnitten (nach „Süddeutsche Zeitung", „SZ", 31.8.).

Äthiopien: Generalmobilmachung und Entmachtung der Haile-Fida-Gruppe

Die Niederlagen in Eritrea und im Ogaden haben im äthiopischen Herrschaftsapparat zu weiteren Zersetzungserscheinungen geführt. Jüngstes Opfer wurden Mitglieder des zivilen „Politbüro" des DERG, der sog. Haile- Fida-Gruppe. Diese Gruppe bestand aus Intellektuellen, sie fungierten als „linkes", ziviles Aushängeschild des DERG.

Mit einem marxistisch klingenden Vokabular suchten sie die Maßnahmen des DERG gegenüber der äthiopischen Linken und der antifeudalen Massenbewegung als „radikaldemokratisch" und „tendenziell sozialistisch" und gar auf dem „Boden des Marxismus-Leninismus" stehend an den Mann zu bringen. Zugleich diffamierten sie die EPRP, die den Kampf gegen den Feudalismus mit weitestgehender Demokratie für die Arbeiter und Bauern verbinden wollte, als „utopische Anarchisten" und „CIA-Agenten". Auf diese Weise legitimierte die Haile- Fida-Gruppe, die „All-äthiopische Sozialistische Bewegung", den tausendfachen Mord an den Genossen der äthiopischen Linken, insbesondere den Mitgliedern der EPRP. Der heutige Kern der Differenzen zwischen der Haile-Fida-Gruppe und dem DERG ist nicht eindeutig auszumachen, letztendlich hat aber die Ausschaltung dieser „Berater" des DERG zu einer Stärkung der Position des Vorsitzenden des DERG, Mengistu, geführt.

So hat Mengistu u.a. verordnet, daß die ideologische Schulung der Miliz einzig von seiner neu installierten „Seded-Partei" durchgeführt werden darf (früher eine der Aufgaben der Haile-Fida-Gruppe, die für die Massenorganisation verantwortlich war).

(Übrigens haben Exil-DERG-Anhänger -- u.a. der ehemalige Botschafter Äthiopiens in Bonn – unsere Äthiopien-Berichterstattung immer wieder angegriffen und zu „korrigieren versucht, indem sie die Existenz von Reaktionären an der Spitze des DERG zwar zugaben, aber trotzdem die Unterstützung des DERG forderten – da der „wahre Linke", Haile Fida, sich nach „einigen Zwischenetappen" durchsetzen werde. – Geplante Träume von äthiopischen Jusos?).

Eine weitere Stärkung der Position Mengistus wurde durch die Neugliederung der äthiopischen Armee erreicht. Ein „nationales revolutionäres Einsatzkommando" soll unter seiner persönlichen Führung den Oberbefehl über alle Einheiten des Landes direkt ausüben. Wer sich den Entscheidungen dieses Oberkommandos nicht beugt, soll mit dem Tod bestraft werden („Le Monde", 29.8. u. 30.8., „Neue Zürcher Zeitung" v. 25. u. 28.8. 77).

Die allgemeine Mobilmachung des DERG wurde von Mengistu mit stark chauvinistischen Tiraden begründet, die sich in erster Linie gegen die Aufständischen in Eritrea und Ogaden richteten: „*Landsleute: ihr müßt euch der Gefahr bewußt sein, die eurem Land, eurem Eigentum (!), euren Familien, eurer Revolution und eurer Einheit droht. ... Es sollte bekannt sein, daß die arrogante Expansionspolitik eines größeren Somalias nicht nur auf unser Äthiopien auswirkt, sondern auch auf ganz Djibouti und zum Teil auf Kenia. ... Dieser Schritt Somalias ist erst der Anfang, und was Somalia bei diesem Ziel vorantreibt, sind Kräfte, die unmißverständlich klarmachen wollen, daß sie bereit sind, Afrika zu teilen und zu schwächen*" (Radio Addis Abeba, 20.8., lt. „Monitor Dienst", 22.8.).

Die Demagogien des DERG-Vorsitzenden zielen u.a. darauf ab, Somalia zum einen als Invasor erscheinen zu lassen, um so schon jetzt den vorbereiteten Krieg gegen Somalia als „Verteidigungskampf" propagandistisch vorzubereiten. Jedenfalls ist die Mobilisierung von mehreren Hunderttausend Männern zur „Volksmiliz" nicht für einen langwierigen Krieg gegen die Volksaufstände geeignet. Näher liegt, daß hier mit konventioneller Kriegführung und massenhaftem „Menschenmaterial" gegen das dünnbesiedelte – nur drei Millionenen Einwohner zählende Somalia vorgegangen werden soll.

Sowjetunion klatscht Beifall

Dieses Vorhaben wird auch von der Sowjetunion abgedeckt, die alle bisher zur Schau getragene „Neutralität" in diesem Konflikt über Bord warf und in der „Iswestija" gegen die „*bewaffnete Einmischung in die inneren Angelegenheiten Äthiopiens*" polemisiert, wobei sie ergänzend behauptet, „*Äthopien ist das Opfer einer ausländischen Intervention*" und „*reguläre somalische Truppen nehmen an den Kämpfen teil*" („Le Monde", 18.8.77).Die logistische Unterstützung der WSLF durch Somalia sei „*Wasser auf den Mühlen der Imperialisten*" („NZZ", 18.8.77). Die Kämpfe in Äthiopien ständen „*in flagrantem Widerspruch zur UNO-Charta und zur Charta der Organisation für Afrikanische Einheit*" (ebenda). Diese Hetze gegen die Selbstbestimmung im Ogaden (und das gleiche gilt für Eritrea) steht derjenigen in nichts nach und beweist, daß die Sowjetunion grundsätzliche Erkenntnisse von Marx und Lenin über die koloniale Revolution (und dort nimmt das Selbstbestimmungsrecht der Völker einen zentralen Platz ein) bedenkenlos auf den Müll wirft, wenn sie als Etikett für ihre Machtpolitik nicht taugen.

Die damals (1976/77) relativ überraschende Umrüstung des DERG von imperialistischen auf sowjetische Waffensysteme würde ihre Erklärung finden, wenn bereits zu diesem Zeitpunkt die Zusicherung der Sowjetunion gegeben war, eine aggressive Haltung gegenüber Somalia nicht nur zu dulden, sondern sogar praktisch zu unterstützen. „Le Monde" behauptet bereits heute die Kürzung der sowjetischen Militärhilfe der Sowjetunion an Somalia. Damit liefert die Sowjetunion das bedrohte Somalia imperialistischen Erpressungen aus.



Camp der EPLF

OAU: Pro-Äthiopien

Der Vermittlungsausschuß der OAU hat sich im Ogadenkonflikt auf die Seite Äthiopiens gestellt, dessen Grenzen trotz ihrer kolonialen Herkunft und der Unterdrükkung des Westsomalis nicht verändert werden dürften:

„*Der in Libreville (Gabun) tagende Vermittlungsausschuß der OAU bestand auf der Achtung der aus der Kolonialzeit ererbten Grenzen, wie auch von Äthiopien eingewendet wird. Der Ausschuß nahm einen Beschluß an, in dem darauf verwiesen wird, daß die Mitgliedsstaaten sich verpflichten, ‚die bei der Erlangung ihrer nationalen Unabhängigkeit bestehenden Grenzen zu respektieren'*".(„AFP lt. „MD" v. 10.8.).

Diese Entscheidung fand natürlich den prompten Beifall aus Addis Abeba. Außenminister Feleke bezeichnete die Empfehlung der OAU als eine, „*die zur Stärkung der OAU beitragen würde*" (Radio Lagos nach „MD" v. 17.8.).

Auch die Sowjetunion übernimmt voll die reaktionäre OAU-Position und klagt Somalia u.a. der „Verletzung der OAU-Charta" an („NZZ" 18.8.), weil es die Westsomalis unterstützt.

Es ist für Antiimperialisten jedoch offensichtlich, daß die Artikel der OAU-Charta über die territoriale Integrität der afrikanischen Staaten dort ihre Grenze finden, wo sie zur Knebelung und Unterdrückung nationaler Minderheiten mißbraucht werden (Biafra, Eritrea, Ogaden). In autoritären afrikanischen Polizeistaaten – wie etwa Zaire – wird die Parole von der „territorialen Integrität" (plu erfundene Geschichten über ausländische Invasionen) ausschließlich benutzt, um innere Aufstände zu unterdrücken und sich dabei noch die Unterstützung der konservativ bis reaktionären OAU-Mehrheit zu sichern. Genau nach diesem „bewährten" Strickmuster ist seinerzeit der Völkermord in Biafra von der OAU-Mehrheit legitimiert worden, ebenso der Komplott von Imperialismus und arabisch-afrikanischer Reaktion gegen das Volk von Zaire im Mai '77.

Somalia: „Mißbrauch des Marxismus-Leninismus" durch die S.U.

Der Präsident von Somalia, Präsident Barre, wies die von der sowjetischen Nachrichtenagentur „TASS" verbreiteten Verleumdungen zurück. Die Westsomalier befänden sich in einem „*legitimierten Kampf*". Die Ablehnung des „*grundlegenden marxistisch-leninistischen Prinzips des Selbstbestimmungsrechts*" durch die S.U.-Führung „*sei ein Mißbrauch der Doktrin des Marxismus-Leninismus*" („NZZ", 31.8.). Radio Mogadiscio äußerte ferner angesichts der sowjetischen Provokationen gegenüber Somalia „*tiefe Besorgnis über die bevorstehende (!) Konfrontation zwischen uns und jenen, mit denen wir zuvor (!) in der Verfolgung der gerechten Sache der Freiheit verbündet waren*" (ebenda). Mehrfach wurden sowohl von der WSLF als auch von der somalischen Regierung die Beteiligung regulärer somalischer Truppen an den Kämpfen im Ogaden entschieden dementiert. Gleichzeitig machte Barre klar, daß Somalia diese Haltung aufgeben würde, wenn es angegriffen würde, oder wenn ausländische Truppen zugunsten Äthiopiens in die Kämpfe eingreifen würden (ebenda). Die Zukunft der sowjetisch-somalischen Beziehungen beschrieb Radio Mogadiscio in nicht sehr rosigen Farben: „*Wenn Rußland mit seiner provokativen Haltung fortfährt, wird Somalia nicht zögern, Aktionen dagegen zu unternehmen und es würde ihr nicht an Freunden mangeln, die hinter ihm stehen*" („Guardian", 22.8.77). Nichtsdestoweniger kann Somalia die Verbindung mit der Sowjetunion zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abreißen lassen, am 16.8. wurde beispielsweise ein somalisch-sowjetisches Kooperationsabkommen auf den Gebieten der Kultur und der Industrie abgeschlossen, das der „*Stärkung der freundschaftlichen Beziehungen*" dienen soll (Radio Mogadischo lt. „MD" v. 17.8.). Wie stark jedoch die Differenzen zwischen der somalischen Regierung und der Sowjetunion geworden sind, beleuchtet der jüngste Besuch Barres in Moskau, der auf Einladung der sowjetischen Regierung erfolgte. Breschnew ließ sich durch Kossygin, Gromyko und den „Chefideologen" Suslow vertreten, der Besuch Barres wurde erst nach dessen Abflug aus Moskau offiziell von sowjetischen Stellen bekanntgegeben und das Abschlußkommuniqué vermerkt in äußerst dürren Worten, „*daß Ansichten über Fragen von gegenseitigem Interesse ausgetauscht*" worden sind („Int. Herald Tribune", 3.9.).

Imperialismus und arabische Reaktion

Nach dem Moskau-Besuch Barres konferierte dieser mit dem ägyptischen Reaktionär Sadat und erzielte über die Situation am „Horn" eine „*weitgehende Übereinstimmung*" („Le Monde", 3.9.). Kontakte hat Somalia ferner mit der Regierung des Oman aufgenommen, die im eigenen Land einen Vernichtungsfeldzug gegen die PFLO führt, mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und dem Irak in Bagdad („SZ", 26.8.). Zur gleichen Zeit weilt der Chef für nationale Sicherheit in Somalia, General Abdulah, in Kuwait („Guardian", 30.8.). Bekannt ist das Angebot von Saudi-Arabien über 500 Millionen Dollar an Somalia, wenn es für den Abzug der sowjetischen Berater sorgt und eine weitere „Arabisierung" und „Islamisierung" des Landes zuläßt („NZZ", 31.8.). Dagegen nimmt sich die „Hilfe" der Arabischen Liga von einer Million Dollar vergleichsweise bescheiden aus. Sie soll (im Sinne der „Arabisierung" ?) für die Entsendung von Pädagogen und Arabischlehrern nach Somalia und für Stipendien an somalische Lehrer für arabische Universitäten verwandt werden (ebenda). Ebenfalls mit Geld und Waffen haben die USA, Frankreich und England gewunken. Alle sind jedoch von ihren Versprechungen vorerst zurückgetreten. Vordergründig und heuchlerisch wird erklärt, man wolle „kein Öl ins Feuer des Ogaden-Konflikts gießen" (man denke nur an die Luftbrücke für Mobutu), in Wirklichkeit scheint man Somalia nicht für „zuverlässig" im imperialistischen Sinne zu halten und fordert somalische Garantien für eine zukünftig pro-imperialistische Innen- und Außenpolitik. Somalia war bisher offenbar nicht bereit, Zugeständnisse dieser Art zu machen.

Afrika-Kommission



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Für den Erhalt der verfaßten Studentenschaft

Wie schon in AK 111 berichtet, hat die baden-würtembergische Landesregierung einen Entwurf für ein Hochschulgesetz vorgelegt, nach dem die verfaßte Studentenschaft in Zukunft verboten werden soll. Als Begründung muß ausgerechnet die "vom liberalen Geist geprägte Rechtsordnung" der BRD herhalten, die keine Zwangskörperschaften zulasse. Ausgerechnet der ehemalige Nazi-Kriegs-Richter verweist dabei darauf, daß diese Zwangskörperschaft in der Zeit des Faschismus eingeführt wurde.

Über zwanzig Jahre hinweg hatte dies weder Filbinger noch sonst einen seiner Gesinnungsfreunde gestört, bis eben im Zuge der Studentenrevolte die Vertretungsorgane (ASten) dieser Zwangskörperschaften mehrheitlich von den Linken übernommen wurden. Erst dann setzte das Trommelfeuer gegen das Politische Mandat und die verfaßte Studentenschaft ein.

Erste Schritte wurden mit der Abschaffung der verfaßten Studentenschaft in Westberlin (1969) und in Bayern (1972) gemacht. Die nachfolgende Diskussion um ein bundeseinheitliches Hochschulrahmengesetz (HRG) drehte sich wesentlich auch um diese Frage. Sie endete damit, daß die verfaßte Studentenschaft als Kann-Bestimmung beibehalten wurde, allerdings ohne Politisches Mandat.

Alle bisher vorliegenden Landeshochschulgesetzentwürfe enthalten die verfaßte Studentenschaft; dies war auch beim bisher vorliegenden Entwurf der baden-württembergischen Regierung so. Allein dies zeigt schon, daß die „Verfassungswidrigkeit" der ASten wiederum als politische Waffe eingesetzt werden soll, um die eigentlichen Ziele, Abschaffung des Politischen Mandats, durchzusetzen.

Dieser Schritt der Landesregierung kam selbst für das bürgerliche Lager überraschend. Während sich der hessische CDU-Rechtsaußen, Dregger, den Vorstellungen Filbingers sofort anschloß, kamen Proteste so z.B. auch aus der CDU, vom RCDS und der Jungen Union. Diese sehen sich nun in der unangenehmen Lage, CDU Politik an den Hochschulen vertreten zu müssen, obwohl sie genau wissen, daß dies ihre Isolierung in der Studentenschaft noch weiter vorantreiben wird. Der RCDS hält *„die Pläne der Landesregierung (...) für ungeeignet die Situation an den Hochschulen zu befrieden, da ein Solidarisierungseffekt unter den Studenten zu erwarten sei"*, und mit diesem Beschluß ein heißer Herbst provoziert werde.

Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der RCDS sich grundsätzlich mit der CDU einig weiß, denn das Ziel der CDU, das Verbot des Politischen Mandats für die linken ASten, wird von ihnen nicht nur unterstützt, sondern sie sind mit ihrer Klagenkampagne sogar wesentliche Betreiber dieser Politik.

Das geplante Verbot der verfaßten Studentenschaft in Baden-Würtemberg scheint jedoch nur der Anfang zu sein. Neben der Möglichkeit, daß andere CDU-Landesregierungen bei diesem Kurs mitziehen, liegt schon jetzt eine Klage, auf Antrag des Verwaltungsgerichts Sigmaringen, über die Feststellung der Verfassungswidrigkeit der verfaßten Studentenschaft in Karlsruhe vor.

Ähnlich wie bei den Bundesverfassungsgerichtsurteilen über die studentischen Mitbestimmungsmöglichkeiten, den § 218, die Berufsverbotepraxis usw. ist damit zu rechnen, daß ein Urteil zur Verschärfung des bisherigen Kurses gefällt wird.

Wenn auch die verfaßte Studentenschaft möglicherweise nicht generell verboten wird, sondern nur im Zusammenhang mit dem Politischen Mandat, so ist doch als sicher anzunehmen, daß mit dem zu erwartenden Urteil den Hochschul- und Kultusbehörden weiterreichende Möglichkeiten in die Hand gegeben werden, um gegen mißliebige ASten vorzugehen. Denn hier besteht heute noch eine gesetzliche Lücke, da jede „Verfehlung" vor Gericht entschieden werden muß, was sich teilweise Monate oder Jahre hinstreckt, so daß die angeklagten ASten gar nicht mehr im Amt sind.

SPD entdeckt ihr Herz für die Studenten

Dieser Verschärfung des Kurses von Seiten der CDU steht scheinbar eine „liberale" Haltung der SPD gegenüber. Gleich nach Bekanntwerden des Beschlusses der Landesregierung sprach der nordrheinwestfälische Wissenschaftsminister von einer *„Entmündigung der gesamten Studentenschaft"* („FAZ", 22.8., siehe auch AK 111).

Die niedersächsische SPD, jetzt in der Opposition, ging sogar noch einen Schritt weiter. Sie legte einen Hochschulgesetzentwurf vor, in dem es heißt: *„Die Studentenschaft hat Belange der Studenten wahrzunehmen und die Verwirklichung der Ziele und Aufgaben der Hochschulen zu fördern. In diesem Sinne nimmt sie ein politisches Mandat wahr"*, und um dies auch „eindeutig" zu machen, ergänzte ein SPD-Sprecher, *„politische Aktivitäten von Studentenschaften seien früher selbstverständlich gewesen. Es wird immer nur das Nicht-Konforme in Frage gestellt, das aber unserer Meinung nach den gleichen Spielraum haben muß wie das Konforme"* („FR", 31.8.).

Angesichts der Praxis der SPD kann dies nur als ein Versuch gewertet werden, sich gegenüber den linken Studenten als „kleineres Übel" zu präsentieren. Darüberhinaus greift die baden-würtembergische SPD die Landesregierung an, weil diese *„ohne äußere Not einen heißen Herbst an den Universitäten provozieren will"* („FR", 25.8.) – sprich: die SPD würde das gleiche Ziel mit weniger Lärm erreichen.

Tausche Poltisches Mandat gegen verfaßte Studentenschaft

Diese Rollenaufteilung – CDU gegen die verfaßte Studentenschaft, SPD „dafür", aber ohne politisches Mandat – kann schon in Stellungnahmen von betroffenen ASten erste Erfolge feiern. In einer Presseerklärung des Karlsruher ASta, die in der „UZ" (25.8.) unter der Überschrift: *„Die studentische Interessenvertretung ist ähnlich der eines Betriebsrates"* abgedruckt ist, versichert dieser, daß die hauptsächliche Betätigung der ASten in der Studienberatung, Sozialberatung und anderen Serviceleistungen liege.

Von einer ausdrücklichen Wahrnahmung des Politischen Mandats ist in diesem Text an keiner Stelle die Rede. Anders herum wird sich sogar zu der Aussage verstiegen: *„Wir bedauern, daß die Landesregierung Maßnahmen einiger weniger* (!) *Studentenschaften zum Anlaß genommen hat, die verfaßte Studentenschaft insgesamt abschaffen zu wollen."* Im Klartext: einige wenige ASten haben wieder einmal das Politische Mandat zu „exzessiv" wahrgenommen. Im Sinne der SPD liegt hier der Schluß nahe: lieber eine verfaßte Studentenschaft ohne Politisches Mandat, als gar keine verfaßte Studentenschaft.

Und dies wird unkommentiert und unkritisiert im Organ der DKP abgedruckt, obwohl sich deren Studentenorganisation, der MSB, ansonsten als „wahrer und einziger Hüter" des Politischen Mandats aufschwingt. Dies erinnert an die Politik des Juso/LHV-AStA in Münster, der ebenfalls öffentlich dem Politischen Mandat abschwor, um die drohenden Ordnungsgelder und eine mögliche Amtsenthebung abzuwehren.

Sollte dies zur Grundlag der Verteidigung der verfaßten Studentenschaft gemacht werden, so kann man jetzt schon sagen, daß die CDU einen wesentlichen Teil ihres Ziels erreicht hat. Denn eine verfaßte Studentenschaft ohne Politisches Mandat käme den angestrebten Absichten entgegen.

Verteidigung der verfaßten Studentenschaft – eine nationale Aufgabe

In den bisher vorliegenden Erklärungen der ASten und der politischen Organisationen geht bisher noch nicht hervor, welche Aktionen geplant oder vorgeschlagen werden, um diesen Angriff zurückzuschlagen. Die Landesastenkonferenz hatte schon vorher beschlossen, zu Beginn des Semesters einen unbefristeten Streik gegen den Gesetzentwurf zu initiieren. Aufgrund der neuen Lage wird sie sich erneut am 19.9. treffen.

Die Jusos haben dazu aufgerufen, sich an diesen Aktionen zu beteiligen. Die einzig ausführlichere Erklärung liegt vom MSB vor *„Umso nötiger wird für den vom Zentralrat beschlossenen bundesweiten Streik im Wintersemester auch die gemeinsame Aktion mit den außeruniversitären demokratischen Kräften sein"* – das ist alles, was er konkret anzubieten hat.

Also wie gehabt: Ende November wird ein Streik ausgerufen, „natürlich" wird die Forderung nach Beibehaltung der verfaßten Studentenschaft aufgenommen, 14 Tage lang wird fleißig die „Demokratische Gegenuni" geprobt, während gleichzeitig *(oder sogar schon vorher) im Landtag von Baden-Würtemberg eine* für die g e s a m t e Studentenschaft entscheidende Frage entschieden wird.

Bei diesem Konzept braucht sich der MSB allerdings keine Sorgen zu machen, daß der Streik ein Mißerfolg wird, denn niemand wird in Frage stellen können, daß nicht soundsoviele Studenten über diese Frage diskutiert haben.

Kein Wort hat man bisher vom MSB darüber gehört, ob er diese Frage zu einem konkreten Kampfziel im nächsten Semester machen will. Für jeden klardenkenden Menschen ist offensichtlich, daß die baden-würtembergische Entscheidung nur ein Auftakt sein wird. Für die linke Studentenbewegung kann daraus nur der Schluß gezogen werden, daß mit vereinten Kräften, im nationalen Rahmen, diesem Angriff entgegengetreten werden muß.

Dazu reicht allerdings der geplante bundesweite Streik, in dem so nebenbei auch die verfaßte Studentenschaft (Diskussions-) Thema sein soll, nicht aus. Im Gegenteil muß für den gesamten VDS, dessen Existenz bei negativem Ausgang in Frage gestellt wird, die Verteidigung der verfaßten Studentenschaft in Baden-Würtemberg Anlaß für Aktionen, Veranstaltungen, Streiks usw. sein.

Die Widersprüche, die es heute noch im bürgerlichen Lager über die Abschaffung der verfaßten Studentenschaft gibt, können dabei ausgenutzt werden, um die Landesregierung in Baden-Würtemberg und ihre extrem rechten Partner (Dregger und Co.) zum Rückzug zu zwingen.

Dies muß auf der kommenden VDS-Mitgliederversammlung, Ende September, zur Entscheidung stehen.

Sozialistischer Studentenbund HH

Wegen Volksverhetzung angeklagt

Göttingen. Die Staatsgewalt hat im Zusammenhang mit dem „Buback-Nachruf" gegen vier Studenten Anklage wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens eines Toten gestellt. Dagegen wurde der Anklagepunkt der Billigung einer Straftat fallengelassen, da sich der Verfasser *„in gewisser Weise von politischer Gewalt distanziert habe"* („FR", 3.9.77). Dies wird nicht zuletzt unter dem Eindruck des in Düsseldorf ergangenen Urteils erfolgt sein (siehe AK 111). Anklage wegen Volksverhetzung wird erhoben, weil der Artikel *„in beschimpfender Form zum Haß gegen diejenigen Teile der Bevölkerung aufruft, die beruflich mit der Bekämpfung der politisch motivierten Gewaltkriminalität befaßt sind"* (laut „FR"). Wenn es allerdings so leicht ist, den Vorwurf der Volksverhetzung zu konstruieren, müßten wir Springer & Co. schon lange hinter Gittern wissen.

Alle vier Beschuldigten werden nicht als mögliche Verfasser angeklagt, sondern wegen der Herstellung, Veröffentlichung (als Redakteure) und Verbreitung, d.h. sie stehen vor Gericht, weil sie keine Zensur ausgeübt haben.

Plakette getragen, Polizist beleidigt

Westberlin: Am 15.8 mußte sich der Pädagogikstudent Karl V. vor Gericht „verantworten", weil er *„während eines Streiks und einer anschließenden Protestdemonstration gegen den dortigen Polizeieinsatz eine Plakette getragen hatte, auf der ein Polizist mit Knüppel in Hakenkreuzform dargestellt war mit der Aufschrift ‚PH – teilweise Polizeihochschule'"* („FR", 22.8.).

Polizeihauptwachtmeister Knebel hatte von seinen Dienstvorgesetzten *„den Auftrag erhalten, sich die Plakette zu besorgen"*, um hernach eine Beleidigungsklage anzustrengen. Aus der Demonstration wurde Karl V. herausgegriffen, seine Personalien wurden festgestellt und stellvertretend für alle anderen Träger stand er dann vor Gericht. In erster Instanz wurde er wegen Beleidigung zu 200 DM Geldstrafe verurteilt. In der Berufungsverhandlung am 15.8. wurde wiederum Recht(s) gesprochen: *„Die Berufung sei verworfen, es bleibe beim Strafmaß. Der Polizeieinsatz sei nicht ‚unvorstellbar brutal' gewesen"* und deshalb sei diese Art der Karikatur nicht gerechtfertigt. Dieses absolute Verbot, die staatliche Gewalt anzuklagen und zu karikieren, läßt selbst die „FR" aufschrecken. Sie schreibt: *„Wenn Diskussionen über die Rechtmäßigkeit von Gewalt schon im Keim erstickt werden; wenn staatliche Institutionen auf künstlerische Weise nicht mehr kritisiert werden dürfen; wenn Argumente nicht einmal zur Kenntnis genommen werden; wenn Zensur zwar nicht offiziell, aber dafür um so subtiler ausgeübt wird.... dann sind das zwar politisch düstere Zeiten, aber hohe Zeit für die Karikatur."*

Die spinnen, die Professoren

Westberlin. In einem „Memorandum zur personellen Situation an den Hochschulen" haben rund 80 westberliner Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter vorgeschlagen, tarifvertraglich eine Kürzung des Gehalts der wissenschaftlichen Angestellten zu vereinbaren. Konkrete Maßnahmen sollen sein:

- Beschränkung des Gehaltszuwachses auf den Inflationszuwachs
- Kürzung der jährlich freiwerdenden Stellen um 5-10%
- Herunterstufung der Eingangsbezahlung von A13 auf A11
- Einführung des Teilzeitprofessors

(nach „FR", 26.8.). Das alles soll dazu dienen, *„120 000 bis 225 000 Arbeitsplätze im höheren Dienst zusätzlich"* zu schaffen. Das haben wir doch alles schon mal gehört: Bildungssteuer, um die arbeitslosen Lehrer einzustellen; Zweidrittel-Teilzeitverträge, um die Lehrerarbeitslosenzahlen kosmetisch zu bereinigen; Herunterstufung der Referendare von A13 auf A11, natürlich mit dem Versprechen, die so gewonnenen Gelder zur Einstellung anderer Referendare einzusetzen; Lohnverzicht, um Arbeitsplätze zu schaffen.

Beim ersten Lesen muß man also annehmen, daß sich hier wieder einmal einer der reaktionären Wissenschaftsverbände als staatstragende Kraft profilieren will. Aber Pustekuchen, so viel Uneigennützigkeit entspricht nicht dem Stil der reaktionären Professoren. Die Namen sind vielmehr in der „Szene" bekannt: Peter Grottian, Rolf Berger (TU-Präsident), Ossip Flechtheim, Wolf-Dieter Narr, Fritz Vilmar und wie sie alle heißen. Alles wackere Sozialisten mit dem richtigen Blick für die Realpolitik. Und mächtig stolz können sie auf sich sein, denn schon Tage später lobte Bundeswissenschaftsminister Rohde als ranghöchster Bildungs-Chef sie für diesen *„mutigen und bemerkenswerten Beitrag, der der Politik Perspektiven aufzeige"* („FR", 1.9.). Endlich mal jemand mit „konstruktiven Gedanken" aus der linken Ecke. Möglicherweise stehen wir gar an dem historischen Wendepunkt, wo die Bündnispolitik des SB mit der SPD den ersten großartigen Erfolg errungen hat (Narr zählt zu den „theoretischen Köpfen" des SB)

Nun gut, mag da so mancher denken, den Professoren geht's zu gut, dann sollen sie was abgeben. Aber muß das denn ausgerechnet ins Staatssäckl fließen? Wäre es nicht bei der MPLA, bei MIR, in Vietnam oder bei den Palästinensern sehr viel besser aufgehoben? Damit hätte man sicherlich nicht soviel Schlagzeilen gemacht, aber im Sinne Sozialismus eine „Gute Tat" vollbracht.

KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN

Darmstadt: In einer Berufungsverhandlung vor dem Landesarbeitsgericht Franfurt konnten zwei von der evangelischen Fachhochschule Darmstadt fristlos entlassene Dozenten ihre Weiterbeschäftigung durchsetzen. Ihnen war vorgeworfen worden, 1976 einen Unterrichtsboykott der Studenten aktiv unterstützt und einem Streikkomitee einen Raum zur Verfügung gestellt zu haben. Das Urteil ist aber insofern zwiespältig, als es darauf beruht, daß die o.a. Vorwürfe nicht bewiesen werden konnten! (nach „FR", 10.8.)

Oldenburg: Der Niedersächsische Kultusminister hat den Rektor der Uni angewiesen, dem AStA die Benutzung von Stempel und Siegel mit der Aufschrift „AStA der Carl-von-Ossietzky-Universität zu untersagen. Ebenfalls weil dieser Name darin erwähnt wird, hat der KuMi die Bearbeitung der Beitragsordnung verweigert!

Die Namensgebung zum Andenken an den Antifaschisten, der im KZ ermordet wurde, war von Gründungsausschuß, Konzil, Studentenparlament und Senat der Oldenburger Uni einstimmig beschlossen worden und wird trotzdem von der Regierung nicht anerkannt!

Münster: Das Studentenwerk beantragte Beugehaft gegen 3 von 500 Bewohnern von Studentenwohnheimen, die seit 3 Jahren im Mietstreik stehen! Die 3 hatten sich geweigert, einen Offenbarungseid zu leisten.

(nach „UZ", 30.8.)

11. Parteitag der KP Chinas: Hua-Putsch abgesegnet

Vom 12. bis zum 18. August fand in Peking der 11. Parteitag der KP chinas statt. Vorausgegangen war die 3. Plenartagung des X. Zentralkomitee der KPCh vom 16. bis 21. Juli. Bereits auf dieser Tagung war die Wiedereinsetzung des Anfang April vorigen Jahres vom Politbüro der KPCh abgesetzten Deng Hsiao-ping beschlossen worden. Die Plenartagung des ZK beschloss außerdem die endgültige Amtsenthebung und den Parteiausschluß auf Lebenszeit gegen die »Viererbande«. Ein dritter Beschluß betraf die »nachträgliche Bestätigung« der Ernennung Hua Guo-fengs zum Parteivorsitzenden, also letztendlich die Absegnung des Putsches vom 6. Oktober 1976.

Dem Parteitag blieb also kaum noch etwas zu tun, außer der Neuwahl des ZK, das dann wiederum am 19. August auf seiner ersten Plenartagung das neue Politbüro wählte. Außerdem hatte der Parteitag über einige Änderungen des Parteistatuts zu beschliessen.

Das ZK wurde etwas erweitert — 201 Mitglieder statt vorher 195; 132 Kandidaten statt vorher 124. Von den 201 ZK-Mitgliedern sind 82 Neulinge. Zieht man verstorbene und aus Altersgründen o.ä. ausgeschiedene Mitglieder des alten ZK ab, so ergibt sich, daß den »Säuberungen« gegen die »Viererbande« ca. 50 ZK-Mitglieder zum Opfer gefallen sind, also etwa ein Viertel. Im Politbüro waren nur die vier Mitglieder der »Viererbande« sowie zahlreiche verstorbene Mitglieder zu ersetzen: zwölf Mitglieder wurden neu ins Politbüro gewählt. Es wurden vier Stellvertretende Parteivorsitzende gewählt, nämlich Verteidigungsminister Yä Djiän-ying, Deng Hsiao-ping, Li Hsiän-niän und Wang Dung-hsing, der als Chef der Leibgarde Mao's und einer der Drahtzieher des Putsches vom letzten Oktober gilt.

Die Änderung des Parteistatuts betrifft, abgesehen von einigen unwesentlichen Neuformulierungen, in erster Linie die Einführung einer obligatorischen Kandidatenzeit von einem Jahr vor der Aufnahme in die Partei. Yä Djiän-ying erläuterte in seiner Rede diese Maßnahme: Von den 35 Mio. Mitgliedern der KPCh sei fast die Hälfte nach der Kulturrevolution eingetreten, und mehr als sieben Mio. Mitglieder (20 %) seien erst nach dem 10. Parteitag (1973) der Partei beigetreten. Speziell die »Viererbande« habe eine falsche Aufnahmepolitik betrieben, durch die praktisch das Mitgliederniveau gesenkt worden sei. Hier sollen mit der obligatorischen Kandidatenzeit zukünftig strengere Maßstäbe angelegt werden.


Chinas neue Machthaber, die „Dreierbande": Deng Hsiao-ping, Hua Guo-feng, Yä Djiän-ying

Hua revidiert den Marxismus-Leninismus

Hua revidiert den Marxismus-Leninismus

Parteichef Hua Guo-feng hielt auf dem 11. Parteitag eine ziemlich breite und inhaltsarme Rede. Im ersten Teil der Rede beschäftigte er sich damit, angebliche Zitate Mao's aufzuzählen, aus denen hervorgehen soll, daß Mao schon lange gegen die »Viererbande« gewesen sei und daß er Hua persönlich zu seinem Nachfolger bestimmt habe. Speziell gegen die »Viererbande« brachte Hua in seiner Rede einige bisher unbekannte angebliche Mao-Zitate zur Uraufführung.

Bei einer Prüfung bleibt die Tatsache bestehen, daß alle diese angeblichen Zitate höchstens aus zwei, drei Sätzen bestehen und es ganz offensichtlich an einer inhaltlichen und fundierten Kritik Mao's gegen die „Viererbande" mangelt. Und als Beweis der persönlichen Legitimation Hua's durch Mao konnte bis heute auch nichts anderes beigebracht werden, als jenes berüchtigte Zettelchen mit den Worten „Mit dir im Amt bin ich unbesorgt". Dünn, sehr dünn!

Der interessanteste Punkt in der Rede Hua's war sein Versuch, den Marxismus-Leninismus zu »verbessern«: Er bestritt die Gefahr des Aufkommens einer privilegierten sozialen Schicht als »neue Bourgeoisie« in der Partei. Dies sei, so behauptete Hua, nur eine üble Theorie der »Viererbande« und der Trotzkisten. In Wahrheit handle es sich aber nur um eine »Handvoll« von Individuen in der Partei, die als »Agenten« der Bourgeoisie fungieren. Hua: *»Als Vorsitzender Mao sagte, daß die Bourgeoisie geradewegs in der Partei sei, da bezog er sich auf die den kapitalistischen Weg Gehenden in der Partei. Keinesfalls meinte er, daß es eine bürgerliche Klasse in der Partei gebe ...«. »Die Viererbande redete dummes Zeug, als sie behauptete ..., daß die den kapitalistischen Weg Gehenden in unserer Partei nicht bloß eine Handvoll seien, sondern eine breite Menge, nicht eine kleine Anzahl, sondern ‚eine bürgerliche Klasse innerhalb der Partei'«. »Sie nahmen absurderweise höheren Rang und höhere Entlohnung als ökonomische Kriterien. Um ein soge-*

liche Klasse innerhalb der Partei'«. »Sie nahmen absurderweise höheren Rang und höhere Entlohnung als ökonomische Kriterien. Um ein soge-

nanntes ökonomisches Argument für ihre Erfindung zu haben, daß es ‚eine bürgerliche Klasse' innerhalb der Partei und der Armee gebe, verwechselten sie willkürlich die Unterschiede in der Verteilung zwischen den führenden Kadern unserer Partei, der Regierung und der Armee einerseits und den breiten Massen andererseits mit Klassen-Ausbeutung ...«. »So lange, wie die höchste Macht in Partei und Staat in den Händen eines Führungskerns liegt, der der marxistisch-leninistischen Linie folgt, können die den kapitalistischen Weg Gehenden unmöglich zu einer bürgerlichen Klasse in der Partei


Makaber: Der 11. Parteitag der KP Chinas wird gefeiert

liegt, der der marxistisch-leninistischen Linie folgt, können die den kapitalistischen Weg Gehenden unmöglich zu einer bürgerlichen Klasse in der Partei

werden, denn sie sind bloß eine Handvoll und werden darüberhinaus ständig entlarvt und hinausgesäubert. Erst wenn es die den kapitalistischen Weg Gehenden schaffen, die höchste Macht in Staat und Partei zu erobern, wie sie es in der Sowjetunion gemacht haben, formiert sich eine bürokratisch-monopolkapitalistische Klasse und die Partei wird zu einer bürgerlichen Partei« (zitiert nach »hsinhua«, 22.8.77, engl.).

Hua negiert damit die materielle Basis des Revisionismus, nämlich das Entstehen einer bürokratischen Schicht als Voraussetzung für eine »bürgerliche« Machtergreifung und Restauration. Hua ersetzt also den Marxismus-Leninismus durch den Idealismus. Es ist im Grunde die alte Frage, ob in der Sowjetunion auf dem XX. Parteitag urplötzlich eine Handvoll Leute um Chruschtschow durch einen »Putsch« zur Macht kamen, oder ob der XX. Parteitag das Ergebnis des vorherigen Entstehens einer bürokratischen Schicht in der Partei und im Staatsapparat war.

Die Revision des Marxismus-Leninismus durch Hua Guo-feng bedeutet Schonung für die entstehende bürokratische Schicht im Partei- und Staatsapparat der VR China, während sie zugleich eine Legitimation bietet, um beliebige Gegner in der Partei als »Agenten der Bourgeoisie« zu denunzieren.

Das Programm für die Zukunft

Aus den veröffentlichten Reden auf dem Parteitag (Jua, Yä Djiän-ying und Deng Hsiao-ping) sowie aus dem Abschlußkommunique ist nur wenig Konkretes herauszulesen. In allgemeiner Weise benannte Hua folgende acht Punkte als Aufgaben für die Zukunft, *„um große Ordnung überall im Land zu erreichen"*:


„Ganz gleich ob schwarz oder weiß ... ". Deng ist wieder voll dabei.

1. **„Wir müssen den großen Kampf zur Entlarvung und Kritik der Viererbande völlig zu Ende führen".**
2. **„Wir müssen gute Arbeit bei der Konsolidierung und Ausrichtung der Partei leisten und den Parteiaufbau stärken."**
3. **„Wir müssen gute Arbeit bei der**

Konsolidierung und Ausrichtung der Partei leisten und den Parteiaufbau stärken."
3. „Wir müssen gute Arbeit bei der

Konsolidierung und beim Aufbau der Führungsgremien unserer Partei auf allen Ebenen leisten". Hier hob Hua die weitere „Säuberung" der Führungsgremien sowie die Beachtung der „Drei-in-eins-Kombination" (alte, mittelalte und junge Kader) in den Gremien hervor.

4. **„Wir müssen die Revolution anpacken, die Produktion steigern und die Nationalwirtschaft voranbringen".**
5. **„Wir müssen die Revolution im Bereich von Kultur und Erziehung zum Erfolg führen und uns anstrengen, eine sozialistische Kultur und Erziehung zu entwickeln".** Hua warf der „Viererbande" vor, sie habe die Kultur eingeengt und Feindschaft gegen die Intellektuellen gepredigt. Stattdessen müsse der Politik „Laßt hundert Blumen blühen, laßt hundert Schulen miteinander wetteifern" wieder Geltung verschafft werden. Die „Viererbande" habe, so behauptete Hua weiter, die Arbeiterklasse von Bildung und Kultur fernhalten wollen. Auch damit müsse Schluß sein.
6. **„Wir müssen den Volks-Staatsapparat stärken".** Hier betonte Hua die Notwendigkeit, die Vorbereitungen auf einen Krieg zu verstärken und die Armee zu modernisieren. Die „Viererbande" habe die Modernisierung der Armee als „rein militärischer Standpunkt" und „Theorie, daß die Waffen alles entscheiden" abgelehnt. – Jetzt müsse außerdem das militärische Training intensiviert werden ... Außerdem müsse die „öffentliche Sicherheitsarbeit" und die „sozialistische Gesetzlichkeit" gestärkt werden. –
7. **„Wir müssen die Demokratie fördern und den demokratischen Zentralismus stärken".** Hier machte Hua einerseits Versprechungen auf mehr Demokratie (die angeblich von der „Viererbande" unterdrückt worden sei), warnte aber gleichzeitig vor „Ultra-Demokratismus" und forderte eine Stärkung der „Disziplin". –
8. **„Wir müssen die Politik ‚alles in Erwägung ziehen' und ‚allseitige**

forderte eine Stärkung der „Disziplin". –
8. „Wir müssen die Politik ‚alles in Erwägung ziehen' und ‚allseitige

Maßnahmen' anwenden". Unter diesem Punkt forderte Hua den optimalen Einsatz aller Kader, angemessenen Einsatz der alten und behinderten Kader, Rehabilitierung aller von der „Viererbande" (bzw. der Parteilinken) kritisierten Kader sowie angemessene Lösung von Problemen, die in Zusammenhang mit der massenhaften Entsendung ausgebildeter Jugendlicher aufs Land entstanden sind.

Generell bestätigte Hua damit den eingeschlagenen Kurs: Modernisierung der Wirtschaft, Steigerung der Produktion. Dazu gehört z. B. die „Erhöhung der Arbeitsdisziplin" durch schärfere Kontrolle über die Arbeiter, Beseitigung von Unpünktlichkeit am Arbeitsplatz, drastische Senkung der Fehlzeiten, Durchsetzung von (meist unbezahlter) Mehrarbeit, Wiedereinführung der im Zuge der Kulturrevolution weitgehend beseitigten „Arbeitsordnungen", Regelungen, Vorschriften etc. am Arbeitsplatz. Den Technikern und Wissenschaftlern soll mehr Spielraum für ihre Arbeit gegeben werden. Der Außenhandel, vor allem mit der EG und Japan, soll ausgeweitet werden; chinesische Rohstoffe sollen verstärkt exportiert werden, um dafür komplette technische Anlagen zu importieren.

Die Imperialisten registrieren die Entwicklung zufrieden mit Begriffen wie „Ordnung", „Disziplin", „Pragmatismus". Besonderes Entzücken hat bei ihnen der Aufruf Deng Hsiao-pings auf dem Parteitag ausgelöst: **„Es muß weniger leeres Geschwätz und mehr harte Arbeit geben"** (lt. „hsinhua", 24.8.). Mit zusätzlicher Freude registrierten die Imperialisten ausserdem, daß die chinesische Führung an ihrer reaktionären, pro-imperialistischen Außenpolitik nicht bloß festhält, sondern diese derzeit immer noch weiter steigert.

»Theorie der drei Welten« im Feuer der Kritik

Die sogenannte „Theorie der drei Welten", die von den neuen Machthabern in China als direkte Schöpfung Mao Tse-tungs ausgegeben wird, steht weiterhin unter scharfer Kritik aus dem internationalen „ML"-Lager. Besonders weit ging dabei kürzlich die sogenannte „KP Brasiliens" – eine der ältesten „ML"-Parteien überhaupt – in einem Artikel in ihrer Zeitung „A Classe Operaria" (Nachgedruckt in „Bandeira Vermelha", Zeitung der portugiesischen PCP (r), vom 24.8.77).

Die „KP Brasiliens" greift zunächst eines der bisher kaum angefochtenen Kernstücke der „Theorie der drei Welten" an, nämlich die These, wonach der US-Imperialismus „die absteigende Supermacht" sei, der „Sozialimperialismus" hingegen „die aufsteigende Supermacht" und folglich die „gefährlichere" von beiden. *„Indem man vom ‚Niedergang' des US-Imperialismus spricht, will man seine aggressive und räuberische Aktivität verharmlosen, will ihn als weniger gefährlich gegenüber seinem sowjetischen Rivalen hinstellen, will das Bündnis mit ihm rechtfertigen . . .".* Die „KP Brasiliens" weist überdies zurecht darauf hin, daß die falsche These vom Niedergang des US-Imperialismus seit 1945 Kernstück aller revisionistischen Theorien war und ist („friedlicher Übergang" usw.).

Als zweiten Punkt kritisiert die „KP Brasiliens" den Begriff der „Dritten Welt" im Sinne der neuen chinesischen Machthaber: „ . . .*Denn was man Dritte Welt nennt, sind in Wahrheit die herrschenden Klassen der halbkolonialen, abhängigen Länder, die Regierungen, die sie repräsentieren. Diese Klassen sind im allgemeinen reaktionär, sind stets in der einen oder anderen Form mit dem Imperialismus verbunden . . . Wie kann man, ohne auf schwerste opportunistische Abwege zu geraten, behaupten, daß dieses an die Monopole gekettete heterogene Konglomerat das Bollwerk des Kampfes gegen die Supermächte und für die Befreiung vom imperialistischen Joch sei ? . . .* ".

In dritten Teil des Artikels kritisiert die „KP Brasiliens" den Begriff der „Zweiten Welt", den sie als *„opportunistische Erfindung"* bezeichnet. *„Diese Zweite Welt ist in Wirklichkeit eine opportunistische Erfindung . . . Die Hilfe der Zweiten für die Dritte Welt ist ein Schwindel. Es wäre z.B. völliger Mangel an revolutionärem Geist, wenn man im Atom-Abkommen der BRD mit der brasilianischen Diktatur eine Hilfe für das Ringen unseres Volkes um seine wahre Unabhängigkeit sehen würde. Dieses Abkommen, das den grundlegenden Interessen Brasiliens zutiefst schadet und das von breiten patriotischen Kräften bekämpft wird, ist für die deutschen Monopolherren ein höchst einträgliches Geschäft, mit dessen Hilfe sie ihre Hände nach den Uran-Reserven unseres Landes ausstrecken und vor allem zur nuklearen Bewaffnung der BRD beitragen. Es dient auch dem brasilianischen Militärregime, um Atomwaffen zu produzieren, mit denen die Nachbarvölker bedroht werden sollen und die größenwahnsinnigen Großmacht-Ambitionen der faschistischen Generäle befriedigen sollen . . . .".*

Der Artikel geht dann noch weiter auf die Rolle des BRD-Imperialismus in Brasilien sowie in Portugal und Spanien ein, die sich in nichts von der des US-Imperialismus unterscheide. Weiter heißt es:

„. . .Die gepredigte Einheit dieser ‚Welt' mit der sogenannten Dritten Welt dient nicht der Politik der nationalen Befreiung, sondern dem Bündnis der imperialistischen Länder Europas und Asiens mit den herrschenden reaktionären Klassen der unterdrückten Nationen. . .Solch eine schädliche Orientierung betrügt die Völker mit einer falschen Perspektive, schafft Verwirrung in der demokratischen und antiimperialistischen Bewegung".

Unter der Zwischenüberschrift **„Moment der Entscheidung"** kommt der Artikel zur Schlußfolgerung:

„Die Theorie der drei Welten steht in frontalem Widerspruch zur marxistisch-leninistischen Lehre". Es wird dann der Vergleich gezogen zu den großen politisch-ideologischen Linienkämpfen in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. Und weiter: *„Aktuell erlebt die kommunistische und Arbeiterbewegung erneut einen entscheidenden Moment. Entweder folgt sie weiter der von Marx, Engels, Lenin und Stalin gebahnten Straße, wenn auch unter ungeheuren Schwierigkeiten – oder sie schlägt einen falschen Weg ein, indem sie Theorien akzeptiert, an denen nichts proletarisches ist.*

Dies ist die Stunde der Definitionen, Momente, in denen die ideologische Struktur und die Politik jeder Partei, jedes Führers, jedes Genossen der Avantgarde auf dem Spiel steht. Wer keinen Standpunkt bezieht, bezieht in Wahrheit doch Stellung – inkonsequent, schwankend, ohne Mut zur Entscheidung. Die Theorie der drei Welten ist nicht bloß irgendeine Anschauung, der gegenüber man neutral bleiben könnte. Sie gibt Richtungen an, sie ist insgesamt eine Konzeption, die beansprucht, die Strategie des revolutionären Proletariats zu sein . . . Sie muß ohne Rücksicht bekämpft werden . . . Die Einheit ist eine große Sache. Wir verteidigen die Einheit der revolutionären Bewegung, die auf Prinzipien beruht. Wir begrüßen die feste und mutige Position der Partei der Arbeit Albaniens und der anderen Bruderparteien, die sich offen für die Verteidigung des Marxismus-Leninismus gegen die neue opportunistische Strömung erklären, die im Weltmaßstab im Gange ist.. . .".

Die Kampfansage der um die PdA Albaniens gescharten „ML"-Parteien an die neuen chinesischen Machthaber könnte kaum deutlicher sein – auch wenn (uralten religiösen Bräuchen folgend) der Name des Gegners immer noch nicht öffentlich genannt werden darf. Aber auch d i e s e r Moment wird zweifellos noch kommen!

Weiter Streit um Teng

Die Wiedereinsetzung Deng-Hsiao-pings in alle seine Ämter hat die Gemüter in der "ML"-scene heftig aufgewühlt und bisher nicht zur Ruhe kommen lassen. Hier die letzten Stellungnahmen (vgl. auch AK 111).

"KPD/ML"

Die "KPD/ML" wirft in ihrem "Roten Morgen" vom 26. August der "KPD" vor, daß sie durch ihre Behandlung der Angelegenheit *"bürgerlich-revisionistische Spekulationen, Verleumdungen und Angriffe geradezu provoziert."* Der "Rote Morgen" zitiert dazu lang und breit Äußerungen vom vorigen Jahr aus der Kampagne gegen Deng, einschließlich der Resolution des Politbüros der KP Chinas gegen Deng und entsprechende Äußerungen von Hua selbst. Daran knüpft der "Rote Morgen" die Frage: *"Hat die 'Rote Fahne' all dies vergessen? Warum beantwortet sie ihren Mitgliedern nicht die Fragen, die sich aus diesen Tatsachen ergeben ...Warum beantwortet die 'Rote Fahne' diese und andere Fragen nicht, schleicht vielmehr wie die Katze um den heißen Brei um diese Fragen herum und verschweigt sogar die oben aufgeführten Tatsachen vor ihren Mitgliedern?"*

Eine berechtigte Frage. Tatsache ist aber auch, daß die "KPD/ML" ja s e l b s t nicht die Fragen beantwortet, "die sich aus diesen Tatsachen ergeben", sondern gleichfalls "wie die Katze um den heißen Brei" herumschleicht. Und wer im Glashaus sitzt, sollte besser nicht mit Steinen werfen!

Schließlich hat diese "Avantgarde der deutschen Arbeiterklasse" das Kunststück fertiggebracht, sich seit dem Hua-Putsch vom letzten Oktober bis heute mit k e i n e m e i n z i g e n Wort zu den Vorgängen in der VR China zu äußern. Und auch zur Wiedereinsetzung Dengs ist diesen Helden nur der Kommentar eingefallen: **"Die Wiedereinsetzung von Deng Hsiao-ping in seine Ämter ist eine Entscheidung, die die Führung der KP Chinas getroffen hat, für die sie ihre Gründe hat und für die sie auch die Verantwortung trägt."** (RM, 26. 8.77)

..."KPD"

"KPD"

Unter der Überschrift **"Wenn sich Rechtsopportunisten und Ökonomisten 'links' gebärden"** polemisiert die "KPD" in ihrer "Roten Fahne" vom 24. August gegen den KAB"D", der die Wiedereinsetzung Dengs kürzlich kritisiert hatte (vgl. AK 111). Kuriose Widersprüche in der eigenen Argumentation bleiben dabei nicht aus: So wirft die "Rote Fahne" dem KAB"D" zwar einerseits vor, sein Herangehen an die Sache sei *"völlig unmarxistisch und unterscheidet sich in nichts von der Haltung der bürgerlichen 'Chinabeobachter', die die Frage von Personen zum Dreh- und Angelpunkt bei der Beurteilung der politischen Vorgänge in China machen."* S e l b s t bringen sie aber einen Satz zustande wie: *"Die Rehabilitierung von Deng Hsiao-ping ist ein weiterer Sieg im Kampf gegen die ‚Viererbande', die Deng Hsiao-ping stürzen wollte, um selbst an die Macht zu kommen."* Da geht's dann auf einmal doch sehr um die Personen?!...

Ansonsten wiederholt die "KPD" ihre alte völlig unglaubwürdige Version, Dengs Sturz im vorigen Frühjahr *"war ein Manöver der 'Viererbande', die einen ihrer entschiedensten Gegner ausschalten wollte und dabei falsche Beschuldigungen und Verrleumdungen zusammenkochte, um aus Deng Hsiao-ping einen Vertreter der Bourgeoisie zu machen."* Und außerdem : *"Solche Leute, die durch ihren Ökonomismus und durch ihre jämmerlichen Versuche hervorstechen, mit den modernen Revisionisten in unserem Lande ins Gespräch und zu 'Aktionseinheiten' zu kommen, wie der KABD"* seien sowieso unglaubwürdig. *"Es ist bezeichnend, daß sich in dieser Frage unsere Ökonomisten mit unseren 'Superlinken' von der Aust-Schubert-Gruppe* (gemeint ist die "KPD/ML"; Anm.AK) *und mit den Sowjetrevisionisten treffen, sie alle sind sich in der Ablehnung Deng Hsiao-pings einig."*

"Arbeiterbund"

Die Leute vom südbayrischen "Arbeiterbund" bleiben ihrem alten Ruf als unfreiwillige Komiker treu.

In ihrer "KAZ" vom 23. August schreiben sie unter der sinnigen Überschrift "Deng Hsiao-ping und der Wiederaufbau der KPD": *"Auch diese Zeitung, die KAZ, glaubte einmal, genug zu wissen, um Deng Hsiao-ping verurteilen zu können... Aber kannten wir oder irgendjemand hierzulande wirklich genug von Deng, um eine derartige Schlußfolgerung zu ziehen?"* Zwar gibt es ja bekannte Äußerungen Maos über Deng, schreibt die "KAZ", und da Mao *"Deng ja wohl besser kannte als wir, ist seine Ansicht über ihn in der Tat ernst zu nehmen. Aber woher will man gewußt haben, daß dies a l l e s ist, was er über Deng gesagt hat?"*

Also: kritisieren will der "Arbeiterbund" die Rückkehr Dengs nicht. Begrüßen - wie die "KPD" - will er sie aber auch nicht, denn: *"Kurz gesagt gehört weder eine 'Verurteilung' noch eine 'Begrüßung' der Wiedereinsetzung Dengs zu den Aufgaben der westdeutschen Kommunisten, ebensowenig wie eine ‚Verurteilung' oder ‚Begrüßung' des Ausschlusses der 'Viererbande' aus der Partei."* Niemand in der BRD könne überhaupt beurteilen, ob Deng ein *"Repräsentant der Bourgeoisie"* ist oder Wang Hung-wen (von der "Viererbande") ein *"neuer Bourgeois."*

Diese Haltung garniert der "Arbeiterbund" noch mit vielen Schnacks über sein grenzenloses Vertrauen in die chinesischen Massen, die's schon packen werden.

Tatsächlich bedeutet diese Haltung jedoch: grundsätzliches Mißtrauen gegen a l l e offiziellen Äußerungen der chinesischen KP (nach der Devise:"Die haben uns mit Deng schon mal angeschissen. Das passiert uns nicht wieder!"). Auf der anderen Seite aber keinerlei Versuch, sich s e l b s t anhand der verfügbaren Materialien eine Einschätzung zu erarbeiten, sich s e l b s t mit den Vorgängen auseinanderzusetzen. Es fragt sich, wie lange der ohnehin längst im Fahrwasser der DKP strudelnde "Arbeiterbund" überhaupt noch an seinen Lippenbekenntnissen von wegen "Vertrauen in die chinesischen Massen" festhalten will. Real steht hinter diesen Treueschwüren sowieso nur totales Desinteresse.

schwuren sowieso nur totales Desinteresse.

KAB„D"

Der KAB„D" bekräftigt in seiner „Roten Fahne" vom 31. August seine scharfe Kritik an der Rehabilitierung Deng's. Nicht ohne liebenswerte Komik heißt es da: *„Die Zentrale Leitung des KABD hat in den letzten Monaten mit Sorge die Entwicklung des Klassenkampfes in China verfolgt. Nach umfangreichen Untersuchungen, auf der Grundlage von ausschließlich offiziellem Material, mußte die Zentrale Leitung zu ihrem Bedauern zu dem Schluß kommen, daß die Führung der KP Chinas in dem ‚Wind von rechts segelt'.*

Das wird jeden Kommunisten hart treffen und viele Kollegen werden enttäuscht sein . . .".

Der KAB„D" übt sodann eine dezente Selbstkritik an seinem seinerzeitigen Jubel über den Hua-Putsch und den Sturz der „Viererbande". Es seien damals *„eine Reihe von Fragen auf(getaucht), deren Beantwortung zum Teil damals noch nicht möglich war".* Der KAB„D" habe damals *„voreilig"* geurteilt und habe *„eine einseitige Bewertung der Kampagne gegen die ‚Viererbande' vorgenommen".* Die Vier hätten zwar *„Fehler gemacht . . ., die aber nicht antagonistischen Charakter hatten. Sie müßten im Rahmen einer ideologisch-politischen Auseinandersetzung aufgedeckt und bekämpft werden".* Stattdessen seien gegen die Vier *„nicht bewiesene Anschuldigungen"* erhoben worden.

Als Fazit und Seitenhieb auf den süddeutschen Lokalrivalen „Arbeiterbund" schreibt der KAB„D": **„Eine Organisation, die nicht in der Lage ist, die internationale Entwicklung richtig einzuschätzen – eine solche Organisation ist für die Arbeiterklasse schlicht und einfach unbrauchbar".** Sehr wahr!

KBW

In vornehmes Schweigen hüllt sich weiterhin der KBW. Außer offiziellen chinesischen Kommuniques brachte die „KVZ" bisher kein Sterbenswörtchen eigenen Kommentars. Zum 11. Parteitag der KPCh hat Schmierer eine blumige Grußadresse entstandt, in der aber dei Name Deng Hsiao-pings erstaunlicherweise überhaupt nicht vorkommt. Absicht oder Versehen?!....

Der diskrete Charme des Kleinbürgertums

Wer sich noch das zweifelhafte Vergnügen gönnt, regelmäßig den „Roten Morgen" der „KPD/ML" zu durchstöbern, der steht immer häufiger ratlos vor geheimnisvollen Anspielungen, mystischen Gleichnissen, inhaltsschwangeren Tierfabeln und ähnlichen literarischen Spielereien. Da findet man z.B. im „RM" vom 2.September einen bissigen Kommentar zum EG-Beitritt Spaniens. *„Die Verfechter der opportunistischen 'Drei-Welten-Theorie'* " so erfährt man, haben dazu *„in einem ihrer Blätter"* folgendes geschrieben: **„Als souveräner Staat ist es einzig und allein die innere Angelegenheit Spaniens zu entscheiden, ob es der EG beitritt oder nicht. Es hat das volle Recht, seine Wahl zu treffen".** Dazu der „RM": *„Diese Leute billigen dem reaktionären spanischen Staat, dem Instrument der einheimischen Bourgeoisie und der amerikanischen Monopole... das 'volle Recht' zu, über das Schicksal des spanischen Volkes zu entscheiden". „Diese Leute"*, so poltert der „RM" weiter, würden *„die vollständige Unterwerfung des Proletariats und des Volkes unter die Interessen der Ausbeuterklassen fordern"*, würden gar *„unter dem Deckmantel der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit die vollständige Unterwerfung unter die amerikanische Supermacht und die westeuropäischen Imperialisten fordern".*

So sehr aber der Leser auch suchter findet im „RM" keinen Hinweis, wer **„diese Leute"** sind, die da so arg mit dem proletarischen Internationalismus Schindluder treiben. Der Leser würde sich wohl wundern: **Der zitierte Satz stammt wörtlich aus einer Erklärung der chinesischen Nachrichtenagentur „hsinhua" vom 19.8., in der vom „Monitor-Dienst" vom 22.8. verbreiteten Fassung!**

Wer soll mit derartigen intellektualistischen Spielereien der „KPD/ML"-Größen etwas anfangen können? Offensichtlich kommen hier nur noch die „Eingeweihten" auf ihre Kosten. Den Anspruch, zur politischen Erziehung der Arbeiterklasse beizutragen, hat die „KPD/ML" aufgegeben.

Auch das noch: Neuerscheinung auf dem vaterländischen Markt

Erstmals im August erschien die „Neue Deutsche Zeitung", „herausgegeben von Marxisten-Leninisten in der Bundesrepublik". Das Blatt besteht aus acht Seiten in kleinem Format (nicht ganz A 3), ist aber sauber gedruckt. Die Herausgeber sind nicht identisch mit dem Provokateurstrupp „Marxisten-Leninisten Deutschland" („MLD"), der nach wie vor seine weitaus aufwendigere Zeitung „Die Neue Welt" herausbringt. Die Redaktionsanschrift (Wolfgang Schweer, Bochum) ist vielmehr die der früheren „ML Bochum" (nicht zu verwechseln mit der „Kommunistischen Gruppe Bochum", KGB), die zeitweise mit den heutigen „MLD" zusammengearbeitet haben.

Die „Neue Deutsche Zeitung" siedelt sich selbst zwischen „KPD" und „MLD" an und definiert das so: *„Im Gegensatz zur Roten Fahne (KPD) vertreten wir die Ansicht, daß der Klassenkampf dem nationalen Kampf unterzuordnen ist, daß das Proletariat Kompromisse mit d e n Teilen der Bourgeoisie eingehen kann und muß, die mit ihren egoistischen Interessen zugleich die Interessen der deutschen Nation nach außen verteidigen. Die Marxisten-Leninisten verteidigen mit der Unabhängigkeit des Landes zugleich die Zukunft des Proletariats. Sie treten im Kompromiß für die strikte Unabhängigkeit und Selbstständigkeit von der Bourgeoisie ein, lehnen die Einstellung des Klassenkampfes – anders als die Neue Welt (MLD) – ab und mobilisieren die Massen".* Dieser Schritt wird allerdings wohl noch einige Zeit auf sich warten lassen. Die erste Aufgabe der „Neuen Deutschen Zeitung" zeigt jedenfalls deutlich, daß diese Truppe den „MLD" erheblich näher steht als der „KPD".

In der Tendenz könnte diese Truppe um die „Neue Deutsche Zeitung" eine echte Chance haben, sich zusammen mit der potugiesischen „PCP/ML" und der italienischen „PCUd'I" von Pesce („Vereinigte Komm. Partei Italiens") als äußerster rechter Flügel der auf die KP Chinas orientierten „ML-Internationale" zu formieren. Tatsache ist nämlich, daß unter diesen Organisationen bisher ausschließlich die „PCP/ML" (und mit Abstand möglicherweise auch die „PCUd'I") knallhart die reaktionäre chinesische Außenpolitik umsetzt, wovor z.B. die „KPD" immer noch zurückschreckt. Hier könnte also für die Truppe um die „Neue Deutsche Zeitung" noch eine Marktlücke bestehen, die die allzu sehr auf Provokationen und bloße Effekthascherei versessenen „MLD" bisher nicht füllen konnten.

»Wir haben einen guten Mann begraben ...«

Mit diesen Worten übergab der chinesische Partei- und Regierungschef Hua Guo-teng kürzlich ein Mausoleum für den im letzten September verstorbenen Mao Tse-tung der Öffentlichkeit. Einem alten chinesischen Brauch folgend wurden zusammen mit dem Verstorbenen auch dessen Witwe sowie seine nächsten Freunde im Mausoleum lebendig begraben. Auch zahlreiche Diener und Lehensleute folgten dem Toten auf seine letzte Reise, darunter Persönlichkeiten der chinesischen Presse und des Rundfunks. Nach bisher unbestätigten Gerüchten soll sich unter den lebendig Eingemauerten auch ein bundesdeutscher Tourist namens Horlemann befunden haben.

»Theoretische Aufarbeitung« des Trotzkismus?

Ein Leserbrief aus Dänemark

In letzter Zeit haben sich engere Kontakte zwischen dem Kommunistischen Bund und der dänischen Organisation Venstresocialister (Linkssozialisten) entwickelt. Innerhalb von VS gibt es mehrere politische ‚Tendenzen', wobei insgesamt trotzkistische Ursprünge und trotzkistische Einflüsse stark sind. Das ist offenbar der Hintergrund des folgenden Briefs, den uns die dänischen Genossen Karin (Mitglied des Sekretariats der Frauenkommission von VS) und Alfred (Mitglied des Sekretariats der internationalen Kommission von VS) mit Datum vom 18.8. geschickt haben:

„Liebe Genossen des ‚Arbeiterkampfes'! Wir sind so ziemlich unzufrieden über eure – nach unserer Meinung – unsolidarische und inhaltslose Auseinandersetzung mit den theoretischen Positionen und der daraus abgeleiteten Praxis des Marxismus, trotzkistischer Observanz, im ‚Arbeiterkampf' Nr. 110.

Eine theoretische Aufarbeitung der historischen Kontinuität des internationalen Trotzkismus sowie seiner entscheidenden Positionen über zum Beispiel: Proletarische Arbeiterregierungs-Strategie, Übergangsprogramm, Einschätzung der Entwicklung der europäischen Sozialdemokratie und die Taktik einer Verschiebung der Kräfte (Lohnarbeiterklasse) zugunsten der revolutionären Linken, Verständnis vom proletarischen Internationalismus sowie die Positionen zur Sowjetunion, China etc. und der Imperialismus-Theorie usw. - würde doch den Lesern und Genossen des ‚Arbeiterkampfes' bedeutend mehr bringen als eine äußerst periphere Angelegenheit in Hinblick auf die letzten spektakulären Eskapaden der um die Zeitung ‚Neue Arbeiterpresse' gescharrten Gruppe ‚Workers Revolutionary Party'. Natürlich ist es abgesehen von den Methoden der WRP, relevant im Zweifelsfall den Mord an Leo Trotzki neu zu untersuchen –nur trägt ein Artikel, der sich fast ausschließlich mit diesen Dingen befaßt, überhaupt nichts zu einer Klärung und zum Verständnis der historischen und aktuellen Politik des Trotzkismus bei.



Anstelle einer verwirrenden Aufsummierung der verschiedenen existierenden Strömungen innerhalb der trotzkistischen Weltbewegung könntet Ihr, liebe Genossen, versuchen, die tatsächlich vorhandenen politischen Differenzen durchzugehen – insofern das zum ‚Durchblick' nötig ist.

Ein Vorschlag: Beginnt eine Artikelserie über die wahrscheinlich einzige Strömung der Trotzkisten, die einigermaßen organisatorisch und politisch international fungieren, nämlich das ‚Vereinigte Sekretariat der 4. Internationale'. Laßt dabei auch die GIM zu Wort kommen, so daß da wirklich eine s o l i d a r i s c h e und interessante bzw. aufschlußreiche politische Klärung läuft. Diese Klärung würde dann auch eine bessere substanzielle Einschätzung und Haltung Eurerseits zur GIM ergeben, anstelle einer unserer Meinung nach konjunkturellen, bzw. punktuellen Position (Russell-Tribunal, AKW-Kampf), aus der Ihr die GIM als ‚rechts-trotzkistisch' oder als ‚linkssozialdemokratisch' bezeichnet.

Mit solidarischen und kommunistischen Grüßen...".

Zu dieser freundschaftlichen Kritik ist zunächst zu sagen, daß der Artikel aus AK 110 („Vierte Internationale – spannend wie ein Krimi") natürlich keineswegs als Beitrag zur politisch-theoretischen Auseinandersetzung mit dem Trotzkismus gedacht war, sondern lediglich einige exotische und humoristische Aspekte der politischen Szene beleuchten sollte.

Zur Forderung der dänischen Genossen nach einer „*theoretischen Aufarbeitung der historischen Kontinuität des internationalen Trotzkismus sowie seiner entscheidenden Positionen...*": Es hat bei uns in der Tat Tradition, daß wir uns sehr wenig mit den sogenannten „Programmfragen" befassen, sondern in allererster Linie mit k o n k r e t e n, p r a k t i s c h e n Fragen des politischen Kampfes. Dies ist schon oft kritisiert worden. Wir meinen aber, daß uns die reale politische Entwicklung recht gegeben hat. Nimmt man z.B. die Diskussion um das Programm des KBW, die noch vor einigen Jahren in der gesamten westdeutschen Linken die Gemüter gewaltig erregte, so ist heute faktisch festzustellen, daß diese „Programm-Diskussion" kaum irgendwelche nützlichen Spuren hinterlassen hat. Die damalige „Programm-Diskussion" war im Wesentlichen umsonst, vergeblich, fruchtlos, weil „losgelöst von konkreten Bezügen debattiert wurde – über Fragen des Übergangs zum Sozialismus etwa, die weit von unseren praktischen Problemen entfernt sind. Wenn man ausserdem sieht, daß der KBW innerhalb von wenigen Jahren einen fast kompletten T a k t i k-Wechsel in seiner konkreten Politik vollzogen hat, und ebenso die GIM sich unter vielen Schwenks weit nach rechts entwickelt hat, o h n e daß sich formal die „programmatischen Grundlagen" dieser beiden Organisationen geändert hätten, so muß man doch wohl schlußfolgern, daß wir gut daran getan haben, unser Augenmerk immer in erster Linie auf die P r a x i s dieser Gruppen zu richten, statt uns in abstrakten „Programm-Diskussionen" zu verzetteln.

Wir vermögen im Übrigen nicht zu sehen, daß die sogenannten „programmatischen Grundlagen" des Trotzkismus (also „Übergangsprogramm", „Arbeiterregierung", „Arbeiterkontrolle" usw.) tatsächlich Gegenstand der Politik der GIM sind. Diese „programmatischen Grundlagen" stehen bei der GIM sozusagen nur im Bücherschrank (wie der Marxismus-Leninismus bei der DKP), sind aber losgelöst von der „Massen"arbeit der GIM – was sich auch in einer zunehmenden theoretischen Entleerung der „was tun" ausdrückt.

Und schließlich: Um die Politik der SPD kennenzulernen, sagen unserer Meinung nach Berufsverbote, Parteiausschlüsse, Polizeiterror usw. tausendmal mehr aus als eine theoretische Aufarbeitung des Godesberger Programms. Das scheint uns sinngemäß auch für den Trotzkismus in der GIM-Version zu gelten.

Neues von der »Internationalen Untersuchungskommission«

Im AK 110 berichteten wir über das Bestreben der britischen Trotzkisten-Organisation WRP und ihres westdeutschen Ablegers BSA (»Bund Sozialistischer Arbeiter«), verschiedene Spitzenfunktionäre der US-amerikanischen trotzkistischen Organisation SWP vor eine *»Internationale Untersuchungskommission«* zu zerren, um sie der Mitschuld an der Ermordung Trotzkis anzuklagen.

Zu dem Artikel in AK 110 schreibt nun der BSA in seiner Zeitung »Neue Arbeiterpresse« vom 19. August u.a.: *»Der ‚Kommunistische Bund' (KB), eine aus der Studentenbewegung entstandene Organisation mit Schwerpunkt in Norddeutschland, fühlt sich berufen, alte Lügen zur Vertuschung der Verbrechen Stalins neu aufzuwärmen. Er macht sich dabei die Haltung des sogenannten ‚Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale' (VS) und dessen deutscher Sektion, der ‚Gruppe Internationale Marxisten' (GIM) zunutze, die sich weigern, einer internationalen Untersuchungskommission über die Ermordung Leo Trotzkis zuzustimmen«.*

Die »Neue Arbeiterpresse« wiederholt dann die bekannte trotzkistische Version über die Ermordung Trotzkis und meint abschließend: *»Der KB macht jetzt einen mühsamen Versuch, diese Verbrechen abzustreiten. Er kann das nur mit Hilfe jener Leute tun, die er in den Spalten des ARBEITERKAMPF freundschaftlich als ‚die Genossen von der GIM' bezeichnet.*

Seit das Internationale Komitee seine Untersuchung über ‚Sicherheit und die Vierte Internationale' begonnen hat, ist die GIM ängstlich bemüht, diese Fragen vor ihren Mitgliedern geheimzuhalten und hat nicht ein einziges Wort darüber abgedruckt ... Es ist Zeit, daß die GIM ihr Schweigen bricht«. Ob sie's tut?

Wer ist das Chamäleon?

Die vaterländische "KPD" beginnt in ihrer "Roten Fahne" vom 31.8. eine Artikelserie gegen den Kommunistischen Bund. Der erste Teil befaßt sich mit der Frage der Faschisierung und Aspekten der Aktionseinheitspolitik. Folgen soll demnächst: **"Die Haltung des KB zur Sowjetunion und zur VR China", "Aktionseinheitspolitik mit der DKP und nationale Frage", "Spalterrolle in der Anti-AKW-Bewegung".**

Wir werden prüfen, wieweit die "KPD" Argumente bringen will, an denen eine Auseinandersetzung sinnvoll sein könnte. Hier wollen wir nur auf einen im ersten Teil enthaltenen zentralen Vorwurf der "KPD" eingehen, nämlich: **"Da der KB über kein Programm verfügt und dort, wo er ansatzweise programmatische Aussagen macht, diese so widersprüchlich und wechselnd wie die Haut eines Chamäleons sind, ist die ideologische Auseinandersetzung mit ihm kein leichtes Geschäft. Undogmatisch und flexibel, 'konstruktiv' und theorielos und parteifeindlich - das ist das Bild, das der KB sich gibt und auf dessen Anziehungskraft er setzt."**

Der Vorwurf der "Programmlosigkeit" ist nicht neu, und den Begriff des Chamäleons brachte ausgerechnet der "Arbeiterbund für den Wiederaufbau der DKP" (damals noch "Arbeiterbasisgruppen", ABG) schon 1972 erstmals gegen den KB ins Spiel. Indessen ist anhand der Presseveröffentlichungen der letzten 6 - 7 Jahre einwandfrei zu überprüfen, daß a l l e "Programm-Organisationen" ("KPD/ML", "KPD", KBW, ABG/ "Arbeiterbund") in dieser Zeit größte politische Windungen und Wendungen in fast allen wesentlichen Fragen vollzogen haben, während nur der angeblich so "unprogrammatische", "flexible" und "prinzipienlose" KB feste und konsequente Positionen von Anfang an entwickelt und weiterentwickelt hat: zur Frage des Faschismus, der Aktionseinheit, des 'Terrorismus', der Einschätzung des Kräfteverhältnisses und des Stands der Klassenkämpfe, der Rolle der EG und des BRD-Imperialismus, der chinesischen Innen- und Außenpolitik u.a.m.

Demgegenüber braucht man bei der "KPD" nur zu erinnern an ihren total aus den Wolken fallenden Übergang zur Linie der Vaterlandsverteidigung im Frühjahr 1975 sowie an ihr blindes Hinterherzockeln hinter den Wendungen der chinesischen Innenpolitik.

Wir haben zur Illustration ein paar beliebige Ausgaben der „Roten Fahne" aus dem Archiv gegriffen. Hier die Ergebnisse:

– In der RF vom 2.5.73 konnte man lesen: *"Die reaktionäre Formierung der imperialistischen Staaten Europas, der wachsende Einfluß des EG-Imperialismus in Lateinamerika, Afrika und Mittelmeerraum, läßt die USA-Imperialisten befürchten, sie sollten bei diesen Ausbeutungsunternehmen wirtschaftlich ausgebootet werden, wobei ihnen aber gleichzeitig die mit hohen Kosten, Waffenlieferungen und Truppenstationierungen verbundene Rolle eines Weltpolizisten von ihren Freunden und Konkurrenten weiterhin zugedacht ist."* - Heute nennt sich dasselbe in der RF : Zusammenschluß der westeuropäischen Staaten gegen die beiden Supermächte (besonders die e i n e natürlich!) und Einheit zwischen zweiter und dritter Welt.

– vom 9. bis 15. Dezember 1972 besuchte auf Einladung der KPD-eigenen "Liga gegen den Imperialismus" ein Vertreter der angolanischen MPLA die BRD. Die "KPD" **"nahm die Gelegenheit des Besuches...wahr, um der MPLA unsere unverbrüchliche (!) Solidarität mit dem heldenhaften Kampf des angolanischen Volkes zu versichern"** (RF, 2o.12.72). Die RF hob außerdem hervor: **"Daß die MPLA die einzige legitime Vertreterin des angolanischen Volkes ist, müssen inzwischen selbst die imperialistischen Mächte anerkennen"** (ebenda). - Heute verherrlicht die "KPD" den Terror der konterrevolutionären Banden gegen das angolanische Volk und die MPLA als "Befreiungskampf".

– in der RF vom 27.8.71 konnte man lesen von der *"Kommunistenverfolgung im Sudan"* nach der Niederschlagung eines fortschrittlichen Militärputsches. *"General Numeiri, Anführer der Militärdiktatur, nahm den Putsch der Offiziersgruppe zum Vorwand, um überfallartig eine große Verfolgungskampagne gegen alle fortschrittlichen, antiimperialistischen Gruppen und Organisationen des Landes zu starten"* (ebenda). - Heute feiert die "KPD" Numeiris damaliges Blutbad unter den fortschrittlichen Kräften des Sudan als gerechten Schlag gegen die "Fünfte Kolonne des Sozialimperialismus". In der RF vom 27.8.71 hingegen wurde immerhin noch zugegeben, daß sich die KP des Sudan (Hauptopfer des Blutbades) *"an entscheidenden Punkten den Ansichten der Modernen Revisionisten widersetzte."*

– In der RF vom 17.12.71 konnte man zum Transitabkommen BRD-DDR lesen: *"Die DDR-Regierung hat die souveränen Rechte der DDR verschachert. Bereits im Berlin-Abkommen der Vier Mächte haben die Sowjetrevisionisten das Besatzerregime der US-Imperialisten in Westberlin anerkannt und gleichzeitig faktisch die Zugehörigkeit Westberlins zum Rechtssystem der BRD eingestanden."* Demgegenüber betonte die "KPD", *"daß Westberlin nicht zur BRD gehört."* - Heute wirft die "KPD" den Imperialisten vor, sie würden vor dem „Sozialimperialismus" kapitulieren und ihm Westberlin ausliefern. In der RF vom 17. 12.71 konnte man auch lesen, *"daß die sozialdemokratische 'Neue Ostpolitik' lediglich eine Variante der imperialistischen Globalstrategie ist."* - Heute hingegen gilt die "Neue Ostpolitik" als "Kapitulation vor dem Sozialimperialismus"!

– Auch in der Frage, die die "KPD" anscheinend zum Paradepferd ihrer Artikelserie gegen den Kommunistischen Bund machen will - *"Aktionseinheitspolitik mit der DKP"* - förderte der Archivar Erstaunliches zutage: Über eine antifaschistische Aktion in Westberlin am 14.5.71 schrieb die RF vom Mai 1971: *"...Die Aktion der Antifaschisten entlarvte aber vor allem die verräterische SEW-Führung...Am 14. Mai war der SEW-Vorstand von der KPD-Aufbauorganisation aufgefordert worden, sich an der antifaschistischen Aktionseinheit zu beteiligen. Doch die Abgrenzung von den Marxisten-Leninisten ist es des Revisionisten wert, allen anderen antifaschistischen Kräften in den Rücken zu fallen: der SEW-Vorstand verweigerte seine Teilnahme ...Immer mehr Arbeiter, die noch in der SEW organisiert sind, machen das nicht mehr mit. Wenn die Führung der SEW die antifaschistische Aktionseinheit (!) ablehnt, so werden die Arbeiter mit der Einheitsfront von unten antworten."* Aus einem RF-Sonderdruck vom August 1971 ist zu entnehmen, daß auch zum 13. August die SEW-Führung zur "Aktionseinheit" aufgefordert wurde!



Gerade in der Frage der Aktionseinheit muß betont werden, daß die „KPD" (bzw. anfangs noch „KPD/Aufbauorganisation") ihren damaligen Standpunkt in bewußter und ausdrücklicher Abgrenzung zur "KPD/ML" vertrat, die stets jede Aktionseinheit mit DKP/ SEW ablehnte.

Diese Beispiele, wie gesagt, sind eine willkürliche "Blütenlese" aus beliebig herausgegriffenen Exemplaren der "Roten Fahne" der "KPD". Wer ist hier also das Chamäleon?!...

AAO – »Ein neuer geiler Sozialismus«

Wie bereits in AK 109 (S. 62) berichtet, macht die sogenannte AAO („Aktionsanalytische Organisation bewußter Lebenspraxis") seit einiger Zeit verstärkte Anstrengungen, um ausgeflippte Ex-Linke für sich zu gewinnen. Dafür wirbt sie mit scharfen Sprüchen wie **„AAO – Ein neuer geiler Sozialismus", „Ende des Sozialismus – Beginn des AAOismus"** und **„Die Revolution des 20. Jahrhunderts"** (alles aus „AA-Nachrichten", Juli 77). Dazu heißt es dann z.B. : „*Revolutionäre Politik kann nicht mehr heißen, Aufwiegelung und Aufstand einer Klasse gegen die andere, sondern Bewußtseinsrevolution des einzelnen erstarrten Menschen durch eine moderne Lebenspraxis, die die revolutionären Ziele in ihrer eigenen Lebenspraxis vorwegnimmt... Man sollte darauf nicht verzichten. Und man sollte auch nicht vergessen, daß der moderne Bolschewiki (!) nicht mehr der revolutionäre Asket der Vergangenheit sein kann, sondern ein vergleichsweise geiler Typ vom Schlage des AA, der die sozialistischen Ziele nach freier Sexualität und Gemeinschaftseigentum in seiner persönlichen Lebenspraxis verwirklicht hat.*

Die AAO insgesamt kann durchaus als sozialistische Avantgarde (!) gelten. Ihre Lebenspraxis antizipiert alle (?) bisherigen sozialistischen Ziele und darüber hinaus noch die Ausweitung des Sozialismus um die biologische Dimension der freien Sexualität... Als Zentrum einer um sich greifenden Revolution der Lebenspraxis wird sie zur Antriebskraft einer neuen Bewußtseinsrevolution mit dem Ziel einer globalen sozialistischen Gesellschaft" („AA-Nachrichten, Juli 77, S. 31).



Titelseite
der letzten AA-Nachrichten

Titelseite
der letzten AA-Nachrichten

Diese Rattenfängerei kann einige Erfolge vorweisen. So berichteten wir in AK 109 vom Übertritt des ehemaligen SB-Ideologen Aike Blechschmidt zur AAO. Dazu hat uns mit Datum vom 8.8. aus dem AAO-Zentrum Friedrichshof (Österreich) der folgende Brief von A.B. erreicht:

„*Liebe Genossen! Heute erreichte uns euer Artikel über meinen Einzug in die AAO. Euer Vorwurf, daß ich den politisch gefährlichen Charakter der AAO vernachlässige, begründet ihr mit den üblichen Zitaten aus dem Wehrkonzept der AAO. In meinem beigefügten Artikel ‚Was das Wehrkonzept will' habe ich dazu vor einem Monat Stellung genommen. Es geht unter anderem darum, daß der Satz ‚Die AAO bekennt sich daher restlos zur westlichen Demokratie und ihrer militärischen Verteidigung, ohne daran zu zweifeln, daß sie in fast allen Dingen noch verbesserungswürdig ist' aus dem Zusammenhang gerissen wird. Nimmt man die übrigen 150 Zeilen des AAO-Wehrkonzeptes auch nur halb so ernst wie eben diesen einen Satz, so kommt etwas ziemlich anderes heraus als der von euch abgeleitete ‚militante Antikommunismus'. (Dieser Artikel erscheint demnächst in einer Broschüre des AA-Verlages).*

In eurem Artikel geht ihr einen Schritt über die übliche Zitatenhunzerei hinaus. Ihr ersetzt den zweiten Satzteil, ab ‚ohne daran zu zweifeln ...' durch einen anderen Satz, so daß es dann heißt: ‚Die AAO bekennt sich daher restlos zur westlichen Demokratie und ihrer militärischen Verteidigung, an der sie auch bereit sind mitzuwirken' (von euch ersetzter Satz unterstrichen). Und im nächsten Schritt wird dann der Satz mir als Sprechblase in den Mund gelegt, geistige Liquidierung ist sowas.

Mit eurem Artikel wolltet ihr die Lektion erteilen, wie gefährlich die sexuellen Sirenenklänge der AAO sind. Die Masse der Leser ist schon technisch nicht in der Lage, die Zitatmontage zu durchschauen. Dennoch verfolgt ihr damit ein kurzatmiges Konzept. Die AAO hat einfach schon zuviele Aspekte eines freien, gemeinsamen Zusammenlebens in der Gruppe ausgelotet und praktisch ermessen, ist einfach schon viel zu tief in die Bekämpfung des in uns allen enthaltetenen faschistoiden Potentials eingedrungen, als daß die fortschrittlichen Kräfte daran vorbeikönnen. Das sagen Kenner der Alternativszene und der Linken wie Dieter Duhm oder Rolf Schwendter ganz eindeutig (Beide stehen der AAO nicht kritiklos gegenüber). Und wer spürt nicht, wie mager die traditionellen Erklärungsmuster dafür sind; daß die Auflösung des Privateigentums an Produktionsmitteln – in den kleinen Wg's wie in einem großen Land wie China – so wenig soziale Dynamik, so nach kurzer Zeit wieder abebbenden Schwung, sich selbst zu revolutionieren, brachte. Was während der Kulturrevolution in China geboten war, hat ja damals wirklich unsere eigene Phantasie übertroffen. Und dennoch kann sich wenige Jahre später so etwas ereignen wie der Massenwahn mit der sog. ‚Viererbande'! Wer das alles nicht aus den Augen verliert, der ist auch offen für die in der AAO gemachte Erfahrung, daß die Auflösung des Privateigentums (auch das in der Re-

offen für die in der AAO gemachte Erfahrung, daß die Auflösung des Privateigentums (auch das in der Re-

produktionssphäre!) durch die Praxis der freien Sexualität ein kleiner Schritt war. Und blieb!

Bedenkt einmal, wie schwierig es ist, das sozialistische Organisationsprinzip vom ‚demokratischen Zentralismus' mit Inhalt zu füllen! Wie schwer sich die linken Organisationen tun, praktikable Kriterien zu entwickeln, um Wahlen über den Organisationsaufbau, die finanzielle Präferenzen, das Eingehen von kürzeren oder längeren Bündnissen, die Linie durchzuführen. Wie wenig es bis jetzt geglückt ist, den naturwüchsigen Hierarchietendenzen Einhalt zu gebieten. In all diesen Fragen verfügt die AAO inzwischen über einen großen Erfahrungsschatz. Selbst wenn der mit dem Wehrkonzept verbundene Vorwurf zutreffen würde, könnten konsequente Sozialisten an der AAO nicht vorbei.

Seid's nicht so bierernst – im Namen der Revolution versteht sich. Ich bin bei diesem Brief mal wieder ganz steif geworden, weil der Artikel so brutal war. Bitte druckt diesen Brief im nächsten Arbeiterkampf ab. Gruß...".

Wir möchten die These von A.B. umkehren: Selbst wenn der mit dem „Wehrkonzept" der AAO verbundene Vorwurf n i c h t zutreffen würde, müßte jeder konsequente Sozialist diesen Verein ablehnen. Die AAO mag mit ihren Verheissungen von „freier Sexualität", solidarischen Verhaltensweisen, kollektivem Eigentum usw. für von ihrer bisherigen politischen Praxis gestreßte und frustrierte Linke attraktiv erscheinen. Vielleicht wird mancher seine persönlichen Probleme in einem solchen Rahmen besser lösen können als innerhalb einer politischen Organisation. Die AAO vermag aber kein einziges der großen gesellschaftlichen Probleme zu lösen, vor denen die Menschheit steht: Gefahr eines atomaren Vernichtungskrieges, imperialistische Ausplünderung der Dritten Welt, kapitalistische Umweltzerstörung, Faschismus u.a.m. Im Gegenteil: Die AAO denunziert den Kampf gegen AKW's, gegen kapitalistische Ausbeutung usw. als „krankhafte Kleinfamilienschädigung". Und hier schließt sich der Bogen zum „Wehrkonzept": Während die AAO auf der einen Seite Gewalt zur Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen Zustände als Produkt „angestauter Sexualität", „krankhafte Schädigung" usw. denunziert (siehe z.B. den Artikel „Das Problem des Terrorismus" in den „AA-Nachrichten" vom Juli 77), b e k e n n t sie selbst sich in einem einzigen Fall zur Gewalt, nämlich bei der Verteidigung der „westlichen Demokratie", da nur diese das Wirken der AAO ermögliche.

In seinem Manuskript „Was das Wehrkonzept will" (das er leider mit dem Vermerk „Nicht zur Veröffentlichung bestimmt" versehen hat), versucht Aike Blechschmidt eine Rechtfertigung dieses „Wehrkonzepts", wobei er auch noch einige Elemente aus seinér sozialistischen Vergangenheit hineinmengt. Praktisch bringt A.B. jedoch kaum andere Argumente als die Vaterlandsverteidiger der „KPD": Die AAO sei natürlich nicht bereit, an imperialistischen Aggressionen wie

Die AAO sei natürlich nicht bereit, an imperialistischen Aggressionen wie

in Vietnam teilzunehmen, sondern wolle nur die „westliche Demokratie" verteidigen, falls „wir" angegriffen werden. Die Unsinnigkeit einer derartigen Argumentation hat schon Lenin gegenüber den Vaterlandsverteidigern der Sozialdemokratie im 1. Weltkrieg aufgezeigt. A.B. stößt mit seiner Argumentation alles um, was Sozialisten über die Frage des „gerechten Krieges" im Zeitalter des Imperialismus gesagt und geschrieben haben, zugunsten der schlichten„sozial"chauvinistischen Losung: Ein Krieg ist gerecht, wenn „wir" angegriffen werden.

Warum aber erklärt sich die AAO nicht wenigstens mit derselben Entschiedenheit auch für die Verteidigung der „westlichen Demokratie" gegen die Gefahr eines neuen Faschismus? Warum wendet sich die AAO nicht z.B. auch gegen die lebensbedrohenden AKW's, statt – wie am 19.2. in Itzehoe und Wilster – die AKW-Gegner zu beschimpfen und sie zur Einstellung ihres Kampfes aufzufordern?

Die AAO mag als ‚alternative L e b e n s f o r m' manchem attraktiv erscheinen – eine Alternative für die p o l i t i s c h e P r a x i s von Sozialisten jedoch ist sie auf gar keinen Fall. „Bewußtseinsveränderer" und Weltverbesserer wie die AAO, die in kleinen Kollek-

auf gar keinen Fall. „Bewußtseinsveränderer" und Weltverbesserer wie die AAO, die in kleinen Kollek-

tiven die neue Gesellschaft sozusagen „antizipieren" (vorwegnehmen) wollten, statt die alte Gesellschaft organisiert zu bekämpfen, gibt es sogar schon länger als den wissenschaftlichen Sozialismus. Und doch haben all diese Sekten praktisch n i c h t s bewirkt. Wenn in Rußland und China halbfeudale Gesellschaften umgewälzt wurden, wenn der Faschismus vor allem durch den Kampf der Roten Armee geschlagen werden konnte, wenn in China Hunderte Millionen Menschen von der Geißel des Hungers befreit werden konnten, wenn der Imperialismus bis heute an der Entfesselung eines atomaren Weltkrieges gehindert werden konnte, so deshalb, weil Menschen organisiert, unter Einsatz ihrer ganzen Persönlichkeit und mit den Instrumenten des wissenschaftlichen Sozialismus den Kampf aufgenommen haben. Dies alles mag A.B. gering erscheinen, im Vergleich mit der Idylle auf dem Friedrichshof. Für die Menschheit jedoch bedeutet es unermeßlich viel!



Kleine Richtigstellung

Auf einen kleinen Irrtum hat uns AK-Leserin G.F. aus Hamburg aufmerksam gemacht: Der in AK 109 zitierte Satz, die russische Oktoberrevolution sei „*das blutigste Ausbeutungsmassaker der Geschichte . . .*" etc. steht nicht – wie von uns angegeben – im Juli-Heft der „AA-Nachrichten", sondern in der J u n i -Ausgabe auf Seite 44. Hier der Satz noch einmal im Zusammenhang:

„*Das kapitalistische System, das hier im weitesten Sinne gefaßt wird, hat sich bis heute bewährt, insofern es in seiner Entwicklung fähig wurde, die materielle Versorgung, wenn auch nicht weltweit, der Menschen innerhalb eines Systems einigermaßen zu bewältigen. Das Mißtrauen gegen revolutionäre Umgestaltung von einer theoretischen Basis aus ist mehr als berechtigt, solange die Gestaltung des Bewußtseins jedes einzelnen Revolutionärs nicht geleistet werden kann.*

Trotz fortschrittlichster Ansätze marxistischer Grundsätze verwandelte sich die russische Oktoberrevolution in das blutigste Ausbeutungsmassaker der Geschichte, das an Brutalität jede kapitalistische Ausbeutung glatt in den Schatten stellte". – Glaubwürdigkeit des AK wiederhergestellt, liebe Genossin G.F.? Na also!

hergestellt, liebe Genossin G.F.? Na also!

DDR verhaftet Kritiker des „realen Sozialismus"

„ ... EIN WEITERER SPION DES BUNDESNACHRICHTENDIENSTES DER BRD FESTGENOMMEN ... "

Mit diesem Zusatz versahen die SED-Propagandisten am 24.8. eine ADN-Meldung über die Verhaftung eines BND-Agenten in der DDR. Rudolf Bahro heißt dieser „weitere Spion" – wer er ist, wurde nicht gesagt. Jener „Spion" nämlich hatte zwei Tage zuvor im „Spiegel" Auszüge aus seinem frisch fertiggestellten Buch veröffentlichen lassen. Titel: **„Die Alternative – zur Kritik des real existierenden Sozialismus".**

Wer ist Rudolf Bahro?

Mit Rudolf Bahro und seiner Kritik ist die SED-Führung erstmals nicht mit einem Professor, Künstler, Schriftsteller oder sonstigen Vertreter der Intelligenz konfrontiert, den sie als „Nichtstuer" (Biermann), oder „bürgerlichen Ideologen" (Havemann) relativ einfach abservieren kann, sondern mit einem ihrer eigenen Propagandisten, einem gestandenen Parteiarbeiter. Schon mit 16 Jahren Kandidat, wurde er mit 18 Mitglied der SED. Nach dem Studium der Philisophie kam Bahro im Auftrag der Partei als „Dorfredakteur in die Redaktion der Zeitung „Die Linie". Ein Jahr später redigierte er in Greifswald die Universitätszeitung. 1962 wurde Bahro als Referent des Vorsitzenden der Gewerkschaft Wissenschaft nach Berlin geholt. 1965 wurde er stellvertretender Chefredakteur des FdJ-Organs „Forum". Soweit eine glatte Karriere – doch dann veranlaßte Bahro im „Forum" eine Lyrik-Debatte, und handelte sich, da die Diskussion alsbald außer Kontrolle zu geraten drohte, die erste Rüge ein. Als Bahro kurze Zeit später die Erzählung „Kipper Paul Buch" des Schriftstellers Volker Braun abdruckte, mußte er schließlich den Dienst quittieren; in Brauns Schrift war nach Meinung der SED-Führung die Arbeiterklasse „falsch" dargestellt. 1967 wechselte Bahro in die Industrie, wo er bis heute als Abteilungsleiter für „wisssenschaftliche Arbeitsgestaltung" beim Berliner Gummikombinat beschäftigt war. In eben diesem Kombinat referierte Bahro am Montag vor seiner Verhaftung die zentralen Thesen seines Buches, wobei sich kein Widerspruch geregt haben soll. „*Nach dem Vortrag wollten lediglich zwei Genossen wissen, warum er sein Werk ‚nicht hier bei uns' herausgebracht habe. Bahro erwiderte, das habe er vergeblich beim Ost-Berliner Dietz-Verlag versucht*" („Spiegel", 36/77). Bahro selbst sah die Konsequenzen seines offensiven Vorgehens ziemlich klar. In einem vorsorglich auf Band gesprochenen 50minütigen Vortrag über die Entstehung seines Buches sagte er u.a.: **„Nicht normal, aber systemtypisch ist, daß ich meine bisherige Arbeit verlieren werde ... Ob man mich verhaften wird oder nicht, das kommt auf den Schutz der internationalen, insbesondere der kommunistischen Öffentlichkeit an. Daß es Paragrafen gibt, gegen die ich verstoßen mußte, um überhaupt aufzutreten, gehört zum Wesen unseres politischen Systems. Es hat Gesetze nötig, die vorsorglich so beschaffen sind, daß ein Mensch, der abweichende Gedanken verbreiten will – wenn er sie nicht verbreiten will, ist er nicht politisch – gegen diese Gesetze verstoßen muß"** („FR", 1.9.77).

„Die Alternative" – ein lohnendes Buch über den „realen Sozialismus"

Das Buch von Rudolf Bahro liegt uns derzeit noch nicht vor. Es gibt lediglich zwei kurze Auszüge, i, „Spiegel" (28.8.77) und im „Stern", 37/77. Insgesamt ist das für uns zuwenig authentisches Material, um eine politische Auseinandersetzung mit den Positionen des Genossen Bahro zu beginnen, zumahl man die Auswahlkriterien der beiden obengenannten Organe vorsichtshalber anzweifeln sollte. Dennoch wollen wir hier schon einmal die interessantesten Passagen des vorliegenden Materials zusammenfassen.

Die veröffentlichten Auzüge beziehen sich im wesentlichen auf den gegenwärtigen deformierten Partei- und Staatsapparat in der DDR und seine Existensberechtigungen, Mecha-

Fortsetzung auf Seite 59

Revisionismus


Rudolf Bahro

Fortsetzung von Seite 58

nismen, etc., sowie auf die daraus zu ziehenden Konsequenzen.

Für Bahro besteht ein krasses Mißverhältnis zwischen dem (bürokratisierten) Partei- und Staatsapparat, und dem (nicht mehr existenten) revolutionärem Elan, überhaupt der Eigeninitiative der Massen. – Trotzdem läuft sich der Apparat nicht vollständig in seinem „Teufelskreis" fest, wofür es laut Bahro, im wesentlichen zwei Gründe gibt.

„Der eine besteht in dem Selbsterhaltungsinteresse des Apparats, angesichts der unablässigen Herausforderung durch den materiell-technisch überlegenen Partner und Gegner." ... *„Nach innen besteht das große Dilemma darin, daß die Massen ihre Versprechungen immer weniger an den kleinen Fortschritten messen, die ihnen Jahresplan für Jahresplan zugedacht werden, immer mehr dem Absolutbetrag des Abstandes zum Konsumparadies der Spätkapitalistischen Industrienationen. Die bürokratische Oberschicht samt Anhang selbst, lebt dem Volk diese Orientierung vor, in der Sowjetunion viel auffälliger als bei uns. Nichts mehr von der alten bolschewistischen Bescheidenheit, die es sich zur Ehre anrechnete, die materiellen Entbehrungen der Ärmsten zu teilen".*



Die zweite Existensbedingung des Apparats sieht Bahro in den *„Resten weltanschaulich-moralischer Loyalität, ... für die das formelle Festhalten der maßgebenden Repräsentanten an einem kleinen Katechismus der reinen Lehre entscheidend ist ... In allen unseren Parteien an der Macht gibt es bis hinauf an die Spitze noch Menschen, die wenigstens durch ihr schlechtes Gewissen an die Idee gebunden sind. Wollten sie sich öffentlich von der Idee lossagen, es fegte sie sofort hinweg. Von einem unentrinnbaren Legitimitätskomplex verfolgt, brauchen sie die Geschichtslüge wie das tägliche Brot, und sie müssen wenigstens in gewissen unaufrichtigen Augenblicken sogar daran glauben, um psychologisch überleben zu können. Der verratene und verdorbene Marxismus ist immer noch das Pfund, mit dem sie wuchern ..."*

Genosse Bahro kommt schließlich in den bislang bekannten Auszügen seiner Schrift zu den folgenden Kernaussagen: *„Alles in allem besteht in der Unkontrollierbarkeit der Politbüros und ihrer Apparate, in dieser institutionellen Identität von Staatsautorität, ökonomischer Verfügungsgewalt und ideologischem Ausschließlichkeitsanspruch das politische Grundproblem im reals existierenden Sozialismus, der erste Gegenstand der notwendigen Umgestaltungen. Die zentralistische Monopolisierung aller ökonomischen, politischen und geistigen Entscheidungsmacht führt zu einem unüberwindlichen Widerspruch zwischen dem sozialen Auftrag der Partei und ihrer politisch-organisatorischenExistensform ...*

Die heutige Parteiorganisation ist eine Struktur, die aktiv massenhaft falsches Bewußtsein produziert. An der Spitze gerinnt dieses falsche Bewußtsein zu Entscheidungen und Beschlüssen, die insgesamt keine korrekte Interpretation der gesellschaftlichen Bedürfnisse, Notwendigkeiten und Möglichkeiten darstellen können ...

So schiebt sich die Partei wie eine verfärbte, systematisch mit Dunkelfeldern durchsetzte Zerrlinse zwischen das gesellschaftliche Denken und die Wirklichkeit. Die werktätigen Massen, die nicht darüber unterrichtet sein können, wie diese Linse gewachsen und konstruiert ist, wie sie eingestellt und gedreht wird, was sie abblendet, welche systematischen Fehler sie verurzacht, können nur darauf verzichten, dieses Instrument zu benutzen, und sie tun es auch: Sie schalten ab, noch ehe die offiziellen Gebetsmühlen den ersten Satz geklappert haben ... Aber die Tragödie besteht darin, daß sie damit überhaupt auf differenzierte Erkenntnis verzichten müssen, weil die Gesellschaft keine alternative Struktur dafür besitzt. Schlimmer noch: Die einzige Theorie, die geeignet ist, den Dschungel des bürokratischen Zentralismus und sein politbürokratisches Allerheiligstes zu durchdringen, der revolutionäre Marxismus, ist infolge der totalen Verfügungsgewalt des Apparates über die Massenkommunikationsmittel und das Erziehungswesen noch immer so effektiv von der Parteibürokratie usurpiert, daß ihn das allgemeine Mißtrauen der Massen mitbetrifft. In welchen Varianten er auch immer auftritt, die Menschen haben den Verdacht, er sei eigens dazu geschaffen worden, die jetzigen Parteiherrschaft zu brgründen.

In das hochprozentige Vakuum, das so entstanden ist, schießt die idiologische Massenproduktion des Westens ein, wo immer dessen Kommunikationstechnik hinreicht ...

Ihre innere Verfassung und ihre Herrschaftsform als Überstaatsapparat sind die entscheidenden Entwicklungshemmnisse auf dem Weg zur weiteren Emanzipation der Menschen in unseren Ländern. Die Partei, die einmal Lenins Partei war, die Partei, die von Liebknecht, von Rosa Luxemburg begründet wurde – sie wirken heute mit umgekehrter Fakkel.

Die Kommunisten sind in solchen Parteien gegen sich selbst und gegen das Volk organisiert. Schon durch sein bloßes physisches Dasein, ohne jede spezielle Perfidie, ist der heutige Parteiapparat der Totengräber der Parteiidee und der individuellen Parteigesinnung. Er macht gerade jene Menschen die aus der Notwendigkeit ihres Charakters und ihrer Überzeugung Kommunisten sind, als Parteimitglieder überflüssig".

Für eine Kommunistische Opposition!

Vergleicht man die Kampagne der westdeutschen Presse und der Vertreter der politschen Parteien anläßlich der Verhaftung Bahros mit der Kampagne anläßlich der Ausweisung Biermanns, so nimmt sie sich eher bescheiden aus. Man hat gelernt. Wie Biermann versteht sich Bahro als Kommunist und ist bemüht, vom marxistischen Standpunkt aus eine revolutionäre Alternative zu entwikkeln. Und schon bei Biermann drohte für die Bourgeoisie der Schuß nach relativ kurzer Zeit nach hinten loszugehen. Seine Positionen taugten nicht so recht als Munition für die antikommunistischen Dreckschleudern derjenigen, die „Biermänner" in ihrem Einflußbereich lieber mit Berufsverbot belegen. Immerhin bemüht sich der „Spiegel" noch, in Bahros Auftreten das Eindringen des „Spaltpilz des Eurokommunismus" in die DDR zu sehen („Spiegel", 28.8.77). Aber auch der „Spiegel" muß zugeben: **„Was er fordert, ist nicht Einhaltung der Menschenrechte, sondern Verwirklichung des Sozialismus wie die Klassiker ihn verstanden..."** *„Anders als die innermarxistische Opposition vor ihm, anders auch als der schärfste eurokommunistische Kritiker des Sowjet-Systems, Spaniens KP-Chef Santiago Carrillo, stellt Bahro nicht bloß die Methoden gegenwärtiger kommunistischer Machtausübung in Frage, sondern (auch) deren ökonomisches Fundament: die forcierte Industrialisierung"*. Bahro distanziert sich – ebenfalls anders als die Euro-Revisionisten – nicht von der Diktatur des Proletariats: **„Die diktatorischen Mittel, zu denen die Bolschewiki in Rußland griffen, um ihr rückständiges Land zu industrialisieren, hält er historisch für legitim"** (ebenda).

Bahro glaubt nicht an eine Erneuerung der kommunistischen Bewegung im RGW aus den alten Parteien selbst heraus. *„Man sollte endlich mit den letzten Resten der Illusion Schluß machen, wir hätten es bei der Masse der politischen und administrativen Bürokraten mit bloß oberflächlich bürokratisierten Kommunisten zu tun. Nein, der Bürokratismus hat längst aufgehört, eine bloß übergestreifte Form zu sein. Es ist zur gewissermaßen natürlichen politischen Existenzform einer großen Gruppe von Menschen mit ausgeprägten Sonderinteressen geworden".*

Die Konsequenz, die Bahro hieraus zieht, unterscheidet sich allerdings grundsätzlich von denjenigen sattsam bekannten „Dissidenten", die in der Zulassung bürgerlicher Oppositionsparteien das Heil für die Länder des „realen Sozialismus" sehen. Im Gegensatz dazu schlägt Bahro vor, sich in einem **„Bund der Kommunisten"** (wie wär's mit einem Kommunistischen Bund?...) außerhalb der SED zu organisieren: **„Ohne eine kommunistische Partei kann man in einer Gesellschaft, die in Wirklichkeit doch noch antagonistisch funktioniert, den Durchbruch**

man in einer Gesellschaft, die in Wirklichkeit doch noch antagonistisch funktioniert, den Durchbruch

zum Sozialismus und Sozialismus-Kommunismus, das ist eigentlich e i n e Formation, nicht erreichen. Deshalb plädiere ich zunächst, weil die verhärtete gegenwärtige Parteienstruktur, die Apparat-Herrschaft aufgebrochen werden muß, für die Legalität einer kommunistschen Opposition..." (zit. nach „Welt" vom 25.8.).

Die Reaktion der DKP war wieder einmal erbärmlich. Anstelle von Sachargumenten war in der „UZ" lediglich zu lesen, Bahro habe den Imperialisten *„offensichtlich seine aufgehaltene Hand gereicht"*. Ansonsten sei Bahro gar nicht wegen seiner kritischen Äußerungen verhaftet worden, denn *„Kritik und Selbstkritik sind ein ständiger Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in der DDR und sogar eine Triebkraft ihrer gewaltigen Vorwärtsentwicklung"*. Verhaftet worden sei Bahro nur, weil er *„offensichtlich unter Verletzung der für alle gültigen Gesetze mit einschlägigen westlichen Dienststellen konspiriert hat und sich zum Handlanger imperialistischer Hetzpropaganda und Diversionsversuche gegen den Sozialismus machte"* („UZ", 26.8.). W e l c h e Vorstellungen Bahro vertritt, darüber war in der „UZ" natürlich kein Sterbenswörtchen zu finden. Auf diese Art „realer Sozialismus" verzichten wir gern!

Im Kielwasser der DKP segelte übrigens wieder, wie schon im Falle Biermann, die „KPD/ML, der nur ein geistloser Hetzartikel unter der Überschrift „Rudolf Bahro – ein Antikommunist" einfiel („Toter Morgen", 2.9.77).

RGW-Kommission und AK-Redaktion

Sozialismus
- o Zur Außenpolitik der VR China

Die DKP lügt!

In Ermangelung politischer Argumente ist der DKP offensichtlich jeder Dreck recht, um ihre Anhänger gegen den Kommunistischen Bund aufzuputschen. Der »UZ« vom 25.8.77 entnahmen wir den hier nachgedruckten Leserbrief »Maoisten mit Nazis Hand in Hand«, in dem ausdrücklich der KB diffamiert werden soll. Daß es sich dabei nicht um einen Irrtum oder eine Verwechslung handelt, geht daraus hervor, daß der Schreiber klar zwischen »KVZ« und ARBEITERKAMPF unterscheidet. Der Schreiber hat sich seine Geschichte also ausgedacht. Überdies ist vorauszusetzen, daß auch der zuständige Redakteur der »UZ« kaum derart blöd sein dürfte, daß er diese Geschichte für echt gehalten hat. Wahrscheinlich soll mit dieser Horror-Story vor allem von den naheliegenden Frage abgelenkt werden, warum man von der DKP im antifaschistischen Kampf kaum noch etwas sieht.



... schleppt ... andsvorsit- ... wandsentschä- ... atlich nach Hau- ... Landtagsabgeord- ... äten?

Richard Lange
Gelsenkirchen

Maoisten mit Nazis Hand in Hand

Es wird von seiten unserer Partei oft gesagt und geschrieben, daß sich die Politik der verschiedenen maoistischen Gruppierungen in vielen Bereichen (Mitbestimmung; „Bonzentum" in den DGB-Gewerkschaften; Haß gegen den realen Sozialismus usw.) mit den Aussagen der schwärzesten Reaktion in unserem Lande, ja oftmals mit denen der Neofaschisten deckt. Während meines Urlaubs erlebte ich ein Beispiel dafür, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

In der Fußgängerzone in Osnabrück. Zwei Maoisten bieten die „KVZ" an. Drei Meter weiter hält ein weiteres Maoisten-Pärchen den „Arbeiterkampf" feil. Dann, etwa 30 Meter weiter: Fahnen, Plaketten, Armbinden, ein Auflauf von ca. 80 bis 100 Menschen: die NPD.

Ein älterer NPDler unterhält sich mit der „Arbeiterkampf"-Verkäuferin. „Die haben sich gesucht und gefunden!" denke ich und bleibe eine Weile stehen, um ihrem „Disput" zuzuhören. Die Maoistin: „Aber das müßt ihr doch einsehen, daß sich die Arbeiterklasse in der DDR von ihrer bourgeoisen Führung befreien muß. Das sagt ihr doch in euren Zeitungen, und das sagen wir auch. Was habt ihr dann eigentlich gegen uns?!" Siehe da! Die Rechte formiert sich zum Bündnis. Wie gesagt, die hatten sich gesucht und gefunden.

Hans. F. Specht
Witten (Ruhr)

Viele Studenten finden kein...

Über ... Job...

»Verdammt noch mal!...«

Lange Zeit mußten Degenhardt-Fans annehmen, daß sich D. mit Haut und Haaren an die DKP verkauft hätte. Erst in jüngster Zeit ließ D. wieder aufhorchen durch ein Lied zum Pressefest der „UZ". Unter dem Vorwand, der DKP ein Hosianna zu singen, zieht er darin gnadenlos die in der DKP herrschende Selbstgefälligkeit und Spießiegkeit, politische Dummheit und Frustration durch den Kakao. Dies ist ihm so feinsinnig gelungen, daß sogar die DKP sich täuschen ließ, das Hosianna für ernstgemeint hielt und es u.a. in der „UZ" vom 5.8.77 veröffentlichte (siehe Abdruck).

So veralberte Degenhardt in der zweiten Strophe seines Liedes die Neigung der DKP, die Schuld für ihre ständigen Mißerfolge und Frustrationen vorzugsweise bei anderen zu suchen, am liebsten bei den bösen „Chaoten", die der DKP „alles kaputtmachen". In der dritten Strophe beschreibt D. die Unlust der DKP, sich politischen Auseinandersetzungen mit ihren „Bündnispartnern" zu stellen. In der vierten Strophe verulkt er den Auftritt der DKP am 19.2. in Itzehoe und deutet zugleich dezent seinen eigenen Standpunkt an („ ... ehe in Brokdorf der Bus wieder fuhr ... "). Die volle Höhe von D.s alter Könnerschaft widerspiegelt sich aber erst im Abschluß der fünften Strophe, wo er die Krämermentalität der DKP vollends auf den Begriff bringt: Was nützt das schönste Pressefest, wenn die Arschlöcher zwar unsere billigen Würstchen fressen, aber uns nachher nicht WÄHLEN?! ...

Gerüchte aus gewöhnlich nicht besonders gut informierter Quelle besagen, daß D. derzeit an einem neuen Liedchen feilt, in dem er - unter dem Vorwand, die loyale und selbstlose Aktionseinheitspolitik der DKP zu preisen - mit ätzender Schärfe gegen die „These 41" vom Leder ziehen will. Bravo, „Väterchen Franz", weiter so!



Franz Josef Degenhardt

„Und wir feiern das Fest unserer Zeit"

Irgendwann ein- oder zweimal im Jahr
ist einem einiges nicht mehr ganz klar.
So eine Stunde, vielleicht auch ein paar,
denkt man: Verdammt nochmal, ist doch nicht wahr.
Dann schreit man ganz leise, aber man schreit:
Verdammt, wann ist das denn endlich soweit,
Und wir feiern das Fest
Unserer Zeit, unserer Zeit.

Im Betrieb habt ihr einiges aufgebaut.
Man hat euch gewählt, weil man euch vertraut.
Betriebszeitung läuft, man liest sie oft laut.
Dann kommt der Chaot, der das wieder versaut.
Dann schreit man ganz leise, aber man schreit:
Verdammt, wann ist das denn endlich soweit,
und wir feiern das Fest
Unserer Zeit, unserer Zeit.

Im Berufsverbotskomitee kommt es dick,
paar Pfarrer reiben sich das Genick,
schwitzen und sagen, wir tun nicht mehr mit,
wenn ihr nichts tut für Bruder Amalrik.
Dann schreit man ganz leise, aber man schreit:
Verdammt, wann ist das denn endlich soweit,
und wir feiern das Fest
Unserer Zeit, unserer Zeit.

Na, und jetzt sind wir hier nach der langen Tour.
Gab auch Erfolge. Marburg, sag ich nur.
Und ich denke auch noch an einen Schwur,
ehe in Brokdorf der Bus wieder fuhr:
„Im Juli, da fahr'n wir 'ne breite Spur"
erinnerst du dich Genossin mit der Null-Diät-Figur? –
wenn wir feiern das Fest
Unserer Zeit, unserer Zeit.

Und wenn man dann hier nun die Massen sieht,
Kegel und Kinder und was da so zieht
lachen und trinken und hören dieses Lied,
die Herren vom Verfassungsschutz singen sogar mit,
dann schreit man ganz leise, aber man schreit.
Verdammt, dann wählt nun auch die Partei,
bei der ihr jetzt seid, und feiert nicht bloß
das Fest unserer Zeit.

Ist Pillen-Paul ein Revi?

Auf die vom Imperialismus geführte „Menschenrechts"kampagne kontert die DKP, indem sie das „Recht auf Arbeit" als „erstes Menschenrecht" empfiehlt. Mit dieser Parole zog sie u.a. auch am ersten Mai los.

Nun hat die DKP, wie in der „UZ" vom 30. August zu lesen (siehe Abdruck), in Pillen-Paul einen nicht ganz unerwarteten Bündnisgenossen gefunden. Heißt es doch schon in der „Bibel": „ ... **Und wenn unser Leben köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und ARBEIT gewesen"** (90.Psalm). Und Pillen-Paul weiß wovon er spricht. Schließlich zählt der Vatikan zu den größten „Arbeitgebern" (und Ausbeutern – aber das gehört schließlich nicht hierher!!) dieser Welt. Glückwunsch an die DKP zu diesem Bundesgenossen!

Arbeitsplätze gefordert:

Papst Paul VI: Recht auf Arbeit für alle

Castelgandolfo. UZ — Das Menschenrecht auf Arbeit hat jetzt auch Papst Paul VI. unterstrichen und dabei besondere Anstrengungen gefordert, um Arbeitsplätze für Jugendliche zu schaffen. In seiner Mittagsansprache an seinem Sommersitz in Castelgandolfo hatte der Papst am Sonntag unterstrichen, es gebe kein Leben ohne Arbeit, kein Leben, bei dem die Mühe auf die Schultern anderer abgeladen werden dürfe. Paul VI. unterstrich außerdem das Recht auf Arbeit für alle. Indirekt kritisierte der Papst auch die selbstherrliche Herrschaft des Kapitals, indem er sich für eine Überwindung der Klassengegensätze aussprach.

Mit seinen Äußerungen ging Papst Paul VI. auf Forderungen ein, die von Millionen Werktätigen in den kapitalistischen Ländern seit langem in den Mittelpunkt ihres Kampfes um das Recht auf Arbeit gestellt werden.